

**Die Deutschkonservative Partei am Ende des Kaiserreichs:
Stillstand und Wandel einer untergehenden Organisation**

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Philosophie der Philosophischen Fakultät der
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Joachim Bohlmann

Dekan: Prof. Dr. phil. Alexander Wöll

Erstgutachter: Prof. Dr. phil Thomas Stamm-Kuhlmann

Zweitgutachter: PD Dr. phil. Frank Möller

Tag der Verteidigung: 28. April 2011

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Einleitung (Zum Forschungsstand und zur Einordnung dieser Arbeit; Fragestellung und Vorgehensweise; Quellenlage) | 6 |
| | |
| <i>Erstes Kapitel: Die Geschichte des Konservatismus und der Deutschkonservativen Partei von den Anfängen bis 1890</i> | 16 |
| 1. Vorbemerkung | |
| 2. Die Ursprünge des Konservatismus und der konservativen Parteien | |
| 3. Die Gründung der DkP und das Bismarckreich | |
| | |
| <i>Zweites Kapitel: Die Organisation der Partei</i> | 27 |
| 1. Der (Haupt-) Wahlverein der Deutschkonservativen | |
| 2. Der Parteiführer | |
| 3. Die Bildung des Elfer-Ausschusses 1889 | |
| 4. Die Bildung des Fünfziger-Ausschusses 1892 | |
| 5. Der Dreier- (Fünfer-) Ausschuss und die Neuorganisation von 1902/12 | |
| 6. Zentralbüro und Fraktionsbetrieb | |
| 7. Resümee | |
| | |
| <i>Drittes Kapitel: Die DkP nach der Entlassung Bismarcks: Die beginnende Wandlung (1890-97)</i> | 41 |
| 1. Der Tivoli-Parteitag und das neue Parteiprogramm: Stoeckers Sieg und sein Scheitern | |
| 2. Der Bund der Landwirte und die Deutschkonservative Partei | |
| 3. Die Politik der „drei großen Mittel“ (1894-97) | |
| | |
| <i>Viertes Kapitel: Die DkP am Scheidewege 1897-1906</i> | 55 |
| 1. Die Flottenvorlagen | |
| 2. Das Mittellandkanal-Projekt | |
| 3. Der Zolltarif und die Bedeutung der Konfliktzeit | |
| | |
| <i>Fünftes Kapitel: Die antigouvernementale Partei 1907-1910</i> | 65 |
| 1. Die Bildung des Bülow-Blocks | |
| 2. Die Reichsfinanzreform 1908/09 | |
| 3. Die Daily-Telegraph-Affäre | |
| 4. Ein neuer Reichskanzler, doch die Probleme bleiben: Bethmann Hollweg, das preußische Wahlrecht und die Vertiefung des konservativ-liberalen Gegensatzes | |
| | |
| <i>Zwischenfazit</i> | |

Sechstes Kapitel: Die Reichstagswahlen im Januar 1912 97

1. Am Vorabend der Reichstagswahlen: die elsass-lothringische Verfassungsreform von 1911
2. Die Reichstagswahlen
 - a) Der „konservative Ritt in den Westen“
 - b) Der Kampf gegen den Liberalismus und den „Großblock“
 - c) Der schwarz-blaue Block
 - d) Der Wahlkampf
 - e) Die Hauptwahl am 12. Januar
 - f) Die Stichwahlen
 - g) Ergebnis und Folgen der Reichstagswahlen

Siebentes Kapitel: Die DkP nach der Reichstagswahl von 1912 129

1. Die Isolierung im Reichstag
2. Auf dem Wege zu einer konservativen Volkspartei?
3. Sammlungspolitik: Das „Kartell der schaffenden Stände“

Achtes Kapitel: Der Aufschwung der deutschkonservativen Provinzialbewegung vor 1914 153

1. Die ostelbischen preußischen Provinzen
 - a) Ostpreußen
 - b) Westpreußen und Posen
 - c) Schlesien
 - d) Pommern
 - e) Brandenburg und Berlin
2. Mittleres und westliches Norddeutschland
 - a) Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz
 - b) Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig
 - c) Hamburg, Bremen und Lübeck
 - d) Hannover
3. Mitteldeutschland
4. Königreich Sachsen
5. Westfalen, Rheinland und Elsass-Lothringen
6. Königreich Württemberg
7. Großherzogtum Baden
8. Königreich Bayern
9. Resümee

| | |
|--|-----|
| <i>Neuntes Kapitel: Die Deutschkonservative Partei im Ersten Weltkrieg</i> | 186 |
| 1. Einleitung | |
| 2. Die außenpolitischen Positionen der DkP und ihre Umsetzung bis 1914 | |
| 3. Die DkP und der Kriegsausbruch | |
| 4. Burgfrieden? | |
| a) Die DkP und ihre Stellung zum Programm der Neuorientierung und zur Wahlrechtsfrage | |
| b) Die Kriegszieldiskussion | |
| c) Der U-Boot-Krieg und die Deutschkonservative Partei | |
| 5. Nach dem Burgfrieden: Erneute Isolierung im Reichstag und die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei 1917 | |
| 6. Die DkP und das Ende des Kaiserreichs | |
| | |
| <i>Zehntes Kapitel: Die Deutschkonservative Partei in der Weimarer Republik</i> | 253 |
| 1. Deutschkonservative Partei und Deutschnationale Volkspartei | |
| 2. Ausklang | |
| | |
| <i>Zusammenfassung und Schluss</i> | 264 |
| | |
| Anhang | 273 |
| Abkürzungsverzeichnis | 285 |
| Verzeichnis der Tabellen | 286 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | 287 |
| Eidesstattliche Erklärung. | 306 |

Einleitung

Zum Forschungsstand und zur Einordnung dieser Arbeit

Trotz einer großen Anzahl von Veröffentlichungen zur Geschichte und Ideologie des Konservatismus¹ kann nicht die Rede davon sein, dass dieses sehr weit reichende Gebiet tiefgründig erforscht sei, im Gegenteil: Deutsche Geisteswissenschaftler taten sich nach der Katastrophe von 1945 schwer, die Geschichte des Konservatismus und der konservativen Parteien aufzuarbeiten und haben insbesondere aufgrund ihrer größeren Identifikationsmöglichkeit mit sozialdemokratischer, liberaler und katholischer Parteiengeschichte das Interesse vorrangig auf die Reformkräfte und -parteien in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik gerichtet.

Im Unterschied zu den von der Forschung eher stiefmütterlich behandelten Konservativen ist das für die Geschichte der Deutschkonservativen Partei (im Folgenden: DkP) Rahmen bildende Deutsche Kaiserreich spätestens seit der Fischer-Kontroverse² stets ein Gegenstand hitziger Debatten gewesen und bis auf den heutigen Tag geblieben.³ In der durch Fischers Thesen ausgelösten Debatte ließen sich idealtypisch zwei konträre Standpunkte feststellen: Auf der einen Seite standen die, einem sozial- oder gesellschaftsgeschichtlichen Ansatz folgenden Historiker der Fischer-Schule, und an diese anknüpfend eine Gruppe vor allem in Bielefeld lehrender Historiker, welche die Entstehung des Dritten Reiches „als ein Resultat tief verwurzelter Kontinuitäten“ der deutschen Geschichte beurteilten und die unter dieser Prämisse das Kaiserreich in die Langzeitperspektive eines „deutschen Sonderwegs“ einordneten.⁴ Dabei ging man vor allem auf die Revolution von 1848/49 zurück, deren Scheitern für die dauerhafte Schwäche des Bürgertums im Kaiserreich ebenso verantwortlich gemacht wurde wie für die ungebrochene Stärke der alten Eliten; diese hätten ihre Macht auch nach der Reichsgründung festigen können durch eine enge Verbindung zur Bürokratie, Diplomatie und zum Heer, durch manipulative Herrschaftstechniken (Staatsstreichdrohung, Bonapartismus, Negative Integration, Sozialimperialismus) unter Politisierung der Massen sowie durch das Herrschaftskartell mit dem Industriebürgertum. Auf diese Weise sei nicht nur eine Reformblockade, sondern auch eine explosive Mischung von Altem und Neuem entstanden; die für das Kaiserreich kennzeichnende Kluft zwischen seiner rasanten wirtschaftlich-sozialen und der stagnierenden politischen Entwicklung wäre unter diesen

¹ Ich verwende den Begriff „Konservatismus“ und nicht den bedeutungsgleichen Terminus „Konservatismus“, weil ich ihn vom Adjektiv „konservativ“ ableite. Der Gebrauch des Eigenschaftswortes „konservativ“ in der heutigen Umgangssprache reicht von wertgebunden bis unmodern, von stabil bis rückständig. In dieser Untersuchung wird „konservativ“ als spezieller Terminus gebraucht und bezieht sich auf eine bestimmte Strömung in der Ideen- und vor allem Parteiengeschichte. Vgl. auch: Lexikon des Konservatismus, 1996, S. 319.

² Diese wurde ausgelöst durch das 1961 erschienene Buch des 1999 verstorbenen Hamburger Historikers Fritz Fischer „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“. Zum Verlauf der „wohl bedeutendsten Historikerkontroverse der Nachkriegszeit“ (Klaus Hildebrand) vgl. u. a.: ders., Deutsche Außenpolitik 1871-1918, 1989, S. 79-93; W. Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland, 1984, S. 132-157.

³ Vgl. dazu vor allem den Überblick bei H.-P. Ullmann, Kaiserreich, 1995, S. 7 ff., wo die ungebrochene Aktualität dieser Kontroverse damit erklärt wird, dass „mit dem Kaiserreich [...] Einordnung und Bewertung des deutschen Nationalstaates zur Debatte [stehen] – seine Gründung, sein Aufbau und sein weiterer Weg, nicht zuletzt zwischen 1933 und 1945.“ Ferner: W. Mock, „Manipulation von oben“ oder Selbstorganisation an der Basis? Einige neuere Ansätze in der englischen Historiographie zur Geschichte des Kaiserreichs, in: HZ 232 (1981), S. 358-375, wo ebenfalls betont wird, dass „die Debatte um das deutsche Kaiserreich [...] ohne Zweifel eine der bedeutendsten Auseinandersetzungen innerhalb der westdeutschen Geschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg“ darstellt. Ebenda, S. 358.

⁴ H.-U. Wehler, Kaiserreich, 1994 [zuerst 1974], S. 26. Vgl. auch: G. G. Iggers, Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, 1993, S. 54 ff.

Bedingungen nicht zu schließen gewesen, sodass die führenden Eliten den folglich wachsenden inneren Spannungen durch eine „Flucht nach vorne“ zu entkommen suchten; Belastungen aus der Zeit vor 1918 hätten jedoch auch in der Zeit der Weimarer Republik weiter bestanden und mit zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen.

Eine Reihe von anglo-amerikanischen Geschichtswissenschaftlern, und nicht zuletzt der deutsche Historiker Thomas Nipperdey, stellten diese These vom „deutschen Sonderweg“ in Zweifel.⁵ Sie warfen den Vertretern der Fischer-Schule vor, dass diese die beharrenden Kräfte des Kaiserreichs ebenso überbewerten würden wie das agrarisch-industrielle Bündnis, das letztlich dem Einbruch der Massen hilflos gegenübergestanden habe: Die allgemein steigende politische Aktivität (wachsende Wahlbeteiligung, Ausbildung eines politischen Massenmarktes, starke Zunahme von Massen- und Agitationsverbänden) interpretierten sie nicht als das Ergebnis einer Manipulation von oben, sondern einer populistischen Selbstorganisation der Gesellschaft von unten; außerdem hätten die Vertreter der Kontinuitäts-These die fortschreitende „Verbürgerlichung“ des Kaiserreiches übersehen, denn vor allem nach der Jahrhundertwende habe sich ein die Massenansprüche vielfach integrierendes bürgerliches Regime durchzusetzen begonnen.

Obwohl sich beide Gruppen in den 1990er Jahren einander angenähert haben⁶, wird auch heute noch ein sehr differenziertes Bild des Kaiserreichs gezeichnet. Zudem hat die starke Aufgliederung der historischen Forschung zu der knapp 48-jährigen Geschichte zwischen Gründung und Ende des Zweiten Deutschen Reiches dazu geführt, dass in der letzten Zeit eine Reihe von Untersuchungen zur Sozial- und Kulturgeschichte, zur Geschlechter-, Alltags-, Mentalitäten- und auch zur Parteiengeschichte erschienen sind. So gibt es – wie bereits angedeutet – mittlerweile eine nur noch schwer zu überblickende Anzahl von Veröffentlichungen zur Geschichte der liberalen Parteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie⁷, während sich Abhandlungen über die beiden konservativen Parteien des

⁵ Vgl. insbes.: Th. Nipperdey, Wehlers „Kaiserreich“, in: ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie*, 1976, S. 360-389; H. Grebing, *Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945*, 1986; G. Eley, *Reshaping the German Right*, 1980; ders., *From Unification to Nazism*, 1986; D. Blackbourn/G. Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung*, 1980; dies., *The Peculiarities of German History*, 1984; J. Retallack, *Social History with a Vengeance?*, 1984, S. 423-450.

⁶ So hat Wehler seine These vom „deutschen Sonderweg“ inzwischen teilweise revidiert, und auch Nipperdey hat sich von seiner früheren Gesamtinterpretation des Kaiserreiches weitgehend distanziert. Vgl. H.-U. Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1995, S. 461-486, 771 f., 806 f., 1290-1295; Th. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 2, 1992, insbes. S. 877 ff. Jürgen Kocka hat die Forschungsgeschichte im November 2003 wie folgt zusammengefasst: „Die Forschung hat Fischers Thesen modifiziert, relativiert, ergänzt, aber auch bestätigt. Einiges davon gehört heute zum unumstrittenen Schulbuchwissen. Der entscheidende Beitrag Deutschlands zum Kriegsausbruch ist heute weitgehend anerkannt, wird allerdings umfassender und distanzierter erklärt als bei Fischer, nämlich einerseits aus dem Nachzüglerstatus Deutschlands als einer imperialistischen Macht und aus den Mechanismen der internationalen Konkurrenz jener Zeit, andererseits und vor allem aber aus den ökonomischen, sozialen, verfassungsmäßigen und mentalen Krisen des wilhelminischen Reichs, nicht nur aus seinen ökonomischen Interessen. Das europäische Umfeld Deutschlands ist heute viel besser ausgeleuchtet als 1961. Das hat Fischers These gewissermaßen eingebettet. Im Übrigen debattieren Historiker heute kaum noch über Kriegsschuld und Kriegsziele. [...] Die Frage nach der Schuld am Krieg von 1914 ruft kaum noch leidenschaftliche Antworten hervor.“ Zuletzt schließlich hat Heinrich August Winkler in einem „Spiegel“-Interview im Jahre 2007 Fischers Hauptthese mit Blick auf den heutigen Forschungsstand Recht gegeben, da er ausführte: „Das Ziel, mit dem die deutschen Eliten in den Ersten Weltkrieg gezogen waren, hieß Hegemonie in Europa und Aufstieg zur Weltmacht.“ Vgl. J. Kocka, *Entfernung und Einsicht. Weltkriegsforschung im Wandel*, in: *Arbeitskreis Militärgeschichte 1* (2004), S. 8 ff.; *Der Spiegel*, 17. Februar 2007, S. 56.

⁷ Nach der Etablierung des politischen Katholizismus und der Arbeiterschaft als Massenparteien hatte sich um die Mitte der 1870er Jahre ein Fünfparteiensystem herausgebildet. Dieses bestand aus der politischen Arbeiterbewegung (SPD), den Linkliberalen (Deutsche Fortschrittspartei), den Nationalliberalen, dem Zentrum und den in Freikonservative und Deutschkonservative gespaltenen Konservativen. Daneben gab es die kleineren Parteien der nationalen Minderheiten (Polen, Elsass-Lothringer, Dänen) sowie partikularistische Parteien, von denen die Welfenpartei, die 1866 als Protest gegen die preußische Angliederung entstanden war, die größte Bedeutung besaß. Vgl. G. A. Ritter, *Parteien 1830-1914*, 1985, S. 14 ff.

Kaiserreichs nach wie vor in einem überschaubaren Rahmen bewegen⁸; außerdem fällt auf, dass zum Konservativismus weitaus mehr ideen- als parteiengeschichtliche Untersuchungen existieren.⁹

Als erste größere Abhandlung des hier erörterten Gegenstandes erschien neun Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Untersuchung des langjährigen Leiters des Bundesarchivs (1972-89) Hans Booms über „Die Deutschkonservative Partei“.¹⁰ Leider ist diese sehr allgemeiner Natur und der Leser erfährt kaum Details über das Innenleben und die Organisation der Partei.¹¹ Booms sieht die DkP als eine rein preußische Vereinigung und leitet in den vier Teilen seiner Arbeit alle inhaltlichen Fragen auch konsequent von deren preußischem Charakter ab. Dabei kommt er beispielsweise zu dem Schluss, dass sich die DkP stets vom Alldeutschen Verband abgegrenzt und dass sie den Bund der Landwirte an sich „herangezogen“ habe und nicht umgekehrt¹²; die Tatsache, dass das Herausstreichen der Eigenständigkeit Preußens durch die Deutschkonservativen in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Absicherung der Machtstellung der von der DkP repräsentierten Großgrundbesitzerklasse stand, wird von Booms nicht gesehen oder aber in ihren Auswirkungen auf die Politik der Partei völlig vernachlässigt.

Im zweiten Jahrfünft der 1960er Jahre sind dann die wirtschaftlichen Interessenorganisationen und nationalen Verbände im Umfeld der Deutschkonservativen Partei gut erforscht worden. Hervorzuheben seien hier vor allem die auf der Auswertung einer großen Quellenanzahl basierenden Arbeiten von Hans-Jürgen Puhle¹³ und Dirk Stegmann¹⁴, deren von allen inhaltlichen Diskussionen unberührtes Verdienst es ist, bei Anhängern und Gegnern eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen provoziert zu haben.

Die Darlegungen Puhles basieren auf der These, dass die Problematik des Nationalen in Preußen und im Deutschen Reich vor 1914 „vor allen Dingen in der eigentümlichen Verbindung [bestand], die altpreußisch-konservative, agrarische und nationalistische Ideologien gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingegangen sind“, und dass der nationale Gedanke dabei ebenso einer völligen Wandlung unterlag wie der preußische Konservativismus.¹⁵ In diesem Zusammenhang käme dem Bund der Landwirte die

⁸ Für die Geschichte der Reichs- und Freikonservativen Partei (RFKP) wurde die Forschungslücke zuletzt geschlossen durch: V. Stalman, Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866-1890, 2000; M. Alexander, Die Freikonservative Partei 1890-1914, 2000.

⁹ Das sich hieraus ergebende Problem besteht darin, dass Ideen- und Parteiengeschichte nicht immer klar zu trennen sind. Und auch wenn Ideologie und Politik natürlich nicht beziehungslos nebeneinander gestellt werden können, soll in der vorliegenden *historischen* Abhandlung die Politik deutlich im Vordergrund stehen. Für eine solche Herangehensweise spricht, dass gerade für den deutschen Konservativismus gilt, was „für die beiden anderen klassischen und ideologischen Strömungen des 19. Jahrhunderts nicht in diesem Maße [zutrifft]: eine Distanz zwischen Theorie und Praxis, die zeitweilig zur völligen Lösung beider Bereiche führen konnte.“ Die primäre Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist zudem nicht die Theorie (Idee), sondern das Leben, die praktische Bewährung einer Theorie. Vgl. M. Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus, 1971, S. 22.

¹⁰ H. Booms, Die Deutschkonservative Partei. Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff, 1954.

¹¹ Dirk Stegmann hat Booms Untersuchung gar als „methodisch und sachlich unzulänglich“ bezeichnet, weil sie versuche *ausschließlich* (Hervorhebung: J. B.) durch die Interpretation von Programmreden und öffentlichen Absichtserklärungen politische Entscheidungen darzustellen und zu analysieren, was zu unhaltbaren Ergebnissen führen müsse. Vgl. D. Stegmann, Erben, 1970, S. 17.

¹² Ebenso hält Booms es für verfehlt, die Konservative Partei Preußens als Ideen- und Prinzipienpartei zu sehen, die aus dieser hervorgegangene Deutschkonservative Partei dagegen als eine rein agrarwirtschaftliche Interessenorganisation zu betrachten. Vgl. H. Booms, Deutschkonservative Partei, 1954, insbes. S. 7, 24 und 120 ff.

¹³ H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, 1966.

¹⁴ D. Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897-1918, 1970.

¹⁵ H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 9.

entscheidende Bedeutung zu, wobei die DkP nur in Aktionseinheit mit dem BdL gesehen wird, wodurch ein sehr einseitiges Bild der Deutschkonservativen Partei entsteht. Insgesamt kommt Puhle zu einer Überbewertung des Einflusses des BdL auf die DkP und die deutsche Politik im Allgemeinen, wenn er beispielsweise behauptet, der Bund habe „durch seine Einwirkung [...] auf die preußische und deutsche Politik und insbesondere auf die Deutsch-Konservative Partei neue Konstellationen und Positionen einer konservativ-agrarischen Interessenpolitik mit nationalistischer Komponente geschaffen [...], die zu einem der stärksten Elemente der deutschen Politik vor 1914 – wenn nicht zum stärksten überhaupt [! J. B.] – wurde.“¹⁶

Herauszuarbeiten, dass die DkP nicht in erster Linie Erfüllungsgehilfe des BdL gewesen ist, sondern als Partei mit einer langen preußischen Tradition eine eigene Politik verfolgte, ist daher eine der Intentionen der vorliegenden Untersuchung.

Wichtige Hinweise für die Politik der DkP kann man auch der Hamburger Dissertation des Fischer-Schülers Dirk Stegmann entnehmen, der mit seinen „Erben Bismarcks“ die Geschichte der rechten Parteien und Verbände auf eine neue Basis stellte, die wie Fischer zu einer Neuinterpretation herausforderte.¹⁷ Der Autor legt hier keine Gesamtgeschichte des Verhältnisses von Verbänden und Parteien vor, sondern die Geschichte der Sammlungspolitik als Ganzes, d. h. des Bündnisses von Großlandwirtschaft und -industrie, das sich zwischen 1897 und 1918 auf Teile des Mittelstandes, der rechts stehenden Parteien und auf imperialistische Agitationsvereine erweitert habe. Wertvoll für die vorliegende Untersuchung war, dass Stegmann Informationen über die Beziehungen der Deutschkonservativen zu anderen Parteien, Verbänden und zur Regierung gibt. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass die ideologische Umbildung in der DkP nicht – wie Puhle festgestellt hatte – schon 1893 begann, sondern erst 1909, als sich das agrarisch-industrielle Bündnis bei der Reichsfinanzreform gegen den Widerstand fast aller Verbände der gewerblichen Wirtschaft durchsetzte.¹⁸ Dieses Bündnis habe sich dann nach 1909 auf den Alldeutschen Verband ausgedehnt und sei zu einer antisozialistischen, antiliberalen und antiparlamentarischen Fronde gegen die Regierung geworden; 1913 habe sich die Bewegung zum „Kartell der schaffenden Stände“ formiert, und im Ersten Weltkrieg sei schließlich die Deutsche Vaterlandspartei aus dem Kartell gegründet worden. *Dass Stegmann die Geschlossenheit des Kartells überschätzt, soll für die Deutschkonservative Partei und ihre Beziehung zu diesem nachgewiesen werden.*

Fasst man die Forschungsergebnisse bis hierher zusammen, so kann man feststellen, dass bis in die 1980er Jahre hinein ein überwiegend klischeehaftes Bild der Deutschkonservativen gezeichnet wurde, das ungefähr so aussieht: Die DkP sei eine rein preußische Agrarpartei gewesen, die durch das preußische Dreiklassenwahlrecht, durch exzellente Verbindungen zur preußischen Regierung, Bürokratie etc. mehr Gewicht in Preußen und im Reich besaß als das ihrem Stimmanteil entsprochen hätte; als Interessenvertreter von Grundadel, Militär, Bürokratie und protestantischer Geistlichkeit hätten die Deutschkonservativen ihre primäre Aufgabe in der Verteidigung der traditionellen Herrschaftspositionen gesehen und sich durch

¹⁶ Ebenda, S. 10.

¹⁷ Th. Nipperdey, HZ 215 (1972), S. 166. Das Problem, das Stegmanns Abhandlung aufwarf, ist das der bis heute aktuellen Frage nach dem Primat der Innen- oder Außenpolitik. Indem Stegmann – wie vor ihm E. Kehr, *Der Primat der Innenpolitik*, 1965 – von der Geburt des deutschen Imperialismus aus der Innenpolitik ausgeht, beantwortet er diese Frage eindeutig. Auch Stegmanns Lehrer F. Fischer entwickelte seinen methodischen Ausgangspunkt in den 1960er Jahren dahin gehend, dass er zunehmend mehr die inneren Bedingungen der äußeren Politik berücksichtigte, was seinen Niederschlag in dessen 1969 bzw. 1979 erschienenen Werken fand: „Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914“; „Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945.“ Damit hatte Fischer die Resultate einer vom Ende der sechziger Jahre an ausgetragenen Diskussion übernommen, deren Auslösung und Verlauf nicht zuletzt auch durch die von ihm herbeigeführte Umwälzung innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft ermöglicht worden waren und die dann ihre eigenständige Ausprägung erfuhren. Vgl. K. Hildebrand, *Außenpolitik*, 1989, S. 79.

¹⁸ Ebenda, S. 20, 195 ff. und 232 ff.

die enge Verbindung zum BdL und zu anderen wirtschaftlichen und nationalen Pressure groups¹⁹ früher (Puhle) oder später (Stegmann) von einer gouvernementalen zu einer antigouvernementalen, radikalen agrarischen Interessenpartei entwickelt, die sich der nach 1890 größer werdenden (sozial-) demokratischen Bedrohung mit Hilfe präfaschistischer Methoden der politischen Agitation, Massenmobilisierung und Manipulation erwehrt hätte²⁰; als Honoratiorenpartei, ohne Interesse an einer kontinuierlichen politischen Tätigkeit und an außer-agrarischen Themen, sei die DkP eine zum Abstieg verurteilte Organisation gewesen. Insgesamt werden die Deutschkonservativen als engstirnig und intolerant gesehen und nur unter dem Aspekt betrachtet, was sie alles *verhindert* hätten: Verglichen mit ihren anglo-französischen Geistesverwandten, denen man in der Regel Pragmatik und Verantwortlichkeit attestierte, gelten die deutschen Konservativen als deren negative Variante.²¹

Es ist das Verdienst des Kanadiers James Retallack, in seinen „Notables of the Right“²² einen neuen methodischen Ansatz gewählt und neben der Politik der Parteiführung auch die ‚Niederungen‘ des Parteilebens in den regionalen und örtlichen Vereinen dargestellt zu haben. Basierend auf der akribischen Auswertung einer Fülle gedruckten und ungedruckten Materials, schildert Retallack die Entwicklung der DkP von ihrer Gründung im Jahre 1876 bis zu ihrer fast vollständigen Auflösung am Ende des Ersten Weltkrieges. Dabei stellt er, anders als das in den bis dahin erschienenen Abhandlungen der Fall gewesen ist, das Bemühen der DkP, eine Volkspartei zu werden, ins Zentrum seiner Betrachtungen und berücksichtigt zudem außerpreußische Entwicklungen. Auf diese Weise ist ein bis heute einzigartiges Standardwerk zur Geschichte der Deutschkonservativen Partei entstanden, das eine unentbehrliche Grundlage für jede Weiterbeschäftigung mit diesem Thema darstellt.²³

Als neueste umfassende Arbeit kann Axel Schildts „Konservatismus in Deutschland“²⁴ gelten, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Wandlungsfähigkeit und Verschiedenartigkeit des Konservatismus von den Anfängen bis in die Gegenwart zu untersuchen. Mit Schildt kann

¹⁹ Im Unterschied zu den politischen Parteien strebten diese Pressure groups nicht für sich selbst die Herrschaftsausübung an, sondern waren Interessenverbände, die häufig mit Druckmitteln Einfluss auf Parteien und Parlamente zu gewinnen suchten. Zur Rechtfertigung, den Begriff Pressure group in der historischen Forschung zu gebrauchen, vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 293 f.; allgemeiner: J. J. Richardson, Pressure groups, 1993.

²⁰ Auf solche präfaschistischen Tendenzen verweisen vor allem: H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966; ders., Von der Agrarkrise zum Präfaschismus, 1972; H. Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, 1976.

²¹ Natürlich tritt dieses Klischee in der hier dargestellten *reinen* Form nur selten auf, bildet aber doch den kleinsten gemeinsamen Nenner fast aller Untersuchungen zur Deutschkonservativen Partei, zumindest bis in die 1980er Jahre hinein. Neben den Veröffentlichungen von Puhle und Stegmann seien in diesem Zusammenhang genannt: E. Kahn, Die Entwicklung der Konservativen Partei von einer Moralpartei zu einer Agrarpartei, 1925; G. Vogel, Die Konservativen und die Blockpolitik Bülow's 1907-09, 1925; U. Lindig, Der Einfluss des Bundes der Landwirte auf die Politik des wilhelminischen Zeitalters 1893-1914, 1954; Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien, 1961, S. 241-265; H.-L. Land, Die Konservativen und die preußische Polenpolitik, 1963; M. Schumacher, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, 1978; D. Fricke (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, 1985, S. 283-309.

²² J. Retallack, Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany 1876-1918, 1988.

²³ Vgl. C. Nonn, Parteien und Wahlen im wilhelminischen Deutschland (1890-1914), in: NPL 41 (1996), S. 41. Neben Retallacks Abhandlung sind in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre vor dem allgemeinen Hintergrund der Debatte um den verhängnisvollen deutschen Weg in die Moderne einige Monographien, Aufsatzsammlungen und Überblicksdarstellungen erschienen, die insgesamt ein vielschichtigeres Bild des deutschen Konservatismus zeichnen. Vgl. vor allem: D. Stegmann/B.-J. Wendt/P.-C. Witt, Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, 1983; P. Kondylis, Konservatismus: geschichtlicher Gehalt und Untergang, 1986; W. Ribhegge, Konservative Politik in Deutschland, 1992. Retallack selbst hat schließlich im Jahre 2006 mit der Veröffentlichung von „The German Right 1860-1920“ seine Forschungsergebnisse zusammengesfasst, indem er eine Sammlung von zehn älteren, aber meist aktualisierten Aufsätzen vorlegt. Vgl. J. Retallack, The German Right 1860-1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination, 2006.

²⁴ A. Schildt, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1998.

der gegenwärtige Forschungsstand so zusammengefasst werden, dass es „generell an Untersuchungen zu den jeweils neuralgischen Punkten von Regimewechseln und anderen wichtigen Zäsuren, die besondere Anpassungsleistungen des Konservatismus erforderten“, fehlt, wobei der Autor in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Reichsgründungszeit und das Ende des Kaiserreichs nennt.²⁵ Auch die nach Schildts Veröffentlichung jüngst erschienenen Spezialstudien belegen, dass die Forschung zum Konservatismus nur vorankommt, wenn sie seine historisch-gesellschaftliche Verankerung im Wandel untersucht.²⁶

Fragestellung und Vorgehensweise

Die Wandlung des Konservatismus ist auch das Thema dieser Arbeit. Im Zentrum soll dabei aber nicht die Wandlung der Idee des Konservatismus stehen, sondern ihres politisch bedeutendsten Gedankenträgers im Kaiserreich, der Deutschkonservativen Partei.

Betrachtet man die Geschichte dieser Partei, so fallen zunächst einmal zwei Besonderheiten auf: Die erste ist die kurze Lebensdauer von 1876-1918²⁷ – die schon vor der DkP gegründete Sozialdemokratische Partei²⁸ gibt es dagegen heute noch, und auch das bereits 1870/71 gebildete Zentrum überlebte das Kaiserreich.²⁹ Die zweite Auffälligkeit besteht darin, dass die Geschichte der Partei untrennbar verbunden ist mit der des Zweiten Deutschen Kaiserreichs von 1871-1918. Wenn die Lebensdaten der Deutschkonservativen Partei so auffällig mit denen des Kaiserreichs korrespondieren, legt das die Vermutung nahe, dass dieser äußerlichen Parallele eine innere Notwendigkeit zugrunde liegen muss, dass Anfang und Ende der Partei untrennbar verbunden waren mit Gründung und Untergang des Zweiten Deutschen Reichs.

In der vorliegenden Arbeit soll eine Überprüfung dieser Annahme für das Ende der Deutschkonservativen Partei erfolgen.

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen dabei die Jahre zwischen 1909 und 1918 und damit die Zeit vom Ende des „Bülow-Blocks“ bis zum Untergang des Kaiserreichs. Der Zeitraum wurde u. a. deshalb gewählt, weil die DkP nach dem von ihr mit verursachten Sturz des Reichskanzlers Bülow in eine dauerhafte Krise geriet, die sich beispielsweise in ihrer Isolation im Reichstag dokumentierte, aber auch in den wachsenden Unmutskundgebungen aus der Parteibasis. Die Fragestellungen, die sich hieraus ergeben, liegen auf der Hand:

²⁵ Ebenda, S. 22. Auch Retallack handelt die Zeit des Ersten Weltkriegs sehr kurz ab und beschränkt sich hauptsächlich auf die rechte Sammlungsbewegung, die in der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei gipfelte.

²⁶ Vgl. H. Matthiesen, Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in *Demokratie und Diktatur 1900-1990*, 2000; V. Stalman, *Die Deutschkonservative Partei und die Deutsche Reichspartei in Bayern 1890-1914*, 2002; F. Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960)*, 2002; R. Weber, *Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar*, 2004. K. Heinsohn, *Konservative Parteien in Deutschland 1912-1933*, 2010.

²⁷ Zwar existierten noch einige Organisationssplitter und auch der Hauptverein der Deutschkonservativen Partei bis zur allgemeinen Auflösung der Parteien 1933 weiter, aber der überwiegende Teil der Mitglieder und Organisationen schloss sich seit Anfang 1919 der neu gegründeten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an, während die „Überreste“ der DkP in der Weimarer Republik praktisch bedeutungslos blieben. Vgl. dazu Kap. 10.

²⁸ 1869 war unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gegründet worden, die sich 1875 mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) vereinigte. Auf ihrem Parteitag in Halle im Jahre 1890 erfolgte die Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

²⁹ Der Name ergab sich aus der Sitzordnung im preußischen Abgeordnetenhaus, in dem die frühere katholische Fraktion ihren Platz in der Mitte hatte. Heute verfügt die kaum noch bekannte Deutsche Zentrumspartei lediglich über 650 Mitglieder (Stand: Februar 2008), da sie mit der Gründung der CDU als überkonfessioneller Sammlungspartei nach dem 2. Weltkrieg ihre Wähler- und Mitgliederbasis verlor.

1. *Was verursachte die Krise der Partei, die letztlich in ihrem Untergang mündete?*
2. *Was unternahm die Parteiführung, um den Niedergang zu verhindern? Welche Optionen hatte sie, welche wählte sie?*
3. *Inwieweit war die Situation der Deutschkonservativen Partei nur ein allgemeines Spiegelbild der „latenten Krise“³⁰, in der sich das politische System des Kaiserreichs befand, oder sind diese beiden Erscheinungen voneinander zu trennen?*

Die Beantwortung dieser Fragen käme einer eher *einseitigen Betrachtung der Partei aus der „Vogelperspektive“* gleich. Von der Forschung ist jedoch wiederholt die Forderung erhoben worden, das Kaiserreich nicht vom Zentrum, sondern von der Peripherie, nicht „von oben“, sondern „von unten“³¹, zu betrachten. *Beides miteinander zu verbinden, soll auch das Ziel dieser Arbeit sein*, denn erst auf diese Weise kann die *Frage der Wandlung und der Wandlungsfähigkeit der Partei* erschöpfend beantwortet werden.

Gewählt wurde die *chronologische Vorgehensweise*, weil so die Entwicklung der Deutschkonservativen Partei am besten nachvollziehbar wird. Diese soll in insgesamt zehn Kapiteln dargelegt werden, wobei in den beiden Eingangskapiteln zunächst auf die Ursprünge des politischen Konservatismus und konservativer Parteien zurückgegangen und anschließend ein Überblick über die Organisationsstruktur der Partei gegeben werden soll. Über die Geschichte der DkP im Bismarckreich und ihre beginnende Wandlung in den beiden Jahrzehnten vor bzw. nach der Jahrhundertwende führt die Darstellung dann zu dem hier ausführlicher zu behandelnden Zeitraum; hatte der gesellschaftliche Wandel in diesen beiden Jahrzehnten bereits an außergewöhnlicher Dynamik gewonnen, so spitzten sich die hier neu entstandenen Konflikte in der Vorkriegs- und Kriegszeit weiter zu, die Entwicklungen beschleunigten sich, und neue Probleme traten auf.

Es ist von entscheidender Bedeutung für die Gesamtinterpretation des Kaiserreichs, die Chancen von Politik und die allgemeine Politikfähigkeit in der Zeit eines solchen rasanten sozialen Wandels zu untersuchen.³² Vor dem Hintergrund dieser Frage soll die Rolle der Deutschkonservativen Partei daher näher beleuchtet werden. Dabei wird es vor allem um *zwei thematische Schwerpunkte* gehen:

Erstens soll der Platz der DkP innerhalb des politischen Systems des späten Kaiserreichs herausgearbeitet werden, ihre Tätigkeit in den Parlamenten – vor allem im Reichstag³³ – sowie ihr Verhältnis zur Regierung und zum Kaiser. Zu diesem Zweck wird sich solchen Fragen zugewandt, wie z. B.: Gab es in den Parlamenten Vorhaben, an denen die Deutschkonservativen gestaltend beteiligt waren? Haben sie im Reichstag oder im Abgeordnetenhaus entscheidend an der Bildung von Mehrheiten mitgewirkt? Hat die DkP auch Forderungen zurückgestellt, war sie kompromiss- und konzessionsbereit, oder war sie doch nur ein retardierendes und regressives Element im deutschen Parteiensystem?

Zweitens soll problematisiert werden, wie die einstige Honoratiorenpartei auf die zunehmende Demokratisierung, wie die ehemals Preußische Konservative Partei auf die fortschreitende Parlamentarisierung *reagierte*, und ob sie die widerstreitenden Forderungen von politischer Exklusivität, Elitedenken und Massendemokratie miteinander verbinden konnte. Denn war die Wilhelminische Ära eine „eigentümliche Fusion von modernen und traditionellen Elementen“, so hängt das historische Urteil über diese Zeit von der Beurteilung

³⁰ Vgl. W. J. Mommsen, *Die latente Krise des deutschen Reichs 1909-1914*, 1973. Die Symptome dieser Krise zeigten sich vor allem im Widerstand gegen Verfassungsreformen und im wachsenden Unvermögen zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme.

³¹ H.-P. Ullmann, *Kaiserreich*, 1995, S. 11 f.

³² G. A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830-1914*, 1985, S. 89 f.

³³ Dies ist umso vordringlicher, da J. Retallack genau das in seinen „Notables of the Right“ unterlässt, worauf bereits M. Alexander hingewiesen hat: „Zu den Deutschkonservativen liegt mit der Arbeit Retallacks zwar eine wichtige Arbeit vor, doch wäre sie insbesondere für die Politik der Partei in den Parlamenten zu ergänzen.“ M. Alexander, *Freikonservative Partei*, 2000, S. 15.

des relativen Gewichts und der Entwicklungsfähigkeit dieser Kräfte entscheidend ab.³⁴ Die vorliegende Studie zur Politik der Deutschkonservativen Partei am Ende des Kaiserreichs ordnet sich in dieses Problemfeld ein.

Wird bei der Erforschung des ersten Problemfeldes hauptsächlich die Vogelperspektive wirksam, also die Sichtweise der Parteioberen, so kann bei der Behandlung des zweiten thematischen Schwerpunktes dieser einseitige Blickwinkel aufgehoben werden: Insbesondere bei der Untersuchung der Reichstagswahl von 1912, bei der Darstellung der Entwicklung der konservativen Provinzialbewegung oder aber bei der Diskussion der Frage über die Entwicklung zu einer konservativen Volkspartei soll auch die Meinung der politischen Basis deutlich werden.

Quellenlage

Die Quellenlage für die Geschichte der DkP in dem zu behandelnden Zeitraum kann als relativ gut bezeichnet werden. Da ein Parteiarchiv jedoch nicht erhalten ist³⁵, bilden die Nachlässe deutschkonservativer Politiker die wichtigste archivalische Quellengruppe. Hervorzuheben ist dabei der sehr umfangreiche Nachlass des einstigen Reichstagsfraktionsvorsitzenden der DkP (1913-18) und späteren Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (1924-26) Graf Westarp³⁶, in dem ein sehr vielschichtiges Bild der Deutschkonservativen Partei gezeichnet wird, das entsteht, weil der Nachlass den Schriftwechsel mit allen bedeutenden Parteimitgliedern, aber auch mit nichtkonservativen und Regierungspolitikern sowie mit Vertretern der Wirtschaft enthält; zudem befinden sich darin Protokolle von Vorstandssitzungen, zahlreiche Schriften über Kriegsziele, Stellungnahmen zu innerpolitischen Problemen und Zukunftsfragen, zur Fraktionstätigkeit und Vorgängen innerhalb der Partei, zur Mitarbeit an der „Sammlungsbewegung“, Entschließungen zu politischen Tagesereignissen, Protokolle über Besprechungen bei Bethmann Hollweg oder Ludendorff u. v. a. Weil im Westarpschen Nachlass auch die Berichte des Generalsekretärs Schroeter an den Parteiführer von Heydebrand von März 1914 bis November 1918 vollständig erhalten geblieben sind und zudem eine Parteiakte existiert, die die Weiterführung dieser Berichte bis Ende 1920 enthält³⁷, entsteht eine fast lückenlose Darstellung über die Aktivitäten des Hauptvereins und der verschiedenen Parteiinstanzen aus der Perspektive des Generalsekretärs.

Eine wertvolle Ergänzung bilden die Nachlässe der beiden BdL-Vorsitzenden Gustav Roesicke und Conrad Freiherr von Wangenheim³⁸, zumal beide häufig andere politische Meinungen vertraten als Schroeter; da Roesicke auch der deutschkonservativen Reichstagsfraktion angehörte, enthält sein Nachlass vor allem wichtige Details über die Fraktionstätigkeit der Partei, während dem Nachlass Wangenheims aufschlussreiche Informationen über die Beziehungen des BdL zur DkP und zu anderen Parteien ebenso zu entnehmen sind wie über Pläne einer Zusammenarbeit aller Konservativen oder über die Zukunft der DkP und der konservativen Sache nach dem Ersten Weltkrieg.

Aufgrund des nicht vorhandenen Parteiarchivs und der damit verbundenen fast ausschließlichen Reduzierung der ungedruckten Quellen auf die erwähnten Nachlässe, ist mit

³⁴ Vgl. H.-U. Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1995, S. 461.

³⁵ Es ist nicht einmal bekannt, ob es ein solches überhaupt gegeben hat. Möglicherweise wurden die Parteiakten, wie so viel anderes Quellenmaterial, am Ende des Zweiten Weltkriegs verbrannt.

³⁶ BArch, NL Westarp, N 2329. Dieser umfasst knapp 300 Hefter mit häufig jeweils mehr als 100 oder 200 Blättern.

³⁷ BArch, NL Westarp 98 (351 Blätter); R 8003/2 (157 Blätter). Über die Stellung des Generalsekretärs und dessen Verhältnis zu Heydebrand vgl. vor allem Kapitel 2. 6.

³⁸ Beide Nachlässe BArch. NL Roesicke, N 2244; NL Wangenheim, N 2323.

dem Reichslandbund-Pressearchiv³⁹ eine andere Quelle ins Zentrum der Betrachtung gerückt, in deren äußerst voluminösen Bänden viele wichtige Zeitungsausschnitte zur Geschichte der DkP gesammelt wurden, die sich in etwa fünf Gruppen einteilen lassen: Informationen zur Organisation (Wahlen, Parteitage, Agitation etc.), zur Selbstdarstellung (Rechenschaftsberichte, Festreden etc.), zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, zur Diskussion mit den anderen Parteien sowie zum Verhältnis zur Regierung.

Auch wenn sich das Reichslandbund-Pressearchiv als umfangreicher Fundus erwies, konnte auf eine systematische Auswertung der Parteipresse nicht verzichtet werden⁴⁰: Erst die oft mühsame Lektüre des publizistischen Flaggschiffes der DkP, der täglich als Morgen- und Abendausgabe herausgegebenen „Kreuzzeitung“ (im Folgenden: KZ), der zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinenden „Konservativen Korrespondenz“ (Kons. Korr.), der wöchentlich herausgegebenen „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ (im Folgenden: Mitteilungen), der „Konservativen Monatsschrift“ (KM) oder des einmal im Jahr editierten „Konservativen Kalenders“ ermöglichte eine abschließende Einordnung und Bewertung bestimmter Informationen oder Ereignisse, zumal sich, trotz der parteiischen Beurteilung der Vorgänge, bei Vergleichen mit anderen Presseerzeugnissen eine äußerste Zuverlässigkeit der Informationen feststellen ließ. Gerade auch mithilfe der Auswertung der Parteipresse, insbesondere der „Mitteilungen aus der konservativen Partei“, konnte dem Anspruch Genüge getan werden, nicht nur die Ansichten der Spitzenpolitiker, sondern auch die der „einfachen“ Wähler und Parteimitglieder zu berücksichtigen.

Wie bei einer parteiengeschichtlichen Arbeit nicht anders zu erwarten, stellten auch die stenographischen Berichte der Reichstags-, Abgeordneten- und Herrenhausdebatten eine unverzichtbare Quelle dar, auch wenn deren Bedeutung für die Zeit des Weltkriegs etwas eingeschränkt ist, weil die Fraktionen auf Ersuchen der Reichsleitung häufig von einer öffentlichen Erörterung brisanter Themen abgesehen haben und insbesondere in der ersten Hälfte des Weltkriegs sehr zurückhaltend im Plenum auftraten. Vor diesem Hintergrund gewannen die Editionen der Protokolle der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, insbesondere die in dieser Reihe enthaltenen Editionen der Protokolle des Hauptausschusses⁴¹, an Relevanz, da die Vertreter von Regierung und Reichstag hier wesentlich offener und direkter miteinander umgingen. Schließlich sei aus der großen Zahl der Memoirenliteratur, die für die in dieser Hinsicht sehr produktive Generation der „Wilhelminer“⁴² zu verzeichnen ist, Westarps „Konservative Politik“⁴³ hervorgehoben, die zwar von apologetischen Gesichtspunkten bestimmt ist, die ihren Wert aber gleichwohl vor allem aus der aus den Akten der Reichskanzlei geschöpften Materialfülle bezieht.

Es versteht sich von selbst, dass es unumgänglich war, auch ungedruckte Quellen, Presseerzeugnisse und Veröffentlichungen anderer Parteien und Organisationen,

³⁹ BArch, R 8034 II.

⁴⁰ Kennzeichnend für die Presse der Wilhelminischen Zeit war ihre starke parteipolitische Gebundenheit, weil jede Partei über eigene parteioffizielle Blätter verfügte: Was die „Kreuzzeitung“ für die Deutschkonservativen darstellte, war für die Freikonservativen die „Post“, für das Zentrum die „Kölnische Volkszeitung“, für die Nationalliberalen die „Nationalzeitung“, für die Linkliberalen die „Vossische Zeitung“ und für die Sozialdemokraten der „Vorwärts“. Gerade die Tagespublizistik war ein wichtiges Kommunikationsmittel zwischen den Parteizentralen, aber auch zwischen Parteimitgliedern und Wählern, und bildete die Bühne für den Parteienkampf.

⁴¹ Bd. 9: Der Hauptausschuss, 4 Tbd. 1981-83 [im Folgenden zit. als HA und Bd.].

⁴² Vgl. dazu die Dissertation von M. Doerry, Übergangsmenschen, 1986.

⁴³ K. von Westarp, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, 2 Bde., 1935. [im Folgenden zit. als K. von Westarp I und II]. Daneben gibt es eine Reihe weiterer Veröffentlichungen Westarps, während von Parteiführer Heydebrand lediglich die etwa 30 Seiten umfassenden „Beiträge zu einer Geschichte der konservativen Partei in den letzten 30 Jahren (1888 bis 1919)“ existieren, in: KM, Bd. 77 (1920), S. 497-504, 539-545, 569-575, 605-611, 638-644 [zit. als E. von Heydebrand, Beiträge]. Heydebrands Nachlass wurde in den Wirren der letzten Kriegsmonate 1944 von Schlesien nach Sachsen ausgelagert, dort geplündert und vermutlich vernichtet. W. A. Mommsen, Nachlässe I, 1971, S. 220 f.

Erinnerungen und Autobiographien nichtkonservativer Persönlichkeiten aus der Zeit des untergehenden Kaiserreichs zu Rate zu ziehen, schon allein, um der Gefahr einer monoperspektivischen Betrachtung zu entgehen.⁴⁴

Erstes Kapitel

Die Geschichte des Konservatismus und der DkP von den Anfängen bis 1890

⁴⁴ Insbesondere in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg erschienen unzählige Memoiren, deren Wert für den Historiker vor allem zwei Tatsachen ausmachen: zum einen ihre Ursprünglichkeit, also die Nähe zu den geschilderten historischen Ereignissen, und zum anderen stellen sie ein wichtiges Quellenmaterial dar, weil die Autoren zumeist zu einer Verteidigung der eigenen Stellung gelangen und auf diese Weise ersichtlich wird, was sie selbst gewollt und für richtig gehalten haben. Beispielgebend dafür seien genannt: B. von Bülow, *Betrachtungen zum Weltkriege*, 2 Bde., 1921; Th. von Bethmann Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkriege*, 2 Bde., 1919/22; G. Graf von Hertling, *Erinnerungen aus meinem Leben*, 2 Bde., 1919/20; G. Michaelis, *Für Staat und Volk*, 1922; M. Erzberger, *Erlebnisse im Weltkrieg*, 1920; Ph. Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, 1921.

1. Vorbemerkung

Die Gründung der Deutschkonservativen Partei im Jahre 1876 war Ausdruck des Bestrebens der konservativen Kräfte, ihren durch das Dreiklassenwahlrecht gesicherten überragenden Einfluss in Preußen und im preußischen Abgeordnetenhaus auch auf das Deutsche Reich und den Reichstag auszudehnen. Schon in der Namensgebung wurde der Versuch deutlich, der Partei einen gesamtdeutschen Charakter zu geben: Die „Deutsche Konservative Partei“ ging hervor aus der „Konservativen Partei Preußens“.

Spätestens nach den Niederlagen bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus vom November 1873 und zum Reichstag im Januar 1874¹ war den meisten Konservativen klar geworden, dass man sich mit den Realitäten im neuen Reich abzufinden hatte. Im Gründungsprogramm vom 12. Juli 1876 wandte sich die neu gegründete Partei daher „an die konservativen Elemente des Deutschen Reiches mit dem Aufruf zu vereinter Arbeit für die großen, gemeinsamen Ziele.“² In der neuen deutschen Gesamtpartei sollten die konservativen Gruppen in den Einzelstaaten unabhängig voneinander in ihren Parlamenten arbeiten; zur Vertretung gemeinsamer grundsätzlicher Prinzipien und Ziele im Reich wurde eine lockere Föderation angestrebt. Zu diesem Zweck wurde der Gründungsauftrag auch von Konservativen aus verschiedenen deutschen Einzelstaaten bekannt gegeben.³

Auch wenn in den folgenden Jahrzehnten Ansätze einer solchen Parteibildung in vielen deutschen Staaten zu verzeichnen waren, blieben die außerpreußischen Organisationen im Wesentlichen unerheblich, und es gelang der Partei nicht, die konservativen Kräfte des gesamten Deutschen Reiches in ihrer Organisation zusammenzufassen. Von kleineren Gruppen in Sachsen, Württemberg oder Mecklenburg abgesehen, blieb der Einfluss der DkP im Großen und Ganzen auf das konservativ eingestellte evangelische Preußen beschränkt. Es war daher ein Hauptanliegen konservativer Politik vor dem Ersten Weltkrieg, diesen Mangel zu beheben.

Um die Ursachen der geringen Anziehungskraft der Deutschkonservativen Partei auf nichtpreußische Kreise zu erhellen, muss zunächst auf die Anfänge konservativer Ideen und Prinzipien sowie auf die Umstände der Parteigründung eingegangen werden.

2. Die Ursprünge des Konservatismus und der konservativen Parteien

Eine ganze Reihe von Historikern datiert die Geburtsstunde des Konservatismus auf das Jahr 1789 und den Ausbruch der Französischen Revolution.⁴ Allerdings ist durch die Untersuchung von Klaus Epstein⁵ detailliert nachgewiesen worden, dass sich in Deutschland schon Jahrzehnte vor der Revolution durchaus eine konservative politisch-ideologische Strömung in einiger Differenziertheit herauszubilden begonnen hatte. Der Konservatismus entstand also nicht erst als Reflex auf die Französische Revolution, sondern er konstituierte sich als autonome geistige und politische Strömung gegen die Heraufkunft der modernen Welt im 18. Jahrhundert, und zwar zur Abkehr sowohl vom Absolutismus⁶, vor allem vom

¹ Zwischen 1871 und 1874 ging die Anzahl der Reichstagsmandate von 57 auf 22 zurück. Vgl. auch Kap. 1. 3.

² F. Salomon, Parteiprogramme, Bd. 2, 1912, S. 7.

³ H. Booms, Deutschkonservative Partei, 1954, S. 5. Vgl. auch Kap. 1. 3.

⁴ Verwiesen sei auf W. Ribhegge, Konservative Politik, 1992, S. 112-136; K. von Klemperer, Konservative Bewegungen, 1962, S. 25; F. Neumann (Hg.), Handbuch politischer Theorien und Ideologien, 1984. Die politische Theorie des Konservatismus bildete sich daher auch nicht als Antwort auf den Liberalismus heraus, wie M. Greiffenhagen vermutet, da dieser eine postrevolutionäre Erscheinung war. Vgl. M. Greiffenhagen, in H.-G. Schumann (Hg.), Konservatismus, 1974, S. 157.

⁵ K. Epstein, Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland, 1973.

⁶ Vgl. auch P. Kondylis, Konservatismus, 1986.

aufgeklärten Absolutismus, als auch von der Aufklärungsbewegung allgemein sowie vom aufstrebenden Bürgertum.

Wichtigster Träger des Konservatismus war der landsässige Adel, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts um seine angestammten Rechte fürchten musste. In einer Zeit, in der das von fast allen Bindungen gelöste Gewaltrecht des absoluten Fürsten zum Ideal erhoben wurde, führten der Zerfall traditioneller Adelsprivilegien und der Wandel vom Herrschaftsstand zur modernen staatlichen Funktionseélite zu einer tief greifenden Adelskrise. Der zweite auslösende Faktor für diese Krise war der beginnende Legitimationsverlust des Adels durch den Aufstieg und das zunehmende Selbstbewusstsein des Bürgertums.

Schließlich muss als dritter Faktor der Adelskrise die Aufklärung genannt werden, die Zweifel an der Zweckmäßigkeit der überkommenen Herrschaftsstrukturen und an der theologisch legitimierten Auffassung von der prinzipiellen Ungleichheit der Menschen schürte.⁷

Doch so wie die Aufklärung zunächst unpolitisch war und sogar Tendenzen der Erhaltung des Bestehenden aufwies, klangen auch die konservativen Gegenstimmen anfänglich eher besorgt als aggressiv. Erst als die Aufklärungsbewegung allmählich politischer wurde und aufgeklärte Fürsten einzelne Reformen verwirklichten, änderte sich auch die Gestimmtheit des frühen Konservatismus. Dieser entstand und entwickelte sich somit aus der Verteidigung ständischer Rechte gegen den Absolutismus und aus einer Abwehrhaltung gegen die Aufklärung und das Bürgertum heraus. Am Ende dieser Entwicklung stand die Französische Revolution, die deshalb geschichtswissenschaftlich zu Recht als Fixpunkt einer pragmatisch-funktionalistischen Begriffsfestlegung für den Konservatismus jener Zeit betrachtet wird. Demnach sind als konservativ „alle politischen und sozialen Theorien anzusehen, welche die Revolution als illegitime Aufhebung eines positiven Rechtszustandes qualifizierten und [...] [die] die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft bereits im Ansatz ablehnten.“⁸

Als Antwort auf die Revolution wurden die Argumente des aus Irland stammenden britischen Unterhausabgeordneten Edmund Burke von den Konservativen begeistert aufgenommen; seine „Reflections on the Revolution in France“ (1790) bestätigten ihre Urteile: Die Revolution habe die Vernichtung von Religion, staatlicher Ordnung und Eigentum bewirkt, ein Reich der Anarchie und Guillotine herbeigeführt und sei insofern die praktische Widerlegung aufklärerischer Visionen.

Burke betonte unmissverständlich die Notwendigkeit präventiver Reformen und vor allem sein deutscher Übersetzer Friedrich von Gentz stellte das Argument heraus, dass durch die Revolution eine langsamere reformerische Entwicklung gewaltsam unterbrochen worden sei – dies bezog er nicht zuletzt auf Preußen, „das zwischen 1763 und 1789 außerordentliche Fortschritte aufzuweisen habe und zum Modell für eine bewunderungswürdige Kultur und bürgerliche Freiheit geworden sei.“⁹

Der Konservatismus war in dieser Zeit eine *p u b l i z i s t i s c h e* Bewegung, die das Heilige Römische Reich Deutscher Nation mit einer wahren Flut von Schriften als Antwort auf die Revolution überschwemmte. Im Medium dieser Revolutionskritik verbreiterte und differenzierte sich die konservative Publizistik in Deutschland beträchtlich und ihren Vertretern genügte es nicht länger, sich auf konterrevolutionäre Propaganda zu beschränken. Dabei lassen sich idealtypisch zwei Ebenen konservativen Denkens unterscheiden: zum einen die romantische Rückbesinnung auf eine intakte christliche und in ständischer Harmonie geordnete Welt, zum anderen ein „rationaler Konservatismus“, der im Unterschied zur historisch gestimmten Romantik die Ständeordnung als einen ‚vernunftbestimmten arbeitsteiligen (gesellschaftlichen) Funktionszusammenhang‘ deutete oder in Anlehnung an

⁷ Vgl. A. Schildt, *Konservatismus*, 1998, S. 11 ff.

⁸ Ebenda, S. 37.

⁹ Zit. nach ebenda.

das ältere Vernunftrecht die Legitimität des Staates als eines 'autonomen Souveränitätsträger[s]'¹⁰ herausstellte.

Auf der Ebene politischer Option bedeutete das, dass die einen jede Reform ablehnten, während die anderen begrenzt reformwillig waren, weil sie meinten nur so – mittels partieller Berücksichtigung liberalen Gedankenguts – auf die neuen Herausforderungen antworten zu können. Tatsächlich zeigen aber die Biographien der meisten konservativen Wortführer, dass sich beide Ebenen häufig vermischten.

Die Reformära (1806-13) war eine Zeit des Nebeneinander- und Zusammenwirkens unterschiedlicher Interessenten, was zur Herausbildung einer differenzierten Öffentlichkeit führte. Als wichtiger konservativer Theoretiker erwarb sich Karl Ludwig von Haller einen Namen, dessen programmatisches Werk nicht nur der Restaurationsperiode ab 1815 ihren Namen gab¹¹, sondern der vor allem auch die kommende Generation der preußischen Konservativen beeinflusste: die Brüder Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach, den Kronprinzenzieher Frédéric von Ancillon – seit 1832 preußischer Außenminister – und über diesen den späteren preußischen König Friedrich Wilhelm IV.

Die sich an die napoleonische Besetzung anschließenden Befreiungskriege (1813-1815) hatten für die Fortsetzung des staatlichen Reformprozesses von oben eher eine bremsende als beschleunigende Wirkung, ja, die Festschreibung der Zersplitterung und dynastischen Fremdbestimmung Deutschlands führte sogar dazu, dass reformerische Ansätze zu einem Teil wieder rückgängig gemacht oder zumindest nicht weiter betrieben wurden. Durch die Bestimmungen des Wiener Kongresses von 1814/15 kam es in der nun folgenden Restaurationsperiode zu einer Festigung der bereits angeschlagenen Positionen des Adels und damit der Konservativen.

Gewissermaßen ohne ernsthaften Widerstand stagnierte die konservative Bewegung in der ersten Phase der Restaurationsperiode, und erst die französische Julirevolution von 1830 führte wieder zu einer Politisierung konservativen Denkens. Die Gründung des auf hohem intellektuellen Niveau argumentierenden „Berliner Politischen Wochenblattes“ (1831-1841) durch Ernst Ludwig von Gerlach verdeutlichte, dass es der Aufschwung der liberalen und demokratischen Bewegung seit den 1830er Jahren war, der auch die konservative Bewegung zur geistigen Auseinandersetzung zwang; und mit der zunehmend öffentlich geführten Diskussion über die Lösung der sozialen Frage trat auch im Konservativismus eine neue Komponente hinzu: die sozialkonservative Strömung, die sich vor allem nach 1848 stärker entwickeln sollte.¹²

Am Vorabend der Revolution von 1848 war der Konservativismus an einem Entwicklungsstand angekommen, der als ein allmählicher Übergang von altständisch-romantischen zu neuständisch-halbkonstitutionellen Überlegungen charakterisiert werden kann¹³, wobei die Bedeutung der sozialen Frage ebenso vereinzelt thematisiert wurde wie die Notwendigkeit festerer konservativer Organisation. Bei diesen Veränderungstendenzen handelte es sich um rein publizistische Diskussionen, für die ein defensives Denken prägend war und für die die Prävention des drohenden revolutionären Umsturzes im Vordergrund stand.

Analog den Anfängen des Konservativismus erfolgte der nächste Entwicklungsschub im Umfeld einer Revolution, aber wie beim Ursprung des Konservativismus als politischer

¹⁰ Ebenda, S. 38.

¹¹ Hallers „Restauration der Staatswissenschaften“ (1816-1820) verherrlichte das patriarchalisch-ständische Prinzip; seine Auffassungen bildeten bis zur Jahrhundertmitte eine Hauptquelle des Konservativismus.

¹² Vgl. dazu die Studie von H. Beck, *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia*, 1995, insbes. S. 31 ff. („Prussian Conservatives and the Social Question“).

¹³ Vor allem der konservative Staatsrechtslehrer Friedrich Julius Stahl (1802-1861) versuchte schon vor der Revolution von 1848/49 ein System für die Konservativen zu entwickeln, wie diese sich mit dem Parlamentarismus abfinden könnten, indem sie die Krone als den ersten staatlichen Faktor, das Parlament aber als ein ebenfalls notwendiges zweites Element anzusehen hätten. F. J. Stahl, *Das monarchische Prinzip*, 1845.

Strömung kann auch dieser neuerliche Schub nicht allein als Reaktion auf die revolutionären Ereignisse von 1848/49 aufgefasst werden. Die Revolution verhalf zwar bereits vorhandenen konservativen Organisationsbemühungen auf breiter Front zum Durchbruch, aber deren Anfänge lassen sich mindestens seit Gerlachs publizistischen Sammlungsbemühungen und den Programmschriften Viktor Aimé Hubers Anfang der 1840er Jahre nachweisen.¹⁴

Während der Revolution versuchten die Konservativen vor allem durch die Presse die öffentliche Meinung konterrevolutionär zu beeinflussen, wobei die am 1. Juli 1848 unter der Losung „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ zum ersten Mal erschienene „Neue Preußische Zeitung“ – nach dem Eisernen Kreuz im Titel allgemein nur „Kreuzzeitung“ genannt – bis zum Ende des Ersten Weltkrieges das wichtigste konservative Publikationsorgan bleiben sollte. Die Ergebnisse der Revolution – Zweikammersystem und Dreiklassenwahlrecht – wurden zum Grundpfeiler des politischen Systems in Preußen und sicherten den Konservativen hier einen dominanten Einfluss.

Während der Kampagnen zu den Wahlen der Zweiten Kammer des preußischen Abgeordnetenhauses des Jahres 1849 vollzog sich dann der Übergang der konservativen Bewegung vom Verein zur locker organisierten Partei. Überall begannen konservative Kreise, von der „Kreuzzeitung“ dazu aufgerufen, mit der Bildung von Wahlkomitees und durch die Verbreiterung des konservativen Vereinswesens stand der Konservativismus 1849 an der Schwelle zur Parteibildung: Nach Schätzungen gab es jetzt in Preußen ca. 140 konservative Vereine mit etwa 60.000 Mitgliedern.¹⁵

Trotz der erfolgreichen Konterrevolution keimte dann jedoch bereits 1849 neue Zwietracht bei den Konservativen: Gegen die Einwände Gerlachs und anderer, den sog. „Ultrakonservativen“, die befürchteten, Preußen könnte sich von Österreich entfremden, regte General Joseph Maria von Radowitz, ein katholischer Romantiker ungarischer Abkunft, Friedrich Wilhelm IV. zu dessen Unionspolitik an, die eine kleindeutsche Lösung von oben weiter verfolgte und damit ein von Preußen beherrschtes deutsches Kaiserreich anstrebte. Mit dem Ende dieser illusionären und Preußens Macht bedrohenden Unionspolitik¹⁶ wurden die Weichen endgültig in Richtung einer Restauration des Ancien Régime gestellt.

Die Konflikte im konservativen Lager bestanden aber fort und flammten bis zur Reichsgründung immer wieder auf. So war die Zeit der 1850er Jahre ein Kampf der beiden Hauptströmungen der Konservativen in Preußen um Einfluss auf den König und die Regierung um Otto von Manteuffel: der Kampf der „Kreuzzeitungspartei“, den Ultras um Ludwig von Gerlach, gegen die „Wochenblattpartei“, benannt nach dem „Preußischen Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen“ (1851-61). Während die Ultras die Verfassung, wie in Österreich, am liebsten ganz aufgehoben hätten¹⁷, stellte sich die

¹⁴ „Über die Elemente, die Möglichkeiten oder Notwendigkeiten einer konservativen Partei in Deutschland“ (1841) und „Die Opposition“ (1842). In beiden Schriften hob der als Professor für abendländische Literatur in Marburg tätige Huber die Notwendigkeit einer konservativen Partei und einer eigenständigen konservativen Presse hervor. Die 1845 von Huber gegründete und wöchentlich herausgegebene Zeitschrift „Janus“ fand jedoch nicht genügend Resonanz beim Publikum, sodass ihr Erscheinen schon im März 1848 eingestellt werden musste, obwohl auch so bekannte konservative Publizisten, wie Stahl, Gerlach oder Heinrich Leo Artikel beisteuerten.

¹⁵ A. Schildt, *Konservatismus*, 1998, S. 77. Vgl. auch weiterführend: W. Schwentker, *Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49*, 1988.

¹⁶ Am 29. November 1850 musste sich Preußen dem österreichisch-russischen Diktat beugen und mit der Unterzeichnung der Olmützer Punktation endgültig seinen, auch am Widerstand der deutschen Mittelstaaten gescheiterten Versuch aufgeben, einen unter Preußens Vorherrschaft stehenden Bund aller deutschen Staaten unter Ausschluss Österreichs zustande zu bringen. Um die Demütigung zu vervollständigen, hatte das Königreich zudem einzuwilligen, seine Truppen in dem für die Verbindung zwischen den westlichen und östlichen Teilen Preußens so wichtigen Kurhessen zurückzuverlegen und die Armee einseitig auf den Friedensstand abzurüsten; außerdem musste Preußen endgültig darauf verzichten, den Unabhängigkeitskampf Holsteins gegen Dänemark zu unterstützen.

¹⁷ Gerlachs Wahlspruch lautete: „Autorität, nicht Majorität!“ Er hatte 1850 sogar einen ihm angebotenen Ministerposten abgelehnt, weil er damit die Verfassung hätte anerkennen müssen und weil ihm jede Konzession an das Volk zuwider war. Vgl. H. von Gerlach, *Von Rechts nach Links*, 1987, S. 24 f., wo der Autor den ihm

„Wochenblattpartei“ auf den Boden der Verfassung vom 5. Dezember 1848. Auch wenn Bismarck in dieser Zeit noch zu ihren Gegnern zählte – die „Wochenblattpartei“ nahm die spätere Politik der Reichsgründung im Grunde genommen vorweg. Mit dem Ende der Regierung Friedrich Wilhelms IV. und Manteuffels sowie der, mit der Übernahme der Thronregentschaft durch Prinz Wilhelm von Preußen im Jahre 1858 anbrechenden „Neuen Ära“, zerfiel die „Wochenblattpartei“, die ihr Ziel, eine von ihr beeinflusste und personell mitgetragene Regierung, erreicht hatte.¹⁸

Die Zeit der „Neuen Ära“ (1858/59-1862) brachte eine enorme Revitalisierung der liberalen Bewegung, wie sich im Konflikt um die Heeresreform 1861/62 deutlich zeigte. Die Konservativen versuchten zwar mit dem Aufbau einer neuen Parteiorganisation („Preußischer Volksverein“, 1861-1872) den neuen liberalen Zusammenschlüssen¹⁹ etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen, erlebten aber bei den Wahlen von 1862 eine verheerende Niederlage – die Opposition verfügte über zwei Drittel aller Abgeordneten und König Wilhelm dachte an Abdankung.

Bekanntlich rettete ein Mann die Situation, der mit seiner „Lückentheorie“ nicht nur die Heeresreform in einem staatsstreichähnlichen Akt durchbrachte, sondern der auch ein zunehmend klarer konturiertes Programm für die Zukunft, insbesondere die Reichseinigung unter preußischer Regie, zu besitzen schien – Otto von Bismarck.

Auch wenn der Weg zur Reichseinigung dann anders beschritten wurde, als sich Bismarck das 1862 bei seinem Amtsantritt als preußischer Ministerpräsident hatte vorstellen können – für die weitere Entwicklung der Konservativen wurde nun entscheidend, wie sie sich zu diesen Ereignissen, vor allem zum Krieg gegen Österreich und zu der Tatsache der Reichseinigung selbst stellten.

Das Jahr 1866, der „Bruderkrieg“ mit Österreich und die Indemnitätsvorlage, mit der Bismarck das Budgetrecht des Parlaments anerkannte, mussten die starken Differenzen innerhalb der konservativen Bewegung ans Tageslicht bringen; und so prägte sich seit den Ereignissen dieses Jahres eine tiefe und lang anhaltende Spaltung aus, die bis in die Freundeskreise und Familien hineinreichte. Dabei lassen sich idealtypisch drei Gruppierungen unterscheiden: die Gruppe um Gerlach, die Bismarcks kleindeutsche Politik als Verrat an den Idealen des Legitimus kritisierte²⁰, dann eine Gruppe, die Bismarcks außenpolitischen Erfolg nicht in Abrede stellte, die aber den Versuch des Ausgleichs mit der liberalen Parlamentsmehrheit beanstandete, und schließlich jene Konservativen, die Bismarcks Politik

entfernt Verwandten Ludwig von Gerlach als den „in seiner Geschlossenheit und Folgerichtigkeit imponierendste[n] Reaktionär, der [ihm] vorgekommen ist“, bezeichnet.

¹⁸ Die Abspaltung des gemäßigten Flügels der „Wochenblattpartei“ vom Gros der Konservativen hatte zwar ursächlich innenpolitische Gründe, musste aber auch als Reaktion auf die gescheiterte Unionspolitik verstanden werden, die von den gemäßigten Konservativen, wie vom Prinzen von Preußen, dem späteren König und Kaiser Wilhelm, als „Schmach“ empfunden wurde. So veröffentlichte Heinrich Graf von der Goltz, einer der Führer der Wochenblatt-Fraktion, eine Werbeschrift, in der er die Außenpolitik in den Vordergrund rückte und feststellte, dass die Ereignisse seit dem November 1850 `einen tiefen Riss` innerhalb der konservativen Partei veranlasst hätten und dass `nach außen Preußens Stellung als selbstständige deutsche Großmacht und hiermit zugleich die nationale Zukunft Deutschlands gefährdet` seien. Zit. nach: E. Engelberg, Bismarck, Urpreuße und Reichsgründer, ²1986, S. 357.

¹⁹ Erwähnt sei vor allem die Gründung des Deutschen Nationalvereins im September 1859 durch so bedeutende liberale Führer, wie Rudolf von Bennigsen und Hermann Schulze-Delitzsch, die schon bald erklärten, dass Preußen die Führung in einem zukünftigen deutschen Bundesstaat übernehmen sollte. Das Erstarken der liberalen und die gleichzeitige Schwäche der konservativen Bewegung hatte mehrere Ursachen, so u. a. eine schwere ökonomische Depression, die Deutschland infolge der Weltwirtschaftskrise Ende der 1850er Jahre ergriff und die die von den Liberalen geforderte Freihandelsidee populär machte; aber auch der Krieg zwischen Österreich und dem von Russland unterstützten Bündnis Frankreich/Piemont-Sardinien (1859) und der italienische Unabhängigkeitskampf gaben den Liberalen einen zusätzlichen Antrieb zum festeren Zusammenschluss, während die Konservativen nur mühsam eine pro-österreichische Haltung fanden, weil viele in dieser Situation etwas für Preußen herauschlagen wollten. Vgl. A. Schildt, Konservatismus, 1988, S. 83 f.

²⁰ Vgl. H. von Gerlach, Von Rechts nach Links, 1987, S. 24 f.

vollständig mitzutragen bereit waren und die sich im preußischen Abgeordnetenhaus zur „freien konservativen Vereinigung“ zusammenschlossen. In der folgenden Zeit erfolgte eine zunehmende Auseinanderentwicklung in eine konservative Mehrheitspartei und die neue konservative „Bismarck-Partei“, die Freikonservative Partei.

Es kann bilanziert werden: Die Ereignisse des Jahres 1866 hatten endgültig zur Spaltung des konservativen Lagers geführt, und schon bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag traten die alte Konservative Partei und die Freikonservative Partei getrennt an. Bedeutsam bei diesen Wahlen war, dass sie schon die zukünftigen regionalen Hochburgen auswiesen: Während die Freikonservativen besonders in Schlesien und im Rheinland starken Zuspruch erhielten, bezog die konservative Mehrheit ihren Stimmanteil hauptsächlich aus den altpreußischen Kernprovinzen, wobei die ostelbischen Junker ihr soziales Rückgrat bildeten. Nach der Gründung des Deutschen Reiches bezeichneten sich die Freikonservativen dann offiziell als Reichspartei und seit 1880 als Reichs- und Freikonservative Partei (RFKP). Aus den Mehrheitskonservativen aber erwuchs 1876 die Deutschkonservative Partei. Um diese Partei und ihre Stellung zum Deutschen Reich soll es im Folgenden gehen.

3. Die Gründung der DkP und das Bismarckreich

Die Gründung des Deutschen Reiches von 1870/71 markierte den Höhepunkt und Abschluss der Bismarckschen Einigungspolitik. Während fast überall eine Welle nationaler Begeisterung herrschte, standen die Konservativen der Vollendung der Reichsgründung vielfach skeptisch gegenüber.²¹

Das hatte seine Ursachen: Die Konservative Partei besaß einen zutiefst p r e u ß i s c h e n Charakter und es war fraglich, inwiefern sie als deutsche Reichspartei ein maßgeblicher politischer Faktor werden könnte. Zudem erschien den Konservativen das neue politische System mit seinem verhassten Wahlrecht als liberale Konzeption, wobei sie eine Aufwertung des Parlaments zu Lasten der Reichsleitung und des Reiches zum Nachteil der Gliedstaaten befürchten mussten. Diese ablehnende Haltung dem neuen Reich gegenüber wurde durch den beginnenden Kulturkampf Bismarcks noch verstärkt, weil zu erwarten war, dass auch der Einfluss der evangelischen Kirche auf den Staat geschmälert werden könnte. In direkten Gegensatz zur Regierungspolitik gerieten die Konservativen dann, als auf Ansinnen der Liberalen der Entwurf einer neuen Kreisordnung in Preußen vorgelegt wurde, welche künftig eine Personalunion zwischen Großgrundbesitz und Verwaltung (Landrat, Polizei) aufheben sollte.²²

²¹ Es ist davon auszugehen, dass eine Mehrheit der preußischen Konservativen die Reichseinheit ablehnte. Vgl. H. Booms, *Deutschkonservative Partei*, 1954, S. 18; O.-E. Schüddekopf, *Innenpolitik*, 1951, S. 68. G. A. Ritter (Hg.), *Parteien*, 1985, S. 76, formuliert etwas abgeschwächt, dass die Konservative Partei der 1870er Jahre die Reichsgründung „noch nicht eindeutig akzeptiert“ hätte. H. Fenske, *Wahlrecht und Parteiensystem*, 1972, S. 134, hingegen meint, dass auch die Konservativen von der allgemeinen Begeisterung über die Gründung des Reiches erfasst wurden. Eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung zu dieser Problematik gibt es bisher nicht.

²² Der Ende 1871 dem preußischen Abgeordnetenhaus präsentierte Regierungsentwurf enthielt die Beseitigung der Leitung der Polizei und der Dorfverwaltung durch die Gutsherren und die endgültige Abschaffung des Erbschulzenamtes, wobei die Dorfgemeinden zudem das Recht erhalten sollten, aus ihrer Mitte den Gemeindevorsteher und zwei Schöffen zu wählen. Außerdem sah der Entwurf vor, dass kleinere Landgemeinden und Gutsbezirke zu Amtsbezirken zusammengefasst würden, größere Landgemeinden und die meisten Gutsbezirke jedoch Amtsbezirke jeweils für sich zu bilden hätten: In diesen sollten vom Oberpräsidenten ernannte Amtsvorsteher die polizeiliche Gewalt ehrenamtlich ausüben. Die spätere Umsetzung der Kreisordnung zeigte aber, dass die Amtsvorsteher in der Regel aus dem Junkertum kamen, und dass sich auch die liberale Hoffnung als illusionär erwies, dass die Amtsbezirke lediglich ein Provisorium bzw. eine Überleitung zu den in den westlichen Provinzen Preußens vorherrschenden Samtgemeinden darstellen würden (Vereinigung mehrerer selbstständiger Gemeinden und Gutsbezirke zu einer Gemeindeverbindung mit umfassenden kommunalen Aufgaben). Bei dem umstrittenen Problem der Neuregelung der Zusammensetzung der Kreistage waren die durch die Kreisordnung festgelegten Bestimmungen zwar so angelegt, dass die kleinen Städte und Gemeinden

Angesichts dieser Voraussetzungen stand die von Bismarck selbst initiierte Gründung der „Monarchisch-Nationalen Partei des Reichstags“ unter keinem günstigen Stern. In dem von der Reichstagsfraktion am 14. Mai 1872 verabschiedeten Programm kamen die Ängste der Konservativen dann auch deutlich zum Ausdruck. Man wolle, so hieß es, allen „Bestrebungen entgegentreten, welche einerseits auf die Herrschaft parlamentarischer Majoritäten hinzielen und welche andererseits [...] das Reich zum Einheitsstaat zu verkümmern trachten.“²³

Das Programm enthielt keinerlei neue Gedanken. Bedeutsamer war daher, dass die Konservativen ihren Standort erstmals nicht nur als monarchisch, sondern auch als national bezeichneten. Zunächst tat dies nur die Reichstagsfraktion, doch auf der Basis des Programms der „Monarchisch-Nationalen“ konstituierte sich nur wenig später auch im preußischen Abgeordnetenhaus im Zuge der Auseinandersetzung um die Kreisreform und die beginnende Kulturkampfgesetzgebung unter dem Vorsitz von Bismarcks älterem Bruder Bernhard eine „Neue Fraktion der Konservativen Partei“ mit 45 Mitgliedern; die alte, weiterhin Bismarcks Politik ablehnende Fraktion, besaß mit 71 Abgeordneten aber immer noch die Mehrheit. Dass die Wähler für deren Parolen und für die Verteidigung „bestehender organischer Verhältnisse“²⁴ nicht mehr zu begeistern waren, zeigten die preußischen Wahlen im Herbst 1873 mit aller Deutlichkeit. Erlitten die Konservativen hier insgesamt eine klare Niederlage, so war die der Altkonservativen geradezu verheerend: Nur 4 Mandate wurden von diesen gewonnen, während die Neukonservativen immerhin noch 28 Sitze erringen konnten. Dieser Rückschlag bestätigte sich bei den Reichstagswahlen im Januar 1874, wo man bei einem Stimmanteil von 6,9 % nur 22 Mandate gewann.

Die konservative Bewegung hatte damit ihren Tiefpunkt erreicht. Die Isolation, in die sich die Altkonservativen im Konflikt mit Bismarck begeben hatten und die Wahlniederlagen von 1873/74 gaben schließlich den letzten Anstoß, sich insgesamt mit einer festeren Organisation und erneuerten Programmatik auf den Boden der entstandenen Ordnung zu stellen und Anspruch auf deren Mitgestaltung zu erheben, auch gegen jene Konservativen, die auf ihren Positionen beharrten und die dem Parteibildungsprozess ablehnend gegenüberstanden.

Voraussetzung für diese Anpassung war allerdings der radikale politische Kurswechsel, der sich in Bismarcks Politik ankündigte und der von den Konservativen befördert werden sollte. Die hervorragenden Möglichkeiten, die der staatskonservative Charakter der Reichsgründung ihnen zur Förderung Preußens bot, konnten bei den Altkonservativen erst Beachtung finden, als Bismarck ihnen Gelegenheit gab zu erkennen, dass Reichspolitik und liberale Kräfte nicht notwendig miteinander verbunden sein mussten und dass die Politik des neuen Reiches auch von konservativen Kräften getragen werden konnte. Das Resultat dieser Erkenntnis war, dass am 7. Juni 1876 in Frankfurt am Main, noch rechtzeitig vor den 1876/77 anstehenden

stärker als bisher in den Kreistagen vertreten waren, gleichwohl eine junkerlich-konservative Mehrheit in den meisten Kreistagen gesichert blieb: Damit vermochten die konservativen Kräfte zugleich ihren Einfluss im Kreisausschuss fest zu verankern, einem aus dem Landrat und sechs vom Kreistag gewählten Ehrenbeamten bestehenden neuen Kreisorgan mit vermögensrechtlichen, gerichtlichen und allgemeinen Verwaltungsaufgaben. Obwohl auch das Landratsamt im Wesentlichen eine Vertretung des Junkertums blieb und somit von der neuen Kreisordnung insgesamt keine gravierende Bedrohung der konservativen Positionen ausging, setzten ihr die Ultrakonservativen einen heftigen Widerstand entgegen, was die Kluft zwischen Bismarck und diesen extrem-konservativen Kräften vertiefte und zugleich die Krise der konservativen Bewegung verstärkte; gerade aus der Zuspitzung dieser Parteikrise sollte mit der Bildung der Neuen Konservativen Fraktion die Basis der neuen, Bismarcks Politik bejahenden, Deutschkonservativen Partei entstehen. Die extremen Altkonservativen aber hatten an dieser Neuformierung der Konservativen Partei auf dem Boden des Kompromisses mit den Liberalen und dem Bürgertum sowie der Anpassung an die beschleunigte kapitalistische Entwicklung insofern einen mehr als indirekten Anteil, da sie die Gesamtproportionen des Kompromisses nach rechts verschoben und damit zu den Wegbereitern der innenpolitischen Kursänderung von 1878/79 gehörten. Siehe dazu weiter unten, insbes.

Anm. 29 f. Ferner: Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 5, 1988, S. 93 ff.

²³ Programm der Monarchisch-Nationalen Partei des Reichstags, 14. Mai 1872, in: F. Salomon, Parteiprogramme, Bd. 2, 1912, S. 2.

²⁴ Wahlprogramm der Altkonservativen vom 21. Mai 1873, zit. nach: H. Fenske, Wahlrecht und Parteiensystem, 1972, S. 135.

Wahlen, eine Partei gegründet wurde, die sich auf den Boden der neu geschaffenen Realitäten im Deutschen Reich stellte und die die Wiedervereinigung der Altkonservativen mit der „Neuen Fraktion“ mit sich brachte – die Deutschkonservative Partei.

Die Gründung der Partei war das Ergebnis einer teilweisen Revision konservativer Grundsätze und einer Annäherung an die Regierungspolitik Bismarcks. Der von Otto von Helldorf-Bedra (1833-1908) verfasste Gründungsaufwurf, der als undatiertes Flugblatt Mitte Juli 1876 veröffentlicht wurde, galt für die nächsten sechzehn Jahre als Programm der Partei. Er wurde von siebenundzwanzig „Gründungsvätern“ unterzeichnet, zu denen neben dreizehn preußischen Konservativen – darunter elf aus dem ostelbischen Raum – eben auch fünf Konservative aus Bayern sowie je drei aus Sachsen, Baden und Hessen gehörten.²⁵

Auch wenn im Gründungsaufwurf die Reichsverfassung anerkannt wurde, waren damit in erster Linie die monarchischen Grundlagen und eine „kräftige, obrigkeitliche Gewalt“ gemeint. Das allgemeine Wahlrecht lehnte man ab: Jede Weiterbildung des Rechts sollte auf den geschichtlichen Gegebenheiten fußen, die Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde deshalb auf den „organischen Gliederungen des Volkes“ beruhen, was im Grunde zu einer Ständevertretung hingeführt hätte.

Das Christentum wurde als „wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande“ angesehen, der Kulturkampf ein Unglück genannt und eine Revision der in diesem Zusammenhang erlassenen Gesetze angekündigt; die Freiheit der Religionszugehörigkeit anerkennend, forderte die DkP als protestantische Partei folgerichtig das Recht der evangelischen Kirche auf selbstständige Regelung ihrer inneren Angelegenheiten.²⁶

Der Manchester-Liberalismus wurde im Gründungsaufwurf abgelehnt und stattdessen die Forderung nach „eine[r] geordnete[n] wirtschaftliche[n] Freiheit“, einer gerechten Würdigung „der zurzeit nicht ausreichend berücksichtigten Interessen von Grundbesitz, Industrie und Handwerk“ erhoben; dabei war die „Bevorzugung des großen Geldkapitals“ schrittweise zu beseitigen. Der Staat sollte die redliche Erwerbsarbeit gegen das Überwuchern der Spekulation und „das Aktienunwesen“ schützen und das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern fördern. Schließlich kündigte der Aufruf auch eine Bekämpfung der „Ausschreitungen der sozialistischen Irrlehren“ an.²⁷

Die ökonomische Ausrichtung betreffend, war dieses Programm also noch ziemlich unklar und tastend, denn man suchte nach einer alternativen Wirtschaftsordnung zum liberalen Kapitalismus, ohne zu wissen, wie diese konkret aussehen sollte. Und wenn man sich gegen

²⁵ Dennoch kamen die Hauptinitiatoren der Parteigründung fast sämtlich aus dem preußischen Raum. Zu diesen gehörten: 1. der bereits genannte Helldorf-Bedra, Jurist, 1867-74 Landrat in Wetzlar; seit 1874 bewirtschaftete er sein Rittergut Bedra (bei Merseburg in der preußischen Provinz Sachsen); 1871-74, 1877-81, 1884-93 MdR und Reichstagsfraktionsvorsitzender, seit 1890 MdHh, 1876-92 Parteivorsitzender; Führer des gemäßigten (gouvernementalen) Parteiflügels; 2. Julius Graf von Mirbach-Sorquitten (1839-1921), Jurist, dann Offizier, danach bewirtschaftete er seine Herrschaft in Sorquitten (Ostpreußen); 1878-81 und 1886-98 MdR, seit 1874 MdHh; 3. Konrad Graf von Kleist-Schmenzin (1839-1900), Rittergutsbesitzer auf Schmenzin (bei Belgard in Pommern); 1874-93 MdR; 4. Otto von Seydewitz (1818-98), Jurist, seit 1844 Landrat in Merseburg und seit 1858 in Görlitz; 1864 Landeshauptmann und Landesältester der Oberlausitz, 1879-94 Oberpräsident von Schlesien, 1867-90 MdR, 1879-80 Reichstagspräsident; 5. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (1840-1910), Enkel des Generals und Ministers Anton Graf Stolberg; Jurist; Landrat in Landeshut (Schlesien), verwaltete dann seine Fideikommiss Herrschaften in Schlesien und Ostpreußen; 1891-95 Oberpräsident von Ostpreußen; 1877-81, 1884-93 und 1895-1910 MdR, 1907-10 Reichstagspräsident; seit 1872 MdHh. Der Gründungsaufwurf hatte als Programm aber nur eine geringe Bedeutung und zahlreiche konservative Vereine haben bei ihrer Bildung keine Rücksicht auf ihn genommen. Vgl. E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 255; O.-E. Schüddekopf, Innenpolitik, 1951, S. 73-75; O. Stille, Parteien, Bd. 1, 1911, S. 233; E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, ²1982, S. 28, Anm. 17 ff. Ferner: Mitteilungen, Nr. 26, 1. Juli 1911, S. 409 ff.

²⁶ Die evangelische Kirche war vom Landesherrn als ihrem obersten Bischof (summus episcopus) und vom Aufsichts führenden Staat abhängig (Kirchenregiment und Kirchenhoheit).

²⁷ Gründungsaufwurf der Deutschkonservativen Partei, u. a. in: F. Salomon, Parteiprogramme, Bd. 2, 1912, S. 6 ff.; Konservatives Handbuch 1892, S. 77 ff.; L. Parisius, Parteien, 1878, S. 219 f.

die Bevorzugung des großen Geldkapitals und gleichzeitig gegen sozialistische Irrlehren aussprach, dann deshalb, weil man Kapitalismus und Sozialismus als zwei Seiten einer Medaille ansah: Wäre die Gesellschaft nur konservativ geblieben, dann würde es solche Extreme gar nicht geben.

Insgesamt beinhaltete das Programm bereits eine Vielzahl von Punkten, auf deren Grundlage die Tätigkeit der DkP bis zu ihrem Untergang 1918 beruhen sollte: ein starker, obrigkeitlicher, christlich geprägter Staat, die Verteidigung der dem Adel noch verbliebenen Stellung durch das Beharren auf behutsamer Weiterentwicklung, ausgehend von den geschichtlichen Gegebenheiten; scharfe Kritik an Liberalismus und Kapitalismus bei besonderer Hervorhebung der Bedürfnisse des Grundbesitzes und letztlich die Frontstellung gegen den Sozialismus.

Der Gründungsaufwurf enthielt somit bekanntes konservatives Gedankengut, wies aber auch einige Widersprüchlichkeiten auf, wie die Bejahung einer „wirksamen Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung“ und die gleichzeitige Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen. Dennoch signalisierten die – jetzt *Deutschkonservativen* – mit ihrem programmatischen Grundsatzpapier, dass auch sie, fünf Jahre nach dessen Gründung, im Deutschen Reich „angekommen“ waren: Schließlich wurden gleich im ersten Punkt die Stärkung und der Ausbau des Vaterlandes auf verfassungsmäßiger Grundlage genannt; außerdem bekannte man sich zu einem „vollen, gesetzlich gesicherten Maß bürgerlicher Freiheiten für alle.“²⁸

Die sich hier vollziehende relativ schnelle Wandlung der Konservativen vom preußischen Partikularismus zur reichsbejahenden Einstellung muss nicht verwundern, wenn die Partei von vornherein unter Aspekten entstand, die auf Zusicherungen Bismarcks beruhten, den liberalen zugunsten eines konservativen Kurses aufzugeben. Die neue, positive Haltung zur Reichsgründung bot den Deutschkonservativen somit die Chance, im Deutschen Reich herrschend aktiv zu werden und sich an der Gestaltung der Reichspolitik zu beteiligen. Eine Aufgabe ihrer traditionellen, preußisch-konservativen Ideen war dazu zunächst kaum erforderlich, wie das im Gründungsaufwurf deutlich wurde.

Die Parteigründung, die „Ankunft“ im Deutschen Reich und die staatliche Politik Ende der 1870er Jahre führten zu einer erheblichen Stärkung der Position der Deutschkonservativen im Reichstag. Erreichte die DkP bei ihrer ersten Reichstagswahl im Januar 1877 immerhin schon wieder einen Stimmanteil von 9,7 %, so stieg dieser bis 1881 auf 16,3 %, das beste Ergebnis in der Geschichte der Partei überhaupt. Damit hatte sich der Anteil der Stimmen in nur sieben Jahren mehr als verdoppelt, und auch wenn bei den beiden folgenden Reichstagswahlen 1884 und 1887 jeweils nur noch ein Ergebnis von 15,2 % erzielt werden konnte, erhöhte sich die Anzahl der deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten bis 1887 auf 80. Ende der 1880er Jahre saßen somit fast viermal so viele DkP-Mandatsinhaber im Berliner Plenum wie noch zwischen 1874 und 1877.

Ab 1878/79, als die beiden konservativen Fraktionen zusammen sogar die stärkste Gruppe im Reichstag bildeten, unterstützten die Deutschkonservativen fast durchgängig die Regierung. Die große Wende in der Politik Bismarcks mit dem Sozialistengesetz, der staatlichen Sozialpolitik, dem Abbau des Kulturkampfes und dem neuen Zolltarif für Korn und Eisen ist oft als „zweite, innere Reichsgründung“ mit konservativen Vorzeichen beschrieben worden²⁹, und für die DkP war sie das in der Tat: Bismarck, dem seine anfängliche Abhängigkeit von den Liberalen nicht behagte, hatte schon lange darauf gewartet, dass die Deutschkonservativen ihm endlich die Unterstützung der preußischen konservativen Kreise zuführen würden. Dies gelang ihm mit dem Übergang vom Freihandel zur Schutzzollpolitik, an dem auch die DkP maßgeblichen Anteil hatte.³⁰

²⁸ Ebenda.

²⁹ Vgl. M. Stürmer, *Das ruhelose Reich*, 1990, S. 210.

Diese Politik Bismarcks nach 1879 führte letztlich zur Sicherung der materiellen Basis der sozialen Vorherrschaft des Großgrundbesitzes und zu einer deutlichen Stärkung der Deutschkonservativen Partei³¹, die ihr wichtigstes Ziel erreicht hatte. Auf diese Weise geriet die Partei in den 1880er Jahren dann sogar fast völlig unter den beherrschenden Einfluss des Reichskanzlers und wurde zu einer verlässlichen „Regierungspartei“. Selbst die oppositionellen Strömungen innerhalb der DkP, deren Hauptträger der Altkonservative von Kleist-Retzow, der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ von Hammerstein und der Hofprediger Stoecker waren, richteten sich nicht grundsätzlich gegen Bismarcks Politik.³² Auch als die infolge der weiterhin rapide sinkenden Getreidepreise länger anhaltende Agrarkrise die DkP wieder zu einer stärker akzentuierten Interessenpolitik für den ostelbischen Großgrundbesitz veranlasste und Forderungen nach einem neuen

³⁰ Die Schutzzollpolitik hatte ihren Ursprung in der Weltwirtschaftskrise von 1873 und ging vom industrialisierten Westen aus; so schlossen sich schon 1876 in erster Linie Schwerindustrielle im Zentralverband Deutscher Industrieller (ZDI) zusammen, um ihre wirtschaftspolitischen Intentionen wirksamer an die Entscheidungsträger in Reichsleitung und Parlament herantragen zu können. Nach und nach aber nahmen auch die landwirtschaftlichen Interessenorganisationen und die DkP die Schutzzollforderung auf, um den Preisdruck aufzufangen, der vom Weltmarkt ausging, und der hauptsächlich die Großlandwirte traf, die ihr Getreide über den Markt absetzten. 1879 und 1885/87 wurden daher auch mit den Stimmen der DkP im Reichstag Schutzzollgesetze beschlossen, die zu einer stufenweisen Erhöhung des binnenländischen Roggenpreises um ca. 20 und des Weizenpreises um rund 10 Prozent führten. Die innenpolitische Tragweite der „konservativen Wende“ von 1878/79, bei der Konservative und Zentrum erstmals zu informellen „Regierungsparteien“ und die Nationalliberalen als wichtigste politische Kraft abgelöst wurden, ist in der Forschung bis heute umstritten: In der Bismarck-kritischen Interpretation der 1960er und 70er Jahre meinte man, dass die Vorherrschaft des Liberalismus durch den Reichskanzler gezielt gebrochen und dadurch eine Modernisierung des Reiches verhindert worden sei. In jüngerer Zeit ist diese Perspektive jedoch insbesondere durch Th. Nipperdey relativiert worden, der herausgestellt hat, dass Bismarck wenigstens teilweise durchaus sachorientiert agierte, um die Lösung der bestehenden wirtschaftlichen Probleme in der nach seiner Auffassung richtigen Art angehen zu können; der Reichskanzler habe die Problematik nicht lediglich instrumentalisiert, um den Liberalismus zu schwächen, dessen Bedeutungsverlust vielmehr auch innere Ursachen gehabt habe. H.-P. Ullmann hat den neueren Stand der Diskussion wie folgt zusammengefasst: „Trägt man alle Einwände zusammen, erscheint '1878/79' in anderem Licht: weiterhin als Zäsur und Rückschlag für die Nationalliberale Partei, den Liberalismus, ja alle Reformkräfte im Kaiserreich, als Machtverlust auch für Reichstag und Parteien sowie als Gewinn für Regierung, Verwaltung und Obrigkeitsstaat insgesamt; aber *nicht als endgültige Weichenstellung für den Weg des Kaiserreichs.*“ (Hervorhebung: J. B.) Vgl. dazu H.-P. Ullmann, Politik, 1999; W. Halder, Innenpolitik, 2003, S. 49-55; H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, 1967, S. 169-191; H.-U. Wehler, Kaiserreich, 7. Auflage 1994, S. 41-59.

³¹ So kommt es erst in dieser Zeit zum Niedergang des Liberalismus auf dem Lande, und die ostpreußischen Provinzen werden zu Hochburgen der DkP bei den Reichstagswahlen: Beispielsweise war der WK Lötzen-Angerburg von 1874-77 liberal, während 1903 nur noch 700 Wähler für die NLP votierten gegenüber 9.000 Wählern für die DkP; der WK Ragnit-Pillkallen war von 1871-78 liberal, 1903 stimmten 11.000 Wähler für die DkP und nur 1.200 für den Fortschritt bzw. 400 für die Nationalliberalen; der WK Stallpönen befand sich von 1874-77 in liberaler Hand, 1903 wählten hier nur noch 1.300 Stimmberechtigte die FVP gegenüber 12.000 DkP-Wählern; der WK Sensburg-Ortelsburg war von 1871-75, 1877/78 und 1881-84 liberal, 1903 gab es hier nur noch 1.100 linksliberale, aber 11.600 DkP-Wähler. Vgl. C.-W. Reibel, Handbuch der Reichstagswahlen I, 2007, S. 41 ff.; H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, 1967, S. 245 f., Anm. 9. Hier auch weitere Beispiele.

³² Der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker und der Nationalökonom Adolf Wagner hatten 1878 in Berlin eine „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“ gegründet, die stark antisozialdemokratisch, monarchisch, sozialpolitisch engagiert und sehr antisemitisch war. Da die Christlich-Sozialen bei den Reichstagswahlen 1881 scheiterten und die Resonanz bei den Arbeitern minimal blieb, strichen sie das Wort „Arbeiter“ aus dem Parteinamen, wandten sich jetzt verstärkt an den kleinen Mittelstand und traten noch im Wahljahr als *eigenständige Gruppe der DkP bei*. In enger Anlehnung an die Kreuzzeitungsgruppe um deren Chefredakteur von Hammerstein versuchten sie über die Parteigrenzen hinweg ein Zusammenwirken aller konservativen Sozialpolitiker zu erreichen, insbesondere mit denen des Zentrums. Diese sozialpolitische Orientierung setzte sich in der Partei durch, was nicht nur in der Unterstützung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung sichtbar wurde, sondern auch in eigenständigen Forderungen nach Arbeiterschutzgesetzen, Sonntagsruhe, Reduzierung der täglichen Arbeitszeiten und Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Vgl. W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker, 1928, S. 88 ff.; R. Hofmann, Parteien, 1993, S. 87.

Hypothekensystem, Steuerprivilegien und noch höheren Schutzzöllen erhoben wurden, unterstützte die Mehrheit der Partei weiterhin nahezu kritiklos die Bismarcksche Politik. Der Parteivorsitzende Helldorf-Bedra, der Anfang der 1880er Jahre unter dem Einfluss der Christlich-Sozialen noch eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum präferiert hatte, schwenkte jetzt um in das Lager des sog. „Kartells“, einem Bündnis von Deutsch- und Freikonservativen sowie Nationalliberalen. Dieses kam zustande, weil die Nationalliberalen sich 1884 unter Johannes von Miquel in ihrem Heidelberger Programm auf die Unterstützung der Regierungspolitik geeinigt hatten und weil Bismarck die Konservativen aufforderte, mit jenen Nationalliberalen zusammenzuarbeiten, die sich zu diesem Programm bekannten. Das führte zu einer Isolierung der Kreuzzeitungsgruppe innerhalb der DkP, die weiterhin einen schwarz-blauen Block, also die Zusammenarbeit von Deutschkonservativen und Zentrum, anstrebte. Bei den Reichstagswahlen von 1887 unterstützten sich die drei Kartellparteien dann auch gegenseitig durch Stichwahlabkommen – bei den Stichwahlen von 1884 war die DkP noch mit der SPD gegen den Fortschritt zusammengegangen –, sodass sie mit insgesamt 220 Sitzen eine stabile Mehrheit erringen konnten. Dieser Wahlerfolg und die Bildung des Kartells brachten die erste Phase der Geschichte der Deutschkonservativen Partei zu einem äußerst erfolgreichen Abschluss. Nach den Schwierigkeiten des Anfangs hatte sich die Partei im Bismarckreich etabliert, ja, man ist fast geneigt, von einer Saturiertheit zu sprechen: Preußen besaß nach wie vor den entscheidenden Anteil in diesem Reich, die Schutzzollpolitik sicherte die wirtschaftlichen Interessen, und am Ende der Bismarck-Ära war sogar der so verachtete Reichstag konservativ dominiert. Erst nach Bismarcks Entlassung 1890³³ begannen jene großen atmosphärischen Änderungen in der Innenpolitik, die die DkP vor neue und richtungweisende Herausforderungen stellen sollten. Bevor sich diesen näher zugewendet werden kann, soll im folgenden Kapitel jedoch zunächst einmal die Organisation der Partei beschrieben werden.

Zweites Kapitel

Die Organisation der Deutschkonservativen Partei¹

1. Der (Haupt-) Wahlverein der Deutschkonservativen

³³ Die DkP hat Bismarcks Sturz sogar wesentlich gefördert: Mitten in der Krise um das Sozialistengesetz riet Helldorf dem Kaiser am 4. März 1890, seine Zustimmung zu dem von Bismarck geäußerten Gedanken, ein neues, verschärftes Sozialistengesetz einzuführen, zurückzuziehen, weil dieses eine ganz nutzlose Provokation darstelle und eine Politik der Skandale heraufbeschwöre. Vgl. W. Mommsen, *Bismarcks Sturz*, 1924, S. 102. Ferner: E. Engelberg, *Bismarck*, 1990, S. 569; O.-E. Schüddekopf, *Innenpolitik*, 1951, S. 80-82. Die Mahnung Helldorfs hat die Entscheidung Wilhelms II. vom 5. März, den Gesetzentwurf nicht in den Bundesrat einzubringen, sicher mit beeinflusst, zumal Helldorfs Standpunkt dem der Parteimehrheit entsprach und die Partei auch Bismarcks letzten Versuch der Bildung einer schwarz-blauen Koalition abgelehnt und darüber auch den Kaiser informiert hatte. Am 15. März distanzierte sich mit dem Elfer-Ausschuss auch ein wichtiges Führungsgremium der Partei von Bismarck, vier Tage später folgte die Kreuzzeitungsgruppe. Vgl. *Die Post*, 19. März 1890.

¹ Zur Organisation der DkP vgl. auch Anhang 1.

Im Mittelpunkt der Parteiorganisation stand der nur einen Monat nach dem Gründungsauftrag gebildete „Wahlverein der Deutschkonservativen“, dem alle diejenigen angehörten, die der Partei beitraten. Der Wahlverein war die Nachfolgeorganisation des 1861 gegründeten Zentralwahlkomitees, das in den sechziger Jahren die Wahlkämpfe für die preußischen Konservativen geführt hatte. Wahlvereine unterlagen zwar nicht dem Verbindungsverbot für politische Vereine in Preußen², waren gleichwohl aber an jeder politischen Tätigkeit gehindert, die über die Nominierung der Kandidaten hinausging. Deshalb bestanden zunächst auch kaum Kontakte zwischen dem Wahlverein und den örtlichen konservativen Vereinen, die die Aufstellung der Kandidaten bei den Wahlen zumeist allein besorgten und die die den Mandatsbewerbern dabei nur die allernotwendigste Unterstützung leisten konnten.³

In den ersten Jahren hatte der Wahlverein seinen Sitz in der Köthener Straße 3 in Berlin – wo sich auch der Redaktionssitz der „Konservativen Korrespondenz“ befand –, zog dann aber in das geräumigere Haus in der Bernburger Straße 24/25, das sich zudem gleich neben der Redaktion der „Kreuzzeitung“ und dem BdL-Bundeshaus befand.⁴

Der Wahlverein sah seine Bestimmung zunächst einmal laut Statut in der „Einwirkung auf die politischen Wahlen“⁵; in den Jahren vor dem Weltkrieg wurde er zunehmend aber auch „als verantwortliche[r] Faktor [der] inneren Politik“ der Partei betrachtet.⁶ Als Zentralorganisation der DkP konnte sich der Wahlverein nur auf einen organisatorisch uneinheitlichen Unterbau stützen, zu dem lokale Parteikomitees, Wahlvereine und konservative Orts-, Kreis- oder Bezirksvereine gehörten. Die lokalen Komitees bestanden auf regionaler Ebene zumeist in den jeweiligen Wahlkreisen und wurden bis in die Zeit nach der Jahrhundertwende in der Regel auch fast ausschließlich zu Wahlzeiten aktiv, sodass die Partei hier eine ausgesprochene Honoratiorenstruktur besaß.⁷

Auf seinen vereinsrechtlich vorgeschriebenen Jahresversammlungen wählte der Wahlverein den Gesamtvorstand, der zunächst von den Parteigründern gebildet wurde und der sich selbst ergänzte. Er bestand anfangs aus drei, seit 1902 aus fünf Mitgliedern. Erster Vorstandsvorsitzender und damit Führer der Gesamtpartei wurde bis 1892 der Reichstagsfraktionsvorsitzende Otto von Helldorf, ein treuer „Bismarckianer“.⁸

Finanziert wurde der Wahlverein vor allem durch Spenden von Mitgliedern und Sympathisanten sowie durch die Beiträge der Fraktionsmitglieder⁹, während die

² Ausnahmeregelung des § 21 Abs. 2 gegenüber § 8 der Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850. Vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 213, Anm. 2.

³ In der Reichsverfassung waren *Parteien* gar nicht aufgeführt. Im § 17 des Reichswahlgesetzes war lediglich festgelegt, dass zur Vorbereitung von Wahlen Vereine gebildet und Veranstaltungen abgehalten werden durften. Dies schloss die Konstituierung von Wahlvereinen und -komitees ein, die ad hoc „zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlanglegenheiten“ gegründet werden konnten. Parteien als dauerhafte politische Organisationen fielen jedoch nicht darunter und unterlagen den einzelstaatlichen Bedingungen der dort gültigen Vereinsgesetze. Erst nach der Aufhebung des „Verbindungsverbots“ im Jahre 1900 wurde es möglich, regionale und örtliche Vereine offiziell in einen Gesamtparteiapparat zu integrieren. Vgl. dazu auch Kap. 5. 1. Ferner: E. Deuerlein, Reichstag, 1963, S. 36; R. Hofmann, Parteien, 1993, S. 22 f.

⁴ Das genaue Umzugsdatum konnte nicht festgestellt werden.

⁵ L. Parisius, Parteien, 1878, S. 220.

⁶ Generalsekretär Schroeter an Parteiführer von Heydebrand, 26. August 1914. BAArch, NL Westarp 98, Bl. 30.

⁷ H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 214, spricht von einer „Reihe unkoordinierter Honoratiorenklubs im Lande, die kaum institutionalisiert waren.“ Dieses Erscheinungsbild änderte sich aber vielfach vor dem Ersten Weltkrieg, zumal auch die kleineren Orts- und Wahlkreisvereine zunehmend in Landes- oder Provinzialvereinen zusammengefasst wurden. Die ersten Landes- und Provinzialvereine waren 1876 in Baden, 1878 in Sachsen und 1881 in Bayern sowie Ostpreußen gegründet worden. Vgl. dazu auch Kapitel 8. Ferner: V. Stalman, Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker, 2003.

⁸ E. von Heydebrand, Beiträge, S. 499. Helldorf blieb bis 1892 1. Vorstandsvorsitzender, wurde aber, als er zwischen 1881 und 1884 nicht im Reichstag saß, vom Abgeordneten Wilhelm von Hammerstein abgelöst. Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 252.

⁹ Die Beiträge der Parlamentarier fielen aber sehr spärlich aus, denn selbst Fürst Hohenlohe-Oehringen, der größte Magnat Oberschlesiens und einer der reichsten Männer des Deutschen Reiches, entrichtete einen

Parteimitglieder des Mittel- und Unterbaus ihre Beiträge an die jeweiligen regionalen Vereine abführten.¹⁰ 1908/09 blieb der laufende Etat des Hauptvereins „weit unter“ einem Betrag von 100.000 Mark.¹¹ Lediglich in Wahlzeiten flossen die Spenden reichlicher, aber auch dann war der Wahlverein nur selten in der Lage, eine größere finanzielle Unterstützung zu leisten, auf diese Weise Druck auf die Wahlkreise auszuüben und innere Spannungen zu riskieren. In vielen Wahlkreisen wurden die Wahlschulden erst nach der Wahl auf einzelne Großgrundbesitzer verteilt, an anderen Stellen gab es sogar nur einen größeren wohlhabenden Besitzer, der ganz allein die Parteiorganisation bezahlte. *Der östliche Großgrundbesitz war also der eigentliche finanzielle Träger der Partei.*¹²

2. Der Parteiführer¹³

Die Stellung des deutschkonservativen Parteiführers war formal sehr stark, denn er stand an der Spitze des weiteren wie des engeren Vorstandes¹⁴ und fungierte zudem in der Regel als Vorsitzender einer der Berliner Fraktionen. Der Sturz Helldorfs im Frühjahr 1892¹⁵ ist jedoch ein Beispiel dafür, dass auch der Vorsitzende die Partei nicht „gegen den Willen ihrer überwältigenden Mehrheit führen“¹⁶ konnte und belegt die jederzeit möglichen Spannungen zwischen Reichs- und preußischer Landtagsfraktion, die auch für einen Parteivorsitzenden gefährlich werden konnten.

Unter Helldorfs Nachfolger Baron Otto von Manteuffel-Crossen (1892-1911) erhielt das Amt des Parteiführers einen geänderten Stellenwert, denn Manteuffel, bis 1896 Reichstags- und bis 1897 Herrenhausfraktionsvorsitzender, führte die Partei als Primus inter Pares zusammen mit den anderen Fraktionsvorsitzenden Limburg-Stürum (preußisches Abgeordnetenhaus) und Levetzow, der Manteuffel als Reichstagsfraktionsvorsitzender gefolgt war; nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag 1903 erfüllte er dann eigentlich nur noch repräsentative Zwecke für die Partei.

Obwohl Manteuffel offiziell erst 1911 aus Gesundheitsrücksichten vom Parteivorsitz zurücktrat¹⁷, hatte der 1902 in den engeren Vorstand gewählt und 1905 zum preußischen Landtagsfraktionsvorsitzenden aufgestiegene Ernst von Heydebrand und der Lasa faktisch – und auch im Bewusstsein der Öffentlichkeit – den Parteivorsitz übernommen. Dass aber zunächst Wilhelm von Wedel-Piesdorf (1911-1914) und nicht von Heydebrand der Nachfolger Manteuffels wurde, ist ein Zeichen dafür, dass das Amt des Vorsitzenden keine notwendige Voraussetzung war, um die Partei zu führen. Heydebrand bezog seine Macht vor allem aus seiner Persönlichkeit sowie aus der Stellung als preußischer Landtagsfraktionsvorsitzender und führendes Mitglied des engeren wie des Gesamtvorstandes

Jahresbeitrag von gerade einmal zwanzig Mark. Bedeutsamer fielen da schon Einzelspenden ins Gewicht: Beispielsweise kamen Ende 1911 ca. 800.000 Mark von reichen Parteifreunden zusammen, als der Hauptverein versuchte, die „Tägliche Rundschau“ in seine Hand zu bringen. K. von Westarp I, S. 400 f.

¹⁰ Die Provinzialvereine waren zwar durch ein neues Parteistatut seit 1902 zu Beitragszahlungen an den Hauptverein verpflichtet, doch deren Höhe war zumeist gering und hing von der finanziellen Lage und vom Wohlwollen der Provinzialvereine ab. Vgl. dazu auch Kapitel 8.

¹¹ Vgl. K. von Westarp I, S. 400. Die SPD dagegen verfügte 1914 über einen Etat von ca. 20 Millionen Mark, von dem sie über 4.100 Funktionäre bezahlte. R. Hofmann, Parteien, 1993, S. 78.

¹² Vgl. K. von Westarp I, S. 400.

¹³ In den Quellen werden die Begriffe „Parteiführer“ und „Parteivorsitzender“ gleichermaßen verwendet. Vgl. auch Anhang 2.

¹⁴ Der Parteiführer hatte die Pflicht, beide Ausschüsse mindestens einmal jährlich einzuberufen, aber auch das Recht, sie im Bedarfsfall häufiger zusammentreten zu lassen. Vgl. Kons. Korr., Nr. 93, 1. Dezember 1902. Zum weiteren und engeren Vorstand vgl. die beiden folgenden Abschnitte.

¹⁵ Vgl. dazu Kapitel 3.

¹⁶ F. W. von Limburg-Stürum, Aus der konservativen Politik der Jahre 1890-1905, 1921, S. 6.

¹⁷ Vgl. Kons. Korr., Nr. 12, 10. Februar 1911.

der Partei. Das Amt diene hier ausschließlich politischen Zwecken, denn nur selten nahm der neue Vorsitzende seine eigentlichen Aufgaben wahr.¹⁸

In der Realität wurde die Partei nach Manteuffels Rücktritt vom Drei-Männer-Kollegium von Heydebrand, von Normann (Reichstagsfraktionsvorsitzender) und Stackmann (Parteisekretär) geführt¹⁹, wobei es an Heydebrands herausgehobener Position keinen Zweifel gab. Doch erst mit Beginn des Krieges ließ sich dieser auch offiziell zum Parteivorsitzenden wählen.²⁰

3. Der Gesamtvorstand und die Bildung des Elfer-Ausschusses 1889

Der Gesamtvorstand – auch Dreier-Ausschuss genannt – leitete den Wahlverein unter der Führung Helldorfs bis zur Umorganisation der Parteispitze im Jahre 1889, ohne dass es eine Mitwirkung der Mitglieder des Wahlvereins bei der Bildung und bei Entscheidungen des höchsten Parteigremiums gegeben hätte.²¹ Es fanden zwar gelegentlich „Parteitage“ statt, an denen aber neben den Abgeordneten der Parlamente nur vom Vorstand kooptierte Parteimitglieder teilnehmen durften, die auf die Vorstandslinie eingeschworen wurden²²: Sie sollten Klarheit schaffen über den von der Partei einzuschlagenden Weg und dienten eher der Sammlung und Orientierung der eigenen Anhängerschaft als einer breiten Diskussion der anstehenden Probleme. Parteitage mit gewählten Delegierten erschienen der Parteimehrheit, vor allem nach den Erfahrungen des Tivoli-Parteitages von 1892, der gegen den Willen der Mehrheit des gouvernementalen Flügels zustande gekommen war, als der „kleine Finger, den man um keinen Preis dem Teufel der Demokratie“ reichen dürfe.²³

Neben der Kontrolle über die Partei durch ein regiemäßiges Durchplanen der Parteitage besaß der Gesamtvorstand auch andere Einflussmöglichkeiten: Als Herausgeber der „Konservativen Korrespondenz“ konnte er über die kleine konservative Presse stark meinungsbildend wirken; zudem war der Vorstand in der Lage, aufgrund seiner Autorität Wahlbündnisse mit anderen Parteien zu empfehlen und die Agitation entsprechend zu dirigieren; in „hochpolitischen Angelegenheiten“ war er bestrebt, „die Linie der Partei festzulegen.“²⁴

Insgesamt bestand in den Anfangsjahren eine Organisation jedoch allenfalls in Ansätzen, denn auch wenn versucht wurde, den Begriff der Partei von dem der Fraktion zu

¹⁸ Heydebrand selbst hatte nach dem Rücktritt Manteuffels die Berufung des ehemaligen Reichstagspräsidenten Wedel-Piesdorf betrieben, weil dieser als Exzellenz und Mitglied des Herrenhauses über gute Beziehungen zur Armee, zum Hof und zu den höchsten Behörden verfügte. Bei Treffen des Gesamtvorstandes war Wedel-Piesdorf kaum anwesend, er führte aber des Öfteren den Vorsitz bei größeren Parteiveranstaltungen, wie auf dem Parteitag von 1913 oder während der jährlichen Sitzung des weiteren Vorstandes vom 1. März 1914. Vgl. KZ, Nr. 105, 4. März 1914; Mitteilungen, Nr. 10, 7. März 1914, S. 155 f. Wedel-Piesdorf gehörte als einziger Parteivorsitzender in der Geschichte der DkP zunächst nicht einmal dem Gesamtvorstand an, sondern wurde erst nach dessen Erweiterung auf fünf Personen im Jahre 1912 sein Mitglied.

¹⁹ Den drei Mitgliedern des Gesamtvorstandes war die eigentliche Führung der Partei am 13. Dezember 1910 auf einer Sitzung des engeren Vorstandes übertragen worden. Vgl. dazu den Abschnitt 2. 4.: „Die Bildung des Fünffziger-Ausschusses“; ferner: Mitteilungen, Nr. 7, 19. Februar 1911, S. 109; K. von Westarp I, S. 396; Kons. Kalender 1914, S. 1.

²⁰ Vgl. dazu: BArch, R 8034 II/ 6149, Bl. 140; K. von Westarp I, S. 395; J. Retallack, Notables, 1988, S. 174 f. und 229. Retallack datiert von Heydebrands Parteivorsitz irrtümlich schon ab dem Jahre 1913; zwar wurde von Heydebrand bereits auf dem Parteitag am 13. März 1913 als „Führer der Gesamtpartei“ begrüßt, formell aber bekleidete er das Amt zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Vgl. KZ, Nr. 122, 13. März 1913.

²¹ Eine Anregung aus Westfalen, 1878 einen Parteitag zur strafferen Organisation einzuberufen, führte ins Leere. Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 252, Anm. 5.

²² Sitzungsgemäß gab es Parteitage in der DkP erst seit 1912, vorher hatte es praktisch Delegiertentage gegeben. Solche Delegierten- oder Parteitage fanden statt: 1885 in Hannover, im Oktober 1888 in Halle, am 8. Dezember 1892 und am 19./20. November 1896 in Berlin, am 2. Februar 1898 in Dresden sowie am 25. März 1903, 30. November 1906, 11. Dezember 1907, 11. Dezember 1909 und 13. März 1913 jeweils in Berlin. Von den Parteitagen von 1892, 1894, 1896, 1903, 1906 und 1909 liegen gedruckte stenographische Berichte vor.

²³ Zit. nach H. von Gerlach, Erinnerungen, 1924, S. 84. Zum Tivoli-Parteitag vgl. auch den Abschnitt 3. 1.

²⁴ Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 252 f.

unterscheiden, existierte die Partei fast ausschließlich als Fraktion von Reichstag, preußischem Abgeordneten- bzw. Herrenhaus, welche auch die letztlich entscheidenden Instanzen für die Politik der Partei darstellten – die DkP wurde vor allem als Gemeinschaft von Gleichgesinnten und weniger als Organisation aufgefasst.

Zu einem Um- und Ausbau der Parteispitze kam es dann aber 1889 bzw. 1902. Zunächst wurde zum 1. Februar 1889 ein sog. Elfer-Ausschuss (seit 1912: Zwölfer-Ausschuss) gebildet, auch engerer Vorstand genannt, in dem die Reichstagsfraktion mit vier, die beiden preußischen Fraktionen mit je drei und die sächsischen Konservativen mit einem Abgeordneten vertreten waren. Ein Anliegen der Gründung war es, die Tätigkeiten der Fraktionen zu koordinieren, denn trotz der geringen räumlichen Distanz gab es ein solches Zusammenwirken dieser Parteigremien bis dahin nicht.²⁵

Die Bildung des Elfer-Ausschusses war auch notwendig geworden, weil der Vorstand den in der Zeit der Kartellperiode Ende der 1880er Jahre ständig wachsenden Aufgaben nicht mehr gerecht werden konnte. Als auslösender Faktor für die Neuorganisation erwies sich aber eine Führungskrise, die durch die Opposition des Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“ Hammerstein gegen die Kartellpolitik des Vorstandsvorsitzenden Helldorf herbeigeführt worden war.²⁶ Helldorf hatte zwar vorgeschlagen, den neuen Ausschuss mit absoluter Mehrheit der – unter seinem Einfluss stehenden – Reichstagsfraktion zu bilden, was aber aus Furcht vor einer Sezession des Hammerstein-Flügels abgelehnt wurde. Zudem wollte die große Gruppe der Konservativen in den Provinzen „von so einem parlamentarischen Organ nicht regiert werden.“²⁷

Der wenigstens einmal, bei Bedarf auch mehrmals im Jahr tagende Elfer-Ausschuss²⁸ wurde bis zur Umbildung des Gesamtvorstandes im Jahre 1902 zum wichtigsten Leitungsorgan der Partei und erfüllte bei den zwischen den Fraktionen vorhandenen Gegensätzen eine maßgebliche Ausgleichs- und Meinungsbildungsfunktion. Er ging zunächst aus mehrfachen indirekten Wahlen hervor und wurde von den führenden Fraktionsmitgliedern und älteren Abgeordneten beherrscht. Zu Auseinandersetzungen über die Zuständigkeitsbereiche des Dreier- bzw. Elfer-Ausschusses kam es nicht, da die drei Mitglieder des Gesamtvorstandes zugleich immer auch im Elfer-Ausschuss vertreten waren.

Die Kompetenzen des Elfer-Ausschusses waren beträchtlich, sodass dieser jetzt häufig den Gesamtvorstand an Bedeutung übertraf: Der Elfer-Ausschuss erließ Wahlaufträge, in denen die Richtung der Agitation und des Wahlkampfes bestimmt wurde und legte zudem außerhalb der Fraktionen in kritischen Situationen durch politisch gewichtige Erklärungen die Meinung der Partei fest.²⁹ Wenn der Ausschuss auch gelegentlich unabhängig von der einen oder anderen

²⁵ Heydebrand berichtet, dass in dieser Zeit jeder „so ziemlich seinen eigenen Weg“ ging, was in den Anfangsjahren der Geschichte der Partei auch an den unterschiedlichen politischen Vorstellungen des Reichstagsfraktionsvorsitzenden Helldorf und des Vorsitzenden der Abgeordnetenhausfraktion Rauchhaupt lag. Vgl. E. von Heydebrand, Beiträge, S. 499.

²⁶ Der Einfluss des Barons Wilhelm von Hammerstein-Schwartow in der Gesamtpartei war sehr erheblich, da er neben der Chefredaktion der „Kreuzzeitung“, die er 1881 übernommen hatte, auch Vorstandsmitglied der konservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses war. Vgl. O.-E. Schüddekopf, Innenpolitik, 1951, S. 80; H. von Gerlach, Von Rechts nach Links, 1987, S. 121 ff.; J. Retallack, Notables, 1988, S. 78-82.

²⁷ Zit. nach Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 253, der sich hier auf einen Brief des kartellgegnerschen westfälischen Parteiführers v. d. Reck an das Mitglied des Gesamtvorstandes von Levetzow bezieht, in dem v. d. Reck beklagt, dass der Einfluss der Landesdelegierten durch den „meist opportunistisch zusammengesetzten“ Elfer-Ausschuss kaltgestellt sei.

²⁸ Als es um den Ausschluss Stoeckers aus dem Elfer-Ausschuss ging, tagte dieser dreimal innerhalb von zwei Monaten, nämlich am 2. Dezember 1895, 16. Januar und 2. Februar 1896. W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker, 1928, S. 344 ff. Zur Rolle Stoeckers siehe auch weiter unten und den Abschnitt 3. 1.

²⁹ So distanzierte er sich mit einer am 15. März 1890 von Limburg-Stirum im Abgeordnetenhaus bekannt gegebenen Erklärung offiziell von Bismarck, was für die Bismarckkrise Bedeutung hatte; Anfang 1903 gab der Ausschuss nach dem scharfen Kommentar extremer und gemäßigter Agrarier über den Zolltarif eine versöhnliche Erklärung über das Verhältnis der Partei zum BdL ab; am 5. November 1908 mahnte er den Kaiser in der Daily-Telegraph-Affäre zur Zurückhaltung, was auch Bülow's Haltung in der Reichstagsdebatte

Fraktionsmehrheit handelte, so blieb der Zusammenhang mit den Fraktionen doch immer gewahrt, schon deshalb, weil er größtenteils aus deren führenden Abgeordneten bestand.³⁰ Die politische Funktion des Elfer-Ausschusses wurde besonders deutlich, als 1896 mit dem Ausschluss des Hofpredigers Stoecker aus diesem Gremium die endgültige Abkehr von der sozial-konservativen Richtung erfolgte. Stoeckers Wahl in den Elfer-Ausschuss hatte zunächst gezeigt, dass die regionalen Vereine in dieser Zeit durchaus noch einen gewissen Einfluss auf die Zentrale besaßen, da der Hofprediger trotz der Abneigung der Parlamentarier und aufgrund der Initiative des Vorsitzenden der rheinisch-westfälischen Konservativen, Dr. Burckhard, in den Ausschuss gewählt worden war.³¹ Dann wurde jedoch deutlich, dass eine Provinzialorganisation, auch wenn sie im Elfer-Ausschuss eine Initiative ergriff, diese gegen die Mehrheit der im Gremium vertretenen Abgeordneten kaum durchsetzen konnte: Als der westfälische Vertreter im Elfer-Ausschuss, Klasing, im Auftrage Burckhards versuchte, die Spannung zwischen Stoecker und der agrarisch-feudalen Parteimehrheit auszugleichen, da er die Frage nach Stoeckers Verhältnis zu der zur christlich-sozialen Richtung gehörenden Zeitung „Das Volk“ vorbrachte, erreichte er das genaue Gegenteil, denn mit 9:2 Stimmen wurde jetzt von Stoecker eine scharfe Erklärung gegen „Das Volk“ gefordert, was nicht nur zu dessen Ausscheiden aus dem Ausschuss, sondern auch aus der Partei führte, obwohl die Mehrheit ihn lediglich aus dem Führungsgremium hatte herausdrängen wollen. Stoecker war sich der Bedeutung der Zugehörigkeit zum Elfer-Ausschuss für seinen realen Einfluss auf die Partei nur allzu bewusst und zog deshalb seinen Austritt einer „Kaltstellung“ vor.³²

4. Die Bildung des Fünzfziger-Ausschusses 1892

Hatten insbesondere die Auseinandersetzungen um die Kartellpolitik und die Opposition Hammersteins zur Gründung des Elfer-Ausschusses geführt und damit der erweiterten Parteiführung die Möglichkeit eingeräumt, in Konfliktsituationen klärend wirken zu können, so fehlte nach wie vor jegliche Verbindung zwischen den Führungsgremien der Partei und den provinziellen Organisationen. Zwar gab es seit Anfang der 1880er Jahre gelegentlich tagende Versammlungen von konservativen Landes- und Provinzialvertretern, die aber keinen mitbestimmenden Einfluss besaßen, sondern nur der Bestätigung der Führungsbeschlüsse dienten und bestenfalls ein Ventil für die Kritik aus der Provinz bildeten. Um der Parteileitung solchen kritischen Stimmen gegenüber eine stärkere Repräsentanz und ihren Beschlüssen eine größere Resonanz zu verschaffen, wurde auf dem Tivoli-Parteitag 1892 der sog. Fünzfziger-Ausschuss eingerichtet, der auch als weiterer Vorstand bezeichnet wurde.³³ Der neue Ausschuss ersetzte die Versammlungen der Landes- und Provinzialvertreter, die auf diese Weise einen verstärkten Einfluss auf die Parteiführung zu nehmen suchten. Das wurde schon in der Zusammensetzung des Fünzfziger-Ausschusses deutlich, der 1894 aus dreiundfünzig Mitgliedern bestand³⁴, von denen neunundzwanzig aus den Provinzial- und

beeinflusste; im Krieg nahm der – nun um ein Mitglied erweiterte – Zwölfer-Ausschuss am 22. September 1915 mit einem Beschluss zur Kriegszielkontroverse Stellung und betonte die „Zweifrontenparole“, d. h. Annexionen nach Ost und West. Vgl. Mitteilungen, Nr 40, 2. Oktober 1915, S. 626; ferner: Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 258.

³⁰ Vgl. dazu auch Anhang 2 am Ende dieser Arbeit.

³¹ Entgegen sonstigen Gepflogenheiten war Stoecker nicht als Fraktionsmitglied, sondern als Vertreter einer eigenen Christlich-Sozialen Partei in den Elfer-Ausschuss gelangt, um das Gleichgewicht der Macht gegenüber anderen Strömungen innerhalb der DkP zu erhalten. Vgl. W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker, 1928, S. 309 f.

³² Vgl. ebenda, S. 344 ff.

³³ Irritierenderweise wurde der Fünzfziger-Ausschuss auch als Gesamtvorstand bezeichnet, da er dem Elfer-Ausschuss (engerer Vorstand) vorgeschaltet sein sollte. Damit waren drei Begriffe (Fünzfziger-Ausschuss, weiterer Vorstand, Gesamtvorstand) für ein- und dasselbe Gremium vorhanden; zudem gab es jetzt zwei Gesamtvorstände, nämlich den Dreier- und den Fünzfziger-Ausschuss.

³⁴ Konservatives Handbuch 1894, S. 243.

Landesorganisationen gewählt worden waren, während nur vierundzwanzig Vertreter aus den Fraktionen kamen; dabei gehörten gerade einmal sechs Mitglieder dem preußischen Abgeordnetenhaus an.³⁵

Der Fünfziger-Ausschuss, der einmal im Jahr bzw. zu Vorbesprechungen von Parteitag zusammenkam, war *formal* das höchste Leitungsgremium der Partei. Er erhielt das Recht zur Einsetzung des Dreier-Ausschusses und zur Berufung des Vorsitzenden, der als solcher Vorsitzender der Gesamtpartei und des Elfer-Ausschusses war; außerdem konnte er über Satzungsänderungen entscheiden.³⁶ Die Mitgliederzahl des Fünfziger-Ausschusses wuchs ständig, nach den Reichstagswahlen von 1912 wurde er sogar auf ca. achtzig Mitglieder erweitert, um seiner Funktion gerecht zu werden, die provinziellen und beruflichen Gruppen besser repräsentieren zu können.³⁷

Dennoch blieben der Elfer- und dann zunehmend der Dreier-Ausschuss in der Praxis die obersten Leitungsorgane der Partei. Eine Erklärung für diese Tatsache ergibt sich vor allem aus einer Analyse der Zusammensetzung des Fünfziger-Ausschusses, hier beispielgebend für das Jahr 1910: In dieser Zeit bestand das Gremium aus vierundsechzig Vertretern, von denen dreiundzwanzig den Berliner Fraktionen angehörten, während einundvierzig Mitglieder aus den konservativen Provinzialvereinen stammten; daneben gab es ca. fünfunddreißig sog. Stellvertreter.³⁸ Von den dreiundzwanzig Berliner Abgeordneten waren alle acht Landtagsmitglieder adlig, darunter sechs Gutsbesitzer aus den östlichen oder mittleren preußischen Verwaltungsbezirken; alle sieben Herrenhausmitglieder waren adlige Gutsbesitzer aus Ostelbien und sieben der acht Reichstagsabgeordneten waren Grundbesitzer, fünf von ihnen adlig. Nur drei dieser dreiundzwanzig Abgeordneten stammten aus dem Bürgertum³⁹, während keiner der nichtpreußischen Reichstagsabgeordneten im Fünfziger-Ausschuss vertreten war.

Wurden die Berliner Fraktionen also fast ausschließlich durch ländliche preußische Eliten repräsentiert, so ergibt sich bei der wesentlich größeren Gruppe der Provinzialvertreter ein anderes Bild. Für die Gruppe der westelbischen Delegierten im Fünfziger-Ausschuss war dabei eine Machtverteilung zwischen einer agrarischen und einer gehobenen städtischen Elite sowie den Vertretern des neuen Mittelstandes kennzeichnend. So wurden von den einunddreißig westelbischen Delegierten und Stellvertretern des Jahres 1910 nur elf Vertreter aus der ländlichen Elite in den Ausschuss gesandt. Unter den neun Vertretern des starken sächsischen konservativen Landesvereins befanden sich zwar fünf Großgrundbesitzer, drei von ihnen waren aber nichtadlig und zwei von diesen dreien Rechtsanwälte. Aus den westlichen preußischen Provinzen konnte man sogar nur zwei adlige Landbesitzer und einen Rechtsanwalt zur gehobenen Schicht zählen, dagegen kamen sechs Vertreter aus der Mittelklasse. Unter den ostelbischen Provinzial-Delegierten dominierten zwar die adligen Landbesitzer, man kann diese aber im Vergleich zu den Berliner Abgeordneten als die gemäßigeren Agrarier bezeichnen, was auf die geringere Repräsentanz der agrarischen Interessengruppen in ihren Reihen zurückzuführen ist: Unter den vierzig ostelbischen Mitgliedern bzw. Stellvertretern befanden sich nur fünf höhere BdL-Funktionäre.⁴⁰

³⁵ Vgl. W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker, 1928, S. 310, der entgegen dem Konservativen Handbuch vierundfünfzig Mitglieder feststellt.

³⁶ Vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 121. (Bericht des Hauptvereins vom 27. April 1915) Ferner: Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 253 f.

³⁷ BArch, R 8034 II/ 4326, Bl. 53.

³⁸ Über die Rolle der Stellvertreter findet sich in den Quellen nichts. Wahrscheinlich "vertraten" diese die Mitglieder des Fünfziger-Ausschusses bei deren Abwesenheit, oder aber sie rückten in den Ausschuss nach, wenn andere Mitglieder ausschieden.

³⁹ Zwei von ihnen kamen aus Minden-Ravensberg, der dritte war Malkewitz, der seine Mitgliedschaft sicherlich seiner langjährigen Arbeit als BdL-Funktionär und konservativer Herausgeber verdankte. Vgl. J. Retallack, Notables, 1988, S. 169 f.

⁴⁰ Zudem waren die ostelbischen Provinzial-Delegierten reicher und jünger als die parlamentarischen Delegierten. Das größte Vermögen der ostelbischen Delegierten im Fünfziger-Ausschuss besaßen zwei

Die Analyse der personellen Zusammensetzung des Fünfziger-Ausschusses verdeutlicht, dass hinsichtlich der sozio-ökonomischen Struktur seiner Mitglieder große Unterschiede vorherrschten, sodass in dem Gremium die verschiedensten Interessengruppen vertreten waren. Deutliche Gegensätze gab es insbesondere zwischen den parlamentarischen Vertretern und den Mitgliedern der Provinzialvereine, vor allem aus den westelbischen Organisationen. Zu einem Ausgleich dieser Interessen und der Formulierung einer übereinstimmenden konservativen Politik durch den Fünfziger-Ausschuss konnte es aber nicht kommen, weil es nach wie vor keine einheitliche Organisation der Partei im Deutschen Reich gab und weil die konservativen Vereine weitgehend losgelöst voneinander blieben. Diese Organisationsmängel waren durch eine ein- oder zweimal jährlich stattfindende Zusammenkunft nicht zu beheben.

Hinzu kam, dass der Elfer- bzw. Dreier-Ausschuss nach den Erfahrungen des Tivoli-Parteitages jeglichen Versuch einer einheitlichen Willensbildung von unten ablehnten. Damit verspielte die Parteiführung aber auch die Möglichkeit, mithilfe des Fünfziger-Ausschusses eine bessere Koordinierung der Parteiaktivitäten durch die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Landes- und Provinzialorganisationen zu erreichen; ihr war es wichtiger, dass der Fünfziger-Ausschuss sich zu einem von der Parteiführung abhängigen Gremium entwickelte. Dass dies in den Jahren vor dem Kriege der Fall war, unterstrich beispielsweise die Suche nach einem neuen Parteiführer angesichts des bevorstehenden Rücktritts des langjährigen Vorsitzenden von Manteuffel. In dieser Angelegenheit beschloss der Elfer-Ausschuss am 13. Dezember 1910, dass in Zukunft ein Drei-Männer-Kollegium die Geschäfte der Partei führen sollte, bestehend aus von Heydebrand, von Normann und Stackmann als geschäftsführendem Mitglied. Diese Regelung wurde am 10. Februar 1911 vom Fünfziger-Ausschuss nur noch bestätigt, um dann am 11. Februar 1912 erneut auf Beschluss des jetzt um ein Mitglied erweiterten Zwölfer-Ausschusses um ein Jahr verlängert zu werden. Der für diese Frage eigentlich zuständige Fünfziger-Ausschuss besaß hier also nur noch eine zustimmende Funktion, während die Initiative in den Händen des kleineren Leitungsgremiums lag.⁴¹

Der Versuch der regionalen Parteispitzen, Einfluss auf die Parteiführung zu erlangen, wurde auch formell in sein Gegenteil verkehrt, als sich die Deutschkonservative Partei nach den Reichstagswahlen von 1912 ein neues Statut gab.⁴² Der Zwölfer-Ausschuss erhielt darin auch satzungsgemäß das Recht, zu Beginn jeder neuen Reichstagsperiode zu entscheiden, wie viele Vertreter die Reichstagsfraktion und jede Landes- oder Provinzialorganisation in den Fünfziger-Ausschuss entsenden durften.⁴³ Damit verfügte der Zwölfer-Ausschuss weitestgehend über die Zusammensetzung des Fünfziger-Ausschusses, dessen politische Funktionen – Wahl des Elfer- bzw. Zwölfer-Ausschusses und des Parteivorsitzenden sowie Entscheidung über Satzungsänderungen – ihre eigentliche Bedeutung verloren hatten; die Wahl erhielt jetzt auch offiziell den Charakter einer Wiederwahl oder Akklamation. Aus der informellen Vertretung des Landes war, wie bei den liberalen Parteien, ein Organ der Zentrale geworden.⁴⁴

Konservative aus Schleswig-Holstein, deren Grundbesitz einem Wert von 12,5 bzw. 9 Millionen Mark entsprach. Drei weitere Repräsentanten dieser Mitgliedergruppe und zwei Stellvertreter verfügten über ein Vermögen von mindestens 5 Millionen Mark. Das Durchschnittsalter der in den Ausschuss entsandten ostelbischen Parteiführer betrug achtundfünfzig Jahre, sodass sie im Mittelwert sechs Jahre jünger waren als die Fraktionsmitglieder. Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 170.

⁴¹ Vgl. *Mitteilungen*, Nr. 7, 19. Februar 1911, S. 109; *KZ*, Nr. 71, 11. Februar 1911; s. auch Anm. 19.

⁴² „Satzungen des Hauptvereins der Deutschkonservativen“, o. J. (1912)

⁴³ Der Ausschuss musste jetzt den neuen Satzungen gemäß nach Reichstagswahlen jeweils neu konstituiert werden. *KZ*, Nr. 233, 20. Mai 1912.

⁴⁴ Vgl. Th. Nipperdey, *Organisation*, 1961, S. 254; R. Hofmann, *Parteien*, 1993, S. 51 f.

5. Der Dreier- (Fünfer-) Ausschuss und die Neuorganisation von 1902/12

Um die Jahrhundertwende 1899/1900 war das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben worden⁴⁵, was die Führung der Deutschkonservativen Partei zum Anlass nahm, über eine Neuorganisation und insbesondere eine Stärkung ihrer Zentrale nachzudenken. Nachdem sich der Wahlverein im Dezember des Jahres 1902 unter leicht verändertem Namen als „Hauptwahlverein der Deutschkonservativen“ neu konstituiert hatte, kam es auch zu wichtigen organisatorischen Änderungen in der Parteispitze. Eine große Signifikanz erhielt dabei die Umbildung des Gesamtvorstandes. Dieser wurde mit dem Ziel der organisatorischen und finanziellen Konsolidierung der Partei von drei auf fünf Personen vergrößert. Neue Mitglieder wurden – neben Manteuffel, Mirbach und Limburg-Stirum – von Loebell und von Heydebrand. Der 1898 in den Reichstag gewählte Friedrich Wilhelm von Loebell-Bencken, der sich besonders in national gesinnten konservativen Vereinen einen Namen gemacht hatte, sollte die Geschäfte des neuen Fünfer-Ausschusses führen und einen engen Kontakt zum Generalsekretär der Partei, August Strosser, sowie zum Herausgeber der „Konservativen Korrespondenz“, Albert Clar, herstellen.⁴⁶ Als von Loebell 1904 von Reichskanzler Bernhard von Bülow zum Chef der Reichskanzlei ernannt wurde und Strosser 1905 als Generalsekretär zurücktreten musste, weil er den Bau des Mittellandkanals befürwortet hatte und zu regierungstreuen aufgetreten war, kam es jedoch zu einer neuerlichen Umbesetzung des Führungsgremiums: An von Loebells Stelle trat der Reichstagsfraktionsvorsitzende Oskar von Normann, während Karl Stackmann als Vertreter des Generalsekretariats geschäftsführendes Mitglied wurde und in „angegliedertem Funktion“ eng mit dem Fünfer-Ausschuss zusammenarbeitete. Die seit 1902 in den Fünfer-Ausschuss integrierten Mitglieder von Heydebrand, von Normann und Stackmann bildeten schon 1910, jetzt wieder als Dreier-Ausschuss, die Führung der Deutschkonservativen Partei.

Die Neuorganisation von 1902 bewirkte, dass es insgesamt zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Spitzen von Reichs- und Landtagsfraktion sowie dem Generalsekretariat kam.⁴⁷ Die alltäglichen Geschäfte wurden jetzt zunehmend vom Dreier- bzw. Fünfer-Ausschuss geführt⁴⁸, der das eigentliche Machtzentrum bildete. Die Tatsache, dass der Parteiführer als Mitglied des Dreier-Rates für die Einberufung des Elfer- und Fünziger-Ausschusses zuständig war, unterstreicht die herausgehobene Stellung dieses Gremiums. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Dreier- oder Fünferausschuss in der Praxis auch des Öfteren die Aufgaben des Elfer-Ausschusses übernommen hat.⁴⁹

Zwar blieb der entscheidende Einfluss des preußischen Land- und Grundadels im Gesamtvorstand auch nach der Neuorganisation gewahrt, gleichwohl war dieser jetzt etwas eingeschränkt: Saßen 1902 im Fünfer-Ausschuss ausschließlich preußische Rittergutsbesitzer – der Präsident des Herrenhauses Frhr. von Manteuffel-Crossen, Graf zu Limburg-Stirum, Graf von Mirbach-Sorquitten, von Normann und von Heydebrand –, so war diese Dominanz zehn Jahre später durchbrochen, da dem Gremium jetzt auch der westfälische Verleger Klasing und der sächsische Konservative Mehnert angehörten.

Die Bemühungen der Partei um eine verbesserte Organisation wurden nach der Wahlniederlage vom Januar 1912 noch einmal intensiviert. Zunächst wurde der Elfer-Ausschuss um ein Mitglied erweitert: Er bestand jetzt aus wenigstens 12 und höchstens 18 Mitgliedern. Bedeutsamer als diese numerische Aufstockung war die Tatsache, dass der

⁴⁵ Vgl. auch Anm. 3 in diesem Kapitel.

⁴⁶ Kons. Korr., Nr. 93, 1. Dezember 1902.

⁴⁷ Vgl. dazu auch den folgenden Abschnitt: „Zentralbüro und Fraktionsbetrieb“.

⁴⁸ 1912 wurde aus dem Dreier- wieder ein Fünfer-Ausschuss mit den Mitgliedern von Heydebrand, Stackmann, Wedel, Klasing und von Normann, der nach seinem Tode im November 1912 von Mehnert ersetzt wurde.

⁴⁹ Die Behauptung Westarps, der Dreier-Ausschuss habe eine eher geringe politische Bedeutung gehabt, ist nicht zutreffend. Westarp selbst war nie Mitglied dieses Parteigremiums. Vgl. K. von Westarp I, S. 396.

neue Zwölfer-Ausschuss künftig seine Mitglieder kooptierte.⁵⁰ Dadurch wurde die Bestimmung aufgegeben, nach der die drei Berliner Fraktionen durch eine festgelegte Zahl von Vertretern im Ausschuss vertreten waren. Diese Modifizierung hatte aber nur formale Bedeutung, weil sich in der eigentlichen Zusammensetzung des Gremiums kaum etwas änderte: Sowohl 1903 als auch zwischen 1910 und 1914 waren neun Mitglieder des Elfer- bzw. Zwölfer-Ausschusses preußische adlige Gutsbesitzer; 1912 gab es wie 1903 mit dem Bielefelder Verleger Klasing nur einen Nichtparlamentarier im Ausschuss, und immerhin waren 1912 noch fünf Mitglieder aus dem Jahre 1902 übrig geblieben.⁵¹ Zu einer Aufwertung des Zwölfer-Ausschusses kam es noch im Jahre 1912 durch ein neues Parteistatut, durch welches der Ausschuss die Befugnis erhielt, dringende Parteidirektiven herauszugeben, den Zeitpunkt der Einberufung von Parteitag und die Höhe der Mitgliedsbeiträge festzulegen.⁵² Außerdem wurde ihm das Recht eingeräumt, anders gesinnte Vereine oder Personen aus der Partei auszuschließen. Dieses Ausschlussrecht sollte infolge einer einstimmigen EntschlieÙung des Zwölfer-Ausschusses vom 8. November 1913 vor allem auf jene Parteimitglieder angewendet werden, die „auf eigene Faust und ohne jede vorgängige oder nachträgliche Billigung der örtlichen Instanzen oder der Parteileitung in Verhandlungen mit Angehörigen der Sozialdemokratie zum Zwecke der Gewinnung von Wahlhilfe eingetreten sind.“⁵³ Das unterstreicht die Wandlung der Partei vor dem Ersten Weltkrieg, denn noch wenige Jahre zuvor wäre ein solches Ausschlussrecht undenkbar gewesen und hätte einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.⁵⁴

Die Maßnahmen von 1902/12 können als Beweis für den Versuch einer verbesserten Organisation gewertet werden, sie bedeuteten aber vor allem erneut eine verstärkte Konzentration der Macht in den Händen der Parteiführung und deren zentralen Gremien, dem Fünfer- bzw. Zwölfer-Ausschuss.⁵⁵ Der entscheidende Einfluss des preußischen Land- und Grundadels in der Deutschkonservativen Partei war am Vorabend des Ersten Weltkrieges nach wie vor gegeben.

6. Zentralbüro und Fraktionsbetrieb

Eine wichtige Rolle bei der Neuorganisation spielte das Zentralbüro der Deutschkonservativen Partei in Berlin, welches ausschließlich für die Agitation im Lande zuständig war. Für diese Zwecke konnten ein Archiv und eine Bibliothek genutzt werden, die sich im Hause in der Bernburger Straße befanden.

⁵⁰ BArch, NL Westarp 98, Bl. 167.

⁵¹ Mirbach, Limburg-Stirum, Mehnert, Kröcher und Klasing. Mirbach und Limburg-Stirum gehörten sogar schon seit der Gründung des Ausschusses 1892 zu dessen Mitgliedern. Neben Klasing waren der Dresdner Oberbürgermeister Beutler und der Vorsitzende der sächsischen Konservativen Mehnert die anderen beiden nichtpreußischen und nichtadligen Mitglieder. Vgl. auch Anhang 2.

⁵² Trotz dieser Festlegung haben die konservativen Vereine auch weiterhin die Höhe und den Zeitpunkt der Zahlung ihrer Mitgliedsbeiträge selbst bestimmt. BArch, NL Westarp 98, Bl. 54. Vgl. auch Kapitel 8.

⁵³ Mitteilungen, Nr. 47, 22. November 1913, S. 737. Der Zwölfer-Ausschuss sah sich zu diesem Entschluss veranlasst, als bekannt wurde, dass der württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Rübling bei den Reichstagswahlen 1912 Bedingungen der SPD unterschrieben hatte, was in der Presse zu heftigen Angriffen gegen die DkP führte. Mitteilungen, Nr. 28, 2. Mai 1914, S. 281. Rübling wurde aber nicht aus der Partei ausgeschlossen, weil sein Vergehen vor dem 8. November 1913 lag.

⁵⁴ Ausschlussverfahren gegen oppositionelle Parteigenossen und -organisationen waren bis 1912 in den Parteistatuten gar nicht vorgesehen. Vgl. auch Parteitagsprotokolle 1909, S. 4, und BArch, R 8034 II/ 6148, Bl. 195 ff.

⁵⁵ Eine Mitwirkung der Basis hat es dabei überhaupt nicht gegeben, vielmehr wurden die Parteimitglieder erst durch die Presse über die organisatorischen Neuerungen informiert. Dort hieß es dann stereotyp – hier am Beispiel der Neuorganisation von 1902: „Um die Parteimitglieder im Lande über das, was bis jetzt geschehen ist, zu unterrichten, soweit dies in der Öffentlichkeit angebracht ist, sei Folgendes mitgeteilt [...]“ Kons. Korr., Nr. 93, 1. Dezember 1902. (Hervorhebungen: J. B.)

Im Zentralbüro hatte auch der Generalsekretär der Partei seinen Sitz. Das Amt des Generalsekretärs gab es seit der Parteigründung, doch es erhielt erst im Jahrzehnt vor dem Weltkrieg eine größere Relevanz, als die technischen Angelegenheiten der Organisation, der Finanzen und der Presse an Umfang und Bedeutung zunahmen. Es kam in dieser Zeit zu einem Ausbau des Zentralbüros, das jetzt hauptamtlich vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied Karl Stackmann und vom Generalsekretär der Partei Bruno Schroeter geleitet wurde.⁵⁶

Durch Stackmann war eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Zentralbüro und der Parteiführung gewährleistet, weil Stackmann in seiner Eigenschaft als Mitglied des Generalsekretariats seit 1905 im Elfer- und seit 1910 auch im Dreier-Ausschuss vertreten war. Schroeter, der vom 1. Oktober 1907 bis zum Untergang der Partei ihr Generalsekretär blieb, fungierte vor allem als Verbindungsstelle zur Reichs- und preußischen Landtagsfraktion. Die Zusammenarbeit war derart gestaltet, dass Schroeter im Auftrage der Fraktionsvorsitzenden die Agitation im Lande betrieb. Er ließ Flugblätter verteilen und organisierte Reden, die zuvor mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt waren⁵⁷; außerdem lud er die Mitglieder des Elfer- (Zwölfer-) und Fünfziger-Ausschusses im Auftrage des Parteiführers zu den Sitzungen nach Berlin ein.⁵⁸ Durch den Generalsekretär wurde auch ein wesentlicher Teil der parteinahen Presse kontrolliert, denn Schroeter hatte enge Beziehungen zum konservativen Verleger Reimar Hobbing und war zudem geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Kreuzzeitung“.⁵⁹ Schließlich fungierte der Generalsekretär gelegentlich als Verbindungsglied zwischen Partei und Regierung.⁶⁰

Aufgrund der Erfahrungen der Reichsfinanzreform von 1909⁶¹ stellte die Partei mit dem Lehrer Richard Kunze einen weiteren hauptamtlichen Parteisekretär ein, der häufig ebenfalls als Generalsekretär bezeichnet wurde.⁶² Kunze, ein übelster Antisemit, übernahm die Aufgabe, Rednerkurse in der Partei durchzuführen und Agitations- sowie Rednermaterial herauszugeben. Die derart ausgebildeten „Berufsdredner“ standen dem Zentralbüro jetzt jederzeit zur Verfügung, um bei entsprechenden Veranstaltungen der Deutschkonservativen im Lande aufzutreten.⁶³

⁵⁶ H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 220, Anm. 27, glaubt, dass nach der Absetzung des Generalsekretärs Strosser 1905 wegen dessen Zustimmung zur Kanalvorlage die Stelle nicht neu besetzt wurde, was nicht den Tatsachen entspricht. Auch Puhles Schlussfolgerung, dass sich die DkP *daher* (Hervorhebung J. B.) in stärkerem Maße des parlamentarischen Büros des BdL bedient habe, stimmt so nicht, weil er die Aktivitäten des Zentralbüros übersieht. Strosser blieb nach seiner Absetzung Mitglied der deutschkonservativen Abgeordnetenhausfraktion für die Stadt Breslau und wurde auch 1908 wiedergewählt. BArch, R 8034 II/ 4326, Bl. 50.

⁵⁷ Vgl. den Brief Westarps an Heydebrand vom 18. Dezember 1913, in: K. von Westarp I, S. 392.

⁵⁸ BArch, NL Westarp 98, Bl. 231. (Bericht des Hauptvereins vom 17. Januar 1917)

⁵⁹ K. von Westarp II, S. 314.

⁶⁰ So am 5. November 1908, als Schroeter dem Chef der Reichskanzlei von Loebell die Entschließung des Elfer-Ausschusses zur Daily-Telegraph-Affäre vorlegte, die einen Tag später in der „Konservativen Korrespondenz“ veröffentlicht wurde.

⁶¹ Zur Reichsfinanzreform vgl. Kap. 5. 2.

⁶² Vgl. BArch, R 8034 II/ 4326, Bl. 46 und 51.

⁶³ Die Rednerkurse waren geheim und jeder Teilnehmer erhielt 6 Mark sowie eine Erstattung der Reisekosten. Zuerst fanden solche Kurse in Hannover und Ostpreußen statt, wobei es sich der BdL-Agitator Diederich Hahn nicht nehmen ließ, die Schulung in seiner Heimatprovinz Hannover selbst vorzunehmen. Vgl. Freisinnige Zeitung, Nr. 3, 4. Januar 1911. Allerdings waren die neuen Parteiagitatoren oft sehr zweifelhafte Kräfte, die aufgrund ihrer „Eigenart in gewissem Sinne eine Gefahr für uns bedeuten“, wie Schroeter einräumte. BArch, NL Westarp 98, Bl. 37 f. (Bericht des Hauptvereins vom 26. August 1914). In den Quellen findet sich, dass die Redner häufig mit derber Sprache auftraten, was nicht verwundert, wenn man berücksichtigt, dass Kunze selbst, wenn auch erst nach dem Kriege, von seinen politischen Gegnern als „Knüppelkunze“ bezeichnet wurde. Beispielsweise äußerte ein Redner auf einer Veranstaltung des konservativen Vereins Beeskow (Provinz Brandenburg): „Das wäre ja noch schöner, wenn jede dumme Kuhmagd das Wahlrecht bekäme“, wodurch sich die Landbevölkerung gekränkt gefühlt habe. BArch, R 8003/1, Bl. 141 ff. Vgl. auch: K. von Westarp I, S. 397.

Es kann insgesamt festgestellt werden, dass das Zentralbüro vor dem Weltkrieg eine zunehmend wichtigere Funktion innerhalb der Partei erfüllte: Durch seine Initiativen erhielt die Agitationstätigkeit eine neue Qualität und durch die Parteisekretäre Stackmann und Schroeter konnte eine Koordinierung der Tätigkeiten des Zentralbüros mit den Führungsgremien der Partei erreicht werden. Vor allem das Amt des Generalsekretärs bekam ein größeres politisches Gewicht⁶⁴, was auch auf die Persönlichkeit Bruno Schroeters zurückgeführt werden kann.⁶⁵ Aufgrund der häufigen Abwesenheit Heydebrands von Berlin lag der Hauptteil der Parteiarbeit in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in zunehmendem Maße bei Schroeter und beim Reichstagsfraktionsvorsitzenden Westarp, die sich diese Verantwortung durch eine gute Zusammenarbeit teilten.⁶⁶ Gleichwohl holten die beiden in allen politisch wichtigen Angelegenheiten die Direktiven des Parteiführers ein, der sich zumeist auf seinem schlesischen Gut in Tschunkawe aufhielt.

Trotz der wachsenden Aufgaben und Aktivitäten des Zentralbüros kam es bei den Deutschkonservativen, im Unterschied zu anderen Parteien, nie zur Ausbildung einer Parteibürokratie. Die in den Jahren vor dem Weltkrieg vorgenommenen organisatorischen Neuerungen blieben so auch im Wesentlichen auf das Zentralbüro beschränkt und hatten keine direkten Auswirkungen auf den Fraktionsbetrieb der Partei im Reichstag oder im preußischen Abgeordnetenhaus.

Für den lockeren, auf Personen beruhenden Fraktionsbetrieb war es bezeichnend, dass die DkP im Reichstagsgebäude nicht einmal ein eigenes Büro besaß. Voller Missvergnügen blickte der Fraktionsvorsitzende Graf Westarp daher auf die „Reichsfeinde“ der SPD, die ein „vorzügliches Büro“ besaßen, in dem sich ihre Abgeordneten auf die Plenumsdebatten vorbereiten konnten.⁶⁷ Nach den Reichstagswahlen von 1912 wurde Westarp dann mit dem vom Bund der Landwirte abgestellten Josef Kaufhold immerhin ein, wenn auch nur nebenamtlicher, Mitarbeiter zur Verfügung gestellt.⁶⁸ Die preußische Landtagsfraktion verfügte dagegen mit dem Mitglied des Elfer-Ausschusses Karl Rabe von Pappenheim über einen eigenen Geschäftsführer, der hauptsächlich für die organisatorischen Angelegenheiten des Fraktionsbetriebes zuständig war.

Im Reichstag bestimmte der Vorsitzende allein und ohne vorherige Abstimmung mit seiner Fraktion die zu bestellenden Kommissionsmitglieder und die für das Plenum vorgesehenen Redner.⁶⁹ Ansonsten war die Stellung eines Fraktionsführers – wie ja auch die des Parteivorsitzenden – nicht eindeutig festgelegt. Im preußischen Abgeordnetenhaus gab es einen mehrköpfigen Fraktionsvorstand, die Reichstagsfraktion wurde von einem „kleinen informellen Führungskreis“ geleitet. Zurzeit des Bülow-Blocks (1907-09) gehörten zu dieser Führungsgruppe von Normann, Roesicke, von Richthofen und von Heydebrand. Obwohl von Normann als Vorsitzender die Reichstagsfraktion leitete, war von Heydebrand der eigentlich

⁶⁴ Th. Nipperdey, *Organisation*, 1961, S. 261, übersieht diese Änderung, wenn er verallgemeinert, dass die Generalsekretäre „politisch keinen nennenswerten politischen Einfluss“ besaßen.

⁶⁵ Schroeter war deutlich aktiver als Stackmann, über dessen „mangelnde Initiative“ sich Heydebrand gelegentlich beklagte. K. von Westarp I, S. 396 f.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda, S. 199.

⁶⁸ Kaufhold war verantwortlich für den Entwurf der 1909 vom Hauptverein der Deutschkonservativen herausgegebenen Broschüre „Die konservative Partei und die Reichsfinanzreform von 1909“. Laut Westarp war dessen Abstellung in die Reichstagsfraktion veranlasst worden vom 1912 vorübergehend nicht mehr ins Parlament gewählten BdL-Vorsitzenden Roesicke, der aufgrund einer Nachwahl 1914 jedoch wieder ins Plenum einrückte. In den „Mitteilungen“ wird Kaufhold jedoch schon 1910 als „Fraktionssekretär“ bezeichnet. Vgl. *Mitteilungen*, Nr. 8, 16. Juli 1910, S. 135. K. von Westarp I, S. 198.

⁶⁹ Dabei besaßen die älteren Reichstagsmitglieder „ein Monopol der Plenarreden“, und es war eine absolute Ausnahme, wenn ein Abgeordneter, wie im Falle des Grafen Westarp, gleich am ersten Tage seines Eintritts in den Reichstag seine „Jungfernrede“ halten durfte, wovon er bezeichnenderweise erst am Morgen desselben Tages unterrichtet worden war. Vgl. ebenda, S. 32.

starke Mann, der sich auch bei der Reichsfinanzreform von 1909 gegen von Normann durchsetzen konnte. Der Stellenwert des Reichstagsfraktionsvorsitzenden änderte sich teilweise, als Westarp 1913 den Vorsitz übernahm⁷⁰: Der Graf führte die Fraktion selbstständig und hatte innerhalb der Reichstagsgruppe keinen ernsthaften Konkurrenten. Dennoch traf auch Westarp seine Entschlüsse häufig in Abhängigkeit von Heydebrand, der zwar selbst nicht mehr Reichstagsfraktionsmitglied war, aber als Parteivorsitzender die Berufung Westarps entscheidend beeinflusst hatte.⁷¹

Über besondere Mittel zur Durchsetzung einer Fraktionsdisziplin verfügte der Fraktionsvorsitzende nicht. So kam es immer wieder vor, dass die Fraktionen von Reichs- und Landtag im Plenum uneinheitlich votierten.⁷² In solchen Fällen legte man den Betreffenden – zumindest bei deutlichen Abweichungen – den Fraktionsaustritt nahe, ohne dass dieses bei Nichtbeachtung zu Konsequenzen für die Abweichler führte.⁷³

Persönliche Kontakte über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg gab es nur selten. Insbesondere gegenüber den Abgeordneten der Linken verhielten sich die DkP-Vertreter, schon aus Standesdünkel, sehr reserviert. Im Allgemeinen glaubten die Deutschkonservativen, dass nur sie fundierte Kenntnisse in Landwirtschaftsfragen besäßen, weil dazu „ein in Arbeit und Pflichttreue und Sorge hingebendes Menschenleben auf dem Lande“ die Voraussetzung sei.⁷⁴

7. Resümee

Die DkP war eine sehr heterogen zusammengesetzte Organisation; beitreten konnte ihr jeder, der sich als „konservativ“ empfand und der sich auf den Boden des Parteiprogramms stellte. Es fällt schwer, von der Deutschkonservativen Partei zu sprechen, weil bei genauer Betrachtung eine Gesamtpartei nur ansatzweise existierte. Vielmehr bestand die DkP aus mehreren Parteigremien und -organisationen, deren Tätigkeiten unkoordiniert abliefen. Zunächst einmal gab es den (Haupt-) Wahlverein der Deutschkonservativen Partei, dann die drei Berliner Fraktionen des Reichstags, des Abgeordneten- bzw. Herrenhauses, teilweise auch die Fraktionen in anderen Landtagen, und schließlich die konservativen Vereine und Organisationen auf regionaler Ebene.

Trat man der DkP bei, so wurde man Mitglied eines Orts-/ Kreis-/ Bezirks-/ Wahlkreis-/ Provinzial- oder Landesvereins und entrichtete auch diesem einen geringen Mitgliedsbeitrag.⁷⁵

⁷⁰ Westarp wurde auf der Sitzung der deutschkonservativen Reichstagsfraktion vom 26. November 1913 für den verstorbenen Grafen von Kanitz zum Fraktionsvorsitzenden gewählt und Justizrat Dietrich der stellvertretende Fraktionsvorsitz übertragen. Mitteilungen, Nr. 48, 29. November 1913, S. 762.

⁷¹ Nach dem Tode von Normanns war Westarp von 1911-1913 mit Rücksicht auf das gerade in der DkP vorherrschende Anciennitätsprinzip zunächst nur stellvertretender Vorsitzender, führte aber auch in dieser Zeit aufgrund der häufigen Abwesenheit des eigentlichen Fraktionsführers von Kanitz die Geschäfte der Fraktion. K. von Westarp I, S. 191 ff.

⁷² Das trifft insbesondere auf die Zeit nach der Jahrhundertwende zu, da hier der Gegensatz zwischen den gemäßigten und radikalen Agrariern in den Fraktionen vorherrschend war. So stimmte die Reichstagsfraktion beim Streit um die Annahme des Zolltarifs von 1902 und bei der Abstimmung über die Finanzreform von 1909 ebenso uneinheitlich wie die Fraktion des Abgeordnetenhauses Anfang des Jahrhunderts bei den Vorlagen zum Bau des Mittellandkanals. In sozialpolitischen Fragen stimmten deutschkonservative Fraktionen fast immer geteilt. Vgl. dazu vor allem die Kapitel 4 und 5.

⁷³ Beispielsweise empfahl man nach dem Streit um die Annahme des Zolltarifs von 1902 von Wangenheim und Oertel den Austritt, weil sie die Fraktionsmehrheit scharf angegriffen hatten, was von ihnen aber nicht befolgt wurde. Nach einiger Zeit versöhnte man sich dann wieder. Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 262, Anm. 2.

⁷⁴ E. von Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, 1936, S. 65 f., der hier auch stolz berichtet, nur einmal in seinem Leben mit einem „Sozi“, nämlich Bebel, gesprochen zu haben.

⁷⁵ So musste jedes Mitglied des konservativen Zentralvereins für Beeskow-Storkow-Teltow (bei Berlin) einen Jahresbeitrag von wenigstens 3 Mark entrichten, wenn in seinem Ort ein konservativer Verein ansässig war, aber nur wenigstens 1 Mark aufbringen, wenn es dort keinen konservativen Ortsverein gab, wohl um die höheren Kosten für Anreise, Arbeitsausfall etc. zu verrechnen. (Satzung des konservativen Zentralvereins für Beeskow-Storkow-Teltow) Ein Mitglied der Provinzialvereinigung der Konservativen Westpreußens hatte 1911 einen

Man war also in erster Linie Mitglied eines regionalen konservativen Vereins und nicht des Berliner Hauptvereins.

Als Dachverband für die Provinzialvereine fungierte der Hauptverein der Deutschkonservativen Partei. An diesen zahlten die Provinzialvereine Beiträge, deren Höhe und Zeitpunkt sie selbst festlegten. Der Hauptverein unterstützte die Provinzialvereine bei den Wahlen und stellte Kandidaten zur Verfügung, sobald keine oder keine geeigneten Anwärter vorhanden waren. Die Provinzialvereine waren aber nicht an Beschlüsse des Hauptvereins oder der Berliner Parteigremien gebunden und entschieden letzten Endes selbst über die Aufstellung von Kandidaten, über Wahlbündnisse, das Vorgehen bei Stichwahlen usw. Wurde man als deutschkonservativer Kandidat eines Provinzial- oder Wahlkreisvereins gewählt, gehörte man der jeweiligen Fraktion des Reichs- oder Landtages an, unterlag aber keinem Fraktionszwang und konnte auch nicht aus der Fraktion ausgeschlossen werden. Auf die „große Politik“, die Politik der Partei in den Parlamenten, hatten die regionalen Vereine aber nur durch einen eventuell gewählten Abgeordneten Einfluss, ansonsten gar nicht. Allerdings konnte die Parteiführung die Meinung der regionalen Parteiführer nicht völlig ignorieren, denn aufgrund der Unabhängigkeit der Wahlkreise in der Kandidatenaufstellung kamen deren Ansichten in der Zusammensetzung der Fraktion doch zum Ausdruck. Handelte ein Parteiführer aber gegen die Meinung der führenden Anhänger der Fraktion, dann musste er durchaus mit seinem Sturz rechnen, wie es das Beispiel Helldorfs gezeigt hatte.

Die wichtigsten Entscheidungsträger der Partei auf Reichsebene und in der preußischen Politik bildeten die Fraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, weniger die des Herrenhauses. Um die Tätigkeiten der einzelnen Fraktionen besser zu koordinieren, wurde 1889 der Elfer-Ausschuss gebildet, der 1912 zum Zwölfer-Ausschuss erweitert wurde. Drei Jahre nach der Konstituierung des Elfer-Ausschusses versuchten die regionalen Parteiführer mit der Gründung des Fünfinger-Ausschusses eine verstärkte Einflussnahme auf die Entschlüsse der Parteiführung zu gewinnen. Aufgrund der organisatorischen Mängel und der unterschiedlichen Interessen seiner Mitglieder wurde dieses Ziel nicht erreicht. Zwar bildete der Fünfinger-Ausschuss formal das höchste Leitungsgremium der Partei, doch die tatsächliche Machtverteilung sah anders aus als von den Satzungen vorgegeben. Die Führung blieb bei den beiden kleineren Ausschüssen, die aus den führenden Fraktionsmitgliedern bestanden. Fünfer- und Elfer- bzw. Zwölfer-Ausschuss blieben, wie die Fraktionen, nach unten abgeschlossen und verhinderten nach den Erfahrungen des Tivoli-Parteitages von 1892, dass sich eine von der Parteiführung abweichende Meinung durchsetzen konnte. Ob die Führung de facto von einer Einzelperson, also einem der Fraktions- oder dem Parteivorsitzenden ausgeübt wurde, oder ob sie in den Händen des Dreier- (Fünfer-) bzw. des Elfer- (Zwölfer-) Ausschusses oder gar einer anderen Gruppe lag, war institutionell nicht eindeutig festgelegt, sondern eine Frage der Personen und der Machtverhältnisse. Spätestens seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes im preußischen Abgeordnetenhaus durch Ernst von Heydebrand und der Lasa im Jahre 1905 wurde die Deutschkonservative Partei vom „ungekrönten König von Preußen“, wie Heydebrand von der gegnerischen Presse in diffamierender Absicht bezeichnet wurde, geführt.

Jahresbeitrag von 5 Mark zu zahlen. Von den Bauern wurden jedoch häufig keine Parteibeiträge erhoben, da sie ihr „Bedürfnis“, Geld für politische Zwecke auszugeben, beim BdL gedeckt sahen. Vgl. BArch, R 8003/1, Bl. 162 f.; R 8034 II/ 6148, Bl. 11; K. von Westarp I, S. 400.

Drittes Kapitel

Die DkP nach der Entlassung Bismarcks - die beginnende Wandlung

1. Der Tivoli-Parteitag und das neue Parteiprogramm: Stoeckers Triumph und sein Scheitern

In den beiden Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende veränderten sich Wirtschaft und Gesellschaft stärker als in den 1870er und 1880er Jahren. War das neue Kaiserreich zunächst noch in der Welt des 19. Jahrhunderts verwurzelt, beschleunigten sich jetzt jene Umwandlungsprozesse, die Deutschland in die Moderne führten. Das Reich beschrift den Weg zu einer Industriegesellschaft mit allen ihren Problemen. Die Familienstrukturen sowie die Geschlechter- und Generationsbeziehungen wandelten sich, immer größere Teile der Bevölkerung wirkten am politischen Geschehen mit, indem sie sich organisierten oder an den Wahlen beteiligten. Die Gewerkschaften erhielten nach dem Ende des Sozialistengesetzes einen enormen Aufschwung, der Massenstreik wurde zum politischen Mittel, und es entstanden zahlreiche Verbände, die industrielle oder agrarische Interessen vertraten und

dementsprechend aktiv wurden. All das war verbunden mit einer „Fundamentalpolitisierung“, welche die Bedingungen, unter denen im Kaiserreich Politik betrieben wurde, gründlich veränderten.¹ Dabei wurde offensichtlich, dass insbesondere die beiden konservativen Parteien von der fortschreitenden politischen Mobilisierung immer breiterer Schichten der Bevölkerung betroffen waren, *denn sie waren es gewohnt, ihre Politik nicht in erster Linie durch Einwirkung auf die breite Öffentlichkeit, sondern aufgrund ihrer guten persönlichen Beziehungen zur regierenden Beamtenschaft durchzusetzen*. Hinzu kam, dass in der DkP die politische Initiative von einer Elite hocharistokratischer Parteiführer ausging, die bei der Durchsetzung ihrer Ziele auf die überkommene patriarchalische Stellung und den Einfluss ihrer großgrundbesitzenden Gefolgsleute auf dem Lande setzte.

Anfang der 1890er Jahre zeigte sich, dass die bisherigen Formen der innerparteilichen Meinungsbildung den veränderten politischen Verhältnissen nicht mehr angepasst waren und dass die Deutschkonservative Partei um ihr traditionelles Wählerpotenzial fürchten musste, wenn sie nicht auf die neuen Bedingungen reagierte.² Eine Änderung der politischen Strategie lag somit nahe und das umso mehr, da auch die Handelsvertragspolitik des neuen Kanzlers Leo von Caprivi³, die eine zeitweilige Bevorzugung des Bürgertums mit sich brachte, neue Positionsbestimmungen in der DkP erforderlich machte.

Der deshalb einsetzende Meinungsstreit innerhalb der Partei fand sein sichtbarstes Ergebnis in einem neuen Parteiprogramm, dem sog. Tivoli-Programm vom 8.12.1892 – benannt nach dem Tagungsort des DkP-Parteitag, den Sälen der Berliner Tivoli-Brauerei –, das bis zum Ende der Monarchie in Kraft blieb und das eine umfassendere programmatische Grundlage bildete als der Gründungsauftrag von 1876.

Das Programm war das *Ergebnis eines offenen Machtkampfes innerhalb der Deutschkonservativen Partei*, in welchem sich idealtypisch drei Gruppen unterscheiden ließen: Zum einen die agrarisch orientierte Mittelgruppe des Reichstages um den Parteiführer und Reichstagsfraktionsvorsitzenden Helldorf, die auch nach Bismarcks Sturz eine im Wesentlichen gouvernementale Politik betreiben wollte, dann die christlich-soziale Kreuzzeitungsgruppe um Hammerstein und Stoecker und schließlich die extrem agrarische Gruppe, die klar gegen die neue Regierungspolitik auftrat.

Die Kreuzzeitungsgruppe unter Führung Wilhelm von Hammersteins hatte schon vor Bismarcks Entlassung eine Neuorientierung der Politik der DkP gefordert. Im Gegensatz zum bisherigen gouvernementalen Kurs im Zeichen des „Kartells“ setzte sie auf eine Öffnung gegenüber dem städtischen Mittelstand und denjenigen unteren Schichten der Bevölkerung, die von den politischen Angeboten der liberalen Parteien offenbar nicht viel hielten und die gleichzeitig eine Bekämpfung der SPD begrüßten. Die Hammersteingruppe hatte Bismarcks Sturz als ihren persönlichen Erfolg betrachtet und versuchte, diesen Triumph auszunutzen, um die gesamte Partei beherrschen zu können. Das Paradoxe an der Situation war, dass Bismarck in seiner maßlosen Opposition gegen den „Neuen Kurs“⁴ die „Kreuzzeitung“ als die einzig anständige und lesenswerte Zeitung bezeichnete und sich damit auf die Seite der Kräfte stellte, die für seinen Sturz gekämpft hatten.

¹ Vgl. H.-P. Ullmann, Kaiserreich, 1995, S. 95.

² Bei den Reichstagswahlen von 1890 hatte die DkP 7 ihrer 80 Mandate verloren und, wie die anderen „Kartellparteien“, eine Wahlniederlage hinnehmen müssen.

³ Diese begann 1891 mit dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag, als der Zweibund zur Achse der deutschen Außenpolitik wurde. Der Handelsvertrag führte die Hochschutzzölle auf das Niveau von 1885 zurück. Vgl. dazu die allerdings gegen den Strich zu lesende Dissertation von K. H. Kröger, Die Konservativen und die Politik Caprivis, 1937, sowie den folgenden Abschnitt „Der Bund der Landwirte und die Deutschkonservative Partei“, vor allem Anm. 24.

⁴ Diese Bezeichnung für Caprivis Reformpolitik ist zurückzuführen auf die auf eine Beruhigung der Öffentlichkeit nach Bismarcks Entlassung abzielenden Kaiserworte: „Der Kurs bleibt der alte [...]“ Von den Deutschkonservativen wurde der Begriff „Neuer Kurs“ in verunglimpfender Absicht gebraucht, für die Reformkräfte spiegelte er deren Hoffnung auf einen politischen Neuanfang wider.

Helldorf konnte sich zwar der Unterstützung Wilhelms II. sicher sein, weil er das „Kartell“ weiterführen wollte und weil er über enge Beziehungen zum Vortragenden Rat Friedrich von Holstein verfügte, aber in der eigenen Partei befand er sich in einer hoffnungslosen Situation. Die neue Regierung des Generals Leo von Caprivi, jene „Männer ohne Ar und Halm“, wie sie von den Konservativen verächtlich bezeichnet wurden, führte durch ihre Handelspolitik und das Zurückziehen der Schulgesetz-Vorlage des Ministers Zedlitz sowohl die agrarischen als auch die christlich-sozialen Kräfte der Partei auf die Seite ihrer Gegner. Helldorfs Stellung innerhalb der Partei wurde in dieser Angelegenheit endgültig erschüttert, da er im Sinne des Kaisers, aber gegen die eigene Parteimehrheit, für die Zurückziehung der Schulvorlage stimmte⁵, und weil er die radikale agrarische Interessenpolitik nicht mitmachen wollte, auch wenn er sich gegen die Handelsverträge aussprach. Als der Parteiführer am 4. April 1892 eine „reinliche Scheidung“ in der Partei forderte, hatte er seinen Kampf bereits verloren, denn die Kreuzzeitungsgruppe hatte sich längst mit jenen einflussreichen Kreisen, vor allem des Abgeordnetenhauses, vereinigt, die eine radikale agrarische Interessenpolitik forderten und die den mittelparteilichen Kurs des Vorsitzenden nicht weiter mitmachen wollten. Schon am 6. April wurde Helldorf auf Initiative H. H. von Kleist-Retzows aus der Herrenhausfraktion ausgeschlossen und mit 95 von 97 Stimmen eine scharfe Erklärung gegen ihn angenommen. Drei Wochen später entschied sich auch die Fraktion des Abgeordnetenhauses mit 95 von 96 Stimmen gegen den Parteiführer, weil dieser die Partei spalten wollte. Daraufhin wurde Helldorf am 27. Mai 1892 nicht mehr zum Vorsitzenden des Elfer-Ausschusses und im Herbst nicht mehr zum Reichstagsfraktionsvorsitzenden gewählt; in beiden Fällen trat der als gemäßigt geltende Frhr. von Manteuffel-Crossen, der zunächst auch hinter dem Parteiführer gestanden hatte, an dessen Stelle. Dass Helldorf seine Stellung im Reichstag und im Gesamtvorstand noch eine kurze Zeit lang halten konnte, zeigt die mögliche Spannung zwischen Reichstags- und Abgeordnetenhausfraktion.⁶

Die Ereignisse der Jahre 1890-92, die zum Sturze Helldorfs führten, stellten eine Zäsur in der Entwicklung der Partei dar. Das Vorgehen in der Handelspolitik und bei der Schulgesetzvorlage war gleichbedeutend damit, dass erstmals in Preußen eine Opposition gegen den Monarchen in der DkP entstand, die sich auch zeitweise durchzusetzen vermochte. Selbst als der Kaiser für Helldorf eintrat, konnte das kaum einen Deutschkonservativen überzeugen. Zugleich wurde offenbar, dass sich die agrarisch orientierte Mittelgruppe der Partei mittlerweile in der Minderheit befand. Den radikalen Agrariern protestierte die Reichstagsgruppe um Helldorf einfach nicht entschieden genug gegen die Handelsverträge, womit diese die Basis im Lande verlor. Viele Konservative hatten längst erkannt, dass der rein gouvernementale Kurs der Partei keine neuen Wähler mehr zuführte. Es galt jetzt, sich mit dem parlamentarischen System zu arrangieren und Massen zu gewinnen. Das ging aber nur in Opposition zur Regierung und mit den demagogischen Mitteln der Gruppe um Hammerstein und Stoecker.⁷

⁵ Zentrum und Konservative hatten im preußischen Abgeordnetenhaus eine Schulvorlage eingebracht, die einen bestimmenden Anteil der Geistlichen in der Schulaufsicht vorsah und die die Einführung der konfessionellen Volksschule in Preußen gebracht hätte. Das Gesetz wurde jedoch, nach einem liberalen Presse- und Petitionssturm, wieder zurückgezogen, was die „Kreuzzeitung“ dazu bewog, von einem „inneren Olmütz“ zu sprechen; Stoecker verglich die Zurücknahme des Gesetzes gar mit der Zurückziehung der Truppen in den Märztagen von 1848. Vgl. W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker, 1928, S. 297. Schon das Schulaufsichtsgesetz vom März 1872, welches den Kirchen die Schulaufsicht gänzlich entzogen und sie allein zu einer Sache der staatlichen Verwaltung gemacht hatte, war gegen den massiven Widerstand der Konservativen durchgesetzt worden. Vgl. P. Baumgart, Bildungspolitik, 1980, insbes. S. 189-223.

⁶ Helldorfs Hoffnung, dass sich die gemäßigteren Kräfte in der Partei wieder durchsetzen würden, erfüllte sich vorerst wenigstens nicht. Da er 1893 nicht wieder in den Reichstag gewählt wurde, schied er endgültig aus dem politischen Leben aus.

⁷ Hammerstein hatte, als Helldorf im Februar 1891 einen Generalangriff auf die „Kreuzzeitung“ wagte, das Sprachrohr der Helldorf-Gruppe, das „Deutsche Tageblatt“, aufgekauft und dessen Erscheinen zum 1. April 1891 mit der Aufforderung an seine Leser eingestellt, künftig die „Kreuzzeitung“ als ihr Organ zu betrachten.

Nun kann nicht behauptet werden, dass die Mehrheit der Konservativen, vor allem in den östlichen Gebieten Preußens, hinter den radikalen Ansichten Hammersteins und Stoeckers stand. Aber die Partei war gezwungen, wenn sie nicht zu einer Randerscheinung des politischen Lebens im Wilhelminischen Reich verkümmern wollte, eine breitere Schicht von Wählern zu gewinnen, auch in den westlichen Gebieten. Bezeichnend für diese Situation ist das „Zustandekommen“ des Tivoli-Parteitagess von 1892. In Westfalen, im Gebiet um Minden, gab es eine alte Hochburg des Konservatismus⁸, die sich vor allem auf das selbstständige Großbauerntum und die orthodoxe Geistlichkeit stützte. Hier hatten Ende der achtziger Jahre sowohl die Christlich-Soziale Partei Stoeckers⁹ als auch der *Antisemitismus* starken Zulauf erhalten. Wollte die DkP dieses sichere Gebiet nicht verlieren, musste sie sich dieser Strömungen bedienen. Dem sehr beharrenden Berliner Vorstand war das durchaus nicht recht, aber durch ein Ultimatum der westfälischen Konservativen vom 13. August 1892, in welchem diese mit einem eigenmächtigen Vorgehen der Provinzialorganisation über den Kopf der Berliner Parteileitung hinweg drohten, wurde der Vorstand gezwungen, einen allgemeinen Parteitag zum 8. Dezember in die Hauptstadt einzuberufen. Etwa 1200 Delegierte der örtlichen Vereine fanden sich in der Tivoli-Brauerei ein, um vor allem über ein neues Parteiprogramm zu befinden.¹⁰ Dabei wurden die Gemäßigten klar überstimmt, stattdessen beherrschten Hammerstein und Stoecker die Tagung fast vollständig, da sie in dieser Zeit die aktivsten und energischsten Köpfe der Partei waren und weil zahlreiche Parteigrößen ihre Teilnahme demonstrativ abgesagt hatten: „Es war kein Parteitag im schwarzen Frack und weißen Glacéhandschuhen, sondern im Rock. Es war die konservative Partei unter der Geltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, die uns da entgegentrat“, äußerte Stoecker rückblickend in einer Bielefelder Rede am 28. Februar 1893.¹¹

Unter diesen Umständen musste es nicht verwundern, dass das Programm von 1876 abgelehnt wurde, weil es in einigen Punkten überholt wäre und aktuelle Fragen, wie das Judenproblem, das der Sozialdemokratie und des Schutzzolles nicht berührte. Anstelle der nationalen Frage setzte man jetzt das Bekenntnis zur „Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat“ und die Forderung nach enger Kooperation von Staat und Kirche als „von Gott verordnete Einrichtungen“ an die Spitze des Grundsatzpapiers.

Bedeutsamer als diese Änderung der Reihenfolge – das Postulat der „Stärkung der deutschen Einheit im nationalen Sinne“ fand sich jetzt erst im zweiten Programmpunkt wieder – war die Behandlung der Arbeiter- und Judenfrage. Stoecker hatte schon Ende der 1880er Jahre wiederholt die Aufhebung des Sozialistengesetzes verlangt: Jetzt aber forderte Punkt 14 des Tivoli-Programms, die Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, „deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen weite Kreise unseres Volkes gefährden“, zu Feinden der staatlichen Ordnung zu erklären. Das hätte ein neues Sozialistengesetz bedeutet. Nur mit Mühe gelang es dem christlich-sozialen Flügel, diesen Passus dahin gehend zu ändern, dass nur die Anhänger gemeint waren, deren Tendenzen staatsgefährlich erschienen, was im Grunde ein unklarer Kompromiss war. Der klassenkämpferische Geist der „Kreuzzeitung“ offenbarte sich am deutlichsten in Hammersteins Bemerkung, es gebe kein anderes Mittel gegen die Sozialdemokratie, „als dass man die Arbeiter provoziert und schießen lässt.“¹²

Dadurch war der Machtkampf zwischen den Konservativen des preußischen Abgeordnetenhauses, die sich hinter die „Kreuzzeitung“ stellten, und denen des Reichstags, die von Wilhelm II. unterstützt wurden, offen ausgebrochen. Vgl. Schulthess, *Europäischer Geschichtskalender* 1891, S. 68.

⁸ Vgl. hierzu vor allem: R. Kaeller, *Die konservative Partei in Minden-Ravensberg*, 1919; W. Frank, *Hofprediger Adolf Stoecker*, 1928, S. 89 f.

⁹ Vgl. Kap. 1. 3., Anm. 32.

¹⁰ Revidiertes Parteiprogramm der Deutschkonservativen Partei vom 8. Dezember 1892, u. a. in: F. Salomon, *Parteiprogramme*, Bd. 2, 1912, S. 6 ff.; W. Treue (Hg.), *Parteiprogramme*, 1954, S. 74 f.

¹¹ Zit. nach W. Frank, *Hofprediger Adolf Stoecker*, 1928, S. 300 f.

¹² Ebenda, S. 302.

In engem Zusammenhang mit der Arbeiterfrage stand die im Programm erfolgte Kampfansage an „den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluss“ auf das Volksleben, denn die antisemitischen Tendenzen hatte die Partei aufgenommen, als man einsehen musste, dass die Arbeiterschaft nicht zu gewinnen war und man sich daher verstärkt bemühte, um den breiten Mittelstand zu werben. Die mittelständischen Vertreter forderten nun auf dem Parteitag, dass in der Judenfrage Farbe bekannt und die Partei „ein wenig mehr demagogisch“ werde; die Judenfrage sei der Brennpunkt des ganzen modernen politischen Lebens und die Juden unversöhnliche Gegner des konservativen Prinzips¹³ – damit wurde der Antisemitismus in populistischer Weise als „volkskonservatives“ Element in das Parteiprogramm integriert.

Insgesamt verdeutlichten aber fast alle Punkte des neuen Grundsatzpapiers, dass die Identifikation der Partei mit dem Wilhelminischen Herrschaftssystem nunmehr nahezu umfassend geworden war: Die Kolonial- und Sozialpolitik wurden bejaht, ein „Bekenntnis zur Monarchie“ bei Ablehnung „eines parlamentarischen Regiments“ abgegeben und die Erhaltung der vollen Wehrkraft des deutschen Volkes als „unerlässliche Bedingung für die Machtstellung der Nation“ postuliert; von der bevorstehenden Rechtsreform erwartete die Partei, „dass das neue Bürgerliche Gesetzbuch von deutschnationalem Rechtsbewusstsein getragen“ werde. Im Hinblick auf Caprivis Handelspolitik forderte das Programm den Staat zum Eintreten für die „unter der Ungunst des Weltmarktes und der inneren wirtschaftlichen Entwicklung“ leidende Landwirtschaft auf, wobei Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen durch Schutzzölle gefördert werden sollten. Des Weiteren trat man für eine Stärkung des Mittelstandes und die „Beseitigung der Bevorzugung des großen Geldkapitals“ ein, was den Kampf gegen die Börse einschloss; für das Handwerk wurde eine Stärkung der Innungen und genossenschaftlichen Vereinigungen sowie die Einführung eines Befähigungsnachweises verlangt. Schließlich wurde im letzten Punkt der „gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt“, der Kampf angesagt.

Vergleicht man das Tivoli-Programm mit dem Gründungsaufwurf von 1876, so lässt sich konstatieren, dass die politischen und kirchlichen Gedankengänge sich nicht wesentlich verändert hatten, wogegen der wirtschaftliche Teil eine deutliche Ausarbeitung und Aufwertung erfuhr. Das Wort „Mittelstand“, das von nun an zur Parole für Gesetzgebungskämpfe und unzählige Forderungen der Agitation werden sollte, tauchte dabei ebenso neu auf wie die Zollforderung. Im Jahre 1876 war der Zollgedanke unter den Konservativen zwar schon weit verbreitet¹⁴, war aber noch nicht Teil des Parteiprogramms geworden. Zu nahe lag im Gründungsjahr der Partei wohl noch die Zeit, da die Konservativen selbst zu den Freihändlern gezählt hatten: Solange die ostelbischen Großgrundbesitzer von Danzig und Stettin aus ihr Getreide nach England ausführten, hatten sie es als einen Verstoß gegen den Geist der Wirtschaftlichkeit empfunden, wenn die Engländer Zölle erhoben. Seitdem aber nach Deutschland fremdes Getreide eingeführt wurde, entstand bei den früheren Freihändlern der Zollgedanke, wenn auch erst langsam, setzte sich dann in den 1880er Jahren endgültig durch und fand sich schließlich offen formuliert im deutschkonservativen Parteiprogramm des Jahres 1892 wieder.

Der Parteitag, der mit der Einrichtung des Fünziger-Ausschusses auch das organisatorische Gefüge der Partei veränderte, und das auf ihm verabschiedete neue Programm brachten eine wichtige Phase des Umbruchs in der DkP zum Abschluss. Neue konservative Politik hieß jetzt: die unbedingte Interessenwahrnehmung als Aufgabe, das Erkennen der Bedeutung der

¹³ Der ursprünglich im Programmentwurf vorgesehene Zusatz – „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus“ – musste aufgrund eines leidenschaftlichen Widerspruchs durch den Parteitag wieder gestrichen werden, denn gerade einmal 7 Delegierte stimmten für den Zusatz. Ebenda, S. 301.

¹⁴ Er wurde vor allem vom 1876 gegründeten Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer propagiert, dem überwiegend konservativ gesinnte Parlamentarier, Journalisten und Vertreter der Wirtschaft angehörten und der eine der ersten Pressure groups war.

Massenkampagne und das Eintreten für einen Staatsinterventionismus; das hieß auch Aufnahme arbeiterfeindlicher, völkischer und antisemitischer Komponenten sowie das Drängen auf eine nationalistische Expansionspolitik, alles allerdings noch populär-religiös verbrämt. Über die Interessen der Landwirtschaft hinausgehend, zielte das Tivoli-Programm darauf ab, vor allem Kreise des gewerblichen Mittelstandes und des Handwerks zu gewinnen. Die Möglichkeit einer „Kartellpolitik“ behielt man sich zwar vor, aber auf deutlich schmalerer Grundlage. Damit waren bereits im Tivoli-Programm alle wesentlichen Punkte formuliert, die bis zum Ende des Kaiserreiches verlässliche Konstanten deutschkonservativer Politik blieben: die Forderung von Zöllen nach außen und der Berufsbindung bis hin zum Befähigungsnachweis hin nach innen, der Kampf gegen die Börse und das Judentum sowie die Anerkennung des Mittelstandes als Grundlage des Staates; auf den folgenden Parteitag sollten daher auch nur noch gelegentliche Programm-Ergänzungen vonnöten sein.

Neben diesen grundsätzlichen Weichenstellungen verdeutlichte der Parteitag auch, dass der Einfluss Helldorfs in der DkP endgültig gebrochen war. Gerade einmal 22 Mitglieder der Reichstagsfraktion protestierten unter der Führung des einstigen Parteivorsitzenden gegen das revidierte Programm; die Reichstagswahlen von 1893 ließen dann sogar nur noch sechs von ihnen in das Plenum zurückkehren.¹⁵

Noch nicht entschieden war nach dem Parteitag jedoch der Konflikt zwischen der christlich-sozialen und der extrem agrarischen Gruppe und damit die Frage, ob die Partei sich in Zukunft mehr an Kirche und Christentum anlehnen werde, verbunden mit einer Sozialpolitik zugunsten der städtischen und ländlichen Unterschichten, oder ob man sich an den Interessen des traditionellen Establishments von Adel, Landwirtschaft und Militär orientieren sollte, was einer Verteidigung der vorindustriellen Gesellschaftsordnung gleichgekommen wäre. Zunächst befanden sich die Christlich-Sozialen in der Vorhand – auch durch die sozialpolitischen Initiativen Wilhelms II. vom Februar 1890 begünstigt –, und die Agrarier hatten sich mit ihnen vorübergehend gegen die Regierung verbündet, da sie die neue Handelspolitik bekämpften und da man 1892 gemeinsam für den Sturz Helldorfs und damit den innerparteilichen Umschwung sorgte. Doch Stoecker konnte sich auf Dauer nicht durchsetzen. Seine überraschende Entlassung als Hofprediger Wilhelms II., der seinen sozialen Kurs ebenso schnell wieder aufgegeben wie er ihn ergriffen hatte, war der Vorbote des kommenden, einer christlich-sozialen Politik wenig günstigen Klimas. Stoecker aber wurde vor allem zum Verhängnis, dass die Mehrheit der Deutschkonservativen ein tiefes Misstrauen gegen jede Form von Arbeiterbewegung hegte: Zu seinem politischen Umfeld gehörte eben nicht nur die eng an die DkP angelehnte Christlich-Soziale Partei, sondern zählten auch evangelische Arbeitervereine und ein Evangelisch-Sozialer Kongress, der seit 1890 soziale Probleme in jährlichen Tagungen behandelte. Gemeinsam forderten diese die Organisation der Arbeiter in staatlich anerkannten Berufsvereinen, die kritische Untersuchung der ländlichen Arbeitsverhältnisse und die Ansiedlung von Kleinbauern auf dem Boden ehemaliger Großbetriebe. *Sie zielten auf eine Sozialreform, die auch die ostelbische Landwirtschaft betreffen und damit eine Erneuerung von innen her gegen die Landagitation der Sozialdemokratie erreichen sollte. Doch diesen „neumodischen Theorien“ von Pfarrern, Professoren und Journalisten standen die Gutsbesitzer fern, die sich als die Stärkeren in der Partei erweisen sollten und die dabei gern die Unterstützung des Anfang 1893 gegründeten Bundes der Landwirte (BdL) annahmen; dessen Kampf gegen die Caprivische Handelspolitik entsprach ihrem Interesse, nicht Stoeckers Sozialpolitik.*¹⁶ Da sich zudem die Hoffnungen

¹⁵ W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker, 1928, S. 298.

¹⁶ Die Motive der preußischen Aristokratie hat Oberst Krause 1896 in seiner Schrift „Stoeckers Austritt aus der konservativen Partei“ sehr prägnant formuliert: „Die Landfrage ist es, an der sich die Geister geschieden haben. Bisher [...] hat man Stoecker gewähren lassen, weil er selber bei den städtischen Angelegenheiten stehen blieb und die Landfrage nicht anschnitt. Nachdem es aber in seinem Geist und von seinem Prinzip aus getan ist, wurde man hellhörig, man wurde besorgt, dass das von Stoecker vertretene praktische Christentum aufs Land marschiere und dort seine Forderungen geltend mache.“ Zit. nach ebenda, S. 355.

nicht erfüllten, mit Stoeckers Hilfe mehr antisemitische Wähler zu gewinnen, sondern im Gegenteil die radikalen Antisemitenparteien mit ihrer ungleich demagogischeren Agitation bei der Reichstagswahl 1893 10 Mandate von den Konservativen gewinnen konnten¹⁷, wurde die Stellung des ehemaligen Hofpredigers immer unhaltbarer. Seit dem Frühjahr 1895 wurde Stoecker zuerst in der Parteipresse, dann in der Parteileitung aufgefordert, er möge sich von den Sozialreformern im Evangelisch-Sozialen Kongress trennen, denn die Organisation der Landarbeiter zu betreiben heiße „der Sozialdemokratie das Beet graben.“¹⁸

Am 2. Februar 1896 trat Stoecker aus der Partei aus.¹⁹ Die Chance, eine Politik zu betreiben, die nicht nur die konservativen Honoratioreneliten erreichte, sondern die durch vermehrte Presse- und Versammlungsarbeit und durch die Aktivierung der Basis eine breite Schicht der Bevölkerung ansprechen sollte, war vorerst vertan worden. Damit war auch der mit dem Tivoli-Parteitag begonnene Versuch gescheitert, die DkP in eine rechte Volkspartei umzuformen und vor allem in den Städten, bei den Massen der abhängigen Beschäftigten in Handwerk und Industrie, aber auch im selbstständigen Kleingewerbe mittels eines antikapitalistisch aufgeladenen Antisemitismus` neue Mitglieder und Wähler zu gewinnen.

Stoeckers Ausscheiden aus der DkP markierte aber noch einen weiteren Wendepunkt in der Geschichte der Partei. Die Sozialpolitik des Hofpredigers war nicht nur von der Idee einer kirchlich-ethischen Verpflichtung ausgegangen, sie war auch ein Element der von Hammerstein und Stoecker zum letzten Mal zu Macht und Bedeutung geführten Kreuzzeitungsgruppe gewesen. Mit dem Sturz Hammersteins nach dessen Verurteilung wegen seit 1889 begangener Veruntreuung von Geldern²⁰ und dem Ausscheiden Stoeckers brach diese Gruppe zusammen, deren Verankerung trotz allen Paktierens mit den Mächten der sozialen Frage letzten Endes doch im Weltanschaulichen, in der Idee des Bundes von Thron und Altar, gelegen hatte. Das Feld für diejenigen Kräfte in der Partei, die die agrarischen Interessen und den Kampf gegen die Arbeiterbewegung über alles andere stellten, war somit bereitet. Auf dem Delegiertentag der DkP am 19./20. November 1896 wurde daher schon in Abschnitt I des nur geringfügig geänderten Parteiprogramms der „Kampf gegen die Sozialdemokratie als eine Hauptaufgabe der Parteien und der Regierung“ bezeichnet und die „energische Handhabung der staatlichen Machtmittel“, eine auf dem Tivoli-Parteitag noch gestrichene Forderung, wurde nun ins Programm aufgenommen.²¹ *Der Weg war jetzt frei für eine neue Sammlungspolitik mit antisozialistischen Vorzeichen*; Stoecker und Hammerstein aber, ausgewiesene Gegner einer solchen Politik, waren in die Kluft gestürzt worden, die zwischen den Agrariern und den Industriellen lag, um sie zum Schließen zu bringen.

2. *Der Bund der Landwirte und die Deutschkonservative Partei*

Der Austritt Stoeckers war nur noch der letzte symbolische Akt für den Endpunkt einer Entwicklung, in deren Ergebnis sich der extrem-agrarische Flügel in der DkP durchgesetzt hatte. Doch schon bei der Entlassung Bismarcks und beim Sturz von Helldorf hatte sich gezeigt, dass die DkP längst nicht mehr als verlässliche Regierungspartei gelten konnte: Im Sog der agrarischen und antisemitischen Bewegung bekundeten die Deutschkonservativen

¹⁷ Insgesamt erreichten die Antisemitenparteien bei der Reichstagswahl von 1893 263.000 Stimmen – 1890 waren es gerade einmal 47.000 gewesen – und gewannen damit 16 Mandate, vor allem in Franken und Hessen, z. T. aber auch in den ostelbischen Provinzen. Danach stagnierte ihre Wählerschaft in etwa auf dem gleichen Niveau. Vgl. W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 131. C.-W. Reibel, *Handbuch der Reichstagswahlen*, 2007.

¹⁸ Vgl. D. Hertz-Eichenrode, *Deutsche Geschichte 1890-1918*, 1996, S. 30 f.

¹⁹ Vgl. dazu H. von Gerlach, *Von Rechts nach Links*, 1987, S. 136 und Kapitel 2. 3. dieser Arbeit.

²⁰ Vgl. H. von Gerlach, ebenda, S. 121 ff.

²¹ F. Salomon, *Parteiprogramme*, Bd. 2, 1912, S. 97 ff.

zunehmend ihre Bereitschaft zur Konfrontation mit der Regierung und stimmten gegen Gesetzesvorlagen oder Minister.²² Diese Entwicklung hatte begonnen, *bevor* mit dem Bund der Landwirte eine organisierte agrarische Bewegung formiert wurde.

Der Bund der Landwirte war am 18. Februar 1893 angesichts der schwierigen agrarischen Lage gegründet worden, weil man „alle landwirtschaftlichen Interessen ohne Rückstellung auf politische Parteistellung und Größe des Besitzes zur Wahrung des der Landwirtschaft gebührenden Einflusses auf die Gesetzgebung zusammenschließen“²³ wollte. Seine Entstehung war eine Reaktion auf die Handelsverträge Caprivis mit den osteuropäischen Agrarexportländern, vor allem mit Österreich-Ungarn und Russland.²⁴ Zu diesem Zweck schuf der Bund eine Organisation, die neben den Gutsbesitzern auch die Bauern erfasste. In Berlin entstand eine Zentrale, die einen straff gegliederten Unterbau dirigierte, der bis in die Wahlkreise und Gemeinden hinabreichte. Zudem konnte die Bundesführung über ein solides Beitragsaufkommen, eine eigene Presse und andere wirtschaftliche Unternehmen verfügen und schon Ende 1893 153.000 Mitglieder in ihren Listen führen. Das kam auch daher, dass eine größere Zahl von regionalen Bauernverbänden, u. a. der Bayrische Bauernbund, bald ihren Beitritt erklärte.²⁵

Ein wesentliches Anliegen des BdL war die Einflussnahme auf die Politik über die Parlamente. Noch im Jahre der Bundesgründung wurden 100 Abgeordnete in den Reichstag

²² Dies wurde insbesondere deutlich bei der Schulgesetz-Vorlage des Jahres 1892 – vgl. dazu Kap. 3. 1., Anm. 5 – und bei der neuen Landgemeindeordnung, die dem preußischen Abgeordnetenhaus am 12. November 1890 von Innenminister Herfurth vorgelegt worden war. Hatte die Kreisordnung von 1872 den Dorfgemeinden die Schulzen- und Schöffenwahl zugestanden, so war in den 15.612 selbstständigen Gutsbezirken alles beim Alten geblieben: Hier bestimmten die Gutsbesitzer nach wie vor über Wohl und Wehe der insgesamt zwei Millionen Einsassen, übten alle kommunalen Rechte und Tätigkeiten aus, die sonst der Einwohnerschaft zugestanden hätten. Durch die neue Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen (Ost- und Westpreußen, Schlesien, Posen, Pommern, Brandenburg und Sachsen) sollten die verstreuten Bestimmungen über das Gemeindeverfassungsrecht zusammengefasst und Grenzregulierungen zwischen Landgemeinden und Gutsbezirken ermöglicht werden; durch das Zusammenlegen einiger Gutsbezirke mit Landgemeinden respektive von mehreren Gemeinden zu Zweckverbänden sollte zudem die Erfüllung kommunaler Aufgaben auf dem Lande, wie Wegebau, Armenpflege oder Volksschulwesen ermöglicht werden. Obwohl davon nur 2923 Landgemeinden (11 Prozent) und 1638 Gutsbezirke (10,8 Prozent) betroffen waren, zeigten sich die Deutschkonservativen äußerst empört und bekämpften die Zwangseingemeindung der Gutsbezirke auf das Heftigste. Mit ihrer Opposition erreichten sie, dass statt der vorgesehenen 1638 lediglich 641 Eingemeindungen erfolgten, womit insgesamt nur drei Prozent der Gutsbezirke betroffen waren. Ebenso gingen die Deutschkonservativen gegen die „Demokratisierung“ des Gemeindestimmrechts an: Nach dem Gesetzentwurf sollte dieses nicht mehr nur den 957.526 „Angesessenen“ zukommen, sondern auch – bei einem bestimmten Steuerlimit – auf 123.371 „Nichtangesessene“ ohne Grund- und Hausbesitz ausgedehnt werden, die jedoch nicht mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten jeder Klasse stellen durften. Die Konservativen setzten hier durch, dass größere Grundbesitzer bis zu fünf Stimmen und damit in der Regel das Übergewicht in den Gemeindevertretungen erhielten. Obwohl die Machtpositionen der preußischen Junker damit gewahrt blieben, stimmten die Deutschkonservativen gegen das am 1. Juli 1891 angenommene Gesetz, vor allem, weil sie befürchteten, dass es `der Sozialdemokratie, welche zur Zeit die Dörfer umschleicht, wie der Fuchs den Hühnerstall und nach einem Loch zum Einbrechen sucht, Tür und Tor öffnen würde.` Vgl. Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 5, 1988, S. 349 f.; O.-E. Schüddekopf, Innenpolitik, 1951, S. 86 f.

²³ Programm des Bundes der Landwirte, 18. Februar 1893, in: F. Salomon, Parteiprogramme, Bd. 2, 1912, S. 76 ff.

²⁴ Die Agitation des Bundes, die sogleich extreme Formen annahm, entzündete sich insbesondere an der Auseinandersetzung über den Handelsvertrag mit Russland, der im Sommer 1893 zur Verhandlung stand und der ohne erhebliche Zugeständnisse an die Agrarexportinteressen des Zarenreiches nicht hätte zustande gebracht werden können. Das dann im Januar 1894 paraphierte Abkommen gewährte für 10 Jahre wechselseitige Meistbegünstigung und ermöglichte somit auch die Einfuhr russischen Getreides zu reduziertem Zolltarif. Schon der 1891 mit der Habsburger Monarchie abgeschlossene Handelsvertrag, der die Einfuhr von Agrarprodukten aus Österreich-Ungarn ins Deutsche Reich erleichterte, hatte eine massive Protestwelle der Agrarier ausgelöst, obwohl Agrarimporte von dort kaum zu Buche schlugen. Ausführlich zur Caprivischen Handelspolitik vgl. H. Altrichter, Konstitutionalismus und Imperialismus, 1977, S. 109-154.

²⁵ Dennoch bestanden viele agrarische Interessenorganisationen fort, vor allem eine große Zahl von regionalen Bauernvereinen sowie die Landwirtschaftskammern, die als Sprachrohr der agrarischen Interessen dienten.

gewählt, die sich auf sein Programm verpflichtet hatten; 1898 waren es dann schon 118 Parlamentarier, darunter alle 56 deutschkonservativen Reichstagsmitglieder. Selbstredend unterstützte der BdL diese Kandidaten im Wahlkampf und bestimmte somit in vielen, insbesondere in den ostelbischen Wahlkreisen, den Wahlausgang entscheidend mit. Dabei übernahm die Bundesorganisation häufig auch die Funktion einer Massenorganisation für die DkP. Der Bund der Vereinigten Steuer- und Wirtschaftsreformer, die traditionelle Vertretung des ostelbischen Großgrundbesitzes, wurde, wenngleich er formal weiter bestand, vom BdL völlig beiseite gedrängt.

Trotz der teilweise äußerst engen Zusammenarbeit von DkP und BdL kann aber nicht behauptet werden, dass die Partei jetzt vollends in den Sog des Bundes geriet oder gar in diesem aufging²⁶, im Gegenteil: Mit der Gründung des BdL wurde *neben* der Deutschkonservativen Partei eine autonome agrarische Protestbewegung geschaffen, die anfänglich sogar eine Tendenz gegen die DkP aufwies. Schließlich lag der Tivoli-Parteitag zum Zeitpunkt der Bundesgründung gerade einmal zwei Monate zurück und der Machtkampf zwischen der Stoecker-Gruppe und der neuen Parteiführung um den Grafen von Manteuffel-Crossen, die eine Opferung ihrer agrarischen Besitzinteressen fürchtete, war noch nicht entschieden. *Mit dem Herausdrängen Stoeckers hatte die Partei jedoch ihre christlich-sozialen und antisemitischen Kräfte verloren; wollte sie diese Verluste kompensieren, musste sie in dieser Situation wenigstens teilweise mit dem BdL zusammengehen, selbst wenn sie mit dessen Zielen und Methoden nicht immer einverstanden war, denn der Bund gab der Partei die Möglichkeit, die breite Basis in ganz Preußen wieder zu erlangen.*

Deshalb versuchten führende „moderne“ Konservative, wie Manteuffel oder Graf Mirbach, trotz einzelner Vorbehalte²⁷, den Bund in ihre politische Strategie einzubeziehen und sich mit an die Spitze der neuen Bewegung zu setzen, um den bäuerlichen Protest gegen die Handelsverträge Caprivis in die eigene Politik einzubinden. Im Zuge dieser Einbindung musste die Politik der DkP sich notwendigerweise in ihrem Stil umstellen, indem sie z. B. bäuerliche Forderungen aufgriff und vertrat.²⁸ Nun hätte es nahe gelegen, dass sich die DkP infolgedessen zu einer „Deutschkonservativen Volkspartei“ entwickeln würde, wenngleich in einem anderen Sinne, als Stoecker das geplant hatte.²⁹ Das tat sie aber nicht, und genau hier lagen auch die Grenzen des Einflusses des BdL. *Der populistische Stil der Agitation und die Demagogie, mit der der Bund seine Ziele verfocht, waren mit dem traditionellen*

²⁶ Die Frage, ob der Bund die Partei dominierte oder umgekehrt, wird von der Forschung unterschiedlich beurteilt: Während U. Lindig, *Der Einfluss des Bundes der Landwirte*, 1954, S. 193 f. und 214, behauptet, der BdL sei restlos in das „Fahrwasser“ der Konservativen geraten, und auch H. Booms, *Deutschkonservative Partei*, 1954, S. 7 und 24, meint, die DkP habe den Bund an sich „herangezogen“, vertreten H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 213 ff., P. Molt, *Der Reichstag vor der improvisierten Revolution*, 1963, S. 261 und M. Schumacher, *Land und Politik*, 1978, S. 467 ff. den Standpunkt einer „völligen“ Abhängigkeit der Partei vom Bund. Von Bundesseite selbst wurde die Distanzierung zur Parteienbewegung immer wieder unterstrichen und schon auf der Gründungsversammlung erklärt: „Lassen Sie die sogenannte höhere Politik ihren Weg gehen, die geht uns gar nichts an. Wie die Firma auch heißt: konservativ, neukonservativ, vielleicht auch blechkonservativ, ferner nationalliberal usw., das ist alles ganz egal.“ *Sten. Ber. über die konstituierende Versammlung des Bundes der Landwirte am 18. Februar 1893 im Saale der Tivoli-Brauerei zu Berlin*, S. 47 f.

²⁷ Der leicht beeinflussbare Manteuffel hatte 1891 sogar noch zusammen mit Helldorf und einer aus 18 Fraktionsmitgliedern bestehenden Parteiminderheit für den Handelsvertrag mit Österreich gestimmt, ehe er ins agrarische Lager wechselte.

²⁸ H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 213 ff. spricht in diesem Zusammenhang von einem Neo-Konservatismus seit 1893. Vgl. auch D. Stegmann, *Neokonservatismus*, 1983, S. 204, Anm. 23.

²⁹ Ein solches Volkspartei-Konzept vertrat der schlesische Rittergutsbesitzer und Bruder des Staatssekretärs im Reichsschatzamt, Frhr. von Thielmann-Jacobsdorf. Sein Ansinnen war es, dass „wenigstens ein großer Teil der Junker als fester Stamm einer neu zu bildenden oder alten, aber reformierten, konstitutionell-konservativen Volks-Partei sich vereinigen werde“, um Landarbeiter, Bauern und Handwerker als soziale Basis der Partei politisch zu führen. Vgl. Frhr. von Thielmann-Jacobsdorf, *Deutsche Volkswirtschaft oder Weltwirtschaft?*, 1895, insbes. S. 31 und 74.

*Politikverständnis der meisten Deutschkonservativen kaum vereinbar.*³⁰ Zudem unterminierte die politische Mobilisierung der breiten Massen der Landbevölkerung die Reste der patriarchalischen Bindungen auf dem flachen Lande, womit die meisten Deutschkonservativen ihre Probleme hatten, denn nicht mehr der Einfluss der „Herrschaft“ bei der Obrigkeit und im Parlament, sondern die populistische Mobilisierung der Interessenten und der parlamentarische Kampf sollten jetzt darüber entscheiden, wie es der Landwirtschaft in Zukunft ergehen würde. *An einer Einwirkung der bäuerlichen Massen auf die Parteipolitik hatte die deutschkonservative Parteiführung aber keinerlei Interesse; deshalb war man dem BdL auch „dankbar“ dafür, dass dieser der Partei zwar eine Verbreiterung der Massenbasis ermöglichte, der bäuerlichen Bevölkerung aber gleichzeitig die Einflussnahme auf die Parteipolitik nahm, eben weil sie im Bund aktiv war.*

Was Bund und Partei aber einte, war, dass die Führung in beiden Organisationen von Vertretern des Großgrundbesitzes ausgeübt wurde, denn obschon die Großgrundbesitzer im BdL nur 1 % der Mitglieder ausmachten, besaßen diese in den Führungsgremien des Bundes ein Übergewicht und stellten allein im Vorstand über 70 % der Mitglieder.³¹

Dennoch bediente der BdL teilweise eine ganz andere Klientel als die DkP: 99 % seiner Mitglieder waren eben nicht dem Großgrundbesitz zuzurechnen und zudem besaßen die westelbischen und bürgerlichen Kräfte im Bund der Landwirte ein ganz anderes Gewicht als in der Deutschkonservativen Partei – mehr als die Hälfte der BdL-Mitglieder war um die Jahrhundertwende westlich der Elbe ansässig³², und seit 1898 brachte der Bund wiederholt eigene Kandidaten in Hannover und Süddeutschland in den Reichstag.

Die DkP aber blieb eine vornehmlich ostdeutsche Partei des Grundadels und der kapitalistisch wirtschaftenden Großgrundbesitzer, die auch nach der Gründung des BdL ihre Selbstständigkeit wahrte. So gelang es dem Bund nie, einen entscheidenden Einfluss auf die Führungsgremien der Deutschkonservativen Partei zu gewinnen: Zwar gehörten 16 der 18 Mitglieder des Elfer- (bzw. Zwölfer-Ausschusses) zwischen 1909 und 1914 formal dem BdL an, aber nur drei von ihnen (Manteuffel, Erffa, Mirbach) bekleideten gelegentlich ein Honoraramt im Bund, und bloß Mirbach (BdL-Provinzialvorsitzender für Ost- und Westpreußen) konnte zu den engeren Mitarbeitern der beiden Bundesführer Roesicke und Wangenheim gezählt werden.³³

Dennoch gab es einige objektive Entwicklungen, die eine Zusammenarbeit von BdL und DkP begünstigen konnten. Die Deutschkonservative Partei war auch in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre, zu Beginn der sog. 3. Phase der Industrialisierung, in der die Landwirtschaft gegenüber dem industriellen Sektor immer deutlicher ins Hintertreffen geriet, eine von preußischen Großagrariern geführte Partei.³⁴ Dabei kam es aber zu einer Zunahme der bürgerlichen Großgrundbesitzer, die im Zuge der Kapitalisierung in der agrarischen Produktion immer mehr in die vormals der Grundaristokratie vorbehaltenen Bereiche eingedrungen waren und die sich als „Aristokraten zweiter Klasse“ zum umso

³⁰ So klagte der 1898 zum Bundesvorsitzenden gewählte Conrad Frhr. von Wangenheim wiederholt darüber, dass „der Bund nun einmal einem Teil unserer Großgrundbesitzer nicht hoffähig genug ist.“ BArch, NL Wangenheim 2, Bl. 15. Brief Wangenheims an Roesicke vom 3. April 1907. Vgl. auch C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 59 und 76. Roesicke und Wangenheim waren gleichberechtigte Bundesvorsitzende: Wangenheim war für den Osten des Reiches und Roesicke für den Süden sowie einen Teil des Westens zuständig. Vgl. BArch, NL Wangenheim, Einleitung, S. 1 f.

³¹ Zahlen nach den Geschäftsberichten des Bundes der Landwirte; vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 37 ff. Ferner: W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 133.

³² Von den 232.000 Mitgliedern des Jahres 1901 kamen 122.000 aus Gebieten westlich der Elbe. Vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 38 f. und 309.

³³ Vgl. J. Retallack, Notables, 1988, S. 141 und 172. Doch nicht einmal Mirbach war ein „entschiedener Parteigänger des Bundesvorstandes“, wie C. Nonn, Verbraucherprotest, 1996, S. 283, Anm. 11 in Abgrenzung zu H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 220, herausgestellt hat.

³⁴ 1898 waren von den 56 Reichstagsabgeordneten 44 Großagrariern, von denen 34 dem Adel angehörten. Vgl. H. Heffter, Die Kreuzzeitungspartei und Bismarcks Kartellpolitik, 1927, S. 230.

entschiedeneren Träger einer neuen radikalen Interessenpolitik machten.³⁵ Dieser Prozess ging in der Reichstagsfraktion schneller vonstatten als im preußischen Abgeordnetenhaus, in dem die östlichen Provinzen Preußens stärker vertreten waren; im Herrenhaus und im Staatsrat, also in den preußischen Repräsentationsgremien, die nicht aus Wahlen hervorgingen, blieb die Vorherrschaft der Großagrarier eindeutiger – sie bedurften auch nicht der Unterstützung des BdL bei der Organisation von Wahlen.

Neben diesen Tendenzen war es aber vor allem die politische Entwicklung der Caprivi-Zeit, die eine Annäherung von DkP und BdL begünstigte. Im Zuge der Auseinandersetzungen über die Handelsverträge Caprivis verloren die Bemühungen, Anhänger im Mittelstand zu gewinnen, an Stoßkraft, und die Partei sah sich veranlasst, sich massiv für ihre agrarische Wählerschaft einzusetzen, eben unter Zurückstellung der Bemühungen um mittelständische Wähler, die naturgemäß von hohen Agrarzöllen nicht profitierten. Zudem zogen sich die deutschkonservativen Parteipolitiker aus den nationalen Verbänden zurück, wie dem 1894 umorganisierten Alldeutschen Verband, und – im Gegensatz zu ihrer Haltung 1891, als sie sich dem bürgerlichen Nationalismus zu öffnen versucht hatten³⁶ – konzentrierten sie sich jetzt vorübergehend darauf, innerhalb des BdL ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen: Gestützt auf die am 13. Juli 1893 gegründete Wirtschaftliche Vereinigung, in der auf Initiative des BdL 140 Abgeordnete des Reichstags zusammengefasst waren, lehnte die Partei, wenn auch nicht einstimmig, die Handelsverträge mit Rumänien (13. Dezember 1893) und Russland (10. März 1894) ab³⁷ und wirkte schließlich auch über höfische Einflüsse beim Sturze Caprivis mit.³⁸

Als Caprivis Nachfolger Hohenlohe von Wilhelm II. Anfang 1895 beauftragt wurde, ein „agrarisch annehmbares Programm“ zu entwerfen³⁹ und der DkP von der Reichsleitung eine Revision der Handelsverträge mit höheren Getreidezöllen bei nächster Gelegenheit in Aussicht gestellt wurde⁴⁰, hielten viele der an der Gründung des BdL beteiligten Großgrundbesitzer dessen Rolle für ausgespielt. Jetzt wurde die Unabhängigkeit der Partei vom Bund wieder verstärkt hervorgehoben und die „Konservative Korrespondenz“ erklärte angesichts der Mitte der neunziger Jahre stagnierenden Entwicklung der Mitgliederzahlen des

³⁵ Vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 216, der hier auch feststellt, dass der spätere agrarische Radikalismus in seiner militant-ideologischen Zuspitzung in der DkP dabei im Wesentlichen von Bürgerlichen ausging, die gerade in der ersten Generation Grundbesitzer waren.

³⁶ 1891 hatten einige führende Deutschkonservative, wie Helldorf-Bedra und Graf Mirbach-Sorquitten, den Gründungsaufruf des extrem chauvinistischen Allgemeinen Deutschen Verbandes (seit 1894 Alldeutscher Verband, ADV) mitunterzeichnet. Als Zeichen des Protestes gegen die Außenpolitik der Regierung Caprivi war der Verband gegründet worden von führenden Vertretern der Schwerindustrie, wie dem geistigen Urheber und Begründer des Verbandes Alfred Hugenberg vom Krupp-Konzern, Emil Kirdorf vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, dem nationalliberalen Kolonialpolitiker Ernst Hasse und dem Publizisten und Justizrat Heinrich Claß (1908-1939 Vorsitzender des ADV). Zum ADV vgl. O. Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, 1920; D. Jung, Der Alldeutsche Verband, 1936; M. Peters, Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1992. Vgl. auch Kap. 9. 2., Anm. 12.

³⁷ Immerhin stimmten 6 Deutschkonservative für den deutsch-russischen Handelsvertrag, doch die „Kreuzzeitung“ drohte Wilhelm II. jetzt nicht nur mit dem Wanken der Königstreue, sondern befürwortete in dieser Situation sogar einen Krieg gegen Russland – Deutschland habe „seine Armee keineswegs zum Spielzeug für Paraden und Manöver ausgebildet“, sie sei „eine scharfe Waffe, und nichts spricht dafür, dass sie nur zur Dekoration dienen soll.“ KZ, Nr. 142, 28. März 1894. Nach der Abstimmung über den rumänischen Vertrag war der Abgeordnete Uhden aus der deutschkonservativen Fraktion ausgetreten, während der DkP-Abgeordnete Graf Dönhoff-Friedrichstein „überhaupt nicht reagiert hatte“ und dazu vom Kaiser beglückwünscht wurde. Vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 229.

³⁸ Die Konservativen konnten sich dabei der Unterstützung dem Kaiser nahe stehender Militärkreise erfreuen, die dem Kanzler die zweijährige Dienstzeit verübelten und die auch deshalb missgestimmt waren, weil Caprivi ihren Einfluss auf die Politik ausschalten wollte. Vgl. L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien, 1965 (11. Auflage), S. 154.

³⁹ Vgl. C. zu Hohenlohe Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten, 1931, S. 31.

⁴⁰ Zu den Entwicklungen auf Seiten der Reichsleitung vgl. J. C. G. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, 1969, S. 74-76, 105-111, 224-228; ferner: J. Retallack, Notables, 1988, S. 100-127.

BdL, dass es nicht Aufgabe der Partei sein könne, die Nachwuchsprobleme des Bundes zu lösen.⁴¹ Kleinbäuerliche und bürgerliche Führungsmitglieder des BdL, wie Gustav Roesicke und Diederich Hahn, erwogen daraufhin gar die Gründung einer selbstständigen Agrarpartei, doch sie konnten sich nicht gegen die Mehrheit der aristokratischen Führungselite um Conrad Frhr. von Wangenheim durchsetzen.⁴² Während sich die meisten Bundesführer schon sehr schnell wieder auf die Seite der DkP schlugen, wurden der Partei in der bündischen Presse ihre Selbstsucht und ihr „Gouvernementalismus“ vorgeworfen.⁴³ Dass letztere Behauptung nicht der Realität entsprach, sollte die erste Hälfte der Zeit der Hohenloheschen Kanzlerschaft zeigen.

3. Die Politik der „drei großen Mittel“ (1894-97)

Die infolge der Vereinbarung des deutsch-russischen Handelsvertrages sinkenden Zölle für den russischen Getreideimport fielen zusammen mit einem neuen Tiefstand der Getreidepreise, mit fortlaufender Stagnation der landwirtschaftlichen Großproduktion und mit sinkenden finanziellen Erträgen, zunehmender Verschuldung und einer steigenden Zahl an Zwangsversteigerungen von großen Gütern. Die Zollsenkung hatte die schlechte Wirtschaftslage der Großgrundbesitzer zwar verschärft, *jedoch auch bloßgelegt, dass der ostelbische Großgrundbesitz durch eine unmoderne, den Marktanforderungen nicht ausreichend angepasste Bewirtschaftung und durch fehlende Investitionen gegenüber der produktiveren ausländischen Konkurrenz ins Hintertreffen geraten war.* In ihrem historisch gewachsenen Vertrauen auf die eigene Sonderstellung hatten sich die Junker seit dem Beginn der Agrarkrise vor allem auf die Schutzzölle, also auf die Hilfe des Staates verlassen, diese aber nicht produktiv, sondern zur Sicherung der Renten und der Bodenpreise genutzt.⁴⁴ Da die schlechte wirtschaftliche Situation der Großgrundbesitzer auch deren soziale Vorrangstellung auf dem Lande gefährdete, gewann die Frage der Agrarpolitik jetzt eine gesamtgesellschaftliche Dimension⁴⁵, und so wurde nach der Verabschiedung des deutsch-russischen Handelsvertrages eine Reihe agrarpolitischer Maßnahmen eingeleitet, die im Interesse des Großgrundbesitzes, aber auch der Bauern lagen.⁴⁶

Die Bereitschaft, die landwirtschaftliche Produktion zu intensivieren, verlangte von den Großgrundbesitzern ein größeres Verständnis für die kapitalistische Profitwirtschaft und deren Produktionsweise. In der Konsequenz hätte das für die Junker bedeutet, gewisse

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 132.

⁴² Vgl. D. Fricke, Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, 1983, S. 249.

⁴³ Vgl. C. Nonn, Verbraucherprotest, 1996, S. 283.

⁴⁴ Vgl. dazu die Schilderung Hellmut von Gerlachs, der als 1866 geborener Sohn eines schlesischen Großgrundbesitzers die Verhältnisse nur allzu gut kannte: „Als Landwirte standen die konservativen Rittergutsbesitzer meist unter dem Durchschnitt. Meist hatten sie weder theoretisch noch praktisch die Landwirtschaft gründlich studiert. Man wurde zunächst Offizier, und wenn der alte Herr sich `abbaureif` fühlte, so übernahm der Herr Rittmeister das väterliche Gut. Er war an erhebliche Lebensansprüche gewöhnt und konnte kommandieren. Viel mehr Vorkenntnisse brachte er in die Landwirtschaft nicht mit. Natürlich ging die Sache nach einigen Jahren schief. Dann wurde Raubbau getrieben. Die Schulden häuften sich. Der Bankrott drohte. Der SOS-Ruf erklang: Väterchen Staat, hilf!“ H. von Gerlach, Von Rechts nach Links, 1987, S. 33.

⁴⁵ Diese wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass um 1895 noch die Hälfte der Bevölkerung auf dem Lande lebte, und dass von den Beschäftigten hier sogar noch eine Mehrheit von 9,7 Millionen Menschen tätig war gegenüber 8,7 Millionen in der Stadt Arbeitenden. Vgl. Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 5, 1988, S. 412.

⁴⁶ Diese reichten von der Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide – wodurch der Getreideexport wieder attraktiver wurde – über Veränderungen im Erbrecht zur Erhaltung der großen Güter bis hin zu Maßnahmen gegen die hohe Verschuldung des Großgrundbesitzes. Außerdem wurden die Voraussetzungen für die Erlangung von landwirtschaftlichen Krediten erleichtert, und es erfolgte eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen durch die Einrichtung der, zumeist von Junkern beherrschten Landwirtschaftskammern, sowie ein Ausbau des Kleinbahnsystems und der Meliorationsvorhaben. Vgl. ebenda, S. 413.

Abstriche an der eigenen Sonderstellung zu akzeptieren. Dass die Mehrheit dazu nicht bereit war, zeigte sich in der von der Deutschkonservativen Partei verfolgten Politik der „drei großen Mittel“ (1. „Antrag Kanitz“, 2. Forderung nach einer Doppelwährung und 3. einer Börsenreform), die sich gegen die durch die Handelsverträge geschaffenen Realitäten richtete. Priorität besaß der nach dem deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten benannte „Antrag Kanitz“, der die staatliche Garantie eines hohen Getreidemindestpreises forderte.⁴⁷ Mit diesem Antrag des führenden Kopfes der deutschkonservativen Opposition gegen die Handelsverträge versuchten die Agrarier niedrige Zolltarife im Außenhandel allein zu Lasten der Staatskasse durchzusetzen: Der Staat mochte die Handelsverträge zwar einhalten, durch sein An- und Verkaufsmonopol aber gerade den Getreide produzierenden Großgrundbesitzern jedes Produzentenrisiko abnehmen; auf die Interessen der Veredelungswirtschaft betreibenden Klein- und Mittelbauern nahm man dabei ebenso wenig Rücksicht wie auf die Käufer und Konsumenten, die die für den Inlandsmarkt festgesetzten Preise tragen sollten. Dass mit dem Kanitzschen Antrag für die deutschkonservativen Agrarier das gesellschaftspolitische Ziel einer einseitigen Privilegierung des Großgrundbesitzes im Vordergrund stand, wurde offenkundig, da man auch nach 1897, als die Getreidepreise wieder zu steigen anfangen, immer wieder auf den Antrag zurückkam.⁴⁸ Für die Regierung und die anderen Parteien gingen die agrarischen Ziele der Konservativen schon wegen der damit verbundenen höheren Lebenshaltungskosten für die Verbraucher entschieden zu weit: Lediglich 46 konservative Abgeordnete (gegen 159) stimmten am 7. April 1894 für den Antrag Kanitz.⁴⁹

Dem zweiten „großen Mittel“ der Deutschkonservativen Partei, der Forderung nach Einführung einer Doppelwährung von Gold und Silber, lag die Auffassung zugrunde, dass das Steigen des Goldwertes ausschließlich auf dem Sinken der Getreidepreise beruhte – die freie Silberwährung propagierte man nun als Garantie für ein kontinuierliches Ansteigen der Getreidepreise; da wegen der Erhöhung des Goldpreises die Schuldenlast der Landwirtschaft immer stärker angestiegen war, hätte man jetzt zudem die in Goldwährung gemachten Schulden mit entwertetem Geld wieder tilgen können. Weil die Einführung einer freien Silberwährung aber schon aufgrund der Abneigung des Auslands (vor allem Englands) völlig unrealistisch war, wurde dieses Thema insbesondere vom BdL geschickt zu agitatorischen Zwecken benutzt.

Schließlich wurde von den Deutschkonservativen als drittes „großes Mittel“ die Forderung nach einem Börsenreformgesetz zur Abschaffung der Produktenbörse erhoben, da der Handelsmechanismus der Börse es nicht erlaubte, die Getreidepreise für eine längere Zeit auf unverhältnismäßig hohem Niveau zu halten, und die Börse zudem im Zeichen der durch die Handelsverträge bedingten Zollsenkung das Preisgefüge des Inlandsmarktes dem des Weltmarktes immer mehr anglich.⁵⁰

⁴⁷ Der Antrag des Grafen Hans von Kanitz hatte den Wortlaut: „Der Ein- und Verkauf des zum Verkauf im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluss der Mühlenfabrikate erfolgt ausschließlich für die Rechnung des Reiches. Die Verkaufspreise sollen im Mindestbetrage wie folgt festgesetzt werden: a) für Weizen auf 215 M pro Tonne, b) für Roggen auf 165 M pro Tonne.“ SBR, Bd. 142, 1894/95, 2. Anl. Bd. DS Nr. 211.

⁴⁸ Vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 230 f. Die von Puhle getroffene Feststellung, dass der „Antrag Kanitz“ Ausdruck einer „in der Form durchaus sozialistisch[en]“ neukonservativen Wirtschaftspolitik war, die „eine spezifische Art von Sozialismus“ verkörperte, ist jedoch nicht nachvollziehbar.

⁴⁹ Auch eine unerheblich modifizierte dritte Fassung des Antrags, die auf die staatliche Fixierung der Mindestpreise verzichtete und stattdessen eine „Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe“ und die Errichtung eines staatlichen Reservefonds vorsah (was nach den Anlagen auf dasselbe herauskam wie die erste Fassung), wurde im Dezember 1895 mit 219 gegen 97 Stimmen im Reichstag abgelehnt. Vgl. ebenda, S. 232.

⁵⁰ Das am 6. Juni 1896 angenommene Börsenreformgesetz, das auf der Grundlage des Entwurfs des Reichsamtes des Innern und nach langwierigen Reichstagsberatungen im Winter 1895/96 zustande kam, entsprach in seinen wesentlichen Punkten den deutschkonservativen Forderungen, da es den Börsenterminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten verbot. Zudem wurde der Börsenterminhandel in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmen sowie von Erwerbsgenossenschaften untersagt, deren Kapital weniger als 20 Millionen Mark betrug. Vgl. ebenda, S. 234.

Alle drei von der Deutschkonservativen Partei propagierten „großen Mittel“ dienten letztlich dem Ziel, eine Erhöhung der Getreidepreise zu erreichen. Damit kann zusammenfassend festgestellt werden, dass in den ersten sechs Jahren nach dem Ende der Bismarckschen Kanzlerschaft von der DkP eine Politik betrieben wurde, die einseitig den Großgrundbesitz privilegierte und die vor allem, weil sie auch nach Caprivis Sturz gegen die neue Regierung Hohenlohe gerichtet war, ein gewandeltes Politikverständnis verdeutlichte: Beginnend mit der Caprivischen Wirtschaftspolitik geriet die Deutschkonservative Partei in einen ständig stärkeren Gegensatz zur Regierung⁵¹, und *der Widerspruch zwischen dem allgemeinen monarchischen Staatsideal und dem eigenen ökonomischen Interesse wurde zunehmend zugunsten des Letzteren aufgelöst*. Vor allem mit dem „Antrag Kanitz“, der – unabhängig von der Entwicklung der Weltmarktpreise – für ein gleich bleibend hohes Niveau der Getreidepreise auf dem Binnenmarkt sorgen sollte, hatten sich die Deutschkonservativen zudem von allen marktwirtschaftlichen Prinzipien entfernt und damit von jener Linie, welche viele Jahre ein Zusammengehen mit der Schwerindustrie ermöglicht hatte.⁵²

Doch obwohl die DkP mit der Ablehnung der Handelsverträge, dem Mitwirken beim Sturze Caprivis und ihrer Politik der „drei großen Mittel“ eine antigouvernementale und großagrarisches Interessenpolitik betrieb, verwehrte sich die Partei auf ihrem Delegiertentag am 19./20. November 1896 gegen den Vorwurf der Industriefeindlichkeit und ließ mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der „Gleichstellung der übrigen nationalen Produktionszweige mit der Industrie“⁵³ den Weg für ein Bündnis offen. Als Johannes von Miquel, Führer der Nationalliberalen Partei und seit Sommer 1897 Vizepräsident im preußischen Staatsministerium, noch im selben Jahr in einer programmatischen Rede zur „Sammlung der produzierenden Klassen“ aufrief, fiel es den Deutschkonservativen nicht allzu schwer, Miquels Ansinnen zu folgen.⁵⁴ Zum einen waren die christlich-sozialen Kräfte, die einer Neuauflage der „Kartellpolitik“ von 1878/79 entgegenstanden, gerade aus der Partei gedrängt worden, und der Delegiertentag vom November 1896 hatte soeben erst die Bekämpfung der SPD, die von jeher ein Bindemittel zur Schwerindustrie darstellte, zur Hauptaufgabe erhoben; zum anderen aber war das neue Sammlungskonzept ein Kompromiss, der niemandem nahm und jedem gab und der also auch die Erfüllung konservativer Kernziele versprach: Subventionen für die Landwirtschaft in Form von Getreidezöllen und Exportprämien, das Ablehnen jeder Parlamentarisierung der Reichsverfassung und der Verzicht auf den Ausbau der Sozialpolitik für die Arbeiterschaft.⁵⁵

⁵¹ Dass den Deutschkonservativen diese neue Rolle nicht immer leicht fiel, unterstreicht ein Brief des Grafen von Limburg-Stürum, Mitglied des Gesamtvorstandes und Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion, in dem dieser beklagt: „Das Opponieren macht mir keine Freude, viel lieber wäre mir, die Regierung triebe eine vernünftige Politik, und ich könnte immer mit ihr gehen.“ F. W. von Limburg-Stürum, Aus der konservativen Politik, 1921, S. 7.

⁵² Auch wenn die Regierung Hohenlohe die extremen agrarischen Forderungen nicht akzeptierte, blieb die staatliche Unterstützung der Landwirtschaft über die sog. „kleinen Mittel“ beträchtlich: So legte die Regierung 1895 eine Gesetzesnovelle zum Branntweinsteuergesetz vor, die das hauptsächlich den Junkerbetrieben zugehörige landwirtschaftliche Brennereigewerbe begünstigte; außerdem erleichterte die Regierung im selben Jahre die Verwendung künstlicher Düngemittel, indem sie einen verminderten Notstandstarif für die Eisenbahnbeförderung und eine Senkung des Grundpreises einführte. Vgl. Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 5, 1988, S. 414.

⁵³ F. Salomon, Parteiprogramme, Bd. 2, 1912, S. 97 ff.

⁵⁴ Die Kooperation von Industrie und Landwirtschaft begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1897 anlässlich der Vorbereitung des „Wirtschaftlichen Ausschusses“, der als Gutachterorgan für die Regierung bei der Revision des Zolltarifs fungieren sollte. Auf Initiative des Zentralverbands Deutscher Industrieller (ZDI) verständigte sich dieser mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat darauf, der Regierung eine Revision des Zolltarifs zu empfehlen. Allerdings setzte der ZDI auch gegen den Willen der Agrarier die Vertretung des mehr freihändlerisch orientierten Deutschen Handelstages im Ausschuss durch und erhielt somit eine Mittelstellung, die ihm über die Bündnismöglichkeit nach beiden Seiten den entscheidenden Einfluss sicherte. Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 5, 1988, S. 441.

⁵⁵ Miquels Kompromissformel sah eine schutzzöllnerische Mittelposition zwischen Freihandel und agrarischem Hochschutzzoll vor, wobei auf der Basis wirtschaftspolitischer Konzessionen Teile des Mittelstandes einbezogen

Die Sammlungspolitik sollte ein Zusammengehen der „staatserhaltenden Elemente“ fördern, industrielle Hochleistung und Agrarkonservatismus, wirtschaftliche Expansion und Obrigkeitsstaat in ein System bringen. *In dieser Situation musste sich zeigen, ob die DkP doch noch eine regierungstreue Partei sein konnte oder ob sie längst – wie vom BdL gefordert – zu einer, die eigenen Interessen kompromisslos verfolgenden Agrarpartei herabgesunken war. Der Konflikt zwischen den gouvernementalen und antigouvernementalen Kräften, den gemäßigten und radikalen Agrariern, drängte zur Entscheidung.*

Viertes Kapitel Die DkP „am Scheidewege“ 1897-1906

„Die konservative Partei steht allerdings in der Kanalfrage am Scheidewege: sie wird beweisen müssen, ob sie die volkstümliche Partei ist, die mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit die Interessen des Mittelstandes zu vertreten gewillt ist, wenn es sein muss auch gegen die Regierung, die sich in diesem Falle auf einer falschen Bahn befindet, oder ob sie sich zum willenlosen Werkzeug der Regierung degradieren lassen will, das auf jedes eigene Urteil, auf jeden eigenen Willen Verzicht leistet.“¹

1. Die Flottenvorlagen

Die Politik in der Zeit der Kanzlerschaft Leo von Caprivis (1890–1894) und Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürsts (1894–1900) hatte immer mehr einem „Krieg aller gegen alle“ geähnelt, in dem der Kanzler, der Reichstag, die preußischen Ministerien, die Landesregierungen, der kaiserliche Hof und die organisierten wirtschaftlichen Interessenverbände miteinander im Kampf lagen.

Das Ansinnen der Sammlungspolitik des konservativ denkenden preußischen Finanzministers Johannes von Miquel war es gewesen, diese einander widerstreitenden Interessen, insbesondere von Landwirtschaft und Industrie, zu vereinen. Das änderte sich auch nicht, als Bernhard von Bülow am 17. Oktober 1900, nach einem vom Kaiser-Günstling Philipp zu Eulenburg von langer Hand vorbereiteten Plan, dem greisen Hohenlohe als Reichskanzler folgte, denn faktisch hatte der ehrgeizige Bülow, ein Vertrauensmann Wilhelms II. und „Prototyp des wilhelminischen Bismarck-Epigonen“², schon seit seiner Berufung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Jahre 1897 auch alle Fäden der inneren Politik fest in der Hand. Mit seiner und der im selben Jahre erfolgten Ernennung von Alfred von Tirpitz zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes begann der *Übergang zu einer „ambitiösen*

und auf parteipolitischer Ebene das Zentrum an die Regierungspolitik herangeführt werden sollte.

¹ Korrespondenz des Bundes der Landwirte, Nr. 33, 6. Mai 1899.

² Vgl. M. Stürmer, *Das ruhelose Reich*, 1990, S. 286.

*Weltpolitik*³, die eine Modifikation der Sammlungspolitik zugunsten der bürgerlichen Mitte hätte bedingen müssen, weil diese die eigentliche Trägerschicht des Imperialismus bildete. Aber auch Bülow setzte, obwohl ein Gegner Miquels, die Sammlungspolitik fort. Er brauchte das Vertrauen von Industrie und Landwirtschaft, weil seine Weltpolitik im Innern sonst auf Sand gebaut war. Deshalb appellierte er an bürgerliche und konservative Schichten und vor allem an deren nationale Empfindungen.

Das Bürgertum war bereit, diesen anachronistischen Kurs mitzutragen und den grundbesitzenden Adel wirtschaftlich zu unterstützen. Die aus der Tradition des freiheitlich gesinnten klassischen Liberalismus kommenden bürgerlichen Kräfte erkannten zwar, dass der Einfluss der Konservativen und die Macht der preußischen Monarchie angesichts der fortschreitenden Demokratisierung historisch überholt seien, aber diese Schicht der bürgerlichen Intelligenz vermochte sich gegenüber den realen materiellen Interessen nicht durchzusetzen. Die Tendenz der Schwerindustrie und des Kapitals, sich mit dem altständisch-feudalen Machtreichtum der adligen Führungsschicht Preußens zu verbinden, behauptete sich gegen alle noch so berechtigten Reformbestrebungen, weil das Besitzbürgertum, des Herrschens ungewohnt, es sich nicht zutraute, die aus dem Acheron aufstrebenden Massen zu bändigen, zumal es deren Ansprüche nicht berücksichtigen wollte.⁴

Die neue Sammlungs- und Weltpolitik aber musste zur Nagelprobe für die Deutschkonservative Partei werden und offenbaren, inwieweit sie bei einem Ausgleich mit dem Bürgertum bereit war, auch eigene Interessen zurückzustecken und ob die Partei für Bülow's neue Weltpolitik als zuverlässiger Partner betrachtet werden konnte.

Das strategische Herzstück bei der Suche nach Deutschlands „Platz an der Sonne“ – so Bülow im Reichstag angesichts der deutschen Inbesitznahme des chinesischen Stützpunktes Kiautschou im November 1897 – bildete das Bestreben, dem Reich eine der Armee ebenbürtige Flotte zu schaffen. Hierbei sollte Bernhard von Bülow der Bismarck Wilhelms II. werden: Wie dieser den Heereskonflikt durchgekämpft und Preußens Macht durch die Reichsgründung gemehrt hatte, so sollte nun Bülow den Flottenbau durchsetzen und die Stellung des Reiches durch „eine Weltpolitik ohne Krieg“ auf einer höheren Ebene verstärken.

Zu diesem Zweck brauchte der Reichskanzler aber eine breite parlamentarische Mehrheit, die durch das neue Kartell der Sammlungspolitik gewonnen werden sollte. Alle diejenigen, die den Flottenplänen ablehnend gegenüberstanden, wurden von der Regierung kurzerhand zu „Reichsfeinden“ deklariert. Und dazu gehörten zunächst eben auch die Deutschkonservativen im Reichstag, die es sich gefallen lassen mussten, in einem Atemzuge mit den Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen bezeichnet zu werden.

Die DkP hatte schon Anfang 1896 jedes Flottenprogramm aus finanziellen und außenpolitischen Gründen abgelehnt: Die Mittel würden nicht ausreichen, um neben dem Heer, dessen Verstärkung als vordringlich betrachtet wurde, auch noch eine Flotte zu bauen.⁵ Zudem wollte man in der Partei verhindern, dass das Reich angesichts der russisch-französischen Allianz in Gegensatz zu England geriet, erst recht vor dem Hintergrund der Krüger-Depesche, da Kaiser Wilhelm II. den Präsidenten der Transvaal-Buren, Ohm Krüger,

³ Vgl. W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 198. Tirpitz hatte einen enormen Einfluss, schließlich besaß er sogar das Privileg des Immediatrechts, d. h. des unmittelbaren Zugangs zu Wilhelm II. unter Umgehung des Kanzlers, das bisher allein den preußischen Ministern zugestanden hatte, nicht aber den Staatssekretären.

⁴ Das lag auch daran, dass der Kampf um den Weltmarkt immer schärfere Formen annahm und der Industrie deshalb ein Verlangsamten der sozialen Reformen wünschenswert erschien. So war der Berufung Bülow's zum Staatssekretär des Äußeren ein Ende des sozialen Kurses der Regierung vorausgegangen. In diesem Zusammenhang wurden im Sommer 1896 u. a. der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern von Bötticher, der Präsident des Reichsversicherungsamtes Bödiker, der Vorsitzende der Kommission für Arbeiterstatistik Lohmann und der preußische Handelsminister von Berlepsch entlassen oder schieden aus dem Staatsdienst aus. Vgl. O.-E. Schüdekopf, Innenpolitik, 1951, S. 96 f.

⁵ Ebenda, S. 100.

am 3. Januar 1896 zu seiner erfolgreichen Verteidigung gegen die Engländer beglückwünscht hatte. Einem isolierten deutsch-englischen Krieg war man in der DkP damals aufs Äußerste abgeneigt.

So verwundert es nicht, dass sich die Konservativen dem 1. Flottengesetz von 1898 erst einmal widersetzten, zumal es ihnen missfiel, dass Tirpitz das Gesetz mit der Notwendigkeit der Einfuhr von Getreide begründete⁶: Deutschland habe in guten Jahren stets seinen Bedarf an Getreide gedeckt, entgegneten sie ihm.

Doch während der Verhandlungen über das Gesetz gaben die Konservativen zu erkennen, dass sie der Regierung unter bestimmten Bedingungen entgegenkommen würden. Ihre Parole „Ohne Kanitz keine Kähne“ signalisierte, dass sie einem parlamentarischen Geschäft durchaus zugeneigt waren: Für das im „Antrag Kanitz“ geforderte staatliche Einfuhrmonopol und entsprechende hohe Festpreise für Getreide könnte man sich mit einer Flotte in der Stärke des russischen Ostseegeschwaders abfinden.

Was die Reichstagsfraktion der DkP letztlich aber zur Annahme der Flottennovelle am 28. März 1898 bewegte, war einerseits der Wunsch, die Linksparteien auszuschalten und andererseits die Besorgnis, dass ihre Ablehnung zu einem Aufschwung für die Nationalliberalen führen würde, vor allem angesichts der Tatsache, dass Tirpitz eine beispiellose Werbekampagne startete, die die Abgeordneten von ihren Wählern unter Druck setzte.⁷

Nur ein Jahr später waren die Konservativen jedoch nicht mehr so einfach zu haben. Die DkP lehnte 1899 die 2. Flottenvorlage, die die künftige deutsche Schlachtflotte von zwei auf vier Geschwader verdoppeln sollte, zunächst ebenso ab wie gleichzeitig im preußischen Abgeordnetenhaus das Projekt des Mittellandkanals. Die Regierung verzichtete jetzt darauf, die Kanalvorlage noch einmal einzubringen, um die DkP erneut für die Flotte zu gewinnen. Als den Agrariern dann bei Verhandlungen zwischen der Landwirtschaft und der Industrie auch noch die geforderte Erhöhung der Getreidezölle zugesagt wurde, stimmten die DkP-Abgeordneten am 12. Juni 1900 der frühzeitigen Vergrößerung der Flotte zu. Industrie und Landwirtschaft sahen die Flottenpolitik jetzt „als ein starkes Palliativ gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten“ an, aber in Wirklichkeit war der Zusammenhang von Flottenbau und Agrarschutz nicht zu übersehen.⁸

⁶ Auch die Behauptung des neuen Staatssekretärs des Reichsmarineamtes, dass er „unmöglich die Kirchtumspolitik preußischer Krautjunker unterstützen könne“, rief den Zorn der DkP-Abgeordneten während der Verhandlungen zum 1. Flottengesetz hervor. Tirpitz (1849-1930), Sohn eines Rechtsanwaltes und einer Arzttochter, hatte seine Marinelaufbahn schon mit 16 Jahren als Seekadett begonnen und war damit in einem Gebiet tätig, wo Adel ausnahmsweise einmal nicht so wichtig war. Seine „Respektlosigkeit“ gegenüber der Aristokratie überrascht daher nicht.

⁷ Die Novelle wurde mit 212 gegen 139 Stimmen angenommen. Am liebsten wäre der DkP eine Ablehnung durch das Zentrum gewesen, doch als dessen Mehrheit zustimmte und sich geschickt zum Zünglein an der Waage machte, folgte auch die DkP-Fraktion mit ihrer Bewilligung. Den Linksparteien missfiel vor allem die Doppelbödigkeit der Flottenvorlage: Da bis 1905 der Bau von 2 Geschwadern, und nicht einzelner Schiffe gesetzlich festgelegt werden sollte, konnte der Reichstag auch später nicht einzelne Schiffe streichen, ohne in die Kommandogewalt des Kaisers einzugreifen und einen Verfassungskonflikt zu provozieren. Auf diese Weise hätte der Reichstag dann Jahr für Jahr den Bau der Schiffe und die Bausummen, die der Marine zustanden, bewilligen müssen. Vgl. B. von Bülow, Denkwürdigkeiten I, 1930/31, S. 214. Siehe auch die Rede des DkP-Abgeordneten Georg Oertel zur Flottennovelle, in: SBR, Bd. 7, 12. Juni 1900, S. 6023 ff.

⁸ In diesem Zusammenhang trifft auch heute noch die schon 1930 von Eckart Kehr formulierte Erkenntnis zu: „Der Industrie die Flotte, die Weltpolitik und die Expansion, den Agrariern die Zölle und die Aufrechterhaltung der sozialen Vorherrschaft der Konservativen.“ E. Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901, 1930, S. 205. Dass die Agrarier die Flottengelder aber niemals mit besonderer Begeisterung bewilligten, davon zeugt das vom BdL-Propagandisten Diederich Hahn überlieferte Wort von der „gräßlichen Flotte“. Vgl. F. Naumann, Parteiwesen, 1964, S. 988, Anm. 83. Auch das überwiegend bürgerliche Offizierskorps der Marine wurde von vielen Konservativen mit Misstrauen betrachtet.

2. Das Mittellandkanal-Projekt

Mit der Annahme der 2. Flottenvorlage wurde die innerpolitische Sammlungspolitik unter nationaler Parole fortgesetzt, die mit Bülow's Ernennung zum Staatssekretär des Äußeren begonnen hatte. Dabei offenbarte die DkP, dass sie ihre Haltung zu nationalen Machtfragen von einer weitgehenden Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen abhängig machte.

Dass für die Deutschkonservativen Sammlungspolitik und disziplinierte parlamentarische Koalition nicht notwendig zusammengehörten, davon legten sie ein „beeindruckendes“ Zeugnis bei den Verhandlungen zum Bau des Mittellandkanals im preußischen Abgeordnetenhaus ab (1899/1901/1904).

Der Mittellandkanal sollte im Kern Rhein und Elbe verbinden und den Anschluss zum Kanalsystem von Spree und Havel und weiter bis zur Oder herstellen. Für die Deutschkonservativen war der Kanal jedoch das Symbol einer fremden, feindlichen Welt, die sich aus dem Westen heranschob, die Schlote und Lärm bringen, die Industrialisierung vorantreiben und die ohnehin immer knapper werdenden Arbeitskräfte verteuern würde. Sie befürchteten, dass durch die Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf das Wasser die Einnahmen der staatlichen Eisenbahnen zurückgehen und deshalb neue Steuern erforderlich werden würden, die diesmal den Besitz zu treffen drohten und argumentierten daher, dass es für den Getreidetransport die Staffeltarife der preußischen Bahnen gäbe, dass durch den Kanalbau aber dem Staatshaushalt Mittel entzogen würden, die der Entwicklung der industrialisierten westlichen Regionen des Reiches zugute kämen, statt wie traditionell die ostelbischen Gutsbezirke zu subventionieren.

Deshalb widersetzte sich die DkP dem Bau des Kanals energisch, wenn auch mit unterschiedlichen Argumenten und vor allem mit unterschiedlicher Intensität. Die radikalen Agrarier, die sich in der Parteiminderheit befanden⁹, kämpften Seite an Seite mit dem BdL, der bei seiner Agitation alle ideologischen Register zog und die Gemeinschaft der deutschen Bauern gegen diese „Straße des Teufels“ beschwor. Bei den gemäßigten Parlamentariern des Abgeordnetenhauses standen finanzielle Bedenken im Vordergrund. Ihr Festhalten an der altpreußischen traditionellen Sparsamkeit ließ sie schon gegen alle „Luxusbauten“ Wilhelms II. (Dom, Schlossfreiheit, Bibliothek) auf Kosten des Staates opponieren, da musste die Ausgabe einer Summe von 260 Millionen Mark für ein in ihren Augen als nicht notwendig angesehenes Projekt erst recht eine Ablehnung hervorrufen. Dennoch konnten sich auch die gemäßigten Konservativen den vom BdL vorgebrachten Argumenten nicht völlig entziehen, zumal der Bund die Taktik verfolgte, die Kanalfrage als rein wirtschaftliche Angelegenheit zu betrachten, um dem Kampf gegen den Kanal den Charakter eines Affronts gegen den Monarchen zu nehmen und all diejenigen Konservativen auf seine Seite zu ziehen, die befürchteten, politisch in Gegensatz zum Kaiser zu geraten.¹⁰

Obwohl sich die DkP den Argumenten des BdL nicht verschloss und diese in ihrem Kampf gegen den Kanal aufgriff, unterschied sich die Partei in ihren Bemühungen wohltuend von der Agitation des Bundes. Dennoch verfocht sie ihren Standpunkt konsequent und ließ an der Ablehnung der Kanalvorlage keine Zweifel aufkommen, die dann am 15. August 1899 von der deutschkonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses mit 128 gegen 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen wurde.¹¹

Trotz der fast einheitlichen Ablehnung, sowohl durch die gemäßigten als auch durch die radikalen Agrarier, war während der Verhandlungen deutlich geworden, dass die radikalen

⁹ Zu diesen gehörten von Arnim, Graf Kanitz, von Pappenheim und – zumindest in der Kanalfrage – auch Limburg-Stirum.

¹⁰ Als Hauptargument diente dem BdL die Behauptung, durch den Kanal werde der Import billigen ausländischen Getreides bis hinein in die ostelbischen Provinzen zum Schaden der deutschen Landwirtschaft gefördert, was deren Ruin zur Folge haben würde. Vgl. H. Horn, *Mittellandkanal*, 1964, S. 321.

¹¹ *Kons. Korr.*, Nr. 62, 15. August 1899. Bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus am 19. August 1899 votierten dann acht Deutschkonservative für den Mittellandkanal. Vgl. *SBAh*, Bd. IV, 19. August 1899, S. 2895 ff.

Agrarier dann, wenn sie ihre Ansichten zu deutlich formuliert hatten, diese später wieder abschwächen mussten. So hatte Miquel, da er seine Sammlungspolitik nicht gefährden wollte, die Kanalvorlage seiner Regierung nur halbherzig verteidigt. Obwohl er damit den Agrariern entgegenkam, griff Graf Kanitz den Finanzminister an, was wiederum bewirkte, dass die konservative Presse den Minister verteidigte und sein Festhalten an der Politik der Sammlung mit Genugtuung quittierte. Daraufhin lenkten die radikalen Agrarier wieder ein, nachdem allerdings Miquel im Abgeordnetenhaus eine erneute Verbeugung vor der konservativen Opposition gemacht hatte mit seiner Äußerung, dass man es für den Fall des Scheiterns der Vorlage nicht zu einem Zwiespalt zwischen Industrie und Landwirtschaft kommen lassen solle.¹²

Mit der Ablehnung des Kanalprojektes hatte die DkP einen Sieg errungen, der ihr allerdings von der preußischen Regierung nicht allzu schwer gemacht worden war. Die von Hohenlohe geäußerten Drohungen¹³ und das persönliche Eingreifen Wilhelms II.¹⁴ haben den Widerstand in der Partei nur noch verstärkt. Dabei profitierte die DkP von der Tatsache, dass ihre Stimmen zur gleichen Zeit im Reichstag benötigt wurden: bei der „Zuchthausvorlage“, dem Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, und beim 2. Flottengesetz. Die Partei wurde daher nicht müde, der Regierung die Auswirkungen der von ihr beabsichtigten Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses vor Augen zu führen – in diesem Fall wäre die Regierung im nächsten Wahlkampf an die Seite derer gedrängt worden, die im Reichstag bei der „Zuchthausvorlage“ und dem 2. Flottengesetz ihre Gegner waren.¹⁵

Der Kaiser befürchtete zudem, dass bei einer Wiederwahl der Kanalopponenten nach einer Parlamentsauflösung auch die Aufsayung der Gefolgschaft an ihn und seine Regierung gewissermaßen legalisiert und mit einem Nimbus der Billigung durch die Wähler versehen worden wäre. Im Interesse der Autorität des preußischen Königs und der Regierung kam es daher gegen die Überzeugung der Mehrheit des Ministeriums, aber nach dem Willen Wilhelms II., zu keiner Auflösung des Parlaments.¹⁶

Auch wenn sich der Kaiser trotz seiner Kanalleidenschaft mit Rücksicht auf die innere Konstellation nicht zu einer festen Politik gegen die Agrar-Konservativen entscheiden konnte, hoffte er, dass eine Maßregelung der Beamten, die sich der Vorlage widersetzt hatten, der konservativen Opposition das Rückgrat brechen würde: Die sog. konservativen „Kanalrebell“ wurden zur Disposition gestellt und bei Hofe nicht mehr empfangen.¹⁷ Zudem sollte die Mitgliedschaft im BdL als unvereinbar mit einer Beamtenstellung im Dienste der Krone erklärt werden.

¹² Vgl. H. Horn, Mittellandkanal, 1964, S. 325.

¹³ Der Reichskanzler hatte anlässlich der dritten Lesung der Kanalvorlage erklärt, dass die Ablehnung der Vorlage weit reichende Folgen für das Verhältnis der Konservativen zur Regierung haben und namentlich auf das Zusammengehen der staatsertaltenden Elemente des Landes auf dem Gebiete der Handelspolitik wirken werde. Ebenda, S. 330 f.

¹⁴ Der Kaiser hatte am 11. August 1899 im Rahmen der Eröffnung des Dortmund-Ems-Kanals diesen nur als Teilwerk bezeichnet und dessen Verbindung zum großen Mittellandkanal noch einmal als festen Willen seiner Regierung und seiner Person bezeichnet. An die Adresse der Konservativen gerichtet äußerte er die Hoffnung, „dass es notwendig ist, zuweilen die eigenen Wünsche und Aspirationen dem ganzen Staate unterzuordnen.“ Als Limburg-Stirum dem Kaiser daraufhin am 16. August im Abgeordnetenhaus sehr energisch und fast persönlich antwortete, wurde er von Wilhelm II. als „Judenjunge“ beschimpft. Ebenda. (Die Mutter Limburg-Stirums war Jüdin.)

¹⁵ Vgl. KZ, Nr. 389, 20. August 1899 (Beilage).

¹⁶ Die Entscheidung darüber fiel auf einer von Hohenlohe einberufenen Kronratssitzung, auf der sich die nur von Miquel und vom preußischen Minister für öffentliche Arbeiten, von Thielen, unterstützte Auffassung des Kaisers durchsetzte. Vgl. H. Horn, Mittellandkanal, 1964, S. 333 f.

¹⁷ Dies betraf zwei Regierungspräsidenten und mehr als zwanzig sog. „in den Kanal gefallene Landräte“, unter ihnen beispielsweise der führende Parlamentarier Kreth, der zwischen 1899 und 1918 eine Doppelmandatur für die DkP im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus wahrnahm. Vgl. K. von Westarp I, S. 204.

Doch die 2. Mittellandkanalvorlage im Januar 1901 zeigte, dass solche – außerparlamentarischen – Maßnahmen die Deutschkonservativen nicht einschüchtern konnten. Die Vorlage war, um den ostelbischen Abgeordneten die Sache schmackhafter zu machen, durch ein Bündel von Kanalprojekten im Osten bis hin zur Schiffbarmachung der Wasserwege zwischen den Masurischen Seen angereichert worden. Aber weder dieser Umstand noch die vage Aussicht, bei einer Zustimmung demnächst durch die in Vorbereitung befindliche neue Zollvorlage im Reichstag eine Kompensation zu erfahren, konnte die Deutschkonservativen umstimmen. Erst im Februar 1905 kam es nach Verhandlungen über eine 3. Mittellandkanalvorlage aus dem Jahre 1904 zur Annahme eines „verstümmelten“ Kanalprojektes vom Rhein bis zur Weser mit Anschluss nach Hannover, während auf eine Fortsetzung der Streckenführung nach Osten verzichtet wurde.¹⁸

Die DkP hatte sich bei der Behandlung der Kanalfrage als eine nicht zu Kompromissen bereite Interessenpartei gezeigt. Die Relegierung der „Kanalrebelln“ konnte nur die helle Empörung der meisten Deutschkonservativen wecken, und das Verhältnis zum Kaiser, der eine persönliche Niederlage einstecken musste, war tief erschüttert worden. Vor allem aber zeigten sich die Grenzen der Sammlungspolitik, da der preußisch-agrarische Egoismus stärker wog als der Zusammenhalt mit den industriellen Machteliten des Westens. Das Bestreben der DkP war weiterhin konsequent darauf gerichtet, dem Voranschreiten der Industrialisierung, zumindest in den ostelbischen Gebieten, möglichst hohe Hindernisse in den Weg zu stellen. Mit der Ablehnung des Kanalprojektes hatte die Partei dieses Ziel erreicht und die preußische Großgrundbesitzerklasse sich noch einmal symbolisch gegen die heraufkommende moderne Welt, gegen die Veränderung des Landes und der Menschen durch rauchende Schloten, auflehnen können. Dieser Kampf war auf Dauer nicht zu gewinnen, doch für den Augenblick schien das Reich noch ganz „unter der Herrschaft der Agrarier“ zu stehen.¹⁹

3. Der Zolltarif

Das wichtigste innenpolitische Thema in der ersten Hälfte der Kanzlerschaft Bernhard von Bülow war die neue Zolltarifordnung.

Die von Caprivi geschlossenen Handelsverträge liefen zwar erst zwischen 1903 und 1906 aus, doch die DkP, der BdL und die anderen agrarischen Interessenverbände verlangten eine möglichst frühe Festlegung auf eine Erhöhung der Agrarzölle. Die Chancen dafür standen gar nicht schlecht, weil Bülow innenpolitischen Halt suchte: In der Marokkofrage hatten sich im Mai 1900 die ersten Anzeichen eines englisch-französischen Bündnisses gezeigt, sodass der Kanzler eine Schwächung seiner Regierung im Innern fürchten musste, zumal er auch hier mit der preußischen Regierung bei der Kanalvorlage eine Niederlage hatte einstecken müssen.

Um die politischen Kräfte nicht noch weiter auseinander streben zu lassen und den Deutschkonservativen ein Signal der Verständigung zu geben, wechselte Bülow nach der Ablehnung der 2. Kanalvorlage mit Miquel (Finanzen), Brefeld (Handel) und von Hammerstein (Landwirtschaft) gleich drei preußische Minister aus. Vor allem die Ernennung des Provinzialvorsitzenden des BdL in Brandenburg, Victor von Podbielski, zum

¹⁸ Stattdessen sah die Regierung den Bau eines Großschiffahrtsweges von Berlin nach Stettin vor, was vom BdL ebenfalls abgelehnt wurde, während die Mehrheit der DkP sich jetzt verständigungsbereit zeigte, nachdem das Projekt so reduziert worden war, dass es die Interessen der ostelbischen Landwirtschaft nicht mehr gefährdete. Vgl. W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 229. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 243.

¹⁹ Zu diesem Schluss kam Eugen Richter, der Führer der linksliberalen Freisinnigen Fortschrittspartei, als er die politische Bedeutung der 1. Kanalvorlage im Abgeordnetenhaus umriss: „Kapituliert hier die Regierung, so wird ein schwerer Schlag gegen die wirtschaftliche Entwicklung die Folge sein [...], dann stehen Preußen und Deutschland gegen Ende dieses Jahrhunderts unter der Herrschaft der Agrarier, nicht im Zeichen des Verkehrs, sondern im Zeichen des Krebses.“ SBAh, Bd. IV, 17. April 1899, S. 1866, zit. nach H. Horn, Mittellandkanal, 1964, S. 332.

Landwirtschaftsminister war dabei ein deutliches Zugeständnis an die Agrarier. Schnell zeigte sich jedoch, dass Podbielski, der der Liebling des Kaisers war, weil er ihm die „saftigsten Witze“ erzählen konnte²⁰, nicht aus Spaß in die Regierung eingetreten war, sondern um Forderungen zu stellen: Er sollte die vom BdL angestrebte Heraufsetzung der Zollsätze auf 7,50 Mark (pro Doppelzentner Getreide) durchsetzen. Doch das war des Guten zuviel – für die Regierung, den Reichstag, die Industrie und auch für viele, selbst einige agrarische Deutschkonservative. So votierten bei der Schlussabstimmung über den Zolltarif am 14. Dezember 1902 30 der 43 deutschkonservativen Abgeordneten im Reichstag gegen die Forderung Podbielskis und für den letztlich erfolgreichen Vorschlag des freikonservativen Vorsitzenden Kardorff, der eine Erhöhung des Maximalzolls für alle Getreidesorten um 0,50 Mark pro Doppelzentner auf 5 Mark mit sich brachte; 13 Deutschkonservative blieben jedoch unter dem Einfluss des BdL bei ihrem Nein und stimmten zusammen mit den Sozialdemokraten gegen den Kardorff-Kompromiss.

Die Verhandlungen über eine so grundsätzliche Frage wie den Zolltarif hatten die Partei in zwei Lager gespalten, und die Auseinandersetzungen zwischen den gemäßigten und eher gouvernemental gesinnten Kräften auf der einen sowie den radikalen, antigouvernementalen Konservativen auf der anderen Seite avancierten zu einem *offenen Machtkampf zwischen den Führungseliten von BdL und DkP*.²¹

Im Vordergrund dieser Auseinandersetzung stand die bisher noch aufgeschobene, zentrale wirtschaftspolitische Weichenstellung zwischen dem traditionellen, an den Zollforderungen nur des ostelbischen Großgrundbesitzes orientierten und einem neuen, die Interessen der gesamten Agrarbevölkerung berücksichtigenden Kurses. Da der von der Reichsleitung vorgelegte Tarifentwurf in Erfüllung früherer Versprechungen an die Landwirtschaft den ostelbischen Großgrundbesitz einseitig privilegierte, indem er den auf Getreideproduktion spezialisierten Landwirten entgegenkam, während die Vieh- und Fleischzölle relativ niedrig angesetzt waren, unterstützte die Mehrheit der Parteiführung diese Pläne.²² Der Bund jedoch warf der Regierung Schlappeheit vor und stellte die 30 zustimmenden Deutschkonservativen nicht nur als Verräter dar, sondern kündigte diesen sogar die Zusammenarbeit, obwohl unter ihnen mit Limburg-Stirum, Kanitz, Kröcher, Schwerin-Löwitz u. a. viele prominente Bundesmitglieder waren. Der Bundesvorsitzende Wangenheim erklärte, dass die Parteien der Mitte und allen voran die Freikonservative Partei „zerstört“ werden müssten²³; er drohte gar

²⁰ H. von Gerlach, *Von Rechts nach Links*, 1987, S. 174.

²¹ Vgl. Schwerin-Löwitz, Graf von: *Aufsätze und Reden*, 1911, S. 260 ff.; C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 76 ff.; J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 140.

²² So standen mit dem Parteivorsitzenden Baron Otto von Manteuffel-Crossen, Graf Julius von Mirbach-Sorquitten und Graf Friedrich Wilhelm von Limburg-Stirum alle drei Mitglieder des Gesamtvorstandes auf Seiten der Reichsleitung. Diese Tatsache ist umso erstaunlicher, da alle drei Gründungsmitglieder des BdL waren und Mirbach sowie Manteuffel zudem als Leiter der BdL-Provinzialverbände für Ost- und Westpreußen bzw. für Pommern fungierten. Die entscheidende Rolle bei den Verhandlungen um den Zolltarif kam jedoch dem deutschkonservativen Reichstagsfraktionsvorsitzenden und Reichstagsvizepräsidenten Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode zu. Vgl. C. Nonn, *Verbraucherprotest*, 1996, S. 284 f. und Kapitel 3. 2., Anm. 33

²³ Vgl.: W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 227 f. Der BdL brach die Beziehungen zu den Freikonservativen sogar ganz ab, was vor allem auf die exponierte Rolle ihres Vorsitzenden Kardorff bei den Zolltarifberatungen zurückzuführen war. Kardorff gehörte zu den Gründungsmitgliedern des BdL und war dessen Provinzialvorsitzender in Schlesien. Er hatte jedoch von Anbeginn an eine Instrumentalisierung des BdL gegen die drohende Konkurrenz russischen Importgetreides gedacht und dessen Einbindung in eine breite antisozialistische „Sammlung“ angestrebt. Diese Politik setzte Kardorff während der Verhandlungen über den Zolltarif konsequent fort, da er in seiner Funktion als Vorsitzender der zwischen den Plenardebatten die Haltung der Parteien festlegenden Kommission darauf bedacht war, die auseinander strebenden Forderungen von Nationalliberalen, Zentrum und den beiden konservativen Parteien auf der Plattform einer weiteren, aber nur geringen Erhöhung der Getreidezölle gegenüber der Regierungsvorlage zu vereinen. Vgl. dazu näher: C. Nonn, *Verbraucherprotest*, 1996, S. 285 f.

mit der Bildung einer 'neuen Partei' und auch Hellmut von Gerlach prophezeite, es werde zur „Bildung einer radikalen Agrarpartei“ kommen.²⁴

Auf der anderen Seite forderten der Parteivorsitzende Manteuffel, das Mitglied des engeren Vorstandes Kröcher u. a. den Ausschluss von Wangenheim, Roesicke, Hahn und Oertel aus der Reichstagsfraktion. Auch der Reichstagsfraktionsvorsitzende von Normann und von Heydebrand ergriffen offen Partei gegen den BdL; Kardorff u. a. vermögende BdL-Förderer traten gar aus dem Bund aus²⁵: Während diese darüber verbittert waren, dass der Bund durch sein Verhalten die angestrebte „Sammlung“ gefährdete²⁶, beklagte Wangenheim, dass sich die großen nicht für die Probleme der kleinen Landwirte interessieren würden.²⁷

Auch wenn sich Zolltarifgegner und -befürworter in der Reichstagsfraktionssitzung nur einen Tag nach der Schlussabstimmung auf ein gemeinsames Kommuniqué einigen konnten²⁸, blieb die Gefahr der Sezession Anfang 1903 bestehen.²⁹ Dass das Kommuniqué nur einen formalen Charakter besaß, zeigte sich dann auch während des Reichstagswahlkampfes im Frühjahr 1903, da hier deutlich wurde, dass der BdL mit der Ablehnung des Kardorff-Antrages vor allem auch gehofft hatte, die Stimmung der Unzufriedenheit auf dem Lande weiter zu schüren und mit zugkräftigen, antigouvernementalen Parolen bei den Reichstagswahlen erfolgreich zu sein, um auf diese Weise die Macht in der DkP an sich reißen zu können. Als die BdL-Führung versuchte, so anerkannte deutschkonservative Reichstagsabgeordnete, wie Winterfeldt und Kröcher, die für den Kardorff-Kompromiss gestimmt hatten, durch eigene „linientreue“ Kandidaten zu ersetzen, scheiterte sie jedoch mit diesem Versuch in der eigenen Basis.³⁰ Die radikalen Agrarier hatten sich also verrechnet und so wurden die Reichstagswahlen vom 16. Juni 1903 dann auch zu einem Desaster für den Bund der Landwirte, denn von den 55 eigenen, nicht mit der DkP affilierten Kandidaten wurden nur vier Aspiranten gewählt und viele, darunter auch führende BdL-Funktionäre, verloren ihre Mandate.³¹ Dies führte zu einem Umdenken im BdL, der in der Folgezeit wieder verstärkt eine engere Zusammenarbeit mit der DkP suchte und bestrebt war, zukünftig Kritik an der Partei aus unteren Bundeskreisen zu unterdrücken.³²

²⁴ Zit. nach D. Stegmann, Erben, 1970, S. 142. Das Organ des BdL, die „Deutsche Tageszeitung“, sprach vom „Verrat an den Interessen der gesamten Landwirtschaft“. Den dem Zolltarif zustimmenden

Deutschkonservativen warf man vor, einseitig die Interessen des Getreideanbaus vertreten und die Bedürfnisse der Viehzüchter stark vernachlässigt zu haben. Wangenheim schrieb in einem Brief an seine Frau, es lägen „unversöhnliche Gegensätze“ zum überwiegenden Teil der Fraktionsmehrheit vor, die durch „Neben- oder Privatinteressen“ motiviert seien. Brief Wangenheims an seine Frau vom 16. Dezember 1902, in: C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 76. Vgl. auch DTZ, 16. Dezember 1902.

²⁵ Vgl. S. von Kardorff, Wilhelm von Kardorff, 1936, S. 354 f.

²⁶ „Endlich haben sich die staaterhaltenden Parteien einmal aufgerafft und die Sozialdemokraten auf den Kopf geschlagen, und sowie dies Ziel erreicht ist, fällt uns der Bund der Landwirte in den Rücken.“ Brief Stolberg-Wernigerodes an von Arnim vom 28. Dezember 1902, in: ebenda, S. 354.

²⁷ Vgl. dazu die Auseinandersetzungen auf dem DkP-Parteitag von 1903, der nur kurz nach der Verabschiedung des Zolltarifs einberufen worden war. Entschiedene Bundesanhänger, wie Oldenburg-Januschau und Oertel, warnten hier vor der 1893/94 nur vorläufig abgewendeten Gefahr, dass die Masse der agrarischen Bevölkerung „mit Pauken und Trompeten nach links marschiert.“ DkP-Parteitag 1903, insbes. S. 41-54, Zitat, S. 52.

²⁸ Dieses verharmloste die Vorwürfe des BdL gegen die Befürworter des Kardorff-Kompromisses, sie hätten die Interessen der Landwirtschaft verraten, wenn hierin festgestellt wurde: „Die konservative Fraktion des Reichstags ist der Überzeugung, dass in der Trennung ihrer Mitglieder bei der Abstimmung über den Antrag Kardorff keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit in der Stellung der Fraktion zu den Forderungen unseres Programms hinsichtlich des Schutzes der Landwirtschaft zu finden ist.“ Resolution der konservativen Reichstagsfraktion, zit. nach H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 224, Anm. 44.

²⁹ Vgl. dazu auch den bereits oben zitierten Brief Wangenheims an seine Frau vom 16. Dezember 1902, in: C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 77.

³⁰ Vgl. dazu KZ, Nr. 18, 12. Januar 1903 und BArch, R 8034 II/5082, Bl. 2 ff.

³¹ Die DkP hingegen büßte im Vergleich zu 1898 (56 Mandate) nur 2 Mandate ein, obwohl die Nationalliberalen die hitzige Debatte über die Zollgesetzgebung zu ihren Gunsten nutzten und 5 Mandate hinzugewannen. (gesamt: 51 Mandate)

³² Hier zeigte sich auch die Schwäche des BdL, dass ihm als eine fast ausschließlich von Großgrundbesitzern geführter Organisation aus der Masse der agrarischen Bevölkerung zwangsläufig immer wieder Misstrauen

Der BdL hatte also im Konflikt um die Zollvorlage einlenken müssen, weil er erkannte, wie aussichtslos es war, die Mehrheit der Abgeordneten von der konservativen Fraktion abzuspalten. Dass es in dieser Situation nicht zur Gründung einer neuen radikalen Agrarpartei kam, war lediglich darauf zurückzuführen, dass nur neun bis zehn Abgeordnete aus der deutschkonservativen Reichstagsfraktion Wangenheim bei einem solchen Vorhaben gefolgt wären.³³ Zugleich war nur erneut deutlich geworden, dass für die Deutschkonservative Partei eine Massenmobilisierung nicht in Frage kam. In diesem Sinne unterstrich Graf Mirbach auf dem Parteitag von 1903 unmissverständlich, dass der große Einfluss der Deutschkonservativen bisher nicht auf ihrer Massenbasis, sondern auf ihren guten Beziehungen zum Hof und zur preußischen bzw. Reichsregierung beruht hätten, was sich durch das Buhlen um Popularität nicht verbessern würde. Wenn er deshalb dafür warb, den Weg des „Erreichbaren“ zu gehen und die von der Reichsleitung konzedierte Getreidezollerhöhungen zu akzeptieren³⁴, so dürfte ihm das nicht allzu schwer gefallen sein, hatte doch der Zolltarif nur erneut die Vorzugsstellung der Konservativen in Staat und Gesellschaft deutlich werden lassen: Der neue Tarif war ein Geschenk an die Adresse der Agrarier, auch unter Einschluss der mittleren und kleineren Landwirte, das auf Kosten der Verbraucher ging, die dies aufgrund der steigenden Lebensmittelpreise schon sehr bald zu spüren bekamen.

Für die Deutschkonservativen kam es in der Folgezeit darauf an, die in der Zolltariffrage isolierten BdL-Parteigänger nicht ganz vor den Kopf zu stoßen und die Einheit der Partei wieder herzustellen. Hier war es der Vermittlung des Rittergutsbesitzers von Normann zu verdanken, dass sich die Beziehungen zwischen Bund und Partei nach den Reichstagswahlen im späten Frühjahr 1903 wieder verbesserten, was sich schon im November bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus positiv auswirkte.³⁵ Noch bedeutsamer aber war, dass die Partei am Ende der Konfliktzeit ganz unter den beherrschenden Einfluss Ernst von Heydebrands geriet, obwohl dieser erst 1905 offiziell Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion und 1914 auch der Gesamtpartei wurde.³⁶ Dass der schlesische Rittergutsbesitzer prädestiniert war, die Partei zu führen, zeigte sich, da er Wangenheim Anfang 1904 zu einem „Canossa-Gang“ zu Limburg-Stirum bewegen und den BdL-Führer gleichzeitig versöhnen konnte, indem er ihm versicherte, die Tarifentscheidung sei falsch gewesen. Trotz der, auch angesichts der bevorstehenden Schlussabstimmung zur Kanalvorlage angespannten Lage, gelang es Heydebrand auf diese Weise, die Einheit der Partei wieder herzustellen. Hier zeigte sich zum ersten Mal auf der großen politischen Bühne Heydebrands Fähigkeit zur Vermittlung, da er es in dieser Situation zudem erreichte, die mittelständische Minderheit des Abgeordnetenhauses bei der Schlussabstimmung über den Kanal auf seine Seite zu ziehen.³⁷

entgegenschlug. Vgl. C. Nonn, Verbraucherprotest, 1996, S. 288. Ferner: H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 224.

³³ Vgl. den Brief Wangenheims an seine Frau vom 16. Dezember 1902, in: C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 76 f.

³⁴ DkP-Parteitag 1903, S. 20 und 35-38.

³⁵ Zwar kam es auch hier zu geringfügigen Stimmverlusten, aber die Mehrzahl der DkP/BdL-Kandidaten wurde gewählt und die beiden konservativen Fraktionen verfügten mit zusammen 192 Mandaten nach wie vor fast über eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Zur Rolle von Normanns vgl. auch D. Stegmann, Erben, 1970, S. 142.

³⁶ Begünstigt wurde Heydebrands Aufstieg dadurch, dass der nominelle Parteivorsitzende Manteuffel 1903 aus dem Reichstag ausgeschieden war, um seine politische Tätigkeit ins Herrenhaus zu verlegen, wodurch sich dessen allgemeiner politischer Einfluss und der auf die Partei verringerte. Und die Fraktionsvorsitzenden von Normann und Limburg-Stirum waren, wie auch Manteuffel, keine politischen Führungspersonlichkeiten, ganz im Gegensatz zum aufstrebenden Heydebrand. Vgl. auch Kap. 2. 2. und 2. 7.

³⁷ In einem Brief an seine Frau vom 21. Januar 1904 hatte Wangenheim die Befürchtung geäußert, dass die Mehrheit der Konservativen bei der Kanalvorlage „umfallen“ werde, was dann „das Ende der konservativen Partei“ bedeuten würde. Bei der Schlussabstimmung stimmten 39 Deutschkonservative für und 79 gegen die Kanalvorlage. Zwar konnten sich die Bundesmitglieder damit nicht mehr so entschieden durchsetzen wie noch 1899, die Zunahme der Befürworter lag aber hauptsächlich in der Veränderung der Kanalvorlage begründet und

Die Konfliktzeit blieb somit eine Episode in der Geschichte der DkP und brachte weder die von Wangenheim befürchtete und zeitweilig auch angestrebte Spaltung noch das von ihm prognostizierte „Ende der konservativen Partei.“ Vielmehr war am Ende der Konfliktzeit noch einmal eine Annäherung zwischen altkonservativer Gesinnungs- und neuagrarischer Interessenpolitik zu verzeichnen, die vor allem auch in der Person Ernst von Heydebrands symbolisch hervortrat. So sollte sich dann auch bei allen politisch bedeutsamen Fragen der Nach-Konfliktzeit, wie dem Reichsvereins- und dem Börsengesetz oder der kleinen Finanzreform³⁸, jene *Verbindung von egoistischer Interessenpolitik mit altständischen Idealen* zeigen, die eine Trennung von „agrarischer“ und „konservativer“ Politik kaum möglich machten – erst als es in den Jahren 1908-10 Ernst wurde mit der Reichsfinanz- und der Wahlrechtsreform in Preußen, sollte sich die Partei endgültig entscheiden müssen, welchen Weg sie einschlagen würde.

Die personellen Veränderungen des Jahres 1905 freilich deuteten die zukünftige Richtung bereits an. Generalsekretär Strosser musste 1905 von seinem Amt zurücktreten, weil er den Kanalbau befürwortet hatte und wurde durch den Heydebrand treu ergebenen Schroeter ersetzt; noch schwerer wog der plötzliche Rücktritt Limburg-Stirums Ende Juni 1905 vom Amt des preußischen Landtagsfraktionsvorsitzenden, der offiziell aus gesundheitlichen Gründen erfolgte, in Wirklichkeit wohl aber zustande kam, weil Limburg-Stirum nicht bereit war, einen zukünftigen radikal-agrarischen und populistischen Kurs mitzutragen.³⁹

nicht in einer bundesfeindlichen Haltung. Vgl. C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 77 ff. H. Horn, Mittellandkanal, 1964, S. 117. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 225.

³⁸ Vgl. dazu das folgende Kapitel.

³⁹ Vgl. den Brief Wangenheims an Roesicke vom 8. Juli 1905, wo dieser äußerte, dass es „richtig und wünschenswert“ sei, dass Limburg-Stirum gehe. BArch, NL Wangenheim 1, Bl. 74. In der „Kreuzzeitung“ war man bemüht, kursierende Gerüchte über politische Hintergründe für den Rücktritt zu dementieren. Vgl. KZ, 1. Juli 1905.

Fünftes Kapitel Die antigouvernementale Partei 1907-1910

1. Die Bildung des Bülow-Blocks

Die Auseinandersetzung über die Zollgesetzgebung bildete auch das beherrschende Thema des Reichstagswahlkampfes von 1903. Die Sozialdemokraten stellten mit 31,7 % der Stimmen die stärkste Fraktion, das Zentrum aber hatte wieder einmal als Vermittler zwischen rechts und links die Schlüsselrolle besetzen können. Es versuchte diese Position als eine de facto „Regierungspartei“ zu nutzen und richtete seine Politik konsequent darauf aus, sich die Mitwirkung an wichtigen Gesetzesvorhaben des Reiches durch entsprechende Konzessionen vergüten zu lassen, was zu schweren Konflikten mit der Reichsleitung führte. Zusammen mit der SPD lehnte die Zentrumsfraktion am 13. Dezember 1906 einen Nachtragshaushalt von 29 Millionen Mark für die Niederschlagung des Hottentotten- und des Herero-Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika – einer äußerst blutigen Guerilla – ab, allerdings nicht aus prinzipiellen Erwägungen gegen die Kolonialpolitik¹, sondern wegen Korruptionsaffären in den Kolonialverwaltungen. Diesen nichtigen Anlass nutzte Bülow, um aufgrund einer bereits vorbereiteten Kabinettsordre und nachdem er sich das Einverständnis des preußischen Staatsministeriums hatte geben lassen, den 11. Reichstag aufzulösen.

Die Ziele von Reichskanzler und -leitung lagen dabei auf der Hand: Sie wollten die Position des Zentrums im Reichstag brechen, den Aufstieg der Sozialdemokratie durch nationale Parolen bremsen und die alte Parteienkonstellation des „Bismarck-Kartells“, erweitert um die linksliberalen Parteien, wiederherstellen.²

¹ Das Zentrum stimmte seit 1897 stets mehrheitlich den Militärvorlagen der Regierung zu, trug nach anfänglichen Bedenken auch die kostspieligen Ausgaben des Flottenbaus mit und unterstützte ebenso grundsätzlich die Kolonialpolitik, was sowohl wirtschaftlich und machtpolitisch als auch mit den besseren Möglichkeiten der katholischen Missionierungsarbeit begründet wurde. Führende Zentrums Politiker, wie von Arenberg und von Zydwyk, waren sogar Vorstandsmitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft. Vgl. R. Hofmann, *Parteien*, 1993, S. 104.

² Dieses Ziel hatte Bülow bereits in seinem „Silvesterbrief“ von 1906 an den Vorsitzenden des 1904 gegründeten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, General von Liebert, formuliert. Vgl. W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 233 f.

Auf diese Weise fand der Wahlkampf an der Jahreswende 1906/07 in einer beispiellosen national aufgeheizten Atmosphäre statt, weshalb diese Reichstagswahlen nicht ganz zu Unrecht als „Hottentotten-Wahlen“ in die Geschichte eingegangen sind. Ein Zusammengehen der Freisinnigen Fortschrittspartei mit der SPD bei den Stichwahlen gegen Konservative, Nationalliberale und Zentrum erwies sich bei dem patriotischen Gelärme als nahezu unmöglich. Unter diesen Bedingungen wurde die Wahl vom 25. Januar 1907 für die Regierung zu einem Erfolg, obwohl das Zentrum ein Mandat hinzugewann: Die Anzahl der SPD-Reichstagssitze war trotz eines Zuwachses von 250.000 Stimmen von 79 auf 43 gesunken, die der Deutschkonservativen dagegen von 54 auf 60 gestiegen, und auch die liberalen Parteien konnten leichte Gewinne verzeichnen. Die DkP hatte offensichtlich von den bisherigen Nichtwählern profitiert, vor allem aber vom Wahlsystem mit seiner anachronistischen Wahlkreisziehung und dem Stichwahlsystem, das konservative und liberale Parteien überall zusammengehen ließ.³

Tabelle 1

Ergebnisse der Deutschkonservativen Partei bei den Reichstagswahlen von 1903-1907 im Vergleich

| | DkP-Wähler | Stimmanteil | Mandate (von 397) | Mandatsanteil |
|------|------------|-------------|-------------------|---------------|
| 1903 | 948.500 | 10,0 % | 54 | 13,6 % |
| 1907 | 1.060.000 | 9,4 % | 60 | 15,1 % |

Bülow hatte damit sein Konzept durchgesetzt und eine parlamentarische Schwierigkeit genutzt, um sich für ein paar Jahre eine Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Er konnte mit den 189 Stimmen der konservativen und liberalen Parteien rechnen, hinzu kamen einige kleinere Gruppen mit insgesamt 26 Mandaten, sodass der Kanzler, wenn sein „Block“ zusammenhielt, die absolute Mehrheit der 397 Reichstagsmitglieder hinter sich hatte. Dennoch war Bülows Blockkonzept nur eine Neuauflage der Sammlungspolitik in einer „schiefen Frontlage“, da es auch die linksliberalen Parteien unter nationaler Parole in die bisherige Politik der Erhaltung des Status quo einbeziehen sollte⁴, ohne dabei auf das Zentrum angewiesen zu sein.

Wenn der Reichskanzler trotzdem von vornherein auf das liberal-konservative Bündnis setzte, ohne z. B. Vorabsprachen mit den Parteivorsitzenden geführt zu haben, musste ihn das zwangsläufig in eine *Abhängigkeit von den Blockparteien bringen, die jetzt praktisch zu „Regierungsparteien“* wurden. Damit verschob sich aber auch das innenpolitische *Kräfteverhältnis zugunsten des Reichstags*, denn über die Vorlagen der Reichsämtler entschied nun schon frühzeitig deren parlamentarische Durchsetzbarkeit. Auf diese Weise gerieten die Reichsämtler zwar in eine stärkere Abhängigkeit von den Parteien, gewannen aber gegenüber dem Bundesrat und dem preußischen Staatsministerium an Gewicht, welche folglich in der Entscheidungshierarchie nach hinten rückten; Bismarcks Grundsatz, dem Reichstag gegenüber Festlegungen zu vermeiden, um den Bundesrat – und damit Preußen – nicht zu binden, war damit in sein Gegenteil verkehrt worden.⁵

³ Auch 1907 galt noch das Reichstagswahlgesetz vom 28. Mai 1870, das zwar mit dem Zugeständnis der allgemeinen, geheimen und direkten Wahl als eines der fortschrittlichsten seiner Zeit gelten konnte, das aber die ländlichen zugunsten der städtischen Wahlkreise bevorzugte. Diese Tatsache, die durch das starke Abwandern in die Städte und die Binnenwanderung von Ost nach West verstärkt wurde, kam vor allem der DkP und dem Zentrum zugute: So bedurften die Deutschkonservativen bei der Reichstagswahl von 1907 durchschnittlich nur 17.700 Wähler, um einen Abgeordneten ins Plenum zu entsenden, die SPD hingegen im Mittel 75.800 Stimmen für einen Reichstagsabgeordneten.

⁴ Die drei linksliberalen Parteien (Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei) schlossen sich Anfang März 1907 zu einer Fraktionsgemeinschaft im Reichstag zusammen, was einen ersten Schritt auf dem Wege zur Vereinigung des Linksliberalismus darstellen sollte.

⁵ Vgl. auch: M. Rauh, *Föderalismus*, 1973, S. 303 f.

Eine solche Entwicklung lag naturgemäß nicht im Interesse der DkP, die aber gleichwohl in dieser Situation zur *wichtigsten politischen Kraft im Reichstag* avancierte. Denn wenn zum ersten Male nach langer Zeit das Zentrum von seinem bestimmenden Einfluss auf die Gesetzgebung ausgeschaltet wurde, so waren die Deutschkonservativen nach den Wahlen von 1907 an dessen Stelle getreten, weil sie in der Lage waren, sowohl mit den liberalen Parteien als auch mit dem Zentrum eine Mehrheit zu bilden. *Vom verantwortungsbewussten Umgang mit dieser Schlüsselposition hing es ab, ob die DkP von Regierung, Parteien und Öffentlichkeit als eine Partei angesehen werden musste, die in erster Linie alles ihren eigenen Interessen unterordnete, oder ob sie als verlässlicher Partner gelten konnte.*

Die äußeren Bedingungen für den von Bülow angestrebten Block waren jedoch alles andere als Erfolg versprechend: Nach einem über fünfjährigen Wirtschaftsboom wurde das Reich ab dem Sommer 1907 von einem starken Konjunkturerinbruch erfasst, der bis in das Jahr 1909 anhielt und der nach einem kurzen Zwischenhoch Ende 1909 erst 1911 überwunden werden konnte.⁶ Dieser wirtschaftliche Einbruch aber musste die latenten Gegensätze zwischen den Agrarproduzenten und den von der Industriewirtschaft lebenden Konsumenten wieder schärfer hervortreten lassen, was in der Folge in beiden Lagern zu Radikalisierungen in entgegengesetzter Richtung führte.

Zunächst einmal nahm der Bülow-Block jedoch keine festen parlamentarischen Formen an, auch wenn es den zukünftigen Blockparteien gelang, den DkP-Abgeordneten Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode zum Reichstagspräsidenten zu wählen, obwohl das Amt eigentlich der stärksten Fraktion, also dem Zentrum, zugestanden hätte. Die Deutschkonservativen standen Bülows Werbungen für eine Blockbeteiligung anfänglich vor allem deshalb reserviert gegenüber, weil sie trotz der Zusicherungen des Reichskanzlers nicht verkannten, dass eine Blockbildung ohne Konzessionen an die Linke unmöglich wäre. Erst im Spätsommer gelang es Bülow in einer Reihe von Einzelgesprächen mit den Parteiführern auf seiner Ferieninsel Norderney, diese auf eine einheitliche Linie für anstehende Gesetzesvorhaben zu verpflichten.

7

Doch viele Deutsch- und auch Freikonservative standen auch jetzt dem vom Reichskanzler improvisiert zusammengeschweißten Block noch skeptisch gegenüber. Zwar begrüßten sie die durch die Blockbildung ermöglichte Bewilligung des Militärhaushaltes, aber ansonsten lehnte die Mehrheit aufgrund der innenpolitischen Differenzen eine Koalition mit den Liberalen ab und präferierte stattdessen eine Rückkehr zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum.⁸

Immerhin bestand der Block mit der Neufassung von Normen für Majestätsbeleidigung, nach der Bagatelldelikte von der Strafverfolgung befreit wurden, die erste Bewährungsprobe⁹; seine Belastbarkeit wurde aber anschließend mit den Verhandlungen zum Reichsvereins- und dem Börsengesetz erstmals ernsthaft auf die Probe gestellt.

In Preußen, wo sogar noch das Vereinsgesetz aus dem Jahre 1850 galt, war die dortige Regierung auch noch nach der Jahrhundertwende stets um eine Verschärfung des Vereinsgesetzes bemüht gewesen, sich hier auf einer Linie mit den Deutschkonservativen befindend; beiden ging es dabei vornehmlich um bessere Maßnahmen gegenüber den als umstürzlerisch geltenden Sozialdemokraten und Polen: Zu diesem Zweck wollten Regierung,

⁶ Vgl.: V. Hentschel, *Wirtschaft*, 1978, S. 238-252.

⁷ Vgl. auch: Th. Eschenburg, *Scheideweg*, 1929, S. 68.

⁸ Dieser Wunsch wurde dadurch verstärkt, dass als Folge des Konjunkturerinbruches beim Zentrum eine "Desintegration der 'Demokraten'", d. h. eine Schwächung des demokratischen Flügels zu verzeichnen war. Dagegen strebten große Teile des Zentrums – Loth bezeichnet sie als "Populisten" – eine Wiederannäherung an die Deutschkonservativen an, weil viele mittelständische Bauern, traditionelle Handwerker und kleine Gewerbetreibende häufig erst jetzt zur Kenntnis nahmen, dass der traditionelle landwirtschaftliche und kleingewerbliche Produktionssektor gegenüber dem Bereich der industriekapitalistischen Produktion definitiv ins Hintertreffen geraten und dass ihr wirtschaftliches Überleben ohne äußerst schmerzhaft Anpassungsprozesse nicht länger möglich war. Vgl. W. Loth, *Katholiken*, 1984, S. 155 f.

⁹ Vgl. die Stellungnahme von Dr. Giese (DkP) zum "Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung", in: *SBR*, Bd. 229, 23. November 1907, S. 1729 ff.

Konservative und z. T. auch die Nationalliberalen das bisherige Vereinsgesetz verschärfen durch Aufnahme eines Präventivverbots für Versammlungen, einer Sprachenbestimmung, die den Gebrauch der polnischen Sprache bei Versammlungen untersagen sollte, und einer Bestimmung über den Ausschluss von Minderjährigen von Versammlungen. Am 10. Februar 1906 wurde daher im preußischen Innenministerium ein neues Vereinsgesetz vorgelegt, welches sich in seinen entscheidenden Bestimmungen mit den deutschkonservativen Wünschen deckte.¹⁰ Dieser Gesetzentwurf wurde dann im preußischen Innenministerium überarbeitet, durch zwei Varianten etwas abgemildert und dem Reichsamt des Innern zur Kenntnis übersandt, weil hier ebenfalls an einem neuen Versammlungsgesetz gearbeitet wurde. Da die preußischen Entwürfe für ein liberaleres Reichsvereinsgesetz keine Grundlage bilden konnten, wurde im Reichsamt des Innern ein eigener Entwurf ausgearbeitet, welcher im Gegensatz zu den Gesetzesvorlagen der preußischen Regierung eine Reihe von Verbesserungen aufwies¹¹: So sollte die Polizei nicht mehr befugt sein, politische Versammlungen beliebig auflösen zu können und die Ermächtigung dazu sollte auf wenige, eng umgrenzte Fälle beschränkt werden.

Am bedeutsamsten war, dass dem Gesetz ein Sprachenparagraph beigegeben war: Die Deutschkonservativen hatten in der parallel zu den Verhandlungen über das Reichsvereinsgesetz stattfindenden Debatte zum „Gesetz über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen“ im preußischen Abgeordnetenhaus auf den Gebieten des Vereins-, Versammlungs- und Presserechts auch weiterhin vehement antipolnische Maßnahmen gefordert.¹² Deshalb empfahl der preußische Innenminister und spätere Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg daraufhin im März 1907 dem Staatsministerium ein reichsgesetzliches Vorgehen, da nur auf diese Weise die von den Deutschkonservativen postulierte Sprachenbestimmung und gleichzeitig, als Konzession an die Liberalen, ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht verwirklicht werden konnte. Das Ministerrevirement im Frühsommer 1907 – Bethmann Hollweg hatte Posadowsky ersetzt¹³ – führte dazu, dass dieser als neuer Staatssekretär des Innern nun selbst für die Umsetzung seiner Anregung zuständig wurde. Dem Reichstag wurde der Gesetzentwurf von Bethmann Hollweg am 22. November 1907 vorgelegt, woraufhin es zu erbitterten Auseinandersetzungen kam. Die Deutschkonservativen blieben bei ihrer restriktiven, vor allem antipolnischen Sprachenpolitik, befürworteten aber in der 1. Lesung des Regierungsentwurfs die Beseitigung des Partikularismus im Vereinsrecht und setzten sich für eine Teilnahme von Frauen in Vereinen und auf Versammlungen ein, welche sie sich aber für Jugendliche weiterhin erst ab einem Alter von 21 Jahren vorstellen konnten.¹⁴ Nachdem in der 1. Lesung alle Regierungsentwürfe abgelehnt worden waren, bemühte sich die Regierung in zähen Einzelverhandlungen mit Vertretern der Blockparteien um einen Kompromiss, der dann zu Beginn der 2. Kommissionslesung auch gefunden wurde.¹⁵ Am 4. April 1908 wurde das neue Vereins- und Versammlungsgesetz mit den Stimmen der Blockparteien angenommen¹⁶: Es verbot in seinem Sprachenparagraphen (§ 7) den nationalen Minderheiten – für Elsass-Lothringen gab es Ausnahmeregelungen – öffentliche Versammlungen in

¹⁰ Vgl. G. Fesser, Reichsvereinsgesetz, 1980, S. 40.

¹¹ Zur Entstehung des Regierungsentwurfs und zum Gang der parlamentarischen Verhandlungen des Reichsvereinsgesetzes vgl. ebenda; ferner: B. Balzer, Polenpolitik, 1990, S. 241-289; E. L. Turk, German Liberals, 1990, S. 237-260 und E. Rimmele, Sprachenpolitik, 1996, S. 147-154.

¹² Vgl. B. Balzer, Polenpolitik, 1990, S. 262 ff.

¹³ Posadowsky war zusammen mit dem preußischen Kultusminister Studt zum Rücktritt gezwungen worden, da beide als prononcierte Vertreter der alten Kooperation der Regierung mit dem Zentrum den Liberalen geopfert wurden.

¹⁴ Vgl. die Ausführungen des deutschkonservativen Abgeordneten Dietrich, in: SBR, Bd. 229, 9. Dezember 1907, S. 2095-2098.

¹⁵ An der Ausarbeitung des Kompromisses waren Dietrich für die DkP sowie Hieber für die NLP und Müller-Meinigen für den Freisinn beteiligt. Vgl. A. Wermuth, Beamtenleben, 1922, S. 263.

¹⁶ Vgl. SBR, Bd. 232, 4. April 1908, S. 4693-4696.

nichtdeutscher Sprache, ausgenommen in den Gebieten, in denen sie über 60 % der Bevölkerung stellten. Frauen war es jetzt erlaubt, sich politisch zu organisieren, und die Beschränkung der Partizipationsrechte von Jugendlichen war in einer, freilich gemilderten Form, wieder aufgenommen worden.

Die DkP war den liberalen Parteien hier weit entgegengekommen, weil das Gesetz Änderungen auch in Preußen brachte, die dort im Landtage nicht realisierbar gewesen wären. Mit der Durchsetzung des Sprachenparagraphen allerdings war ein elementarer konservativer Wunsch erfüllt worden: Die Durchsetzung des Deutschen und ein Verbot des Polnischen als Versammlungssprache hielten sie für unverzichtbar, weil das Deutsche Reich ein deutscher Nationalstaat und kein Nationalitätenstaat sei, und weil der Gebrauch der polnischen Sprache nur die „großpolnische Agitation“ stärken würde. Ebenso wie die Regierung erklärten die Deutschkonservativen daher das Überwachungsrecht des Staates für vorrangig gegenüber dem Recht auf Versammlung¹⁷, wobei sie mit dem Verbot des Polnischen und der Betonung des Deutschen als Versammlungssprache sicherlich hofften, eine spürbare Einschränkung der polnischen Versammlungstätigkeit – eben mangels deutscher Sprachkenntnisse – zu erreichen. Die bei den Verhandlungen zum Reichsvereinsgesetz insgesamt aber dennoch vorhandene Kompromissbereitschaft der Deutschkonservativen, die von diesen propagandistisch auch dementsprechend ausgeschlachtet wurde¹⁸, konnte sicher auch darauf zurückgeführt werden, dass Bülow der DkP in einer großen Reichstagsrede am 30. November 1907 eine Zurückstellung der preußischen Wahlrechtsfrage in Aussicht gestellt hatte, sofern sie sich auch hier zur Zusammenarbeit mit den Liberalen bereit zeigte.¹⁹

Entgegenkommen zeigten die Deutschkonservativen auch hinsichtlich der Novelle zum Börsengesetz, dessen Reformbedürftigkeit unbestritten war: Das 1896 verabschiedete Gesetz hatte die Börse – noch ganz im agrarischen Interesse – unter behördliche Aufsicht gestellt, von der sie jetzt befreit wurde. Der Terminhandel in Getreideprodukten blieb zwar weiterhin untersagt, aber es wurden nun auch hier Mittel und Wege zugelassen, um das freie Spiel der Kräfte des Marktes zum Zuge kommen zu lassen; insbesondere mit der Befreiung der gewerblichen Börsengeschäfte von behördlichen Restriktionen, die nicht selten dazu geführt hatten, dass entsprechende Transaktionen nach ausländischen Börsenplätzen verlagert worden waren, wurde ein lang gehegter Wunsch von Industrie, Handel und Banken erfüllt.²⁰

Mit der Modifikation des Strafgesetzbuches in Bezug auf Majestätsbeleidigung und dem neuen Reichsvereins- sowie dem Börsengesetz konnte der Block erste Erfolge vorweisen, wenngleich schon die Verhandlungen zum Reichsvereinsgesetz sich zu einem schweren Konflikt entwickelt hatten. Nach wie vor weit auseinander lagen die Blockparteien aber in den Fragen der Finanzpolitik. Erst die 1908/09 anstehende Reichsfinanzreform konnte daher endgültigen Aufschluss über die Festigkeit des Blockes geben.

2. Die Reichsfinanzreform 1908/09

Die Reichsfinanzreform stellte das wichtigste und zugleich auch brisanteste innenpolitische Thema in der Zeit der Kanzlerschaft Bernhard von Bülows dar. Die Steuerfrage galt von jeher

¹⁷ Dass die Nationalliberalen diese Einschätzung teilten, zeugte nicht gerade von deren „liberaler“ Haltung. Vgl. dazu B. Balzer, Polenpolitik, 1990, S. 286.

¹⁸ Vgl. BArch, R 8034 II/4326, Bl. 43.

¹⁹ Der Reichskanzler appellierte hier an Konservative und Liberale, dass sie sich nicht vom Zentrum auseinander bringen lassen dürften, sondern vielmehr auf die vitalen Interessen der jeweils anderen Seite Rücksicht nehmen müssten: „Konservative und liberale Grundsätze dürfen weder von der einen noch von der anderen Seite ignoriert werden; konservative und liberale Weltanschauungen dürfen nicht willkürlich untereinander gemischt und durcheinander geschüttelt werden.“ Das hieße aber, solche Fragen zurückzustellen, „über welche eine Verständigung in absehbarer Zeit möglich erscheint.“ Und das war nach Lage der Dinge das preußische Wahlrecht. Vgl. SBR, Bd. 229, 30. November 1907, S. 1935-1938.

²⁰ Vgl. W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 248.

als „politisches Minenfeld“²¹, doch unter dem Druck einer sich ständig verschlechternden Finanzlage konnte die Regierung das Problem nicht weiter vor sich her schieben: Der Übergang zur Weltpolitik, mit dem Bau einer großen Schlachtflotte und der Unterhaltung einer starken Armee sowie die teilweise erhöhten Ausgaben für soziale Zwecke, hatte – bei gleichzeitig unzulänglicher Erschließung neuer Reichseinnahmen – die Reichsschuld in den vergangenen neun Jahren auf eine für damalige Verhältnisse astronomische Summe von 4,5 Milliarden Mark gebracht.

Doch im Grunde konnte man eine wirklich effiziente Reform der Reichsfinanzen nicht realisieren, ohne eine Verfassungsänderung vorzunehmen, unter Zurückstellung der exorbitanten Vorrechte der Bundesstaaten, vor allem Preußens, da das Reich auf der Grundlage der Verfassung von 1871 nur eine sehr schwache finanzpolitische Stellung besaß: So war es eine feststehende Regel, dass das Aufkommen aus direkten Steuern allein den Bundesstaaten zustehe, während sich das Reich auf die indirekten Steuern zu beschränken hatte, zumal es über die Matrikularbeiträge am Steueraufkommen der Einzelstaaten partizipierte – das Reich war damit gleichsam Kostgänger der Bundesstaaten, eine Tatsache, die schon Bismarck mit dem Übergang zur Schutzzollpolitik von 1878/79 vergeblich zu ändern versucht hatte, obwohl diese aufgrund der starken Erhöhung der Zolleinnahmen eine vorübergehende Stabilisierung des Reichshaushaltes mit sich brachte.

Die Deutschkonservative Partei hatte das ohnehin prekäre Budgetrecht des Reichstags durch das System der Matrikularbeiträge, bei ungenügenden eigenen Reichseinnahmen, stets am besten gesichert gesehen; dem nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählten Reichstag wollte man den Zugang zu den direkten Reichssteuern unter allen Umständen verlegen. Das Zentrum befand sich hier auf einer Linie mit den Deutschkonservativen, während die liberalen Parteien, allen voran die Nationalliberalen, grundsätzlich für eine Stärkung der Machtstellung des Reiches, auch in finanzpolitischer Hinsicht, eintraten – die politischen Fronten waren daher schon vor dem Versuch einer Reichsfinanzreform verhärtet und ein Aufbrechen ohne Verfassungsänderung kaum möglich.²²

Trotzdem versuchte die Regierung eine Kompromissformel zu finden, die es allen Blockparteien ermöglichen könnte zuzustimmen, ohne das Gesicht zu verlieren. Dabei sollte nach der Regierungsvorlage von 1908 der Bedarf von 500 Millionen Mark an neuen Steuern mit 400 Millionen Mark auf den Verbrauch und 100 Millionen Mark auf den Besitz gedeckt werden. Dass 100 Millionen Mark aus direkten Steuern erbracht werden sollten, das war die unabdingbare Konzession an die Liberalen; aus verfassungspolitischen Gründen kam dabei nur eine Erweiterung der 1906 im Rahmen der „kleinen Finanzreform“ eingeführten Reichserbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten (Nachlass-Steuer) in Frage²³, da sie das Monopol der Einzelstaaten auf Einkommen- und Vermögenssteuer unberührt ließ. Obwohl die Position der DkP bekannt war – die Partei hatte die kleine Finanzreform nur akzeptiert, da sie keine Besteuerung von Ehegatten und Kindern vorsah, womit die in der Landwirtschaft übliche Erbfolge ausgeschlossen worden wäre –, rechnete die Regierung mit deren Zustimmung, da der Partei im Gegenzug ein ihren Vorstellungen entsprechendes Branntweinsteuergesetz, eine Ermäßigung der Zuckersteuer und die starke Belastung von Tabak und Bier konzidiert werden sollten.²⁴

²¹ Ebenda, S. 265.

²² Ebenda, S. 266.

²³ Durch die „kleine Finanzreform“ von 1906 wurden nur die erbenden Seitenverwandten zur Kasse gebeten, während die Ehegatten und Kinder, also die Verwandten ersten Grades, aufgrund des Protestes von Kaiser, Fürsten und Konservativen verschont blieben. Trotzdem war die Stimmung auf dem Delegiertentag der DkP Ende 1906 deutlich antigouvernemental, und von der Parteiführung verteidigte nur noch Mirbach-Sorquitten die Zusammenarbeit von Regierung und Reichstagsmehrheit, insbesondere beim Zolltarif. Vgl. DkP-Parteitag 1906, vor allem S. 4-9, 15, 50-55 und 64-75.

²⁴ P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 214 f. Die allgemeine inhaltliche Darstellung folgt hier teilweise dieser, aus einem großen Quellenfundus schöpfenden Arbeit.

Doch während Zentrum und Linksliberale sich schon im Frühjahr 1908 recht eindeutig gegen bzw. für direkte Steuern aussprachen²⁵, taktierten Deutschkonservative und Nationalliberale vorsichtiger. Lediglich der Reichstagsabgeordnete Graf von Schwerin-Löwitz entwickelte Anfang 1908 ein Steuerprogramm, in dem er die Reichsregierung aufforderte, zunächst einmal auf die ihr durch die Reichsverfassung überwiesene Einnahmequelle der indirekten Steuer zurückzugreifen. Seine Forderung begründete Schwerin-Löwitz mit dem Hinweis darauf, dass auch in den anderen „Kulturstaaten“, insbesondere in England und Frankreich, die Verbrauchsabgaben und Zölle deutlich höher liegen würden als im Deutschen Reich.²⁶ Offiziell bezog die DkP als Partei jedoch zunächst keine Stellung und überließ den Protest gegen eine mögliche direkte Reichssteuer den agrarischen Interessenverbänden.²⁷ Das lag einerseits daran, dass diese in agitatorischen Dingen weitaus bewanderter waren, andererseits aber, und viel entscheidender für die Zurückhaltung der Deutschkonservativen war, neben taktischen Erwägungen, dass in dieser Angelegenheit die alten Gegensätze zwischen den gouvernementalen und radikalen Agrariern wieder virulent wurden. Um nach den Erfahrungen der Zolltarifverhandlungen einen erneuten Bruch zu verhindern, kam es auf Initiative des BdL am 2. September 1908 in Kolberg zu einer geheimen Zusammenkunft der beiden BdL-Vorsitzenden Roesicke und Wangenheim mit den Führern der deutschkonservativen Reichstagsfraktion von Normann und Oppenfeld. In dem hier verabschiedeten sog. „Kolberger Programm“, das während der gesamten Verhandlungen verpflichtender Bestandteil der Politik von DkP und BdL wurde, einigte man sich auf eine gemeinsame Strategie zur Ablehnung der von der Reichsleitung vorgeschlagenen Finanzreform.²⁸ Dabei sprach man sich insbesondere gegen eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer sowie gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten aus. Als alternative Finanzierungsmöglichkeit wurde neben einer Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer an Steuern gedacht, die vor allem Handel und Industrie treffen sollten, so eine Steuer auf Dividenden. Im Einzelnen enthielt das „Kolberger Programm“ folgende Abmachungen:

- „1. Zur Frage der indirekten und direkten Steuern äußern sich die Teilnehmer `einstimmig und grundsätzlich gegen eine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer.`
2. Zur Frage der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehegatten und Kinder äußerten sich die Teilnehmer `einstimmig und grundsätzlich gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten.`
3. Einer Erhöhung der Matrikularbeiträge wollten sie zustimmen, traten aber `gegen jedes Eingreifen in die Selbstständigkeit der Einzelstaaten betreffs Aufbringung dieser Beiträge` ein.

²⁵ Das Zentrum hatte durch Hertling im bayrischen Reichsrat ausdrücklich die Erbschaftssteuer als „für die grundbesitzenden Kreise unerträglich“ bezeichnet; die Freisinnige Vgg. hingegen polemisierte auf ihrem Delegiertentag am 22./23. April 1908 gegen die Erhöhung der indirekten Steuern und forderte die Einführung direkter Reichssteuern. Vgl. Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1908, S. 63 f. und 88.

²⁶ Während in England und Frankreich pro Kopf der Bevölkerung 48 Mark auf Verbrauchssteuern und Zölle entfielen, waren es in Deutschland gerade einmal 18 Mark. Allein an Genussmitteln waren dies pro Kopf in Frankreich 39 Mark, in England 32 Mark, in Deutschland dagegen nur 9,70 Mark. Vgl. KZ, Nr. 18, 11. Januar 1908. Hier auch der ausführliche Wortlaut der Rede von Schwerin-Löwitz vom 4. Januar 1908 auf der Generalversammlung des konservativen Vereins zu Anklam.

²⁷ Dabei kam es zu einem wahren Sturmlauf der Bauernverbände und Landwirtschaftskammern, der seinen Hauptkritikpunkt gegen die Erbschaftssteuer auf den emotionalen und nur schwer widerlegbaren Hinweis auf die Zerstörung des `Familiensinns` richtete. Hintergrund war die Sorge der BdL-Führer vor einer Agitation, die den Klein- vom Großgrundbesitz trennen könnte; da die Steuerpflicht erst ab einem Nachlasswert von 20.000 Mark (§ 8 des Nachlass-SteuerGesetzesentwurfs), abzüglich des gesamten Hausrats (§ 10), aller Schulden, der Kosten der Bestattung und der Nachlass-Sicherung (§ 12), eintreten sollte, blieb der kleine ländliche Grundbesitz ohnehin von der Steuer frei, während der Großgrundbesitz mit großem Vermögen sehr wohl durch die Steuer getroffen werden konnte, da bei Nachlasswerten von über 1 Millionen Mark die Steuer auf, wenn auch erträgliche, 3 % steigen sollte. Vgl. auch die Entschließung der Generalversammlung des BdL vom 17. Februar 1908, in: Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1908, S. 28 f. und P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 256 f.

²⁸ Vgl. auch die beiden Protokolle von Roesicke zur Kolberger Besprechung, in: BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 57 und 77.

4. Für eine `wesentliche Erhöhung` der Biersteuer und
5. für eine Erhöhung der Tabaksteuer `unter besonderer Bevorzugung der inländischen Tabakproduktion.`
6. Zur Frage, ob die konservative Reichstagsfraktion `g r u n d s ä t z l i c h` Stellung g e g e n eine erhöhte Branntweinsteuer` beziehen sollte, wurde beschlossen, gegen eine `einseitige Erhöhung der Steuer auf Branntwein` zu votieren, einem Monopol aber `notfalls` zuzustimmen.
7. Als `Correlat` für diese Steuern sollte eine Erhöhung der Börsenumsatzsteuer und
8. die Einführung einer Steuer auf Dividenden und
9. die Einführung eines Reichshandelsmonopols auf Petroleum treten.
10. Zur Frage einer Kapitalrentensteuer äußerten sich die Teilnehmer, `wenn die abschließende Gestaltung der Reichstagsverhandlungen die Partei vor die Notwendigkeit stellen würde, sich zu entscheiden, ob sie gegen die gesamte Steuerreform, wie sie sich in den Verhandlungen des Reichstags ergeben hat, stimmen soll, oder aber, um dies zu verhindern, sich doch mit einer direkten Steuer abfinden soll, so schien [...] als Äußerstes überhaupt nur Erwägungsmögliche eine besonders geartete Kapitalrentensteuer, d. h. eine Steuer, die weder das persönliche Arbeitseinkommen erfasst, noch ein Einkommen aus Grund und Boden, sondern nur das Einkommen aus mobilen Werten, welche einen bestimmten Zinssatz überschreiten.`
- Doch sollte die konservative Fraktion in jedem Fall versuchen, ein Mantelgesetz für die Steuergesetze zu verhindern, durch das sie vor eine solche Alternative gestellt werden konnte.
11. Auf die Frage, `wo nach den vorstehenden Beschlüssen die Grenze liegt, bei deren Überschreitung die Erhaltung des Blocks aufzugeben ist`, einigten sich die Vertreter von Konservativen und BdL, dass die Entschlüsse `zu den Punkten 1, 2, 3 und 6 die Grenzlinien für die Möglichkeit einer Aufrechterhaltung des Blocks bilden dürften.`²⁹

Mit dem „Kolberger Programm“ hatte sich die DkP noch vor der Veröffentlichung der einzelnen Regierungsvorlagen und den ersten Sondierungsgesprächen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Reinhold von Sydow, gegen einen wichtigen Teil der Finanzreformpläne festgelegt; das Programm unterstrich erneut, dass die Deutschkonservativen ihr Bestreben hauptsächlich auf den Schutz des landwirtschaftlichen Grundbesitzes vor allen Mehrbelastungen richteten, während sie zugleich die Bereitschaft zeigten, das mobile Kapital und Einrichtungen wie die Börse mit Sondersteuern zu belegen. Zudem war bereits jetzt klar, dass die Partei jegliche direkte Besitzsteuer ablehnen würde, wobei eine neue Qualität darin bestand, dass sie auch bereit war, darüber gegebenenfalls das Ende des Blocks in Kauf zu nehmen.

Auch wenn Bülow über die geheime Kolberger Zusammenkunft wohl nicht informiert gewesen ist – nichts findet sich dazu in den Quellen –, musste er sich der Haltung der DkP bewusst sein: Aus den Sondierungsgesprächen Sydows vom 10./18. September 1908 mit den Vertretern der Parteien, mit Ausnahme der SPD und der Polen, wusste der Reichskanzler, dass die DkP die Erbschaftssteuer zu diesem Zeitpunkt ablehnen würde³⁰; zudem wurde er von verschiedenen Seiten wegen der möglichen Folgen der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform auf sein Verhältnis zur DkP gewarnt.³¹

Trotzdem hatte sich Bülow von Beginn an in zu starkem Maße festgelegt, als dass er noch zurückkonnte: Mehrmals hatte er an Berichte, „die Konservativen wollten der Erbschaftssteuer nicht zustimmen, impulsiv notiert, `dann scheidet die ganze Reform` und damit angedeutet, dass für ihn diese Form der Besitzbesteuerung zur *conditio sine qua non* geworden war, da er glaubte, dass `ohne die Einfügung einer wirksamen Erbschaftssteuer auf die Zustimmung der Linken nicht zu rechnen` war.“³²

²⁹ Dieses Bild ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der jeweiligen Fragen und Antworten der beiden Protokollniederschriften Roesickes. Ebenda (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 233 f.

³⁰ Auf konservativer Seite nahmen von Manteuffel-Crossen, Schwerin-Löwitz, Heydebrand, Oertel und Hahn an den Gesprächen teil, nicht aber der Reichstagsfraktionsvorsitzende von Normann, der aber immerhin brieflich mitteilen ließ, dass er ganz entschieden gegen eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer sei. Vgl. ebenda, S. 235.

³¹ So durch von Klitzing, einem alten Freund und Mitglied des Herrenhauses, und durch von Holstein. Ebenda, S. 235 f.

³² Ebenda, S. 236.

Die Spannungen zwischen Kanzler und Deutschkonservativer Partei mussten durch die Thronrede zur Wahlrechtsreform vom 20. Oktober 1908³³ noch verstärkt werden, denn die Konservativen fürchteten, dass Bülow „den süddeutschen Liberalen zuliebe“ an die Änderung des preußischen Wahlrechts gehen wollte und dass dieses Verhalten zum „Krach“ führen musste, der „einen Wechsel im Reichskanzleramt“ mit sich bringen werde.³⁴

Wenn man in der DkP bereit war, den Reichskanzler wegen der Erbschaftssteuer und der angekündigten Reform des preußischen Wahlrechts fallen zu lassen und den Block zu sprengen, so musste das zur Trübung des Verhältnisses zum Kaiser und zu einer Entfremdung der gouvernementalen Konservativen auch in den eigenen Reihen führen. Hier kam der konservativen Politik mit dem Daily-Telegraph-Interview des Kaisers³⁵ ein nicht voraussehbares Ereignis entgegen, weil Bülow aufgrund der gestörten Beziehung zu Wilhelm II. persönlich geschwächt in die Verhandlungen zur Reichsfinanzreform gehen musste und weil die Stellung des Kanzlers auch in den Augen vieler gouvernementaler Konservativer erschüttert war.

Unter diesen Voraussetzungen waren die Aussichten für die erfolgreiche Durchführung der Reichsfinanzreform äußerst schlecht, als der Reichsschatzsekretär das Gesetz am 19. November 1908 im Reichstag vorstellte.³⁶ Die Ablehnung der Vorlage durch den Hauptsprecher der DkP während der Zeit der Reichsfinanzreform, Baron Karl von Richthofen-Damsdorf, fiel dann auch erwartungsgemäß scharf und kompromisslos aus, wobei die Argumente alt bekannt waren: Die Reform zerstöre die Integrität der Familie als einer sozialen Institution, insbesondere auf dem Lande, sie fordere eine Steuer für Kinder und Frauen im härtesten Moment ihres Lebens, sie belaste das Eigentum mehr als das mobile Kapital und versuche, die Souveränität der Bundesstaaten zu untergraben.³⁷ Damit schien von Richthofen die Meinung der überwiegenden Mehrheit seiner Fraktion vertreten zu haben³⁸, und nur wenige Tage später konnten deshalb durch den Grafen von Schwerin-Löwitz die offiziellen „Leitsätze“ der konservativen Reichstagsfraktion verkündet werden, die sich im Wesentlichen mit den Ausführungen von Richthofen-Damsdorfs und dem „Kolberger Programm“ deckten.³⁹ Da auch die Linksliberalen Verbrauchssteuern ebenso kategorisch ablehnten wie die Deutschkonservativen eine Nachlass-Steuer, war der Block nach dem ersten Teil der 1. Lesung zur Finanzreform auf Freikonservative und Nationalliberale zusammengeschrumpft.

³³ Zum Zusammenhang von Thronrede und Wahlrechtsreform vgl. Kap. 5. 4. Ferner: Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 513-529.

³⁴ BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 84 f. Brief Wangenheims an Roesicke vom 27. Oktober 1908. Die DkP verstand die Thronrede zur Wahlrechtsreform als Kampfansage, und Heydebrand antwortete in der Kons. Korr. mit einer parteioffiziellen Erklärung, in der er die „positiven Leistungen“ des preußischen Abgeordnetenhauses herausstrich. Kons. Korr., Nr. 170, 24. Oktober 1908.

³⁵ Vgl. dazu den folgenden Abschnitt 5. 3.

³⁶ Die 1. Lesung zur Reichsfinanzreform fand statt vom 19.-28. November 1908 und vom 16.-19. Juni 1909, die 2. Lesung vom 19. Juni-8. Juli und die 3. Lesung am 9./10. Juli 1909. Vgl. dazu: SBR, Bd. 233, S. 39 ff. und Bd. 237, S. 8585 ff. (1. Lesung), S. 8692 ff. (2. Lesung) und S. 9278 ff. (3. Lesung)

³⁷ Vgl. KZ, Nr. 547, 21. November 1908, 2. Beilage und Anm. 24 ff. in diesem Kapitel.

³⁸ Vgl. KZ, Nr. 549, 22. November 1908: Nur „ganz vereinzelte Stimmen innerhalb der Fraktion glauben, sich schließlich mit dem Vorschlag der Regierung doch noch befreunden zu können, aber es sind ihrer so wenige, dass sie gar nicht in Betracht kommen.“

³⁹ Die „Leitsätze“ sollten als „Richtschnur“ für die Abgeordneten gelten. Die Fraktion erklärte – analog dem 3. Punkt des „Kolberger Programms“ – ihre Bereitschaft zu einer Erhöhung der Matrikularbeiträge unter Wahrung der finanziellen Selbstständigkeit der Einzelstaaten und präziserte hier sogar noch, dass sie, wenn nötig, auch einer Erhöhung der Matrikularbeiträge über die vorgeschlagenen 80 Pfennig pro Kopf zustimmen würde. Der Wortlaut der „Leitsätze“ findet sich in: Mitteilungen, Nr. 2, Februar 1909, S. 23 f. Dass sich die Fraktion hier zunächst noch auf einer Linie mit der überwiegenden Mehrheit der Basis befand, zeigte sich, da auch in den örtlichen konservativen und BdL-Vereinen in den nächsten Monaten Resolutionen gegen die von der Regierung geplante Reform verabschiedet und an die Reichstagsfraktion übersandt wurden. Doch je länger das zähe Ringen um die Finanzreform andauerte, desto stärker wurden die kritischen Stimmen. Vgl. Mitteilungen, Nr. 11, Dezember 1908, S. 167 und Nr. 2, Februar 1909, S. 25 f.

Trotzdem hoffte Bülow weiterhin auf eine Fortführung des Blocks, denn naturgemäß waren die ersten Ausführungen zur Reform im Reichstag sehr allgemeiner Natur, und die Entscheidung über die inhaltlichen Details konnte erst in den Sitzungen der Finanzkommission des Reichstags fallen.⁴⁰ Doch auch hier machten die DkP-Vertreter deutlich, was dann in den Fraktionssitzungen Ende Februar und am 1. März als Fraktionsbeschluss verabschiedet wurde:

Die Reichstagsfraktion der Deutschkonservativen Partei werde die Reichsfinanzreform „unter allen Umständen [...] und zwar in dieser Tagung des Reichstags, ohne jede weitere Vertagung bis zum Winter“ zum Abschluss bringen, „gleichviel mit welcher Mehrheit.“ Dabei werde man 400 Millionen an indirekten Steuern bewilligen, aber keine direkten Steuern, die in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingriffen. „Für eine Nachlass- oder Erbschaftssteuer sei die konservative Fraktion auf keinen Fall zu haben.“⁴¹

Diesen Entschluss teilte von Normann den Führern der Fraktionen von Nationalliberalen, Zentrum und Linksliberalen am Abend des 24. März offiziell mit, was faktisch einer Kündigung des Block-Verhältnisses gleichkam und von der noch am selben Tage einberufenen Sitzung der nationalliberalen Reichstagsfraktion auch als solche interpretiert wurde.⁴²

Natürlich luden die Nationalliberalen den Deutschkonservativen jetzt das Odium des Blockbruchs dankbar auf, hatte die DkP doch erstmalig in aller Öffentlichkeit kundgetan, dass sie die Reform nur mit einer solchen Partei verwirklichen wollte, die sich den konservativen Interessen weitestgehend unterordnen würde. Dies konnte nach Lage der Dinge nur das Zentrum sein, das die Nachlass-Steuer ablehnte und das sich der DkP nun auch in der Frage der Branntweinsteuer, also der Aufrechterhaltung der steuerlichen Vorzugsbehandlung des in ländlichen Brennereien erzeugten Branntweins (sog. „Liebesgabe“) angeboten und signalisiert

⁴⁰ Der Kommission („32. Kommission zur Vorbereitung der Steuergesetze“) gehörten an: 8 Zentrumsmitglieder, je 4 deutschkonservative und nationalliberale Abgeordnete, je 3 der SPD und des Freisinns sowie jeweils 2 Freikonservative, Antisemiten und Polen; der Bülow-Block besaß also unter Einrechnung der Antisemiten 15 Stimmen, die „Opposition“ 13. Die Bildung einer besonderen Steuerkommission war aus arbeitsökonomischen Gründen erfolgt, da sich schon 1906 bei der kleinen Finanzreform gezeigt hatte, dass für die Haushaltskommission des Reichstags die gleichzeitige Beratung der Steuervorschläge und des Etats eine zu große Belastung bedeutete. Insgesamt gab es 8 Sitzungen, auf denen das Finanzgesetz besprochen wurde und an denen auch Regierungsvertreter teilnahmen, nicht aber die Fraktionsvorsitzenden – mit Ausnahme Spahns (Z) und Singers (SPD) –, um sich und der Fraktion möglichst freie Hand bei den Schlussabstimmungen im Plenum zu erhalten. Der Vorsitzende der Kommission war der Nationalliberale Hermann Paasche, für die DkP waren Graf von Carmer-Osten, Dietrich, Nehbel und Frhr. von Richthofen-Damsdorf vertreten. Diese befanden sich aber nicht zufällig in der Kommission, waren sie als Brennereibesitzer doch unmittelbar an der Ausgestaltung der Steuer interessiert – Graf von Schwerin-Löwitz hatte seinen Platz in der Kommission sogar für Nehbel geräumt. Eine allgemeine Analyse der Kommissionsabgeordneten nach wirtschaftlichen Interessen ergibt, dass sich unter den 28 Mitgliedern 12 Gutsbesitzer befanden, die alle Brennerei- oder Zuckerfabrikinteressen vertraten; des Weiteren 4 richterliche Beamte, 5 Fabrikanten, Direktoren und Syndici, 3 Schriftsteller und Redakteure sowie ein Handwerker. Vgl. auch P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 260, Anm. 359. Die DkP-Vertreter brachten als Ersatz für die Ablehnung der Erbschaftssteuer ihre bereits bekannten Vorschläge ein: Dividenden- und Bankumsatzsteuer sowie Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere und Immobilien.

⁴¹ Die fehlenden 100 Millionen Mark sollten durch Erhöhung der Matrikularbeiträge aufgebracht werden. Vgl. KZ, Nr. 142, 25. März 1909. Der Fraktionsbeschluss war keineswegs einstimmig, aber es ist unklar, wie viele Fraktionsmitglieder dagegen votierten; Ende März waren es bei einer erneuten Abstimmung immerhin noch 16 Abgeordnete. Vgl. dazu auch KZ, Nr. 146, 27. März 1909.

⁴² Von Normann war in den Fraktionssitzungen ermächtigt worden, den Zeitpunkt der Mitteilung des Fraktionsbeschlusses selbst zu wählen, was die herausgehobene Stellung des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion unterstreicht. Vgl. ebenda. Die Unverfrorenheit einiger Deutschkonservativer wird insbesondere deutlich in einem Brief Roesickes an Heydebrand, in dem dieser als Ersatzsteuer u. a. vorschlug, das „Einführen einer Umsatzsteuer beim Verkauf von Immobilien, etwa *die Hälfte des Kaufpreises* und entsprechende Erhöhung der Umsatzsteuer für Wertpapiere an der Börse und außerhalb der Börse, für welche zurzeit nur 1/3 pro Mille gezahlt wird. Die *Verzehnfachung* der letzten Steuer allein würde eine Einnahme von weit über 100 Millionen bringen.“ BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 29 ff. Brief Roesickes an Heydebrand vom 10. April 1909. (Hervorhebungen J. B.)

hatte, dass es für den Preis der Rückkehr aus der Isolierung und der Wiedereinschaltung in den politischen Entscheidungsprozess bereit war, die Finanzreform gemäß den Vorstellungen der DkP zustande zu bringen.⁴³

Der Entschluss der konservativen Reichstagsfraktion zur Blockkündigung führte jedoch dazu, dass die BdL-Gegner in den Reihen der Partei, deren Zahl angesichts der Auseinandersetzung um die Reichsfinanzreform ohnehin wieder gestiegen war, erneut wachgerüttelt wurden. Nur einen Tag nach dem Fraktionsbeschluss erschien in der „Kreuzzeitung“ eine Erklärung des Vorsitzenden des konservativen Vereins in Potsdam und eines späteren ADV-Führers, Baron Georg von Stössel, die unmissverständlich zum Ausdruck brachte, dass „sehr viele konservative und national gerichtete Wähler der städtischen Bevölkerung hier und im ganzen Reiche [...] für die grundsätzlich ablehnende Haltung der konservativen Partei bezüglich der Nachlass-Steuer in ihrer vorgeschlagenen milden Form gegenüber geringen Vermögen kein Verständnis“ aufbringen könnten; von Normanns Weigerung, mit den extremen Agrariern zu brechen, würde die Gefahr einer „starken Verstimmung“ und einer „zahlreichen Abwendung“ unter den städtischen Konservativen hervorbringen. Von Stössel forderte die Reichstagsfraktion daher auf, ihren prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegenüber der Nachlass-Steuer aufzugeben, weil man ihr ansonsten weder in „lokalen Angelegenheiten“ folgen noch sie als national zuverlässig betrachten könnte.⁴⁴

Mit seiner Vorgehensweise unterminierte von Stössel nicht nur die Kolberger Strategie, sondern die Hauptgedanken seiner Erklärung erschienen wiederholt auch in anderen anti-agrarischen Veröffentlichungen, die von verschiedenen konservativen Vereinen im Frühjahr 1909 herausgegeben wurden. In diesen wurden die Landbesitzer aufgefordert, ein „nationales Opfer“ für die 500 Millionen Mark an neuen Steuern zu bringen, man zeigte sich besorgt über die Auswirkungen, die ein Sturz Bülows auf den Kaiser und breite Schichten der Wähler haben würde, befürchtete insbesondere den Verlust von konservativen Wählern in den Städten sowie im Mittelstand und äußerte das Begehren, zukünftig einen „adligen Konservativismus“ zu unterstützen, der über der abgestumpften Interessenpolitik stehe.

Insgesamt gingen die Meinungen in den konservativen Vereinen zur Haltung der Reichstagsfraktion jedoch weit auseinander.⁴⁵ Der Widerstand gegen die Reichsfinanzreform konzentrierte sich vor allem auf die städtischen Vereine und einige, nicht durch den Großgrundbesitz geprägte Gebiete. Am bedeutsamsten erwies sich dabei die sog. „Pankower Bewegung“ – auch „jungkonservative Bewegung“ genannt –, die ein Festhalten am Bülow-Block forderte, verbunden mit der Absage einer engen Zusammenarbeit mit dem Zentrum und dem BdL. Als durch die „Pankower Bewegung“ eine eigenständige „Freikonservative Vereinigung“ gegründet wurde und daher die Separation von der DkP drohte, reagierte die „Kreuzzeitung“ darauf ungewohnt moderat und mahnte in fast ängstlichem Ton, dass eine konservative Zersplitterung nur die Liberalen stärken würde.⁴⁶ Während die Pankower Rebellion nach dem Parteitag im November 1909 wieder einschlieft, orientierte sich der von Stössel gegründete „Potsdamer Neue Wahlverein“ jetzt stärker an den Freikonservativen, obwohl die Potsdamer Organisation eine Vereinigung beider konservativer Parteien darstellen wollte.⁴⁷

⁴³ Wohl nicht zufällig erfolgte von Normanns Blockkündigung einen Tag, nachdem der Abgeordnete Speck in der Finanzkommission zu verstehen gegeben hatte, dass das Zentrum für j e d e n konservativen Antrag in der „Liebesgabenfrage“ stimmen würde. Vgl. P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 272.

⁴⁴ Resolution der konservativen Wähler Potsdams an die DkP-Reichstagsfraktion, in: ebenda.

⁴⁵ Vgl. dazu beispielgebend: Mitteilungen, Nr. 5, Mai 1909, S. 76 f.

⁴⁶ KZ, Nr. 428, 13. September 1909. Zur „Pankower Bewegung“ vgl. insbes. Kapitel 8. 1 e. Ferner: Kons. Korr., Nr. 157, 16. August 1909 sowie die 28-seitige Broschüre der NLP: „Konservative unter sich“.

⁴⁷ Reichsbote, Nr. 222, 22. September 1909. Am heftigsten war die Kritik in den Vereinen nach der Ablehnung der Nachlass-Steuer am 24. Juni im Reichstag: Jetzt fanden sich fast wöchentlich Nachrichten vom Austritt sowohl prominenter als auch unbekannter Parteimitglieder aufgrund ihres Protests gegen das Ergebnis der Reichsfinanzreform. Teilweise beklagten die Vereinsvorsitzenden Austritte aus ihren Organisationen von bis zu 25 Prozent. Vgl. Post, 25. Juli 1909; Kons. Korr., Nr. 168, 22. September 1909; „Konservative unter sich“,

Die Kritik innerhalb der Partei blieb jedoch nicht auf die konservativen Vereine begrenzt: Dass auch einige Abgeordnete den Block erhalten wollten und die kurzsichtige Politik der Parteiführung scharf verurteilten, zeigt ihre Korrespondenz mit dem Kanzleramt, die über den damaligen Vortragenden Rat und späteren Chef der Reichskanzlei Wahnschaffe lief⁴⁸; und bei einer Probeabstimmung in der Reichstagsfraktion der DkP am 29. März 1909 stimmten dann immerhin 16 der 62 Mitglieder für die Erweiterung der Erbschaftssteuer.⁴⁹

Eine derartige Stimmungslage nährte die Hoffnungen beim Reichskanzler, dass die DkP nur die Demagogie des BdL gebrauche, um Konzessionen von der Regierung zu erpressen, dass sie aber nicht das volle agrarische Programm unterschreiben würde. Zudem hoffte er auf die Einsicht der Konservativen, dass ihnen ein Zusammengehen mit dem Zentrum teuer zu stehen kommen werde, wenn dieses erst sein „hässliches demokratisches Gesicht“ zeige. So setzte Bülow in dieser entscheidenden Phase der Verhandlungen im Frühjahr 1909 allein darauf, die Konservativen, die Gefahr liefen, die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit in eine scharf antiagrarische Haltung zu treiben, doch noch zum Nachgeben zu veranlassen.

Einen ersten Schritt der Annäherung stellten in diesem Kontext die Verhandlungen des Reichskanzleichefs von Loebell mit den Chefredakteuren der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“, Hermes und Oertel, angesichts der Pressefehde um die Erbschaftssteuer dar, in deren Ergebnis vereinbart wurde, alle gegenseitigen persönlichen Angriffe zu unterlassen.⁵⁰

Das Hauptaugenmerk der Reichsregierung war jedoch darauf gerichtet, die einheitliche Front der Konservativen gegen die Erbschaftssteuer aufzubrechen. In dieser Hinsicht konnte Bülow den Deutschen Mittelstandskongress vom 13. April 1909 als einen Erfolg betrachten, da sich der konservative Mittelstandsführer Carl Rahardt hier für ein Ende der agrarischen Opposition ausgesprochen hatte.⁵¹ Zeitgleich startete die Regierung eine groß angelegte Agitationswelle zugunsten der Erbschaftssteuer, mit der sie jedoch auf den Widerstand aller Parteien stieß, da diese sich durch den Vorwurf getroffen fühlten, dass die Finanzkommission bisher zu wenig geleistet habe. Die Verantwortung für die in der Bevölkerung nicht unwirksame Agitation war dem Chef des Volkswirtschaftlichen Büros im Reichsschatzamt, Ernst Levy von Halle, übertragen worden. Dieser wurde dafür vom BdL-Vorsitzenden und DkP-Reichstagsmitglied Gustav Roesicke derart scharf angegriffen, dass von Halle, voller Erbitterung über die mangelnde Unterstützung durch den Staatssekretär von Sydow, von seinem Amt zurücktrat.⁵²

S. 20 f.

⁴⁸ Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 144.

⁴⁹ Dazu gehörten u. a. Graf von Schwerin-Löwitz, Rechtsanwalt Dietrich und das Mitglied des sächsischen Landesvereins Wagner. Vgl. K. von Westarp I, S. 59 und Anm. 40. Allerdings wollte die Mehrheit dieser 16 Konservativen nur dann für die Erweiterung stimmen, wenn die Liberalen bei der Branntweinsteuer Entgegenkommen zeigten, weil hier die materiellen Interessen einiger Brennereibesitzer unter den konservativen Reichs- und Landtagsabgeordneten betroffen waren.

⁵⁰ Bülow zeigte sich allerdings den Zusicherungen Oertels und Hermes' misstrauisch gegenüber und vermerkte am 10. April 1909 am Rande der Aufzeichnungen von Loebells vom 7. April, dass die Konservativen publizistisch seine Stellung mit demselben Unverstand [untergrüben] wie vor 1890 die Position von B[ismar]ck. ' Zit. nach P.-C. Witt, *Finanzpolitik*, 1970, S. 277, Anm. 470. Dass die Abmachung in der Tat nicht viel wert war, zeigte sich dann schon bald.

⁵¹ Heydebrand bat den BdL um die Entsendung eines guten Redners, „um der Versammlung die schärfste Spitze abzubreaken.“ Der BdL kam diesem Anliegen nach und entzog Rahardt, der Hospitant in der preußischen Abgeordnetenhausfraktion der DkP war, zudem seine Unterstützung. BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 25 f. Brief Roesickes an Wangenheim vom 10. April 1909. Zum Mittelstandskongress vgl. vor allem NL Wangenheim 3, Bl. 27 f. Brief Heydebrands an Roesicke vom 8. April 1909.

⁵² Aus dem Briefwechsel Roesickes mit Wangenheim und Heydebrand geht hervor, wie hasserfüllt Roesicke über Halles Agitation war. Vgl. vor allem BArch, NL Wangenheim 4, Bl. 20 und 29 f. Briefe Roesickes an Wangenheim und an Heydebrand vom 1. bzw. 10. April 1909. Auch von der „Kreuzzeitung“ wurde gegen Halle vor und nach dessen Rücktritt eine teilweise schmutzige Kampagne geführt, die mit stark antisemitischen Tönen durchsetzt war und die mit zum Rücktritt von Halles beigetragen hat. Vgl. KZ, Nr. 296, 28. Juni 1909.

Hatte die Regierung durch den Rücktritt von Halles eine schwere Niederlage einstecken müssen, so gelang ihr mit dem Empfang von Deputationen aus Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen und des BdL unmittelbar vor Wiederbeginn der Beratungen der Finanzkommission am 20. April 1909 ein großer Propagandacoup. Der Vorsitzende der Handelskammer Münchens, Professor Georg von Mayr, und der Vorsitzende des BdL, Hermann Wirth, erläuterten als Sprecher der Deputationen die Vorstellungen zur Reichsfinanzreform, die nach sorgfältiger Abstimmung mit der Reichsregierung deshalb auch nicht zufällig genau dem Regierungsprogramm entsprachen.⁵³ Der Empfang dieser Deputationen, denen auch der Vorsitzende der konservativen Fraktion der 2. Sächsischen Kammer, Edler von Querfurt-Schönheide angehörte, enthielt somit, trotz aller gegenteiligen Versicherungen Bülows, eine antikonservative Spitze, mit der auch die nur wenige Tage zuvor getroffenen Abmachungen mit der konservativen Presse ad absurdum geführt wurden. Bülow nahm diese Begleiterscheinung in Kauf, weil er merkte, dass die konservative Einheitsfront bröckelte. Dies traf insbesondere auf die sächsischen Konservativen zu, deren Vorsitzender Mehnert nur deshalb nicht an dem Treffen mit der Regierung teilgenommen hatte, weil die sächsische Delegation ursprünglich von Gustav Stresemann geleitet werden sollte, damals ein prononcierter Gegner der Konservativen. Durch Mehnert war die Reichsregierung jedoch darüber informiert, dass sich in der konservativen Partei Sachsens eine „starke Miss-Stimmung“ gegen das Verhalten der Parteileitung im Reich und der Führung der Reichstagsfraktion wegen der Ablehnung der Erbschaftssteuer und des Kampfes gegen Bülow breit mache.⁵⁴ Gegen den erbitterten Widerstand und Drohungen des BdL beschloss der Hauptvorstand der sächsischen Konservativen dann auch am 6. April mit 113:9 Stimmen eine Resolution, in der für eine Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten plädiert wurde.⁵⁵ Diese Entschliebung führte zu einer heftigen Fehde mit Roesicke und Oertel, in deren Verlauf die sächsischen Konservativen immer wieder auf die Verpflichtung einer wirklich den Besitz treffenden Abgabe hinwiesen, während der BdL-Vorsitzende und der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ nach dem Beschluss des sächsischen Vorstandes augenblicklich nach Dresden reisten, um unisono Reden gegen die Erbschaftssteuer zu halten, und auch Heydebrand setzte Mehnert jetzt persönlich zu.⁵⁶ Nun fielen die Konservativen Sachsens in der Reichspolitik nicht sonderlich stark ins Gewicht – von den 23 sächsischen Wahlkreisen wurden nur 2 von der DkP vertreten –, dennoch fürchtete man in Kreisen des BdL und des Zentrums, dass `das Rückgrat der Konservativen in den Steuerfragen gebrochen` werden könnte.⁵⁷ Auch der Elfer-Ausschuss trat am 22. April 1909 zusammen und gab einen Beschluss heraus, in dem „die von Seiten des Konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen infolge besonderer Landesverhältnisse eingenommene Stellung zur Nachlass- oder Erbanfallsteuer zur Kenntnis“⁵⁸ genommen wurde. Um ein

⁵³ u. a.: ‚ausgiebige Entwicklung der Verbrauchsbesteuerung‘ und ‚gleichfalls ausgiebige Besteuerung der Besitzenden mittels der Erbschaftsbesteuerung‘. Zit. nach P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 277: hier auch die Namen der übrigen Teilnehmer des Treffens.

⁵⁴ Brief Mehnerts an von Loebell vom 20. März 1908, zit. nach: ebenda, S. 278. Zur Vorbereitung des Treffens mit den Deputationen hatte es einen ausführlichen Schriftwechsel zwischen der Reichskanzlei und den einzelnen Deputationen von Ende März bis Mitte April 1909 gegeben. Auch Wangenheim hatte schon am 2. April befürchtet, „dass die sächsischen Konservativen unter Dr. Mehnert jetzt umfallen aus Angst vor den bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen.“ BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 22 f. Brief Wangenheims an Roesicke vom 2. April 1909.

⁵⁵ Brief Mehnerts an von Loebell vom 6. April 1909, zit. nach: ebenda.

⁵⁶ Vgl. B. von Bülow, Denkwürdigkeiten I, 1930/31, S. 474 f., der hier übereinstimmt mit K. von Westarp I, S. 61 f.

⁵⁷ Vgl. P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 278.

⁵⁸ Mitteilungen, Nr. 5, Mai 1909, S. 72 f. Mit dem Hinweis auf „die besonderen Landesverhältnisse“ spielte der Elfer-Ausschuss darauf an, dass ein wesentlicher Grund für die Haltung der sächsischen Konservativen in der Furcht vor den Landtagswahlen zu suchen war, die im Oktober zum ersten Mal seit der Ersetzung des sächsischen Dreiklassenwahlrechts durch ein Pluralwahlrecht erfolgten. Die Befürchtungen bestätigten sich, da bei einer von 82 auf 91 erhöhten Mandatszähl nur noch 29 statt zuvor 46 Mandate von den Konservativen

Übergreifen der Haltung der sächsischen Konservativen auf Teile der Reichstagsfraktion zu verhindern, forderte der Elfer-Ausschuss deren Mitglieder auf, „mit aller Entschiedenheit auf ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform hinzuwirken, dabei jedoch an Stelle und zum vollen Ersatz einer Ausdehnung oder Ersatz einer Erbanfallsteuer auf Kinder und Ehegatten [...] eine Reichswertzuwachssteuer in Verbindung mit anderen geeigneten Besitzsteuern vorzuschlagen.“⁵⁹ Die Reichstagsfraktion folgte diesem Ansinnen mit „überwältigender Mehrheit“ und auch der am 30. April 1909 einberufene Fünfziger-Ausschuss, dem eine gleiche Beschlussfassung empfohlen worden war, stellte sich in einer mit 38 gegen 7 Stimmen bzw. Stimmenthaltungen verabschiedeten Resolution auf den Boden der Entschließung des Elfer-Ausschusses.⁶⁰

Auch Bülow glaubte, im Verhalten der sächsischen Konservativen einen Angriffspunkt entdeckt zu haben und hatte, wohl um Heydebrand umzustimmen, in der 2. Aprilhälfte ein gemeinsames Essen mit diesem und Mehnert arrangiert. Doch Heydebrand ging nicht auf Bülows Ansinnen ein, schon allein aus dem Grunde, da er bereits zu diesem Zeitpunkt von seinem Schulfreund, dem Grafen Anton von Monts, wusste, dass der Kanzler nicht mehr zu halten war.⁶¹ Aber auch ansonsten gab es, sah man einmal von den kritischen Stimmen aus der Basis ab⁶², kaum einen Grund für den mächtigen Mann in der Deutschkonservativen Partei noch einmal zurückzurufen: Durch das Zentrum war Heydebrand – vor allem aus der gemeinsamen Tätigkeit in der Finanzkommission des Reichstags – darüber informiert, dass es mit den Konservativen zusammengehen wollte, egal wie deren Entscheidung auch ausfallen mochte⁶³; zudem sah er sich durch die Beschlüsse des Elfer- und Fünfziger-Ausschusses sowie der Reichstagsfraktion in seiner Haltung bestätigt.

So blieben letztlich alle Einwirkungsversuche Bülows auf die DkP-Führung fruchtlos. Selbst als der Kanzler in einer Unterredung mit Heydebrand, Normann und Manteuffel am 28. April mit dem Abschied drohte, falls die Reform nicht nach seinen Wünschen zustande käme, hinterließ dies keinen nachhaltigen Eindruck bei der DkP-Führung.⁶⁴

Ein außergewöhnliches Finale erlebten diese Bemühungen am 16. Juni 1909 im Reichstag: Bülow unterstrich hier noch einmal ausdrücklich seine konservative Gesinnung⁶⁵, warnte die

gewonnen wurden. Vgl. Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1909, S. 332 ff.

⁵⁹ Für die indirekten Steuern „empfahl“ der Elfer-Ausschuss, den Vorschlägen der Regierung im Wesentlichen beizutreten, insbesondere bei der Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer. Vgl. Mitteilungen, Nr. 5, Mai 1909, S. 72 f.

⁶⁰ Ebenda. Parteioffiziell bestätigt wurde dies in der Kons. Korr., Nr. 87, 4. Mai 1909.

⁶¹ Durch von Monts war Heydebrand gut über die Absichten Wilhelms II. informiert: Bülow schreibt diesbezüglich in seinen „Denkwürdigkeiten“, dass von Monts, nachdem ihm in Venedig durch den Kaiser Bülows Nachfolge in Aussicht gestellt worden war, sofort an Heydebrand geschrieben habe, er ‚könne mit der unumstößlichen Tatsache rechnen, dass der Kaiser entschlossen sei, sich von mir [Bülow; J. B.] zu trennen.‘ Heydebrand soll daher unmittelbar vor dem Abendessen bei Bülow zu Mehnert gesagt haben: ‚Wir essen bei einem toten Mann, einem solchen dürfen wir weder die Erbschaftssteuer noch die Reform des preußischen Wahlrechts in sein Grab nachwerfen.‘ Vgl. B. von Bülow, Denkwürdigkeiten I, 1930/31, S. 474 f. In der Tat galt von Monts zunächst als Nachfolger Bülows, aber dieser war es, der dem Kabinettschef von Valentini die Kandidatur des Grafen ausredete und dafür Bethmann Hollweg empfahl. Vgl. F. Thimme, Front wider Bülow, 1931, S. 316.

⁶² Diese kamen zunächst weiterhin vor allem aus den Berliner Vereinen, deren Versuch, wirksam gegen die Parteiführung zu opponieren, aber ebenso niedergedrungen wurde wie der Widerstand des konservativen Landesverbandes des Königreichs Sachsen. Solange sich die Oppositionsbewegung auf die Großstädte oder stark industrialisierte Landstriche beschränkte, in denen die DkP nur schwach vertreten war, ging von ihr auch keine ernsthafte Gefahr für die Partei aus. Vgl. dazu auch Kapitel 8. 1e. und Anm. 43 ff. in diesem Kapitel. Um die Haltung der Reichstagsfraktion zu verteidigen, wurde der BdL-Beamte Dr. Kaufhold als Vertreter der Fraktion in die Vereine geschickt. Mitteilungen, Nr. 7, Juli 1909, S. 115 f.

⁶³ Vgl. P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 279.

⁶⁴ Zuvor hatte Bülow mit bemerkenswerter Offenheit dargelegt, dass er keine Finanzreform ohne oder gegen die Konservativen, aber auch keine nur mit der Unterstützung von Konservativen, Zentrum und Polen machen werde. Vgl. ebenda.

DkP-Abgeordneten vor den langfristigen Folgen ihrer Interessenpolitik⁶⁶ und machte sein Verbleiben im Amt jetzt in aller Form vom Zustandekommen der Finanzreform zu den Bedingungen der Reichsleitung abhängig. Auch wenn das Abstimmungsergebnis über die Reform zu diesem Zeitpunkt noch völlig offen zu sein schien, kam die Rede des Reichskanzlers im Grunde einer politischen Abschiedserklärung gleich. Als die Nachlasssteuer am 24. Juni im Reichstag durch eine Koalition von Konservativen, Zentrum und Polen mit der äußerst knappen Mehrheit von 194:186 Stimmen abgelehnt wurde⁶⁷, erbat Bülow zwei Tage später auf der kaiserlichen Jacht seinen Abschied.⁶⁸

Bülow's Sturz war ein parlamentarischer Sturz, und dass ausgerechnet die Konservativen es waren, die diesen herbeigeführt hatten, unterstrich, dass sie mit ihrem Latein ziemlich am Ende waren. Dennoch durfte man aus den Vorgängen um die Suspendierung Bülow's nicht die allgemeine Regel ableiten, dass von nun an ein Kanzler schwere parlamentarische Niederlagen nicht mehr überstehen konnte. Bülow hatte vielmehr seinen Sturz selbst verursacht, da er schon im Wahlkampf 1906/07 mit seinem „Entweder-Oder“ – nationale Parteien oder Zentrum – sein politisches Schicksal eng mit dem Block verknüpft hatte. Letztlich musste der Block aber an der Intransigenz von Linksliberalen und Deutschkonservativen scheitern sowie der „natürlichen Anziehungskraft“ von Zentrum und DkP, die vor allem auf deren gemeinsame Interessen in Preußen zurückzuführen war.

So war es auch nicht verwunderlich, dass die neue Reichstagsmehrheit sich schnell auf die Einführung neuer Steuerquellen einigen konnte. Schon am Abend nach der entscheidenden Abstimmung im Reichstag trafen sich Vertreter von Zentrum, Deutsch- und Freikonservativen zu einer ersten Besprechung⁶⁹, und bis zum 7. Juli 1909 wurde von den Parteien des „neuen Blocks“ und der Reichsleitung eine Steuerreform geschaffen, die von Reichstag und Bundesrat nur drei Tage später endgültig verabschiedet wurde. Konservative und Zentrum hatten dabei der Versuchung nicht widerstehen können, eine Etatsicherung zu finden, die Handel und Industrie durch die Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere stark belastete und die das ländliche Deutschland schonte⁷⁰: Die Erbschaftssteuer war gestrichen worden, stattdessen neben den Verbrauchsabgaben (310 Millionen Mark) Besitzsteuern in Höhe von 110 Millionen Mark beschlossen, von denen nur 40 Millionen

⁶⁵ „Ich glaube, meine Herren – an die Konservativen gewandt [J. B.] –, Sie werden lange warten, bis Sie wieder einen Kanzler bekommen, der [...] die wahrhaft konservativen Interessen und die wirklichen und dauernden Bedürfnisse der Landwirtschaft so konsequent und [...] so erfolgreich fördert wie ich.“ SBR, Bd. 237, 16. Juni 1909, S. 8585 ff.

⁶⁶ „Die konservative Partei gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt, wenn sie unhaltbare Positionen nicht rechtzeitig räumt.“ Nur bei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der liberalen und konservativen Parteien gäbe es einen Weg, das Reich vor Gegensätzen und Kämpfen zu bewahren, die „das politische Leben des zukünftigen Deutschlands“ schwer erschüttern könnten. Ebenda.

⁶⁷ Dabei stimmten 6 Deutschkonservative für die Regierungsvorlage, während 3 DkP-Abgeordnete der Abstimmung fernblieben. SBR, Bd. 237, 24. Juni 1909, S. 8832 ff. Vgl. auch: Th. Eschenburg, Scheideweg, 1929, S. 231 f.

⁶⁸ Um den Eindruck zu vermeiden, dass erstmals in der Geschichte des Deutschen Reiches ein Kanzler von einer Parteienmehrheit gestürzt worden war, wurde Bülow der Abschied jedoch nur unter der Bedingung gewährt, dass er noch so lange im Amt bleibe, bis die Reichsfinanzreform unter Dach und Fach wäre. Trotzdem zog sich der Geschasste jetzt völlig zurück und schob die Unterzeichnung der Reform dem Staatssekretär des Innern, Theobald von Bethmann Hollweg, zu. Am 14. Juli 1909 erhielt der Fürst definitiv seinen Abschied.

⁶⁹ Die Freikonservativen wurden hinzugezogen, da das Abstimmungsverhalten der Polen unsicher war. Während der Verhandlungen zur Reichsfinanzreform hatten die Freikonservativen zwar vielfach auf Seiten der Reichsleitung gestanden, dann aber bei der Endabstimmung Geschlossenheit demonstriert, da nur drei ihrer Abgeordneten für die Regierungsvorlage stimmten. Zum Verhalten der RFKP siehe auch M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 334 ff.

⁷⁰ Dass Heydebrand gerade diese Steuern noch drei Monate zuvor als „in mancherlei Hinsicht doch sehr anfechtbar“ bezeichnet hatte, verdeutlicht, dass den Konservativen die Einseitigkeit ihres Steuerbeschlusses bewusst gewesen ist. Vgl. BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 27 f. Brief von Heydebrands an Roesicke vom 8. April 1909. Vgl. auch Anm. 41.

Mark auf den Grundbesitz entfielen gegenüber 70 Millionen Mark, die das mobile Kapital trafen.⁷¹ Damit lagen die neuen Steuern zwar in der von der Regierung beantragten Gesamthöhe von 500 Millionen Mark – die Summe wurde erreicht durch die Beibehaltung der Zucker- und Fahrkartensteuer (55 Millionen Mark) und die Erhöhung ungedeckter Matrikularbeiträge (25 Millionen Mark) –, waren aber im Einzelnen gegen die ursprüngliche Absicht der Regierung bewilligt worden.⁷²

Durch die derart verabschiedete Reichsfinanzreform hatte sich auch der Riss zwischen den liberalen und konservativen Parteien vertieft, was seinen sichtbarsten Ausdruck in der Gründung des Hansa-Bundes fand: Wie Anfang der 1890er Jahre die Handelsverträge Caprivis in der Landwirtschaft, so hatten jetzt die Vorschläge von Konservativen und Zentrum während des Ringens um die Reichsfinanzreform in den Kreisen von Industrie und Handel heftige Proteste ausgelöst; und was 1893 die Gründung des Bundes der Landwirte veranlasst hatte, das führte nun am 12. Juni 1909 zur Gründung des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie. Als gegen den BdL und die Schwerindustrie konzipierter Dachverband des gewerblichen Mittelstandes zielte der Bund in den kommenden Jahren weit über die Wirtschaftsgesetzgebung hinaus auf die Eindämmung der „agrardemagogischen Richtung“ des Großgrundbesitzes, ja der Vormacht des Adels im Staate, und unterstrich den Anspruch von Gewerbe, Handel und Industrie auf die ihnen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommende Gleichberechtigung, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Leitung und Verwaltung des Staates.⁷³

Die Deutschkonservativen aber mussten damit rechnen, zukünftig in die Isolierung getrieben zu werden, weil sie nicht fähig und gewillt waren, sich wenigstens partiell von den einseitigen agrarischen Forderungen zu distanzieren und so auch *langfristig* eigene zentrale Interessen sichern zu können.⁷⁴ Um ökonomische Positionen zu retten, hatten die Abgeordneten politische und ideologische Positionen preisgegeben und den Kanzler fallen gelassen: Die Reichsfinanzreform offenbarte somit, dass die DkP und der von ihr vertretene Großgrundbesitz nicht bereit waren, ihren finanziellen Beitrag für die Weltpolitik zu leisten, stattdessen wurde die verabschiedete Reform als „wirtschaftlich und sozial [...] gerechte Besteuerung des an der Weltmachtspolitik interessierten mobilen Großkapitals“ empfunden.⁷⁵ Anders als 1902 bei der Auseinandersetzung um den Zolltarif trat die Reichstagsfraktion der DkP 1909 als reine Interessenvertretung auf: Während 1902 von den 43 anwesenden DkP-Abgeordneten noch 30 gegen das Ansinnen des BdL votiert hatten, stellten sich 7 Jahre später nur noch 6 Abgeordnete gegen den Bund und auf die Seite des Reichskanzlers und seiner Regierung. Dabei hatte Bülow bis zuletzt geglaubt, dass er im äußersten Fall auf etwa 25 deutschkonservative Stimmen rechnen könnte, worin er durch seinen Unterstaatssekretär

⁷¹ Die 40 Millionen Mark waren das einzige Zugeständnis der Grundbesitzer. Sie setzten sich zusammen aus der Fideikommiss-Steuer und einer Wertzuwachssteuer auf Grundstücksverkäufe. Bezeichnenderweise kam diese Steuer zustande auf Vorschlag des Grafen Carmer-Zieserwitz, eines dem BdL fern stehenden deutschkonservativen Reichstagsfraktionsmitglied. Die restlichen Besitzsteuern wurden gezogen aus: Scheck- und Wechselstempel (20 Millionen Mark), Börsen-Emissionsstempel (23 Millionen Mark) und Zinsscheinbogenstempel (27 Millionen Mark). Vgl. K. von Westarp I, S. 75 f.

⁷² Dennoch muss festgestellt werden, dass die verabschiedete Steuerreform die erhoffte Konsolidierung der Reichsfinanzen bis zur Wehrvorlage von 1912 mit sich brachte. Außerdem bedeutete sie gegenüber den ursprünglichen Plänen der Reichsleitung eine Verringerung der Verbrauchssteuern und damit der allgemeinen Belastung der Bevölkerung. Vgl. R. Kroboth, Finanzpolitik, 1986, S. 37, der Witts Beurteilung in diesem Punkt korrigiert.

⁷³ Vgl. W. J. Mommsen, Die latente Krise, 1973, S. 8. Zum Hansa-Bund vgl. vor allem S. Mielke, Hansa-Bund 1909-1914, 1976. Ferner: D. Stegmann, Erben, 1970, S. 176-215.

⁷⁴ Heydebrand schien sich dieser Problematik bewusst zu sein und hatte Anfang April in einem Brief an Roesicke die Haltung der DkP-Reichstagsfraktion als „ungemein kurzfristig“ bezeichnet. Als er jedoch über die Haltung des Zentrums Bescheid wusste und sicher sein konnte, dass Bülows Sturz kurz bevorstand, verlor auch er seine Bedenken. Vgl. BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 27 f. Brief von Heydebrands an Roesicke vom 8. April 1909.

⁷⁵ Vgl. BArch, R 8034 II/4326, Bl. 46.

Wahnschaffe bestärkt worden war: Von diesem wusste er, dass es zahlreiche Mitglieder der DkP-Reichstagsfraktion gab, die nicht die Verantwortung für seinen Sturz tragen wollten, ganz abgesehen von jenen Abgeordneten, die nicht rein landwirtschaftliche Interessen und Gebiete vertraten.⁷⁶

Was aber hatte letzten Endes dieses Umfallen einer ganzen Reihe von DkP-Parlamentariern bewirkt? Ein ausschlaggebender Punkt war, dass sich die Verbindung zum BdL 1909 enger als noch 1902 oder in den Vorjahren gestaltete. Der Bund hatte seine Lehren aus der Zolltarifdebatte gezogen und von Beginn an Einfluss auf die Entscheidungen der Partei ausgeübt. Dies war sicherlich auch eine entscheidende Ursache für die wechselnde Stimmungslage innerhalb der Reichstagsfraktion, stimmten doch Ende März 1909 noch 16 Fraktionsmitglieder für die Erbschaftssteuer, während es knapp drei Monate später bei der Schlussabstimmung im Reichstag nur noch 6 Abgeordnete waren. Dabei scheute sich der Bund auch nicht, Druck auf die Abgeordneten auszuüben und ihnen zu drohen, die Unterstützung durch den BdL zu entziehen. So erhielt der spätere Reichstagsfraktionsvorsitzende und das Mitglied des Elfer-Ausschusses Graf Westarp von den beiden BdL-Vorsitzenden seines Wahlkreises einen Brief, in welchem diese ihm mitteilten, der Bund werde es veranlassen, dass Westarp nicht wieder gewählt werde, weil man erfahren hatte, dass er für die Erbschaftssteuer stimmen würde; möglicherweise führte derartiger Druck dann auch zu der einstimmigen Ablehnung der Erbschaftssteuer am 22. April 1909 im Elfer-Ausschuss.⁷⁷

Ein weiterer Grund für das Umfallen einiger Abgeordneter ist darin zu sehen, dass in der DkP – entgegen den Behauptungen Westarps⁷⁸ – Fraktionszwang ausgeübt wurde. Auch wenn sich nicht alle Abgeordneten dem Fraktionszwang beugten, wurde mit diesem doch das angestrebte Ziel erreicht: Zum einen ist davon auszugehen, dass die Nachlass-Steuer, für deren Annahme ja gerade einmal fünf Stimmen gefehlt hatten, ohne den Fraktionszwang das Plenum passiert hätte; zum anderen versuchte sich die Reichstagsfraktion der zukünftigen Loyalität ihrer Mitglieder in dieser Frage zu versichern, indem den abtrünnigen Abgeordneten bei der Reichstagswahl von 1912 kein sicherer Wahlkreis mehr garantiert wurde, es sei denn, sie verpflichteten sich später schriftlich dem BdL gegenüber, wie die beiden sächsischen Abgeordneten Giese und Wagner, in Zukunft gegen eine Reichserbschaftssteuer zu stimmen.⁷⁹ Schließlich scheint auch der DkP-Reichstagsabgeordnete Elard von Oldenburg-Januschau eine entscheidende Rolle für das Umdenken einiger seiner Kollegen gespielt zu haben: Im März 1909 wurde dieser von einer „hoch gestellten Persönlichkeit“ zu einer Unterredung unter vier Augen gebeten, nach deren Ablauf Oldenburg-Januschau mit Bestimmtheit wusste, dass der Kaiser Bülow fallen lassen wollte und dass seine Entlassung nur eine Frage der Zeit wäre.⁸⁰ Folgt man Westarps Darstellung, dann war es jetzt für die Beratungen der

⁷⁶ Allerdings scheint Bülow seine Sekretäre über seine eigenen Kontakte zur DkP nicht informiert zu haben und begründete dann später seine Überraschung über das Abstimmungsergebnis mit den Informationen Wahnschaffes. Vgl. dazu den Briefwechsel Roesickes mit Wangenheim im Juli 1909, insbes. den Brief Roesickes an Wangenheim vom 23. Juli. BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 70 ff.

⁷⁷ Vgl. K. von Westarp I, S. 64 f., wo dieser feststellt, dass die DkP durch die enge Verbindung zum BdL bei der Reichsfinanzreform in verhängnisvoller Weise „manövrierunfähig“ gewesen sei. Dass der BdL den Reichskanzler spätestens seit März 1909 nicht mehr im Amt halten wollte, geht aus dem Briefwechsel Roesickes mit Wangenheim im März/April 1909 hervor. BArch, NL Wangenheim 4, Bl. 20. Brief Roesickes an Wangenheim vom 1. April 1909.

⁷⁸ K. von Westarp I, S. 74.

⁷⁹ Dies wird ersichtlich aus dem Protokoll einer Abmachung zwischen Roesicke und Giese bzw. Wagner vom 2. Juli 1909. BArch, NL Roesicke 36, Bl. 1 f. Die Grenzen des Einflusses des BdL zeigten sich jedoch, da neben Giese und Wagner auch von Kaphengst und Pauli bei der Reichstagswahl von 1912 wieder als Kandidaten der DkP aufgestellt wurden, obwohl sie für die Nachlass-Steuer gestimmt hatten, wobei nur Giese und von Kaphengst ihre Wiederwahl erreichten.

⁸⁰ E. von Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, 1936, S. 100 f. Oldenburg-Januschau hat den Namen jener Persönlichkeit nie preisgegeben, wahrscheinlich handelte es sich um den Kronprinzen oder einen der Kaisertreuen am Hofe. Vgl. auch K. von Westarp I, S. 48.

Reichstagsfraktion über die Annahme oder Ablehnung der Erbschaftssteuer entscheidend, dass Oldenburg-Januschau erklärte, er wisse genau, dass der Kanzler das Vertrauen des Kaisers unwiederbringlich verloren habe und dass seine Entlassung nach Abschluss der Reichsfinanzreform unter allen Umständen erfolgen werde.⁸¹

Neben diesen spezifischen Besonderheiten des Zustandekommens der Reichsfinanzreform darf jedoch vor allem die allgemeine machtpolitische Dimension auf keinen Fall unberücksichtigt bleiben: Diese wird deutlich, wenn man die angesichts der Geringfügigkeit der strittigen Summen ansonsten nicht zu erklärende Radikalisierung der Argumente auf beiden Seiten betrachtet. Machtpolitisch handelte es sich beim Ringen um die Reichsfinanzreform also um einen Kampf zwischen Großgrundbesitz und Industriebürgertum, womit diese Auseinandersetzung grundsätzliche Bedeutung gewann: Auf deutschkonservativer Seite fürchtete man, wie eingangs des Kapitels erwähnt, dass man bei einer Belastung des Großgrundbesitzes mit direkten Reichssteuern, auch wenn sie zunächst materiell noch nicht sonderlich ins Gewicht fielen, die eigene materielle Existenzgrundlage dem Zugriff eines von Masseninteressen beherrschten Reichstags ausliefern würde; weite Kreise des Industriebürgertums hingegen sahen im Fehlen jeder nennenswerten Besteuerung des landwirtschaftlichen Kapitals ein ökonomisch wie politisch anachronistisches Privileg, dessen Beseitigung ihnen umso gebotener erschien, da sie auf diese Weise die Ausweitung der indirekten Steuern weitgehend vermeiden und sich somit der Loyalität der Konsumenten versichern konnten.⁸²

Die Mehrheit der Deutschkonservativen hat die Reichsfinanzreform sicher aus rein wirtschaftlichen Interessen und zur Schonung des eigenen Portmonees abgelehnt; die Abgeordneten, die für die Nachlass-Steuer gestimmt hatten, taten dies entweder aufgrund der regionalen Probleme und Abhängigkeiten in ihren Wahlkreisen, wie die beiden Sachsen Giese und Wagner, oder weil sie als Industrielle (Hohenlohe-Oehringen), Mittelstandsvertreter (Pauli) bzw. Beamte/Anwälte (Oberjustizrat Arnold) kein Interesse an einer Dividenden- und Wertzuwachssteuer besaßen.⁸³ Angesichts der Tatsache, dass aber auch neun Abgeordnete der Nachlass-Steuer ihre Stimme verweigerten, die nicht aus landwirtschaftlichen Berufen kamen⁸⁴, und dass am Ende gerade einmal fünf Stimmen für die Annahme der Reform gefehlt hatten, muss dem ausgeübten Fraktionszwang, aber auch der Einflussnahme Oldenburg-Januschaus oder Heydebrands aufgrund ihrer persönlichen Beziehungen für den Werdegang der Entscheidung eine maßgebliche Bedeutung beigemessen werden.⁸⁵

Mit ihrem Abstimmungsverhalten hatte die DkP jedoch ihre vielleicht schon letzte Chance verspielt, den Weg in die immer größer werdende Isolation aufzuhalten, denn die Dynamik des industriellen Wachstums musste die Deutschkonservativen ganz objektiv in eine immer stärkere Verteidigungsposition treiben. Doch unabhängig davon hätte die Partei eine Konfrontation mit den Nationalliberalen schon mit Rücksicht auf zukünftige Stichwahlen vermeiden müssen. So aber musste über kurz oder lang aus der „Front wider Bülow“⁸⁶ eine Front gegen die Deutschkonservative Partei werden.

⁸¹ Ebenda, S. 49. Das klingt glaubhaft, zumal sich diese Informationen mit denen Heydebrands vom Grafen Monts deckten. Vgl. Anm. 62. Möglicherweise waren auch andere Konservative durch ihre höfischen Beziehungen von der Auffassung des Kaisers unterrichtet, dass Bülow ihn „verraten“ habe und dass ein Einvernehmen zwischen den beiden unmöglich sei.

⁸² Vgl. W. Loth, *Katholiken*, 1984, S. 166 f.

⁸³ Hohenlohe-Oehringen trat sogar aus der Partei aus. Als einziger Rittergutsbesitzer stimmte von Kaphengst für die Nachlass-Steuer.

⁸⁴ Von den 62 Mitgliedern der DkP-Reichstagsfraktion (einschließlich der Hospitanten) waren 29 Abgeordnete adlige Großgrundbesitzer, 19 bürgerliche Gutsbesitzer und Bauern, 9 Beamte bzw. Vertreter freier Berufe, 3 Mittelstandsvertreter und 2 größere Industrielle. Vgl. K. von Westarp I, S. 36.

⁸⁵ So galt beispielsweise der Abgeordnete Dietrich im April noch als Befürworter der Reform, stimmte dann aber gegen diese. Vgl. BArch, NL Wangenheim 4, Bl. 20. Brief Roesickes an Wangenheim vom 1. April 1909.

⁸⁶ So der gleichnamige Titel des 1931 von F. Thimme herausgegebenen Buches, das eine Aufsatzsammlung von zeitgenössischen Staatsmännern, Diplomaten und Forschern zu Bülows „Denkwürdigkeiten“ enthält.

3. Die Daily-Telegraph-Affäre

Die Vorgänge um die Reichsfinanzreform stellen zweifelsohne ein Schlüsselereignis in der Geschichte der Deutschkonservativen Partei dar. Dass man sich hier selbst in eine Sackgasse manövriert und die deutsche Öffentlichkeit gegen sich aufgebracht hatte, wurde in dieser Situation noch verstärkt durch die fast zeitgleich mit dem Beginn der Auseinandersetzungen um die Reform einsetzende Daily-Telegraph-Affäre.

Die Veröffentlichung von privat in England geführten politischen Gesprächen Kaiser Wilhelms II. im Londoner Massenblatt „Daily Telegraph“ am 28. Oktober 1908⁸⁷ hatte zunächst in der deutschen Presse und dann im Reichstag zu heftigster Kritik am „persönlichen Regiment“ des Kaisers geführt, obwohl dieser formal korrekt gehandelt und die beanstandeten Äußerungen dem Auswärtigen Amt zur Prüfung vorgelegt hatte. Der Reichskanzler hatte zwar drei Tage später durch eine Verlautbarung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ seine förmliche Verantwortung ausgedrückt, nicht aber sein tatsächliches materielles Verschulden für die Veröffentlichung zugegeben; dennoch war Bülow zunächst bereit, den Kaiser gegen die Angriffe in der Öffentlichkeit zu verteidigen.⁸⁸ Seine Haltung änderte sich unter anderem deshalb, weil der Elfer-Ausschuss der Deutschkonservativen Partei am 6. November eine Erklärung herausgab, die an den Kaiser den „ehrfurchtsvollen“ Wunsch richtete, er möge in „solchen Äußerungen zukünftig eine größere Zurückhaltung“ an den Tag legen⁸⁹: Bülow entschloss sich jetzt jedenfalls, in der Reichstagsdebatte am 10. und 11. November⁹⁰ Wilhelm II. nur noch halbherzig zu verteidigen und durchblicken zu lassen, dass er nur dann im Amt bleiben wolle, wenn der Kaiser sich in seinen politischen Äußerungen mehr als bisher einschränke.

⁸⁷ In dem Artikel („The German Emperor and England“) versicherte der Kaiser die Briten seiner Sympathie, die ihm aber nur Argwohn einbrächte, weshalb die Engländer „komische Käuze“ seien („you English are mad, mad as March hares“); gleichzeitig gestand Wilhelm II. ein, dass die meisten Deutschen aber antibritisch eingestellt wären und verletzte das britische Ehrgefühl, indem er meinte, dass das Vorgehen der Engländer im Burenkrieg doch in merkwürdiger Weise einem Feldzugsplan geähnelt hätte, den er im Dezember 1899 ausgearbeitet und seiner von Sorgen gequälten Großmutter, der inzwischen verstorbenen Queen, übersandt habe.

⁸⁸ Ob der Reichskanzler das Interview des Kaisers gegengelesen hat oder nicht, ist bis heute nicht mit allerletzter Sicherheit geklärt. Jedoch ist Peter Winzen mittlerweile zu der „nahezu hundertprozentig abgesicherten Annahme“ gelangt, dass Bülow, anders als er es später vor dem Bundesrat, Reichstag, dem preußischen Staatsministerium und in der Öffentlichkeit behauptete, das Manuskript des Artikels doch gelesen hatte. Vgl. P. Winzen, *Kaiserreich am Abgrund*, 2002. Zur umfangreichen Literatur über die Affäre vgl. vor allem: Th. Eschenburg, *Scheideweg*, 1929; V. Ullrich, *Als der Thron ins Wanken kam*, 1993, S. 39 ff.; W. J. Mommsen, *War der Kaiser an allem Schuld?*, 2002, S. 142 ff.

⁸⁹ Wörtlich hieß es: „Wir sehen mit Sorge, dass Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers, gewiss stets von edlen Motiven ausgehend, nicht selten dazu beigetragen haben, teilweise durch missverständliche Auslegung unsere auswärtige Politik in schwere Lage zu bringen. Wir halten, geleitet von dem Bestreben, das Kaiserliche Ansehen vor einer Kritik und Diskussion, die ihm nicht zuträglich ist, zu bewahren, sowie von der Pflicht beseelt, das Deutsche Reich und Volk vor Verwicklungen und Nachteilen zu schützen, uns zu dem ehrfurchtsvollen Ausdruck des Wunsches verbunden, dass in solchen Äußerungen zukünftig eine größere Zurückhaltung beobachtet werden möge.“ Erklärung des Vorstandes der DkP vom 5. November 1908, in: *BArch*, R 43/810, Bl. 250; veröffentlicht in der *Kons. Korr.*, Nr. 180, 6. November 1908. Dass die Erklärung der Deutschkonservativen ursächlich für Bülows Gesinnungswechsel war, behauptet von Sydow, in: „Fürst Bülow und die Reichsfinanzreform 1908/09“, in: F. Thimme, *Front wider Bülow*, 1931, S. 119 f. Tatsache ist, dass die Kundgebung des Elfer-Ausschusses auf große Resonanz in Regierungskreisen stieß. Vgl. K. von Westarp I, S. 42.

⁹⁰ *SBR*, Bd. 233, 10. November 1908, S. 5374 ff. und 11. November 1908, S. 5419 ff. Vgl. auch: Th. Eschenburg, *Scheideweg*, 1929, S. 143 ff.

Die Deutschkonservativen meinten es mit ihrer deutlichen Kritik am Verhalten des Monarchen ernst. Auch sie empfanden die Daily-Telegraph-Affäre als Ausdruck einer Staatskrise, wollten es aber gleichzeitig verhindern, dass der Reichstag die Angelegenheit zu demokratischen Forderungen ausnutzen könnte.⁹¹ Daher beschränkte sich die Partei im Reichstag auf eine Interpellation, in der der Reichskanzler nach den näheren Umständen gefragt wurde, die zur Veröffentlichung des Interviews geführt hätten, und vermied jetzt eine offene Kritik am Kaiser, sondern erklärte, der Kanzler trage die Verantwortung für die Veröffentlichung.

Dass die Anfrage im Reichstag jedoch nur rhetorischer Art war, zeigte sich, da die Deutschkonservativen auch in der Folgezeit nicht die Partei des Kaisers ergriffen, der sich deshalb auch ohne Erfolg darum bemühte, sie zu einer Zurücknahme ihrer Erklärung zu bewegen.⁹² Vielmehr stützte die DkP jenseits der Parlamente den angeschlagenen Reichskanzler⁹³, weil man der Überzeugung war, dass es sich bei dem Interview um keinen Einzelfall, sondern um eine ständige Übung handelte. Zudem erschien den Deutschkonservativen Bülow zu diesem Zeitpunkt „als der einzige Mann, der einen gewissen Einfluss auf den Kaiser ausüben kann.“⁹⁴

Lediglich Oldenburg-Januschau stellte sich in der großen Reichstagsdebatte des 11. November 1908 entschieden hinter den Monarchen⁹⁵ und wurde dafür in der eigenen Partei teilweise kritisiert, weil die Gefahr vorlag, „dass der Kaiser sich auf Oldenburgs Worte Bülow gegenüber beruft und ihm sagt, dass es im Grunde ganz egal sei, was der Reichstag sage.“⁹⁶

Die Deutschkonservativen und der Reichskanzler behandelten den Kaiser somit grundsätzlich gleichartig, wenn sie ihn möglichst von der Ausübung seiner Prärogativrechte ausschließen wollten. Sie verstanden Bülows Vorgehensweise, da es bei der bestehenden Verfassungsstruktur des Reiches und der Person des Kaisers unmöglich sei,

„[...] dass der Kanzler oder einer der Staatssekretäre und Minister sich gegen das persönliche Regiment des Kaisers auflehnten, da ein solcher Versuch ‚das Ende des Amtes des Betreffenden bedeuten würde‘; nur der Reichstag könne das tun und die Möglichkeiten, die sich aus den Debatten des Reichstags ergaben, habe Bülow genutzt, was ‚nicht nur sein gutes Recht, sondern auch seine Pflicht‘ gewesen sei.“⁹⁷

⁹¹ So hieß es zwar in der Einleitung der Erklärung des Elfer-Ausschusses: „Die letzten mit den Veröffentlichungen der englischen Presse verbundenen Ereignisse zeigen, dass der Dienst des Auswärtigen Amtes nicht überall ausreichend organisiert ist. Trotz der vom Reichskanzler formell übernommenen Vertretung müssen Vorkehrungen getroffen werden, welche die Wiederkehr solcher Missstände mit Sicherheit verhindern.“ Gleichzeitig wies man aber darauf hin, dass die Affäre nicht zu einer Machtfrage zwischen Krone und Parlament werden dürfte und dass man nicht als Parlamentarier, sondern als Führer einer „monarchisch gesinnten Volkspartei“ den Wünschen des Volkes Ausdruck geben wolle. Kons. Korr., Nr. 180, 6. November 1908.

⁹² Verhandlungen zwischen der DkP-Führung und dem Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts von Valentini scheiterten im März 1909 ergebnislos. Vgl. auch: E. von Heydebrand, Beiträge, 1920, S. 574 und K. von Westarp I, S. 41 ff.

⁹³ So wurde in der „Konservativen Korrespondenz“ gefordert, der Kanzler solle in die Tat umsetzen, was geschehen müsse. Kons. Korr., Nr. 184, 12. November 1908.

⁹⁴ Brief Roesickes an Wangenheim vom 14. November 1908. Laut Roesicke hätten von Normann und von Heydebrand dieser Aussage ebenso zugestimmt wie der Feststellung, dass der Kaiser sich um einen anderen Kanzler „noch weniger kümmern“ würde. BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 102 f. Vgl. auch K. von Westarp I, S. 48 f.

⁹⁵ Vgl. SBR, Bd. 233, 11. November 1908, S. 5436 f. Dem knorrigen Landedelmann aus Westpreußen erschien Bülows Wesen schon lange unsympathisch und unpreußisch. Er konnte nicht verstehen, dass der erste Beamte seinen Herrn nicht verteidigte und war sich sicher, dass Bülow ein Schauspieler war, der ein falsches Spiel trieb, das Manuskript gelesen und den Kaiser absichtlich habe hereinfallen lassen, um nach der Erregung der Massen, von diesem Zusicherungen zu erhalten, die es ihm ermöglichten, Zeit seines Lebens im Amte zu bleiben. E. von Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, S. 90.

⁹⁶ Brief Roesickes an Wangenheim vom 14. November 1908. BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 102 f. Immerhin hatte Oldenburg mit seinem Auftreten eine gemeinsame Adresse aller Parteien an Wilhelm II. verhindern können.

⁹⁷ Ebenda.

Diese verfassungspolitischen Überlegungen Roesickes spiegeln die in der DkP verbreitete Sorge um die Verfassungsstruktur des Reiches wider, dass Bülow die Daily-Telegraph-Affäre, völlig abgesehen von der Frage seiner persönlichen Schuld, in der für das Reich einzig adäquaten Form zu lösen gesucht hatte.⁹⁸ *Als der Reichskanzler jedoch bereit war, einen Weg zu gehen, der – tatsächlich verwirklicht – eine Verbreiterung der sozialen Basis des deutschen Regierungssystems durch die volle Integrierung der politischen Kräfte des Bürgertums bedeutet hätte, zeigten sich die Konservativen entschlossen, Bülow fallen zu lassen, indem sie sich wieder als Vorkämpfer kaiserlicher Rechte aufspielten.*

Die Daily-Telegraph-Affäre wurde also von den meisten Deutschkonservativen durchaus als Ausdruck einer politischen Krise des Systems verstanden⁹⁹, dann aber zum Kampfmittel gegen Bülow umfunktioniert. Auch wenn sie sich nach ihrer anfänglichen, teilweise vehementen Kritik, damit wieder hinter den Monarchen stellten, hatten die Deutschkonservativen dessen Vertrauen unwiederbringlich verspielt: Wilhelm II. war so verbittert, dass er den Konservativen bis ans Ende seiner Regierungszeit nicht mehr traute.¹⁰⁰ Weitaus bedeutsamer als diese persönlichen Folgeerscheinungen erwiesen jedoch die allgemeinen Auswirkungen des Verhaltens der Deutschkonservativen Partei in der Daily-Telegraph-Affäre: Denn wenn sogar von einer monarchisch gesinnten Partei solche deutlichen Worte zu vernehmen waren, wie sie sich vor allem in der Erklärung des Elfer-Ausschusses fanden, dann bewies das doch umso deutlicher, dass die monarchische Idee hier ihren Glanz verloren hatte. Der Kaiser jedenfalls zog sich in der Folgezeit langsam aus seiner öffentlichen Stellung und seinem Einfluss auf die Gesetzgebung zurück.¹⁰¹ Seine Kanzler, die sich einem zunehmend entschlossenerem und mächtiger werdenden Reichstag gegenübersehen, konnten

⁹⁸ Die Bedenken der Konservativen waren jedoch keineswegs neu, denn schon Anfang 1903 war der Führer der Reichstagsfraktion, von Normann, zusammen mit Bassermann (NLP), Graf Hompesch (Z) und von Kardorff (RFKP) mit einer Denkschrift bei Bülow vorstellig geworden, in der festgestellt worden war, dass der Kaiser 'durch seine Überhebung wie durch seine Entgleisungen Ansehen und Zukunft der Monarchie untergrabe.' Wilhelm II. wurde gebeten, "weniger aus seiner Stellung hervorzutreten, welche die Reichsverfassung für den Deutschen Kaiser geschaffen und aus guten Gründen mit dem besonderen, in der alleinigen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegebenen Schutz umwehrt hat." Vgl. K. von Westarp I, S. 40. Westarp zitiert hier die Denkschrift vom 30. Januar 1903 aus dem verloren gegangenen Nachlass von Normanns. Bülow, der in seinen "Denkwürdigkeiten I", 1930/31, S. 600 f., irrtümlich den Grafen Limburg-Stirum anstelle von Normanns als Mitunterzeichner benennt, hatte die Weiterleitung des Schreibens an den Kaiser jedoch abgelehnt.

⁹⁹ Konsequenzen für die Verfassung forderte die DkP nicht, im Unterschied zur SPD und zu den Liberalen, die konstitutionelle Garantien anstrebten. Vgl. z. B. Mitteilungen, Nr. 4, Mai 1909, S. 52 ff. Möglicherweise hatten einige Konservative mit ihrem Verhalten auch gehofft, sich einen gefügigen Monarchen zu schaffen, der sein System der Selbstregierung auf sie stützen würde. Belege dafür finden sich in den Quellen jedoch nicht.

¹⁰⁰ In ihren späteren Veröffentlichungen zur Daily-Telegraph-Affäre haben die Konservativen alles versucht, um zu verleugnen, dass die Partei das "persönliche Regiment" Wilhelms II. erschüttert habe. Ebenso bestritten sie, dass ihre Rolle bei Bülows Sturz das ausschließliche Recht des Kaisers unterminiert habe, seine Minister nach eigenem Gutdünken zu ernennen und zu entlassen. Der Kaiser hingegen beschwerte sich noch im Ersten Weltkrieg in einer 50-minütigen Ansprache gegenüber dem deutschkonservativen Abgeordnetenhausmitglied von Kessel, "er hätte immer die Erfahrung gemacht, dass die konservative Partei ihm Schwierigkeiten bereiten wolle, so beim Dombau, den er gegen das Abgeordnetenhaus nur durch einen Appell an das Zentrum durchgesetzt habe, bei der Kanalvorlage und im Jahre 1908 [...]; es sei im Allgemeinen üblich, dass man Jemandem Satisfaktion gebe, wenn man ihm Unrecht getan habe, die konservative Partei halte ihm dies gegenüber nicht für nötig." BArch, NL Westarp 12, Bl. 119 ff. Brief Schroeters an Westarp vom 7. Juli 1916. Es gab auch einen Generaladjutanten von Kessel, die Äußerungen Wilhelms II. wurden aber gegenüber dem DkP-Mitglied gemacht. Vgl. auch K. von Westarp, *Konservative Partei und die Regierung des Prinzen Max von Baden*, 21928.

¹⁰¹ V. Ullrich hat die Daily-Telegraph-Affäre daher zurecht als "das erste Beben" unter dem Kaiserthron bezeichnet, in Anlehnung an eine Äußerung des österreichischen Außenministers Graf Czernin: "Ich hatte das Gefühl, in Wilhelm II. einen Menschen zu sehen, der mit vor Entsetzen geweiteten Augen zum ersten Mal in seinem Leben die Welt so sieht, wie sie wirklich ist. Er sah am Horizont die brutale Wirklichkeit aufsteigen, die ihm wie eine hässliche Fratze erschien. Vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben fühlte er ein leichtes Beben unter den Füßen seines Thrones." Zit. nach: V. Ullrich, *Als der Thron ins Wanken kam*, 1993, S. 39. Vgl. auch: A. König, *Wie mächtig war der Kaiser?*, 2009.

sich diesen Luxus nicht erlauben. Einen Großteil der Verantwortung für diese Entwicklung trug die Deutschkonservative Partei, die durch ihr Verhalten in der Daily-Telegraph-Affäre und bei der Reichsfinanzreform gerade jene Tendenzen beschleunigt hatte, die sie am meisten fürchtete: einen Machtzuwachs des Reichstags¹⁰² und eine Verminderung der Autorität des Monarchen, dessen Zorn die Deutschkonservativen, anders als noch bei der Ablehnung des Mittellandkanalprojekts, nicht mehr zu fürchten brauchten, als sie nur wenige Monate nach der Affäre ihre Zustimmung zur Reichsfinanzreform verweigerten und den Block auseinander brechen ließen.

4. Ein neuer Reichskanzler, doch die Probleme bleiben: Bethmann Hollweg, das preußische Wahlrecht und die Vertiefung des konservativ-liberalen Gegensatzes

Mit Bernhard von Bülow war nach Leo von Caprivi der zweite Reichskanzler unter wesentlicher Mitwirkung der Deutschkonservativen gestürzt worden. Verbittert wurde die Partei von allen Seiten angegriffen, weil sie lieber eine von ihr mitgetragene Regierung fallen gelassen hatte, als dass sie sich zu den geringsten Konzessionen bereit zeigte. Unter diesen Vorzeichen bemühte sich die DkP vergeblich, die ausschließliche Konzentration des öffentlichen Interesses auf ihr Vorgehen durch den Hinweis auf die Fehler der übrigen Blockparteien abzuwehren.¹⁰³ Die polarisierte Stimmung blieb so auch über das Ende der Blockzeit erhalten und führte einerseits dazu, dass die Deutschkonservative Partei eine beachtliche innere Geschlossenheit zeigte und dass sich andererseits die Kräfte vereinigten, die es ablehnten, dass sich bei der Reichsfinanzreform jene Parlamentarier innerhalb der DkP durchgesetzt hatten, die gegenüber den Nationalliberalen zu keinerlei Konzessionen bereit waren und die sich allein an den Interessen des Großgrundbesitzes orientierten, unter Vernachlässigung der Anliegen der Siedler und Kleinbauern: Nach der Gründung des eng an die NLP angelehnten Hansa-Bundes schlossen sich daher noch im selben Jahr vor allem solche Bauern im Deutschen Bauernbund zusammen, die ihre Interessen durch die deutschkonservative Politik nicht mehr gewahrt sahen.¹⁰⁴

Auch innerhalb des Reichstags kam es zu einer Polarisierung der Kräfte, und der „reaktionär-klerikalen Koalition“ stand nun eine Gruppierung gegenüber, die von Bebel (SPD) bis Bassermann (NLP) reichte. Natürlich waren diese beiden Blöcke keineswegs in sich

¹⁰² Vgl. dazu auch P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 303 f., der hier überzeugend ausführt, dass die Alternative am Ende des Bülow-Blocks nicht konstitutionelle Monarchie oder parlamentarisches Regierungssystem geheißen habe, sondern dass die entscheidende Frage lautete, ob die Konservativen „Einsicht zeigen und freiwillig auf einen Teil ihrer Vorrechte zugunsten des Bürgertums verzichten und damit erst den Weg frei machen [würden] für die Verwirklichung des konstitutionellen Systems.“ Dass bei der Reichsfinanzreform das Parlament über die Regierung gesiegt hatte, wurde deutlich, da die sachlichen Fragen nach dem Ausscheiden Bülows schnell geklärt werden konnten, wobei die Initiative eben von der DkP und vom Zentrum ausging, die einen Vorschlag ausgearbeitet hatten, den die neue Regierung Bethmann Hollweg akzeptierte.

¹⁰³ Vgl. z. B. die offizielle Stellungnahme in der Kons. Korr., Nr. 138, 17. Juli 1909; Rede Heydebrands, in: SBR, Bd. 237, 10. Juli 1909, S. 9325 f.; E. von Heydebrand, Beiträge, 1920, S. 573. Übereinstimmend wird darin ausgeführt, dass die Aufrechterhaltung des Blocks von der DkP die unvermeidbare Aufgabe politischer Überzeugungen gefordert hätte. Dass durch die Fokussierung der Öffentlichkeit auf das Verhalten der DkP der Anteil der anderen Blockparteien oder des Zentrums für das Ende Bülows in den Hintergrund geriet, darauf verweisen u. a.: Th. von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege I, 1919, S. 16 f. und Th. Eschenburg, Scheideweg, 1929, S. 234 ff.

¹⁰⁴ Dies traf vor allem auf die Neuansiedler aus den preußischen Ostprovinzen, insbesondere Posen, zu. Der Deutsche Bauernbund verstand sich auch als Gegenorganisation zum BdL, dem man im Gründungsaufwurf vorwarf, bei der Reichsfinanzreform lediglich großagrarische Interessen vertreten und sich damit der DkP unterworfen zu haben: „Es widerspricht den Grundsätzen der parteipolitischen Neutralität, die jede reine Berufsorganisation zu vertreten hat, wenn der Bund [der Landwirte] sich ausschließlich in den Dienst der Deutsch-Konservativen Partei zu stellen versucht.“ Gründungsaufwurf des Deutschen Bauernbundes, zit nach L. Müffelmann, Verbände, 1912, S. 87. Zum Deutschen Bauernbund vgl. vor allem H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 144-146; C. Nonn, Verbraucherprotest, 1996, S. 188-192 und 197-199.

geschlossen; lediglich die drei linksliberalen Gruppierungen vereinigten sich aufgrund ihrer gemeinsamen Forderung nach einer stärkeren Demokratisierung der Reichsverfassung im März 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei. Dennoch wurden gerade in der Anfangsphase des „schwarz-blauen Blocks“ eventuelle Unstimmigkeiten durch die zunächst bestehenden Fronten und den kämpferischen Elan überdeckt.¹⁰⁵

Angesichts der Unversöhnlichkeit der beiden Blöcke bezeichnete es der neue Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg als sein Ziel, „den Konservativen bei der Wiederausgleichung der von ihnen gemachten Fehler und bei der Wahrung ihrer Selbstständigkeit gegenüber den anderen Parteien zu helfen, einen möglichst großen Teil der Liberalen an positiver Mitarbeit zu halten und dem Zentrum [die] weitere Beteiligung an den politischen Geschäften zu erleichtern.“¹⁰⁶ Mit dieser „Politik der Diagonalen“¹⁰⁷ strebte Bethmann Hollweg letztlich eine Rückkehr zu den Verhältnissen an, wie sie in den ersten sechs Jahren der Kanzlerschaft Bülow's bestanden hatten: Anstelle zweier erratischer Blöcke sollte die alte Zolltarifmehrheit treten, in der wieder alle bürgerlichen Parteien, d. h. möglichst auch die Linksliberalen, zu „positiver“ Arbeit herangezogen wurden. Allein auf diese Weise glaubte der neue Kanzler „über den Parteien“ regieren zu können.

Obwohl damit auch weiterhin der bestimmende Einfluss der DkP gewährleistet blieb, lehnten die Deutschkonservativen Bethmann Hollweg von Beginn an ab.¹⁰⁸ Sie hatten nicht vergessen, dass der einstige Landrat aus Freienwalde a. O. von Bülow als Zugeständnis an den liberalen Partner im Block zum Innenminister ernannt worden war und dass er die deutschkonservative Ablehnung der Wahlrechtsreform und der Erbschaftssteuer als kurzfristig beurteilt hatte. Man monierte, dass sich Bethmann Hollweg nicht allein auf den schwarz-blauen Block stützen wollte und dass er den liberalen und demokratischen Strömungen zu sehr entgegenkäme. Hinzu kam der persönliche Gegensatz des Kanzlers zu Heydebrand, dem er „untraitable Herrschsucht“ vorwarf.¹⁰⁹

Trotz aller Divergenzen brauchte Bethmann Hollweg die DkP, um die anstehenden Gesetzesvorhaben im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus verwirklichen zu können. Im Reichstag stand dabei vor allem eine Reform des Rechtsstatus' des Reichslandes Elsass-Lothringen an, das bisher noch wie eine Kronkolonie des Reiches ohne nennenswerte Mitwirkung der Elsässer und Lothringer verwaltet wurde.¹¹⁰ Als brisanteste und zugleich wichtigste Aufgabe aus der Erbmasse der Regierung Bülow war aber die Frage der Reform des preußischen Wahlrechts zurückgeblieben: Obwohl die im Zuge der Industrialisierung zu

¹⁰⁵ Schon seit der Kanalvorlage und dem Flottengesetz hatten DkP und Zentrum immer wieder dann gut zusammengearbeitet, wenn es galt, liberale Bestrebungen zu unterbinden und Einfluss auf Staat, Kirche und Schule zu gewinnen. Im Bewusstsein ihres gemeinsamen christlichen Fundaments waren beide Seiten bereit, das Trennende zu vergessen. So hatte der bayrische Zentrumspolitiker Graf Hertling am 10. Juli 1909 im Reichstag unmittelbar nach den Ausführungen Heydebrands angekündigt: Wenn die große Liberale Partei entstehen sollte, dann werde bei der großen Konservativen Partei, die dann auch kommen müsste, das Zentrum zur Stelle sein. SBR, Bd. 237, 10. Juli 1909, S. 9343 ff.

¹⁰⁶ Vgl. P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 307, der Bethmann Hollweg hier aus der Staatsministerialsitzung vom 14. Juli 1909 zitiert.

¹⁰⁷ Dieser Ausdruck zur Kennzeichnung seines Regierungssystems wurde wahrscheinlich zuerst von Bethmann Hollweg selbst verwendet. Vgl. M. Rauh, Parlamentarisierung, 1973, S. 148 f.

¹⁰⁸ Vgl. z. B.: E. von Heydebrand, Bethmann Hollweg und seine Betrachtungen zum Weltkriege, in: KM, Februar 1922, S. 285-289. Der Behauptung H.-J. Puhles, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 270, die Agrarier hätten Bethmann „zunächst erwartungsvoll willkommen geheißen“, muss hier widersprochen werden.

¹⁰⁹ Schon als Bülow Heydebrand nach seiner Meinung zur Ernennung Bethmann Hollwegs zum preußischen Minister des Innern befragt hatte, erwiderte dieser kopfschüttelnd: „Zum preußischen Minister des Innern brauchen wir Willen und Entschlusskraft und nicht einen Mann, der aus Klugheit in lauter Erwägungen stecken bleibt.“ Vgl. Bilder aus der Vergangenheit, 1925, S. 341. Zum persönlichen Gegensatz des kleingewachsenen Heydebrand und des lang aufgeschossenen Bethmann Hollweg vgl. K. von Westarp I, S. 371 ff.

¹¹⁰ Zur elsass-lothringischen Verfassungsreform von 1911 vgl. Kap. 6. 1. Zudem musste die neue Reichsregierung dem Reichstag möglichst bald eine Reform der Sozialversicherung vorlegen, die auch die Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung einschließen sollte. Auf eine Behandlung dieser Thematik kann hier jedoch verzichtet werden.

verzeichnende zunehmende Differenzierung der Einkommensverhältnisse einerseits und die starken Bevölkerungsverschiebungen von Ost nach West andererseits zu einer immer stärkeren Plutokratisierung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen geführt hatten¹¹¹, hatte sich die DkP als einzige Partei auch noch in der Zeit des Bülow-Blocks rigoros einer jeglichen Wahlrechtsreform widersetzt. Gestützt auf die konservative Grundanschauung, welche das Wahlrecht nicht als ein subjektives Recht, sondern als eine staatliche Funktion auffasste und welche ganz allgemein das Maß der Rechte abhängig machte von der Abstufung der Leistungen, die man für den Staat in finanzieller Hinsicht erbrachte, erblickten die Deutschkonservativen in einer Wahlrechtsänderung den Anfang vom Ende ihrer Vorherrschaft im größten Bundesstaat und damit auch der agrarischen Politik im Reich.¹¹² Bereits 1906 hatte es eine sog. kleine Wahlrechtsreform gegeben, die eine Änderung der ganz großen Wahlkreise mit sich brachte – aber immer noch wählten nur 3,8 % der Wähler in der I. Klasse, 13,8 % in der II. und noch 82,4 % in der III. Klasse.¹¹³ Die geringfügigen Änderungen hatten deshalb auch niemanden zufrieden gestellt, sodass die Wahlrechtsfrage schon Anfang Januar 1907 durch drei Initiativanträge von NLP, Freisinn und Zentrum erneut auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gekommen war, noch bevor der Bülow-Block nach den Reichstagswahlen vom 25. Januar 1907 endgültig Gestalt angenommen hatte. Das Problem des Wahlrechts stand somit auch im Mittelpunkt der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus vom 3./16. Juni 1908, erst recht, nachdem Bülow im März des Jahres im Reichstag die „Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts“ anerkannt hatte.¹¹⁴ Der Wahlkampf des Frühjahres 1908 zeigte dann in kaum zu überbietender Deutlichkeit, dass an eine Ausweitung der Blockpolitik auf Preußen nicht zu denken war. Die Liberalen kündigten, selbst in rechtsnationalliberalen Wahlkreisen, ihre bisherige Koalition mit Deutsch- und Freikonservativen, wenn sich deren Kandidaten nicht wenigstens auf eine maßvolle Reform verpflichten wollten.¹¹⁵ Die DkP sah sich trotz der Differenzen in der Wahlrechtsfrage daher mehr denn je auf das Zentrum und den schwarz-blauen Block verwiesen, der bei dieser Wahl auf lokaler Ebene seinen größten Triumph seit den Zeiten des Kulturkampfes feiern konnte: Während die Nationalliberalen zwölf Mandate verloren, gewann die DkP sieben Plenumsitze hinzu. Damit besaßen die konservativen Kräfte nach

¹¹¹ In 2.214 von insgesamt ungefähr 29.000 Urwahlbezirken gab es in der I. Klasse der Wahlberechtigten nur einen Wähler und in 1.703 der Urwahlbezirke gab es in der I. Klasse nur zwei Wähler; selbst in der II. Wählerklasse traten zahlreiche Fälle auf, in denen nur ein oder zwei Urwähler vorhanden waren, sodass in zahlreichen Urwahlbezirken die Wahlmänner praktisch die Abgeordneten ernennen konnten. Dieses Phänomen trat überdies vor allem auf dem flachen Lande auf und kam daher vorwiegend der DkP zugute, die außerdem von der archaischen Wahlkreisbemessung begünstigt wurde. Vgl. W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 249.

¹¹² Dies wurde deutlich auf dem Delegiertentag der DkP im Dezember 1907, auf dem einstimmig eine widersprüchliche Resolution verabschiedet wurde, die neben der Zustimmung zur Blockpolitik eine deutliche Ablehnung der Änderung des preußischen Wahlrechts enthielt. Vgl. KZ, Nr. 581, 12. Dezember 1907 und Nr. 610, 31. Dezember 1907. Das Dreiklassenwahlrecht hatte bewirkt, dass die DkP seit 1880 die führende Stellung im preußischen Abgeordnetenhaus besaß. Da die konservative Fraktion im preußischen Herrenhaus sogar über eine Zweidrittelmehrheit verfügte, wurde der gesamte preußische Landtag von konservativen Kräften beherrscht – ihre besondere Bedeutung erhielt diese Position durch den Einfluss auf die Führung der Reichspolitik, den die verfassungsrechtliche Stellung Preußens im Reich dem preußischen Landtag ermöglichte. Zur Haltung der Deutschkonservativen in der Wahlrechtsfrage vgl.: Die preußische Wahlrechtsreform und die Konservative Partei, 1910; G. von Below, *Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland*, 1909; J. Unold, *Wahlrecht*, 1913.

¹¹³ Die Neueinteilung erfolgte aufgrund der Steuerreform von 1906. Zur Haltung der DkP vgl. E. von Heydebrand, *Beiträge*, 1920, S. 25.

¹¹⁴ Die Übernahme des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen lehnte er jedoch als unmöglich ab; diese wurde von der SPD und dem Freisinn gefordert, während sich die Nationalliberalen, wenn auch reichlich spät, wenigstens für die geheime und direkte Stimmabgabe aussprachen; auf freikonservativer Seite machte Zedlitz-Neukirch erst unmittelbar nach den Wahlen in der Presse den Vorschlag, das indirekte Wahlrecht abzuschaffen, die öffentliche Wahl aber beizubehalten. Vgl.: *Der Tag*, Nr. 261, 22. Juni 1908.

¹¹⁵ Vgl. dazu Th. Kühne, *Dreiklassenwahlrecht*, 1994, S. 521.

wie vor ein deutliches Übergewicht, und eine Mehrheit im Abgeordneten-, geschweige denn im Herrenhaus, für eine Änderung des Wahlrechts war erst einmal in weite Ferne gerückt.

Das Ergebnis der Wahlen bewies die insgesamt geringe Akzeptanz einer Wahlrechtsreform in der preußischen Agrargesellschaft. Dass die DkP trotz ihrer und gerade auch in diesem Wahlkampf dezidierten und offensiven Apologie des als doch so unbeliebt geltenden Dreiklassenwahlrechts zulegen konnte, musste als Ausdruck einer relativ breiten Zustimmung der Landbevölkerung zum bestehenden Wahlrecht verstanden werden – die nationalliberale Wahlreformforderung beunruhigte die größeren bäuerlichen Besitzer und manchem altgedienten nationalliberalen Abgeordneten kündigte ein Teil seiner bisherigen Wahlmänner der I. und II. Klasse die Gefolgschaft.¹¹⁶ Auch in den Städten konnte die DkP vor allem Handwerker und Kleinhändler für sich gewinnen, indem sie dort das Dreiklassenwahlrecht als den letzten Schutzwall gegen die endgültige Auslieferung der kleinen Selbstständigen an vermeintlich übersteigerte Versorgungswünsche der Massen hinstellte.¹¹⁷

Unter diesen Umständen kam es einer Selbsttäuschung der Regierung gleich, wenn Wilhelm II. in seiner Thronrede am 20. Oktober 1908 anlässlich der Eröffnung des preußischen Abgeordnetenhauses gleichwohl eine „organische Fortentwicklung“ des preußischen Wahlrechts in Aussicht stellte, „welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht.“¹¹⁸

Die Reaktion der deutschkonservativen Parteiführung auf die Thronrede war so schnell wie eindeutig, denn gleich im Anschluss an die Rede des Monarchen erklärte Heydebrand im Abgeordnetenhaus, dass man unter allen Umständen am bestehenden Wahlrecht festhalten wollte, und verweigerte jegliches Entgegenkommen seitens seiner Partei. Nur vier Tage später wurde eine parteioffizielle Erklärung veröffentlicht, die das Ansinnen der Deutschkonservativen noch deutlicher formulierte:

„Das preußische Wahlrecht ist ein Hort der besitzenden Arbeit, aufgebaut auf dem Maße der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen. Freilich, der Herrschaft der Massen ist es nicht günstig. Jedenfalls hat das preußische Abgeordnetenhaus sich in seinen positiven Leistungen zum Wohle des Staates und zur Vertretung des preußischen Volkes seit langer Zeit so völlig auf der Höhe seiner Aufgaben gezeigt, dass Änderungen in seiner Zusammensetzung diesen Erfolg nur gefährden, nicht aber fördern könnten.“¹¹⁹

Die Signalwirkung dieser Erklärungen für die Öffentlichkeit, aber auch für eigene, schwankende Parteimitglieder, war unverkennbar. Da sich die politische Situation nur wenige Tage später durch die heraufziehende Daily-Telegraph-Affäre weiter zuspitzte, überspannten die Deutschkonservativen den Bogen der Kritik an der Thronrede Wilhelms II. nicht noch weiter: Zu groß war außerdem die Angst vor einer Spaltung in einen royalistischen, gouvernementalen und einen antigouvernementalen Flügel¹²⁰ – gerade angesichts der bevorstehenden Reichsfinanzreform brauchte die Partei Einigkeit.

Die in der Thronrede gegebene Zusage einer Reform des preußischen Wahlrechts war nun auch für die neue Regierung Bethmann Hollweg bindend, obwohl der eigentliche Anlass für das Wahlreformversprechen, nämlich den Linksliberalen Konzessionen in der Reichsfinanzreform zu erleichtern, inzwischen hinfällig geworden war. Angesichts der durch

¹¹⁶ Ebenda, S. 522.

¹¹⁷ Vgl. z. B. KZ, Nr. 256, 2. Juni 1908: „Haltet fest, was ihr an dem Landtagswahlrecht noch an Schutz und Halt habt! Eine Verdrängung dieses Wahlrechts durch das allgemeine Reichstagswahlrecht ist die endgültige Herrschaft der Massen!“ Die DkP war im Wahlkampf vor allem auf dem Lande vom BdL wirksam unterstützt worden, z. B. durch die Herausgabe der Agitationsbroschüre „Vorwärts zu den Landtagswahlen 1908!“ Vgl. z. B. KZ, Nr. 92, 24. Februar 1908.

¹¹⁸ Die Thronrede war aber auch veranlasst worden, weil zum ersten Mal trotz Polizeiverbots Arbeiterdemonstrationen wegen des Dreiklassenwahlrechts stattgefunden hatten.

¹¹⁹ KZ, Nr. 502, 24. Oktober 1908. Vgl. auch Kons. Korr., Nr. 170, 24. Oktober 1908.

¹²⁰ Vgl. BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 87 f. Brief Roesickes an Wangenheim vom 2. November 1908.

die Reichsfinanzreform geschaffenen neuen Verhältnisse wollte Bethmann Hollweg die preußische Wahlrechtsvorlage nutzen, um mäßigend auf die Deutschkonservativen einzuwirken und sie langsam wieder an die Mittelparteien heranzuführen. Sein damit verbundenes Ziel einer Gouvernentalisierung der Deutschkonservativen Partei¹²¹ führte jedoch dazu, dass in der Regierung und Ministerialbürokratie die konservativen Kräfte endgültig die Oberhand gewannen und dass auch von Bethmann Hollwegs Reformplan vom Frühjahr 1907 nicht mehr viel übrig geblieben war. Um die DkP durch die Wahlrechtsvorlage nicht vor den Kopf zu stoßen und aus prinzipieller Furcht der Regierung vor jedem noch so kleinen Linksruck, setzte sich eine Linie durch, die der Unterstaatssekretär im Innenministerium, Holtz, schon am 14. August 1909 in einer Denkschrift vorgegeben hatte: 'Vorsicht und Einfachheit in der Gestaltung der Vorlage' und Beschränkung auf das 'durchaus Notwendige.'¹²²

Am Ende stand ein Wahlrechtsentwurf¹²³, der auf eine Verteidigung des Status quo hinauslief. Trotz der deutlich konservativen Tendenz der von Bethmann Hollweg am 10. Februar 1910 im Abgeordnetenhaus eingebrachten Regierungsvorlage glaubte der Kanzler eine Diagonale der verschiedenen Parteiinteressen gefunden zu haben: Anstelle des bisherigen zweistufigen Verfahrens der Wahl von Urwählern, die dann ihrerseits die Abgeordneten zu wählen hatten, sollte jetzt die direkte Wahl der Abgeordneten treten, was gleichermaßen im Interesse von Nationalliberalen und Zentrum lag. Außerdem waren im Sinne der Nationalliberalen eine Neufestsetzung der Stimmbezirke und ihre Erweiterung von bisher 1.750 auf maximal 3.500 Wähler geplant, zuzüglich einer Beseitigung der sehr kleinen Stimmbezirke. Gleichzeitig wurde in Aussicht gestellt, die Summe der Steuerleistung, welche für die Festlegung der Klasseneinstufung des betreffenden Wählers ja maßgeblich war, auf maximal 5.000 Mark zu begrenzen, unter Vernachlässigung aller darüber hinausgehenden Steuerzahlungen. Mit dieser Maßregel sollte den größten plutokratischen Auswüchsen des Dreiklassenwahlrechts ein Ende gesetzt und die Zahl der Urwähler in der I. Klasse erhöht werden, wodurch die Regierung hoffte, die Zustimmung des Zentrums zu gewinnen. Insgesamt hätte die Wahlrechtsvorlage jedoch nur eine bloß kosmetische Änderung des plutokratischen Charakters des Wahlrechts zum Ergebnis gehabt: Statt 3,8 hätten jetzt 7 % der Wähler in der I. Klasse und statt 13,8 17 % in der II. Klasse gewählt; die Wählerzahl in der III. Klasse wäre gerade einmal von 82,4 auf 76 % gesunken.¹²⁴

Mit einer solchen Novelle konnte die DkP mehr als nur zufrieden sein, denn von keiner Neuerung ging eine wirklich größere Gefahr für den Mandatsbestand der Partei aus. Die öffentliche Stimmabgabe sollte beibehalten werden, und lediglich die direkte Wahl drohte den maßgeblichen Einfluss der Deutschkonservativen in den ländlichen Gebieten Preußens geringfügig zu gefährden. *Zwar hätte die direkte Wahl die endgültige Ausdehnung der modernen Massenagitation auf das Land zur Folge gehabt, doch die Partei wäre mittlerweile imstande gewesen, den dadurch entstehenden erhöhten Agitationsaufwand zu leisten.* Trotzdem lehnte die DkP, wie auch die anderen Parteien, die Vorschläge der Staatsregierung zunächst einmal ab: Zentrum und Nationalliberale strebten neben der direkten auch die

¹²¹ Vgl. Th. von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege I, 1919, S. 15 ff.; H.-G. Zmarzlik, Bethmann Hollweg, 1957, S. 43 ff.; K. Jarausch, The Enigmatic Chancellor, 1973, S. 69 ff.; G. Wollstein, Bethmann Hollweg, 1995, S. 47 ff.

¹²² Denkschrift von Holtz vom 14. August 1909, zit. nach Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 530. Zu den langen und kontroversen regierungsinternen Diskussionen vgl. ebenda, S. 529-536.

¹²³ "Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Vorschriften über die Wahl zum Hause der Abgeordneten" vom 4. Februar 1910, Anl. AH 21/3 III 2041-56 (DS 10).

¹²⁴ Die Regierungsvorlage enthielt zudem Vorschläge, die auf die Einführung von Elementen des Pluralwahlrechts hinausliefen, wie es die Nationalliberalen als Alternative zum Dreiklassenwahlrecht gefordert hatten: Danach sollte die Partizipation der sog. "Kulturträger", wie z. B. der Akademiker, Beamten und Offiziere, am politischen Leben entsprechend ihrem Bildungsstatus und ihrer gesellschaftlichen Stellung gewichtet werden. Dadurch wären diese z. T. in eine höhere Wählerklasse aufgerückt. Vgl. W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 372 f. und Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 536 f.

geheime Wahl an, während die DkP und die Mehrheit der RFKP grundsätzlich für die Beibehaltung sowohl der öffentlichen als auch der indirekten Wahl eintraten. Das war aber zunächst nichts weiter als die übliche taktische Rhetorik. Die Entscheidung über das weitere Schicksal der Vorlage musste jetzt in der Wahlrechtskommission fallen, die entsprechend der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gebildet wurde aus neun DkP- und sechs Zentrumsabgeordneten, jeweils vier freikonservativen und nationalliberalen Vertretern sowie drei Abgeordneten des Freisinns und jeweils einem Sozialdemokraten bzw. Polen.¹²⁵

In der Kommission zeigte sich die DkP dann auch ansatzweise zu Kompromissen bereit: Eine völlige Verweigerungshaltung konnte und wollte die Partei nicht einnehmen, vor allem angesichts der Gewissheit, kaum jemals wieder so gut wegzukommen wie jetzt.¹²⁶ Von den vier Eckpfeilern des preußischen Wahlrechts – Wahlkreiseinteilung, Klassensystem, indirekter Wahlmodus und öffentliche Stimmabgabe – erschien dabei den meisten Deutschkonservativen die Aufgabe der öffentlichen Stimmabgabe noch als das geringste Übel.¹²⁷ Nach einem Antrag der DkP auf Wiederherstellung der indirekten Wahl brachte die Partei zusammen mit dem Zentrum am dritten Sitzungstag der Kommission am 23. Februar einen Kompromissvorschlag ein, in dem vorgesehen war, die geheime Stimmabgabe bei den Urwahlen mit dem indirekten Wahlverfahren zu verknüpfen. Diese Variante schien den Deutschkonservativen noch am ehesten tragbar zu sein, *da für die Sicherung ihres ländlichen Mandatsbestandes nicht die geheime, sondern die indirekte Wahl entscheidend war*, weil diese in erster Linie das traditionelle ökonomische Wahlbewusstsein auf dem Lande konservieren und dem Zugriff des politischen Massenmarktes entziehen konnte. Zudem war bei den Wahlen im Juni 1908 deutlich geworden, dass die durch die öffentliche Wahl mögliche Einschüchterung der Wähler auf dem Lande seitens der DkP mittlerweile durch die Einschüchterung der Ladenbesitzer, Handwerker und anderen nicht-sozialdemokratischen Wähler in den Städten des Westens durch die SPD mehr als nur ausgeglichen werden konnte. Obwohl der schwarz-blaue Vorschlag in der Sache konsensfähig gewesen wäre – mit der Verknüpfung von geheimer und indirekter Wahl war die Hauptforderung aller Parteien links der Freikonservativen erfüllt worden und gleichzeitig der Widerstand der DkP umgangen –, kam es zu einer erneuten Emotionalisierung des politischen Klimas und zu einer Frontstellung gegen die „konservativ-klerikale Koalition“: Auch mit Rücksicht auf den nach den nächsten Reichstagswahlen zu erwartenden Linksblock vertrauten linke National- und Linksliberale sowie Sozialdemokraten darauf, dass mit dem Scheitern einer halbherzigen Reform kein Verlust zu beklagen sei und dass vielmehr in kürzester Zeit eine neue und größere Reform bevorstehe, die das Ende der agrar-konservativen Vorherrschaft über Preußen und damit über Deutschland einläuten werde.¹²⁸

So endeten die Kommissionsberatungen am 3. März mit der Annahme des schwarz-blauen Kompromisses durch die denkbar knappe Mehrheit von 15 deutschkonservativen und Zentrumsstimmen gegen die 13 Stimmen der übrigen Parteien. Mit der Aufgabe der öffentlichen Wahl hatte die DkP jedoch eines der ältesten konservativen Dogmen preisgegeben, denn die geheime Wahl stand im diametralen Widerspruch zur patriarchalischen Mentalität der ländlichen Aristokratie. Das Zugeständnis der geheimen Wahl bei der Urwahl – die Wahl des Abgeordneten durch die Wahlmänner sollte öffentlich bleiben – löste daher auch innerhalb der Partei und Fraktion ernste Bedenken und Schwierigkeiten aus. Um diese Konzession vor allem ihrem junkerlichen Anhang gegenüber als unvermeidliches Opfer an die Majorität des Abgeordnetenhauses zu verkaufen, brachte die DkP in der Spezialdebatte des Plenums jetzt tatsächlich einen Antrag auf Wiederherstellung

¹²⁵ Ebenda, S. 545, Anm. 5.

¹²⁶ Diese deutschkonservative Einschätzung wurde von der Regierung geteilt. Ebenda, S. 549, Anm. 21.

¹²⁷ Vgl. auch die in der Hauptsache von Ernst Frhr. von Richthofen-Mertschütz verfasste Denkschrift: Die preußische Wahlrechtsreform und die Konservative Partei, 1910, S. 31 ff. Richthofen-Mertschütz war einer der engsten Mitarbeiter und persönlichen Freunde Heydebrands. K. von Westarp I, S. 98.

¹²⁸ Vgl. Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 550.

der öffentlichen Wahl ein. Als die Nationalliberalen jedoch der Abstimmung über den Antrag fernblieben, was dessen Annahme und damit das Scheitern des klerikal-konservativen Kompromisses bedeutet hätte, blieb den Deutschkonservativen nichts weiter übrig, als ihrem eigenen Antrag die Unterstützung zu versagen und Stimmenthaltung zu üben.¹²⁹

Die Nationalliberalen hatten die Deutschkonservativen damit in aller Öffentlichkeit blamiert. Das hatte zur Folge, dass die Fronten zwischen den ehemaligen Kartellparteien wieder vollkommen erstarrten: Alle Kompromissanträge der Nationalliberalen wurden abgelehnt, hingegen der Entwurf der Kommission mit nur wenigen Änderungen am 16. März und – in der bei Verfassungsänderungen obligatorischen zweiten Abstimmung am 12. April – nur mit den Stimmen von DkP und Zentrum angenommen.¹³⁰ Die vorgenommenen Korrekturen aber lagen nun sämtlich im Interesse der Deutschkonservativen und des Zentrums: Die vollständige Streichung der Kulturträgerprivilegien wurde rückgängig gemacht, ausschließlich zugunsten der Abiturienten, denen das automatische Aufrücken von der III. in die II. Klasse zugebilligt wurde –; die ursprünglich nationalliberale Forderung nach wahlrechtlicher Bevorzugung der Bildung war damit völlig entstellt worden. Selbst die Freikonservativen stieß man vor den Kopf: Zwar wurde auf deren Antrag der anzurechnende Höchststeuersatz in den Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern wieder auf 10.000 Mark angehoben, was den Freikonservativen aber zu wenig war, weshalb nur 3 ihrer 55 anwesenden Abgeordneten der Vorlage zustimmten. Zudem konzedierte das Zentrum der DkP nun wieder die fakultative Terminwahl für die ländlichen Wahlbezirke, obwohl die Kommission die obligatorische Fristwahl zur Sicherung des Wahlgeheimnisses beschlossen hatte.¹³¹

Die solcherart veränderte Vorlage stellte den Regierungsentwurf auf den Kopf, denn der Versuch, eine Annäherung der ehemaligen Kartellparteien im Sinne der Einigung der staaterhaltenden Kräfte zu erreichen, war in sein Gegenteil verkehrt worden. Vielmehr hatte sich der in der Reichsfinanzreform deutlich gewordene Riss zwischen DkP und Zentrum auf der einen sowie Nationalliberalen und Freikonservativen auf der anderen Seite jetzt noch weiter vertieft. Die Gründe dafür waren vor allem struktureller Art: Die Auseinandersetzung zwischen Agrar- und Industriegesellschaft wurde in erster Linie sichtbar als Konflikt zwischen Deutschkonservativen und Nationalliberalen, die sich jeweils als deren politischer Anwalt sahen; das Zentrum zeigte sich dabei eher agrarisch orientiert, während die Freikonservativen zwischen den Fronten lavierten und sich in der Reichsfinanzreform mehrheitlich auf die agrarische, in der Wahlrechtsreform dagegen auf die industrielle Seite stellten. In diesem Ringen zwischen Industrie- und Agrargesellschaft in den Jahren 1909/10 hatten sich die alten Kartellparteien schon zu weit voneinander entfernt, als dass sie in tief in diesen Konflikt hineinreichenden Kernfragen, wie der Finanz- oder Wahlrechtsreform, noch kompromissfähig gewesen wären.

Diese grundsätzlichen Differenzen wurden seit 1903 zudem von wahlpolitischen Auseinandersetzungen begleitet, da die DkP begonnen hatte, in traditionelle ländliche Wahlgebiete der Nationalliberalen im Westen vorzudringen, vor allem in Hannover und später in Westfalen und Baden, um das agrar-protestantische Milieu ganz zu beherrschen.¹³² Doch auch wenn die nationalliberale Gegenoffensive von einigem Erfolg gekrönt war¹³³,

¹²⁹ Der DkP-Antrag wurde mit 125 gegen 62 Stimmen abgelehnt; 56 Nationalliberale fehlten unentschuldig, ebenso 30 Deutschkonservative; 89 DkP-Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Vgl. SBAh, Bd. 3, 1910, S. 3067 ff.; ferner: K. von Westarp I, S. 102 f.

¹³⁰ 238 Abgeordnete stimmten für und 168 gegen die Vorlage. Dabei widersetzten sich 6 Deutschkonservative der Fraktionslinie. Die Liste der namentlichen Abstimmung findet sich in: SBAh, Bd. 3, 1910, S. 3421 ff.

¹³¹ Vgl. Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 553 f.

¹³² Vgl. dazu insbesondere Kapitel 6. 2 a.

¹³³ Die Nationalliberalen hatten auf den "konservativen Ritt in den Westen" mit einem Vorstoß in herkömmlich deutschkonservativen Wahlkreisen östlich der Elbe geantwortet. Dabei konzentrierten sie sich unter hohem finanziellen Aufwand auf einzelne Wahlkreise, hauptsächlich in Ostpreußen, wo es ihnen 1907 gelang, den Wahlkreis Memel-Heydekrug im ersten Anlauf zu nehmen. Noch spektakulärer fiel der zweite nationalliberale

hatten im Ringen des östlich-agrarischen mit dem westlich-industriellen Deutschland in der Wahlrechtsfrage erneut die beharrenden Kräfte obsiegt. Das lag auch daran, dass in der Nationalliberalen Partei zu viele Strömungen existierten¹³⁴, während es den Deutschkonservativen, wie schon bei der Reichsfinanzreform gelang, eine größere Geschlossenheit an den Tag zu legen.

Dennoch waren auch innerhalb der DkP Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die in der Stellung zum geheimen und direkten Wahlrecht evident wurden, wobei sich drei Gruppen unterscheiden ließen. In der deutschkonservativen Herrenhausfraktion gab es eine Mehrheit, die sich gegen jegliche Wahlrechtsänderung überhaupt aussprach; die konservativen Herrenhausmitglieder Hillebrandt, von Burgsdorff und Graf Yorck von Wartenburg versuchten sogar, wenn auch vergeblich, eine Verschärfung der Bestimmungen über Verfassungsänderungen zu erreichen, um der Gefahr einer Ausbreitung des Reichstagswahlrechts auf Preußen vorzubeugen.¹³⁵ In der Fraktion des Abgeordnetenhauses blieb die Demarkationslinie zwischen Befürwortern und Ablehnern des geheimen Wahlrechts zwar bis zur Schlussabstimmung unklar¹³⁶, dennoch zeichnete sich ab, dass eine Mehrheit bereit war, Heydebrandt zu folgen und die geheime Wahl bei der Urwahl zu konzedieren. Schließlich gab es in den Berliner Vereinen sogar eine große Mehrheit, die für eine Beseitigung der öffentlichen und der indirekten Wahl eintrat: Der Vorsitzende des konservativen Vereins Lichterfelde, Generalmajor Arthur von Loebell, hatte schon im Februar 1909 erklärt, dass die Mitglieder seines Vereins keinen Abgeordneten mehr wählen würden, der nicht für eine Verbesserung des bestehenden Wahlrechts einträte, und war dabei von den meisten Berliner Vereinen unterstützt worden. Da es jedoch, auch auf Intervention der Parteiführung, nicht zu einem Zusammenschluss aller konservativen Vereine Berlins und Umgebung kam, blieb diese Bewegung ohne Erfolg.¹³⁷

Die Meinungsverschiedenheiten zum Problem des geheimen Wahlrechts, die in der konservativen Presse auch offen ausgetragen wurden¹³⁸, wären ohnehin erst dann für die Partei zu einer wirklichen Gefahr geworden, wenn sich die Regierung deutlich gegen eine nur von Zentrum und DkP getragene Reform ausgesprochen hätte, um beide Parteien zu größerer Kompromissbereitschaft zu zwingen. Ein solches Vorgehen der Regierung hätte Deutschkonservative und Zentrum brüskiert und den extremen Flügel innerhalb der DkP, der das geheime Stimmrecht ablehnte, gestärkt. In diesem Falle drohte der Partei eine Spaltung in der Wahlrechtsfrage und damit ein Scheitern der Regierungsvorlage. Dass sich das Problem für die Deutschkonservativen aber nicht ernsthaft stellte, lag daran, dass die Regierung eine

Erfolg bei einer Nachwahl im Wahlkreis Oletzko-Lyck im Frühjahr 1910 aus, weil der konservative Kandidat Udo Stolberg, der von 1895-1910 ununterbrochen dem Reichstag angehört hatte, hier nur drei Jahre zuvor noch mit überwältigender Mehrheit gewählt worden war, wobei die "Kreuzzeitung" den nationalliberalen Erfolg darauf zurückführte, "dass die Mehrheit einer die politische Schulung leider gänzlich entbehrenden Wählerschaft dem plötzlichen, planmäßigen Massenansturm skrupelloser Gegner erlag." KZ, Nr. 175, 16. April 1910. Der nationalliberale "Ritt in den Osten" wurde bis zum Weltkrieg immer wieder mit einigen außergewöhnlichen Erfolgen fortgesetzt, besonders 1913 im Wahlkreis Ragnit/Pillkallen, wo die NLP nach glaubhaften Schätzungen weit über 100.000 Mark einsetzte, also mehr als das Dreifache des sonst selbst in stark umstrittenen Wahlkreisen Üblichen. Vgl. Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 566, Anm. 36 und J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 64.

¹³⁴ Auf dem linken Flügel standen dabei die süddeutschen und bürgerlichen Parteigruppen, für die die sozio-ökonomische Modernisierung letztlich nicht ohne politische Demokratisierung denkbar war, während auf der rechten Seite die sozial und regional zwar sehr begrenzte, für die finanzielle Situation der Partei aber äußerst wichtige Schicht der Schwerindustriellen stand, die den Fortschritt zur Industriegesellschaft aber nicht ohne Bewahrung des – auch wahlrechtlichen – Patriarchalismus glaubte vollziehen zu können. Vgl. Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 554.

¹³⁵ Vgl. SBHh, 28. April 1910, S. 91 ff. und 109 ff.

¹³⁶ Vgl. K. von Westarp I, S. 102 und 108.

¹³⁷ Den Berliner Vereinen war bei ihrem angestrebten Zusammenschluss von der Parteiführung "nahe gelegt" worden, sich lieber auf den eigenen Verein zu konzentrieren. BArch, R 8003/1, Bl. 58 f. Vgl. dazu vor allem Kap. 8. 1 e.

¹³⁸ Vgl. z. B. DTZ, 15. April 1910; KZ, Nr. 228, 19. Mai 1910 und KM, Nr. 67, August 1910.

Verschiebung der Reform auf keinen Fall wollte: Zum einen hätte dann in Kürze ein neuer Entwurf vorgelegt werden müssen, der die Aufgabe der öffentlichen und der indirekten Wahl nach sich gezogen hätte und der damit auch zwangsläufig gegen die DkP hätte beschlossen werden müssen; zum anderen wären die linken Parteien für den im nächsten Winter anstehenden Reichstagswahlkampf mit zusätzlichem Agitationsmaterial versorgt worden.

Stattdessen versuchte die Regierung, ihre durch das Abgeordnetenhaus völlig veränderte Vorlage mit Hilfe des Herrenhauses noch einmal teilweise zu revidieren, indem sie am 28. April zu Beginn der 2. Plenarlesung durch den rheinischen Oberpräsidenten Clemens von Schorlemer-Lieser einen Antrag einbringen ließ, der, im Interesse der Industrie und des Handels, eine deutliche Vergrößerung der Drittelungsbezirke bringen sollte.¹³⁹ Schorlemers Antrag stellte einen offenen Affront gegen das Zentrum dar, das in den großen Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes seine Wähler fast ausschließlich aus dem Mittelstand und der Arbeiterschaft rekrutierte; er wurde mit großer Mehrheit vom Herrenhaus angenommen und selbst linke Nationalliberale, wie Prinz zu Schoenaich-Carolath oder Hamm, und auch ein Agrarkonservativer, wie Graf Mirbach-Sorquitten, stimmten für den Antrag. Dennoch zeigte sich auch hier, dass die von der Regierung erhoffte Erneuerung des konservativ-liberalen Blockes nicht mehr zu erreichen war, denn der Herrenhausentwurf fand nur beim ZDI und den Freikonservativen uneingeschränkte Zustimmung.

Die Abgeordnetenhausfraktion der DkP jedoch lehnte, ebenso wie die nationalliberale Fraktion und wie auch BdL und Hansabund, den Vorstoß der Regierung im Herrenhaus ab. Da nützte es auch nichts, dass sich Wedel-Piesdorf für den Herrenhausentwurf stark machte, denn längst ging es nicht mehr primär um das Wahlrecht, sondern um die Machtfrage zwischen Regierung und konservativ-klerikaler Fraktion. Deshalb hatte die Herrenhausresolution auch keine Chance, und deshalb folgte die deutschkonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses auch ihrem Vorsitzenden Heydebrand, dem es in der entscheidenden Phase der Wahlrechtsverhandlungen besser als seinem nationalliberalen Pendant Friedberg gelang, die Spannungen innerhalb der Fraktion auszugleichen.¹⁴⁰

Damit hatten sich, wie bei der Finanzreform im Reichstag, auch im Abgeordnetenhaus die vom BdL unterstützten agrarischen Kräfte durchgesetzt und nicht die exklusiven, über dem Parteienbetrieb stehenden Herrenhausmitglieder, ohne dass es dabei zu einem Meinungs austausch oder gar einer Abstimmung zwischen Abgeordneten- und Herrenhausfraktion gekommen wäre. Daran konnte Heydebrand auch gar kein Interesse haben, der die Führung der Partei auf diese Weise fest in der Hand behielt und der im Unterschied zur Mehrheit des Herrenhauses auch in der Wahlrechtsfrage auf das Bündnis mit dem Zentrum gesetzt hatte, auf das die DkP im Reich und Preußen gleichermaßen angewiesen blieb.

Die Regierung jedoch legte auf die Weiterberatung des Gesetzes, da es in allen wichtigen Punkten auf dem Diktat der DkP beruhte, keinen Wert mehr. Hier zeigte sich Bethmann Hollwegs Dilemma, dass ihm die Deutschkonservativen damit zwar einerseits nicht mehr „bündnisfähig“ erscheinen konnten, dass es aber andererseits für ihn unmöglich war, entscheidend gegen die selbst ernannten Bewahrer der preußischen Interessen regieren zu

¹³⁹ Schorlemers Antrag erfolgte offensichtlich nach vorheriger direkter Absprache mit der Regierung und sah eine Bezirksdrittelung in ländlichen und aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Urwahlbezirken vor; des Weiteren war eine Gemeindedrittelung in Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohnern sowie die Bildung von zwei Drittelungsbezirken in Gemeinden mit 10.000-30.000 Einwohnern vorgesehen, während für noch größere Gemeinden Drittelungsbezirke mit mindestens 20.000 Einwohnern gebildet werden sollten. Vgl. Th. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 563 f.

¹⁴⁰ Dennoch war auch die Frage über die Größe der Steuerdrittelungsbezirke für die Wahl und ihren Ausgang durchaus bedeutsam, was die späteren Beteuerungen Heydebrands und Westarps unglaublich erscheinen lassen musste, dass es sich hier nur um eine völlig nebensächliche Frage gehandelt habe und dass die DkP die Vorlage eigentlich nicht habe scheitern lassen wollen. Vgl. E. von Heydebrand, Beiträge, S. 608 und K. von Westarp I, S. 120 f.

können. Letzteres bedeutete für den Reichskanzler, dass zunächst jedwede Politik vertagt werden musste, die sich direkt gegen die DkP richtete. Ohne es zu wollen, hatte Bethmann Hollweg sich damit in die „Gefangenschaft“ der Deutschkonservativen Partei begeben. Als das preußische Staatsministerium im Dezember 1913 einen neue Wahlrechtsvorlage in Erwägung zog, mahnte der Kanzler, dass jede Reform „so weit wie möglich in Übereinstimmung mit den Konservativen“ erfolgen müsse; und als er die Berufung Friedrich Wilhelm von Loebells, des Bruders des Anführers der konservativen Berliner Oppositionsbewegung, zum preußischen Innenminister betrieb, musste er diesem versprechen, dass er ihn nicht bitten würde, einen weiteren Reformversuch zu unternehmen.¹⁴¹ Dabei wäre ein Erfolg in der Wahlrechtsfrage wichtig gewesen, weil dann aller Voraussicht nach 1913 verhindert worden wäre, dass es nach den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu einer abermaligen Eskalation des Streites um das Wahlrecht kam, der dann die gesamte Innenpolitik während des Weltkrieges beherrschte.¹⁴²

Zwischenfazit

1908/09 hatte Reichskanzler Bernhard von Bülow die Deutschkonservativen vor die wohl schwierigste und folgenschwerste Entscheidung ihrer noch jungen Parteigeschichte gestellt: Seid ihr bereit, für die expansive deutsche Politik ein geringes materielles Opfer zu entrichten und darüber hinaus freiwillig auf einen Teil der Macht in Preußen durch Modifizierung des Dreiklassenwahlrechts zu verzichten? Eine positive Beantwortung beider Fragen hätte der DkP keinen gravierenden Schaden zugefügt: Die Änderung des preußischen Wahlrechts war auf lange Sicht unumgänglich – das wussten auch die Deutschkonservativen – und hätte keiner Vergrößerung der Macht der nichtbesitzenden Kreise oder der SPD gedient, sondern lediglich dem linken Teil des bürgerlichen Lagers größere Einflussmöglichkeiten auf den politischen Entscheidungsprozess verliehen; außerdem – und auch das war Bülows Ansinnen – lag hier die Chance für die DkP, sich von dem Vorwurf zu befreien, eine reaktionäre, egoistische Interessenpolitik zu betreiben. Da die Partei diese Fragen aber verneinend beantwortete, befestigte sie die in der Öffentlichkeit bestehenden Vorurteile und enttäuschte die Hoffnungen auf einen „fortschrittlichen“ Konservativismus, wobei das Verhalten in der Daily-Telegraph-Affäre ein Übriges tat.

Die Affäre um Wilhelm II. offenbarte dabei ebenso wie die Reichsfinanzreform, dass die konservative Ideologie längst nicht mehr mit der politischen Wirklichkeit übereinstimmte, da die Deutschkonservativen in beiden Fragen entscheidend mitgeholfen hatten, die Rechte des preußischen Abgeordnetenhauses gegenüber der Krone bzw. der Staatsregierung und die des Reichstags gegenüber der Reichsregierung bzw. dem Bundesrat nicht nur zu wahren, sondern sogar auszuweiten. Das traditionelle politische System des Kaiserreichs war dadurch zwar erschüttert worden, aber die Bildung eines „Reformblocks“, der in der Lage gewesen wäre, eine Neuordnung zustande zu bringen, war – zweifelsohne auch als Ergebnis „erfolgreicher“ deutschkonservativer Politik – vorerst verhindert worden.

Schon die Handelsverträge Anfang der 1890er Jahre hatten das Dilemma der DkP gezeigt, dass die antiparlamentarische Ideologie im Widerspruch dazu stand, dass die verfassungsmäßige Stellung des Reichstags eine wichtige Grundlage des politischen Einflusses der Partei bildete; die Jahre 1908/09 ließen diese Notlage jetzt noch deutlicher hervortreten: Die Daily-Telegraph-Affäre bestärkte die parlamentarische Kritik an Krone und Kanzler, doch erst das Zusammentreffen des Verlustes des kaiserlichen wie des parlamentarischen Vertrauens hatte Bülow bei seinem Rücktritt angesichts der neuen parlamentarischen Konstellation bei den Beratungen zur Reichsfinanzreform in eine Lage

¹⁴¹ Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 165.

¹⁴² Vgl. dazu die Ausführungen im Kapitel 9. 4 a.

gebracht, die den Schluss zuließ, dass sich der Reichskanzler der neuen parlamentarischen Mehrheit des schwarz-blauen Blockes gebeugt hatte.

Mit dem Wechsel ihres Blockpartners und der Festigkeit ihrer Koalition mit dem Zentrum bei der Reichsfinanzreform hatte die DkP die zunehmende Abhängigkeit der Innenpolitik der Regierung vom Parlament verdeutlicht und damit der Ersetzung des Konstitutionalismus durch das parlamentarische Prinzip vorgearbeitet. Wenn die Partei damit eine Parlamentarisierung im Reich förderte, so war sie im Interesse des eigenen Machtzuwachses jedoch bestrebt, den Einfluss der demokratischen Kräfte durch die Bindung einer möglichst schwachen Regierung an eine starke Rechtskoalition zu brechen¹⁴³, weshalb für die DkP nur eine Koalition mit dem Zentrum, den Freikonservativen und den rechten Splittergruppen in Frage kam.

Anders lagen die Dinge in Preußen, wo sich die Deutschkonservative Partei auch noch am Anfang der Regierungszeit des neuen Kanzlers Bethmann Hollweg einer Parlamentarisierung erfolgreich widersetzte und damit eine noch stärkere Parlamentarisierung auch des Reiches verhindern konnte.

Die Momentaufnahme des Jahres 1910 zeigte die Deutschkonservativen somit als „Sieger“. Die DkP blieb „Regierungspartei“, verfügte über eine starke Position im Reichstag, die sie aus der Koalition mit dem Zentrum und aus ihrer nach wie vor ungebrochenen Stellung in Preußen bezog, welche durch das Wahlergebnis vom Juni 1908 und das Scheitern der Wahlrechtsreform vorerst gesichert war. Wenn Bernhard von Bülow die Deutschkonservativen aber noch vor seinem Abgang eindringlich davor gewarnt hatte, dass „der Sieg der Gegenwart [...] häufig der Pfad zu Niederlagen in der Zukunft“¹⁴⁴ sei, so war es die Überzeugung der Mehrheit der Zeitgenossen, dass der scheidende Kanzler mit seinen prophetischen Worten Recht behalten werde.¹⁴⁵

Sechstes Kapitel Die Reichstagswahlen im Januar 1912

1. Am Vorabend der Reichstagswahlen: Die elsass-lothringische Verfassungsreform von 1911

¹⁴³ Zwar hatte die Initiative zur Reichsfinanzreform, wie bei anderen Gesetzesvorlagen, bei der Reichsleitung gelegen, doch die Regierungsvorlage war schon durch die Beratungen in der Finanzkommission deutlich verändert worden. Auch für die DkP traf diesbezüglich Georg Jellineks zeitgenössisches Urteil zu, dass die Parteien „nicht nach der Regierung, sondern nach Macht über die Regierung strebten.“ Zit. nach: C. Schönberger, *Parlament im Anstaltsstaat*, 1997, S. 263.

¹⁴⁴ SBR, Bd. 237, 16. Juni 1909, S. 8265. Noch deutlicher wurde Bülow am Tage vor dem Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt, da er dem „Hamburgischen Korrespondenten“ ein Interview gewährte, in dem er zu einem vernichtenden Urteil über die Politik der DkP kam, als deren Hauptmerkmale er Selbstsucht, Leichtsinn und Dummheit herausstellte. Er prophezeite, dass die Steuerscheu der Konservativen „Wasser auf die sozialdemokratischen Agitationsmühlen“ leiten werde, forderte eine Bekämpfung der konservativen Vorherrschaft mit allen Mitteln und warnte vor einer Mehrheitsbildung von Zentrum und SPD nach den nächsten Wahlen als schlimmstem Ergebnis der Haltung der Konservativen. Vgl. auch B. von Bülow, *Denkwürdigkeiten II*, 1930/31, S. 520 ff.

¹⁴⁵ Vgl. z. B. Th. von Bethmann Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkriege I*, 1919, S. 16; H. von Gerlach, *Erinnerungen*, 1924, S. 27.

Der Deutschkonservativen Partei war es trotz innerparteilicher Differenzen gelungen, sowohl bei der Reichsfinanzreform als auch in der preußischen Wahlrechtsfrage in der Öffentlichkeit ein relativ geschlossenes Erscheinungsbild abzugeben. Dieses äußere Bild korrespondierte aber keineswegs mit der tatsächlichen Situation, in der sich die Partei am Vorabend der Reichstagswahlen vom Januar 1912 befand.

Schon seit den 1890er Jahren war die DkP in der Freiheit ihrer politischen Entscheidungen äußerst eingeschränkt gewesen: Sie hatte Rücksicht auf den BdL und dessen agrarische Interessen zu nehmen; gleichzeitig musste die Partei, um den Mittelstand zu gewinnen und die breite Schicht des national empfindenden Bürgertums nicht zu verletzen, immer „stramm national“ sein.¹ So scheute sich die DkP auch häufig aus parteipolitischen Gründen, den Alldeutschen offen entgegenzutreten, obwohl ihr deren Agitation zu weit ging.²

Für die anstehende Reichstagswahl noch entscheidender war jetzt aber die wieder deutlich zutage tretende Zerrissenheit innerhalb der Partei bezüglich der Stellung zu den Nationalliberalen und zum Zentrum. Einerseits brach hier die auf der altständischen Tradition beruhende Kritik am Großkapital und an der Schwerindustrie immer wieder durch, andererseits stieß das bedingungslose Zusammengehen mit dem Zentrum beim evangelischen Flügel der Deutschkonservativen auf starken Widerstand. Eine klare und einheitliche Linie der Parteiführung für diese Problemlage war zunächst nicht erkennbar. Auf der Landesversammlung der württembergischen konservativen Partei im Oktober 1910 in Stuttgart sprach sich Heydebrand, nachdem der Kaiser und die Regierung im Sommer des Jahres zur „Sammlung“ aufgerufen hatten, zunächst für ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen aus, was eigentlich „etwas Naturgemäßes sei“ bei einer politischen Gruppierung, die einen „so großen Teil des Bürgertums in sich trägt.“³ Als die Nationalliberalen diesem vorsichtigen Annäherungsversuch durch Bassermann in Kiel eine Abfuhr erteilten, richtete sich jetzt die ganze Wucht der deutschkonservativen Agitation wieder gegen die nationalliberale Reichstagsfraktion und den Hansabund.⁴

Nach der deutlichen Zurückweisung durch die Nationalliberalen blieb der DkP für den Wahlkampf – neben den Freikonservativen – eigentlich nur das Zentrum als Bündnispartner. Doch auch dieses wurde noch im Sommer 1911 aufgeschreckt, als der deutschkonservative Reichstagspräsident Graf von Schwerin-Löwitz in einer Rede in seinem Wahlkreis das Zentrum als „eine sehr unerfreuliche Erscheinung“ bezeichnete, in der so gegensätzliche Elemente, wie konservative Aristokraten und Demokraten radikalster Provenienz durch die „Rücksicht auf die Interessen der römisch-katholischen Kirche“ zusammengehalten würden.⁵ Schwerin-Löwitz hatte damit aber nur ausgesprochen, was nach der Verabschiedung der Reichsfinanzreform zum allgemeinen Gedankengut vieler Deutschkonservativer geworden war: Das Zentrum habe sich 1909 lediglich deshalb mit der DkP verbunden, um Bülow zu stürzen und die alte Machtposition wieder zu erlangen; schon mit Rücksicht auf die unteren und mittleren Schichten seiner Wählerschaft sei jetzt aber zu erwarten, dass es die gemeinsame Linie mit der DkP verlassen würde.⁶

¹ Den Wehrvorlagen von 1911-1913 stimmte man u. a. auch deshalb uneingeschränkt zu.

² Vgl. dazu Kap. 9. 2.

³ KZ, Nr. 510, 31. Oktober 1910, Beilage.

⁴ Die „Kreuzzeitung“ erklärte, von den „ehrgeizigen liberalen Juden“ abrücken zu wollen und dass auf ein „Zusammengehen mit den Nationalliberalen nicht mehr zu rechnen“ sei. KZ, Nr. 591, 18. Dezember 1910; ferner: KZ, Nr. 567, 4. Dezember 1910.

⁵ Zit. nach: Nationalliberale Blätter, Nr. 29, 16. Juli 1911. Auch wenn Schwerin-Löwitz seine Worte später wesentlich abschwächte, wurde er für sein Auftreten in der „Konservativen Korrespondenz“ deutlich abgemahnt. Vgl. Kons. Korr., Nr. 55, 4. Juli 1911.

⁶ Große Teile innerhalb der DkP übersahen also durchaus nicht, dass das Zentrum „nie nur agrarisch sein“ konnte, dass dort die „demokratischen Einflüsse“ immer stärker wurden und dass es aufgrund der sozialen Interessen seiner vielfältigen Klientel den konservativen Standpunkt in vielen Fragen nicht würde teilen können. Dies hatte Bülow den Deutschkonservativen während der Verhandlungen zur Reichsfinanzreform in einer Randbemerkung zu einer Aufzeichnung von Loebells vom 6. April 1909 vorgeworfen. Hier zit. nach: W. Loth,

Solche Vorbehalte gegen den Block-Partner hatten ihren Nährboden vor allem in den Verhandlungen um eine Verfassungsreform für das Reichsland Elsass-Lothringen in den Jahren 1910 und 1911 erhalten.⁷ Entgegen konservativen Vorstellungen hatte das Zentrum, das sich der stärksten politischen Kraft im Reichsland, der katholischen Volkspartei, eng verbunden fühlte, am 14. März 1910 angelegentlich der Beratungen des Haushalts des Reichskanzlers in aller Form den Antrag gestellt, die Reichsleitung möge baldmöglichst einen Gesetzesentwurf vorlegen, demzufolge das Reichsland zu einem selbstständigen Bundesland erhoben werde. Der Gesetzesentwurf ging dem Reichstag dann im Dezember des Jahres zu und nach dem üblichen parlamentarischen Prozedere – Bildung einer Reichstagskommission für die Beratung der Verfassung, Verhandlungen zwischen der Kommission und der Regierung, Vorstellen der Ergebnisse dieser Verhandlungen und schließlich deren Abstimmung im Plenum nach insgesamt drei Lesungen⁸ – wurde am 26. Mai 1911 eine Verfassung für Elsass-Lothringen angenommen. Diese sah vor, dass anstelle des bisherigen, durch eine kleine Anzahl von sich selbst verantwortlichen Notabeln gebildeten Landesrates, künftig ein Zweikammernsystem treten würde; während die Erste Kammer, ähnlich wie das Herrenhaus in Preußen, zur einen Hälfte von Vertretern aus Kirche, Staatsverwaltung sowie den Berufsständen und zur anderen aus den vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrates zu ernennenden Persönlichkeiten bestehen sollte, war die Zweite Kammer nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht zu wählen. Des Weiteren sollten Bundesrat und Reichstag aus der Landesgesetzgebung ausgeschaltet werden, wobei aber die landesherrliche Gewalt beim Kaiser verblieb; außerdem waren jetzt drei vollberechtigte Stimmen für Elsass-Lothringen im Bundesrat vorgesehen, die aber nicht zählen sollten, sobald sie allein den Ausschlag zugunsten Preußens gaben.

Die Kritik der Deutschkonservativen, die als einzige die Vorlage geschlossen und von Beginn an ablehnten, entzündete sich vor allem am allgemeinen Wahlrecht für die Zweite Kammer sowie an der Regelung der Bundesratsstimmen.⁹ Schon bei der ersten Lesung des Gesetzes begann sich die DkP dabei von der Reichsleitung zu trennen und im Parlament zu isolieren, indem sie Bethmann Hollwegs Entgegnungen ignorierte, dass es für die preußischen Verhältnisse unmaßgeblich sei, welches Wahlrecht das Reichsland erhalte, weil für die Hegemonialmacht Preußen besondere Bedingungen gelten würden.¹⁰ Stattdessen glaubten die Deutschkonservativen, dass hier auf einem Nebenkriegsschauplatz Konzessionen in der Wahlrechtsfrage gemacht würden, die den Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts in Preußen zu gefährden drohten. Ebenso versuchten sie, die Stellung des Kanzlers beim Kaiser und seiner konservativen Umgebung mit dem zugkräftigen Argument zu unterminieren, dass die vorgesehene Regelung des Stimmrechts im Bundesrat Preußen diskriminiere und dessen Ehre verletze.¹¹

Katholiken, 1984, S. 175, Anm. 91.

⁷ Diese waren notwendig geworden, da das Reichsland im Stile einer Kronkolonie von einem nur dem Kaiser verantwortlichen Statthalter und unter Mitwirkung einer aus Honoratioren bestehenden Landesvertretung regiert wurde, was mittlerweile zu einem Anachronismus geworden war, der das Hineinwachsen der elsass-lothringischen Bevölkerung in das Reich erschwerte. Zur verfassungsrechtlichen Stellung Elsass-Lothringens vgl. P. Laband, Staatsrecht II, 5. Auflage, 1911/14, S. 213. Einen guten Abriss der verfassungsrechtlichen Diskussion über das Reichsland und über den juristischen Charakter Elsass-Lothringens im Kaiserreich bietet auch H.-U. Wehler, Krisenherde, 1974, S. 37 ff. Vgl. ferner: B. Haberland, Innenpolitik, 1951, S. 77 ff. H.-G. Zmarzlik, Bethmann Hollweg, 1957, S. 92-103; M. Rauh, Parlamentarisierung, 1977, S. 203-239; W. Loth, Katholiken, 1984, S. 202-204; H. Hiery, Reichstagswahlen im Reichsland, 1986.

⁸ Die drei Lesungen fanden statt am 26./28. Januar sowie am 23. und 26. Mai 1911. Vgl. SBR, Bd. 263, S. 4157 ff. und 4196 ff. (1. Lesung); Bd. 267, S. 7035 ff. (2. Lesung) und 7121 ff. (3. Lesung).

⁹ Außerdem vertrat man den Standpunkt, "dass die Verhältnisse in Elsass-Lothringen noch nicht genügend national gefestigt seien, um das Land aus dem engeren Zusammenhang als Reichsland zu lösen und als Bundesstaat abzusondern." Vgl. K. von Westarp I, S. 322.

¹⁰ SBR, Bd. 263, 28. Januar 1911, S. 4203.

¹¹ Die Reichsregierung wurde deshalb von den Deutschkonservativen sowohl im Reichstag (Graef) als auch im preußischen Herren- (Wedel-Piesdorf) sowie im Abgeordnetenhaus angegriffen: Hier äußerte Heydebrand, dass

Doch all das nützte nichts, denn die Reichsregierung hatte sich zwischen der ersten und zweiten Lesung des Gesetzes durch Gespräche mit den Mittelparteien und der SPD bereits deren Zustimmung zur Vorlage gesichert. Da selbst die Sozialdemokraten der Regierung ihr „Ja“ bei der Endabstimmung in Aussicht gestellt hatten, ergab sich für den Augenblick eine bemerkenswerte Situation, die dann nach der Reichstagswahl von 1912 fast zu einem Normalfall werden sollte: Die Deutschkonservativen hatten sich in der Verfassungsfrage für Elsass-Lothringen nicht nur isoliert, sie fanden sich im Reichstag jetzt erstmals mit einer Mehrheit konfrontiert, die tatsächlich von „Bassermann bis Bebel“¹² reichte. Da halfen auch die verzweifelten Angriffe der DkP-Abgeordneten Graef, Winckler und Oldenburg-Januschau angesichts der Verhandlungen der Regierung mit den Sozialdemokraten nichts mehr¹³, ebenso wenig wie die taktischen Kunststücke der DkP, eine noch stärkere demokratische Gestaltung der Vorlage zu fördern, in der Hoffnung, das Gesetz dadurch insgesamt unannehmbar zu machen¹⁴ – dieses passierte schließlich am dritten Lesungstag mit 212 gegen 94 Stimmen bei 7 Enthaltungen den Reichstag.¹⁵

Mit der Annahme der Verfassung für Elsass-Lothringen, die dem einstigen Reichsland gleichwohl nur einen „bundesstaatsähnlichen Charakter auf reichsgesetzlichen Widerruf“¹⁶ gab, hatten die Deutschkonservativen zum ersten Mal in einer nationalpolitisch bedeutenden Frage vor der ganzen Nation eine Niederlage einstecken müssen. Zudem zeigte das Ergebnis der Endabstimmung in aller Deutlichkeit, dass der schwarz-blaue Block auf Reichsebene vor allem ein Bündnis gegen die Einführung direkter Steuern war; in einer Frage, wie der Verfassungsreform für Elsass-Lothringen, die ganz allgemein auch in das Problem der Demokratisierung des Reiches hineinreichte, war er, da das Zentrum in seiner überwiegenden Mehrheit für die Verfassung stimmte, schlichtweg nicht existent. Gleichzeitig wurde das Gewicht des Zentrums innerhalb des konservativ-klerikalen Bündnisses gestärkt, da es seine Fähigkeit eines gelegentlichen Zusammengehens mit der parlamentarischen Linken zeigte, während die Deutschkonservativen eine solche Alternative nicht besaßen. Ebenso musste es die DkP beunruhigen, dass die Sozialdemokraten erstmals bei einer wichtigen Vorlage in eine parlamentarische Mehrheitsbildung eintreten konnten, welche die Reichsleitung unterstützte¹⁷; damit war die als „Reichsfeind Nr. 1“ deklarierte Partei aus ihrer Isolierung herausgetreten, in die die DkP jetzt immer mehr zu geraten drohte. Das Grundsätzliche dieser Entwicklung bestand darin, dass die SPD angesichts der reformistischen Entwicklung allmählich ihren

die Bundesratsstimmen für Elsass-Lothringen in der vorgesehenen Regelung „eine ganz außerordentliche Schwächung des preußischen Einflusses im Deutschen Reiche“ darstellen würden. Vgl.: SBAh, Bd. IV, 23. März 1911, Sp. 4784 ff. Ferner: B. Haberland, Innenpolitik Bethmann Hollwegs, 1951, S. 95.

¹² Das Schlagwort prägte der Linksliberale Friedrich Naumann und beinhaltete die parlamentarische Zusammenarbeit der Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalliberalen unter Einschluss des Zentrums.

¹³ So erklärte Oldenburg-Januschau bei der 3. Lesung des Gesetzes: „Wir können nicht über das Maß der Macht des Deutschen Kaisers in Elsass-Lothringen und über den Punkt der preußischen Stimmen im Bundesrat mit den Sozialdemokraten verhandeln. Das werden wir nicht tun, solange die Kaiserliche Standarte über dem Schloss in Berlin weht.“ SBR, Bd. 267, 23. Mai 1911, S. 7060. Die Deutschkonservativen warfen der Regierung insbesondere vor, dass sie mit der SPD verhandelt hatte, obwohl deren Stimmen zur Annahme der Gesetzesvorlage gar nicht erforderlich waren. Vgl. KZ, Nr. 281, 18. Juni 1911.

¹⁴ Dies gab Oldenburg-Januschau, wie es seiner offenen, direkten Art entsprach, auch unumwunden zu, als er begründete, warum er gegen das Pluralwahlrecht und für die allgemeine, gleiche und direkte Wahl gestimmt hatte. Ebenda.

¹⁵ Dagegen votierten neben der DkP die meisten Elsass-Lothringer, die Polen, einige Freikonservative sowie einige Zentrumsdemokraten um den Grafen Oppersdorff, denen der erreichte Autonomiestatus noch nicht genügend erschien. Vgl. SBR, Bd. 267, 26. Mai 1911, S. 7158 ff. W. Loth, Katholiken, 1984, S. 203.

¹⁶ Vgl. H.-U. Wehler, Krisenherde, 1979, S. 46-52.

¹⁷ Vgl. M. Rauh, Parlamentarisierung, 1973, S. 235, der den Präzedenzcharakter der elsass-lothringischen Verfassung hervorhebt, indem er auf die parlamentarische Mehrheit hinweist, die seit 1917 auf die Parlamentarisierung hinarbeitete, dabei aber übersieht, dass die innenpolitische Entwicklung seit Juli 1917 *nicht* durch ein Zusammenwirken von kompromissbereiter Reformmehrheit und ebenso kompromissbereiter Reichsleitung nach dem hier vorgegebenen Muster geprägt war.

abschreckend radikalen Charakter verlor, wodurch der konservative Antiparlamentarismus seine Überzeugungskraft als Schutzwall gegenüber der gewaltsamen sozialen und politischen Umwälzung zu einem großen Teil einbüßte und als Standpunkt eines bloßen Parteigoismus erkennbar wurde.¹⁸ Zudem wurde die Stellung des Zentrums innerhalb des konservativ-klerikalen Bündnisses gestärkt,

Mit ihrer totalen Verweigerungshaltung jedenfalls hatten sich die Deutschkonservativen nicht nur vom Parlament, sondern auch von der Reichsleitung abgewandt, die durch eine Mitarbeit der DkP, wenigstens in Einzelbestimmungen, auf eine konservative Gestaltung der Vorlage gehofft hatte.¹⁹ Obwohl auf diese Weise eine weitere Entfremdung zwischen dem Reichskanzler bzw. preußischen Ministerpräsidenten und der maßgeblichen preußischen Partei offensichtlich geworden war, und trotz der misslichen Lage der DkP im Parlament, glaubten die Deutschkonservativen jedoch weiterhin, dass ein prinzipieller politischer Umschwung nicht zu befürchten wäre: Schließlich signalisierten sowohl der Reichskanzler als auch das Zentrum noch am letzten Lesungstag der Gesetzesvorlage für Elsass-Lothringen, dass sie auch in Zukunft eine Zusammenarbeit mit der DkP für wünschenswert hielten.²⁰ Insofern war man in der deutschkonservativen Parteiführung der Meinung, dass eine Neuorientierung gegenüber Regierung und Zentrum auch angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen nicht erforderlich wäre.

2. Die Reichstagswahlen²¹

Trotz der Annäherungsversuche von Regierung und Zentrum nach der Verabschiedung der elsass-lothringischen Verfassungsreform befand sich die Deutschkonservative Partei am Vorabend der Reichstagswahlen von 1912 in einer prekären Situation. Schon die Reichstagswahlen im Jahre 1907 hatten gezeigt, dass es der DkP auch unter großem nationalen Elan und mit Hilfe benachbarter Parteien nicht mehr gelungen war, an die Erfolge der 1880er und frühen 1890er Jahre anzuknüpfen. Obwohl die Partei 1907 in der Wählergunst erstmals die Millionengrenze überschreiten und Mandate hinzugewinnen konnte, musste die DkP trotz der für sie günstigen spezifischen Bedingungen des damaligen Wahlkampfes einen leichten prozentualen Rückgang an Wählerstimmen verzeichnen. In den seit 1907 notwendig gewordenen Nachwahlen bestätigte sich dieser Abwärtstrend: Von den insgesamt 17 Mandaten, die ihre Besitzer in den Ersatzwahlen gewechselt hatten, konnten die Deutschkonservativen lediglich eines gewinnen, verloren aber drei Mandate an die Liberalen, darunter zwei ländliche ostpreußische Wahlkreise, die bis dahin als uneinnehmbare konservative Feste galten.²² Als ebenfalls ungünstig musste es sich für die DkP erweisen, dass der Wahlkampf noch ganz im Zeichen der Reichsfinanzreform stand, weil die Partei hier

¹⁸ Ebenda, S. 167

¹⁹ Vgl. K. von Westarp I, S. 323.

²⁰ Vgl. z. B. die Rede des Zentrumsabgeordneten Zehnter anlässlich der 3. Lesung des Gesetzes zur elsass-lothringischen Verfassung am 26. Mai 1911, in: SBR, Bd. 267, S. 7125. Bethmann Hollweg äußerte Delbrück gegenüber allerdings auch, dass es ihm lieb gewesen sei, den Konservativen einmal zu zeigen, dass er sie auch entbehren könne. Vgl. H. Pachnicke, *Führende Männer*, 1930, S. 108.

²¹ Zu den Reichstagswahlen von 1912 liegen einige detaillierte Untersuchungen vor. Erwähnt seien hier vor allem: J. Bertram, *Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912*, 1964; O. Büsch, *Wählerbewegungen in der deutschen Geschichte*, 1978; H. Nöcker, *Der preußische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik 1912 und 1924*, 1987. Insbesondere die von Noecker entwickelten Untersuchungsmethoden sind für weiterführende Analysen sehr gut nutzbar: Durch eine Längsschnittanalyse des Wählerverhaltens in Preußen und das Herausarbeiten von bildungs- und generationsbedingten Motivationen für das Stimmverhalten erreicht Noecker einen punktuellen Vergleich von Wahlen in den einzelnen Regionen; die Konstruktion von neuen statistischen Größen – den „Vergleichsgebieten“ – ermöglicht dem Autor dabei einen Epoche übergreifenden Vergleich von Daten der Wahl-, Bevölkerungs-, Konfessions- und Berufsstatistik.

²² Der Wahlkreis Oletzko-Lyck ging an die Nationalliberalen, Labiau-Wehlau an den Fortschritt (beide 1910); bereits 1908 war der Wahlkreis Emden in den Besitz der Freisinnigen Vgg. gewechselt.

Gefahr lief, ihre nichtagrarischen Wähler und die nicht unbedeutende städtische Anhängerschaft im gehobenen Bürgertum und in der Beamtenschaft zu verlieren. Für ihr Vorgehen bei der Reichstagswahl zog die Deutschkonservative Partei daher im Wesentlichen zwei Schlussfolgerungen: die Etablierung in den westelbischen Gebieten voranzutreiben und das Zusammengehen mit dem Zentrum fortzuführen. Beides war verbunden mit einer weiteren Abkehr von den Nationalliberalen.

a) *Der „konservative Ritt in den Westen“*

Das Vordringen der Konservativen in zumeist ehemalige nationalliberale Gebiete des Westens im Vorfeld der Reichstagswahlen von 1912 erstreckte sich vor allem auf die Provinzen Westfalen und Hannover. Dieser „konservative Ritt in den Westen“ hatte zwar bereits 1903 begonnen²³, blieb aber zunächst auf Hannover beschränkt und wurde dann nach den beiden liberalen Nachwählerfolgen des Jahres 1910 in der Hoffnung intensiviert, für im Osten befürchtete weitere Einbußen im Westen entschädigt zu werden.²⁴

Die Anregung zu einem Vorstoß der DkP in Westfalen ist wesentlich von der rheinisch-westfälischen Industrie ausgegangen, die sich schon nach 1907 von den Nationalliberalen zu entfernen begann, da sie sich von diesen in der Vertretung ihrer politischen Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften nicht ausreichend genug vertreten fühlte und weil sie sich gegenüber der schlagkräftigeren Organisation der Landwirtschaft im BdL benachteiligt sah.²⁵ Vor allem der Zentralverband Deutscher Industrieller und ihm gleich gesinnte Industrielle wandten sich jetzt verstärkt den beiden konservativen Parteien zu: Hatte schon im Sommer 1908 der ZDI-Vertreter Steinmann-Bucher die Nationalliberalen gewarnt, dass „die Industrie als Ganzes [...] keinen politischen Standpunkt nötig“ hätte²⁶, so wurde die Annäherung an den Konservativismus durch den Beitritt des ZDI zum Hansabund zunächst noch einmal unterbrochen. Doch nachdem der ZDI sich aufgrund sozialpolitischer Differenzen von dem in seinen Zielen sehr weitgespannten Hansabund abgewandt hatte, suchte er jetzt wieder verstärkt das Bündnis mit den konservativen Kräften. Auf einem anlässlich der Interessengemeinschaft von Industrie und Landwirtschaft vom ZDI veranstalteten Festessen im Frühjahr 1910 sprachen sich Vertreter beider Seiten für eine zukünftige Zusammenarbeit aus. Während Schwerin-Löwitz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrates die Störung des Verhältnisses von ZDI und Landwirtschaft als „nur vorübergehend“ bezeichnete, feierte der ZDI-Vertreter Beumer schon die „Auferstehung“ von „Bismarcks Grundsatz von der Interessensolidarität“ angesichts „des gemeinsamen Feindes, der Sozialdemokratie.“²⁷

Eine förmliche Einladung für ihren „Ritt in den Westen“ hatte die Deutschkonservative Partei jedoch schon auf ihrem Delegiertentag am 11. Dezember 1909 durch den Abgesandten der Stadt Hamm, den Rechtsanwalt Dr. Herr, erhalten: „Ich wollte Sie bitten und einen Appell an Sie richten, nicht mehr die konservative Partei als die ostelbische anzusehen, sondern auch nach Westelbien zu kommen und zu zeigen, dass die konservative Partei die nationale Partei des ganzen deutschen Landes und des ganzen deutschen Volkes ist.“ Westfalen wäre hierfür

²³ Vgl. dazu Kapitel 8. 5. Hier auch weiter grundlegend zur konservativen Bewegung in Westdeutschland.

²⁴ Dabei sollten zunächst aber nur „Stützpunkte für die konservative Sache“, aber keine Mandate gewonnen werden, was für eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten im Westen spricht. Zum konservativen Vormarsch im Westen vgl. insbes.: Mitteilungen, Nr. 27, 26. November 1910, S. 425 ff. und Nr. 18, 6. Mai 1911, S. 287.

²⁵ Vgl. C. Koehler, Industrie, 1910, S. 5 f.

²⁶ Zit. nach: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 30.

²⁷ Zit. nach: O. Ballerstedt, Industrie, 1909, S. 149 ff. Vgl. auch C. Koehler, Centralverband oder Hansabund, 1912.

das geeignete Gebiet mit seinen der Scholle verwurzelten Bauern und mit der Großindustrie, deren Interessen in der Vergangenheit von den Konservativen so tatkräftig unterstützt worden wären. Auch in den Reihen der christlich-nationalen Arbeiterschaft wäre der DkP eine gute Aufnahme gewiss.²⁸

Die Deutschkonservativen nahmen dieses „Angebot“ dankend an und ließen die Worte des Hammer Rechtsanwaltes zur Richtschnur ihrer Politik im Westen werden. Schon drei Monate nach dem Delegiertentag gelang es, in Wanne einen konservativen Wahlverein für den Wahlkreis Bochum – einer Hochburg der Nationalliberalen – zu gründen, als dessen Ziel ein Zusammenschluss der rechts stehenden Kreise proklamiert wurde. „Solche [Zusammenschlüsse; J. B.] müssten sich in großer Zahl in den Reihen der deutschen Industrie finden. Die konservativen Parteien hätten stets die Interessen der Industrie in jeder Weise gefördert und würden dies auch künftig tun.“²⁹

In der Folgezeit sprachen jetzt vermehrt führende Vertreter der DkP auf Versammlungen in den hoch industrialisierten Gebieten Westfalens und des Rheinlands, und zudem konnte noch im Jahre 1910 ein konservativer Verein für die Provinz Westfalen gegründet werden.

Die konservative Offensive im Westen erwies sich jedoch als nicht unproblematisch für die DkP, denn sie gefährdete die schwarz-blaue Gemeinschaft mit dem Zentrum. Vor allem die Tatsache, dass jetzt auch in den katholischen Gebieten des Rheinlands konservative Vereine gegründet wurden und dass BdL-Führer, wie Roesicke und Hahn, auf Veranstaltungen in Essen und Unna auftraten, weckte das Misstrauen des Zentrums, musste man dieses doch als einen erneuten Versuch des BdL werten, unter der katholischen Bauernschaft Fuß zu fassen.³⁰

Etwas anders lagen die Dinge in der Provinz Hannover, wo der Vormarsch der Konservativen auf Kosten der Nationalliberalen stattfand. Zwar wurde die dortige Auseinandersetzung schon bei den Landtagswahlen des Jahres 1908 sehr intensiv geführt, erhielt aber mit der allgemeinen Offensive der Konservativen in den Westen ab 1910 einen neuerlichen Schub.³¹ Doch dieses Vordringen gegen den Liberalismus gestaltete sich nicht nur als ein „Ritt in den Westen“, denn zeitgleich erstreckte sich die konservative Offensive auch auf süddeutsche Gebiete, vor allem auf Bayern, Baden und Württemberg.³²

b) Der Kampf gegen den Liberalismus und den „Großblock“

Der nach den Reichstagswahlen von 1907 gebildete Bülow-Block war am Egoismus der DkP und an der Unvereinbarkeit der verfassungs- und wirtschaftspolitischen Ziele von Deutschkonservativen und Liberalen gescheitert. Seitdem hatten, sieht man einmal von der elsass-lothringischen Verfassungsreform ab, DkP und Zentrum im Reichstag eng und erfolgreich zusammengearbeitet. Dabei war es dem Zentrum zwar gelungen, in den Kreis der „regierenden“ Parteien zurückzukehren, es musste dafür aber den Preis einer einseitigen Bindung an die Deutschkonservativen bezahlen. Schon die Vorgänge um die Neukonstituierung des Reichstagspräsidiums zu Beginn der neuen Legislaturperiode hatten gezeigt, wie eng der Spielraum für eine Zentrums-Politik geworden war, die, ohne mit den Konservativen zu brechen, zumindest auch die Nationalliberalen in eine breite Allianz miteinbeziehen wollte: Die Zentrumsfraktion hatte sich den Verzicht auf das Reichstagspräsidentenamt, das ihr als stärkster Fraktion eigentlich zustand, von den Deutschkonservativen dadurch honorieren lassen, dass diese Peter Spahn in das Amt des

²⁸ KZ, Nr. 584, 14. Dezember 1909. Vgl. auch: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 30.

²⁹ C. Koehler, Industrie, 1910, S. 5 f.

³⁰ Schon in den Anfangsjahren des Bundes war dieser Versuch am energischen Widerstand des Zentrums gescheitert. Zur Gründung von konservativen Vereinen im Rheinland und in Westfalen vgl. Kapitel 8. 5.

³¹ Im Februar 1910 fand der erste Parteitag der Konservativen für die gesamte Provinz Hannover in Hildesheim statt. Vgl. Hannoversche Tagesnachrichten, Nr. 29, 4. Februar 1910 und KZ, Nr. 58, 4. Februar 1910.

³² Vgl. dazu die Kapitel 8. 6. – 8. 8.

Ersten Vizepräsidenten wählten; die Bemühungen des Zentrums um eine Integration der Nationalliberalen in das neue Präsidium blieben aber ergebnislos. Mit Hermann Paasche fanden sie zwar einen nationalliberalen Kandidaten, der bereit gewesen wäre, das Amt des Zweiten Vizepräsidenten in dieser Konstellation zu übernehmen, die überwiegende Mehrheit der nationalliberalen Fraktion versagte der Sanktionierung der Rückkehr des Zentrums in das Präsidium jedoch ihre Zustimmung, sodass Paasche, da nur von einer Mehrheit von Zentrum und Konservativen gewählt, die Wahl nicht annahm.³³

Weitaus bedeutsamer aber wirkte sich die Rücksicht des Zentrums auf die Deutschkonservativen in der Parlamentarisierungsdebatte aus: Hier war es weitgehend dem Zentrum zu „verdanken“, dass die durch die „Daily-Telegraph-Affäre“ angeschobenen Parlamentarisierungsinitiativen, die vor allem im Winter 1909/10 ihren Höhepunkt erreichten, wieder im Sande verliefen. Anfänglich hatten „demokratische“ Zentrumsparlamentarier zwar noch die von Linksliberalen und Sozialdemokraten eingebrachten Anträge auf die Einführung des Rechts auf Misstrauensvoten im Anschluss an Interpellationsdebatten mit einer eigenen Initiative unterstützt (Antrag Roeren); doch als die Deutschkonservativen dieses Projekt als einen „sehr bedeutsamen praktischen Schritt zum parlamentarischen Regiment“ vehement bekämpften, brachte Hertling die Vorlagen zum Scheitern, indem er die Mehrheit seiner Fraktion gegen sie einnahm und überhaupt eine deutliche Abneigung gegen jede „weitere Stärkung des Parlamentarismus“ bekundete. Auch in der Frage der Regelung der Ministerverantwortlichkeit unternahm das Zentrum in der diesbezüglich gebildeten Kommission de facto nichts, um die Obstruktion der Deutschkonservativen Partei zu brechen.

³⁴

Dass Konservative und Zentrum sich gemeinsam für die Verschleppung der Parlamentarisierung verantwortlich zeichneten, wurde jetzt auch ein bestimmendes Wahlkampfthema: Und bezeichneten Liberale und Sozialdemokraten diese enge Allianz polemisch nur als „schwarz-blauen Block“, so setzten DkP und Zentrum dem in ihrer Agitation die Parole vom „Großblock“ bzw. „rosa-roten Block“ entgegen.³⁵ In dem fünf Wochen vor der Wahl vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen veröffentlichten und als Wahlprogramm zu bezeichnenden „Vademecum zur Reichstagswahl 1912“ hieß es in diesem Zusammenhang:

„Ein neuer Block ist in der Gründung begriffen, ein Block der Sozialdemokraten, Freisinnigen und der Nationalliberalen“, der „rosa-rote Block“.³⁶

Auch die Ursache für die Bildung eines solchen Blocks auf Reichsebene wurde in dem 53-seitigen Dokument ausfindig gemacht:

„Der von den Liberalen gewünschte allmähliche ‚Abbau‘ des Zollschutzes ist im Endziele nichts anderes als die von den Sozialdemokraten verlangte sofortige und völlige Beseitigung der Zölle. Deshalb gehen Liberale und Demokraten überall im Wahlkampfe gegen uns zusammen und unterstützen sich, wo sie können.“³⁷

Dass vor allem die extremen Agrarier bei dieser Allianz von Bebel bis Bassermann zwischen den Nationalliberalen und Sozialdemokraten keine Unterschiede mehr zu machen bereit

³³ Stattdessen wurde mit dem Erbprinzen Ernst von Hohenlohe-Langenburg ein Hospitant der freikonservativen Fraktion in das Amt gewählt. Vgl. W. Loth, *Katholiken*, 1984, S. 186.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 188 und K. von Westarp I, S. 204 ff., wo dieser feststellt: „Freilich wären wir wohl nicht zum endgültig negativen Erfolg gelangt, wenn nicht damals das Zentrum geneigt gewesen wäre, mit uns zusammenzugehen.“ Gestützt auf dieses konservativ-klerikale Fundament, gelang es der DkP erfolgreich zu taktieren, indem sie die „Differenzen zwischen den gegnerischen Parteien“ ausnutzte, um „bei der Einzelabstimmung Anträge des einen Teiles der Gegner anzunehmen, und dann den so für den anderen Teil unannehmbar gewordenen Beschluss gemeinsam mit diesem bei der Gesamtabstimmung abzulehnen.“

³⁵ Ihre eigene Allianz bezeichneten Deutschkonservative und Zentrum dabei aufgrund ihres „nationalen Charakters“ auch als „schwarz-weiß“. Vgl. BArch, R 8034 II/4326, Bl. 50.

³⁶ Vademecum zur Reichstagswahl 1912, S. 27.

³⁷ Ebenda, S. 1.

waren, war bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt des Wahlkampfes deutlich geworden, denn schon am 19. Dezember 1910 hatte Wangenheim in Königsberg erklärt:

[...] bei dem Kokettieren der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie und bei dem dadurch entstehenden Dampf und Rauch befürchte er, werden die Konservativen das Augenmaß verlieren, den nationalliberalen Kandidaten von dem sozialdemokratischen zu unterscheiden.³⁸

Am 10. Februar 1911 erließ auch der Fünfziger-Ausschuss seinen ersten Aufruf zur Einleitung der Wahlvorbereitung, der unter der Losung „Klar zum Gefecht“ die Intentionen Wangenheims bestätigte. Nach einleitenden Worten über die Härte des bevorstehenden Wahlkampfes hieß es dort:

„Die Schwierigkeit der Lage und die Kampfweise der Gegner werden es nötig machen, von früher beobachteten Praktiken hier und da abzuweichen, wo das Ziel erreicht werden soll, nicht nur überall unser Parteiinteresse rücksichtslos wahrzunehmen, sondern, wo es sich ebenfalls empfiehlt, mit unseren Gegnern ‘von Bebel bis Bassermann’ gebührende Abrechnung zu halten.“³⁹

Diese Kampfansage an die NLP wurde nur vier Tage später im preußischen Abgeordnetenhaus erneuert. Heydebrand und der führende ostpreußische Funktionär des BdL, Rogalla von Bieberstein, beschuldigten die Nationalliberalen, dass sie durch die Neugründungen von Hansabund und Deutschem Bauernbund Industrie und Landwirtschaft gegeneinander aufhetzen würden und dass sie damit die Sache der Sozialdemokratie betrieben. Folglich sei die SPD nur eine Frucht der Sünden des Liberalismus.⁴⁰

Angesichts eines solchen Kurses gegenüber den Liberalen, der jede Verhandlung zwischen diesen und den Deutschkonservativen nach dem ersten Wahlgang auszuschließen schien, entstand in der DkP eine bis in die Parteiführung hineinreichende Gegenströmung. Schon am 1. Weihnachtsfeiertag 1910 wusste die protestantisch-nationale Berliner „Tägliche Rundschau“ zu berichten:

„[...] dass die Führung des Herrn von Heydebrand nicht mehr so bewundert wird wie früher [...] und dass nur die Parteidisziplin viele abhält, ihren Widerspruch [...] gegen die enge Verbindung mit dem Zentrum und gegen die Zerreißung der Bande mit den Mittelparteien auszusprechen.“⁴¹

Ein halbes Jahr später war es erneut Schwerin-Löwitz, der ja schon mit seiner zentrumsfeindlichen Haltung für Verstimmung in der Parteispitze gesorgt hatte und der jetzt am 20. Juni 1911 in Treptow an der Tollense erklärte, dass er bei einer Stichwahl in seinem Wahlkreis „immer und unter allen Umständen auch den schlimmsten bürgerlichen Demokraten doch noch mit aller Entschiedenheit [...] gegen jeden Sozialdemokraten zu unterstützen bitten“⁴² würde. Damit engte Schwerin-Löwitz die Parteiführung in ihrer Haltung

³⁸ Zit. nach: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 36.

³⁹ KZ, Nr. 71, 11. Februar 1911; Kons. Korr., Nr. 12, 10. Februar 1911. Dass die Richtlinien vom Fünfziger-Ausschuss in „vollkommener Übereinstimmung“ verabschiedet wurden, wie die Kons. Korr. berichtete, entsprach mit Sicherheit nicht der Realität und muss wohl darauf zurückgeführt werden, dass über die Sitzungen stets Stillschweigen vereinbart wurde und dass zumeist auch keine Protokolle existierten, weshalb Kritik nur schwer nach außen dringen konnte. Zum Widerstand gegen Heydebrands Wahllosungen vgl. die folgenden Ausführungen.

⁴⁰ Dass das preußische Parlament zum Schauplatz dieser Ausführungen gewählt wurde, scheint kein Zufall gewesen zu sein, weil Heydebrand möglicherweise hoffte, die deutlich stärker rechts orientierte und agrarisch-gesinnte Friedberg-Gruppe des Abgeordnetenhauses zum Abfall von der Linie ihres 1. Parteivorsitzenden Bassermann zu bewegen. Für viele nationalliberale Abgeordnete bestand vor allem die Gefahr, wenn sie Bassermann folgten, in Zukunft die Unterstützung des BdL und damit auch ihren Sitz im Plenum zu verlieren. Vgl. J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 37.

⁴¹ Tägliche Rundschau, Nr. 603, 25. Dezember 1910.

⁴² Vgl. KZ, Nr. 289, 23. Juni 1911; Kons. Korr., Nr. 55, 4. Juni 1911 und Hamburgische Nachrichten, Nr. 290, 23. Juni 1911.

zum Liberalismus wesentlich ein, denn seine Worte fanden stets umso mehr allgemeine Beachtung, da er als Reichstagspräsident einem großen Teil der Bevölkerung bekannt war. Zwar sprach sich der Elfer-Ausschuss mit bemerkenswerter Deutlichkeit gegen Schwerin-Löwitz aus⁴³, doch der sich innerhalb der Partei formierende Widerstand konnte nun nicht mehr übergangen werden.⁴⁴

Da auch die Freikonservativen für einen Zusammenschluss aller „vaterländischen Parteien“ gegen die SPD eintraten, war die deutschkonservative Parteiführung um eine Abschwächung ihrer Position bemüht. Jetzt wurde erklärt, dass „das politische Gewissen des einzelnen Parteiangehörigen von keiner Seite bestürmt werden“ sollte und dass es überhaupt verfrüht und nicht zweckmäßig wäre, schon ein halbes Jahr vor den Wahlen allgemeine Regeln aufzustellen:

„Nach unseren Beobachtungen wünscht man ziemlich allgemein das Stichwahlthema nicht vorzeitig erörtert zu sehen.“⁴⁵

Dabei blieb es, denn auch wenn in den konservativen Blättern in den folgenden Monaten die Auseinandersetzungen über die Stichwahltaktik weitergingen⁴⁶, griff die Parteiführung nun nicht mehr in die Debatte ein.

Auch in dem offiziellen, vom Elfer-Ausschuss verfassten „Wahlaufruf der Deutschkonservativen Partei“ vom 6. Dezember wurde, trotz der darin deutlich enthaltenen antiliberalen Tendenz, die Frage nach dem Verhalten in den Stichwahlen nicht beantwortet. Stattdessen wurde in dem Aufruf die Reichsfinanzreform als „großes nationales Werk“ gelobt und dem Hansa- sowie dem Bauernbund, die „Hand in Hand mit den liberalen Feinden unserer Schutzzollpolitik“ gingen, der Kampf angesagt; außerdem fand man darin das traditionelle Bekenntnis zu den „starken Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, nämlich einer ungeschwächten Kaisergewalt, einer starken Regierung und überhaupt aller Autorität im öffentlichen Leben.“⁴⁷

Erst zwei Wochen später, auf dem Parteitag der ostpreußischen Konservativen in Königsberg, legte Heydebrand die Karten offen auf den Tisch und formulierte vier Bedingungen, die die Liberalen zu erfüllen hätten, wenn sie in den Stichwahlen von der DkP unterstützt werden wollten:

„Widerstand gegen jede Verminderung der Kaiserlichen und Königlichen Regierungsgewalt, Eintreten für lückenloses Schutzzollsystem, Unterstützung aller Maßnahmen zum Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie. Im Übrigen dürften die liberalen Parteien, soweit sie sich gegen uns mit den Sozialdemokraten verbündeten, nicht auf unsere Unterstützung an anderer Stelle rechnen.“⁴⁸

⁴³ „Wir sind in der Lage mitzuteilen, dass die Mehrzahl der bei der Leitung der konservativen Partei beteiligten Herren in diesem Punkte vom Grafen Schwerin-Löwitz abweichen und der Ansicht sind, man müsse von Fall zu Fall entscheiden und direkte Bundesgenossen der Sozialdemokratie genau wie diese selbst auch bei den Stichwahlen behandeln.“ KZ, ebenda. Vgl. auch: DTZ, Nr. 313, 23. Juni 1911.

⁴⁴ Die angesehene konservative „Schlesische Zeitung“ urteilte, dass die Aufnahme der Rede von Schwerin-Löwitz „zu denken“ gäbe: „Graf Schwerin hat, wie wir glauben, der konservativen Sache einen großen Dienst erwiesen [...] Was er von der Zentrumsparthei gesagt hat [...], das ist die Meinung sehr vieler Konservativer.“ Die Politik der konservativen Parteileitung in der Wahlvorbereitung finde jedoch „vielfach bei der konservativen Wählerschaft im Lande, ja selbst in den Reihen der eigenen Parlamentsmitglieder“, keine „volle Zustimmung“. Auch andere konservative Organe, wie die „Dresdener Nachrichten“ und der „Reichsbote“, stellten sich gegen Heydebrand, und auch die Konservativen des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Havelland verkündeten schon zu diesem Zeitpunkt, dass sie der Wahlparole des Parteiführers nicht Folge leisten würden. Vgl. BArch, R 8034 II/6149, Bl. 186.

⁴⁵ Zit. nach J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 40.

⁴⁶ In diesem Zusammenhang wurden radikale und gemäßigte Anschauungen, aber auch einzelne vermittelnde Stimmen laut. Vgl. z. B. KZ, Nr. 569, 5. Dezember 1911.

⁴⁷ Wahlauf Ruf der Deutschkonservativen Partei, in: KZ, Nr. 573, 7. Dezember 1911.

⁴⁸ KZ, Nr. 598, Beilage, 21. Dezember 1911.

Heydebrand hatte die am 19. November erlassenen Wahlauftrufe der beiden liberalen Parteien gekannt⁴⁹ und daher gewusst, dass lediglich die erste seiner Bedingungen mit dem Programm der Nationalliberalen vereinbar gewesen wäre. Die Königsberger Erklärung unterstrich somit erneut, dass der mächtige Mann in der DkP eine Verständigung mit den (National-) Liberalen nicht wünschte, auch wenn darin ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie „auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit“ gefordert wurde. Welche Intentionen Heydebrand bei seinem starren antiliberalen Kurs besaß, lässt sich nicht eindeutig nachvollziehen. Möglicherweise versuchte er, die liberale Mitte aufzuweichen und zögernde Nationalliberale auf die rechte Seite zu ziehen. Dahingestellt sei, ob Heydebrand sogar hoffte, dass ein Reichstag mit sozialdemokratischer Mehrheit entstehe, der dann zur Herrschaft der Rechten führen würde.⁵⁰ Dass die Partei mit einem solchen Kurs in Gegensatz zur Schwerindustrie und zur konservativen „Schwesterpartei“ geriet und ihren „Ritt in den Westen“ gefährdete⁵¹, musste jedoch auch Heydebrand bedenklich stimmen. Deshalb, und aufgrund der Proteste in den eigenen Reihen, trat die Parteiführung, wie schon ein halbes Jahr zuvor, teilweise einen Rückzug an: Am 2. Januar 1912 erklärte die „Konservative Korrespondenz“, in Königsberg seien nur „Grundzüge“ ausgegeben worden; wo lokale Vereinbarungen zwischen Liberalen und Konservativen bereits bestünden, sollten diese selbstredend aufrecht erhalten werden, wo nicht, sollten sie auf der Grundlage gegenseitig verpflichtender Abmachungen im Sinne der Heydebrandschen Königsberger Erklärung angestrebt werden, wobei diese – auch als Reaktion auf die Verärgerung in der Schwerindustrie und in der RFKP – dahin gehend korrigiert wurde, dass jetzt lediglich noch ein „ausreichender Zollschatz“ für Landwirtschaft und Industrie gefordert wurde – von einem „lückenlosen Zollschatz“ war nun nicht mehr die Rede.⁵²

Wenn damit *der von teilweise hasserfüllten Tönen gegen den Liberalismus begleitete Wahlkampf* etwas abgeschwächt wurde, so auch deshalb, weil die Parteiführung wusste, dass ihr Einfluss auf das Verhalten in den einzelnen Wahlkreisen begrenzt war. An der grundsätzlichen Frontstellung gegen den Liberalismus änderte das nichts. Damit aber blieb der Deutschkonservativen Partei nur eine Option: das Zentrum und die Fortsetzung des schwarz-blauen Blocks.

c) *Der schwarz-blaue Block*

Die Aufrechterhaltung der Koalition mit dem Zentrum auch für den Reichstagswahlkampf stellte für die DkP keineswegs eine Verlegenheitslösung dar, wogen die Gemeinsamkeiten beider Parteien doch weitaus stärker als die trennenden Elemente. Sicher: Das Zentrum war im Unterschied zur agrarisch und mittelständisch orientierten, protestantischen DkP eine

⁴⁹ Die Nationalliberalen und Fortschrittler hatten ihre Wahlauftrufe schon zu einem Zeitpunkt verkündet, als die Regierung den Wahltermin noch gar nicht festgelegt hatte. Erst nach der Auflösung des Reichstags am 5. Dezember und der Terminierung der Neuwahlen für den 12. Januar folgten die Wahlauftrufe der SPD noch am 5., der DkP am 6. und schließlich die der Freikonservativen und des Zentrums am 7. Dezember. Zu den Wahlaufrufen vgl. J. Bertram, *Wahlen, 1964*, S. 167 ff.

⁵⁰ Dies wurde Heydebrand wiederholt von liberaler Seite vorgeworfen. Bassermann glaubte sogar, dass hinter dem antiliberalen Kurs der DkP Staatsstreichpläne steckten, die durch ein gewaltiges Anwachsen der Sozialdemokratie ihre letzte Begründung erhalten sollten. In den liberalen Blättern wurde in diesem Zusammenhang immer wieder der Ausspruch des konservativen Reichstagsabgeordneten Karl Georg von Treuenfels zitiert: „In Stichwahlen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten darf man nicht den Liberalen wählen. Der ist uns gefährlich. Dann muss man den Sozialdemokraten wählen. Desto eher kommt es zum Klappen.“ Zit. nach: J. Bertram, *Wahlen, 1964*, S. 38. Vgl. auch: *Tägliche Rundschau*, Nr. 603, 25. Dezember 1910 und *DTZ*, Nr. 91, 18. Februar 1911, wo ähnliche Intentionen geäußert wurden.

⁵¹ So machte sich der freikonservative Parteiführer Zedlitz-Neukirch zum Sprecher der vom ZDI vertretenen Kreise und äußerte lebhaften Widerspruch gegen die deutschkonservative Forderung des lückenlosen Zolltarifs. Ebenda, S. 42.

⁵² *Kons. Korr.*, Nr. 1, 2. Januar 1912.

katholische Volkspartei, bei der man eine entwickelte Fürsorge für den Arbeiter und die Arbeiterorganisation antreffen konnte. *Aber in der Einstellung zum Kapital und Mittelstand, zu Spekulation und Börse fanden sich mehr als nur oberflächliche Parallelitäten zwischen beiden Parteien, die durch die gemeinsame Forderung der konfessionellen Erziehung der Jugend und der Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche bekräftigt wurden.* Hinzu kam, dass die bürgerlichen und „demokratischen“ Zentrumskräfte den konservativen Ausgang der Reichsfinanzreform nicht unverhüllt kritisieren konnten, wenn sie nicht einen offenen Bruch in der Partei riskieren wollten. Folglich traten diese Kräfte in der Apologetik der Reichsfinanzreform die Flucht nach vorne an, zogen damit die Kritik der Verlierer des Sommers 1909 auf sich und mobilisierten auf diese Weise die antikapitalistischen Affekte auf der katholischen Seite ebenso wie sie die anti-ultramontane Bewegung auf der Seite des entstehenden Reform-„Großblocks“ stimulierten.⁵³

Trotz dieser Indizien eines möglichen Zusammengehens mit dem Zentrum fand sich im bereits erwähnten Aufruf des weiteren Vorstandes der DkP vom 10. Februar 1911 keine eindeutige Bereitschaft für eine mögliche Begünstigung von Zentrums kandidaten. Vielmehr erschien der Aufruf, die Kandidatenaufstellung betreffend, sehr widersprüchlich. Einerseits wurde empfohlen, „tunlichst überall [...] eigene Kandidaten unserer Partei“ aufzustellen, andererseits konnte die Bemerkung, dass in der außergewöhnlichen Situation dieses Wahlkampfes von hergebrachten Praktiken eventuell abgewichen werden müsse, die Erkenntnis deutlich werden lassen, dass man damit von der bisher zumeist geübten Methode des Stimmenzählens in nicht zu gewinnenden Wahlkreisen möglicherweise abrücken würde.⁵⁴ Es ist bezeichnend, dass es aber nicht die DkP, sondern das Zentrum war, das die Initiative ergriff, um den schwarz-blauen Block durch klare, zweckbestimmte Absprachen zur gegenseitigen Wahlhilfe schon im 1. Wahlgang zu erhalten. Auf einer großen Versammlung von Zentrumsabgeordneten aus dem Reichstag, den Ländervertretungen sowie Vertretern der im Augustinerverein zusammengeschlossenen Zentrumspresse am 20. März 1911 wurden auf Antrag von Julius Bachem einstimmig Richtlinien für die Wahlvorbereitung der Partei beschlossen. Darin hieß es:

„Es muss vermieden werden, dass Kandidaten der Zentrums partei in Stichwahlen kommen, in welchen sie nach Lage der Verhältnisse in den betreffenden Wahlkreisen nicht durchdringen können und bei welchen der Sieg der Linken dadurch herbeigeführt wird, dass eben der Zentrums kandidant in die Stichwahl gelangt ist. Unter solchen Umständen wird der Zentrums sache besser dadurch gedient, wenn unter Verzicht auf eigene Kandidatur die rechts stehenden Kandidaten in die Stichwahl gebracht werden.“⁵⁵

Damit beschrift das Zentrum, das bisher Wahlabkommen im Allgemeinen nur für die Stichwahlen geschlossen hatte, neue Pfade. Für die DkP aber wurde vor allem der letzte Satz des Wahlauf rufs entscheidend:

„Von den durch die Zentrums partei zu unterstützenden Parteien ist unter allen Umständen Gegenseitigkeit zu verlangen und diese nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen.“⁵⁶

Bereits vier Tage später reagierte der BdL auf diese „Offerte“ des Zentrums und erklärte:

„Wir können unter diesen Umständen auch unseren Freunden nur raten, ihrerseits ‘mutatis mutandis’ nach der für die Zentrums armee ausgegebenen Richtlinie zu marschieren, auch sie würden mit der Unterstützung von

⁵³ Vgl. W. Loth, *Katholiken*, 1984, S. 183 ff., wo der „Rechtsruck des Zentrums“ nach der Reichsfinanzreform detailliert dargestellt wird.

⁵⁴ Vgl. dazu *Kons. Korr.*, Nr. 13, 17. Februar 1911; *KZ*, Nr. 74, 13. Februar 1911 und Nr. 123, 14. März 1911. Der Begriff des „Stimmenzählens“ beschreibt, dass ein Kandidat auch dann aufgestellt wurde, wenn er keine reelle Chance besaß, gewählt zu werden.

⁵⁵ Zit. nach J. Bertram, *Wahlen*, 1964, S. 43.

⁵⁶ Ebenda, S. 44.

Zentrums kandidaten in den für eigene Kandidaten aussichtslosen Wahlkreisen ihren eigenen Interessen den besten Dienst erweisen.“⁵⁷

Im Unterschied zum BdL hat es eine offizielle Stellungnahme der DkP-Führung zur Zentrumsversammlung vom 20. März nicht gegeben. Dass die Parteispitze hier keinen eindeutigen Kurs vorgab, lag sicher z. T. am Widerstand der Zentrumsgegner in den eigenen Reihen, vor allem aber an der Rücksichtnahme auf die besonderen parteipolitischen und konfessionellen Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen – insbesondere *in Westpreußen erschien das Zentrum vielen konservativen Wählern als national höchst unzuverlässig.*

Dennoch scheint es auf höchster Parteiebene zu einer Abstimmung des Verhaltens beider Parteien im Wahlkampf gekommen zu sein. Beispielsweise schickte das führende Zentrumsmitglied Carl Bachem Zeitungsberichte an von Heydebrand über seine auf einer Wahlversammlung des Zentrums abgegebene Erklärung zu der großen Reichstagsauseinandersetzung des deutschkonservativen Parteivorsitzenden mit Bethmann Hollweg im November 1911.⁵⁸ Nicht die Tatsache an sich, als vielmehr die Selbstverständlichkeit, mit der Bachem vorging, lässt vermuten, dass es sich hier um keine einmalige Übung handelte, sondern dass eine Korrespondenz zwischen den Parteiführern bestanden hat.⁵⁹

Es kann also zusammenfassend festgestellt werden, *dass es ein offizielles Wahlabkommen zwischen Zentrum und Deutschkonservativer Partei nicht gegeben hat.*⁶⁰ Doch sowohl der Wahlaufuf vom 10. Februar als auch Heydebrands Königsberger Erklärung kurz vor Weihnachten waren deutliche Indizien für den *Willen der Parteiführung, das Zentrum in den für die DkP nicht zu gewinnenden Wahlkreisen schon im 1. Wahlgang zu unterstützen* und damit von der zumeist geübten Taktik in früheren Wahlen abzurücken. Die eindeutige Stellungnahme des BdL für ein Wahlbündnis mit dem Zentrum und die mit ziemlicher Sicherheit vorhandenen Kontakte der Parteiführer bekräftigen diese Einschätzung. Jetzt kam es für die Parteiführung darauf an, auf die Kandidatenaufstellung in einzelnen Wahlkreisen einzuwirken, soweit das überhaupt zu realisieren war.

d) Der Wahlkampf

Die Wahlen zum 13. Deutschen Reichstag waren von der Regierung für den 12. Januar 1912 festgesetzt worden, nachdem sie das 1907 gewählte Plenum am 5. Dezember 1911 aufgelöst hatte. Nur einen Tag nach der Reichstagsauflösung war der bereits erwähnte Wahlaufuf der Deutschkonservativen Partei erlassen worden, der in den folgenden Wochen vom Hauptverein als kleine Broschüre in die einzelnen Wahlkampfgebiete verschickt wurde.⁶¹ Der Aufruf wies erneut die Orientierung der DkP auf die Landbevölkerung und den Mittelstand nach⁶²; er zeigte die Verteidigungsstellung, in der sich die Partei befand und verdeutlichte auch, dass

⁵⁷ Zit. nach ebenda.

⁵⁸ Diese Auseinandersetzung bezog sich auch auf den Wahlkampf. Vgl. SBR, Bd. 268, 9. November 1911, S. 7718 ff. und 10. November 1911, S. 7772.

⁵⁹ Vgl. J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 16.

⁶⁰ Noch kurz vor Weihnachten erklärte die ostpreußische konservative „Lycker Zeitung“, dass „die Behauptung von dem Bündnis zwischen Konservativen und Zentrum gegen die liberale Partei [...] eine zu agitatorischen Zwecken verbreitete w a h r h e i t s w i d r i g e Behauptung unserer Gegner ist.“ Lycker Zeitung, Nr. 297, 19. Dezember 1911. (Hervorhebung im Original)

⁶¹ Wie hoch die Auflage des „Wahlratgebers“ („Vademecum zur Reichstagswahl 1912“) gewesen ist, konnte nicht ermittelt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass eine beachtliche Anzahl unter den Wählern verbreitet wurde, da das „Vademecum“ unter den Konservativen, aber auch bei deren Wahlgegnern, allgemein bekannt war.

⁶² „Insbesondere der Mittelstand wird sich nicht irreführen lassen. Er weiß durch jahrzehntelange Erfahrung, dass die konservative Partei seine stets bewährte und zukunftsichere Stütze auch gegen die überhand nehmende Macht des Großkapitals, namentlich der Warenhäuser, ist.“ Vademecum zur Reichstagswahl 1912, S. 2.

diese trotzdem nicht in der Lage oder willens war, sich durch feste Wahlbündnisse mit anderen Parteien aus dieser defensiven Position zu lösen.

Auch wenn die Wahlkreisorganisationen die Verantwortung für die im Wahlkampf einzuschlagende Taktik letztlich allein besaßen, war der Hauptverein bestrebt, durch eine möglichst weite Verbreitung seines „Wahlratgebers“ Einfluss auf die einzelnen Wahlkreise zu nehmen. Zu diesem Zweck wurden von der Berliner Zentrale Redner bereitgestellt, die den Wahlaufuf in seinen Details erläutern sollten.⁶³ Als Problem erwies es sich dabei, dass in den Wahlkreisen zumeist nicht die im Wahlaufuf des Elfer-Ausschusses behandelten Punkte die zentralen Gesprächsthemen bildeten, sondern dass es die kleinen Sorgen des Alltags waren, die die Wähler bewegten und zu denen die vom Hauptverein entsandten Vertreter Stellung nehmen mussten. Hier zeigte sich, dass die Redner häufig nicht ausreichend über die jeweils spezifischen Probleme der einzelnen Regionen informiert waren oder dass ihr unsachliches Auftreten der konservativen Sache mehr Schaden zufügte als es ihr nützte.⁶⁴ Nicht zuletzt deshalb traten jetzt auch vermehrt führende deutschkonservative Politiker in den einzelnen Wahlkreisen auf, die schon allein aufgrund ihrer Autorität mehr Einfluss auf die Wähler ausüben konnten als die Redner des Hauptvereins. Natürlich war es aber vor allem erforderlich, dass der jeweilige Kandidat sich selbst den Wählern seines Kreises vorstellte, denn aufgrund des allgemeinen Ausbaus der Organisationen aller Parteien mussten sich die Kandidaten ihrer Wählerschaft jetzt häufiger präsentieren als bei früheren Wahlen und zumeist auch den letzten Winkel ihres Wahlkreises bereisen⁶⁵ – die sog. „Riviera-Wahlkreise“ gab es 1912 selbst in den einstigen konservativen Hochburgen des Ostens nicht mehr.⁶⁶

Dennoch war es für die Kandidaten der DkP in den östlichen Wahlkreisen auch noch bei der Reichstagswahl von 1912 von Vorteil, dass sie sich vielfach der Unterstützung durch die Behörden und Gutsbesitzer sicher sein konnten. Bereits ein Jahr vor der Wahl wusste der „Fränkische Kurier“ zu berichten: „In der Stadt Passenheim wird jetzt schon eifrigst Wahlpropaganda für den Agrarier Bieberstein-Bosemb getrieben“, da die städtischen Körperschaften der ostpreußischen Stadt geschlossen dem konservativen Verein beigetreten wären und zugleich die Bevölkerung zum Eintritt in den Verein durch Aushänge im Magistratsgebäude aufgefordert hätten.⁶⁷

⁶³ Mit der Ausbildung von Berufrednern durch den Hauptverein war nach der Reichsfinanzreform begonnen worden. Vgl. dazu auch Kapitel 2. 6., insbes. Anm. 64. In Vorbereitung der Wahl von 1912 wurde die Rednerausbildung vor allem in Ostpreußen nach den beiden Niederlagen in den Nachwahlen intensiviert. Im Januar 1911 fand hier ein Kurs zur „Ausbildung konservativer Zukunftsgagatoren für die nächste Reichstagswahl“ statt, der ca. 40 Gutsbesitzer, Mühlenbesitzer und Handwerker zu seinen Teilnehmern zählte. Freisinnige Zeitung, Nr. 28, 2. Februar 1911.

⁶⁴ Vgl. BArch, R 8034 II/4326, Bl. 64.

⁶⁵ Der spätere Reichstagsfraktionsvorsitzende Graf Westarp beispielsweise führte nach der Bekanntgabe des Wahltermins in seinem Posener Wahlkreis Meseritz-Bomst zwischen dem 7.-20. Dezember 1911 im Durchschnitt täglich zwei Wahlveranstaltungen durch, nach dem Jahreswechsel waren es dann sogar fast drei Wahlkampftermine pro Tag. Dies war umso beschwerlicher, da die Veranstaltungen frühestens um 14 Uhr begannen. BArch, NL Westarp 1, Bl. 75.

⁶⁶ Schon nach der verlorenen Nachwahl im Wahlkreis Oletzko-Lyck im April 1910 hatte die „Kreuzzeitung“ erkannt, „dass es absolut sichere Mandate in der Gegenwart nicht mehr gibt und dass auch dort, wo seit Jahren das konservative Banner ungestört und siegreich geweht hat, die Hände niemals und unter keinen Umständen in den Schoß gelegt werden dürfen.“ KZ, Nr. 175, 16. April 1910. Und knapp ein Jahr vor der Wahl berichtete die „Tägliche Rundschau“, dass sich „der Aufmarsch der Parteien, der ja eigentlich schon im Juli 1909 begonnen hat“, „schon fast lückenlos vollzogen“ habe; „der kleine Teil von Wahlbezirken, der noch keine Wahlversammlungen und Kandidaten zu melden hat, besteht fast ausnahmslos aus sicheren Wahlkreisen der Sozialdemokratie, des Zentrums oder der Polen, in denen ohne große Wahlagitation nach Parteibefehl abgestimmt wird. Mit ungewöhnlicher Rührigkeit treten die Konservativen in den Wahlkampf ein“, denn für sie sei es ein Kampf um „Sein oder Nichtsein“, und weil sie den Block zertrümmert hätten, könnten auch die glücklichen Inhaber der östlichen Mandate nicht an der Riviera weilen.“ Tägliche Rundschau, Nr. 61, 5. Februar 1911. Der Begriff „Riviera-Wahlkreise“ stammte vom BdL-Agitorator Diederich Hahn.

⁶⁷ Fränkischer Kurier, Nr. 659, 27. Dezember 1910. Bieberstein wurde dann auch in seinem Wahlkreis Gumbinnen (Bez. Königsberg) gewählt.

Besonders stark war jedoch der Druck, der häufig durch die Gutsbesitzer auf die Wähler ausgeübt wurde⁶⁸, sodass die gegnerischen Parteien den Deutschkonservativen nicht selten „Wahlterrorismus“ und „Wahlbetrug“ vorwarfen.⁶⁹ Im Wahlkreis Mecklenburg-Schwerin beispielsweise entließ ein Gutsbesitzer Leute, die sich offen zur Sozialdemokratie bekannt hatten, eine Maßnahme, die von dem dort siegreichen deutschkonservativen Rittergutsbesitzer Graefe-Golbebe verteidigt wurde, weil „das Zusammenwirken eines Gutsbesitzers mit seinen Leuten dann beide Teile nicht mehr befriedigen [könne], wenn Erklärungen einer vollkommen abweichenden Weltanschauung und ein so schroffer Ausdruck größter Unzufriedenheit stattgefunden habe.“⁷⁰

Offen manipuliert scheinen die Wahlen vor allem in Pommern gewesen zu sein, wenn man der liberalen Presse Glauben schenken kann. In einigen Orten wurden den Gutsarbeitern hier vor dem Wahllokal nationalliberale Stimmzettel abgenommen und dafür konservative Stimmzettel in die Hand gedrückt:

„Die Wahlurnen bestanden in einer großen Zahl von Bezirken wieder aus Zigarrenkisten, Töpfen und anderen unvorschriftsgemäßen Gefäßen. Die überwachenden Vertrauensleute wurden aus zahlreichen Wahllokalen gewiesen, und das konservative Freibier floss schon am Tage der Wahl in Strömen. In einzelnen Wahlkreisen, wie z. B. in Naugard-Regenwalde, nahmen die Verstöße gegen das Wahlgesetz einen derartigen Umfang an, dass von der nationalliberalen Wahlkreisorganisation ein Protest eingereicht“ wurde.⁷¹

Wenn solche Vorkommnisse sicher eher die Ausnahme als die Regel darstellten, so mögen sie doch in dem einen oder anderen ostelbischen Wahlkreis nicht unerheblich zur Wahl eines deutschkonservativen Kandidaten beigetragen haben. In erster Linie war aber auch für die Deutschkonservativen der Wahlkampf sehr beschwerlich. Zwar gab es die Möglichkeit, ein Automobil zu mieten, doch gerade in den ländlichen Gebieten waren die Straßenverhältnisse oft sehr schlecht, sodass das Abhalten mehrerer Wahlversammlungen in einer Woche oder gar an einem Tag zu einer Tortur werden konnte.⁷²

⁶⁸ Allerdings stellten sich die Verhältnisse bei den Wahlen von 1912 nur noch in wenigen Ausnahmefällen so ausgeprägt dar, wie sie H. von Gerlach, hier am Beispiel einer Reichstagswahl im Sommer, beschrieben hat: „Da saß der gnädige Herr als Wahlvorsteher obenan, und in der Mittagspause wurden die Arbeiter direkt vom Felde weg, von Inspektor und Vogt in das Wahllokal geführt. Draußen bekam jeder den ‚richtigen‘ Wahlzettel in die Hand gedrückt. Keiner traute sich, ihn unter Kontrolle des gnädigen Herrn und seiner Adjutanten gegen einen anderen umzutauschen.“ H. von Gerlach, Von Rechts nach Links, 1987, S. 34.

⁶⁹ Dazu gehörte auch das sog. „Saalabtreiben“, das in Ostelbien ein traditionelles Wahlkampfmittel der DkP darstellte. Mit Hilfe der Unterstützung der Behörden wurde auf diese Weise vor allem der SPD das Finden von Versammlungsräumen unmöglich gemacht; nach dem Aufbau von nationalliberalen Organisationen in Ostpreußen wurde jetzt aber auch der DkP von diesen angedroht, die konservativen Wahlversammlungen zu „sprengen“. Wahlterror gab es jedoch nicht nur auf dem Lande, sondern auch im städtisch-industriellen Milieu, und wurde hier vor allem von schwerindustriellen Großunternehmen ausgeübt. Vgl. dazu BArch, R 8034 II/4326, Bl. 29; ferner: R. Arsenscheck, Wahlfreiheit, 2003, S. 256 f.

⁷⁰ BArch, R 8034 II/4326, Bl. 54.

⁷¹ Freisinnige Zeitung, Nr. 16, 20. Januar 1912. Über „junkerlichen Wahlterrorismus“ in den pommerschen Wahlkreisen Stralsund-Rügen und Neustettin sowie im niederschlesischen Wahlkreis Jauer-Landeshut berichtet auch die „Leipziger Volkszeitung“: Im letzteren habe der deutschkonservative Landtagsabgeordnete Frhr. von Richthofen-Mertschütz „seinen Leuten“ eigenständig geschriebene Stimmzettel verabfolgt, um Kontrolle über deren Wahlverhalten zu erlangen; an der Anzahl der fehlenden geschriebenen Stimmzettel konnte er dann leicht erkennen, wie viele „rüdige Schafe“ er in seiner Herde hatte. Leipziger Volkszeitung, Nr. 18, 23. Januar 1912. Hier auch weitere Beispiele.

⁷² Sehr anschaulich vor Augen geführt werden die Strapazen des Wahlkampfes in den ländlichen Gebieten in der Schilderung eines anonymen deutschkonservativen Reichstagskandidaten – vermutlich aus Schleswig-Holstein: In dieser berichtet der Mandatsbewerber von „600 teilweise sehr weit voneinander entfernten Wahlorten“, „aber nur einem Schienenstrang und sehr unwegsamen Straßenverbindungen, mit keiner einzigen eigenen, aber mehreren giftigen gegnerischen Zeitungen, mit leerer Wahlkasse“ usw.; unter diesen misslichen Bedingungen habe er die Aufgabe gehabt, „Abend für Abend loszuziehen und mein eigener Versammlungsleiter und – selbstverständlich – mein eigener Redner sein zu müssen.“ Oft empfingen ihn dabei „laute Schimpfwörter und „drohende Fäuste“, ja dreimal habe er sogar „ernsthaft in Lebensgefahr gesteckt.“ Kieler Neueste Nachrichten, Nr. 14, 18. Januar 1912.

Die hohe Intensität des Wahlkampfes und der verstärkte Einsatz der verschiedensten Agitationsmittel brachten auch eine erhebliche Vermehrung der Kosten mit sich. Lagen die durchschnittlichen Ausgaben für die ca. 1.500 Bewerber aller Parteien bei rund 6.500 Mark, so dürften sie für die „ernsthaften“ Kandidaten zwischen 10.000 und 15.000 Mark betragen haben; in besonders stark umkämpften Wahlkreisen stiegen die Aufwendungen sogar auf über 20.000 Mark.⁷³ Obwohl die DkP bei ihren 136 Kandidaten hauptsächlich aussichtsreiche Mandatsbewerber ins Rennen schickte, dürften ihre Ausgaben die allgemeinen durchschnittlichen Kosten nicht oder nur unwesentlich überstiegen haben⁷⁴; das Geld für den Wahlkampf kam dabei aus den einzelnen Wahlkreisorganisationen der DkP oder aus dem Privatvermögen des Mandatsbewerbers⁷⁵, aber auch vom Berliner Hauptverein, wobei die von der Zentrale bereitgestellten Beträge noch durch die Errichtung eines Wahlfonds erhöht werden konnten, zu dessen Sammlung der Fünzfziger-Ausschuss am 5. März aufgerufen hatte.⁷⁶

Beträchtlich war natürlich auch die finanzielle Unterstützung durch den BdL, die in den agrarischen ostelbischen Gebieten sogar den Hauptanteil der Hilfe für die Deutschkonservative Partei darstellte.⁷⁷ Trotzdem gelang es den deutschkonservativen Kandidaten zumeist, die Unabhängigkeit ihrer Kandidatur vom BdL zu wahren, sodass sich die Bundesführer nicht selten darüber beklagten, dass sich die vom BdL unterstützten Bewerber nicht dessen Wünschen beugen würden.⁷⁸ Neben der direkten finanziellen Hilfe konnte sich die DkP in ihrem Wahlkampf schließlich auch der wirksamen Agitationsmaschine des BdL bedienen. So gab dieser ein „Kleines Wahl-ABC des Bundes der Landwirte“ heraus, verbreitete die Schrift „Vorwärts zu den Wahlen 1912“ und ließ zudem 17 Millionen Ansichtspostkarten verteilen, auf denen die Bedeutung der Landwirtschaft gegenüber den anderen Erwerbszweigen hervorgehoben wurde.⁷⁹ Außerdem wurden von der Geschäftsstelle des Bundes – wie auch vom Hauptverein der Deutschkonservativen – konservative Verleger mit dem zentralen Vertrieb von Flugblättern beauftragt.⁸⁰ Den wirksamsten Bestandteil der Bundespropaganda stellten aber die 9478 Wahlversammlungen dar, die 1911 von einem Stab

⁷³ Vgl. J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 190.

⁷⁴ Dies ergibt auch eine Auswertung der Nachlässe von Westarp und Wangenheim, aus der sich aber nur ungefähre Zahlen ermitteln lassen. Generalsekretär Schroeter bezifferte die Ausgaben für den Wahlkampf pro Wahlkreis ab 3.000 auf bis zu über 10.000 Mark. BArch, NL Westarp 98, Bl. 2 f. Vgl. auch BArch, NL Wangenheim 5, Bl. 33 ff. Nimmt man also auch für die DkP einen Durchschnittswert von 6.500 Mark pro Wahlkreis an, so lägen die Gesamtausgaben für den Wahlkampf der insgesamt 136 Kandidaten bei 884.000 Mark.

⁷⁵ Vgl. K. von Westarp I, S. 400.

⁷⁶ KZ, Nr. 109, 5. März 1911. In den Wahlfonds scheinen neben den Gönnern und Anhängern der Partei auch Industrielle eingezahlt zu haben, wenn sich das auch nicht zweifelsfrei nachweisen lässt. Erst im Zusammenhang mit einer Nachwahl im Wahlkreis Osterburg-Stendal im Mai 1914 kann man die industrielle Unterstützung eindeutiger belegen, wenn Schroeter von einem „industriellen Wahlfonds“ berichtet, aus dem man 5.000 Mark Unterstützung erhalten werde. BArch, NL Westarp 98, Bl. 2 f. und 16 ff. Eine genaue Summe der vom Hauptverein abgeführten Gelder lässt sich nicht ermitteln, aber in einem Brief Schroeters an Westarp vom 20. Dezember 1911 wird deutlich, dass der Hauptverein den einzelnen Kandidaten nicht unbeträchtliche Summen zukommen ließ. BArch, NL Westarp 1, Bl. 72.

⁷⁷ Wangenheim hatte den dem Bund der Landwirte zur Verfügung stehenden Wahlfonds auf ca. 300.000 Mark geschätzt, die auf annähernd 200 Wahlkreise verteilt werden könnten, wobei der DkP mit ihren 136 Kandidaten der Großteil zukam. BArch, NL Wangenheim 5, Bl. 33 ff. Genauere Zahlen ließen sich leider nicht ermitteln.

⁷⁸ Schon bei der Nachwahl in Oletzko-Lyck im Frühjahr 1910 hatte Roesicke lamentiert: „Die Wahl Oletzko-Lyck kostet uns viel. Hoffentlich gelingt es uns, die Herren in Ostpreußen für die Zukunft aber davon zu überzeugen, dass sie sich uns mehr fügen müssen. Es ist weder angenehm noch würdig für uns, wenn man zwar unsere Hilfe wünscht, aber unseren Wünschen und Bestimmungen nicht nachkommt.“ BArch, NL Wangenheim 5, Bl. 35. Brief Roesickes an Wangenheim vom 6. April 1910.

⁷⁹ Finanziert wurde diese Aktion dadurch, dass jedem BdL-Mitglied 60 Ansichtspostkarten zum Preis von 3 Mark zugesandt werden sollten, um von diesen dann weiterverteilt zu werden. Die Schrift „Vorwärts zu den Wahlen von 1912“ kostete 25 Pfennige, bei einem Kauf von 2.000 Exemplaren 6 Pfennige pro Exemplar. Durch die Aktion dürften dem Wahlfonds des Bundes mehrere hunderttausend Mark zugeflossen sein. Vgl. J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 174.

von 151 Rednern und Beamten abgehalten wurden. So setzte sich das Elferausschuss-Mitglied von Kröcher im Wahlkreis Salzwedel wohl nur deshalb in einer Stichwahl mit offen erscheinendem Ausgang gegen den Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes Dr. Böhme durch, weil der BdL über 50 Hausagitatoren in den Wahlkreis entsandt hatte, die in allen größeren Dörfern einquartiert wurden, während Dr. Böhme den Wahlkreis fast ganz alleine „bearbeiten“ musste.⁸¹

Unterschied sich der Wahlkampf von DkP und BdL insgesamt kaum von dem anderer Parteien, so fällt doch auf, dass sich die zentralen Publikationsorgane der Deutschkonservativen einer moderateren Sprache bedienten als die Presseerzeugnisse der konkurrierenden Parteien oder des BdL. Das wichtigste konservative Publikationsorgan, die „Kreuzzeitung“, meinte nicht einmal am Morgen des Wahltages auf das Ereignis aufmerksam machen zu müssen, weil es mit dieser Nichtbeachtung parlamentarischer Verfassungsformen seiner traditionellen konservativen Gesinnung am besten Ausdruck zu verleihen glaubte.⁸² Anders verhielt es sich mit den konservativen Provinzialblättern, die die Wahlaufrufe der Parteiführung in einem sehr martialischen Ton aufnahmen und in einer Sprache interpretierten, die häufig aus der Welt des Krieges stammte.⁸³ Da aber alle Parteien ihre Wähler derart auf den bevorstehenden Urnengang einstimmten – Bassermann sprach vom „Tag des Gerichts“⁸⁴ –, konnte man am Vorabend der Wahlen fast im gesamten Reich eine vor Spannung knisternde Atmosphäre bemerken, eine starke Polarisierung der Wählerschaft in rechts und links, in Befürworter und Ablehner des schwarz-blauen Blockes.

e) Die Hauptwahl am 12. Januar 1912

Der Hauptwahltag des 12. Januar unterstrich die Wirksamkeit des Wahlkampfes eindrucksvoll, denn bei einer Wahlbeteiligung von 84,9 % war es den Parteien gelungen, so viele Wähler wie nie zuvor zum Gang an die Wahlurne zu bewegen. Am geringsten war die Resonanz dabei in den Gebieten, in denen der Wahlausgang klar zu sein schien – vor allem in den Zentrums-Hochburgen in Bayern und in der Rheinprovinz –, während in den umstrittenen Gebieten überdurchschnittlich viele Wähler mobilisiert werden konnten; dies traf insbesondere auf Hannover, Baden, Württemberg und die ostelbischen Provinzen zu, also auf die Wahlkreise, in denen die schwarz-blauen Parteien und die Linksparteien gegeneinander antraten.

Von den 12.207.632 Wählern mit gültiger Stimme hatten sich 1.126.270 Wähler für die Deutschkonservative Partei entschieden. Das war zwar die höchste Wählerzahl, die die Partei in ihrer Geschichte jemals erreichte, dennoch musste sie – trotz der Unterstützung durch das

⁸⁰ Obwohl Bund und Partei beachtliche Erfolge beim Vertrieb von Schriften aller Art vorzuweisen hatten, reichten die Zahlen nicht an die der Sozialdemokratie heran, die im Jahre 1911 über 80 Millionen Flugblätter, Kalender und Broschüren verbreitete und die damit als die deutlich aktivste politische Gruppierung in Erscheinung trat. Allein in den drei, der SPD absolut sicheren Berliner Wahlkreisen IV, VI und Teltow-Beeskow-Charlottenburg brachten die Sozialdemokraten fast 11,5 Millionen Flugblätter unter die Wähler – das waren mehr als 20 pro Kopf –, wogegen sie in den konservativen Hochburgen des Ostens weniger Agitationsexemplare verbreiteten als es Wähler gab. Vgl. SPD-Parteitag 1912, insbes. S. 25 f. und 62 ff. Durch die Rechnungslegung vor dem Parteitag von 1912 ist die SPD die einzige Partei, bei der man mit Hilfe der Quellen einen detaillierten Überblick über die Zahlen des Wahlkampfes (Ausgaben des Vorstandes und der Wahlkreise, Anzahl und Art der Agitationsmittel usw.) erhält.

⁸¹ Vgl. BArch, R 8034 II/5099, Bl. 86.

⁸² Vgl. KZ, Nr. 18, 12. Januar 1912.

⁸³ Heydebrands Worte „Es geht um’s Ganze“ wurden als „Schlachtruf“ angesehen in einer Situation, in der der „große Entscheidungskampf“ bevorstehe, in dem die „Feinde ringsum“ gegen die „Phalanx der Rechten stürmen“, um die konservative Idee zu „vernichten“ usw. Vgl. z. B. Mecklenburger Nachrichten, Nr. 283, 3. Dezember 1911.

⁸⁴ BArch, R 8034 II/4326, Bl. 8.

Zentrum – einen leichten prozentualen Rückgang gegenüber den Wahlen von 1903 (10,0 %) und 1907 (9,4 %) auf jetzt 9,2 % verzeichnen.

Insgesamt hatten die Parteien des schwarz-blauen Blocks etwas mehr als viereinhalb Millionen Stimmen oder 37,4 % der Wählerschaft für sich gewinnen können, während die Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten mit ca. siebeneinhalb Millionen Stimmen oder 61,9 % ein deutliches Übergewicht erzielen konnten. Waren die Rechtsparteien somit die Verlierer der Hauptwahl⁸⁵, *so durften sich die Sozialdemokraten als klare Sieger betrachten, da sie von mehr als einem Drittel aller Wahlberechtigten gewählt worden waren.*

Für die DkP brachte dieser erste Wahlgang, neben der schmerzhaften Tatsache des Verlustes der schwarz-blauen Mehrheit, im Wesentlichen zwei Ergebnisse: erhebliche Einbußen in den ostelbischen Stammgebieten und teilweise beträchtliche Gewinne in den westelbischen Territorien. Am größten waren die Verluste in Ostpreußen, wo die Partei noch 1903 fast die Hälfte aller Wähler gewonnen hatte und wo sie jetzt nur noch bei etwas mehr als einem Drittel der Wähler auf Resonanz gestoßen war. Auch in Brandenburg und in den norddeutschen Klein- und Mittelstaaten gab es erhebliche Verluste, während in Berlin, Westpreußen, Schlesien und Sachsen nur geringe Einbußen zu verzeichnen waren. In Pommern stieg der Stimmanteil sogar geringfügig: Hier hatte die DkP mit 45,4 % und mehr als 146.000 Wählern sowohl prozentual als auch absolut ihren stärksten Wählerstamm.

Waren die Liberalen Nutznießer der deutschkonservativen Verluste in den ostelbischen Gebieten, so gab es im Süden und Westen des Reiches eine völlig gegenläufige Entwicklung: In Württemberg, Baden und Bayern konnten die Deutschkonservativen erhebliche und in Hannover kleinere Gewinne verzeichnen; darüber hinaus gelang es der DkP, in Schleswig-Holstein und Posen auf Kosten der Freikonservativen beträchtlich zuzulegen⁸⁶, und auch in der Provinz Sachsen gab es leichte Gewinne für die Partei.

Das Ergebnis der Hauptwahl verdeutlichte auch, dass die DkP nach wie vor eine Partei war, die vorrangig auf dem Lande⁸⁷ gewählt wurde. Dabei ist bemerkenswert, dass die ländlichen Wähler nicht nur im Reich die durchschnittliche Wahlbeteiligung erreichten, sondern dass sie in Ostelbien häufig am eifrigsten zur Urne gingen. Beunruhigen musste die Partei jedoch, dass sie gerade hier, in ihren ostelbischen Kerngebieten, die deutlichsten Verluste zu verzeichnen hatte. Insbesondere die Entwicklung in Ostpreußen, wo der Anteil der ländlichen Stimmen der DkP von 59 auf 47 % gesunken war, stellte für die Partei eine mittlere Katastrophe dar.

Dennoch konnte die Deutschkonservative Partei – trotz der allgemeinen geringen Verluste – in Ortschaften mit weniger als 2.000 Einwohnern insgesamt zulegen: Gegenüber der Wahl von 1903 stieg der diesbezügliche Stimmanteil von 15,5 auf 17,5 %. Diese Tatsache war sicherlich teilweise darauf zurückzuführen, dass die Behörden und der BdL auf dem Lande viele rechts stehende Wähler mobilisieren konnten. In einer ganzen Reihe von Wahlkreisen, insbesondere des Westens, gelang es der DkP jedoch aus eigener Kraft, neue ländliche Wähler zu gewinnen. So erzielte die Partei in Canstatt ohne fremde Hilfe ca. 30 % der ländlichen Stimmen, in Hanau konnte sie im Vergleich zu 1903 einen Gewinn von 18-20 % verbuchen, und in Hildesheim erreichte sie im ersten Anlauf einen Anteil an ländlichen Wählern von ca. 23 %.

⁸⁵ Noch 1903 hatte das Verhältnis zwischen den Rechtsparteien und ihren Gegnern 43,1 zu 56,3 Prozent betragen. Da die Reichstagswahl von 1907 aufgrund der ausgeprägten Frontstellung der Parteien, auch der Deutschkonservativen, gegen das Zentrum, wenig symptomatisch ist, wird im Folgenden häufig auch die Wahl von 1903 zum Vergleich herangezogen.

⁸⁶ Die RFKP hatte von den größeren Parteien die schwersten Verluste zu verzeichnen, da sie im Vergleich zur Wahl von 1903 mehr als ein Siebentel und gegenüber der Wahl von 1907 sogar ein Viertel an Wählerstimmen verlor. Aufgrund der allgemeinen Linksorientierung der Wähler dürfte entgegen diesem Trend jedoch auch eine nicht unbedeutende Anzahl bisher deutschkonservativer Wähler ins Lager der Freikonservativen gewechselt haben, vor allem in Ostpreußen und Westfalen. Vgl. auch: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 210 f.

⁸⁷ Darunter werden hier Ortschaften mit weniger als 2.000 Einwohnern verstanden.

Wie im Reichsmaßstab, so waren die stärksten Zugewinne an ländlichen Wählern jedoch wieder in den beiden süddeutschen Königreichen sowie in Baden zu verzeichnen: Zum einen kam der DkP hier die Wahlhilfe des Zentrums zugute, zum anderen war das jedoch ein Beweis dafür, dass auch in diesen Gebieten das konservative Programm bei den ländlichen Wählern Zustimmung finden konnte. In den süddeutschen Wahlkreisen Ansbach, Esslingen und Heidelberg profitierte die DkP wiederum davon, dass der BdL seine Kandidaten zugunsten der DkP zurückziehen musste, weil das agrarische Programm der Partei weniger radikal war als das des Bundes. Wenn jedoch der Kandidat – wie in Ansbach – derselbe blieb, nur dass er sich 1903 als Vertreter des BdL, jetzt aber als Deutschkonservativer seinen Wählern präsentierte, so konnte hier nur von einem scheinbaren Zugewinn der DkP gesprochen werden.⁸⁸ Auch der Anstieg der Wählerstimmen in Mecklenburg-Schwerin war nur ein scheinbarer, da die Freikonservativen hier im Kreis Rostock/Bad Doberan auf eine Kandidatur verzichtet und damit ihren Anteil von ca. vier Prozent der ländlichen Wähler des Großherzogtums den Deutschkonservativen überlassen hatten.

Dass die DkP in den größeren Gemeinden einen Stimmrückgang zu verzeichnen hatte, lag z. T. daran, dass sie hier selbst oft den verbündeten Parteien Wahlhilfe leistete; einen Anstieg der konservativen Stimmen in Ortschaften zwischen 2.000-100.000 Einwohnern erreichte die Partei aber wiederum in Bayern, Württemberg und Baden sowie in den preußischen Regierungsbezirken Stralsund, Magdeburg und Liegnitz.⁸⁹

Für den Ausgang der Hauptwahl vom 12. Januar, insbesondere für die unterschiedlichen Wahlergebnisse westlich und östlich der Elbe, lassen sich aus deutschkonservativer Sicht vor allem zwei Erklärungen finden:

1. Die DkP erzielte zumeist in den Gebieten verhältnismäßig gute Resultate, in denen deutschkonservative Organisationen erst unmittelbar vor der Wahl gegründet worden waren, während es dort, wo solche Organisationen schon länger bestanden, häufig deutliche Stimmverluste gab. Die jüngeren Organisationen erwiesen sich als dynamischer, sodass die Stimmgewinne im Westen und -verluste im Osten daher als ein Ergebnis des beginnenden Aufbaus der deutschkonservativen bzw. nationalliberalen Organisationen gewertet werden können, also des „konservativen Ritts in den Westen“ sowie des „nationalliberalen Ritts in den Osten“. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, warum die DkP – trotz der allgemeinen Stimmverluste in Ostelbien – in Posen und Westpreußen verhältnismäßig gut abschnitt.

Tabelle 2

Beispiele für Wahlergebnisse in Ländern/Provinzen mit jüngeren bzw. älteren DkP-Organisationen (in Klammern: Jahr der Vereinsgründung)

| <i>Land/Provinz</i> | <i>Wahlergebnis 1903</i> | <i>Wahlergebnis 1912</i> |
|---------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Bayern (1911/12) | 1,4 % | 4,5 % |
| Posen (1910) | 18,3 % | 19,8 % |
| Schleswig-Holstein (1919) | - | 5,4 % |
| Westpreußen (1911) | 10,4 % | 10,0 % |

⁸⁸ Vgl.: BArch, R 8034 II/5099, Bl. 2.

⁸⁹ Vgl.: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 215 ff.

| <i>Land/Provinz</i> | <i>Wahlergebnis 1903</i> | <i>Wahlergebnis 1912</i> |
|---------------------|--------------------------|--------------------------|
| Berlin (1884) | 12,4 % | 3,2 % |
| Brandenburg (1897) | 28,8 % | 16,3 % |
| Ostpreußen (1881) | 49,1 % | 36,2 % |
| Schlesien (1880) | 18,4 % | 15,2 % |

2. Die DkP profitierte im Westen und Süden des Reiches von der nicht unbeträchtlichen Zahl abkommandierter Wählerstimmen des Zentrums: So war die Verdreifachung der deutschkonservativen Stimmen im Königreich Württemberg gegenüber der Wahl von 1903 von 17.378 auf 55.795 vor allem auf die Unterstützung durch das Zentrum in den Wahlkreisen Ulm, Gmünd und Freudenstadt zurückzuführen. Entgegen dem im ersten Punkt festgestellten Trend stieg unter anderem auch deshalb der prozentuale Wähleranteil der DkP in Württemberg von 4,8 auf 11,8 %, obwohl dort schon seit 1895 ein konservativer Verein existierte. In anderen süddeutschen Wahlkreisen, wie Kaiserslautern, Forchheim und Bayreuth, zog das Zentrum seine Kandidaten sogar ganz zugunsten der jeweiligen deutschkonservativen Aspiranten zurück.

Tabelle 3

Wahlbeteiligung in den Provinzen und Ländern bei den Reichstagswahlen 1903-1912 (in Prozent der Wahlberechtigten)⁹¹

| Provinzen/ Länder | Ergebnisse der Wahlen von | | | Nach Ortsgrößenklassen | | | | | | | |
|------------------------------|--------------------------------------|-------------|-------------|-------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 1903 | 1907 | 1912 | a | | b | | c | | d | |
| | | | | 1903 | 1912 | 1903 | 1912 | 1903 | 1912 | 1903 | 1912 |
| Ostpreußen | 70,2 | 82,5 | 82,7 | 71,2 | 84,4 | 60,4 | 77,4 | 69,7 | 80,1 | 72,1 | 80,7 |
| Westpreußen | 79,3 | 87,6 | 86,6 | 84,2 | 90,4 | 73,7 | 83,5 | 69,0 | 79,4 | 63,8 | 76,5 |
| Berlin | 73,7 | 77,4 | 80,8 | - | - | - | - | 73,7 | 80,8 | 73,7 | 80,8 |
| Brandenburg | 75,1 | 83,9 | 84,5 | 76,1 | 84,5 | 71,8 | 81,9 | 75,5 | 85,1 | 64,5 | 81,7 |
| Pommern | 74,5 | 83,6 | 85,5 | 76,1 | 87,0 | 64,9 | 77,6 | 76,5 | 85,5 | 78,1 | 86,6 |
| Posen | 81,7 | 88,0 | 86,2 | 84,2 | 88,4 | 77,8 | 82,8 | 74,2 | 80,6 | 71,3 | 80,0 |
| Schlesien | 74,1 | 80,7 | 80,9 | 74,8 | 81,6 | 72,8 | 78,1 | 73,7 | 81,4 | 72,9 | 86,2 |
| Provinz Sachsen | 77,9 | 87,2 | 88,2 | 75,4 | 87,7 | 78,0 | 86,1 | 81,3 | 89,0 | 82,3 | 89,3 |
| Schleswig- Holstein | 76,2 | 85,8 | 85,2 | 72,5 | 83,2 | 74,9 | 85,3 | 82,3 | 87,3 | 82,8 | 87,6 |
| Hannover | 74,9 | 85,6 | 86,5 | 73,5 | 85,6 | 75,4 | 86,3 | 78,1 | 88,2 | 73,9 | 87,1 |
| Westfalen | 78,5 | 86,1 | 86,5 | 76,9 | 87,0 | 76,7 | 84,1 | 81,0 | 86,1 | 87,1 | 87,5 |
| Rheinland | 75,5 | 86,0 | 83,8 | 77,4 | 85,4 | 74,3 | 83,8 | 75,4 | 82,3 | 73,3 | 84,6 |
| Hessen- Nassau | 70,5 | 85,2 | 85,2 | 73,1 | 84,8 | 74,5 | 84,7 | 64,7 | 85,6 | 61,3 | 85,7 |
| Sigmaringen | 64,5 | 88,1 | 87,9 | 66,5 | 88,5 | 49,8 | 84,8 | - | - | - | - |

⁹¹ Nach: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 208.

| | | | | | | | | | | | |
|------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Preußen | 75,5 | 84,5 | 84,5 | 76,1 | 85,5 | 74,1 | 83,4 | 75,5 | 84,1 | 73,6 | 84,0 |
| Bayern | 71,5 | 79,2 | 80,9 | 71,4 | 79,6 | 67,8 | 78,1 | 73,8 | 84,7 | 69,7 | 83,0 |
| Sachsen | 83,0 | 89,7 | 88,8 | 82,4 | 89,3 | 83,9 | 89,3 | 82,8 | 88,3 | 82,1 | 87,4 |
| Württemberg | 75,3 | 81,0 | 86,4 | 75,1 | 85,5 | 74,1 | 85,5 | 77,3 | 88,7 | 78,2 | 89,3 |
| Baden | 79,0 | 87,7 | 87,1 | 79,0 | 86,9 | 76,7 | 86,9 | 81,2 | 87,6 | 80,2 | 83,5 |
| Hessen | 74,9 | 85,3 | 85,4 | 71,5 | 82,7 | 76,5 | 86,8 | 79,9 | 87,9 | - | 86,5 |
| Mecklenburg-Schwerin | 83,8 | 88,4 | 90,1 | 84,9 | 90,3 | 78,9 | 88,5 | 86,7 | 91,1 | - | - |
| Sachsen-Weimar | 73,1 | 86,0 | 84,6 | 70,7 | 83,5 | 74,1 | 86,9 | 77,4 | 85,3 | - | - |
| Mecklenburg-Strelitz | 79,8 | 85,7 | 85,9 | 82,9 | 86,7 | 75,3 | 85,0 | 76,4 | 84,9 | - | - |
| Oldenburg | 63,4 | 83,2 | 76,4 | 63,3 | 76,0 | 61,6 | 74,1 | 70,2 | 82,0 | - | - |
| Herzogtümer | 80,3 | 88,6 | 89,2 | 78,5 | 87,7 | 81,1 | 90,2 | 82,9 | 89,6 | 77,9 | 92,3 |
| Fürstentümer | 72,9 | 88,0 | 88,3 | 67,5 | 85,3 | 78,0 | 90,1 | 84,2 | 91,1 | - | - |
| Hansestädte | 86,1 | 87,4 | 88,2 | 80,0 | 86,4 | 74,9 | 85,2 | 86,8 | 88,3 | 86,5 | 88,6 |
| Deutsches Reich | 76,1 | 84,7 | 84,9 | 75,6 | 84,9 | 74,9 | 84,1 | 77,3 | 85,2 | 75,5 | 85,0 |

a = Ortschaften mit weniger als 2.000 Einwohnern c = Ortschaften mit mehr als 10.000 Einwohnern
b = Ortschaften zw. 2.000 und 10.000 Einwohnern d = Ortschaften mit mehr als 100.000 Einwohnern

Tabelle 4

Die Deutschkonservative Partei bei den Reichstagswahlen von 1903 und 1912 in den Provinzen und Ländern⁹²

| Provinzen/ Länder | 1903 | | | 1912 | | |
|----------------------|--------------------|--------------|---------|--------------------|--------------|---------|
| | gültige Stimmen | davon DkP | Prozent | gültige Stimmen | davon DkP | Prozent |
| Ostpreußen | 277.913 | 135.849 | 49,1 | 347.111 | 125.698 | 36,2 |
| Westpreußen | 252.509 | 21.522 | 10,4 | 291.015 | 29.138 | 10,0 |
| Berlin | 328.076 | 40.663 | 12,4 | 408.567 | 13.194 | 3,2 |
| Brandenburg | 566.967 | 151.324 | 28,8 | 853.227 | 139.353 | 16,3 |
| Pommern | 263.782 | 115.727 | 44,1 | 322.099 | 146.178 | 45,4 |
| Posen | 302.507 | 55.341 | 18,3 | 342.800 | 67.827 | 19,8 |
| Schlesien | 715.243 | 131.059 | 18,4 | 848.695 | 129.222 | 15,2 |
| Provinz Sachsen | 496.962 | 58.662 | 11,9 | 622.759 | 96.468 | 15,5 |
| Schleswig-Holstein | 248.488 | — | — | 315.494 | 17.154 | 5,4 |
| Hannover | 449.302 | 21.095 | 4,7 | 588.759 | 35.935 | 6,1 |
| Westfalen | 567.769 | 19.916 | 3,5 | 770.701 | 22.553 | 2,9 |
| Hessen-Nassau | 307.723 | 10.332 | 3,4 | 431.523 | 16.847 | 3,9 |
| Rheinland | 981.723 | 5.136 | 0,5 | 1.330.049 | 21.098 | 1,6 |

⁹² Nach: Ebenda, S. 206 f. Kursive Hervorhebungen: J. B.

| | | | | | | |
|------------------------|------------------|----------------|-------------|------------------|------------------|------------|
| Sigmaringen | 9.764 | — | — | 14.300 | — | — |
| Preußen | 5.768.728 | 766.626 | 13,3 | 7.487.102 | 860.665 | 11,5 |
| Bayern | 982.076 | 13.142 | 1,4 | 1.216.616 | 55.296 | 4,5 |
| Sachsen | 754.894 | 75.445 | 10,1 | 933.548 | 74.650 | 8,0 |
| Württemberg | 364.200 | 17.378 | 4,8 | 472.420 | 55.795 | 11,8 |
| Baden | 331.209 | 2.261 | 0,7 | 414.604 | 16.946 | 4,1 |
| Hessen | 194.297 | — | — | 249.480 | — | — |
| Mecklenburg-Schwerin | 121.361 | 35.215 | 29,2 | 134.355 | 40.413 | 30,1 |
| Sachsen-Weimar | 61.103 | — | — | 81.777 | 6.620 | 8,1 |
| Mecklenburg-Strelitz | 18.727 | — | — | 21.129 | — | — |
| Oldenburg | 57.341 | — | — | 81.05 | — | — |
| Herzogtümer | 260.222 | 14.498 | 5,6 | 314.26 | 15.885 | 5,0 |
| Fürstentümer | 100.057 | 10.319 | 10,3 | 134.23 | — | — |
| Hansestädte | 262.560 | — | — | 318.40 | — | — |
| Reichsland | 287.914 | 13.564 | 4,8 | 348.65 | — | — |
| Deutsches Reich | 9.533.826 | 948.448 | 10,0 | 12.207.63 | 1.126.270 | 9,2 |

Tabelle 5

Stimmgewinne der Deutschkonservativen Partei in Ortschaften verschiedener Größe⁹³

| Länder | überhaupt | | a | | b | | c | |
|------------------|-------------|------------|-------------|-------------|------------|------------|------------|------------|
| | 1903 | 1912 | 1903 | 1912 | 1903 | 1912 | 1903 | 1912 |
| Preußen | 13,3 | 11,5 | 21,5 | 22,7 | 7,7 | 6,9 | 6,5 | 3,7 |
| Bayern | 1,4 | 4,5 | 1,9 | 7,5 | 1,1 | 1,3 | 0,1 | 0,8 |
| Sachsen | 10,1 | 8,0 | 16,3 | 16,3 | 9,4 | 7,4 | 6,0 | 3,7 |
| Württemberg | 4,8 | 11,8 | 7,1 | 17,2 | 3,2 | 9,1 | 0,3 | 4,4 |
| Baden | 0,7 | 4,1 | 0,8 | 6,5 | 0,7 | 4,8 | 0,4 | 0,3 |
| Hessen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| M.-Schwerin | 29,2 | 30,1 | 44,2 | 48,4 | 14,4 | 13,4 | 8,1 | 8,4 |
| Oldenburg | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Hamburg | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Dt. Reich | 10,0 | 9,2 | 15,5 | 17,5 | 6,4 | 5,7 | 4,9 | 3,0 |

⁹³ Ebenda, S. 216.

a = Ortschaften mit weniger als 2.000 Einwohnern c = Ortschaften mit mehr als 10.000 Einwohnern
 b = Ortschaften zw. 2.000 und 10.000 Einwohnern

Betrachtet man den Wahlausgang als Ganzes, so war der minimale prozentuale Rückgang an Wählerstimmen für die Deutschkonservative Partei sicher noch erträglich geblieben: In Anbetracht der allgemeinen Stimmungslage nach der Reichsfinanzreform und der teilweise hasserfüllten Angriffe fast aller Parteien gegen die DkP, *stellten 9,2 % sogar ein beachtliches Resultat dar, was auch von den meisten Sozialdemokraten und Liberalen eingeräumt wurde.*⁹⁴ Weitaus unbefriedigender und gefährlicher für die Stellung der Partei im Reichstag war es jedoch, dass die DkP bei nur 28 Mandatsgewinnen in der Hauptwahl mehr als ein Drittel weniger Reichstagsitze im ersten Anlauf erringen konnte als noch 1907 (43). Da aber insgesamt gerade einmal etwas mehr als die Hälfte (206) aller Plenumsitze (397) in der Hauptwahl vergeben worden waren, hing es jetzt in entscheidendem Maße vom taktischen Vorgehen der Partei ab, ob sie dieses Resultat in den Stichwahlen würde korrigieren können.

f) Die Stichwahlen

Die Reichstagswahl von 1912 ging nicht nur als Wahl mit der bisher höchsten Beteiligung in die deutsche Geschichte ein, sie war zugleich auch die Wahl, die mehr als je zuvor eine Vielzahl von Stichwahlen erforderlich gemacht hatte⁹⁵; erst deren Ausgang konnte endgültig Aufschluss darüber bringen, inwiefern sich die Erfolge der Liberalen und Sozialdemokraten in der Hauptwahl auch in einem entsprechenden Mandatsgewinn niederschlagen würden. Dass sich jedoch auch 46 deutschkonservative Kandidaten einem zweiten Wahlgang stellen mussten – 1907 waren es nur 29 gewesen –, konnte als Beweis für den oftmals erfolgreichen Angriff der „Oppositionsparteien“ gelten.

Dennoch hatten sich, wie es beim System der absoluten Mehrheitswahl die Regel war, diejenigen Parteien die Mehrzahl der in der Hauptwahl ermittelten Mandate gesichert, die bestimmte, fest umgrenzte Wählerschichten ansprachen, während die Nationalliberalen gerade einmal vier und die Fortschrittler nicht einmal ein einziges Mandat gewinnen konnten – das war ein Tatbestand, der sich aus der Mittelstellung dieser Parteien erklärte. Doch auch wenn damit für die Stichwahlen zu erwarten war, dass die gemäßigeren Mittelparteien den extremen Parteien als das „kleinere Übel“ vorgezogen werden würden, was durch die Erfahrungen bisheriger Reichstagswahlen gestützt wurde, blieb den Deutschkonservativen die Hoffnung, dass die gegen sie gerichtete Offensive des ersten Wahlgangs insgesamt noch zu schwach geblieben war, um ein gutes deutschkonservatives Stichwahlergebnis verhindern zu können.

Tabelle 6

*Mandatsgewinne der Parteien in der Hauptwahl bei den Reichstagswahlen von 1907 und 1912*⁹⁶

⁹⁴ Ebenda, S. 248.

⁹⁵ Nach dem für den Reichstag geltenden absoluten Mehrheitswahlrecht galt nur der Kandidat in seinem Wahlkreis als gewählt, der mehr Stimmen als seine Mitbewerber zusammen erreichte. Wurde eine solche absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erzielt, so kam es zu einer Stichwahl, in der die beiden bestplatzierten Kandidaten der Hauptwahl gegeneinander antraten. Dieses System bot somit die Möglichkeit von Wahlbündnissen zwischen den einzelnen Parteien und führte bei diesen naturgemäß zu heftigen Auseinandersetzungen.

⁹⁶ Nach: A. Blaustein, Parteien, in: Reichstagswahlen 1912, S. 363, wo allerdings nur 27 Mandate für die DkP ausgewiesen werden.

| <i>Partei</i> | <i>1907</i> | <i>1912</i> |
|-------------------------------------|-------------|-------------|
| Deutschkonservative Partei | 43 | 28 |
| Reichs- und Freikonservative Partei | 11 | 4 |
| Zentrum | 86 | 79 |
| Polen | 19 | 14 |
| Elsass-Lothringer, Welfen, Dänen | 10 | 9 |
| Rechtsgruppen | 10 | 3 |
| Bayrischer Bauernbund | 1 | 1 |
| Nationalliberale Partei | 21 | 4 |
| Fortschrittliche Volkspartei | 9 | - |
| Sozialdemokratische Partei | 29 | 64 |
| Gesamt | 239 | 206 |

Im Ganzen waren die 191 anstehenden Stichwahlen auf drei verschiedene Tage des letzten Januardrittels terminiert worden, wobei 77 Stichwahlen am 20., 80 am 22. und 34 Stichwahlen am 25. Januar stattfanden. An den ersten Tagen standen hauptsächlich Entscheidungen zwischen den Parteien der äußersten Rechten und Linken an, während die Stichwahlen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten vor allem für die beiden späteren Termine vorgesehen waren. Damit befanden sich insbesondere die Deutschkonservativen in der komfortablen Lage, ihr Eintreten für die Liberalen davon abhängig machen zu können, inwieweit diese ihrerseits die rechten Parteien gegen die Sozialdemokraten unterstützen würden.⁹⁷

Von den in der Hauptwahl besetzten 206 Mandaten waren 137 auf die Parteien des schwarz-blauen Blocks entfallen, während die Parteien des Linksblocks – dazu gehörten auch die Nationalliberalen – insgesamt 69 Mandate gewonnen hatten. Gruppierte man die 191 Stichwahlen nach der Parole „Gegen den schwarz-blauen Block“, so ergab sich, dass 17 Stichwahlen zwischen den Parteien dieses Rechtsblocks und 71 zwischen den Kandidaten der Linken erfolgten. Damit hatte der schwarz-blaue Block vor den Stichwahlen 154, der Linksblock 140 Mandate sicher.⁹⁸ Die Entscheidung darüber, ob der nächste Reichstag weiterhin eine Mehrheit des schwarz-blauen Blocks oder eine Allianz von Bebel bis Bassermann bringen würde, musste damit in den verbleibenden 103 Wahlkreisen fallen, in denen sich Kandidaten der jeweiligen Gruppierungen in Stichwahlen gegenüberstanden.

Die Stichwahlkandidaten der Deutschkonservativen Partei hatten dabei am häufigsten gegen einen Sozialdemokraten anzutreten (21mal), in 16 Wahlkreisen kam der Gegner aus den Reihen der Fortschrittlichen Volkspartei und in 3 Fällen war ein Nationalliberaler der Konkurrent. Aufgrund der in der Zeit der Wahlvorbereitung verfolgten Taktik – die ja ursächlich vom Zentrum ausgegangen war – kam es für die DkP in keiner Stichwahl zu einem Duell mit einem Zentrums kandidaten, dafür musste die Partei in jeweils einem

⁹⁷ Da bei der Festsetzung der Stichwahltermine nicht nur die einzelnen Länder selbstständig vorgegangen waren, sondern auch innerhalb der Provinzen und selbst der Regierungsbezirke Preußens die Termine häufig für verschiedene Tage anberaumt wurden, vermuteten die Parteien der Linken wohl zurecht, dass den bisherigen Mehrheitsparteien damit ein bedeutsamer Vorteil eingeräumt werden sollte. Vgl. J. Bertram, *Wahlen*, 1964, S. 241 f.

⁹⁸ Mitgerechnet werden hier auch die Stichwahlen in Worms und Wiesbaden, wo Rechtsnationalliberale (Frhr. von Hegel, Eduard Bartling) und Sozialdemokraten miteinander konkurrierten.

Wahlkreis gegen einen Kandidaten der Freikonservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung antreten; hinzu kamen vier Stichwahlen gegen kleinere Parteien.⁹⁹

Die Tatsache, dass die Deutschkonservativen in fast der Hälfte ihrer zweiten Wahlgänge einem Sozialdemokraten gegenüberstanden und das sensationelle Wahlergebnis der Arbeiterpartei führten zu einer Verhärtung der anti-sozialdemokratischen Haltung in der DkP und ließen das Bestreben eines Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien wieder stärker hervortreten. Deshalb wurden vom Elfer-Ausschuss der DkP Verhandlungen mit den übrigen bürgerlichen Parteien zum Zwecke des Erreichens einer gegenseitigen Wahlhilfe gegen die Sozialdemokraten geführt.¹⁰⁰ Diese scheiterten jedoch schon am Widerstand der Fortschrittspartei, aber auch, weil die Deutschkonservativen in den Verhandlungen deutlich machten, dass sie im Unterschied zu früheren Stichwahlen, in denen sie Hilfe gegen die SPD stets bedingungslos gewährt hatten, diesmal entweder vollständige Gegenseitigkeit verlangten oder wenigstens eine Haltung des zu unterstützenden Kandidaten, die dem deutschkonservativen Programm „nicht gar zu widersprechend war.“¹⁰¹ Nachdem ein gemeinsamer bürgerlicher Block gegen die SPD also nicht gebildet werden konnte, forderte der Elfer-Ausschuss in seiner Stichwahlparole die deutschkonservativen Wahlkreisorganisationen nun auch offiziell zur Stimmenthaltung auf, sofern keine Abkommen mit den anderen bürgerlichen Parteien „auf ausreichend gesicherter Grundlage vollwertiger Gegenseitigkeit zustande kommen sollten.“¹⁰²

Trotz des Scheiterns der liberal-konservativen Verhandlungen blieb der DkP die Hoffnung, dass wenigstens die Nationalliberalen aufgrund des sozialdemokratischen Wahlergebnisses wieder von der Fortschrittspartei abrücken und an die Seite der Konservativen wechseln würden, zumal der geschäftsführende Ausschuss der FVP für die Stichwahlen die Parole ausgegeben hatte, keine Stimme für ein Mitglied der schwarz-blauen Parteien abzugeben.¹⁰³

⁹⁹ Vgl. BArch, R 8034 II/5099, Bl. 30. und Tabelle 7.

¹⁰⁰ Der Elfer-Ausschuss hatte die Initiative dazu auf der am 17. Januar von der Reichsleitung organisierten Sitzung aller bürgerlichen Parteien ergriffen. Die unter der Führung des Staatssekretärs im Kanzleramt Arnold Wahnschaffe stattfindende Sitzung sollte eine Einheitsfront gegen die SPD herbeiführen. Vor der Hauptwahl hatte sich die Regierung unüblicherweise auf einen höchst allgemein gehaltenen Appell in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beschränkt, in dem sie die bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen die SPD aufgerufen hatte.

¹⁰¹ Vgl. KZ, Nr. 123, 14. März 1913, Beilage (Bericht des DkP-Parteitag). Näheres über die Verhandlungen in: KZ, Nr. 28, 18. Januar 1912.

¹⁰² Der ausführliche Text der „Wahlempfehlung“ lautete: „Wir müssen daher unsere Wahlkreisvorsitzenden und alle Parteifreunde im Lande auffordern, in der Stichwahl dort, wo nicht Sonderabkommen zwischen einzelnen Kreisen auf ausreichend gesicherter Grundlage vollwertiger Gegenseitigkeit zustande kommen sollten, gegenüber den liberalen Kandidaten, die sich nicht ausdrücklich zu einem Eintreten gegen jede Schwächung der verfassungsmäßigen Rechte der Kaisergewalt, für völlige Sicherung eines ausreichenden Zollschatzes für Landwirtschaft und Industrie und für die Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft und des Einzelnen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie verpflichtet, Stimmenthaltung zu empfehlen und auszuüben.“ DTZ, Nr. 30, 18. Januar 1912. Diese Position der Parteiführung war jedoch schon in der Auseinandersetzung mit Schwerin-Löwitz im Sommer 1911 deutlich geworden.

¹⁰³ Hintergrund dieser Parole war das am 16. Januar zwischen den Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei geschlossene Stichwahlabkommen, das bis zum Ende der Stichwahlen geheim gehalten werden konnte und das auch mitverantwortlich für das Scheitern der von der Regierung anberaumten Sitzung der bürgerlichen Parteien vom 17. Januar war. Das Stichwahlabkommen sah eine gegenseitige Unterstützung gegen die schwarz-blauen Parteien vor: Konkret sicherte die Fortschrittliche Volkspartei der Sozialdemokratie ihre Hilfe in 31 namentlich genannten Wahlkreisen zu, in denen die SPD mit Kandidaten der Rechtsparteien in der Stichwahl stand; dafür versprach die SPD den Fortschrittlern einmal ihre Hilfe in allen Wahlkreisen, in welchen den fortschrittlichen Kandidaten ein Mandatsbewerber der Rechtsparteien gegenüberstand und außerdem eine sog. „Dämpfung“ des Wahlkampfes in 16 Kreisen, in denen ein Fortschrittler Gegner eines Sozialdemokraten war; die „Dämpfung“ eines Wahlkreises bedeutete, dass in diesem keinerlei Agitation betrieben und dass die Stimmzettel erst am Wahltage selbst verteilt werden durften. Nach dem Bekanntwerden des Wahlabkommens beschuldigten die Deutschkonservativen die Fortschrittspartei, ein „Doppelspiel“ betrieben zu haben, mittels dessen sie sowohl die Hilfe der Sozialdemokratie als auch der rechten Parteien hatte erreichen wollen. Zur Einschätzung des Stichwahlabkommens vgl. die Ausführungen Westarps im Reichstag und auf dem konservativen Parteitag vom

Da die DkP somit keine Wahlhilfe von der Fortschrittspartei erwarten konnte, während die Unterstützung durch das Zentrum gewährleistet war, musste in einer Vielzahl von Wahlkreisen dem Verhältnis von Nationalliberaler und Deutschkonservativer Partei eine entscheidende Bedeutung zukommen. Die Politik der DkP gegenüber den Nationalliberalen in den Tagen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang muss dabei insgesamt als ambivalent beurteilt werden. Einerseits setzte ein intensives Werben um die NLP ein und es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, „dass die Nationalliberalen, wenn sie ihre Programmforderungen ernstlich verwirklichen wollen, viel mehr an die Seite der Konservativen als an die Seite der Fortschrittspartei gehören“¹⁰⁴; andererseits wurde erneut das düstere Bild von den Nationalliberalen als den Mitinitiatoren einer „ReichsgröÙblockpolitik“ beschworen.¹⁰⁵ Dennoch war der Ton in den deutschkonservativen Blättern nach der Hauptwahl gegenüber beiden liberalen Parteien insgesamt gemäßigter als noch zurzeit des Jahreswechsels, und eine ausdrückliche Stellungnahme gegen die Nationalliberalen konnte man in den Stichwahlparolen nur noch selten finden.¹⁰⁶

Auch die Nationalliberale Partei konnte es nicht bei der bisher verfolgten Wahltaktik belassen, denn angesichts des sozialdemokratischen Erfolges war es ihren Wählern nicht zuzumuten, starr an der vor der Hauptwahl verfolgten Linie der Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks festzuhalten und damit einen weiteren Machtzuwachs der extremen Linken zu befördern. Zwar wurden die Wahlabkommen mit der Fortschrittspartei auch für die Stichwahlen bestätigt¹⁰⁷, gleichzeitig stellte der geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei es den Landesverbänden und Wahlkreisorganisationen frei, Stichwahlabkommen mit anderen Parteien zu treffen.

Und in der Tat zeigte das Ergebnis der Stichwahlen dann, dass der seit Jahrzehnten politischen Kampfes im Bürgertum verwurzelte Gedanke von der SPD als einer staatsgefährdenden Partei nicht mit einem Male ausgelöscht werden konnte: Vor die Alternative gestellt, einen sozialdemokratischen Kandidaten oder einen Vertreter des schwarz-blauen Blocks zu wählen, entschieden sich die liberalen Wähler in gewohnter Weise zumeist für den letzteren. Der Wunsch der Wähler nach einer Führung der Linksparteien im

März 1913, in: SBR, Bd. 283, 14. Januar 1913, S. 2946 f.; KZ, Nr. 123, 14. März 1913, Beilage.

¹⁰⁴ Mitteilungen, Nr. 2, 13. Januar 1912, S. 19.

¹⁰⁵ In einer Einschätzung der Nationalliberalen Partei durch die „Konservative Korrespondenz“ konnte man einen Tag vor den Stichwahlen lesen: „Das Vermeiden einer klipp und klaren Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie ist [...] eine gerade bei dieser Partei so selten anzutreffende Konsequenz – allerdings nur in der Fortführung der bisherigen Selbstmordpolitik und der erste Gehversuch auf dem noch nicht genau erforschten Gelände der ReichsgröÙblockpolitik. Ihr gegenüber werden sich die Konservativen einzurichten wissen.“
Kons. Korr., Nr. 9, 19. Januar 1912.

¹⁰⁶ Vgl. KZ, Nr. 28, 18. Januar 1912. Hier zu den Stichwahlverhandlungen.

¹⁰⁷ In Ostpreußen, Brandenburg, Schlesien, Pommern, Hannover, der Provinz Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Elsass-Lothringen und im Königreich Sachsen waren, wenn auch nicht lückenlos, Wahlabkommen zwischen den Nationalliberalen und Fortschrittlern vor der Hauptwahl geschlossen worden.
Vgl. J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 69 ff.

Reichstag, wie er sich in der Hauptwahl manifestiert hatte, wurde somit durch die Stichwahlen teilweise zugunsten der schwarz-blauen Parteien revidiert.

Die Deutschkonservative Partei konnte in den 46 Stichwahlen, zu denen ihre Kandidaten angetreten waren, immerhin 16 Mandate gewinnen. Dass man sich dabei nur in einer von sechzehn Entscheidungen gegen einen Kandidaten des Fortschritts durchgesetzt hatte, aber in 10 von 21 Stichwahlen gegen einen Sozialdemokraten erfolgreich war, unterstrich nur die bereits erwähnte Angst vieler liberaler Wähler vor einem weiteren Erstarken der Sozialdemokratie.¹⁰⁸ Im Ganzen zeigten die Stichwahlen, dass die vom deutschkonservativen Parteivorstand ausgegebene taktische Linie, Wahlhilfe nur im Falle der Gegenseitigkeit zu gewähren, ansonsten aber Stimmenthaltung zu üben, größtenteils eingehalten wurde¹⁰⁹ und dass sich nur in wenigen Fällen einzelne Wahlkreisorganisationen aufgrund der spezifischen lokalen Bedingungen gezwungen sahen, eine von dieser Richtlinie abweichende Parole auszugeben. Dies traf insbesondere auf die Gebiete zu, in denen eine konservativ-liberale Gegnerschaft wegen des Vordringens der Nationalliberalen in den Osten bzw. der Deutschkonservativen in den Westen bereits vor der Wahl bestanden hatte. So unterstützte der Vorstand der konservativen Vereinigung der Provinz Hannover in vier Wahlkreisen die deutsch-hannoverschen gegen die nationalliberalen Kandidaten¹¹⁰, und auch im ostpreußischen Wahlkreis Memel-Heydekrug förderten die dortigen Deutschkonservativen die Kandidatur eines „königstreuen Litauers“ gegen einen Nationalliberalen¹¹¹, obwohl in beiden Provinzen eine gegenseitige Wahlhilfe nicht gegeben war. Keine Stimmenthaltung übten die Deutschkonservativen auch in einigen Berliner Wahlkreisen und im Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland, wo der bürgerliche Kandidat gegen den linken Sozialdemokraten Karl Liebknecht unterstützt wurde¹¹²; im schlesischen Wahlkreis Löwenberg ersuchten die Deutschkonservativen sogar die Sozialdemokraten um Wahlhilfe.¹¹³ Ein solches, der Stichwahlparole des Parteivorstandes gegenüber konträres Verhalten, bildete

¹⁰⁸ Diese Verallgemeinerung lässt sich jedoch nur bedingt beweisen, denn Berechnungen über die Stichwahlentscheidungen von Wählern derjenigen Parteien, die im ersten Wahlgang aus dem Wettbewerb ausgeschieden waren, müssen solange mehr oder minder feste Vermutungen bleiben, wie sie sich nicht auf die Wählerlisten einzelner Kreise stützen können. Auf dieses Problem hat schon 1912 der Mitarbeiter des „Nationalvereins für das liberale Deutschland“, Dr. Blaustein, hingewiesen. Vgl. A. Blaustein, Parteien, in: Reichstagswahlen 1912, S. 364 f.

¹⁰⁹ Dies führte aber auch dazu, dass sich Sozialdemokraten in der Stichwahl gegen Fortschrittler durchsetzen konnten. So war beispielsweise der Verlust des Mandats der FVP an die SPD im WK Altona-Iserlohn auf die Stimmenthaltung der konservativen Wähler zurückzuführen – in der Hauptwahl konnte die SPD hier 18.000 und die FVP 14.100 Stimmen erzielen, während die konservativen Parteien 11.200 Stimmen gewannen. Vgl. dazu: Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 28, 30. Januar 1912, Beilage. Hier auch weitere Beispiele.

¹¹⁰ Vgl. den Aufruf der konservativen Vereinigung der Provinz Hannover, in: DTZ, Nr. 33, 19. Januar 1912. Für das Verhalten der hannoverschen Konservativen kam erschwerend hinzu, dass die Wahl des deutschkonservativen Kandidaten Zürn im Wahlkreis Hildesheim aufgrund der nationalliberalen Unterstützung für den Sozialdemokraten nicht zustande kam; ebenso wurde die Wahl des BdL-Führers Roesicke im benachbarten Schleswig-Holstein (Wahlkreis Oldenburg-Plön) verhindert. Vgl. DTZ, Nr. 131, 12. März 1912. Die Behauptung J. Bertrams, Wahlen, 1964, S. 239, die Nationalliberalen hätten die Kandidatur Roesickes gegen den Fortschrittler unterstützt, trifft nicht zu.

¹¹¹ Vgl. den Stenographischen Bericht des Parteitags des ostpreußischen konservativen Vereins vom 21. Dezember 1911, in: BArch, R 8034 II/4326, Bl. 29.

¹¹² Die Stichwahlparole war hier schon im Frühsommer 1911 ausgegeben worden. DTZ, Nr. 320, 27. Juni 1911.

¹¹³ Hier soll im Auftrage des DkP-Kandidaten, des Gutsbesitzers Schäffner, ein Mitglied des konservativen Vereins in Löwenberg dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlvereins 1.000 Mark geboten haben, wenn die SPD für die Stichwahl Stimmenthaltung proklamiere – davon 500 Mark als Vorschuss für die Zusage und weitere 500 Mark, wenn die Wahlenthaltung zum Sieg des Deutschkonservativen führe. In Löwenberg hatten in der Hauptwahl der Fortschrittler 4.003, der Deutschkonservative 3.558, der Sozialdemokrat 2.462 und der Zentrums-Kandidat 1.997 Stimmen gewonnen, womit in der Stichwahl alles vom Verhalten der SPD-Wähler abhing, die jedoch dem Fortschritt zum Sieg verhalfen. Die deutschkonservative „Offerte“ wurde von den Sozialdemokraten nicht angenommen, obwohl ihnen dafür auch konservative Hilfe gegen den „Fortschritt“ in den beiden schlesischen Wahlkreisen Hirschberg und Görlitz angeboten wurde. Vossische Zeitung, Nr. 35, 20. Januar 1912.

aber wie gesagt die Ausnahme und war bei den beiden liberalen Parteien viel ausgeprägter, weil diese sich aufgrund ihrer Mittelstellung und der Vielzahl von Stichwahlen viel häufiger zum Lavieren genötigt sahen. Selbst die Linksliberalen begünstigten in einigen Fällen den schwarz-blauen Block; „Höhepunkt“ dieser Zusammenarbeit waren die Stichwahlabkommen zwischen den örtlichen konservativen Parteileitungen und denen des Fortschritts in den beiden brandenburgischen Wahlkreisen Ruppin und Oberbarnim, was einem offenen Bruch des, zu diesem Zeitpunkte ja noch geheimen, fortschrittlich-sozialdemokratischen Stichwahlabkommens gleichkam: Während die Vereinbarung in Ruppin zur Wahl des späteren Stellvertreters der deutschkonservativen Reichstagsfraktion, Hermann Dietrich, führte, war der Kandidatur des Rechtsanwaltes Bredereck in Oberbarnim kein Erfolg beschieden.¹¹⁴

In der Mehrzahl der Fälle gab der Erfolg der Taktik der lokalen Organisationen der liberalen Parteien Recht: Fortschritts- und Nationalliberale Partei gewannen jeweils 42 Mandate und damit insgesamt weitaus mehr als die Hälfte ihrer insgesamt 56 bzw. 68 Stichwahlen. Somit hatten Sozialdemokraten und Liberale zusammen 130 der 191 in den Stichwahlen zu vergebenen Sitze gewonnen, während die Parteien des schwarz-blauen Blocks – Deutsch- und Freikonservative, Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung, Reformpartei und Welfen – gerade einmal 54 Stichwählerfolge vorzuweisen hatten.

Tabelle 7

*Stichwahlen der Deutschkonservativen Partei bei der Reichstagswahl von 1912*¹¹⁵

Kandidaten der Deutschkonservativen Partei gegen Kandidaten der anderen Parteien

¹¹⁴ Möglicherweise, weil dieser aus Bayern kam, wo er 1909 eine konservative Vereinigung gegründet hatte. Da Bredereck der „städtischen Opposition“ der Partei zuzuordnen war, passte er auch nur bedingt in den eher ländlich geprägten Wahlkreis. Zur Beurteilung Brederecks vgl. auch K. von Westarp I, S. 175.

¹¹⁵ Nach: BArch, R 8034 II/5099, Bl. 47, 69 und 105. Vgl. auch: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 221 und G. A. Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 127. Während Bertram zu deutlich anderen Ergebnissen gelangt und irrtümlich nur 42 Stichwahlen für die DkP feststellt, hat auch Ritter nur 45 Stichwahlen für die Deutschkonservative Partei ausgezählt.

(in Klammern: Anzahl der gewonnenen Stichwahlen)

| | |
|---|----------------|
| Sozialdemokratische Partei Deutschlands | 21 (10) |
| Fortschrittliche Volkspartei | 16 (1) |
| Nationalliberale Partei | 3 (1) |
| Reichs- und Freikonservative Partei | 1 (-) |
| Wirtschaftliche Vereinigung | 1 (-) |
| Zentrum | - (-) |
| andere Parteien | 4 (4) |
| Gesamt | 46 (16) |

Tabelle 8

Entwicklung der Stichwahlergebnisse der (Deutsch-) Konservativen Partei im Kaiserreich¹¹⁶

| <i>Jahr der Reichstagswahl</i> | <i>Anzahl der Stichwahlen (davon gewonnen)</i> |
|--------------------------------|--|
| 1871 | 14 (4) |
| 1874 | 17 (6) |
| 1877 | 20 (7) |
| 1878 | 20 (7) |
| 1881 | 33 (8) |
| 1884 | 24 (11) |
| 1887 | 17 (9) |
| 1890 | 28 (18) |
| 1893 | 47 (22) |
| 1898 | 47 (17) |
| 1903 | 37 (21) |
| 1907 | 30 (17) |
| 1912 | 46 (16) |

g) Ergebnis und Folgen der Reichstagswahlen

Das Gesamtergebnis der Reichstagswahlen von 1912 stellte für den schwarz-blauen Block eine Niederlage dar, weil dessen Fortsetzung unmöglich geworden war. Dennoch war das Resultat für die Parteien des „Großblocks“ knapp genug ausgefallen, wenn man an deren Ziel der Abwahl der konservativ-klerikalen Koalition denkt: Trotz der hohen Gewinne der SPD verfügten die drei Fraktionen der Liberalen und Sozialdemokraten zusammen nur über 197 Abgeordnete und erreichten erst mit einigen Fraktionslosen (je ein Parlamentarier des Bayrischen und Deutschen Bauernbundes sowie ein Däne) eine äußerst geringe Mehrheit. Die dauerhafte Bildung eines „Großblocks“ blieb damit unwahrscheinlich, weil dieser nur dann

¹¹⁶ Nach: G. A. Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 125, auch hier mit der Korrektur für das Jahr 1912.

funktionierte, wenn bei den Abstimmungen alle Abgeordneten anwesend wären und sich zudem der rechte Flügel der Nationalliberalen der linken Reichstagsmehrheit anschließen würde.

In einem parlamentarischen Regierungssystem hätte man somit von einem unbefriedigenden Wahlergebnis sprechen müssen, doch in einer konstitutionellen Monarchie konnte sich die Regierung auch auf wechselnde Mehrheiten stützen, wie es Bethmann Hollweg seit 1909 schon praktiziert hatte: Neben der Bildung des „Großblocks“ gab es noch die Möglichkeit einer Allianz von Zentrum und SPD oder eines Zusammengehens von Zentrum, Deutsch- und Freikonservativen sowie Nationalliberalen, eventuell ergänzt um die Fortschrittspartei. Das Zentrum hatte seine Schlüsselrolle also weitgehend beibehalten können, neu war hingegen, dass auch die Nationalliberalen in eine solche Position eingerückt waren, denn ohne deren Zustimmung war der Reichstag in Zukunft kaum noch beschlussfähig. Dass die Deutschkonservativen angesichts dieser neuen Konstellationen als die großen Verlierer dastehen mussten, liegt auf der Hand: Ein geschlossener Widerstand der schwarz-blauen Parteien, wie bei der Reichsfinanzreform, konnte jetzt nichts mehr bewirken; für ein solches Vorgehen brauchte man nun unbedingt die Nationalliberalen, und gerade das war für die DkP eine höchst unerfreuliche Tatsache.

Aber nicht nur diese neuen Koalitionsmöglichkeiten im Reichstag, sondern auch die nackten Zahlen verdeutlichten die Wahlniederlage der DkP: Auf der äußersten Rechten des Reichstags nahmen jetzt nur noch 44 statt – wie bisher – 60 deutschkonservative Abgeordnete Platz.¹¹⁷ Damit war aber immerhin fast ein Drittel der insgesamt 136 Mandatsbewerber der DkP gewählt worden; 38 Wahlkreise hatte die Partei erfolgreich verteidigen und 6 Wahlkreise hinzugewinnen können. Als besonderer Erfolg galt vor allem die Rückerobung der beiden in den Nachwahlen verlorenen ostpreußischen Wahlkreise Labiau-Wehlau und Oletzko-Lyck sowie die Tatsache, dass im oberfränkischen Wahlkreis Forchheim-Kulmbach erstmals überhaupt ein Deutschkonservativer gewählt worden war.¹¹⁸

Ungleich schwerer als diese Erfolge wogen hingegen die Einbußen, die die Partei hinnehmen musste: 21 Wahlkreise waren verloren gegangen, wobei vor allem der Verlust der Mandate von Oldenburg-Januschau, Hahn und Roesicke sowie von Richthofen als besonders schmerzlich empfunden wurde.¹¹⁹

Nimmt man das Ergebnis der Reichstagswahl als Grundlage einer Charakterisierung der Deutschkonservativen Partei, so hatten Gewinne und Verluste nichts an der Tatsache ändern können, dass die DkP nach wie vor eine auf die Landwirtschaft orientierte Partei war. Von ihren 44 Mandaten gewannen die Deutschkonservativen 34 in landwirtschaftlichen und

¹¹⁷ Zunächst waren es noch 45 Mandate, doch die Wahl des Tischlermeisters August Pauli im Wahlkreis Schwerin-Hagenow wurde schon am 21. Mai 1912 für ungültig erklärt; in der Nachwahl ging das Mandat dann an den „Fortschritt“ verloren.

¹¹⁸ Allerdings ging die Hälfte der 6 neu gewonnenen Wahlkreise bis Kriegsbeginn wieder verloren: Die Wahl von Felix Hoesch im Wahlkreis Stendal-Osterburg wurde am 26. März 1914 ebenso für ungültig erklärt wie schon knapp zwei Jahre zuvor die von August Pauli, wobei das Mandat von Hoesch bei den Nachwahlen an die Nationalliberalen fiel; auch Labiau-Wehlau ging nach dem Tode Ludwig Massows noch eine Woche vor Ausbruch des Krieges an den „Fortschritt“; zudem verlor die DkP bis Ende 1914 den WK 1 Magdeburg (von Kröcher) an die Nationalliberalen, gewann dafür aber im Gegenzug den WK 3 Magdeburg (Roesicke) bei einer Nachwahl im Dezember 1914 von der SPD. Während des Krieges saßen somit insgesamt 42 deutschkonservative Abgeordnete im Reichstag. Vgl. dazu vor allem die Kurzbiographien der Abgeordneten im Anhang 3.

¹¹⁹ Vgl. DTZ, Nr. 94, 21. Februar 1912; K. von Westarp I, S. 196 f. Nicht zufällig waren diese vier Vertreter der extrem agrar-konservativen Richtung und sahen sich daher im Wahlkampf mit einer „wüsten Agitation“ konfrontiert. Oldenburg-Januschau unterlag in Elbing sogar einem Kandidaten der Freikonservativen, der den „Januschauer“ als seinen „persönlichen Gegner“ betrachtete; und mit dem Verlust der Mandate von Roesicke und Hahn war vor allem der BdL stark getroffen worden, wobei Roesicke durch eine Nachwahl im Dezember 1914 – vgl. Anm. 118 – ja wieder in die Fraktion zurückkehrte. Nach der Wahl von 1912 war der engere Führungsstab des BdL zunächst nur noch durch den Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ Dr. Oertel in der DkP-Fraktion vertreten.

10 Mandate in gewerblichen Wahlkreisen, von denen allerdings 9 einen ländlichen Charakter besaßen.¹²⁰ Dabei blieb die Dominanz des Großgrundbesitzes nicht nur erhalten, sondern wurde sogar noch ausgebaut: Ein Vergleich mit der Reichstagswahl von 1903 ergibt, dass im Vergleichsjahr nur rund 39 % der deutschkonservativen Kandidaten aus dem Großgrundbesitz kamen, während es 1912 fast 46 % waren; und stellten die Großgrundbesitzer schon 1903 44,4 % der Mitglieder der deutschkonservativen Reichstagsfraktion, so stieg dieser Wert 1912 auf 61,4 %. Die Reichstagsfraktion der DkP war also eine eindeutig vom Großgrundbesitz beherrschte Gruppe – eine Tatsache, die noch dadurch unterstrichen wurde, dass einige Abgeordnete, insbesondere der öffentlichen Beamtenschaft, im „Nebenberuf“ dem Großgrundbesitz zuzuordnen waren.

Tabelle 9

Die Kandidaten/Abgeordneten der DkP und ihre Berufe bei den Reichstagswahlen von 1903 und 1912 im Vergleich¹²²:

| Berufsgruppen | Kandidaten | | Abgeordnete | |
|--|------------|------------|-------------|-------------------------------|
| | 1903 | 1912 | 1903 | 1912 |
| Landwirte (davon Großgrundbesitzer) | 65 (53) | 66 (61) | 28 (24) | 30 (27) |
| Beamtenschaft | 32 | 29 | 17 | 10 |
| Handel, Industrie, Gewerbe | 6 | 8 | 2 | 2 |
| Offiziere | 7 | 8 | 1 | 1 |
| Evangelische Geistliche | 2 | - | - | - |
| Advokaten | 2 | 5 | - | - |
| Schriftsteller, journalistische Berufe | 3 | 1 | - | 1 |
| Lehrer, Professoren | 5 | 9 | - | - |
| Handwerker, Arbeiter, Angestellte | 9 | 4 | 2 | (1) |
| andere (z. B. Privatiers, Rentiers) | 5 | 4 | 4 | - |
| Gesamt | 136 | 134 | 54 | 44 (45) ¹²³ |

¹²⁰ Vgl. dazu die Wahlanalyse Blausteins über die Verteilung der städtischen und ländlichen Wahlkreise, in der der Autor aber von 45 DkP-Mandaten ausgeht. A. Blaustein, Parteien, in: Reichstagswahlen 1912, S. 367.

¹²² Die Zusammenstellung der Zahlen für das Jahr 1903 nach: J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 158 f.; für das Jahr 1912 nach: Mitteilungen, Nr. 1, 6. Januar 1912, S. 6 ff. und Nr. 5, 3. Februar 1912, S. 86 f. Bei der Auswertung der parteioffiziellen „Mitteilungen“ komme ich zu anderen Ergebnissen als Bertram, der für seine Zahlen keine Quellen angibt.

¹²³ Dem Großgrundbesitz zugerechnet wurden: die Rittergutsbesitzer von Bieberstein, von Böhlendorff-Kölpin, von Bolko, von Bonin, Gans Edler Herr zu Putlitz, von Graefe, von Kaphengst, von Knigge, Kraher, Meyer, Michaelis, Nehbel, von Normann, von Schwerin-Löwitz, von Veit, die Gutsbesitzer von Heydebrand, Reck und Ritter, die Majoratsbesitzer Graf von Carmer-Osten und von Kanitz, Majoratsherr von Brederlow, Fideikommissbesitzer Graf von Carmer-Zieserwitz, Landschaftsrat Frommer (Rgb.), die Ökonomieräte Hoesch (Rgb.), Siebenbürger (Rgb.) und Weilnböck (Rgb.), Bauerngutsbesitzer Rother sowie Hofbesitzer Will; des Weiteren gehörten der Landwirtschaft an: die Landwirte Arnstadt und Vogt; zu den 10 Abgeordneten aus den Reihen der Beamtenschaft zählten: Landrat von Brockhausen, Justizrat Dietrich, Geh. Justizrat Dr. Giese, Amtsgerichtsrat Holtschke, Land- und Regierungsrat Kreth, Wirklicher Geh. Rat von Kröcher (Rgb.), Oberverwaltungsgerichtsrat von Westarp, der Landesdirektor der Provinz Brandenburg von Winterfeldt (Rgb.) sowie die Bürgermeister Niederlöhner und Rupp; die Reichstagsfraktion wurde komplettiert durch den Buchdruckereibesitzer Malkewitz und den Weingroßhändler Gräfe (Handel, Industrie, Gewerbe), Oberst von Massow (Offiziere; Rgb.), Chefredakteur Oertel (journal. Berufe) und Tischlermeister Pauli (Handwerker, Arbeiter, Angestellte), der hier in Klammern ausgewiesen wurde, da er, wie bereits erwähnt, nur bis zum Mai 1912 dem Reichstag angehörte. Des Weiteren zeigen die Klammern an, welcher DkP-Abgeordnete Rittergutsbesitzer war, obwohl er im Hauptberuf eine andere Funktion ausübte.

Als bedeutsam festzustellen ist jedoch die, schon für die Zeit seit Mitte der 1890er Jahre konstatierte und weiterhin zu beobachtende Zunahme der bürgerlichen Großgrundbesitzer, also jener „Aristokraten zweiter Klasse“¹²⁴, die im Zuge der Kapitalisierung und Hinwendung zum wirtschaftlichen Rationalismus in der agrarischen Produktion immer mehr in die vormals der Grundaristokratie vorbehaltenen Bereiche eindringen und die nicht nur einen neuen kapitalistisch-pragmatischen Wirtschaftsstil repräsentierten, sondern die auch zum Träger der neuen radikalen Interessenpolitik wurden.¹²⁵

Nichts verändern konnte das Wahlergebnis an der Tatsache, dass die DkP eine ostelbische und protestantische Partei geblieben war: Sowohl im östlichen als auch im westlichen Preußen kandidierten Deutschkonservative in vornehmlich protestantisch-ländlich geprägten Wahlkreisen¹²⁶, wobei 36 ihrer gewonnenen Reichstagssitze auf das östliche, keiner jedoch auf das westliche Preußen entfiel; und von den 9 außerhalb Preußens errungenen Mandaten befanden sich zudem auch die beiden in Mecklenburg gewonnenen Wahlkreise östlich der Elbe. Allerdings wird bei einer genaueren Betrachtung des Wahlergebnisses evident, dass der „konservative Ritt in den Westen“ erste, wenn auch bescheidene Veränderungen bewirkt hatte: Zwar konnte die DkP in den außerpreußischen Gebieten nur um gut 2 % und in den westelbischen Gebieten Preußens nur um 1,2 % zulegen, was aber jeweils einem Zuwachs von rund 63 % entsprach, während die Partei im östlichen Preußen mehr als 17 % an Stimmverlusten zu verzeichnen hatte.

Tabelle 10

*Stimmanteile der DkP im östlichen Preußen, im westlichen Preußen und in den außerpreußischen Gebieten (Angaben in Prozent)*¹²⁷

| | 1907 | 1912 | Gewinne/Verluste |
|-------------------------|------|------|------------------|
| östliches Preußen | 22,4 | 18,5 | - 17,4 |
| westliches Preußen | 2,1 | 3,3 | + 63,6 |
| außerpreußische Gebiete | 3,5 | 5,6 | + 62,5 |

¹²⁴ Vgl. S. Neumann, *Modern Political Parties*, 1956, S. 356, der diese “second class aristocrats” als Prototyp einer allmählich feudalisierten Bürokratie charakterisiert.

¹²⁵ Diese Feststellung trifft schon auf die DkP-Reichstagsfraktion von 1907, verstärkt aber auf die Fraktion von 1912 zu, in der erstmals mehr Bürgerliche (23) als Adlige (21) saßen. Zu den bürgerlichen Großgrundbesitzern und Vertretern radikal-agrarischer Ansichten, die 1912 neu in die Fraktion kamen, zählten vor allem der Gutsbesitzer Ritter sowie die Rittergutsbesitzer Dietrich, Frommer, Graefe, Hoesch, Kraemer und Meyer. In der Fraktion des Abgeordnetenhauses war die Zunahme der bürgerlichen Grundbesitzer aufgrund des hohen Anteils der östlichen Provinzen geringer. Vgl. dazu auch Kap. 3. 2., insbes. Anm. 34 f.

¹²⁶ Im östlichen Preußen kandidierten Deutschkonservative in Gebieten, die einen durchschnittlichen evangelischen Bevölkerungsanteil von 84, 5 % aufwiesen, im westlichen Preußen betrug dieser Prozentsatz 62,8 %. Vgl. H. Nöcker, *Der preußische Reichstagswähler*, 1987, S. 18 ff.

¹²⁷ Die Zahlen von 1907 und 1912 finden sich bei G. A. Ritter, *Parteien*, 1985, S. 78.

Dennoch waren diese Veränderungen noch zu gering, um der Deutschkonservativen Partei einen grundlegend anderen Charakter geben zu können, denn trotz der Gewinne außerhalb des östlichen Preußens mussten diese Gebiete auch nach der Wahl von 1912 weitestgehend als „Region konservativer Diaspora“ betrachtet werden, und das, obwohl der agrarische Erwerbsanteil des westlichen mit dem des östlichen Preußen vergleichbar war, bezogen auf die Gebiete, in denen die DkP eigene Kandidaten aufstellte.¹²⁸

Damit ist auch schon eine der drei wesentlichen Ursachen für die Wahlniederlage der DkP festgestellt: *Die zunehmende Veränderung der Sozialstruktur infolge der rasant voranschreitenden Industrialisierung fand in der Parteistrategie keine oder eben nur eine unzureichende Berücksichtigung, sodass sich die massenhafte Abwanderung der Bevölkerung vom Lande in die Städte zwangsläufig negativ auf die Stimmanteile der DkP auswirken musste, wenn die Partei ihr Hauptaugenmerk nach wie vor fast einseitig auf die Landbevölkerung richtete.*¹²⁹

Zweitens *entsprach die Konzentration auf das „Kerngebiet Preußen“ nicht den Erfordernissen der Zeit* und musste daher zu einem abnehmenden politischen Einfluss auch im Reich führen; der konservative Vormarsch im Westen war einfach noch zu schwach geblieben, um nachhaltige Erfolge, sprich Mandatsgewinne, zu ermöglichen.

Schließlich war es aber auch *die Unfähigkeit zur politischen Kooperation mit den beiden liberalen Parteien*, die zu einer zunehmenden Isolierung der Deutschkonservativen Partei geführt hatte. Die dadurch notwendige Auseinandersetzung mit den Liberalen erforderte viel Kraft und Aufwand, die einer zukunftsorientierten Parteiarbeit entzogen wurde. *Die Ursache für die Abwendung der Liberalen von den Deutschkonservativen musste aber letztlich auf deren Verhalten bei der Reichsfinanzreform sowie bei der preußischen Wahlrechtsvorlage zurückgeführt werden. Der mit der Reichstagswahl von 1912 beginnende Abstieg der DkP war also eine Folge ihrer eigenen Politik der Jahre 1908-1910.*

Siebentes Kapitel Die DkP nach der Reichstagswahl von 1912

Der deutschkonservative Parteiführer Ernst von Heydebrand hat den Ausgang der Wahlen von 1912 sowohl unmittelbar nach dem Ereignis als auch noch mit einigem Abstand in seinen „Beiträgen zu einer Geschichte der konservativen Partei“ als einen unglücklichen Zufall dargestellt.¹ Die Ursachen für die Niederlage suchte er bezeichnenderweise nicht zuerst in der Verhaltensweise der Partei selbst oder in der Politik der Parteiführung, sondern „in der Steuerhetze der Nationalliberalen und Freisinnigen“² und im Verhalten der Regierung: „Hätte

¹²⁸ Vgl.: H. Nöcker, *Der preußische Reichstagswähler*, 1987, S. 23 ff. Nöcker sieht die Ursache für das traditionell schlechte Abschneiden der DkP im westlichen Preußen im Fehlen eines stabilisierenden und für den ostelbischen Raum nachgewiesenen strukturell geprägten Wahlmilieus.

¹²⁹ Vgl. O. Büsch, *Wählerbewegungen*, 1978, S. 129. Auch die Reichstagsfraktion der DkP blieb, sieht man einmal von der Zunahme der bürgerlichen Grundbesitzer ab, vom strukturellen Umschichtungs- und Nivellierungsprozess in Bezug auf Herkunft und soziale Klassenzugehörigkeit, dem das Gesamtparlament in der Zeit nach 1887 unterlag, weitgehend ausgeschlossen. Vgl. K. Demeter, *Die soziale Schichtung des deutschen Parlaments*, 1952, S. 1 ff.; ferner: W. Kremer, *Der soziale Aufbau der Parteien*, 1934.

¹ Vgl. E. von Heydebrand, *Beiträge*, S. 609. In der „Konservativen Monatsschrift“ wurden die Wahlen gar mit einem „Lotteriespiel“ verglichen, das „der Sozialdemokratie in diesem Jahre die Gewinne, den anderen Parteien die entsprechenden Nieten gebracht“ habe. *KM*, Heft 5, Februar 1912, S. 535.

² Vgl. *DTZ*, Nr. 131, 12. März 1912.

die Regierung ihre Pflicht, in diesem Kampfe voranzugehen erfüllt, dann wäre das Resultat ein anderes gewesen.“³

Dennoch war man sich auch in der deutschkonservativen Parteiführung der Bedrohlichkeit der eigenen Position nur allzu bewusst und zog aus der durch die Reichstagswahl entstandenen Situation im Wesentlichen zwei Konsequenzen: Erstens auf ein entschlosseneres Zusammenwirken der „im guten Sinne staats-erhaltenden Parteien“ – sowohl inner- als auch außerhalb des Reichstags – hinzuwirken⁴, und zweitens eine Verbreiterung der sozialen Basis der Partei zu erreichen, um auf diese Weise die Grundlagen für die Entwicklung zu einer konservativen „Volkspartei“ zu schaffen. Im folgenden Kapitel soll untersucht werden, inwieweit die Politik der Deutschkonservativen Partei nach der Reichstagswahl von 1912 geeignet war, diese beiden Kernziele zu verwirklichen.

1. Die Isolierung im Reichstag

Der Reichstag war seit der Wahl von 1912 unzweifelhaft der antreibende Faktor in der inneren Entwicklung des Reiches und der Bezugspunkt aller innenpolitischen Maßnahmen.⁵ Der DkP aber drohte diesbezüglich gerade jetzt die völlige Bedeutungslosigkeit. Schon bei der Reichsfinanzreform von 1909 hatte die Partei aufgrund ihres rigorosen ökonomischen Klassenegoismus` eine Entwicklung eingeleitet, die sie immer mehr in eine politische Außenseiterrolle gedrängt hatte: In eine solche waren die Deutschkonservativen bei der elsass-lothringischen Verfassungsreform geraten, die auch deshalb einen Präzedenzfall darstellte, da Liberale und Zentrum sich erstmals mit den Sozialdemokraten arrangiert hatten. Den anstehenden Gesetzesvorhaben im Reichstag – Interpellationsvorlage und Reichsvermögenszuwachssteuer – kam jetzt also eine enorme Bedeutung zu, da sich hier über die Behandlung der eigentlichen Sachverhalte hinaus zeigen musste, ob die DkP sich weiterhin als Hemmschuh für jede Veränderung erweisen und ob sie ihre Linie aufrecht erhalten würde, durch starres Festhalten am Bestehenden notwendige Verbesserungen im sozialen Organismus zu behindern und damit schließlich auch die Funktionstüchtigkeit des Staates selbst zu beeinträchtigen.⁶

In dieser Situation setzte sich in der deutschkonservativen Parteiführung die Auffassung durch,

„[...] die heutige Politik nur [dann] in günstige Bahnen“ lenken zu können, „wenn wir möglichst vorsichtig auftreten und es uns gelingt, dem rechten Flügel der Nationalliberalen uns wieder vorsichtig zu nähern mit dem Ziel, mit diesem Flügel der Nationalliberalen und dem Zentrum und der rechten Seite des Reichstags eine Politik zu betreiben, die, in vorsichtiger Weise durch uns beeinflusst, unsere berechtigten Ziele zu fördern in der Lage ist.“⁷

³ Heydebrand auf einer Versammlung der schlesischen Vertrauensmänner der DkP im Februar 1912 in Breslau. Zit. nach DTZ, Nr. 94, 21. Februar 1912. Solche Vorwürfe wurden aber auch von anderen führenden Parteimitgliedern erhoben. Vgl. KZ, Nr. 47, 29. Januar 1912; Reichsbote., Nr. 63, 15. März 1912.

⁴ Vgl. KM, Heft 5, Februar 1912, S. 537.

⁵ Da der Bundesrat in der Gesetzgebung aber nicht umgangen werden konnte, bestand für die Regierung Bethmann Hollweg das Problem darin, dessen Nachgiebigkeit auszuloten und festzustellen, inwiefern und auf welche Weise das Föderativorgan den Forderungen des Parlaments gefügig gemacht werden könnte. Preußen jedenfalls, die einstige Hegemonialmacht und das stärkste Bollwerk des Föderalismus, wurde in die Defensive gezwungen und versuchte vergebens, den unaufhaltsamen Schwund seiner Rechte einzudämmen. Vgl. dazu M. Rauh, *Parlamentarisierung*, 1977, S. 240 f.

⁶ Ebenso musste offenbar werden, ob die SPD ein akzeptabler Partner für Liberale und Zentrum werden konnte: Sollten sich die Konservativen als stärkste Stütze des Status quo weiterhin selbst aus den politischen Entscheidungsprozessen eliminieren, ergab sich jedenfalls schon von selbst die Gelegenheit, das politische Zusammenwirken aller Parteien der Mitte und der Linken weiter zu vertiefen und damit den reformerischen Kräften ein natürliches Übergewicht zu geben. Vgl. ebenda, S. 243.

⁷ Brief Roesickes an Wangenheim vom 3. Juni 1912. BArch, NL Wangenheim 7, Bl. 47.

Doch selbst diese defensive Position erschien angesichts der neuen Machtverhältnisse im Reichstag wenig Erfolg versprechend, denn schließlich hatten auch das Zentrum (91 Mandate/ -14), Nationalliberale (45/ -9), Freikonservative (14/ -10) und Antisemiten (3/ -13) erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Auch wenn die Deutschkonservativen glaubten, dass der rechte Flügel der Nationalliberalen jetzt wieder stärker zur Zusammenarbeit mit der DkP neigen würde⁸, so war ihnen doch Bassermanns Bestreben nicht verborgen geblieben, dem Ergebnis der Reichstagswahlen jetzt auch durch demokratische Reformen zu entsprechen. Hinzu kam, dass die Deutschkonservativen wussten, dass auch die Zentrumsfraktion im Reichstag „heute zweifellos erheblich mehr nach links als nach rechts“ neige, und dass lediglich Hertling eine Ausnahme unter den entscheidenden Zentrumspersonalitäten bilden würde.⁹ Ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen und dem Zentrum, das für die DkP die einzige Möglichkeit einer aktiven Mitarbeit im Reichstag darstellte, konnte also auf Dauer wegen deren demokratischen Tendenzen nicht zustande kommen, solange die Deutschkonservativen selbst jedenfalls keinen Fußbreit von ihrer antiparlamentarischen Haltung abrückten.

Deshalb musste die DkP nach den Wahlen von 1912 auch ohnmächtig zusehen, wie Gesetze ohne sie beschlossen wurden: Die innenpolitischen Koalitionen im Reichstag bestanden jetzt hauptsächlich aus Liberalen, Zentrum und Teilen der SPD. Zunächst konnten die Deutschkonservativen jedoch noch einen kleinen Erfolg verbuchen: Als der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. Februar mit den Stimmen auch eines Teiles der Nationalliberalen zum vorläufigen Vizepräsidenten des Reichstags gewählt wurde, sich aber weigerte, „zu Hofe zu gehen“, also an der Audienz des Präsidiums beim Kaiser teilzunehmen, übten Reichsleitung und Konservative so lange Druck auf die Nationalliberalen aus, bis diese wieder umfielen und Scheidemann ihre Stimme entzogen. Zwar zeigte dieser Vorgang, wie tief der Graben zwischen bürgerlichem Lager und Sozialdemokratie noch war, der Isolierung der deutschkonservativen Reichstagsfraktion tat das jedoch keinen Abbruch. Diese wurde erstmals im Mai 1912 bei der Interpellationsvorlage offensichtlich, als die Regierung gezwungen werden sollte, sich durch eine Änderung der Geschäftsordnung im Reichstag Anfragen stellen zu lassen.¹⁰ Bis zur Wahl von 1912 hatten die Konservativen im Verein mit dem Zentrum das Bestreben der Liberalen und Sozialdemokraten, das Interpellationsrecht zielbewusst als parlamentarische Waffe zu gebrauchen, noch erfolgreich bekämpfen können. Als sich jedoch im Januar 1912 die politische Landschaft grundlegend wandelte, vollzog das Zentrum schon aus machtpolitischen Gründen eine Schwenkung und suchte Anschluss bei der parlamentarischen Linken und den Nationalliberalen, die seit der Daily-Telegraph-Affäre für die Ausweitung des Interpellationsrechts gekämpft hatten. Damit bildete sich in der für die Parlamentarisierung überaus wichtigen Frage eine Mitte-Links-Koalition unter Einschluss der Nationalliberalen heraus, deren Handlungsfähigkeit dadurch gesteigert wurde, dass, wie es der deutschkonservative Reichstagsabgeordnete Kreth formulierte, die Sozialdemokraten „ihre schöne Alles-oder-nichts-Politik [...] zu Hause gelassen“ hatten.¹¹

Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags waren so auch schon kurz nach der Wahl von 1912 von allen Parteien, mit Ausnahme der beiden konservativen, eingebracht worden. Die Einführung der sog. „kleinen Anfragen“ lehnten einige Deutschkonservative dabei nicht grundsätzlich ab, wollten diese allerdings gegen mögliche Missbräuche geschützt

⁸ Brief Roesickes an Baron Böcklin von Böcklinsau vom 2. Juni 1912. Ebenda, Bl. 49 ff.

⁹ Ebenda.

¹⁰ In der Reichsverfassung war ein Recht des Reichstags auf Fragestellung an und Auskunfterteilung durch die Verbündeten Regierungen nicht festgelegt, sodass für diese bzw. die Reichsleitung juristisch kein Zwang bestand, auf formelle Anfragen aus dem Reichstag einzugehen. Dennoch hatte sich die Gewohnheit herausgebildet, dass die Reichsleitung in der Regel zumindest wichtige Interpellationen beantwortete. Zur Interpellationsvorlage vgl. vor allem M. Rauh, *Parlamentarisierung*, 1977, S. 186 ff.

¹¹ Zit. nach ebenda, S. 188.

wissen.¹² Anders verhielt es sich mit der Neuregelung der Verfahren bei Interpellationen, die fortan möglich sein sollten, auch wenn der Reichskanzler deren Behandlung zuvor abgelehnt hatte. Ein solches Interpellationsrecht bekämpften die Deutschkonservativen vehement: Sie begründeten das mit Rücksicht auf die Außenpolitik, weil die neue Einrichtung dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Äußeren in unzulässiger Weise die Hände binde; vor allem aber sahen sie darin die Einführung von Misstrauensvoten und damit einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zum parlamentarischen Regiment¹³; doch alles Gebaren der Deutschkonservativen nutzte nichts, da der Reichstag am 3. und 8. Mai definitiv die Änderung seiner Geschäftsordnung beschloss.¹⁴ Die nach der Reichstagswahl entstandenen neuen parlamentarischen Machtverhältnisse waren damit ebenso deutlich geworden wie die Grenzen des schwarz-blauen Blocks: Die Zentrumsvertreter zeigten jetzt keine Bereitschaft mehr, weiterhin gemeinsam mit den Konservativen jene Initiativen zur Stärkung der Parlamentsrechte zu blockieren, die von der Daily-Telegraph-Affäre ausgegangen und bisher unerledigt geblieben waren. Deprimiert resümierte Westarp:

„Jeder Versuch von uns, das Zustandekommen der Beschlüsse wiederum zu verhindern, wurde entschlossen und ohne Debatten niedergestimmt. [...] Das Zentrum unter Führung namentlich von Gröber schloss sich nunmehr diesem Vorgehen an; Erzberger war ein eifriger Förderer des parlamentarischen Regierungssystems geworden.“¹⁵

Der Tag, an dem die Regelung der Kanzlerverantwortlichkeit auf den Plan kommen würde, schien damit nicht mehr fern zu sein: Verständigte sich das Zentrum tatsächlich mit den Liberalen und Sozialdemokraten auf eine weitere Ausweitung der Reichstagskompetenzen, so gab es gegen den allmählichen Übergang zum parlamentarischen Regiment jedenfalls auf Dauer kein Gegenmittel mehr.¹⁶

Nur anderthalb Jahre später fühlten sich die Deutschkonservativen in ihren Befürchtungen bestätigt, als ein Vorfall in der kleinen unterelsässischen Garnisonsstadt Zabern die Neuregelung der Interpellationen zum ersten Male in bedeutsamer Weise zur Anwendung brachte¹⁷: Hier hatte Ende Oktober 1913 der junge preußische Leutnant Frhr. von Forstner seine Rekruten dazu ermutigt, bei den häufiger mit der Zivilbevölkerung vorkommenden

¹² Durch die Einführung der „kleinen Anfragen“ sollte jeder Abgeordnete vom Reichskanzler schriftlich Auskunft über bestimmte Probleme der aktuellen Politik erbitten können. Ein von der DkP eingebrachter, aber schließlich abgelehnter Antrag, sah vor, dass der Reichstagspräsident nur Anfragen zulassen sollte, die von „allgemeiner Bedeutung“ wären, um einen Damm gegen zu „betriebsame Abgeordnete“ zu errichten, die jedes Bedürfnis, einen Einzelfall agitatorisch auszuschlachten, durch eine Anfrage zu befriedigen suchen würden und um damit die Anzahl der Anfragen nicht ins Unermessliche steigen zu lassen; außerdem beantragte die DkP-Fraktion, solche Interpellationen auszuschließen, „die nicht zur Zuständigkeit des Reiches gehörten.“ SBR, Bd. 285, 3. Mai 1912, S. 1660 f. und 1664 f.

¹³ Vgl. dazu insbesondere die Ausführungen des DkP-Abgeordneten Kreth, in denen die antiparlamentarische Haltung der Partei grundsätzlich zum Ausdruck gebracht wurde. Ebenda, S. 1682 f.

¹⁴ Vgl. ebenda, 3. Mai 1912, S. 1673 f. und 8. Mai 1912, S. 1747 ff.

¹⁵ K. Von Westarp I, S. 205.

¹⁶ Vgl. dazu M. Rauh, *Parlamentarisierung*, 1977, S. 185-190; W. Loth, *Katholiken*, 1984, S. 205 f.

¹⁷ Bis zum Kriegsausbruch wurden nach der neuen Geschäftsordnung 163 kleine Anfragen und 22 Interpellationen eingebracht; nur auf eine von den Polen eingebrachte Interpellation, die sich auf die Enteignung polnischen Grundbesitzes zugunsten preußischer Ansiedlungspolitik bezog, verweigerte die Regierung jegliche Auskunft, was unverzüglich zu einem Misstrauensvotum führte. Ansonsten hatten lediglich zwei Interpellationen Misstrauensanträge zur Folge: Der erste Misstrauensantrag war staatsrechtlich überaus problematisch, da er dem Reichskanzler die Missbilligung des Reichsparlaments für ein preußisches Gesetz und dessen Ausführung durch die preußische Verwaltung aussprach – das sog. „Polenenteignungsgesetz“ aus dem Jahre 1908, ein Gesetz über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in Posen und Westpreußen, das auf Widerstand bei den Polen, beim Zentrum und der Parlamentslinken führte; das zweite Misstrauensvotum wurde dann eben in der Affäre Zabern beschlossen und führte zur letzten großen Verfassungskrise vor dem Krieg. Vgl. dazu beispielgebend: M. Schlegelmilch, *Parteien*, 1936, S. 119 ff.; H.-G. Zmarzlik, *Bethmann Hollweg*, 1957, S. 114 ff.; H.-U. Wehler, *Krisenherde*, 1979, S. 70-89.

Streitereien von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, sofern sie angegriffen würden, wobei er die Elsässer noch zusätzlich durch grobe Beschimpfungen beleidigte. Nach dem Bekanntwerden dieses Vorfalls fanden in Zabern Protestkundgebungen statt, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen zwischen den empörten Einwohnern und dem preußischen Militär kam. Der Regimentskommandeur von Zabern, Ernst von Reuter, der Forstners Verhalten mit einem Stubenarrest geahndet hatte, ließ daraufhin die Stadt am 28. November ohne Rechtsgrundlage besetzen, die Einwohner von der Straße treiben und Bürger wahllos verhaften oder gar misshandeln. Diese ungeheuerlichen Vorgänge führten jetzt dazu, dass sich am 3./4. Dezember nun auch der Reichstag der Angelegenheit annahm, und zwar anlässlich der Debatte über Interpellationen¹⁸, die von den Elsässern, den Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei veranlasst worden war. Am Ende dieser Debatte stellten sich lediglich die beiden konservativen Parteien noch hinter die Regierung¹⁹, der mit 293 gegen 54 Stimmen am 4. Dezember in eindeutiger Weise das Misstrauen durch die anderen Parteien ausgesprochen wurde. Neu war dabei, dass jetzt nicht nur die SPD (Scheidemann), sondern auch die Fortschrittspartei (Wiemer, Haußmann) und das Zentrum (Erzberger) den Interpellationsbeschluss des Reichstags als Misstrauensvotum im Sinne parlamentarischer Regierungsweise behandelten und sich gleichermaßen für den Rücktritt Bethmann Hollwegs sowie den Übergang zum parlamentarischen Regiment aussprachen.²⁰

Auch das letzte große legislatorische Unternehmen vor dem Ersten Weltkrieg, die Reichsvermögenszuwachssteuer²¹, unterstrich die bei der Interpellationsvorlage und im Falle Zabern deutlich gewordene *Isolierung der Deutschkonservativen Partei im Reichstag*. Dabei bewies die Vorgeschichte dieser Gesetzesvorlage erneut, dass sich die Deutschkonservativen in den letzten Jahren längst zu glänzenden Taktikern entwickelt hatten: Als im Mai 1912 auf Initiative von Erzberger und Bassermann ein Antrag verabschiedet wurde, der die Regierung verpflichtete dem Reichstag bis zum 30. April 1913 ein Gesetz vorzulegen, „welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorschreibt“²²,

¹⁸ Vgl. SBR, Bd. 291, 3. Dezember 1913, S. 6139.

¹⁹ Bethmann Hollweg hatte aufgrund des Entrüstungssturmes im Reichstag Stellung beziehen müssen und sich – wohl als Folge der Erfahrungen Bülows in der Daily-Telegraph-Angelegenheit – ohne Einschränkung vor die Armee und damit vor den Monarchen gestellt, obwohl er von der Verletzung des geltenden Rechts überzeugt war. Die Deutschkonservativen gingen noch einen Schritt weiter als der Reichskanzler, indem sie das Vorgehen der Militärs nicht nur verteidigten, sondern zu dem Schluss kamen, „dass trotz vierzigjähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Reich die Bewohner des Elsass noch lange nicht von jenem Geiste erfüllt sind, den man von jedem vaterlandstreuen Reichsangehörigen erwarten und fordern muss.“ Mitteilungen, Nr. 50, 13. Dezember 1913, S. 785.

²⁰ SBR, Bd. 291, 10./11. Dezember 1913, S. 6323 ff. Allerdings war das Zentrum, wie auch die Nationalliberalen, nicht wirklich an einer Demission des Kanzlers interessiert, die dieser auch nicht ernsthaft erwog, da er in der Angelegenheit auch den Kaiser hinter sich wusste; nach der Daily-Telegraph-Affäre war damit zum zweiten Male die Möglichkeit verspielt worden, den ernsthaften Versuch einer Verfassungsänderung zu unternehmen. Die DkP aber versuchte, die Zabernaffäre agitatorisch auszuschlachten, und Westarp beauftragte Generalsekretär Schroeter, „dass unsere Redner und Vereine unter Verwendung von mir zusammengestellten Materials zur Ausnutzung des Falls angeregt werden.“ Westarp selbst konnte nach einer Rede in Königsberg am 16. Dezember 1913 berichten: „Zabern schlug glänzend ein.“ Brief Westarps an Heydebrand vom 18. Dezember 1913. BArch, NL Westarp 1, Bl. 190.

²¹ Das Problem der Reichsvermögenszuwachssteuer ist von der Forschung recht gut penetriert, sodass es hier nicht primär darum geht, neues Faktenmaterial mitzuteilen, sondern im Allgemeinen bereits bekannte Vorgänge aus der Perspektive der DkP darzustellen und in die hier verfolgte Entwicklungslinie einzuordnen. Vgl. insbesondere P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 337 f.; H.-G. Zmarzlik, Bethmann Hollweg, 1957, S. 43 ff.; M. Rauh, Parlamentarisierung, 1977, S. 240 ff.; F. Fischer, Krieg der Illusionen, 1969, S. 257 ff.; R. Krobot, Finanzpolitik, 1986, S. 189 ff.

²² Antrag Bassermann-Erzberger, in: SBR, Bd. 299, Drucksache 476, Ziffer II b. Die gemeinsame Vorlage von Nationalliberalen und Zentrum kann als Beweis für die oben erwähnte Machtverschiebung zugunsten des Reichstags gelten, wurde durch sie doch ein direkter, gesetzlich verankerter Zwang auf die Reichsleitung und die Verbündeten Regierungen ausgeübt, um sie für die Zukunft auf bestimmte legislatorische Vorhaben festzulegen. Im Übrigen hatten Nationalliberale und Zentrum damit nur eine Methode aufgegriffen, die erstmals von der DkP anlässlich der Wertzuwachssteuer bei den Verhandlungen zur Reichsfinanzreform benutzt worden war.

stimmte die Fraktion der DkP zunächst einmal für den Antrag, obwohl unübersehbar war, dass damit die Erbschaftssteuer wieder auf die Tagesordnung kommen würde und obwohl die Fraktionsmitglieder von vornherein wussten, dass sie sich im Ernstfall jeglicher Besitz- oder Vermögensbesteuerung im Reichstag widersetzen würden; ihre ursprüngliche Zustimmung erfolgte dabei aus „militär- und allgemein-politischen Gründen“: Neben der Deckung der Kosten der Wehrvorlagen, der eigentlichen Ursache des Antrags²³, kam es den Deutschkonservativen vor allem darauf an, dass sich in dieser Frage keine grundsätzliche Abwendung des Zentrums vom schwarz-blauen Block ankündigen sollte.²⁴ Dennoch zeigte gerade der Antrag Bassermann-Erzberger, dass es sich bei diesem Block nur noch um ein Scheingebilde handelte, denn wenige Tage vor Einbringung des Antrags war Hertling, der als bayrischer Ministerpräsident nicht mehr dem Reichstag angehörte, nach Berlin gekommen, um bei Bethmann Hollweg durchzusetzen, dass der Kampf um die Besitzsteuer von der Wehrvorlage fernzuhalten sei; dass der Antrag dann das genaue Gegenteil brachte, symbolisierte die nach 1912 beim Zentrum zu beobachtende Machtverschiebung zugunsten Erzbergers.²⁵

Die schließlich am 30. Juni 1913 vom Reichstag angenommene Reichsvermögenszuwachssteuer²⁶ kam dann auch einer endgültigen Aufkündigung des schwarz-blauen Blockes gleich. Zwar hatte sich das Zentrum zunächst noch bemüht, die DkP für die Steuer zu gewinnen²⁷, doch dessen Anstrengungen wurden von der Fraktion der DkP nicht honoriert, die sich damit auch der Intention der Regierung verschloss, bei der Zustimmung zur Reichsvermögenszuwachssteuer einen kompakten „Rechtsblock“ aus den liberalen und konservativen Parteien sowie dem Zentrum zu bilden.²⁸ Dabei konnten die Deutschkonservativen mit der geplanten Steuer gut leben, da diese in hohem Maße Rücksicht auf die agrarischen Interessen nahm, denn die Besteuerung sollte erst bei einem Vermögen von 20.000 Mark und einem Zuwachs von 10.000 Mark beginnen, womit sie höchstens zehn

²³ Der Deckungsbedarf der Wehrvorlage belief sich auf 194 Millionen Mark jährlich anfallende und 996 Millionen Mark einmalige Kosten. Während die einmaligen Kosten durch einen „Wehrbeitrag“, eine Art patriotisches Opfer, aufgebracht werden sollten, was im Reichstag, mit Ausnahme der Polen und Elsässer, ungeteilte Zustimmung fand, entzündete sich der Streit daran, durch welche Steuern die laufenden Kosten gedeckt werden sollten. Vgl. F. Fischer, *Krieg der Illusionen*, 1969, S. 257 ff. Zum außenpolitischen Hintergrund der Wehrvorlage, vgl. Kap. 9. 2.

²⁴ Vgl. die Rede Westarps, in: SBR, Bd. 285, 21. Mai 1912, S. 2185 ff.; ebenso: KZ, Nr. 185, 20. April 1912 und Nr. 244, 26. Mai 1912.

²⁵ Vgl. K. von Westarp I, S. 247 ff. Westarp schildert hier die „Machtübernahme“ Erzbergers in der Zentrumsfraktion nach 1912 auf Kosten des nominellen Fraktionsvorsitzenden Spahn, der zunächst auch den Fraktionsvorsitz niederlegen wollte, doch mit großer Mühe von seinen Freunden von diesem Entschluss wieder abgebracht werden konnte, da sie ihm vor Augen führten, dass ein öffentlicher Eklat nicht nur das Ansehen des Zentrums allgemein, sondern auch die konservativen Positionen innerhalb des Zentrums nur noch weiter schwächen würde. Vgl. W. Loth, *Katholiken*, 1984, S. 210.

²⁶ Die Steuer wurde vom Reichstag in erster Lesung am 9. April, in zweiter Lesung am 27. Juni und in dritter Lesung am 30. Juni 1913 beraten. Vgl. SBR, Bd. 289, 9.-12. April 1913, S. 4611 ff.; SBR, Bd. 290, 27. Juni 1913, S. 5832 ff.; ebenda, 30. Juni 1913, S. 5939 ff. Die Reichsvermögenszuwachssteuer war ein Vorschlag der Regierung Bethmann Hollweg, die eine Reichsvermögens- oder Reichseinkommensteuer ablehnte, schon mit Rücksicht auf die Konservativen, aber auch auf das Zentrum, das die in der katholischen Partei repräsentierten agrarischen Interessen nicht schädigen wollte.

²⁷ Vgl. den Brief Westarps an Heydebrand vom 7. Juni 1913: „Gröber [ein führendes Zentrums-Fraktionsmitglied; J. B.] redete mir zu wie einem kranken Schimmel, natürlich ohne jede Gegenliebe – den Zuwachs inklusive Erbschaften in abgeschwächter Form zu schlucken, und auch Spahn zeigte sich durchaus nicht abgeneigt.“ K. von Westarp I, S. 287.

²⁸ Westarp räumte zwar ein, dass der Vorschlag der Reichsregierung „von den Dingen, die wir nicht wollen [...], noch [der] verhältnismäßig erträglichste [ist]“, dennoch weigerte sich der Vorsitzende der deutschkonservativen Reichstagsfraktion bei Besprechungen, die er am 23. März mit Staatssekretär Kühn und Unterstaatssekretär Wahnschaffe geführt hatte, einem Gesetz zuzustimmen, durch das ein Zwang auf die Bundesstaaten ausgeübt wurde und das mit dem Vermögenszuwachs auch indirekt alle Erbanfälle besteuert hätte. Vgl. K. von Westarp I, S. 276 ff. Brief Westarps an Heydebrand vom 23. März 1913.

Prozent der landwirtschaftlichen Besitzungen traf.²⁹ Bei ihrer Ablehnung traten daher soziale und staatspolitische Gründe in den Vordergrund: Es ging für die DkP eben nicht primär um die Frage, ob Erbschaftssteuer oder Vermögenszuwachssteuer, sondern darum, ob der Reichstag überhaupt eine den konservativen Interessen zuwiderlaufende Steuer in seine Verfügungsgewalt bekommen sollte oder nicht; zwar war auch in der Vermögenszuwachssteuer eine Erbschaftssteuer mit enthalten, wenngleich in abgemilderter Form, *aber dem sich immer mehr demokratisierenden Reichstag sollte der Zugriff auf das Gebiet der Besitzbesteuerung um jeden Preis verwehrt und die finanzielle Eigenständigkeit Preußens erhalten bleiben.*³⁰ Aber erneut erwies sich jeglicher konservativer Widerstand als vergeblich: Die Reichsvermögenszuwachssteuer wurde am 30. Juni mit 280 gegen die lediglich 63 Stimmen der beiden konservativen Parteien bei 29 Enthaltungen angenommen. Damit hatte die Reichsregierung erstmals das Recht zur direkten Besteuerung von Vermögen erhalten und zudem war erstmals auch ein wichtiges Steuergesetz gegen die DkP verabschiedet worden. Da dem Reichstag nun auch grundsätzlich der steuerliche Zugriff auf landwirtschaftliche Vermögen eröffnet worden war, erblickten die Konservativen hierin einen Angriff auf die gesellschaftliche Basis der grundbesitzenden Aristokratie. Dementsprechend scharf wurden Bethmann Hollweg und die Reichsleitung von Heydebrand in der „Konservativen Korrespondenz“ angegriffen, weil diese mit ihrer „schwächlichen Haltung“ die Rechte der Einzelstaaten „zugunsten der demokratischen Konventsherrschaft des Reichstags“ dauernd „untergraben“ hätten.³¹ Heydebrands Feststellung war durchaus zutreffend, denn der von den Konservativen gefürchtete Tag, an dem die SPD im Rahmen des konstitutionellen Systems enger mit der Regierung zusammenarbeiten würde als sie selbst, war damit näher gekommen³²; allerdings übersah der deutschkonservative Parteiführer bei seiner Kritik, dass Bethmann Hollweg bei einem Reichstag, in dem die Sozialdemokraten zusammen mit den beiden liberalen Parteien und einigen Mitläufern allein eine Mehrheit besaßen, nicht mehr völlig an dieser möglichen Linksmehrheit vorbeiregieren konnte, ohne das gesamte Finanzprogramm der Regierung zu gefährden.³³

Die Annahme der Reichsvermögenszuwachssteuer bedeutete auch eine Schwenkung des Zentrums zur Mitte hin, wenngleich sich 22 seiner Abgeordneten bei der namentlichen Schlussabstimmung der Stimme enthalten hatten. Dennoch kann nicht behauptet werden, dass das Zentrum bestrebt war, ganz allgemein eine formelle Ausweitung der Zuständigkeiten des

²⁹ Vgl. P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 370 f. Ferner: K. von Westarp I, S. 260 ff.

³⁰ Man glaubte „angekommen“ zu sein „am Ende [...] des bundesstaatlichen Charakters des Reiches selbst“, an der „Kommunalisierung“ und „Mediatisierung“ der Bundesstaaten, denen damit „die Fähigkeit zur Erfüllung der ihnen noch verbliebenen großen Kulturaufgaben vollständig genommen“ würde „zugunsten einer nivellierenden Vereinheitlichung, welche wohl dem Sinne der [...] äußersten Linken entsprechen mag, welche aber dem Charakter des deutschen Volkstums und aller seiner Stämme durchaus zuwider ist.“ Vgl. dazu die Rede des Grafen von Schwerin-Löwitz im Reichstag, in: SBR, Bd. 290, 27. Juni 1913, S. 5838.

³¹ Kons. Korr., Nr. 53, 1. Juli 1913. Vgl. auch K. von Westarp I, S. 278, hierin: Brief Heydebrand an Westarp vom 25. März 1913.

³² Die SPD feierte die Annahme der Steuer auch dementsprechend als ihren Triumph und freute sich über das Parteienbündnis, das auf diese Weise zustande gekommen war und das 1917 mit der „Friedensresolution“ und 1919 mit der „Weimarer Koalition“ seine Fortsetzung finden sollte. Gleichzeitig mit der Reichsvermögenszuwachssteuer nahmen die Sozialdemokraten zudem erstmals Gesetze über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag an. Die Annahme der Deckungsvorlagen für die Heeresvermehrung war ihnen durch die Vermögenssteuer schmackhaft gemacht worden. Vgl. P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 371; K. von Westarp I, S. 269 f.

³³ Ebenso schien es den *von ihrem Egoismus geblendeten Konservativen* völlig entgangen zu sein, dass Bethmann Hollweg ihnen mit seinem Vorschlag einer Vermögenszuwachssteuer entgegenkommen wollte, indem er gleichzeitig die von den Bundesstaaten befürwortete Erbschaftssteuer ablehnte. Die Steuerhoheit der Bundesstaaten war auf dem Sektor der Erbschaftssteuer schon seit der „kleinen Finanzreform“ von 1906 zugunsten des Reiches eingeschränkt worden, weshalb die Bundesstaaten auch eher bereit waren, auf diesem Gebiete noch weiter nachzugeben, als dem Reich einen weiteren Eingriff in einen Bereich der in ihrer Kompetenz liegenden direkten Besteuerung zu gestatten. Vgl. auch Kap. 5. 2., insbes. Anm. 24. Ferner: P.-C. Witt, Finanzpolitik, 1970, S. 139 ff.

Reichstags gegenüber der Reichsleitung herbeizuführen, denn vor allem im Hinblick auf die Erfolge der SPD sollte an der halb-konstitutionellen Verfassungsstruktur des Reiches nichts geändert werden.³⁴ Gleichwohl blieben die Bemühungen der DkP, die neue „Koalition“ aus Nationalliberalen und Zentrum zu sprengen, z. B. durch Vorstöße zugunsten neuer Gesetze „zum Schutze der Arbeitswilligen“ und gegen die Sozialdemokratie, auch in der Folgezeit ohne Erfolg.³⁵

Aufgrund der totalen Verweigerung zu jeglicher positiver Mitarbeit mussten die Deutschkonservativen das Ende der seit 1909 bestehenden „Koalition“ mit dem Zentrum und ihre Isolierung im Reichstag nach den Wahlen von 1912 letztlich selbst verantworten, da sie nicht bereit und in der Lage waren, sich den veränderten parlamentarischen Mehrheiten anzupassen: Hatte die Partei noch 1909 bei der Reichsfinanzreform mit dem schwarz-blauen Block und gegen den Widerstand des Handels und der verarbeitenden Industrie die Besteuerung vornehmlich des mobilen Kapitals durchsetzen können, war es nun bei der Reichsvermögenszuwachssteuer den liberalen Parteien im Bündnis mit den Sozialdemokraten und der Mehrheit des Zentrums gelungen, den immobilien Besitz, vorwiegend also Großgrundbesitz und Schwerindustrie, mit zur Deckung der Wehrvorlage heranzuziehen.³⁶ Selbst die Zweckbestimmung der neuen Steuern für den Ausbau der deutschen Rüstung konnte die Deutschkonservativen nicht zur Zustimmung veranlassen, da sie ihre materiellen Klasseninteressen mit den Interessen der Nation gleichsetzten und sie so in der Gefährdung der persönlichen Stellung eine Verletzung des allgemeinen Staatswohls sahen.

Bisher hatten die Konservativen aufgrund des preußischen Wahlrechts praktisch die alleinige Verfügungsgewalt über ihre eigene Besteuerung und die Verwendung der Steuern innegehabt, jetzt war jedoch die in der Verfassung vorgesehene Trennung von indirekten Steuern für das Reich und direkten Steuern für die Bundesstaaten angetastet worden: Für die Deutschkonservativen ging ihre eigene Isolierung einher mit der „Konfiskation des Vermögens“ und einem Einreißen der „Grundlagen unseres Reiches.“³⁷

2. *Auf dem Wege zu einer konservativen Volkspartei?*

³⁴ Deshalb ist es auch berechtigt, von einer „stillen Parlamentarisierung“ des Reiches zu sprechen. Vgl. M. Rauh, *Parlamentarisierung*, 1977, Titel. Wenn der Reichsleitung beispielsweise in einer so bedeutenden Frage, wie der Besitzsteuer, die Marschroute von den bürgerlichen Parteien der Mitte vorgeschrieben wurde, so konnte von einer unbestrittenen Führung der Verbündeten Regierungen oder der Reichsbürokratie und der mit ihr eng verzahnten preußischen Bürokratie im Gesetzgebungsprozess nicht mehr uneingeschränkt gesprochen werden. Dieser Prozess verlief aber gleichsam „still“, da vor jeder materiellen Veränderung des Verfassungssystems konsequent Halt gemacht wurde. In Preußen lehnte das Zentrum sogar jegliche Reform des Dreiklassenwahlrechts weiterhin vehement ab.

³⁵ So verkündete Westarp in einer großen Reichstagsrede am 14. Januar 1913, es sei die „Hauptaufgabe der bürgerlichen Parteien und der Reichsgesetzgebungsfaktoren [...], dass wir uns endlich einmal ermahnen zu Schritten gegen die Gewaltherrschaft der Sozialdemokratie.“ Der an diese Rede gekoppelte Antrag der DkP, ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens zu erreichen, wurde mit 283:52 Stimmen abgelehnt. SBR, Bd. 287, 22. Januar 1913, S. 3155. Dieses Thema wurde auch in den folgenden Monaten immer wieder von der DkP aufgegriffen, zum einen als agitatorische Waffe gegen die liberalen Parteien, zum anderen als Angebot an die Großindustrie und die ihr nahe stehenden Kreise, zur „Sammlung der produktiven Kräfte“ zurückzukehren. Vgl. SBR 1912/14, Anl. Bd. 303, Nr. 1205; SBR, Bd. 291, 10. Dezember 1913, S. 6320. Ferner: KZ, Nr. 43, 26. Januar 1913 und Nr. 455, 28. September 1913. Zur Sammlungsbewegung siehe Kapitel 7. 3.

³⁶ Von den etwa 40 Millionen Steuerzahlern wurden nur ca. 480.000 Personen, also gerade einmal gut 1%, durch die Besitzsteuer zur Deckung der Wehrvorlage herangezogen. Vgl. F. Fischer, *Krieg der Illusionen*, 1969, S. 386 f.

³⁷ So Westarp rückblickend, in: K. von Westarp I, S. 267 und 272. Jedoch hatten die Konservativen nicht zu befürchten, dass Bethmann Hollweg die durch die Deckung der Wehrvorlage zweifellos vorhandenen Ansätze zu einer neuen, Lasten umverteilenden Finanzpolitik des Reiches ausbauen würde. Vgl. dazu P.-C. Witt, *Finanzpolitik*, 1970, S. 372 f.

Der Ausgang der Wahlen von 1912, die Isolierung der DkP im Reichstag und ihr *schwindender Einfluss auf die Regierung*³⁸ hatten auch dem letzten Konservativen die Bedrohlichkeit der eigenen Situation bewusst gemacht. Als Ausweg aus dieser misslichen Lage kamen dabei hauptsächlich zwei Alternativen in Betracht: entweder durch bessere Wahlergebnisse wieder einen verstärkten Einfluss im Reichstag zu gewinnen, was sich nur durch eine Verbreiterung der sozialen Basis und die Entwicklung zu einer konservativen „Volkspartei“ realisieren ließ und eine organisatorische sowie intellektuelle Erneuerung der Partei einschloss, oder aber als Gegengewicht zur „stillen Demokratisierung“ einen Zusammenschluss der „schaffenden Stände“ zu erreichen und außerhalb des Reichstags eine größere Einwirkung auf die Gesetzgebung zu erlangen.

Auch wenn beide Möglichkeiten in den Überlegungen führender deutschkonservativer Politiker eine Rolle spielten, so wurde die *Volkspartei-Idee ungleich zielstrebig verfolgt als das Sammlungskonzept*. Das Wahlergebnis jedenfalls hatte gezeigt, dass bei der DkP von einer allmählichen Entwicklung zur Volkspartei, wie sie sich beim Zentrum und bei den beiden liberalen Parteien abzeichnete, nicht gesprochen werden konnte: Während diese ihre Stimmen sowohl in den Städten als auch auf dem Lande rekrutierten, hatten die Deutschkonservativen ihre Stimmen fast ausschließlich – auch im Westen – in den ländlichen Gebieten gewonnen. Damit war die DkP die einzige der fünf großen Parteien, die bis 1912 die soziale Basis ihrer Wählerschaft nicht wesentlich hatte verbreitern können³⁹, und es war offensichtlich, dass sie zukünftig nur dann bessere Ergebnisse erzielen würde, wenn ihr das gelänge.

Anregungen, der Partei eine breitere Basis zu gewinnen, hatte es schon vor der Wahl von 1912 gegeben⁴⁰, doch mit dem Ausscheiden Stoeckers aus der DkP 1896 und der daraufhin erfolgten Absonderung der Christlich-Sozialen Partei wurde der Zugang zur Arbeiterschaft erschwert, zumal auch antisemitische Sonderbestrebungen innerhalb der Partei eine eher abschreckende Wirkung auf die großen Massen ausübten.⁴¹ Hinzu kam, dass die Deutschkonservativen im Zuge der Miquelschen Sammlungspolitik seit 1897 sozialpolitisch eine Annäherung an Positionen der Großindustrie vollzogen und damit gegenüber der christlich-sozialen Strömung weiter an Anziehungskraft verloren hatten. Dies setzte sich in den Jahren 1902-06 bei der Unterstützung der protektionistischen Handelspolitik unter Bülow fort, als die generelle ökonomische Saturierung der Landwirtschaft einer sozialen Reform vorgezogen wurde. Diese Reduzierung der deutschkonservativen Politik auf agrarische Klassenpolitik und der weitgehende Verzicht auf eine eigenständige Sozialpolitik bedeuteten aber auch weiterhin die einseitige Festschreibung der Partei auf Ostelbien und den agrarischen Teil des Volkes. Der Weg zu einer konservativen Volkspartei unter Einbeziehung der westlichen Provinzen war auf diese Weise kaum zu beschreiten.

Erst ca. ein Jahrzehnt nach dem Herausdrängen Stoeckers aus der DkP waren wieder einige Anzeichen zu erkennen, die einseitige Orientierung der Partei aufzugeben; jedoch blieben solche Versuche bis in das Jahr 1909 äußerst vorsichtig. Erste Bemühungen, der Partei wieder neue Wählergruppen, vor allem aus dem Mittelstand zuzuführen, wurden dabei auf dem Delegiertentag der DkP Ende 1906 unternommen. Die Berliner Konservativen unterbreiteten hier eine Reihe von Vorschlägen zur Ergänzung des Tivoli-Programms, um neue Wähler in

³⁸ Dieser wurde wiederholt beklagt, so im Briefwechsel Roesickes mit Levetzow: „Wir können von konservativer Seite die Regierung nicht zu sehr in Furcht setzen, dass wir sie sitzen lassen; denn 1. stützt sie sich heute gar nicht mehr auf uns und will sich auch gar nicht mehr auf uns stützen und 2. findet sie, sobald sie liberal ist, eine bereitwillige, jubelnde Zustimmung von der linken Seite.“ Brief Roesickes an Levetzow vom 2. Mai 1912. BArch, NL Wangenheim 7, Bl. 42 ff.

³⁹ Allerdings hatte mit Ausnahme der SPD keine andere Partei bei der Wahl von 1912 in mehr als 60 Prozent der Wahlkreise einen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt. Die Sozialdemokraten waren schon seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes bestrebt gewesen, auch in den von ihnen noch kaum erschlossenen Gebieten in möglichst jedem Wahlkreis einen eigenen Vertreter aufzustellen. Vgl. G. A. Ritter, *Parteien*, 1985, S. 19.

⁴⁰ So durch das Volkspartei-Konzept von Thielmann-Jacobsdorf. Vgl. dazu Anm. 29 im Kapitel 3. 2.

⁴¹ Vgl. K. von Westarp I, S. 403.

den Randgebieten Berlins zu gewinnen, wobei sie glaubten, dass eine stärkere nationale Ausrichtung des Programms und eine Anlehnung an nationale Gruppen, wie den Alldeutschen Verband, bei diesem Bestreben hilfreich sein würden. Der Hauptangriff gegen die Parteiführung kam dabei von einem pensionierten Leutnant aus Charlottenburg, der die Bildung eines Komitees zur Revision des Tivoli-Programms gefordert hatte. Am Ende wurde ein Kompromiss gefunden, bei dem der Fünfer-Ausschuss die Kooptierung von Mitgliedern in ein solches Komitee akzeptierte. Da jedoch keine Aufzeichnungen über die Tätigkeiten eines derartigen Gremiums vorhanden sind und es in der Folgezeit auch zu keiner Programmänderung kam, ist davon auszugehen, dass es der Parteiführung gelang, die ganze Angelegenheit im Sande verlaufen zu lassen.⁴²

Erst als sich im Gefolge der Reichsfinanzreformkrise vom Frühjahr bis Herbst 1909 die Situation in vielen regionalen konservativen Vereinen zuspitzte und es zu einer Serie von Parteiaustritten kam, änderte sich das Verhalten in der Parteiführung. Viele deutschkonservative Parlamentarier sahen sich jetzt zu plötzlichen Reisen in ihre Wahlkreise veranlasst, um eventuellen Revolten vorzubeugen; der Widerstand in den eigenen Reihen kam dabei naturgemäß von denjenigen, die schon immer für eine Verbreiterung der Parteibasis eingetreten waren, also den Konservativen aus den städtischen Regionen, den Mittelstandsvertretern, Beamten, Pastoren und einigen, größtenteils pensionierten Offizieren. Als die bedeutendste dieser oppositionellen Strömungen, die sog. „Pankower Bewegung“ in Berlin, im August eine „Freikonservative Union“ gründete, forderte diese konsequenterweise in ihrem Gründungsaufruf eine generelle Neuorientierung der Partei und vor allem eine größere Repräsentanz der nichtaristokratischen Elemente⁴³; das dann drei Monate später veröffentlichte Programm der neuen Union las sich wie der Aufruf zur Gründung einer neuen konservativen Volkspartei:

„Mehr Kontakte mit den Leuten!
 Unabhängigkeit vom BdL!
 Fairness zwischen Stadt und Land!
 Weg von der Zentrums-Partei!
 Zurück zum Block-Konzept gegen die Sozialdemokratie!
 Dann wird die Konservative Partei eine Volkspartei werden!“⁴⁴

Dass hinter diesem Volkspartei-Konzept jedoch keine Mehrheit stand, wurde deutlich auf dem am Jahresende stattfindenden konservativen Delegiertentag: Obwohl der Elfer-Ausschuss den führenden Leuten der „Freikonservativen Union“ hier die Möglichkeit einräumte, ihre Ansichten offen darzulegen⁴⁵, wurde der Delegiertentag zu einer Demonstration der Zustimmung seiner Teilnehmer zur deutschkonservativen Finanzpolitik, weil die Parteiführung den Delegiertentag so organisiert hatte, dass sich deren Gefolgsleute in der Mehrheit befanden. Dennoch war damit die durch die Reichsfinanzreform aufgeworfene Frage der Erneuerung der deutschkonservativen Politik nicht ad acta gelegt worden, im Gegenteil: Von nun an sah sich die DkP-Führung veranlasst, die Vorgänge in der Provinz

⁴² Vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Delegiertentages der Deutsch-Konservativen Partei am 30.11.1906. Ferner: O. Stillich, Parteien, 1911, S. 212 und 253 ff.

⁴³ KZ, Nr. 367, 8. August 1909. Zur „Pankower Bewegung“ vgl. auch die Kapitel 5. 2. und 8. 1e.

⁴⁴ Aufruf „Konservative Männer in Stadt und Land“ vom 13. November 1909, veröffentlicht im Berliner Tageblatt, Nr. 643, 18. Dezember 1909, hier zit. nach: J. Retallack, Notables 1988, S. 181 f. Im Aufruf wurde beklagt, dass die „Parteiführung ausschließlich den Kreisen des ländlichen Großgrundbesitzes“ angehöre, wohingegen „Wissenschaft, Industrie, Handel, Mittelstand, kleinbäuerliche Besitzer und Arbeiter“ fehlten. Die DkP könne jedoch nur dann eine Volkspartei werden, wenn sie die „Forderungen von Industrie und Handel, Handwerk und Gewerbe berücksichtige und eine Sozialpolitik zugunsten der Beamten, der Arbeiter und der „anderen wirtschaftlich schwachen Stände“ betreiben würde. Vgl. dazu auch: KZ, Nr. 535, 14. November 1909.

⁴⁵ Das Führungsmitglied Paul Bredereck hielt eine Rede und der Schatzmeister, Pastor Julius Koch, eröffnete die Diskussion. Vgl. KZ, Nr. 580, 11. Dezember 1909 und Nr. 581, 12. Dezember 1909, 2. Beilage.

verstärkt zu beobachten und auf diese, wie schon während der Finanzreformkrise geschehen, durch lokale Resolutionen oder Presseartikel Einfluss zu nehmen; selbst Heydebrand legte jetzt seinen früheren Widerwillen ab, auf provinziellen Massenkundgebungen zu sprechen.⁴⁶ Durch die Reichsfinanzreform war die Deutschkonservative Partei zum dritten Mal seit 1890 in eine kritische Situation geraten: Während die Zollkonfliktzeit in erster Linie eine Auseinandersetzung in der Parteispitze dargestellt hatte, erfassten die Vorgänge um die Finanzreform, wie schon die Stoecker-Krise, jetzt auch weite Teile der Parteibasis. Um aber eine Abwanderung derjenigen konservativen Wähler zu stoppen, die die Modalitäten der Reichsfinanzreform nicht nur massiv verurteilt hatten, sondern die auch die Bereitschaft zeigten, Organisationen des bürgerlichen Lagers, wie den Hansa-Bund zu unterstützen, öffnete sich die Partei seit 1910 gezielt städtisch-bürgerlichen Kreisen im Westen.⁴⁷ Neben diesem Versuch, Teile des städtischen Besitz- und Bildungsbürgertums zu integrieren, appellierte die Partei nach der Reichsfinanzreform auch wieder verstärkt an den Mittelstand. Obwohl die Werbung um Angestellte, Handwerker und Kleingewerbetreibende seit den 1890er Jahren kennzeichnend für die DkP gewesen war, zwang die Gründung des Hansa-Bundes die Partei zu intensiveren Bemühungen um den Mittelstand, wobei insbesondere die sächsischen Mittelständler die „Seele im Kampf gegen den liberalen Hansa-Bund“⁴⁸ darstellten. Zu den drei Kernkomponenten der Mittelstandsideologie wurden ein völkischer Nationalismus – das war neu –, sowie ein mittelständischer Antikapitalismus und Antisozialismus; die Einbeziehung des sog. „Neuen Mittelstandes“ (Ärzte, Anwälte, Richter, Geistliche, Lehrer) geriet dabei jedoch häufig in den Hintergrund.⁴⁹ Die Reichstagswahl von 1912 zeigte jedoch, dass das jahrelang Versäumte nicht kurzfristig aufzuholen war: Als die DkP hier trotz ihrer Bemühungen, mit dem „Ritt in den Westen“ jenseits der Elbe Fuß zu fassen, in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern nur 3 Prozent der Stimmen gewann, setzte das eine intensive Debatte über die Rolle des Konservatismus in einer urbanen Gesellschaft in Gang. Diese Debatte war von nun an der zentrale Gegenstand in der konservativen Presse⁵⁰, und auch auf dem konservativen Parteitag im März 1913 gab es kaum einen Beitrag, der sich nicht intensiv mit diesem Thema auseinander gesetzt hätte. In einer programmatischen Parteitagsrede forderte Heydebrand, durch vermehrte Propaganda den konservativen Gedanken im ganzen Reich zu verbreiten; er gestand Fehler der Parteiführung ein und mahnte, sich der städtischen Entwicklung nicht zu verschließen:

⁴⁶ Vgl. BArch, NL Westarp 1, Bl. 397. In seinen Memoiren berichtet Westarp: „Erst als der Sturm der Finanzreformhetze einsetzte und gefährlich wurde, stellte von Heydebrand sich und einzelne Abgeordnete wie mich rückhaltloser in die Redetätigkeit ein. Nun fanden Gesuche, ich möge irgendwo reden, bei ihm stets Unterstützung, manchmal mehr, als es mir bequem war.“ K. von Westarp I, S. 398. Auch in der BdL-Führung wollte man sich jetzt verstärkt für einen Interessenausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft einsetzen. Vgl. den Brief Wangenheims an Roesicke vom 17. Januar 1910. BArch, NL Wangenheim 5, Bl. 17.

⁴⁷ Zum „Ritt in den Westen“ siehe Kapitel 6. 2. a.; zur Gründung konservativer Vereine im industriellen Westen vgl. Kapitel 8. 5.

⁴⁸ Die Verbindung zur sächsischen Mittelstandsvereinigung war vor allem deshalb so gut, weil ihr mit Theodor Fritsch ein ehemaliger Parteiantisemit vorstand, der über enge Verbindungen zu den sächsischen Konservativen unter der Leitung des bürgerlichen Rittergutsbesitzers Mehnert verfügte, welcher als Mitglied des Elfer- (Zwölfer-) Ausschusses auch in der konservativen Gesamtpartei einen beträchtlichen Einfluss besaß. Vgl. D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 207.

⁴⁹ Ohne dass auf diesen gänzlich verzichtet wurde. Vgl. Mitteilungen, Nr. 45, 11. November 1911, S. 717 ff., wo die Wichtigkeit der Gewinnung von Akademikern, Lehrern und der „Gebildetsten der Nation“ für die „konservative Sache“ explizit betont wurde. Ferner: Mitteilungen, Nr. 37, 13. September 1913, S. 582 f. Zur Mittelstandspolitik der DkP vgl.: DkP, Kons. Handbuch (1911), S. 270 ff. BArch, RLB 2306, 5602, 6471, 9022. Zum völkischen Nationalismus vgl. z. B. Kap. 7. 3., Anm. 114 f.

⁵⁰ Während der „Reichsbote“ und die „Konservative Monatsschrift“ eine Änderung des Parteiprogramms forderten, um die städtischen Interessen zu involvieren, widersprach die „Kreuzzeitung“ diesem Ansinnen, weil man es nicht riskieren könnte, seine Wurzeln auf dem Lande zu verlieren, um dafür unsicheren Boden in den Städten zu gewinnen. Vgl. Reichsbote, 13. August 1912; KM, Nr. 69, 1912, S. 1083 ff. Durch die Ausbreitung des Konservatismus in den Städten sollten vor allem rechts stehende Nationalliberale gewonnen werden.

“Wir müssen lernen, wir müssen offen anerkennen, dass das, was wir früher taten, nicht immer ganz dem entsprach, was wir heute tun würden. Wir müssen Ernst machen damit, dass wir den Interessen, die wir an uns ziehen wollen, gerecht werden, selbst dann, wenn es einem einseitigen Standpunkt nicht entsprechen würde [...] Es gibt Gegenden, die lernen uns jetzt erst kennen, als wenn wir gestern erst zur Welt gekommen wären. Wir sehen förmlich eine neue Welt vor uns aufgehen, die wir immer mehr an uns heranziehen müssen.”⁵¹

Nach dem Parteitag wurde Julius Werner, Pastor der Frankfurter Paulskirche und Partei-Experte in Mittelstandsfragen, damit beauftragt, ein konservatives Kommunalprogramm auszuarbeiten.⁵² Der ehemalige Christlich-Soziale erwies sich dabei als sehr engagiert: Er sprach auf konservativen Kundgebungen im ganzen Lande und bezog auch die obersten Parteigremien in seine Bemühungen ein; im März und Juni 1914 tagten der Fünziger- bzw. Zwölfer-Ausschuss zum Thema der Möglichkeit und Notwendigkeit des Konservativismus in Großstädten, und es wurde ein Komitee gebildet, das im Herbst beginnen sollte, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Aufgrund des Kriegsausbruchs nahm dieses Gremium seine Tätigkeit jedoch gar nicht erst auf.⁵³

Wenn die Deutschkonservativen nach den Erfahrungen von 1909/12 bestrebt waren, eine Volkspartei zu werden, so konnten sich ihre Bemühungen naturgemäß nicht auf die Ausbreitung konservativen Gedankenguts im Westen, in den Städten oder im Mittelstand beschränken. Das Volkspartei-Konzept erfasste daher auch Bereiche, wie die konservative Frauen- oder Jugendbewegung. Hatten auf dem DkP-Delegiertentag vom Dezember 1909 erstmals überhaupt “konservative Damen” teilnehmen dürfen, so wurde auf dem Delegiertentag im März 1913 bereits “die Anwesenheit vieler Damen begrüßt.”⁵⁴ Nur einen Monat nach dem Delegiertentag kam es im April 1913 zur Gründung einer “Vereinigung konservativer Frauen”, die einen engen Anschluss an die Parteiorganisation halten wollte, die aber gleichwohl heftigen Widerspruch in der DkP auslöste. Der Zwölfer-Ausschuss sicherte der Vereinigung in einer offiziellen Kundgebung zwar seine Unterstützung zu, aber nur solange für diese “die Entscheidungen der Parteileitung maßgebend sind und sie sich im Rahmen der konservativen Grundsätze hält.”⁵⁵ Da die “Vereinigung konservativer Frauen” vom Wohlwollen der Deutschkonservativen Partei abhing, sah ihr Programm jegliche Ausschaltung eigener politischer Tätigkeit vor, was eine entschiedene Ablehnung des Frauenstimmrechts einschloss; dagegen stellte sich die Vereinigung die Aufgabe, konservative Grundsätze in Haus, Gesellschaft und Volk zu verbreiten und sich dadurch als Helferin der konservativen Sache zu bewähren.⁵⁶ Zu einer lebhaften Tätigkeit der

⁵¹ KZ, Nr. 123, 14. März 1913. In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung wurde dann ein tatkräftiges Eintreten für die Interessen des Mittelstandes in Stadt und Land bekräftigt. Vgl. auch KZ, Nr. 121, 13. März 1913; Mitteilungen, Nr. 12, 22. März 1913, S. 179 ff.

⁵² Der Hauptverein hatte noch im Juni 1913 durch ein Rundschreiben “die Entdeckung machen [müssen], dass im ganzen Deutschen Reich nirgends ein konservatives Kommunalprogramm besteht.” Brief Schroeters an Westarp vom 4. November 1913. BArch, NL Westarp 1, Bl. 178 f.

⁵³ Dem Komitee gehörten vor allem konservative “GroÙstadtpolitiker” an: Graf Westarp (Vorsitz), Pfarrer Werner (Frankfurt), Rechtsanwalt Ulrich (Berlin), Stadtrat Beringer (Stuttgart), Dr. Beutler (Dresden), von Gossler (Schätz), von Batocki (Königsberg) und auch von Heydebrand (Tschunkawe). Mitteilungen, Nr. 10, 7. März 1914, S. 155 f. BArch, NL Westarp 2, Bl. 72 f. und NL Westarp 98, Bl. 19 f. Bericht des Hauptvereins vom 1. Juli 1914.

⁵⁴ BArch, R 8034 II/4327, Bl. 29. Allerdings wäre es undenkbar gewesen, dass diese das Wort ergriffen.

⁵⁵ Kons. Korr., Nr. 95, 25. November 1913. Schon ein Jahr zuvor hatte der Fünziger-Ausschuss erklärt, dass die Partei die Bestrebungen auf Verbesserung und Vervollkommnung der Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und die Förderung der wirtschaftlichen weiblichen Erwerbstätigkeit sowie die Mitarbeit der Frauen auf caritativem Gebiete “in den gegebenen Grenzen” zu unterstützen bereit sei, dass man aber die politische Gleichberechtigung und das Frauenwahlrecht entschieden ablehne. Kons. Korr., Nr. 95, 19. November 1912.

⁵⁶ K. von Westarp I, S. 399. Da dem Vorstand der Vereinigung mit Frau von Kröcher, Frau Stackmann, der Gräfin von Schwerin-Löwitz, Frau von Normann und Frau von Heydebrand vor allem die Ehepartner führender DkP-Politiker angehörten, ist es fraglich, ob diese überhaupt weiterführende Ziele verfolgt hätten; lediglich die ebenfalls im Vorstand tätige Frau Müller-Otfried war darum bemüht, der Vereinigung ein eigenständiges Profil

Organisation kam es jedoch nicht, sondern vielmehr hatte es den Anschein, als habe man mit der Gründung nur ein notwendiges Äquivalent für die auf der Linken immer mächtiger werdende politische Frauenbewegung gesucht, die die politische Gleichberechtigung und das Wahlrecht für die Frauen forderte.

Stärkere politische Akzente als von der „Vereinigung konservativer Frauen“ waren von dem Anfang 1914 vom konservativen Verein der Rheinprovinz gegründeten „Jungkonservativen Reichsverband“ zu erwarten, der sich wie die Frauenvereinigung dem Hauptverein der DkP korporativ anschloss und der seinen Sitz in Bonn hatte.⁵⁷ In seinem Programm wandte sich der Verband, dem alle Deutschen zwischen 18 und 35 Jahren beitreten durften, „gegen alles Demokratische, Internationale, Jüdisch-Fremdländische.“⁵⁸ Das Hauptbetätigungsfeld sollte in der akademischen Jugend⁵⁹, aber auch in den Kreisen der gewerbetreibenden Stände, also bei jungen Handwerkern und Kaufleuten, liegen. Diese soziale Akzentverlagerung zeigte sich auch ideologisch in der Bereitschaft, die agrarisch-berufsständische Komponente konservativer Politik einzuschränken zugunsten des Appells an die „idealen Güter“, wie Christentum, Monarchie und Vaterland. Während Heydebrand, sicher auch aufgrund der konfliktreichen Erfahrungen, die die Nationalliberalen mit ihrer eigenen Jugendorganisation gemacht hatten⁶⁰, die Gründung des „Jungkonservativen Reichsverbandes“ zunächst ablehnte und sogar veranlasste, dass die „Kreuzzeitung“ ihre Werbung für den Verband zeitweise einstellen musste, konnte Westarp den Parteivorsitzenden nach und nach davon überzeugen, dass man solche Gründungen zumindest akzeptieren müsste.⁶¹ Der nur wenige Tage nach der Gründung des Verbandes beginnende Weltkrieg verhinderte jedoch, dass dieser eine umfangreiche Aktivität entfalten konnte. Es deutet aber nur wenig darauf hin, dass die DkP-Führung, die weiterhin eine große Scheu vor solchen eigenständigen Strömungen an den Tag legte, den Reichsverband als eine wichtige Organisation akzeptiert hätte.⁶²

Die führenden Deutschkonservativen standen jedoch nicht nur Neuerungen, wie der Frauen- oder Jugendbewegung, größtenteils verständnislos gegenüber, auch der vom DkP-Mitglied Dr. Adolf Grabowsky angestrebten intellektuellen Erneuerung der Partei konnten sie nichts abgewinnen. Grabowsky hatte Anfang 1911 zwei Artikel veröffentlicht, in denen er die antiliberalen und antiintellektuelle Ausrichtung der Deutschkonservativen bemängelt und die

zu geben, musste damit jedoch von vornherein am Widerstand der männlichen Deutschkonservativen scheitern. Vgl. KZ, Nr. 467, 5. Oktober 1913, S. 2 und Nr. 331, 18. Juli 1914, S. 2.

⁵⁷ Schreiben des „Jungkonservativen Reichsverbandes“ an Westarp vom 4. Juli 1914, in: BArch, NL Westarp 2, Bl. 75. Vgl. auch: KZ, Nr. 314, 8. Juli 1914, S. 1 und Nr. 345, 26. Juli 1914, Beilage.

⁵⁸ „Satzungen des Jungkonservativen Reichsverbandes“, in: BArch, NL Westarp 2, Bl. 77 f. Vgl. auch: Mitteilungen, Nr. 29, 18. Juli 1914, S. 460, wo die Altersgrenze aber zwischen 18 und 25 Jahren angegeben wird.

⁵⁹ Westarp hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Gründung des Verbandes in das Bestreben der Parteiführung passte, mit dem „Verein Deutscher Studenten“ mehr Fühlung zu gewinnen, zumal in Berlin zuletzt auch verstärkt studentische Kreise zu Parteiveranstaltungen hinzugezogen worden wären. BArch, NL Westarp 98, Bl. 24 f. Bericht des Hauptvereins vom 14. Juli 1914.

⁶⁰ Der schon im Jahre 1900 gegründete „Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend“ stellte eine selbstständige nationale Organisation innerhalb der NLP dar und erhob auch den Anspruch, eine eigene Politik zu betreiben, was häufige Differenzen mit der Parteiführung zur Folge hatte; 1912 führte dies zu einer krisenhaften Auseinandersetzung, da der rechte Parteiflügel über die fast ausschließlich links orientierte Politik der Jungliberalen verbittert war (u. a. Forderung nach Wahlrechtsverbesserung, nach Sicherung des sozialen Friedens und Ablehnung jeder einseitigen Interessenpolitik), weil diese Politik in der Partei maßgebend zu werden drohte. Vgl. D. Fricke, Lexikon, Bd. 3, 1985, S. 424; Th. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 128.

⁶¹ BArch, NL Westarp 2, Bl. 75 ff. Ferner: D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 211, der die soziale Akzentverlagerung innerhalb der DkP hervorhebt.

⁶² Westarp begründete die angestrebte Kontrolle der Parteiführung über den „Jungkonservativen Reichsverband“ mit den schlechten Erfahrungen mit der „Pankower Bewegung“, auf die man keine Möglichkeit der Einflussnahme gehabt hätte; dagegen bestehe kein Zweifel, dass „die führenden Männer der jungen Organisation sich jedem Ratschlag geneigt zeigen werden“, sodass Westarp prognostizierte, dass die Vereinigung wohl kaum „jemals große Bedeutung erlangen oder großen Umfang erreichen wird.“ BArch, NL Westarp 98, Bl. 24 f. Bericht des Hauptvereins vom 14. Juli 1914.

starre Haltung der Parteiführung während der Finanzreform kritisiert hatte.⁶³ Die Reaktionen in der konservativen Presse auf Grabowskys drastische Anfeindungen waren fast durchweg negativ⁶⁴, sodass dessen Bemühungen schon bald einer Desillusionierung und Entfremdung wichen; der „kulturkonservative Rebell“ trat zur Freikonservativen Partei über, und die DkP-Führung konnte das unliebsame Thema zu den Akten legen.⁶⁵

Wenn die Auseinandersetzung um Grabowsky und den „Kulturkonservatismus“, ebenso wie die konservative Frauen- und Jugendbewegung, Zeugnis davon ablegten, dass die Führung der DkP gewisse Grenzen bei der Reformierung der Partei nicht zu überschreiten bereit war, so lässt sich für den Versuch der Erneuerung der konservativen Presse Ähnliches feststellen. Als die Deutschkonservativen begannen, sich mit der Frage der Ausbreitung ihrer Presse intensiver zu beschäftigen, besaßen sie den anderen Parteien gegenüber bereits einen kaum aufzuholenden Rückstand.⁶⁶ Erneut war es erst die Reichsfinanzreformkrise, die die DkP zu einer Auseinandersetzung über den Zustand der konservativen Presse veranlasste, da die Erfolge der nationalliberalen Angriffe während der Debatte über die Finanzreform vor allem auf das Fehlen einer volksnahen konservativen Presse zurückgeführt wurden. Zur Behebung dieses Zustandes gab es jetzt eine breite Diskussion und eine Reihe von Vorschlägen: Einige Konservative glaubten, dass eine neue preisgünstige städtische Zeitung gegründet werden oder dass eine bereits etablierte nichtkonservative städtische Zeitung gekauft und den Zwecken der DkP dienstbar gemacht werden sollte; andere wiederum meinten, dass man diesbezüglich die Anstrengungen auf dem Lande und nicht in Großstädten, wie Berlin,

⁶³ Der Tag, Nr. 19, 22. Januar 1911 und Nr. 31, 5. Februar 1911. Nach dem Titel des ersten Artikels wurde die von Grabowsky angestrebte Erneuerung auch als „Kulturkonservatismus“ bezeichnet. Grabowsky befürwortete hier eine parlamentarische Allianz der rechten Parteien, da diese ein antidemokratisches Elitedenken eine. In seiner Schrift „Der Kulturkonservatismus und die Reichstagswahlen“ charakterisierte er die DkP als „genau die gleiche Klassenpartei wie die Sozialdemokratie“, denn: „Für die Sozialdemokratie existiert nur der Arbeiter, für die richtigen Konservativen nur der Junker. Der Arbeiter und der Junker. Beide haben sicher ihre hohe Bedeutung für unser Volk – auch der Junker, denn er verkörpert die beste deutsche Schollenfestigkeit –, doch es ist ein Unsinn und mehr als ein Unsinn, ein Verbrechen, diese Klasse für das Ganze der Nation zu nehmen. Die Junker sitzen heute wie vor Jahrhunderten auf ihren Klitschen, liefern heute wie vor Jahrhunderten brauchbares Material für Heer und Beamtentum, aber die ganze neuere Entwicklung der Industrie, des Handels, der Schifffahrt, der außereuropäischen Kolonialisierung, der Weltanschauung, der Wissenschaft, ist an dem echten Krautjunktum fast spurlos vorübergegangen. Und damit hat sich auch die Konservative Partei, die von den kleinen Landjunkern beherrscht wird, jedem Fortschritt entfremdet [...] Weil aber der Konservatismus entgegen seinem innersten Wesen sich dem Rückschritt verschrieben hat, deshalb kommt er für die Millionen, von denen ich spreche, nicht in Betracht. *Diese Millionen sehen, wie unter dem Namen von Konservativen ein Häufchen von engherzigen Agrariern auf Kosten des Volkes eine Sonderpolitik treibt, wie unter dem Namen des Konservatismus sich nichts breit macht als die nackte Profitsucht einer kleinen Klasse.* Und diese Millionen wenden sich ab von den Übertadikalinskis auf der Rechten.“ Der „vorsintflutlichen“ Deutschkonservativen Partei sagte Grabowsky daher eine Wahlniederlage voraus („Der konservative Wahlauftritt lockt keinen Hund hinter dem Ofen hervor!“), war dabei aber von der Hoffnung beseelt, dass Heydebrand danach endlich die längst von ihm geplanten Reformen beginnen könnte: „Heute noch kommt er [Heydebrand; J. B.] gegen die Junker vom Schläge der Oldenburg nicht auf, nach den Wahlen aber, wenn die Partei am Boden liegt, kann er dem Krautjunktum durch das Exempel beweisen, wohin diese ostelbische Politik führt. Dann muss der Konservatismus einer inneren Reform zugänglich sein.“ Zit. nach: A. Grabowsky, ebenda, S. 5 f. und 10 f. (Hervorhebung: J. B.) Zum Kulturkonservatismus vgl. vor allem D. Mende, Kulturkonservatismus, 1973; zum Anti-Intellectualismus in der DkP ferner: O. Stillich, Konservativen, 1911, S. 184 ff.

⁶⁴ Vgl. KZ, Nr. 61, 5. Februar 1911, Beilage und Nr. 208, 4. Mai 1911; KM, Nr. 68, 1911, S. 586 ff.

⁶⁵ Ob Grabowsky freiwillig aus der DkP ausschied, war nicht festzustellen. Fricke behauptet, dass dieser wegen der Propagierung seiner kulturkonservativen Ideen aus der DkP ausgeschlossen wurde und dass die Parteiführung die Auseinandersetzung mit Grabowsky zur Disziplinierung der Partei und ihrer Leitungsgremien genutzt hätte, ohne das näher auszuführen oder Quellen für seine Feststellungen anzugeben. Vgl. D. Fricke, Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, 1985, S. 301. Wahrscheinlicher ist aber, dass Grabowsky aus freien Stücken die Partei wechselte, da er von der Halbherzigkeit der Reformen Heydebrands nach der Wahl von 1912 enttäuscht war.

⁶⁶ Vgl. dazu Mitteilungen, Nr. 11, 15. März 1913, S. 167 ff. K. Koszyk, Presse, 1966, insbes. S. 137-139, 152-159 und 162-209.

erhöhen müsste; auf dem Delegiertentag der DkP im Dezember 1909 unterstrichen Stackmann und der Führer der Berliner Konservativen, Ulrich, die Notwendigkeit der Gründung einer volkstümlichen, großen konservativen Zeitung, in der „Kreuzzeitung“ wurde solchem Ansinnen jedoch widersprochen, da der „kleine Mann“ in der Partei seine Bedürfnisse am besten durch die Lokalpresse gedeckt sähe.⁶⁷

Immerhin führten diese Bemühungen dazu, dass ab 1910 mit den „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ ein regelmäßig erscheinendes konservatives Wochenblatt herausgegeben werden konnte⁶⁸, während der Versuch der Gründung einer volksnahen konservativen Tageszeitung auch bis zum Kriegsausbruch ohne Erfolg blieb.⁶⁹ Vielmehr erschien es der Parteiführung auch nach 1909 wichtiger, die zentralen konservativen Presseorgane weitestgehend zu kontrollieren. So wurden die politischen Monatsübersichten in der „Konservativen Monatschrift“ im September 1909 von Westarp übernommen, da in diesen im Vormonat Kritik an der deutschkonservativen Blockpolitik geübt worden war.⁷⁰ Auch die Mitarbeiter der bedeutendsten konservativen Tageszeitung, der „Kreuzzeitung“, kamen unter die Zensur des Parteitriumvirats Schroeter, Stackmann und Westarp: Im Zuge der Neuorganisation des Unternehmens nach dem Tode des Chefredakteurs Müller-Fürer im Jahre 1912 wurde Schroeter alleiniger Geschäftsführer und Stackmann Vorsitzender des Aufsichtsrates; Westarp, der schon seit 1909 immer dann Artikel veröffentlicht hatte, „wenn über besondere Themen zu berichten war“, wurde die Veröffentlichung seiner Kolumnen jetzt vertraglich zugesichert, ja er erhielt sogar das Recht der Vorzensur.⁷¹ Außerdem gelang es der Parteiführung Ende 1911 nach dem Tode des Leiters des „Reichsboten“, des Pastors Heinrich Engel, der der DkP oft entgegengetreten war, das Blatt finanziell und politisch unter ein aus deutschkonservativen Persönlichkeiten bestehendes Kollegium zu bringen, wobei man bemüht war, dem „Reichsboten“ seinen besonderen christlich-sozialen Charakter zu belassen; dagegen scheiterte der Versuch, die auflagenstarke „Tägliche Rundschau“ unter die Kontrolle der DkP zu bringen, obwohl Parteifreunde dafür etwa 800.000 Mark zusammengebracht hatten.⁷²

⁶⁷ Vgl. KZ, Nr. 355, 1. August 1909; DTZ, 2. August 1909; KZ, Nr. 580, 11. Dezember 1909; Nr. 596, 19. Dezember 1909; Nr. 58, 4. Februar 1910.

⁶⁸ Die „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ gingen hervor aus den „Amtlichen Mitteilungen“ des Brandenburger konservativen Provinzialvereins; sie waren in erster Linie ein für Redakteure und parteipolitisch tätige Personen bestimmtes Informationsblatt, das vor allem über die Tätigkeiten in den Provinzial- und örtlichen Vereinen berichtete. Die Auflagenstärke der „Mitteilungen“ konnte leider nicht ermittelt werden. Vgl. auch Kapitel 8. 1e.

⁶⁹ So wurde in den „Mitteilungen“ im März 1913 die Forderung erhoben, den Missstand zu beseitigen, dass es nicht eine große konservative Tageszeitung gebe, „die wirklich populär geschrieben und billig ist“, sodass sich „gut konservative Männer auf den Bahnhöfen oder im Urlaub mit dem ‚Berliner Tageblatt‘ als Reiselektüre versehen“ müssten; ebenso wäre es ein vorrangiges Ziel, dass in jedem Wahlkreis wenigstens ein konservatives Blatt erscheine, dass man „in jedem Restaurant, Barbierladen, in jeder Konditorei“ usw. konservative Zeitungen kaufen könnte. Mitteilungen, Nr. 11, 15. März 1913, S. 167 ff. Vgl. dazu auch: BArch, NL Wangenheim 7, insbes. Bl. 63 ff. Briefwechsel Roesickes mit Levetzow-Sielbeck.

⁷⁰ Nach der Version Westarps war er dazu vom Verleger Hobbing ersucht worden. Vgl. K. von Westarp I, S. 402.

⁷¹ Tatsächlich schrieb Westarp unzählige Aufsätze über brisante politische Themen (Wehrvorlagen, Finanzpolitik etc.) und verfasste regelmäßig die Artikel für die Rubrik „Innere Politik der Woche“. Die Kontrolle der Parteiführung über die „Kreuzzeitung“ zeigte sich beispielsweise zu Beginn des Krieges, als Theodor Schiemann, der für eine Verständigung mit Russland eingetreten war, auf Druck der Parteiobersten als Redakteur der außenpolitischen Rundschau durch Hoetzsch ersetzt wurde, obwohl der DkP damit die Möglichkeit genommen wurde, dem Kaiser, der ein eifriger Leser der Rundschau gewesen war, „in Zukunft [...] durch diese Artikel Anregungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nahe zu bringen“; Schiemanns Eigenmächtigkeiten und „seine Unzugänglichkeit für unsere Wünsche“ wogen da stärker als des Kaisers Befinden. Vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 86 ff. Bericht des Hauptvereins vom 15. Dezember 1914. Vgl. auch Kap. 9. 3., Anm. 61.

⁷² Die „Tägliche Rundschau“, die die DkP aufgrund ihres Zusammengehens mit dem Zentrum bei der Reichsfinanzreform stark bekämpft hatte, wurde vor allem in Beamten- und Offizierskreisen viel gelesen. K. von Westarp I, S. 401. Zum „Reichsboten“ vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 246. Bericht des Hauptvereins vom

Als der Aktivste aus der deutschkonservativen Parteiführung in der Presse- und Propagandaarbeit in den Jahren vor dem Weltkrieg erwies sich Bruno Schroeter: Der Generalsekretär wirkte nicht nur bei der Gründung konservativer Zeitungen in der Provinz mit, seine Anregung und Vermittlung führten auch zur Konstituierung einer „Deutschen Zeitungsgesellschaft GmbH“, die mehrere rechts gerichtete Zeitungen, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die „Deutsche Zeitung“, die „Deutsche Warte“ oder die „Deutschen Nachrichten“ in ihren Besitz brachte und die damit einen beträchtlichen Leserkreis aus den Reihen der Intelligenz gewinnen konnte.⁷³ Dennoch reichten solche Aktivitäten nicht aus, um den Erfordernissen einer modernen konservativen Presse gerecht zu werden oder mit dem rasanten Tempo der Erneuerung der sozialdemokratischen und liberalen Presse mitzuhalten.⁷⁴ Ebenso gelang es den Deutschkonservativen nicht, ihre Neigung abzulegen, die Presse zu stark als Sprachrohr der Interessen der Parteiführung und als Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu benutzen. Das dynamische Bild des konservativen Journalismus, das auf der im Juni 1914 in Leipzig erstmals stattfindenden Ausstellung über das konservative Zeitungswesen und seine Geschichte vermittelt wurde⁷⁵, stand daher auch größtenteils im Widerspruch zu einer in der Realität zumeist noch schlafenden konservativen Presse.

In engem Zusammenhang mit den Bemühungen einer Ausbreitung der konservativen Presse stand das Bestreben, die Agitationstätigkeit der Partei zu verbessern. Da man als Hauptursache für das schlechte Ergebnis bei der Reichstagswahl von 1912 Defizite in der Agitationspolitik ausgemacht hatte, rückte deren Neugestaltung nach der Wahl in das Zentrum deutschkonservativer Bestrebungen bei der Erneuerung der Partei. Im Wesentlichen wurden dabei vier Hauptaufgabenfelder benannt:

1. Eine *kontinuierliche Fühlungnahme mit dem Wähler* auch in „ruhigen Zeiten“ durch das ständige Abhalten von Versammlungen, durch die Verbreitung von Flugblättern, belehrenden patriotischen Abhandlungen etc. Diese Notwendigkeit einer unaufhörlichen Agitation ergebe sich aus dem Reichstagswahlrecht, denn da 9/10 aller Wähler sich aufgrund des immer komplizierter werdenden, immer unübersichtlicheren politischen Lebens zu den aktuellen politischen Fragen, wie z. B. der Berechtigung von Steuern, des Zoll- und Bankwesens usw., kein sicheres Urteil bilden könnten, gäbe es eine Kluft zwischen den Anforderungen, die an die „Intelligenz, Bildung, Urteil und Sachkenntnis des Wählers [gestellt werden] und den tatsächlichen Verhältnissen, welche diese von ihm vorausgesetzte Qualifikation vermissen lassen. Und gerade in diese Kluft wirft sich die Agitation des Volksverführers“, der die Unwissenheit des Wählers geschickt ausnutze. Hier sei es Aufgabe der DkP, der durch das Reichstagswahlrecht herausgeforderten Massenverführung eine „unermüdliche Massenbelehrung“ entgegenzustellen.⁷⁶

31. Januar 1917.

⁷³ Schroeter gelang es dabei immer wieder, finanziell leistungsfähige Parteifreunde, wie den Legationsrat Dr. von Schwerin aus Obersteinbach oder den Grafen Tiele-Winckler, für seine Presseaktivitäten zu gewinnen. Vgl. ebenda.

⁷⁴ In den „Mitteilungen“ wurde darüber geklagt, dass von den 5.000 politischen Zeitungen im Reich mehr als 3.000 in fast 5 Millionen Exemplaren liberale Gedanken verbreiten würden. Mitteilungen, Nr. 11, 15. März 1913, S. 167 ff.

⁷⁵ Mehr als 200 deutsch- und freikonservative Blätter hatten an der Ausstellung teilgenommen, was die „Mitteilungen“ zu der Schlussfolgerung veranlasste, die DkP sei auf dem besten Wege, „Fehler und Versäumnisse früherer Zeit gutzumachen und sich eine publizistische Bewegung zu schaffen, die sowohl der Zahl wie dem Umfang nach, wie auch vor allem in technischer und journalistischer Beziehung den Vergleich mit der Presse anderer Parteien wohl aushalten kann.“ Mitteilungen, Nr. 25, 20. Juni 1914, S. 390.

⁷⁶ Die DkP habe bisher noch Wahlfeldzüge nach der Art geführt, wie man in früheren Jahrhunderten Kriege bestritten habe, d. h. erst bei Beginn des Feldzuges seien Truppen angeworben und eingeübt worden. Jetzt reiche es aber nicht mehr aus, wenn man erst kurz vor den Wahlen damit beginne, die Gunst des Wählers zu gewinnen, weil dieser dann die Absicht bemerke und misstrauisch werde; eine Wahl sei wie ein Krieg und wenn es zum Kriege, also zur Wahl komme, müsse man nur noch den Mobilmachungsbefehl geben, damit „die eingeübten

2. Die kontinuierliche Fühlungnahme mit dem Wähler sei vor allem zu realisieren durch eine *unaufhörliche Vereinstätigkeit*. Auf diese Weise gelte es, politisch bisher Gleichgültige oder Mitglieder anderer Parteien, „den einfachen Mann, den Stellenbesitzer [ebenso wie], den Handwerker, den Arbeiter“ als neue Mitglieder zu gewinnen, in den Vereinen eine „Kerntruppe“ zu bilden, während die „lauen Elemente“, die nur ihren Beitrag zahlten, niemals die Mehrheit gewinnen dürften.⁷⁷ Die Vorstände der Vereine seien dabei durch die Bildung von Agitations- und Presseausschüssen, in denen die Vorstände gleichwohl vertreten sein müssten, zu entlasten, um eine einheitliche, zielbewusste Arbeit zu gewährleisten, wobei diese Ausschüsse, wie der Parteisekretär, unausgesetzt mit der konservativen Presse in Verbindung zu stehen und ein Vertrauensverhältnis aufzubauen hätten.
3. Die *Neuorganisation der Agitationskräfte*. Diese wäre erforderlich, weil sich die Agitationstätigkeit bisher auf den Parteisekretär oder den Abgeordneten beschränkt habe bzw. auf die Agitationskräfte, die man „besonders für diese Zwecke normiert“ hätte, die sog. *Vertrauensmänner*, welche jedoch häufig isoliert gewesen seien. Um einen engeren Kontakt und eine ständige Verbindung zwischen den Vorständen des Wahlkreises und den Vertrauensmännern unterhalten zu können, müssten die Parteisekretäre „Mitteilungen an die Vertrauensmänner“ herausgeben mit praktischen Hinweisen zur Agitation und über die Arbeit in den Vereinen, Versammlungen usw. Bei der Auswahl der Vertrauensmänner könne man sich nicht auf die Landwirte beschränken, sondern dürfe „unter keinen Umständen die sog. Intellektuellen“ übergehen, namentlich die Lehrer müsse man unbedingt als Vertrauensmänner und Mitarbeiter gewinnen.⁷⁸ Auf diese Weise sollte in sämtlichen Orten des Wahlkreises ein fest gefügtes Netz von Vertrauensmännern

Wählerscharen [...] als wohl geschultes diszipliniertes Heer kampfbereit dastehen.“ Deshalb sollte in Zukunft dem Vorstand “schon vor der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode [...] klar sein, welchen Kandidaten er für den nächsten Reichstag aufstellen will und sogleich in den ersten Wochen muss dieser im Wahlkreise allgemein bekannt gegeben werden.” Damit habe der Kandidat dann die Gelegenheit mit zahlreichen Kreisangehörigen in persönliche Beziehung zu treten und ihr Vertrauen zu gewinnen. Gäbe es im Wahlkreise keine Chance, einen konservativen Kandidaten durchzubringen, müsse der konservative Wahlverein des Kreises selbst eine “Kompromisskandidatur” in die Wege leiten, um auf diese einzuwirken. Vgl. Mitteilungen, Nr. 5, 3. Februar 1912, S. 74 f.; Nr. 9, 2. März 1912, S. 140 f.; Nr. 34, 23. August 1913, S. 534 ff.

⁷⁷ Etwa alle 14 Tage müssten “in einem freundlichen Lokal mit aufmerksamer Bedienung und soliden Preisen” Vereinsabende stattfinden, die pünktlich beginnen und nicht zu lange dauern dürften. Den Mittelpunkt dieser Abende hätten kurze, leicht verständliche Vorträge zu bilden, die am Ende in “scharf pointierten Thesen zusammengefasst [...] und] alsdann gründlich besprochen” werden müssten – eben durch “diesen einfachen, allen verständlichen Ton” hätten die SPD und der “Fortschritt” ihre Wähler gewonnen, während die eigenen Reden bisher zu “kunstvoll aufgebaut” gewesen seien, sodass die Ideen nicht in die Köpfe der schlichten Leute eindringen konnten und diese “unbekehrt und unbelehrt” nach Hause gegangen wären. Die höher Gebildeten seien jedoch durch solche Versammlungen nicht zu gewinnen, sondern durch die politische Literatur. Gleichmaßen für diese wie für den einfachen Mann müssten Vereinsbibliotheken gegründet werden, wobei ein Bibliothekar zu Beginn der Vereinsabende die Neueingänge mit kurzen Inhaltsschilderungen bekannt geben und damit zum Lesen anregen sollte; die Schriften seien vom Hauptverein bereitzustellen, von Mitgliedern zu stiften oder mit Mitteln der Vereinskasse zu bezahlen. Zudem hätten die Bibliotheken über gebrauchsdienliche Literatur, Handbücher der konservativen und anderen Parteien zu verfügen, ebenso über Broschüren, die aktuelle politische Ereignisse aus konservativer Sicht beleuchten. Zu den Vorschlägen über eine unaufhörliche Vereinstätigkeit vgl. vor allem die Aufsätze des Greifswalder Seminarlehrers Beykuffer, in: Mitteilungen, Nr. 11, 15. März 1913, S. 167 ff.; Nr. 34, 23. August 1913, S. 534 ff.; Nr. 37, 13. September 1913, S. 583 f.; Nr. 39, 27. September 1913, S. 609 ff.

⁷⁸ Wie in der SPD müsste jedes Parteimitglied in der Agitation tätig werden: Es wäre falsch, nur solche Mitglieder als Agitationskräfte einzusetzen, die sich durch Besitz und Stellung auszeichneten, denn entscheidend wäre “allein die Agitationskraft”, die jemand ausübe; zudem müsste man sich von auswärtigen Rednern unabhängig machen und verstärkt einheimische Redner heranziehen, die die Sorgen und Nöte der Heimat besser kennen würden und die zudem billiger wären; und auch das Auftreten in “gegnerischen Versammlungen”, so es überhaupt zweckmäßig sei, geschähe besser und wirksamer “durch einheimische, bekannte und angesehene konservative Männer als durch Parteisekretäre.” Vgl. Mitteilungen, Nr. 34, 23. August 1913, S. 534 ff.; Nr. 37, 13. September 1913, S. 582 f.; Nr. 31, 1. August 1914, S. 482 f.

entstehen, die ständig in ihren Ortschaften in politischer Hinsicht aufklärend wirken könnten.⁷⁹

4. Die Aneignung von fundierten Kenntnissen durch eingehendes *Studium der politischen Fragen*. Dazu müssten sich z. B. Landwirte, pensionierte Offiziere oder Beamte auch in ihrer Freizeit für den politischen Beruf schulen; sie könnten nicht erwarten, dass ihre Interessen von der städtischen Intelligenz vertreten würden.⁸⁰

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es verschiedene Konzeptionen und Versuche für die Erneuerung der DkP und ihren etwaigen Weg zu einer Volkspartei gegeben hat. Diese Bemühungen begannen insbesondere nach der Reichsfinanzreform von 1909, brachten bei der Reichstagswahl von 1912 kurzfristig keinen Erfolg und wurden daher nach der Wahl intensiviert. Dennoch blieben solche Versuche, wie die Öffnung gegenüber städtisch-bürgerlichen Kreisen, die Gründung einer konservativen Jugendbewegung, die Erneuerung der konservativen Presse oder die Verbesserung der Agitation, fast immer halbherzig, vor allem deshalb, weil die deutschkonservative Parteiführung stets bestrebt war, die Kontrolle zu behalten und jede Eigenständigkeit dieser Bewegungen von Anfang an zu verhindern.⁸¹ Wenn die Deutschkonservativen vor dem Weltkrieg dennoch immer wieder bemüht waren, ihren Ruf als „Volkspartei“ oder als „volkstümlich“ zu verbreiten – z. B. in der konservativen Presse oder in fast allen Reden auf dem Parteitag von 1913 –, so entsprach das kaum der Realität. Die Erfolglosigkeit der Reformbemühungen zeigte sich dann auch bei den bis zum Kriegsausbruch durchgeführten Ersatzwahlen, da die DkP hier vier Reichstagsmandate verlor, aber nur eines hinzugewann.⁸² Die Tatsache, dass von den Deutschkonservativen bei diesen Ersatzwahlen nach wie vor solche anachronistischen Wahlmethoden angewandt wurden, wie das Bedrohen von Wählern, das Verteilen von Alkohol oder die gemeinsame Fahrt mit dem „konservativen Leiterwagen“ zum Wahllokal⁸³, unterstreicht, wie weit Anspruch und Wirklichkeit in der DkP am Vorabend des Ersten Weltkrieges auseinander klafften.

⁷⁹ Dies sei namentlich für die Ersatzwahlen von außerordentlicher Bedeutung, denn bliebe „die Wählerschaft in der wahlfreien Zeit ganz in Unkenntnis über die politischen Ereignisse“, so würde sie bei den Ersatzwahlen denjenigen Agitatoren anheimfallen, „die in der Verdrehung und Entstellung der politischen Vorkommnisse es zu einer gewissen Meisterschaft gebracht haben.“ Mitteilungen, Nr. 31, 1. August 1914, S. 481 f.

⁸⁰ Mitteilungen, Nr. 5, 3. Februar 1912, S. 73 ff.

⁸¹ Heydebrand selbst gesteht in den „Beiträgen zu einer Geschichte der konservativen Partei“, dass seine Reformfreudigkeit nur dem Ziel gedient habe, zwischen politisch streitenden Gruppen zu vermitteln und die Einigkeit, politische Wirksamkeit und Schlagkraft der Partei zu erhalten. Allerdings widerspricht sich Heydebrand auch selbst, wenn er behauptet, die DkP sei „ihrem Wesen nach wohl kaum jemals eine Massenpartei“ gewesen, um nur wenige Zeilen später festzustellen, dass sich die konservative Partei „zu voller politischer Selbstständigkeit einer Volkspartei herausgearbeitet“ habe. E. von Heydebrand, Beiträge, S. 644.

⁸² Vier Wahlkreise (Greifenberg-Cammin, Stolp-Lauenburg, Ost- und Westernberg, Ragnit-Pillkallen) konnten in Nachwahlen behauptet werden. Zu den Verlusten bzw. Gewinnen in den anderen Nachwahlen vgl. Kap. 6. 2 g., insbes. Anm. 118 f. Die Einschätzung Westarps, dass die Nachwahlen vor dem Kriege „einen beginnenden Umschwung zu unseren Gunsten brachten“, entspricht also nicht der Realität. Vgl. K. von Westarp I, S. 197.

⁸³ So hieß es auf einem Flugblatt des „Fortschritts“ für die letzte Ersatzwahl vor dem Krieg in Labiau-Wehlau (Ostpreußen): „Lasst euch von den Konservativen nicht für Schnaps kaufen! Trinkt ruhig den konservativen Schnaps, aber wählt liberal! [...] Lasst euch nicht überrumpeln und einschüchtern durch Drohungen. Tragt euren liberalen Stimmzettel stets bei euch [...], wenn der konservative Leiterwagen kommt, um [ihn] unter Aufsicht ins Wahllokal zu fahren.“ Mitteilungen, Nr. 31, 1. August 1914, S. 483. Vgl. auch Mitteilungen, Nr. 37, 13. September 1913, S. 581 ff., wo der deutschkonservative Wahlauf Ruf für die Nachwahl in Ragnit-Pillkallen als beispielgebend für andere Wahlen empfohlen wurde. Darin wird die Praxis des „Sammelns“ und der gemeinsamen Fahrt zum Wahllokal deutlich: „Bis 9 ½ Uhr sind unsere sämtlichen Wähler zu sammeln und [...] hat die Abfahrt [...] zum Wahllokal zu erfolgen. Durch die Listenführer ist anhand der beiliegenden Wählerliste bis ¾ 11 Uhr festzustellen, wer von unseren Anhängern noch nicht gewählt hat. Sofort sind unsere säumigen Wähler durch Schlepper und Wagen herbeizuholen.“

3. Sammlungspolitik: Das „Kartell der schaffenden Stände“

Die Verbreiterung der sozialen Basis, der Weg zu einer konservativen „Volkspartei“, stellte für die Deutschkonservative Partei nur eine Möglichkeit dar, zukünftig bessere Wahlergebnisse zu erreichen und somit der zunehmenden Isolierung und Machtlosigkeit nach den Reichstagswahlen von 1912 entgegenzuwirken. Als weitere – außerparlamentarische – Alternative bot sich die Mitarbeit im sog. „Kartell der schaffenden Stände“ an, das am 24. August 1913 in Leipzig auf dem 3. Jahrestag des „Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes“ (RDMV)⁸⁴ mit dem Ziel gegründet worden war, einerseits die „Sammlung“ der werktätigen Bevölkerung zu wirtschaftlicher Gemeinschaftsarbeit zu erreichen und andererseits, um die großen wirtschaftspolitischen Fragen nicht lediglich einer „parlamentarischen Zufallsmehrheit“ zu überlassen: 'Die schaffenden Stände müssten danach trachten, einen größeren unmittelbaren Einfluss auf die Gesetzgebung, soweit sie ihre Interessen berührt, zu gewinnen'⁸⁵; der gestiegenen Macht des Reichstags sollte deshalb Einhalt geboten werden, wenn nicht durch eine Wahlrechtsänderung, so doch durch die Einrichtung eines Oberhauses, in dem die „produzierenden Stände“ eine angemessene Vertretung erhalten sollten.⁸⁶ Um die Ziele des Kartells zu verwirklichen, sollten ein Reichsausschuss, Provinzial-, Landes- und schließlich auch Ortskartelle gebildet werden.⁸⁷

Nun hätte es nahe gelegen, dass sich die DkP mehr als andere Parteien von der Gründung des Kartells erhoffen konnte, war ihre Außenseiterrolle im Reichstag bei der Verabschiedung der Vermögenszuwachssteuer knapp zwei Monate vor der Schaffung des Kartells doch erneut nur allzu deutlich geworden. Zudem konnte eine Mitwirkung der Deutschkonservativen im Kartell dadurch begünstigt werden, dass in diesem mit dem ZDI die Interessenorganisation der Schwerindustrie vertreten war: Der Anti-Industrialismus innerhalb der DkP hatte sich

⁸⁴ Nach der Gründung des Hansa-Bundes versuchten auch konservativ-agrarische Kräfte, eine organisatorische Zusammenfassung ihrer Anhängerschaft im sog. „alten Mittelstand“ (Kleingewerbetreibende, kleinbürgerliche Haus- und Grundbesitzer) zu erreichen. Auf dem von der Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen – auf deren Vorsitzenden Theodor Fritsch und deren Generalsekretär Ludwig Fahrenbach die DkP einen großen Einfluss besaß – für den 5. April 1911 in Dresden anberaumten Reichsdeutschen Mittelstandstag wurde daher der RDMV gegründet, der von der DkP, dem BdL, aber auch vom ZDI und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie unterstützt wurde, die eine „Starthilfe“ von 100.000 Mark beisteuerten; die Gründung des RDMV war somit auch ein Zeichen der Abwendung des ZDI vom Hansa-Bund, die erfolgte, weil dieser im Einklang mit der Fortschrittspartei für eine Zusammenarbeit mit den gemäßigten Sozialdemokraten eintrat; die vom ZDI angestrebte Wiederannäherung des Wirtschaftsbürgertums an die Agrarier richtete sich dabei gleichermaßen gegen die Sozialdemokratie wie gegen die „stille Parlamentarisierung“ des Reiches. Nach der Reichstagswahl von 1912 verpflichteten sich 103 Reichstagsabgeordnete auf das Programm des RDMV, darunter 36 Deutschkonservative, 25 Nationalliberale und 7 Freikonservative. Hatte schon der 2. Reichsdeutsche Mittelstandstag im September 1912 die Interessensolidarität von gewerblichem Mittelstand, Schwerindustrie und Großagrariern im Bekenntnis zum „Schutz der Arbeitswilligen“ zusammengefasst, so kam es knapp ein Jahr später auf dem 3. Mittelstandstag schließlich zur Gründung des „Kartells der schaffenden Stände.“ Vgl. D. Fricke, Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, 1985, S. 657 ff.

⁸⁵ Rheinischer Bauer, Nr. 37, 13. September 1913, S. 357, zit. nach D. Stegmann, Erben, 1970, S. 367. De facto war das Kartell das alte Bündnis zwischen Junkertum und Großindustrie unter Einschluss des gewerblichen Mittelstandes, das Bismarck schon 1897 in seinem antiparlamentarischen Kartellaufsatz in den „Hamburger Nachrichten“ postuliert hatte; der einstige Kanzler forderte darin den „Zusammenschluss aller produzierenden Stände“, besonders von Industrie und Landwirtschaft, zum Schutz der einheimischen Produktion und gegen die „Gefahr latenter Parlamentsherrschaft“ sowie zur „Bekämpfung und Unschädlichmachung der Sozialdemokratie“. Hamburger Nachrichten, 11. März 1897, Morgenausgabe. Zur Sammlungsbewegung des Jahres 1897 vgl. auch Kapitel 3. 3., insbes. Anm. 54 f.

⁸⁶ Es gab aber auch Pläne innerhalb des Kartells, das parlamentarische System aus den Angeln zu heben: Nach diesen sollte das Parlament durch eine Volksvertretung ersetzt werden, der die Berufsgruppen als Grundlage dienten, die ihre Wünsche gegeneinander abzuwägen hätten – das wirtschaftliche Interesse würde auf diese Weise den Hauptnenner bilden. Vgl. D. Stegmann, Erben, 1970, S. 392.

⁸⁷ Ein Kartell-Reichsausschuss sollte 1913/14 aber noch nicht gegründet werden, weil man das Schwergewicht vorerst allein auf örtliche Bündnisse legen wollte. Vgl. ebenda.

traditionell vorwiegend gegen die Großbanken, den Zwischenhandel und die verarbeitende Industrie gerichtet, insbesondere dort, wo diese mit den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben und den ländlichen und kleinstädtischen Handwerkern konkurrierten; gegenüber der Schwerindustrie, die ja nicht nur keine Konkurrenz auf dem Markt darstellte, sondern teilweise auch Lieferant der Landwirtschaft war (z. B. auf dem Maschinen- und Düngemittelsektor), bestanden von daher keine grundsätzlichen Vorbehalte seitens der Deutschkonservativen.

Dennoch konnte von einer engen Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht gesprochen werden: Die Zustimmung der industriellen Vertreter, vor allem des ZDI, zu den Handelsverträgen, ihre Haltung gegenüber den Kanalvorlagen und bei der Abstimmung über den neuen Zolltarif von 1902 hatten in Großteilen der DkP tiefen Unmut hervorgerufen.⁸⁸ Nach 1905 entspannte sich das Verhältnis zwar zunächst, aber vor allem deshalb, weil bis zu den Steuerdebatten des Jahres 1909 keine gewichtigen Gründe mehr für wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen zwischen Großindustrie und Landwirtschaft bestanden. Die Reichsfinanzreformkämpfe und die Gründung des Hansa-Bundes verstärkten die Spannungen dann jedoch wieder. Insbesondere das gemeinsame Auftreten von Großindustrie und Mittelstand auf der Gründungsveranstaltung des Hansa-Bundes in Berlin beunruhigte die DkP, auch wenn die „Kreuzzeitung“ die Anwesenheit der Industriellen damit erklärte, dass die Banken quasi die ganz und gar von ihr abhängige Industrie in den Zirkus Schumann kommandiert hätten, und dass der Mittelstand in seinem Unverstand die Taktik der Deutschkonservativen nicht begreifen würde.⁸⁹ Annäherungen Deutschkonservativer an die Großindustrie blieben so nur vereinzelt⁹⁰, zumal die Stellungnahme des ZDI für den Hansa-Bund eine deutliche Sprache redete.⁹¹

In den Jahren 1910/11 blieben die grundsätzlichen Differenzen zwischen Deutschkonservativer Partei und Großindustrie bestehen⁹²: Eine „Sammlungspolitik“ erschien

⁸⁸ Auch wenn eine generelle Divergenz in diesen Fragen ursprünglich nicht vorgelegen hatte. So war die Stellungnahme des ZDI zur Kanalvorlage aus geographischen Gründen zunächst nicht einheitlich gewesen: Die Repräsentanten der schlesischen Montanindustrie, der sächsischen Braunkohleförderung, des Saargebiets und Hamburgs stimmten 1899 gegen, die Mehrheit des Verbandes jedoch für die Kanalvorlage, aber die Vorlage von 1901 rief dann nur noch den Widerstand der sächsischen Vertreter hervor; und während die vorwiegende Unterstützung des Antrags Kardorff durch den ZDI den Widerstand insbesondere der Agrarkonservativen auslösen musste, führte die Aussicht auf Annahme des verstümmelten Kanalprojekts im preußischen Abgeordnetenhaus durch die Industriellen im Jahre 1904 schließlich zu einer ernsthaften Verstimmung bei fast allen Deutschkonservativen. Vgl. H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 156 f.

⁸⁹ Vgl. KZ, Nr. 271, 12. Juni 1909 und Nr. 272, 14. Juni 1909.

⁹⁰ Roesicke war seit Anfang 1909 nicht mehr nur Gast, sondern auch ordentliches Mitglied auf den Delegierten-Tagungen des ZDI, ebenso wie der hohe BdL-Funktionär von Kiesenwetter. Vgl. H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 160.

⁹¹ Die Untätigkeit der DkP-Führung gegenüber der Großindustrie war schließlich auch mitverantwortlich für die Gründung der „Pankower Bewegung“ und die von ihr ins Leben gerufene „Freikonservative Union“, die daher auch verlangte, dass „hinter den agrarischen Bestrebungen [der DkP-Führung] [...] die Forderungen von Industrie und Handel, Handwerk und Gewerbe nicht vernachlässigt“ werden dürften. *Berliner Neueste Nachrichten*, Nr. 643, 19. Dezember 1909. Vgl. auch Kap. 5. 2. und 8. 1e.

⁹² Vgl. hierzu insbesondere die Grundsatzrede Heydebrands über das Verhältnis von DkP und Industrie auf dem 1. Parteitag der Konservativen Westfalens in Herford: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es der konservativen Sache unbedingt dienlich sein würde, wenn die Vertreter der Industrie in den Kreis unserer eigenen Partei einbezogen würden. Die konservative Partei wird im Großen und Ganzen [...] auf das Land, auf die kleineren und mittleren Städte angewiesen sein und bleiben. Ihr Charakter ist der bodenständige [...]. Die wirtschaftlichen Auffassungen auf dem Gebiete der größeren Städte, auf dem Gebiete der Industrie sind andere. Die Industrie, besonders in ihrem weiter ausgestalteten, weiter ausgreifenden Kreise, bedarf einer [...] Freiheitlichkeit der Entwicklung, zu der wir Konservativen bei allem Wunsch einer freiheitlichen und fortschrittlichen Entwicklung, die wir in unserer Zeit unbedingt brauchen, uns doch in vollem Maße kaum aufschwingen können [...]. Wir werden von unserem konservativen Standpunkte aus kaum dazu gelangen, uns mit diesen Auffassungen ganz zu identifizieren [...]. Wir Konservativen werden auch [...] die Entwicklung der Großstädte und die Entwicklung der Industriezentren [...] nicht mit unbedingter Sympathie betrachten können“, weil sie „sehr schwere soziale, wirtschaftliche und politische Nachteile“ für die DkP mit sich bringen. *Mitteilungen*, Nr. 39, 27. September

insbesondere im Vorfeld der Wahlen von 1912 unmöglich, ja die DkP schreckte auch nicht davor zurück, „Banken, Börsianer und Industrie“ in einem Atemzuge anzugreifen, um im Gegenzug den Mittelstand für sich gewinnen zu können.⁹³

Dennoch gab es in der Deutschkonservativen Partei Entwicklungen, die eine Zusammenarbeit mit der Industrie und ein Engagement im Kartell begünstigten. 1912 gehörten mit dem Vorsitzenden der sächsischen Konservativen Mehnert und dem westfälischen Verleger Klasing mittlerweile zwei Nichtparlamentarier und nicht dem preußischen Großgrundbesitz zuzurechnende Mitglieder dem Fünfer-Ausschuss an⁹⁴; auch traten jetzt vereinzelt Industrielle der Partei bei, wie die Kommerzienräte Hofmann (Meißen) und Tiemann (Bielefeld), der Maschinenbau-Industrielle Reinicker (Chemnitz) oder der Stuttgarter Großkaufmann Behringer, die zudem alle im Fünfziger-Ausschuss vertreten waren. Vor allem aber war mit der Reichsfinanzreform ein Verwirtschaftungsprozess innerhalb der DkP zum Abschluss gebracht worden, in dessen Ergebnis sich die radikalen Agrarier, die Spiritus-, Zucker-, Stärke-, Fleisch- und Fettfabrikanten, gegen die Altkonservativen und deren Losung „Mit Gott für König und Vaterland“ durchgesetzt hatten. So saßen in der deutschkonservativen Reichstagsfraktion des Jahres 1912 mit von Carmer-Osten, Dietrich, Kreth und Nebel Abgeordnete, die als Brennereibesitzer außer ihren landwirtschaftlichen auch industrielle Interessen vertraten.

Neben diesen innerparteilichen Entwicklungen war es aber insbesondere auch die allgemeine politische Situation nach der Wahl von 1912, die eine Zusammenarbeit der Deutschkonservativen Partei mit industriellen Kreisen begünstigen konnte, denn die Gegnerschaft gegen die Reichsvermögenszuwachssteuer als neue direkte Besitzsteuer und der Unmut über die schwächliche Außenpolitik Bethmann Hollwegs⁹⁵ einte die „schaffenden Stände“ in ihrem Bestreben, „eine große Organisation gegen die Demokratie zu schaffen.“⁹⁶ In die gleiche Kerbe wie der BdL-Vorsitzende Wangenheim schlug der DkP-Mittelstandsexperte und Abgeordnetenhauspolitiker Walter Graef – zudem Vorstandsmitglied des RDMV –, der in einem Artikel im „Tag“ mit dem Titel „Der Zweckverband der Produzenten“⁹⁷ die Notwendigkeit eines „Kartells“ als Gegengewicht zur „demokratischen Welle, die wieder einmal über Deutschland geht“, gefordert hatte. Graef konnte hierin mitteilen, dass auf Initiative des RDMV, des BdL, ZDI und der Vereinigung christlicher Bauernvereine ein „Reichsausschuss für wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit in Industrie, Landwirtschaft und gewerblichem Mittelstand gebildet“ worden sei, um „vereinzelte wirtschaftliche Reibungsflächen [...] abzuschleifen“, die bisher noch zwischen den einzelnen

1913, S. 612 ff. Hier auch weitere Ausführungen zur Entwicklung der Beziehungen der DkP zur Industrie.

⁹³ Vgl. Konservativer Kalender 1910, S. 133 f.: „Zwei grundverschiedene Faktoren bilden die Hauptbestandteile des [Hansa-] Bundes: Börsianer und Bankentum einerseits, die Industrie andererseits, die erste[n] freihändlerisch mit der Forderung nach völliger Freiheit der Kapitalassoziation, die andere schutzzöllnerisch und monopolistisch.“

⁹⁴ Mehnert und Klasing saßen, wie der Dresdner Oberbürgermeister Beutler, auch im Zwölfer-Ausschuss, aus welchem zudem nach 1912 die preußischen Rittergutsbesitzer von Buch, von Erffa, von Manteuffel, von Normann und Limburg-Stürum ausschieden, die zu den gemäßigten Konservativen gehörten; von Manteuffel war schon 1911 gesundheitsbedingt vom Parteivorsitz zurückgetreten, von Erffa, von Normann und Limburg-Stürum verstarben 1912. Siehe auch Kapitel 2., insbesondere Kapitel 2. 2.

⁹⁵ In diesem Zusammenhang schrieb der ADV-Vorsitzende Claß am 29. Juli 1913 an den Präsidenten der Preußischen Zentral-Bodenkredit Aktien-Gesellschaft von Klitzing: „Bei den Konservativen ist die Erbitterung gegen Bethmann Hollweg auf den Höhepunkt gestiegen; die Unzufriedenheit mit der äußeren Politik kann geradezu als Empörung bezeichnet werden.“ BArch, R 8048/480, Bl. 139 f. Vgl. dazu näher Kapitel 9. 2.

⁹⁶ Brief Wangenheims an Claß vom 30. Juli 1913, in: BArch, R 8048/480, Bl. 143 ff. Schon im März 1912 hatte Parteisekretär Kunze in Tilsit dazu aufgerufen, „dass sich die schaffenden Stände in Stadt und Land wieder einigen“ mögen; noch im selben Monat forderte der deutschkonservative Reichs- und Landtagsabgeordnete Böhlendorff-Kölpin auf der Hauptversammlung des Berliner deutschkonservativen Wahlvereins: „Die Rechtsparteien müssen sich zusammenschließen, eine große Rechte müsse kommen, in der alle staaterhaltenden Elemente zusammenstehen.“ BArch, R 8034 II/4326, Bl. 46; Reichsbote, Nr. 63, 15. März 1912.

⁹⁷ „Tag“ (rot), Nr. 175, 29. Juli 1913, hier zit. nach D. Stegmann, Erben, 1970, S. 362 f.

Organisationen bestanden hätten und um die Produzenteninteressen gegenüber den „Tendenzen des Nichts-als-Konsumententums wirksamer als bisher zu verfechten.“ Mittelstandspolitik müsse vor allem Produzentenpolitik sein, und dieser Bezugspunkt schlage die Brücke zu den beiden anderen großen Erwerbsständen. Als Grundlagen einer zukünftigen Zusammenarbeit führte Graef schließlich vier Punkte an, die dann vier Wochen später wörtlich in die sog. Leipziger Vereinbarungen bei der öffentlichen Gründung des „Kartells“ am 24. August 1913 übernommen wurden:

1. Die Bekämpfung aller Auswüchse unseres wirtschaftlichen Organismus`.
2. Die Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.
3. Die Sicherung angemessener Preise und der Schutz der Arbeitswilligen.
4. Die Abwehr gegen Sozialdemokratie und sozialistische Irrlehren.

Graef wollte seine Ausführungen ausdrücklich als parteipolitisch neutral betrachtet wissen, auch weil er glaubte, dass die neue Einheitsfront der Produktivkräfte so am ehesten Aussicht auf Erfolg zu haben schien. Die Teilnahme des deutschkonservativen Mittelstandsexperten an der 3. Jahrestagung des RDMV konnte auf diese Weise also nicht gleichgesetzt werden mit einer Zustimmung seiner Partei zu der hier erfolgten Vereinigung der „schaffenden Stände.“⁹⁸ Doch auch wenn von Seiten der DkP-Führung niemand der Leipziger Inauguration des „Kartells“ beigewohnt hatte, konnte an deren Akzeptanz in den obersten Parteigremien kein Zweifel bestehen: War schon das Vier-Punkte-Programm Graefs von der „Kreuzzeitung“ ausdrücklich gutgeheißen worden, so wurde jetzt in den „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ die „freudige und rückhaltlose Zustimmung der konservativen Partei zu dem Kartellprogramm“ festgestellt.⁹⁹

Diese freundliche Aufnahme der Kartellgründung verwundert nicht, weil die Deutschkonservativen hoffen konnten, in Zusammenarbeit mit den Schwerindustriellen die Durchsetzung ihrer Schutzzollpolitik, einen Abbau der Sozialpolitik und eine Verhinderung der Wahlrechtsreform in Preußen zu erreichen; gerade die demokratischen Tendenzen der Nationalliberalen Partei, wie sie in der Zabernaffäre deutlich geworden waren, hatten zu einer Abwendung der Großindustrie von der NLP geführt und die Deutschkonservativen veranlasst, sich als eine Partei zu empfehlen, bei der „die berechtigten Interessen des Unternehmertums in Stadt und Land“ am besten aufgehoben wären, wogegen die Nationalliberale Partei, die bisherige Industriepartei, in dieser Frage „versagt“ habe.¹⁰⁰

In der Tat ist für die Zeit nach der Kartellgründung eine Abwendung der Schwerindustrie von den Nationalliberalen und eine Hinwendung zu den Deutschkonservativen festzustellen. So erhielt der Reichstagsfraktionsvorsitzende Westarp am 5. November 1913 erstmals eine Einladung zur Hauptversammlung des „Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, welche der Verein dem ZDI mit der gleichzeitigen Bitte mitgeteilt hatte, dieser möge ihn über den Briefwechsel mit Westarp auf dem Laufenden halten.¹⁰¹ Im Frühjahr 1914 unterstützte der ZDI den deutschkonservativen Kandidaten bei der Reichstagsnachwahl in Labiau-Wehlau aus den Mitteln des industriellen Wahlfonds und zwar „auf Antrag und nachdrückliche

⁹⁸ Neben Graef nahm von konservativer Seite der Generalsekretär der konservativen Partei in Sachsen, von Litsow, teil; geprägt wurde die Tagung vor allem von den Abordnungen der Reichsregierung und der sächsischen Landesregierung sowie von Ehrengästen, wie dem Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, General von Liebert, oder dem Vertreter des Altnationalliberalen Reichsverbandes, Fuhrmann. Vgl. Bericht über den Dritten Reichsdeutschen Mittelstandstag (22.-25. August 1913).

⁹⁹ Mitteilungen, Nr. 13, 28. März 1914, S. 203. Vgl. auch KZ, Nr. 377, 14. August 1913.

¹⁰⁰ KZ, Nr. 439, 18. September 1913. Ebenso: KZ, Nr. 433, 16. September 1913. Außerdem machten sich die Deutschkonservativen die Forderung der Unternehmer zu eigen, das Koalitionsrecht einzuschränken, was von diesen erwogen worden war aufgrund der Verschlechterung des sozialen Klimas, wie sie der große Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1912 mit 235.000 Arbeitern gezeigt hatte. Vgl. dazu auch Kapitel 7. 1., Anm. 35.

¹⁰¹ Vgl. D. Stegmann, Erben, 1970, S. 405 f.

Befürwortung des Herrn Landrat Roetger¹⁰²; zur selben Zeit richtete die DkP sogar einen Industrierat innerhalb der Partei ein, der jedoch auf Sachsen beschränkt blieb.¹⁰³

Trotz solcher Annäherungen zwischen Deutschkonservativer Partei und bestimmten Kreisen der Schwerindustrie blieben diese Kontakte zumeist oberflächlich¹⁰⁴; ebenso wenig existierte eine „Phalanx, die eindrucksvoll den ideologischen Gleichklang der nationalen Verbände neben den wirtschaftlichen Verbänden und den politischen Parteien der Rechten illustriert[e].“

¹⁰⁵ Eine solche geschlossene Front bestand in erster Linie nur in Absichtserklärungen, nicht jedoch in der Realität. Auch die DkP-Führung verhielt sich gegenüber der Sammlungsbewegung insgesamt sehr zweideutig¹⁰⁶; insbesondere lehnte sie die Pläne für eine Sammlungspartei ab, wie es sie nach der Gründung des Kartells gegeben hatte.¹⁰⁷ Das lag sicher nur zum Teil daran, dass die führenden Deutschkonservativen befürchteten, in einer neuen rechten Blockpartei die führende Rolle zu verlieren.¹⁰⁸ Vielmehr kann die reservierte Haltung der Parteiführung nicht verwundern, wenn man bedenkt, dass trotz der Involvierung von Klasing und Mehnert in den Fünfer-Ausschuss die führenden Parteigremien auch noch 1913 von preußischen ostelbischen Großgrundbesitzern, wie von Heydebrand, Wedel-Piesdorf, Kröcher oder Mirbach-Sorquitten beherrscht wurden.¹⁰⁹ Diesen Konservativen waren die Pläne für eine Sammlungspartei von Anfang an suspekt, und sie vertrauten lieber auch weiterhin auf das von ihnen vielfach beschworene „Pentagramm“, also die fünf konservativen Machtbastionen in Preußen: im Herren- und Abgeordnetenhaus, in der Armee, in der preußischen Ministerialbürokratie und bei den Landräten.¹¹⁰ Nicht zuletzt die reservierte Haltung Heydebrands, seine „Wartestellung in der Hoffnung auf einen ‚starken Mann‘ als Nachfolger Bethmann Hollwegs“¹¹¹ führte dazu, dass die in den Reihen des „Kartells“ 1913/14 intern behandelten Staatsstreichpläne wieder ad acta gelegt wurden.¹¹²

¹⁰² BArch, NL Wangenheim 11, Bl. 45. Brief Flathmanns an Roesicke vom 15. April 1916 (rückblickend).

¹⁰³ Durch den Industrierat sollte der Kontakt zu den sächsischen Industrieverbänden verbessert werden. Vorsitzender wurde der Fabrikbesitzer Dr. Wildgrube, 1916-18 Mitglied der Reichstagsfraktion der DkP. Vgl. Leipziger Tageblatt, 6. März 1914.

¹⁰⁴ So antwortete Generalsekretär Schroeter auf eine Anregung von schlesischen Parteimitgliedern während des Krieges, die DkP möge sich der Großindustrie nähern, um aus ihren Reihen Geldmittel für Parteizwecke zu erlangen, „dass solche Bestrebungen nach unserer genauen Kenntnis der Verhältnisse aussichtslos“ wären und zudem „dem Ansehen und der Würde der konservativen Partei“ nicht entsprechen würden. BArch, NL Westarp 98, Bl. 272. Bericht des Hauptvereins vom 6. Juni 1917.

¹⁰⁵ So charakterisiert D. Stegmann das „Kartell“, in: ders., Erben, 1970, S. 397.

¹⁰⁶ Vgl. dazu: G. Eley, German Right, 1980, S. 235.

¹⁰⁷ Das führende ADV-Mitglied Gebtsattel klagte gegenüber dem Vorsitzenden Claß im Februar 1914: „Eine neue Partei ist jetzt wohl noch unmöglich“, dafür müsste erst die konservative Partei ganz gewonnen werden, und nicht nur „Kleist, Wangenheim, Wadehn.“ BArch, NL Gebtsattel 1, Bl. 84 f. Brief Gebtsattels an Claß vom 12. Februar 1914. Zum zwispältigen Verhältnis zwischen ADV und DkP sowie zum „Kartell“ allgemein, vgl.: H. Claß, Wider den Strom, 1932; ferner: S. Förster, Der doppelte Militarismus, 1985, S. 261 f.

¹⁰⁸ So schrieb Claß am 16. Juni 1913 an Gebtsattel: „Sie [die Deutschkonservativen; J. B.] meinen, wir hätten den Ehrgeiz, den Kern der großen nationalen Partei der Zukunft abgeben zu wollen.“ BArch, NL Gebtsattel 1, Bl. 18.

¹⁰⁹ Zudem war 1912 keinem der insgesamt fünf großindustriellen DkP-Reichstagskandidaten (Fabrikbesitzer March-Brandenburg, Maschinenfabrikant Witt-Mecklenburg, Fabrikbesitzer Keppler-Württemberg, Fabrikbesitzer Wilisch-Sachsen und Fabrikdirektor Burger-Sachsen) der Einzug ins Parlament gelungen, während in den beiden vorhergehenden Legislaturperioden wenigstens jeweils ein Großindustrieller der DkP-Reichstagsfraktion angehört hatte – von 1903-07 der Fabrikbesitzer Zindler und von 1907-12 der Fabrikbesitzer Beuchelt aus Grünberg (Schlesien), der auch Mitglied der Delegiertenversammlung des ZDI war; außerdem zählte mit dem Buchdruckereibesitzer Malkewitz (Stettin) nur ein Mittelstandsvertreter zur DkP-Fraktion von 1912, da die Wahl des Tischlermeisters Pauli (Mecklenburg) für ungültig erklärt wurde. Vgl.: Mitteilungen, Nr. 1, 6. Januar 1912, S. 6 ff. Zur sozialen Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der DkP von 1903/12 vgl. Kap. 6. 2 g., Anm. 121 ff.

¹¹⁰ „Aber das Pentagramm macht ihn [Bethmann Hollweg, J. B.] klein!“ Brief Heydebrands an Westarp vom 5. Juli 1913. BArch, NL Westarp 1, Bl. 162 f.

¹¹¹ Vgl. D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 213.

¹¹² Diese wurden von alldeutscher Seite initiiert und auch in der Führung des BdL (Wangenheim, Kleist, Wadehn) diskutiert, von deutschkonservativer Seite aber mit wenigen Ausnahmen (Oldenburg-Januschau/

Insgesamt kann festgestellt werden, dass das „Kartell“ als Organisation nicht wesentlich in Erscheinung trat: zum einen aufgrund der Widersprüche in den einzelnen Gruppen, zum anderen aber auch, weil sich die Deutschkonservativen nicht sehr engagiert zeigten; etwaige konservative Initiativen innerhalb des „Kartells“ gingen stets nur vom BdL, nicht aber von der DkP aus.¹¹³ Auch der nach der Reichstagswahl von 1912 vor allem mit der Schaffung des „Kartells“ aufkommende „neue“ Antisemitismus, der sich bewusst als völkisch-deutschnational definierte, wurde hauptsächlich vom BdL propagiert¹¹⁴, jedoch von der deutschkonservativen Parteiführung, wenn auch nicht gefördert, so doch toleriert.¹¹⁵

Das zögerliche Verhalten der führenden Deutschkonservativen in der Sammlungsbewegung, das ja auch schon beim Versuch der Erneuerung auf dem Wege zu einer Volkspartei festgestellt werden konnte, legte erneut nur ein beredtes Zeugnis von der Scheu der Parteioberen vor jeglicher Erneuerung ab. Diese Strategie war jedoch nicht geeignet, um der Partei eine breitere Basis zu geben und sie aus der Krise zu führen. Wenn nicht von der Parteiführung, so musste die Initiative für eine Erneuerung und Modernisierung der Deutschkonservativen Partei von den Provinzialvereinen und regionalen Organisationen ausgehen. Als die großen Wirtschaftsverbände, Alldeutsche und einzelne Deutschkonservative, wie Kapp oder Schiele, im Jahre 1916 die schon 1913 bestehenden Pläne einer großen Sammlungspartei wieder aufgriffen, war dazu bereits in vielen deutschkonservativen Provinzialvereinen eine beachtliche Vorarbeit geleistet worden. *Die Entwicklung der einzelnen Provinzialorganisationen, ihr Verhältnis zur Parteizentrale in Berlin und ihre Rolle bei der Reformierung der Partei nach 1909/12 soll daher im Folgenden im Zentrum der Betrachtungen stehen.*

Reichstagsfraktion, Grumme-Douglas/Abgeordnetenhausfraktion) abgelehnt. Ebenda. Vgl. auch: D. Grosser, Konstitutionalismus, 1970, S. 83 f.; M. Rauh, Parlamentarisierung, 1977, S. 168 f., der die Unkalkulierbarkeit der Folgen eines Staatsstreichs herausstellt.

¹¹³ Am aktivsten in dieser Beziehung war Wangenheim, der schon unmittelbar nach der Wahl von 1912 für eine Aktionseinheit von BdL, ZDI und RDMV eingetreten war. Der BdL-Vorsitzende zeigte sich bereit – ebenso wie der ZDI –, dem RDMV auf drei Jahre 15.000 Mark an Unterstützung zu gewähren, wenn dieser den Wünschen des BdL nachkommen würde, „denn es handelt sich jetzt um einen entscheidenden Wendepunkt, ob wir wirklich die produktiven Stände energisch zusammenfassen und dadurch unseren Gegnern bei kommenden Wahlen als geschlossene Macht gegenüberreten können.“ Brief Wangenheims an Endell vom 3. August 1912, in: BArch, NL Roesicke 35, Bl. 179 f. Im Frühjahr 1913 kam es dann auch zu ersten Kontakten zwischen Wangenheim und dem ADV-Vorsitzenden Claß, die im Herbst schließlich zu einem förmlichen Bündnis führten, in dem der ADV dem BdL die außenpolitische Parole, der BdL dagegen dem ADV die nationalpolitische Direktive liefern sollte; der Bund sollte den Verband dabei in rein ökonomischen Fragen beraten und versicherte sich im Gegenzug des Versprechens, dass der ADV seine Kritik im Osten einstellen und die Forderung nach höheren Schutzzöllen unterstützen würde. Vgl. D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 209; F. Fischer, Krieg der Illusionen, 1969, S. 399 f.; J. Retallack, Notables, 1988, S. 213 f.

¹¹⁴ Wangenheim machte die Juden sogar für die Wahlniederlage der DkP verantwortlich und verlieh in einer Rede auf der 19. Generalversammlung des BdL der Hoffnung Ausdruck, dass „ein Wiederaufleben eines idealeren, aber umso stärkeren Antisemitismus“ erfolgen werde. DTZ, Nr. 90, 19. Februar 1912. Vgl. auch: C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 86 und 92.

¹¹⁵ Dennoch gab es insbesondere in der Reichstagsfraktion Deutschkonservative, die ganz auf die Linie des neuen Antisemitismus einschwenkten. So rief der Abgeordnete von Böhlendorff-Kölpin die Partei dazu auf, „die Behandlung der Judenfrage nicht weiter zu vernachlässigen“ und „in diesem Punkte“ zum Tivoli-Programm zurückzukehren. Auch Weilnböck und Arnstadt standen auf diesem Standpunkt; Letzterer äußerte, dass die Judenfrage „keine konfessionelle Frage, sondern eine Rassenfrage“ wäre, weshalb die national unzuverlässigen Juden aus Verwaltung und Heer zu drängen seien. Vgl. Reichsbote, Nr. 63, 15. März 1912; DTZ, Nr. 161, 28. März 1912.

Achstes Kapitel

Der Aufschwung der deutschkonservativen Provinzialbewegung vor 1914

1. Die ostelbischen preußischen Provinzen

a) Ostpreußen

Ostpreußen war, ebenso wie das angrenzende Westpreußen, wie Pommern oder Mecklenburg, ein Eldorado preußischen Junkertums, in dem 1890 etwa 75 % der Bevölkerung auf dem Lande wohnten.¹ So war es fast selbstverständlich, dass die Konservativen in dieser Provinz den ausschlaggebenden Machtfaktor bildeten und dass mit Ausnahme von Königsberg-Stadt 1890 alle Wahlkreise von der DkP kontrolliert wurden.

Ein konservativer Verein für Ostpreußen war schon 1881 gegründet worden, doch in den Anfangsjahren haben regelmäßige Zusammenkünfte wohl noch nicht stattgefunden. Trotz der starken gouvernementalen Tradition des Vereins – 1893 gehörten 7 der 16 Vorstandsmitglieder dem preußischen Herrenhaus an –, war er in der Provinz eng mit dem BdL verbunden. Von diesem Gouvernementalismus entfernte man sich vor dem Weltkrieg aber zunehmend, wie das vor allem am Wirken Wolfgang Kapps deutlich wird.² Erst in diesen Jahren wurde auch eine modernere Vereinsorganisation mit einer starken zentralen Führung und gesunden Finanzen aufgebaut, für die eine gute Beziehung zu den einzelnen Orts- oder Kreisvereinen charakteristisch war. Einmal im Jahr fand jetzt eine Hauptversammlung statt, die politische Beschlüsse fassen konnte und auf der durch Akklamation ein Ausschuss gebildet wurde – 1910 bestand er aus 31 Personen –, der wiederum einen zwei- bis fünfköpfigen Vorstand bestellte. Die Vorstandsmitglieder wurden für sechs Jahre gewählt und besaßen ein Kooptationsrecht. Bei Streitfällen über Kandidaturen hatte der Vorstand

¹ Im Reichsmaßstab lag Ostpreußen damit 30 % über der durchschnittlichen ländlichen Bevölkerung. Vgl. *Wirtschaft und Statistik*, hrsg. vom Statistischen Reichsamte, 6. Jg. 1926, S. 292 ff.

² Kapp war Vertreter eines sich neu formierenden Konservativismus, der im Unterschied zu den traditionellen Agrariern erkannt hatte, dass die ostelbischen Gebiete vom Kernland der preußischen Macht zu einer unterentwickelten Region im Reiche herabgesunken waren und der auf diese veränderten Gegebenheiten mit einer neuen konservativen Politik reagieren wollte. So betonte Kapp die Wichtigkeit der inneren Kolonisation, von kooperativen Versicherungsregelungen und anderen Fragen, die für die kleinen Bauern und den Mittelstand von Bedeutung waren. Der innovative Impuls für diese Neuformierung des rechten Flügels kam dabei nicht aus den traditionellen Kreisen der Partei; auch Kapp war der Sohn eines führenden liberalen Agrarexperten. Vgl. G. Eley, *Wilhelminismus*, 1991, S. 240. Zum konservativen Verein für Ostpreußen siehe auch BArch Koblenz, NL Kapp, N 1309, "Konservativer Verein".

einzugreifen. Der Ausschuss traf die notwendigen geschäftlichen Anordnungen und vertrat die Provinz gegenüber der Gesamtpartei. Außerdem besaß er bei parteiwidrigem Verhalten das Recht zum Ausschluss von Mitgliedern, eine Maßnahme, die auf Reichsebene erst 1913 eingeführt wurde. Vorbereitet wurden die Hauptversammlungen und deren Wahlen von einer Delegiertenversammlung, an der die Vorsitzenden der Kreis- und Ortsvereine, Abgeordnete, Kooptierte sowie Delegierte teilnahmen, die besondere finanzielle Leistungen für den Verein erbrachten.³

Aufgrund der überwiegend agrarischen Struktur Ostpreußens und der traditionellen Vormachtstellung der DkP fiel es vor allem den linken Parteien sehr schwer, sich hier zu etablieren. Nach den Reichstagswahlen von 1890 begann die SPD aber allmählich damit, eine Agitationstätigkeit in Ostpreußen aufzubauen, erreichte schon 1893 6,5 % (23.336 Wähler), 1898 dann 12,6 % (45.644 Wähler) und 1903 sogar 14,7 % der Stimmen (55.331 Wähler). Die Folge dieser sozialdemokratischen Wahlerfolge war jedoch eine fieberhaft rege Gegenagitation von deutschkonservativer Seite: Die DkP organisierte jetzt eine „Ostpreußische Zentralstelle für die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Land“, der es in nur vier Monaten gelang, 10.000 Mark zusammenzubringen und das „platte Land“ mit Agitationsmaterial zu überschütten; dem „Patriotischen Volksfreund“ mit einer Auflage von 35.000 Exemplaren und dem „Patriotischen Hauskalender“ mit einer Auflage von 64.000 Exemplaren konnte die SPD zahlenmäßig nichts Gleichwertiges entgegensetzen – das Wahlergebnis der SPD von 1907 fiel dann auch wieder hinter das Ergebnis von 1898 zurück, zweifelsohne als Folge der konservativen Agitation, die die Landbevölkerung erfolgreich von der „Vaterlandslosigkeit der Roten“ überzeugt zu haben schien.⁴

Dennoch gab es auch in Ostpreußen einige Wahlkreise, in denen die überwältigenden Wahlerfolge die DkP zur Passivität verleiteten und die die Gründung konservativer Vereine geradezu verhinderten, weil man glaubte, einer festen Organisation nicht zu bedürfen. Die Nationalliberalen und Freikonservativen begannen daher, diese „Nischen“ in der deutschkonservativen Parteiorganisation Ostpreußens für die eigene Ausdehnung zu entdecken. Der „liberale Ritt in den Osten“ führte jetzt dazu, dass die DkP bei der Reichstagswahl von 1912 erhebliche Verluste zu verzeichnen hatte, nicht so sehr in Königsberg, wo man nur ein Mandat verlor, sondern vor allem im Regierungsbezirk Gumbinnen. Damit stellte der ostpreußische Verein erstmals seit 1881 nicht mehr die Mehrheit der deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten.⁵

Insgesamt besaß der konservative Verein für Ostpreußen in den Jahren vor dem Weltkrieg jedoch eine überwiegend gute organisatorische Struktur und kann daher als eine der bestgeführten und -organisierten deutschkonservativen Organisationen bezeichnet werden. Dieser Umstand, die Vormachtstellung der Gutsbesitzer im Verein, eine vorteilhafte finanzielle Lage⁶ und die intensive Nutzung des Verlagshauses der „Ostpreußischen Zeitung“ in Königsberg⁷ führten zu einer ausgeprägten Unabhängigkeit der ostpreußischen

³ Vgl. Th. Nipperdey, *Organisation*, 1961, S. 250 f.

⁴ Dass die deutschkonservative Agitation der sozialdemokratischen überlegen war, traf wohl nur für Ostpreußen zu. Resigniert musste Otto Braun, Chef der ländlichen Agitation der SPD und zwischen 1920-32 dann fast durchweg preußischer Ministerpräsident, daher auch rückblickend feststellen, dass „das Erstaunen und Entsetzen des ostelbischen Junkertums“ größer gewesen sei als die Erfolge seiner Partei. Zit. nach P. Dell, *Sozialdemokratie und Junkertum*, 1995, S. 133. Vgl. auch J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 194 und 235.

⁵ Die DkP gewann 1912 10 Wahlkreise in Pommern, aber nur noch 9 in Ostpreußen: 5 von 10 Wahlkreisen im RB Königsberg und 4 von 7 Wahlkreisen im RB Gumbinnen, wo man 1907 noch alle Mandate hatte gewinnen können. Allerdings war die Partei auch nur noch in 12 Wahlkreisen mit einem eigenen Kandidaten angetreten, während sie 1907 sogar 13 Wahlkreise für sich hatte verbuchen können.

⁶ Der Etat für das Jahr 1908 betrug ca. 15.000 Mark. Jedes Mitglied musste einen – geringen – Mindestbeitrag an den Verein abführen, dessen genaue Höhe nicht festgestellt werden konnte. Vgl. Th. Nipperdey, *Organisation*, 1961, S. 251; J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 194.

⁷ Die Auflage der Zeitung, die vor allem die regionale Parteipropaganda verbreitete, lag 1892 bei ca. 4.000 Exemplaren. J. Retallack, ebenda.

Konservativen von der weit entfernten Parteiführung in Berlin. Anfang 1908 war man in der für einen konservativen Verein einzigartigen Lage, eine ansehnliche Broschüre herauszugeben, in der die vollständige organisatorische Struktur des Provinzialvereins dokumentiert wurde und die eine Auflistung der örtlichen Delegierten enthielt.⁸ 1910 wurden die lokalen Vereine durch ein Rundschreiben des ostpreußischen Vereins dazu angeregt, die Beiträge für ein Abonnement der „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ für alle ihre Mitglieder zu bezahlen. Ende 1911 konnten die ostpreußischen Konservativen sogar ihre eigene Mitgliederzeitschrift gründen und die lokalen Vereine ihre Vertreter zu Rednerkursen nach Königsberg entsenden.

Trotz dieser organisatorischen Fortschritte blieb der ostpreußische Verein jedoch insgesamt hinter der allgemeinen politischen Mobilisierung der anderen Parteien zurück, und auch die Anstellung eines Generalsekretärs im Vorfeld der Reichstagswahl von 1912⁹ konnte den Einbruch der Nationalliberalen in die einstigen konservativen Domänen nicht verhindern.

Hatte selbst ein verhältnismäßig so gut gestellter Verein wie der ostpreußische für die Vorbereitung der Reichstagswahl von 1912 den Generalsekretär in Berlin zweimal um 100 Mark Unterstützung bitten müssen, so änderte sich die vorteilhafte finanzielle Situation mit Beginn des Krieges und dem Einmarsch der russischen Armee in Ostpreußen grundlegend. Obwohl die Finanzlage auch in den anderen konservativen Provinzialvereinen angespannt war, erklärten sich diese sofort zu spontanen Hilfsaktionen für die ostpreußischen Gesinnungsgenossen bereit. Hier bewies sich ein bemerkenswerter Zusammenhalt der Provinzialvereine gegen den ebenfalls finanziell angeschlagenen Hauptverein: Als der Vorsitzende des schlesischen Provinzialvereins, Graf Harrach, an die Geschäftsstelle in Berlin 3.000 Mark als Hilfe für den ostpreußischen Verein überwies, wollte Generalsekretär Schroeter das Geld als Jahresbeitrag für den Hauptverein einbehalten, doch Harrach bestand auf seiner Forderung.¹⁰ Dieser Vorgang jedenfalls unterstrich das angespannte Verhältnis zwischen Hauptverein und den konservativen Vereinen in der Provinz, das selbst in den ersten Wochen des Krieges, in der Zeit des allgemeinen Burgfriedens, nicht überdeckt werden konnte.

b) Westpreußen und Posen

Ganz anders als in Ostpreußen stellte sich die Situation für die DkP in Westpreußen und Posen dar. In beiden Provinzen wurde die Entwicklung einer unabhängigen deutschkonservativen Organisation durch „nationale“ Rücksichten auf die Polen behindert und führte zu einem engen Zusammengehen mit den Freikonservativen und Nationalliberalen.

¹¹

Zur Gründung von Provinzialvereinen kam es sowohl in Westpreußen (1903) als auch in Posen (1908) erst nach der Jahrhundertwende durch Zusammenschlüsse der

⁸ „Organisation des Ostpreußischen Konservativen Vereins“, hrsg. vom Ostpreußischen Konservativen Verein, Königsberg 1908 (2. Auflage 1910).

⁹ Generalsekretär Hildenhagen war jedoch kein Einheimischer, sondern kam aus Dresden. Vgl. Freisinnige Zeitung, Nr. 28, 2. Februar 1911.

¹⁰ Der konservative Verein Schlesiens hatte zu diesem Zeitpunkt (22. September 1914) erst 1.000 Mark seines Jahresbeitrages von insgesamt 7.500 Mark an den Hauptverein abgeführt; Schroeter schaltete sogar Heydebrand in die Angelegenheit ein, damit dieser entscheide, was mit dem Geld geschehen solle und bezeichnenderweise gab der Parteivorsitzende Harrachs Intentionen nach. BArch, NL Westarp 98, Bl. 59. Bericht des Hauptvereins vom 22. September 1914. Zur finanziellen Situation des Hauptvereins bei Kriegsbeginn, ebenda, Bl. 28 ff.

¹¹ Obwohl die soziale Struktur in Westpreußen mit der in Ostpreußen, Mecklenburg oder Pommern vergleichbar war, erzielte die DkP hier deshalb weitaus schlechtere Wahlergebnisse. Der exponierteste Deutschkonservative Westpreußens war Elard von Oldenburg-Januschau, der Vertreter des an der Grenze zu Ostpreußen gelegenen Wahlkreises Elbing-Marienburg; Oldenburg war Vorsitzender der westpreußischen Landwirtschaftskammer, Provinzialvorsitzender des BdL für Westpreußen und deutschkonservativer Reichstagsabgeordneter zwischen 1902 und 1912.

Parteiorganisationen von DkP und RFKP. Obwohl diese Vereinigungen 1910 (Posen) bzw. 1911 (Westpreußen) als eigenständige DkP-Organisationen neu gegründet wurden, blieb die Unterscheidung zu den Freikonservativen unklar.¹²

Die Entwicklung der „Westpreußischen Vereinigung“ steht als Beispiel für vergleichbare Tendenzen in anderen konservativen Provinzialvereinen, in denen es trotz deutlich steigender Mitgliederzahlen und einer ständig wachsenden Anzahl von Vereinen, Versammlungen etc., ja sogar gesunder Finanzen, kurz: trotz einer verbesserten Organisation und Agitation, bei der Reichstagswahl von 1912 zu erheblichen Verlusten kam und damit – wie auch in Ostpreußen – zum schlechtesten Wahlergebnis seit 1881. So konnten die westpreußischen Konservativen lediglich einen Wahlkreis gewinnen – 1907 waren es noch drei gewesen –, obwohl der Verein für die Reichstagswahlkampagne in nur sechs Wahlkreisen 20.000 Mark ausgegeben hatte¹³, eine gerade für die DkP außergewöhnlich hohe Summe.

Das Wahldesaster führte jedoch nicht zu einem Rückgang, sondern zu einer Intensivierung der Vereinsarbeit. Auf dem Parteitag der Konservativen Westpreußens in Danzig, zu dem annähernd 2.000 Personen erschienen waren, konnte am Jahresende 1912 festgestellt werden, dass die Mitgliederzahlen seit der Reichstagswahl erheblich gestiegen seien und dass sich auch das Parteivermögen mehr als verdoppelt habe.¹⁴ Und wie in vielen anderen Vereinen erkannten auch die Konservativen Westpreußens, dass die Politik der Berliner Parteiführung sie isoliert hatte. Die auf dem Danziger Parteitag von 1912 erhobene Losung „Kampf gegen die Sozialdemokratie bis zum Letzten und Versöhnlichkeit gegen die Liberalen! Konzessionen machen, wo es irgend geht [...]“, signalisierte in kaum zu übertreffender Deutlichkeit das Bestreben, diese Isolierung zu durchbrechen und ein Bündnis auf der Rechten zu bilden.¹⁵

Ungleich stärker als in Westpreußen war die „polnische Drohung“ in der benachbarten Provinz Posen. Die Gründung eines konservativen Vereins war hier auf die Initiative des Landrats Tilly zurückzuführen, dessen Kontakte zu Roesicke auch die Anstellung eines Sekretärs mithilfe des BdL ermöglichten.¹⁶ Die Besonderheit der Situation in Posen führte dazu, dass die Konservativen mit den Nationalliberalen so eng zusammenarbeiteten, dass ein Auseinanderhalten der beiden Gruppierungen oftmals gar nicht möglich war; verstärkt wurde die konservativ-nationalliberale Allianz durch die Haltung des Zentrums in der Polenfrage.¹⁷

¹² In Posen nannte sich die Organisation auch nach der Neugründung weiterhin „Deutscher Zentralverein der Vereinigten Konservativen der Provinz Posen“. Vgl. Mitteilungen, Nr. 26, 29. Juni 1912, S. 428 ff.

¹³ Vgl. Mitteilungen, Nr. 52, 28. Dezember 1912, S. 841 f.

¹⁴ Gehörten dem Verein bei seiner Gründung 1903 gerade einmal 70 Mitglieder an – vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 194 –, so waren es Ende 1912 2.139 Mitglieder; dabei wurden der Provinzialvereinigung durch die Lokalvereine allein im Jahre 1912 1.076 neue Mitglieder zugeführt; das Parteivermögen war im selben Jahr von 12.000 auf 25.000 Mark angewachsen, während 1909 gerade einmal 4.500 Mark die Vereinskasse gefüllt hatten. Vgl. Mitteilungen, Nr. 52, 28. Dezember 1912, S. 841 f. und Nr. 50, 13. Dezember 1913, S. 793.

¹⁵ Dass die DkP zur Versöhnung mit den Nationalliberalen bereit war, obwohl viele von diesen in Westpreußen eine führende Stellung im Hansabunde einnahmen, unterstreicht die verzweifelte Situation der Deutschkonservativen, hatte doch noch der Danziger Parteitag im Dezember 1909 eine deutlich antinationalliberale Spitze: Hier meinte Oldenburg-Januschau, er wolle lieber mit seinen konservativen Freunden „vor die Hunde gehen als mit dem konfusen, lodd[e]rigen Liberalismus“ zusammenarbeiten. Bei solchen Veranstaltungen waren stets auch deutlich nationale, antiparlamentarische Töne unüberhörbar. Vgl. KZ, Nr. 594, 20. Dezember 1909. Auf einem Treffen von BdL und ADV Mitte Juli 1913 bemerkte Oldenburg-Januschau, dass in dem von Parteien zerrissenen Volk etwas geschaffen werden müsse, wo sich die besten Leute, losgelöst von den Bindungen der Parteien, finden müssten, um im vaterländischen Sinne zu wirken. Vgl. H. Claß, *Wider den Strom*, 1932, S. 271.

¹⁶ Die von Tilly erhoffte dreijährige Besoldung des Vereinssekretärs durch den BdL wurde aber nicht gewährt. Vgl. BArch, NL Wangenheim 5, Bl. 55. Brief Roesickes an Wangenheim vom 6. Juni 1910.

¹⁷ Das Zentrum lehnte die staatliche Polenpolitik ab, kritisierte die Ungleichbehandlung der polnischen Bevölkerung, die Verletzung des Rechts auf kulturelle Besonderheit, wie die Ausnahmegesetze gegen die Polen allgemein, weil es – abgesehen von moralischen Bedenken – davon eine Zunahme des polnischen Widerstandes und eine allgemeine Diskreditierung des Staates befürchtete. Das Zentrum galt den Konservativen daher in der

In der Stadt Posen gab es zwar einen konservativen Verein mit ca. 1.000 Mitgliedern und einen nationalliberalen Ortsverein von nur 200 Mitgliedern¹⁸, aber als Westarps Wahlbeauftragter versuchte, die Aufteilung für die lokale Wahlkomiteemitgliedschaft von „2/3 Konservativen und 1/3 Liberalen“ zu ändern, musste er feststellen, dass die meisten Konservativen glaubten, dass unabhängige DkP-Vereine nur die Bildung nationaler Allianzen verhindern würden, während zusammen mit den Nationalliberalen Wahlgewinne möglich seien.¹⁹ Die Reichstagswahlen von 1912 bestätigten die Lokalpolitiker, denn immerhin hatte die DkP hier kaum Verluste zu verzeichnen und gewann wie 1907 zwei Reichstagsmandate – mehr waren es nie.

An dieser Konstellation änderte sich auch nach den Wahlen nichts, sodass der Vorsitzende der konservativen Zentralvereinigung Posens auf deren 1. Parteitag im November 1912 konstatieren musste, dass eine unabhängige DkP-Organisation noch nicht existent sei.²⁰ Der Parteitag, der mehr als 1.000 Personen aus dem bäuerlichen Mittelstand, aus Ansiedlerkreisen, aus dem gewerblichen Mittelstand der Stadt Posen, Beamte und Großgrundbesitzer versammelt hatte, verdeutlichte das Bestreben der Konservativen, die „verschiedenen Berufs- und Gewerbsstände [...] zu vereinen.“ Eine Hauptaufgabe zukünftiger konservativer Politik in Posen wäre es, ländliche evangelische Arbeitervereine in großem Maßstabe zu gründen, da das Werben der SPD um die Land- und Forstarbeiter in „ein nicht unbedenkliches Stadium“ getreten sei. Zugleich wurde das weitere Eintreten der Partei für die innere Kolonisation betont und die Streichung der Ostmarkenzulage für die Reichsbeamten durch den Reichstag verurteilt: Bismarcks ins Werk gesetzte Ostmarkenpolitik müsse hier „ohne schwächliche Bedenken“ fortgesetzt werden.²¹

Schon fünf Monate vor dem Parteitag von 1912 hatte sich der Verein auf seiner Generalversammlung eine Struktur gegeben, die mit der des „Ostpreußischen Vereins“ vergleichbar war. Ohne Debatte wurde aufgrund einer neuen Satzung ein Ausschuss aus 35 Mitgliedern gewählt, welcher wiederum einen fünfköpfigen Vorstand bestellte.²²

Mit der „Ostdeutschen Warte“, die 1913 immerhin 20.000 Leser zählte, gab es in Posen eine konservative Zeitung, die der nationalen Gesinnung des hiesigen Vereins entsprach.²³ Weitaus deutlicher als in der „Ostdeutschen Warte“ mischten sich jedoch beim konservativen „Posener Tageblatt“ immer deutlicher rassistische, von Herrenmenschendünkel getragene Töne in die antipolnische Argumentation: So finden sich in der Zeit nach der Jahrhundertwende immer häufiger Artikel, in denen die angebliche Überlegenheit der deutschen Kultur und die

Polenpolitik als höchst unzuverlässig, was gerade in einer Provinz wie Posen wiederholt von diesen beklagt wurde, so durch den Landrat a. D. Goßler auf der Generalversammlung des konservativen Zentralvereins in der Stadt Posen am 15. Juni 1912, wobei der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, dass sich im Zentrum die „konservative gegen die demokratische Richtung“ durchsetzen möge. Vgl. Mitteilungen, Nr. 26, 29. Juni 1912, S. 428 ff.; ferner: B. Balzer, Polenpolitik, 1990, S. 35 ff. und 292 f.

¹⁸ Vgl. Kons. Korr., 24. Mai 1910 und 29. Juni 1910.

¹⁹ Auf einer Sitzung des Wahlvereins in Posen am 13. Juli 1910 wurde beschlossen, dass im Falle der Nicht-Einigung auf einen Kandidaten „weder die in der Mehrzahl noch die in der Minderheit verbliebene Richtung ihren Kandidaten unter der Firma des Wahlvereins“ aufstellen dürfte, sondern der Wahlverein vielmehr für die betreffende Wahl von jeder Mitwirkung ausscheide. Landrat Kley an Westarp, 13. Juli 1910, in: BArch, NL Westarp 1, Bl. 19. Vgl. auch die Briefe Kleys an Westarp vom 8. September 1910, 13. Oktober 1910, 23. März 1911 und 22. April 1911. Ebenda, Bl. 20 ff.

²⁰ Vgl. J. Retallack, Notables, 1988, S. 195.

²¹ Mitteilungen, Nr. 48, 30. November 1912, S. 778 f. Das Werben um die Arbeiterschaft, entweder über den Nationalismus oder über den Konfessionalismus, ist im Zusammenhang mit dem Versuch zu sehen, der Partei nach der Wahl von 1912 eine breitere Basis zu geben und auch in anderen Provinzialvereinen anzutreffen, wobei vor allem die katholischen Arbeitervereine des Zentrums als Vorbild dienen sollten. Vgl. Mitteilungen, Nr. 23, 8. Juni 1912; Anhalter Staats-Anzeiger, Nr. 180, 30. April 1912; Mecklenburger Neueste Nachrichten, Nr. 119, 24. Mai 1912.

²² Dieser wurde gebildet durch den Vorsitzenden von Klitzing, Landgerichtsrat Schulz, Major Endell, von Heydebrand (Storchnest) und Prof. Huver, der zugleich auch zum Parteisekretär und Schriftführer bestellt wurde. Mitteilungen, Nr. 26, 29. Juni 1912, S. 428 ff.

²³ Vgl. J. Retallack, Notables, 1988, S. 237.

„Minderwertigkeit“ der Polen proklamiert wurden; beispielsweise forderten die Konservativen die deutsche Bevölkerung in Posen dazu auf, „den Polen gegenüber stets das Bewusstsein der herrschenden Rasse [zu] haben und es auch [zu] betätigen“, sie bezeichneten die Polen – wie auch die Tschechen in Böhmen – wiederholt als „rückständiges und minderwertiges Volk“, dessen wirtschaftlichen Erfolge allein dem „veredelnden“ Einfluss des deutschen Blutes infolge von Mischehen zugeschrieben wurde.²⁴ Wenn die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus auch keine geradlinige Fortsetzung der antipolnischen Politik des wilhelminischen Kaiserreichs darstellte, so ist doch nicht zu übersehen, dass derart die *ideologischen Grundlagen für die spätere verhängnisvolle innenpolitische Entwicklung gelegt wurden; mit ihrem Auftreten, ihrer Sprache und Politik jedenfalls halfen die Posener Konservativen einen Rassismus zu etablieren, ein Feindbild zu entwickeln und damit allgemein historische Voraussetzungen zu schaffen, von denen aus der Nationalsozialismus so verblüffend schnell und ungehemmt seine Vernichtungspolitik gegenüber „Juden“ und „Fremdvölkischen“ öffentlich einleiten und vollenden konnte.*²⁵

c) Schlesien

Im konservativen Verein für die Provinz Schlesien (gegründet im Oktober 1880) war die Unterscheidung zwischen Deutsch- und Freikonservativen zunächst ähnlich unklar wie in Westpreußen und Posen, zumal beide konservative Gruppierungen eine enge Zusammenarbeit mit dem Provinzialadel dem Aufbau einer umfassenden Vereinsorganisation vorzogen.²⁶ Generalversammlungen des Vereins fanden in der Anfangszeit nur 1880, 1891 und 1895 statt, wurden nach 1909 dann aber regelmäßiger.²⁷ Dennoch blieben die Fortschritte der konservativen Organisation in Schlesien bis zur Reichstagswahl von 1912 recht bescheiden, zumal die DkP einige sog. „sichere“ Wahlkreise besaß, was – ähnlich wie in Ostpreußen – größere Anstrengungen nicht unbedingt erforderlich zu machen schien. Erst der Verlust von drei Reichstagsmandaten bei den Januarwahlen²⁸ führte zu einer teilweise erheblichen Intensivierung der organisatorischen und agitatorischen Bemühungen, vor allem in Breslau und Niederschlesien. So wurde im April 1912 in Niederschlesien ein eigener konservativer Verein gegründet, der im Dezember 1913 in Glogau seinen ersten Parteitag abhielt, zu dem rund 1.000 Personen erschienen, unter ihnen auch Heydebrand. Kurz vor Kriegsausbruch waren hier vier Parteisekretäre politisch aktiv und die Mitgliederzahlen stiegen rasant; allein der konservative Verein für den Wahlkreis Liegnitz-Goldberg nahm in nur knapp 1¼ Jahren (1913-Anfang 1914) 1.250 neue Mitglieder auf. Auch im Hauptstadtverein in Breslau verdoppelte sich die Mitgliederzahl zwischen 1905 (750) und 1916 (1.500). Vor allem diese gestiegenen Mitgliederzahlen vergrößerten die finanziellen Freiräume des „Deutschkonservativen Vereins für die Provinz Schlesien“, der deshalb Ende 1913 sogar beschließen konnte, den an den Hauptverein abzuführenden Jahresbeitrag von 5.000 auf 7.500 Mark zu erhöhen.²⁹

²⁴ Vgl. z. B. Posener Tageblatt, Nr. 533, 13. November 1903; Nr. 541, 18. November 1903; Nr. 559, 29. November 1903.

²⁵ Vgl. dazu H.-U. Wehler, „Von den Reichsfeinden zur Reichskristallnacht“, in: Krisenherde, 21979, S. 199.

Ferner: F. Fischer, Bündnis, 1979, S. 95, der eine Verbindungslinie von der Polenpolitik Bismarcks und Bülow's bis zum Nationalsozialismus zieht und von einer „Kontinuität“, die ja nicht „Identität“ ist, spricht.

²⁶ Im Vorstand saßen 1895 17 Provinzialadlige, daneben nur ein Fabrikbesitzer, ein Buchverkäufer und zwei Pädagogen. Vgl. J. Retallack, Notables, 1988, S. 205, Anm. 7.

²⁷ Ebenda, S. 195, ohne dass dort genauere Angaben gemacht werden.

²⁸ Die Anzahl der Mandate verringerte sich von zehn auf sieben; gleich zwei Mandate verlor die DkP im RB Breslau, wo sie 1907 noch sieben von dreizehn Wahlkreisen gewonnen hatte. Zum „Bestand“ der Partei gehörten die Wahlkreise 1, 2, 4, 5 und 8 in Breslau – im Wahlkreis 2 kandidierte Heydebrand – und der Wahlkreis 1 Oppeln.

²⁹ Mitteilungen, Nr. 50, 13. Dezember 1913, S. 793 und Nr. 11, 15. März 1913, S. 169. Ferner: BArch, NL Westarp 12, Bl. 185.

Mit der „Schlesischen Morgenzeitung“ besaß die DkP auch ein quasi-partieeigenes Blatt, da deren Herausgeber Dr. Nitschke seit 1906 auch der erste Parteisekretär der schlesischen konservativen Vereinigung wurde.³⁰

Als problematisch stellte es sich heraus, dass parallel zum organisatorischen Aufschwung der Deutschkonservativen auch die Freikonservativen versuchten, nach der Wahl von 1912 in Schlesien organisatorisch Fuß zu fassen und zu diesem Zweck Ende 1912 den „Schlesischen Freikonservativen Provinzialverband“ gründeten. Der deutschkonservative Verein trat dem freikonservativen Bestreben energisch entgegen und warnte den neuen Verband, dass die Gründung besonderer freikonservativer Organisationen dort, wo deutschkonservative schon vorhanden seien, „in der gegenwärtigen ernsten Zeit [als] besonders unfreundliche[r] Akt angesehen werden“ müsste.³¹ Während die Führung der Freikonservativen die Neugründung verteidigte, verhielten sich die schlesischen Kollegen vorsichtiger und betonten ausdrücklich den Wunsch eines friedlichen Nebeneinanders, denn sie mussten befürchten, dass sich die Auseinandersetzungen negativ auf die bevorstehenden Landtagswahlen auswirken könnten. Diese Vorahnungen bestätigten sich, denn im Wahlkreis Sagan-Sprottau, der bisher zwischen den konservativen Parteien geteilt worden war, wurden für die Landtagswahlen von 1913 zwei deutschkonservative Kandidaten nominiert. Dabei blieb es – trotz heftigster Proteste und Bemühungen der Freikonservativen.³² Das schlesische Beispiel zeigt, dass die DkP den Expansionsbestrebungen der Freikonservativen in ihren preußischen Kerngebieten energisch entgegentrat, anders als im Nordwesten oder Süden des Reiches, wo für beide Parteien das Problem der Etablierung im Vordergrund stand und wo es zumeist nicht um Mandate ging.

d) Pommern

Die Provinz Pommern war zusammen mit den beiden mecklenburgischen Großherzogtümern vor dem Weltkrieg die Hochburg deutschkonservativer Macht. Das verwundert nicht, wenn man die Eigentumsverhältnisse und Sozialstruktur der Bevölkerung betrachtet: Noch im Jahre 1907 stellte der Großgrundbesitz mit über 100 Hektar die vorherrschende Besitzform in diesen drei norddeutschen Regionen dar, und mit fast 75 % in Pommern und 85 % in den beiden Großherzogtümern lag der Anteil der Großbetriebe fast 20 % über dem Durchschnitt der anderen ostelbischen Provinzen.³³ Mehr als die Hälfte der pommerschen Bevölkerung lebte bis 1895 zudem von Arbeit in Land- und Forstwirtschaft, wobei dieser Anteil auch in der Folgezeit nur minimal zurückging. Das dadurch in der Bevölkerung vorhandene Beharrungspotenzial wird bei einer Berücksichtigung der Besitzverhältnisse in Land- und Forstwirtschaft noch evidenter, wenn man davon ausgeht, dass die Inhaber der Verfügungsgewalt über Grund und Boden noch vorsichtiger agieren als der besitzlose Landarbeiter oder der im land- bzw. forstwirtschaftlichen Sektor arbeitende unselbstständige Beschäftigte: Da 1907 in Pommern 70.255 bäuerliche Betriebe und 2.678 Großbetriebe existierten, gab es insgesamt fast 73.000 Eigentümer oder Pächter einer „Ackernahrung“, die per definitionem eine sechsköpfige Familie unterhalten konnten. Demnach kann man ca. ein Viertel der pommerschen Wahlberechtigten zur festen Klientel des konservativen Lagers zählen, hinzu kommen die Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft und in Berufen, die mit dieser Branche eng verbunden waren, sowie die Wahlberechtigten, die stark von der

³⁰ Die Auflage betrug 1913 11.000. Das meistgelesene konservative Blatt war die „Schlesische Zeitung“, die sich als Organ beider konservativer Parteien verstand und deren Auflage 1895 bei 17.500 Exemplaren lag. Auch in Niederschlesien gab es mit dem „Stadt- und Landboten“ eine eigene konservative Zeitung. Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 237 f.

³¹ Zit. nach: M. Alexander, *Freikonservative Partei*, 2000, S. 121.

³² Vgl. D. Fricke, *Lexikon zur Parteiengeschichte*, Bd. 3, 1985, S. 762.

³³ Vgl. I. Buchsteiner, *Großgrundbesitz in Pommern*, 1993, S. 329 ff.

ländlichen Umgebung geprägt waren, auch wenn sie einer Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft nachgingen.³⁴

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die pommerschen Konservativen nach der letzten Reichstagswahl von 1912 fast ein Viertel der deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten stellten³⁵, dass sie bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1913 24 von 26 möglichen Sitzen gewannen³⁶ und dass sie somit einen herausgehobenen Stellenwert innerhalb der DkP besaßen. Mit den Rittergutsbesitzern Hans Graf von Schwerin-Löwitz und Oskar von Normann³⁷, dem BdL-Vorsitzenden Conrad Frhr. von Wangenheim oder dem späteren Führer des Pommerschen Landbundes, Georg von Dewitz, kam zudem eine Reihe führender deutschkonservativer Persönlichkeiten aus dieser ostelbischen Region.

Trotzdem blieb der konservative Verein für die Provinz Pommern bis 1912 ohne feste Strukturen, und die Beziehungen zu den Kreis- und Ortsvereinen waren nur sehr loser Natur. Das lag vor allem daran, dass insbesondere Hinterpommern eine nahezu uneinnehmbare Feste der DkP darstellte, sodass man hier ohne besondere Anstrengungen zu Wahlerfolgen kam. Nicht zufällig begann daher der Ausbau der lokalen Organisationen in Vorpommern, im Raum von Stralsund und Greifswald, und damit in jenem Gebiet, in dem die Partei ihre beiden 1898 noch gewonnenen Reichstagsmandate bis 1907 wieder verloren hatte. Die Bemühungen zahlten sich schnell aus, denn die DkP erhielt im RB Stralsund bei den Wahlen von 1912 42,7 % der Stimmen und konnte ihren Anteil damit um fast 20 Prozentpunkte erhöhen (1907: 23,8 Prozentpunkte). Dennoch gelang es ihr nicht, eines der beiden Mandate zu gewinnen, sodass es infolgedessen zu einer weiteren Intensivierung der Anstrengungen kam, was sich in einer vermehrten Anzahl von Versammlungen, höheren Mitgliederzahlen, einer verstärkten und erneuerten Werbe- und Agitationstätigkeit und auch neuen Organisationsformen widerspiegelte.³⁸

Ein „Musterbeispiel“ für den Strukturwandel der Konservativen vor dem Ersten Weltkrieg und ihr Bemühen, eine Volkspartei zu werden, stellte die kleine vorpommersche Hanse- und Universitätsstadt Greifswald dar, in der bei Kriegsausbruch rund 25.000 Menschen lebten.³⁹ Die hier 1894 unter der Führung des Landrats Graf Behr-Behrenhoff und des städtischen Polizeidirektors und Universitätsrichters Dr. Konrad Gersterding gegründete „Freie Konservative Vereinigung“ war zunächst nur ein loser Zusammenschluss, der den Konservativen aller Richtungen offen stand; Jahresbeiträge wurden nicht erhoben, und auch

³⁴ Vgl. W. Buchholz (Hg.), Pommern, 1999, S. 440.

³⁵ Die DkP gewann wie 1907 10 von 14 Wahlkreisen, wobei 9 Abgeordnete ihren Erfolg von 1907 wiederholen konnten; lediglich im RB Stettin wurde jeweils ein Mandat von der SPD gewonnen (WK 2 Stettin-Ueckermünde) bzw. an diese verloren (WK 3 Stettin-Randow).

³⁶ Bei der Abgeordnetenhauswahl des Jahres 1876, als sich die DkP noch in einer Phase politischer und organisatorischer Neuorientierung befand, hatte die Partei nur elf Mandate erringen können, während die anfangs bismarcktreuen Nationalliberalen hier noch neun und die ohnehin gouvernementalen Freikonservativen fünf Sitze erringen konnten; hinzu kam ein Mandat für die Linksliberalen. Doch in allen neun folgenden Wahlen bis zum Weltkrieg konnten die Deutschkonservativen eine deutliche Mandatsmehrheit gewinnen und seit 1893 dann sogar stets 24 Sitze; nur das Mandat im WK Grimmen-Greifswald ging jetzt noch an die Freikonservativen und das Stettiner Mandat an die Linksliberalen. Vgl. W. Buchholz (Hg.), Pommern, 1999, S. 440.

³⁷ Der aus dem Kreis Anklam in Vorpommern stammende Schwerin-Löwitz war von 1910-12 Reichs- sowie von 1912-18 Landtagspräsident und gehörte von 1893 bis zu seinem Tode am 4. November 1918 ununterbrochen dem Reichstag an; von Normann führte die deutschkonservative Reichstagsfraktion von 1902 bis zu seinem Tode im Jahre 1912.

³⁸ So fanden 1913 ca. 50 Versammlungen der konservativen Vereine in den Kreisen Stralsund, Franzburg und Rügen und ca. 40 Versammlungen des konservativen Vereins Greifswald statt, „dessen Organisation lückenlos den ganzen Kreis umspannt[e]“ und dem allein im zweiten Halbjahr 1913 „185 Angehörige aller Berufsstände als neue Mitglieder“ beigetreten waren. In diesen Veranstaltungen wurde für eine „regelmäßige Flugblattverteilung und die Herausgabe eines Agitationskalenders für weitere politische Aufklärung gesorgt.“ Vgl. Mitteilungen, Nr. 48, 29. November 1913, S. 762 ff. und Nr. 1, 3. Januar 1914, S. 9 f.

³⁹ Vgl. dazu auch die Dissertation von H. Matthiesen: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900-1990, 2000, S. 39-72.

in das Vereinsregister ließ man sich nicht eintragen. Das änderte sich jedoch nach der Reichstagswahl von 1912 mit der (Neu-) Gründung des „Konservativen Vereins für den Kreis Greifswald“, als der Weg zu mehr Verbindlichkeit beschritten wurde: Jetzt baute man eine feste Organisation auf, die auch außerhalb der Wahlzeiten aktiv blieb⁴⁰ und die vorgeschriebene Mitgliedsbeiträge erhob. Seine Basis besaß der Verein sowohl im Großgrundbesitz als auch bei den bildungspolitischen Beamten, doch vor 1914 verschob sich das Schwergewicht der Aktivitäten von den traditionellen großagrarisches Eliten zu den städtischen Gruppen⁴¹, von denen die entscheidenden Impulse der Modernisierung des Greifswalder konservativen Vereins ausgingen: So organisierten der Seminarlehrer Karl Beykuffer und der Rechtsanwalt Dr. Ernst Tramm unter den wohlhabenden Anhängern der Konservativen – als solche erwiesen sich vor allem Hofpächter und Landadlige der Umgebung sowie einige vermögende Beamte und Universitätsprofessoren – eine Art Aktiengesellschaft für den Ankauf des Verlages Julius Abel, in dem das liberale „Greifswalder Tageblatt“ erschien, das eine fast vollständige Monopolstellung in der Stadt besaß. Auch wenn das Vorhaben erst im Januar 1919 erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnte, so wurden die entscheidenden Weichen dafür bereits in der Vorkriegszeit gestellt. Zudem deutete sich schon vor 1914 eine Ausbreitung der Konservativen über ihre angestammten Wählerschichten auf den Dörfern hinaus an, da dem Greifswalder Verein nun auch vermehrt Angehörige der mittleren und unteren Beamenschaft sowie des selbstständigen Mittelstandes beitraten.⁴² *Die überwältigenden Erfolge, die die Deutschnationale Volkspartei nach 1918 in Greifswald und in Pommern zu verzeichnen hatte, können deshalb, trotz der vier dazwischenliegenden Kriegsjahre, auch als ein Ergebnis der Anstrengungen des konservativen Vereins vor dem Weltkrieg gewertet werden.*⁴³ Auch die nach den Reichstagswahlen von 1912 vollzogene Trennung der konservativen Organisationen Vor- und Hinterpommerns und die Errichtung zweier separater Vereinigungen muss auf das Bemühen zurückgeführt werden, festere organisatorische Strukturen zu schaffen und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Provinzial- und den Kreis- bzw. Ortsvereinen zu gewährleisten. Konservative Parteitage fanden aber nach wie vor für ganz Pommern statt und waren vor dem Kriege gut besucht.⁴⁴

⁴⁰ In diesem Punkt irrt H. Matthiesen, ebenda, S. 55 f., wo er zwar mit Recht auf den Vorteil der Konservativen hinweist, staatliche Mittel für die Wählermobilisierung eingesetzt haben zu können, weil die Beamten in den Verwaltungen wichtige Stützen des konservativen Vereins darstellten, was diesen aber nach 1912 nicht mehr davon abhielt, kontinuierlich politisch aktiv zu werden, zumal sich das Reichstagsmandat des Wahlkreises seit 1901 im linksliberalen Besitz befand. Bis 1918 vertrat der bekannte Abgeordnete Georg Gothein den Reichstagswahlkreis Stralsund-Grimmen, zu dem Greifswald gehörte, obwohl Gothein in Breslau lebte, während die Konservativen stets Angehörige des hiesigen Landadels als Kandidaten aufstellten und damit den Vorteil des regionalen Bezugs auf ihrer Seite hatten. Vgl. dazu auch Anm. 36.

⁴¹ H. Matthiesen spricht von einer Zweiteilung, die auch nach 1918 noch Gültigkeit behielt: Die Landbesitzer gaben das Geld und sicherten den Wähleranhang, während die bürgerlichen Konservativen die Politik organisierten. Vgl. ebenda, S. 56-58.

⁴² Vgl. ebenda, S. 57, wo auch Beispiele angeführt werden.

⁴³ Obwohl die Konservativen geschwächt aus dem Krieg hervorgingen, weil sie für viele die Kriegsverlängerer und Reformverhinderer waren, die für die Erscheinungen des Zusammenbruchs mitverantwortlich gemacht wurden, gelang es den pommerschen Konservativen zwischen 1918 und 1924 weiter kontinuierlich ihre Basis in den städtischen Bereich hinein auszuweiten und ihre Wahlergebnisse deutlich zu verbessern. Erreichte die DNVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 in Greifswald 12,8 %, so waren es 1924 geradezu sensationelle 44,6 %. Auf den „unteren“ politischen Ebenen „verzieh“ man den Konservativen noch eher, was in den Verschiebungen zu deren Gunsten bei den Kommunalwahlen bzw. den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung von 1919 deutlich wurde. Dass die DNVP hier von der Vorkriegsarbeit des konservativen Vereins profitieren konnte, liegt auf der Hand, zumal die neue Partei Mitglieder und Infrastruktur der konservativen Vereine übernommen hatte und somit „ein hohes Maß an Kontinuität zu den Vorkriegskonservativen“ aufwies. Vgl. ebenda, S. 85-99.

⁴⁴ Anfang 1914 versammelten sich zu diesem Zweck 4.000 Konservative in Stettin. Vgl. Mitteilungen, Nr. 5, 31. Januar 1914, S. 74 f.

Anders als die organisatorische hatte die inhaltliche Wandlung der Konservativen Pommerns schon vor 1912 begonnen. 1896 waren sie es noch gewesen, die Stoecker am leidenschaftlichsten unterstützt hatten, als Pommern einer Oase in der Einöde des reaktionären Ostelbiens glich und als Gustav Malkewitz, der Herausgeber der „Pommerschen Reichspost“, die DkP-Führung in Berlin davor warnte, die Stärke der Stoeckerschen Bewegung nicht zu unterschätzen. Von diesem sozialen Bewusstsein war schon rund zehn Jahre später nicht mehr viel übrig geblieben. Jetzt dominierte der pragmatische Stil von Normanns, der wesentlich stärker an den BdL angelehnt war.⁴⁵

e) *Brandenburg und Berlin*

Die geringe geographische Entfernung des konservativen Vereins der Provinz Brandenburg (1897 gegründet) zum Berliner Hauptverein ermöglichte eine enge Kooperation der jeweiligen Vereinsführungen. Auf den Kongressen des brandenburgischen Provinzialvereins traten daher außergewöhnlich oft Führungspersönlichkeiten der Deutschkonservativen auf, zumal die Parteitage stets in Berlin stattfanden.⁴⁶ Zudem besaß der Provinzialverein mit August Strosser einen 2. Vorsitzenden, der als Generalsekretär der Gesamtpartei (1902-05) über gute Verbindungen nach Berlin verfügte. Trotz dieser Gegebenheiten blieben auch die Brandenburger Konservativen in ihrer Vereinspolitik und -führung unabhängig von der Berliner Parteispitze. So gab es auch hier eine Zusammenarbeit mit den Freikonservativen und als diese Anfang 1908 ihre eigene Parteiorganisation in Brandenburg gründeten, erklärte der Vorstand des Provinzialvereins, dass er weiterhin aus Vertretern beider konservativer Parteien bestehen würde.⁴⁷ Belastet wurde das konservative Bündnis jedoch durch die Ernennung des BdL-Funktionärs Wolf von Dallwitz-Tornow zum Vorsitzenden des konservativen Provinzialvereins im Dezember 1910 und durch die Bereitschaft der Deutschkonservativen, Antisemiten der übelsten Art (Böckel) als Agitatoren zu engagieren. Die offensichtliche Zusammenarbeit des DkP-Vereins mit den patriotischen Verbänden, insbesondere dem „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“, erleichterte die Einheit der Rechten in Brandenburg und leistete auf Provinzebene eine wichtige Vorarbeit für deren gesamtdeutsche Vereinigung am Ende des Krieges.⁴⁸

Die Presse- und Agitationsarbeit des Provinzialvereins in Brandenburg erfuhr seit 1908 einen respektablen Aufschwung. Im Februar dieses Jahres begann der Verein mit der Herausgabe von „Amtlichen Mitteilungen“. Diese informierten die Konservativen der Gesamtpartei über die Errungenschaften des Brandenburger Vereins und wurden zwei Jahre später als „Mitteilungen aus der Deutschkonservativen Partei“ zu einem konservativen Wochenblatt, das nun über die Fortschritte der Organisation der DkP im gesamten Reichsgebiet berichtete. Im selben Jahr begann der Ortsverein in Eberswalde mit der Durchführung von Rednerkursen und auch der Parteisekretär des Provinzialvereins, Mannes, entwickelte eine rege Werbe- und Agitationstätigkeit.⁴⁹ Der seit 1890 zu verzeichnende kontinuierliche Wählerschwund der Konservativen in der Provinz Brandenburg konnte durch solche Aktivitäten jedoch nicht

⁴⁵ Vgl. auch J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 119 f. und 195.

⁴⁶ Die Parteitage der vereinigten Konservativen der Provinz Brandenburg wurden in der Viktoria-Brauerei in der Lützowstraße veranstaltet; Ende 1913 erschienen mehr als 1.000 Parteiangehörige. Vgl. *Mitteilungen*, Nr. 51, 20. Dezember 1913, S. 802 f.

⁴⁷ Der Vorstand wurde von zwei Gruppen dominiert, den akademischen Eliten aus Berlin und den Rittergutsbesitzern aus der Provinz. Vgl. *Mitteilungen*, Nr. 4, April 1909, S. 49 f. Zur Tätigkeit der vereinigten Konservativen im konservativen Verein Frankfurt/O. vgl. *Mitteilungen*, Nr. 5, Mai 1909, S. 76.

⁴⁸ In vielen Gebieten traten bedeutende lokale Persönlichkeiten sowohl auf den Versammlungen der Deutschkonservativen als auch der Verbände auf. Vgl. *Mitteilungen*, Nr. 6, Juni 1908, S. 84.

⁴⁹ *Mitteilungen*, Nr. 2, Februar 1908, S. 3 f. und Nr. 11, November 1908, S. 150.

gebremst werden: 1912 gewann die DkP nur noch fünf Wahlkreise und entsandte damit zwei Abgeordnete weniger in den Reichstag als noch 1903 und 1907.⁵⁰

Eine vor allem seit 1907 engere Zusammenarbeit pflegten die Konservativen Brandenburgs mit den Gesinnungsgenossen der lokalen Vereine in der benachbarten Reichshauptstadt Berlin. Hier gab es eine Vielzahl konservativer Bürgervereine, die sich 1881 zu einer konservativen Gesamtvertretung zusammengeschlossen hatten, welche wiederum 1894 in „Wahlverein der Deutschkonservativen“ umbenannt wurde.⁵¹

Eine der bestorganisierten und einflussreichsten Organisationen war der konservative Zentralverein des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Die soziale Vielfalt seiner Vorstandsmitglieder kann als ebenso charakteristisch für die meisten konservativen Bürgervereine angesehen werden wie die speziellen Ziele, die der Verein anstrebte: Pensionierte Offiziere, Beamte, Lehrer, kirchliche- und Mittelstandsvertreter kämpften gleichermaßen gegen Warenhäuser und Konsumgesellschaften, wie sie für die körperliche, nationale und moralische Erziehung der städtischen Jugend und das Recht auf Arbeit eintraten, all das umhüllt mit dem üblichen Katalog antisemitischer Forderungen.⁵² Nach dem Vorbild der Konservativen in Rixdorf wurde Anfang 1908 in Beeskow eigens ein „Verein für Nationale Wähler“ mit dem Ziel gegründet, nationalliberale Wähler zu gewinnen, die hier keine eigene Organisation besaßen. Zur selben Zeit begann das Provinzialbüro der Brandenburger Konservativen damit, bessere Beziehungen zu den konservativen Berliner Bürgervereinen herzustellen. So wurden durch die Unterstützung des Brandenburger Parteisekretärs Mannes Parteiprecher arrangiert, die zu den lokalen Gegebenheiten der Hauptstadt passten. Die Funktionäre der Bürgervereine erwiderten die Hilfe, indem sie das Brandenburger Büro über geplante Wahlkündgebungen und sonstige organisatorische Pläne unterrichteten.⁵³

Trotz dieser teilweise engen Verflechtung zwischen der Brandenburger Organisation und den Berliner Vereinen gab es eine Anzahl erheblicher Unterschiede. Die Berliner Konservativen befanden sich in einer fast permanenten Opposition zur Führung der Gesamtpartei und wehrten sich häufig gegen „Ratschläge“ aus der Zentrale. Während der Reichsfinanzreformkrise von 1909 wurde das Verhalten der Berliner Konservativen zu einem „nationalen Ärgernis“ für die Parteiführung, als der Vorsitzende des Wahlvereins, Generalmajor Arthur von Loebell, Bruder des Unterstaatssekretärs und Reichskanzleichefs Wilhelm von Loebell, den Vorschlag für eine moderate Erbschaftssteuer und für einen konservativen Kompromiss in der preußischen Wahlrechtsfrage einbrachte, ein Ansinnen, das von der Parteiführung vehement zurückgewiesen wurde.⁵⁴

Diese „Rebellion“ Loebells musste als Teil eines Widerstandes der Basis gegen die DkP-Führung im Gefolge der Reichsfinanzreformkrise gesehen werden. Als Vorsitzender des Vereins von Groß-Lichterfelde leitete er am 14. Juli 1909 eine Versammlung von 22 konservativen Berliner Bürgervereinen, auf der mit 18:12 Stimmen eine Resolution angenommen wurde, die die Führung der Reichstagsfraktion stark angriff, denn infolge der Vorgänge um die Reichsfinanzreform hatten die Berliner Vereine innerhalb weniger Monate

⁵⁰ 1887 hatte die DkP noch 14 der insgesamt 20 Wahlkreise gewonnen – sechs im RB Potsdam und acht im RB Frankfurt –, davon waren 1912 lediglich zwei Mandate in Potsdam und drei in Frankfurt übrig geblieben.

⁵¹ Diese Vereinigung kann aber nur sehr lose gewesen sein, denn im Februar 1909 wurde erneut eine formelle Vereinigung der einzelnen konservativen Vereine vorgeschlagen, was aber auf einer Versammlung des konservativen Zentralvereins von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg abgelehnt wurde. Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 201.

⁵² Über die Arbeit des Vereins vgl. BArch, R 8003/1.

⁵³ Diese gegenseitige Hilfe war nie selbstlos: Beispielsweise informierte der Zentralverein in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg den Brandenburger Verein, dass die Unterstützung von 400 Mark für das laufende Jahr (1907) nur unter der Bedingung gewährt würde, dass einer der Vertreter des Teltower Vereins auch einen Sitz im Vorstand des Provinzialvereins erhalte. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 201, Anm. 42.

⁵⁴ BArch, R 8003/1, Bl. 58 f. Vgl. auch Kap. 5. 4.

einen Mitgliederrückgang von 25 % zu beklagen; die Parteiführung erblickte darin jedoch eine „Lossagung von der Gesamtpartei“ und schloss die rebellierenden Vereine aus.⁵⁵

Die „Pankower“, wie die Bewegung jetzt genannt wurde, weil die Vereine aus den Berliner Vororten Pankow, Charlottenburg und Moabit an der Spitze der Rebellion standen, bildeten nun unter der Führung von Loebells und des Kleinhändlers Herbert Schmidt Anfang August eine „Freikonservative Vereinigung“, in deren Gründungserklärung vom 13. November sich für eine größere Repräsentanz der nichtaristokratischen Elemente in der DkP und für eine „Grunderneuerung des Konservativismus“ ausgesprochen wurde. In der Folgezeit veröffentlichte die Vereinigung mehrere Aufrufe, in denen gegen die „verkehrte Führung der konservativen Partei“ polemisiert wurde, die „sich bei den ernstesten Fragen der Gesetzgebung immer mehr von einseitig agrarischen Gesichtspunkten leiten lasse.“ Man kam zu dem Schluss:

„Unsere Führer haben die Fühlung mit dem Volke verloren. Sie gehören fast ausschließlich den Kreisen des Großgrundbesitzes an.“

Stattdessen forderten die „Pankower“ Unabhängigkeit vom BdL, eine gleiche Behandlung von Stadt und Land, ein Abrücken vom Zentrum, die Rückkehr zum Blockkonzept gegen die SPD sowie die „Sammlung aller nationalen Kräfte“, um auf diese Weise den Weg zu einer Volkspartei beschreiten zu können.⁵⁶

In ihrem Bestreben wurden die „Pankower“ vor allem von den konservativen Vereinen aus Sachsen und Schlesien unterstützt⁵⁷ und erhielten auch, wie von ihnen gefordert, die Möglichkeit, ihre Ansichten auf dem „Allgemeinen Delegiertentag der DkP“ am 11. Dezember 1909 vorzutragen. Dieser war jedoch – wie bereits in Kapitel 7. 2. dargelegt – so organisiert, dass sich die Befürworter der vom neuen schwarz-blauen Block verabschiedeten Finanzreform in der Mehrheit befanden und der Kongress kaum etwas zur Lösung der seit Juli aufgeworfenen Fragen einer Erneuerung und Verbreitung der konservativen Bewegung beitragen konnte. Ebenso wenig wurden praktische Hinweise für die Provinzialvereine oder deren regionale Presse gegeben. Immerhin sah sich die Parteiführung veranlasst, in den Provinzen Resolutionen oder Artikel in den konservativen Lokalblättern zu veröffentlichen, die wieder mehr Vertrauen in die Reichstagsfraktion hervorrufen sollten. Dennoch wurden die Versuche der Überwindung der Meinungsverschiedenheiten nicht konsequent betrieben und die Widersprüche innerhalb der Partei weiterhin größtenteils überdeckt. Die „Pankower Rebellion“ war somit nur ein Beweis dafür, dass Führung und Basis der DkP sich weiter voneinander entfernten.⁵⁸

Die oppositionelle Haltung der Berliner Konservativen, die das Bild der Einheit der Partei in der Öffentlichkeit stark beschädigte, stand zu keinem Zeitpunkt im Verhältnis zu ihren Wahlerfolgen, denn nicht ein einziges Mal gelang es den Berliner Konservativen eines der sechs Hauptstadtmandate zu gewinnen – 1912 musste man mit 3,2 % der Stimmen sogar das zweitschlechteste Ergebnis der Geschichte verzeichnen.⁵⁹ Auch wenn nach der Wahl von

⁵⁵ Die Unterzeichner der Resolution vom 14. Juli erklärten sich zwar mit der Parteiführung unzufrieden, nicht jedoch mit den Grundsätzen der Partei. Vgl. Mitteilungen, Nr. 7, Juli 1909, S. 115 f.; KZ, Nr. 367, 8. August 1909.

⁵⁶ Vgl. K. von Westarp I, S. 175 f.; Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, 1909, S. 245. Vgl. auch Kapitel 5. 2. und 7. 2., hier insbes. Anm. 44.

⁵⁷ J. Retallack, Notables, 1988, S. 182.

⁵⁸ Nach dem Parteitag fügte sich die „Pankower Bewegung“ schon bald wieder in die Parteidisziplin ein. Dennoch war die Parteiführung aufgrund dieser Erfahrungen in der Folgezeit bestrebt, jede neue Bewegung, wie z. B. den „Jungkonservativen Reichsverband“, sofort zu kontrollieren. BArch, NL Westarp 98, Bl. 24 f. Bericht des Hauptvereins vom 14. Juli 1914. Vgl. auch Kap. 7. 2., Anm. 57 ff. Zur „Pankower Bewegung“ ferner: BArch, NL Westarp 1, Bl. 12 ff., 36 ff. und 55. K. von Westarp I, S. 397 f. Zum DkP-Delegiertentag 1909 vgl. KZ, Nr. 580, 11. Dezember 1909 und Nr. 581, 12. Dezember 1909, 2. Beilage.

1912 in den meisten Vereinen die Mitgliederzahlen wieder stiegen⁶⁰, war in Zukunft mit einer wesentlichen Änderung dieses Zustandes nicht zu rechnen: Brandenburg war der konservative Ring, der Berlin umschloss, doch je näher man der Stadt kam, desto klarer verschwand die konservative Färbung.

2. Mittleres und westliches Norddeutschland

a) Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz

Die Organisation der Deutschkonservativen Partei im mittleren und westlichen Norden des Deutschen Reiches war schwach entwickelt, und erst in den Jahren vor dem Weltkrieg kam es in diesen Gebieten zu verstärkten Bemühungen um eine Verbesserung der Situation.

Lediglich in Mecklenburg hatte die Partei bis 1893 einige beachtliche Wahlerfolge vorzuweisen, doch danach kam es vor allem aufgrund der de facto kaum vorhandenen Organisation zu erheblichen Verlusten.⁶¹ Zwar wurde schon 1894 ein konservativer Landesverein für beide Mecklenburg gegründet, doch von nennenswerten organisatorischen Initiativen kann nicht gesprochen werden, bis im Mai 1912 erstmals eine eigene zentrale Parteiführung gebildet wurde.⁶² Auch in den beiden größten Städten Rostock und Schwerin kam es erst 1912 bzw. 1913 zur Gründung konservativer Vereine.

Die Organisation der Konservativen in Mecklenburg vereinte alle Schattierungen des Konservatismus und sah sich insbesondere immer wieder vor das Problem gestellt, die unterschiedlichen Ansichten der Pfarrer und Rittergutsbesitzer auszugleichen. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten war der Verein für die Mitglieder beider konservativer Parteien offen, obwohl er selbst dem Hauptverein der DkP angegliedert war.⁶³ Auch zum BdL unterhielt der Verein enge Beziehungen, doch es geschah gelegentlich, dass die BdL-Führer damit drohten, ihre Anhänger von diesem zu trennen.⁶⁴

⁵⁹ Die DkP trat aber auch nur noch in den äußeren Berliner Wahlkreisen 2 und 6 (Berliner äußere Stadt Nord sowie äußere Stadt Süd-Südwest) mit eigenen Kandidaten an, wobei der DkP-Kandidat des nördlichen Wahlkreises, Provinzialschulsekretär Huick, sogar über 10.000 Stimmen erhielt. 1907 hatte die Partei noch 7,3 % der Stimmen gewonnen, beim besten Wahlergebnis 1884 28,5 %. Vgl. Reichsbote, Nr. 63, 15. März 1912.

⁶⁰ Vgl. Mitteilungen, Nr. 13, 28. März 1914, S. 203 und Nr. 20, 16. Mai 1914, S. 311.

⁶¹ In den beiden mecklenburgischen Herzogtümern fanden nur Reichstagswahlen statt, da diese bis 1918 die einzigen beiden Bundesstaaten blieben, in denen lediglich eine ständische Verfassung ohne gewählte Volksvertretung existierte. Als ehemalige nationalliberale Feste war Mecklenburg seit dem Verfassungsstreit von 1878 von den Konservativen erobert worden, weil der Verfassungsantrag der Nationalliberalen bei vielen Mecklenburgern Ängste vor allzu großer Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet (völlige Handels- und Gewerbefreiheit) erzeugt hatte und so vor allem gefährdete kleinbürgerliche Handwerker ins konservative Lager trieb. Noch 1893 gewann die DkP in Mecklenburg-Schwerin 5 der 6 Reichstagsmandate (bei einem Stimmanteil von 35,6 %), 1898 dann lediglich 3 (25,1%) und 1912 nur noch 2 Mandate (30,1 %). In Mecklenburg-Strelitz wurde zwischen 1884-1893 das einzig zu vergebende Mandat von der DkP gewonnen, die dann aber bis zum Weltkrieg keinen eigenen Kandidaten mehr aufstellte.

⁶² Diese organisatorische Rückständigkeit muss sicher auch auf die allgemeinen Verhältnisse in Mecklenburg zurückgeführt werden, denn aufgrund der ständischen Verfassung von 1775 waren die beiden Großherzogtümer wahre Junkerparadiese: Im mecklenburgischen Landtag saßen lediglich zwei Stände, die Rittergutsbesitzer und die Bürgermeister. Bei August Bebel erweckte die Betrachtung der mecklenburgischen Verhältnisse den Eindruck, "als lese man ein Kapitel aus Zimmermanns großem Bauernkrieg über die Zustände der Landbevölkerung zu Ende des fünfzehnten oder Anfang des sechzehnten Jahrhunderts." Zit. nach P. Dell, Sozialdemokratie und Junkertum, 1995, S. 122.

⁶³ Der Anschluss erfolgte auf der Generalversammlung des konservativen Landeswahlvereins im Juni 1912 in Güstrow. Mitteilungen, Nr. 24, 15. Juni 1912, S. 389.

⁶⁴ Dies lag vor allem daran, dass der konservative Verein auf dem Höhepunkt des Kampfes um die Mecklenburger Verfassung (1910) immer wieder "Sonder-Anschauungen" vertrat, die nicht im Interesse des BdL lagen. So drohte Roesicke damit, der eigentlich "agrarisches-einwandfreien" "Mecklenburger Warte" die

Die Tätigkeit des konservativen Landesvereins war in den Jahren vor dem Weltkrieg zunehmend darauf ausgerichtet, eine Einheit auf der Rechten zu erreichen. Im November 1913 veranstaltete der konservative Verein aus Rostock eine „konservative Woche“, in deren Zentrum ein Vortragszyklus der rechts stehenden Parteien stand. Die öffentlichen Vorträge befassten sich u. a. mit Fragen der Mittelstandspolitik, dem Zusammenschluss von Industrie und Landwirtschaft und der Vereinigung der produktiven Stände gegen die SPD.⁶⁵ Auch die 1907 gegründete „Mecklenburger Warte“ vertrat die Ansichten der vereinten Rechten und wurde 1914 als beispielhafte konservative Zeitung gefeiert, als „Waffe im Kampfe gegen den demokratischen Ansturm“.⁶⁶ Im Unterschied zum Landesverein konnte die „Mecklenburger Warte“ auch als wirtschaftliches Vorbild gelten: Während der Geschäftsbericht der Zeitung für das Jahr 1913 ergab, dass das Unternehmen trotz verschiedener Betriebserweiterungen mehrere tausend Mark an Stammkapital gewonnen habe⁶⁷, litt der Verein an chronischem Geldmangel. Wohl auch deshalb kam es im Unterschied zu anderen Landesverbänden in Mecklenburg zu keiner Anstellung eines Parteisekretärs.⁶⁸

b) Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig

Auch in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein kam es erst in den letzten drei Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges teilweise zur Errichtung einer konservativen Vereinsbewegung. Im Februar 1911 wurde der „Verband der Deutsch- und Freikonservativen in Schleswig-Holstein und Altona“ gegründet, in dem vor allem regionale Verwaltungsbeamte und BdL-Funktionäre dominierten.⁶⁹ Im Verband schien ein freikonservatives Übergewicht gegeben, denn zehn Landtagsmandate befanden sich zum Gründungszeitpunkt in frei- und nur zwei in deutschkonservativem Besitz, wobei auch die Zusammensetzung des Vorstandes diese Gewichtung widerspiegelte.⁷⁰ Bei der Reichstagswahl von 1912 stellten die Deutschkonservativen Schleswig-Holsteins dann erstmals seit 1893 wieder drei eigene Kandidaten auf, was jedoch erwartungsgemäß noch nicht zur Entsendung eines Abgeordneten nach Berlin führte. Vielmehr gewannen die Linksliberalen sieben Mandate, so viele wie nie zuvor, was sie, neben der sozialdemokratischen „Dämpfung“ des Wahlkampfes, eben gerade der Tatsache zu verdanken hatten, dass die Nationalliberalen und die Rechte (DkP, RFKP, BdL, Antisemiten) mit jeweils eigenen Kandidaten angetreten waren und sich so in mehreren Fällen an Stichwahlen gehindert hatten.⁷¹

Unterstützung durch den Bund zu entziehen, weil auch diese „in der Verfassungsfrage einen ganz singulären Standpunkt einnahm, dessen Betonung umso mehr Nachteile erzeugen könnte, als jetzt die Ritterschaft so gut wie entschlossen mit den Bürgermeistern zusammenginge.“ Brief Roesickes an Wangenheim vom 23. März 1910, in: BArch Berlin, NL Wangenheim 5, Bl. 27 ff.

⁶⁵ Mitteilungen, Nr. 47, 22. November 1913, S. 749 f.

⁶⁶ Vgl. Mitteilungen Nr. 1, 3. Januar 1914, S. 10, wo zudem betont wurde, dass kein anderes so junges Blatt „in auch nur annähernd dem gleichen Umfange von den im politischen Kampf führenden Zeitungen zitiert“ werde. Als weitaus moderater und eher auf der Linie des Hauptvereins liegend, galten die 1887 gegründeten „Mecklenburger Nachrichten“, zuvor „Mecklenburger Landesnachrichten“ (1878). Vgl. D. von Oertzen, Erinnerungen, 1914. Oertzen war Herausgeber der „Mecklenburger Nachrichten“ und 1895 oder 1896 zur Christlich-Sozialen Partei Stoeckers übergetreten, weil er seine politischen Ideen in der DkP nicht mehr aussprechen konnte und durfte.

⁶⁷ Mitteilungen, Nr. 1, 3. Januar 1914, S.10.

⁶⁸ Das Parteikonto wies im Mai 1912 weniger als 600 Mark auf. Mitteilungen, Nr. 22, 1. Juni 1912, S. 355 f.

⁶⁹ Dass bei der Gründungsveranstaltung mit dem Sprecher der konservativen Mittelstandsbewegung, August Pauli, ein Mecklenburger die Hauptrede hielt, ist wohl damit zu erklären, dass sich dessen WK Hagenow-Grevesmühlen im benachbarten Westmecklenburg befand. Vgl. KZ, Nr. 78, 15. Februar 1911.

⁷⁰ Anfang 1913 gehörten ihm zwei ehemalige freikonservative Abgeordnete an, die anderen sieben Vorstandsmitglieder, unter ihnen auch der Vorsitzende, waren keiner Partei eindeutig zuzuordnen. Vgl. auch M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 122, Anm. 147.

Aufgrund der bei den Reichstagswahlen gesammelten Erfahrungen kam es zu einem Umdenken im konservativen Verband, das von vermehrten Anstrengungen um die Werbung neuer Mitglieder begleitet wurde: Im März 1913 fand der 1. Parteitag des schleswig-holsteinischen konservativen Verbandes statt, dem jetzt bereits 45 Ortsvereine mit 4.300 Mitgliedern angeschlossen waren.⁷² Derart gut gerüstet gingen die Konservativen in den Landtagswahlkampf, den sie intensiver führten als das bisher der Fall gewesen war, was auch in einer stärkeren Präsenz der konservativen Vertreter zum Ausdruck kam. Im Bewusstsein der neu gewonnenen Stärke betrieb der konservative Verband im Wahlkampf von 1913 die Auflösung der sog. „Nationalen Wahlvereine“, die lange Zeit die übliche allgemeine Organisationsform der Kartellparteien, u. a. in den Wahlkreisen Plön, Schleswig und Oldenburg, gebildet hatten.⁷³ Durch eine Verlängerung des seit 1885 bestehenden Abkommens zwischen Nationalliberalen und Konservativen konnte bei der Landtagswahl von 1913 eine freisinnige Vorherrschaft verhindert werden: Die DkP gewann ein Mandat auf Kosten der Freikonservativen und besaß damit jetzt, wie die Nationalliberalen, drei Sitze. Ansonsten blieb alles beim Alten – ein Erfolg war das für die Konservativen in diesen rückläufigen Zeiten allemal.⁷⁴

Als Teil der DkP/RFKP-Organisation Schleswig-Holsteins betrachteten sich die Konservativen des Großherzogtums Oldenburg, die im April 1911 eine „Ortsgruppe Oldenburg und Umgebung des Deutsch- und Freikonservativen Verbandes für Schleswig-Holstein“ gegründet hatten. Der lange Name stand jedoch in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Vereins, dem bei seiner Gründung gerade einmal 40 Mitglieder angehörten.⁷⁵

In Braunschweig hatte die DkP letztmalig 1893 einen Kandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt. 1907 wurde dann ein „Wahlverein der rechten Parteien“ gegründet, der aber im Mai 1912 auf einem Kongress wieder belebt werden musste, auf dem die Losung einer erneuerten Zusammenarbeit von DkP, RFKP und NLP ausgegeben worden war.⁷⁶ Doch wie in Oldenburg, so blieb auch der Braunschweiger Verein im Wesentlichen bedeutungslos.

Insgesamt kam die DkP im Nordwesten des Reiches zumeist über erste Ansätze einer Vereinsbewegung nicht hinaus, wobei die größten Fortschritte in Schleswig-Holstein zu verzeichnen waren. Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Oldenburg bestanden gemeinsame Organisationen der Deutsch- und Freikonservativen sowie enge Beziehungen zu den Nationalliberalen. Die Einheit der rechten Parteien wurde als zunehmend dringlicher empfunden, da auch die Nationalliberalen bei der Reichstagswahl von 1912 ihre letzten beiden Sitze in Schleswig-Holstein an die Fortschrittspartei verloren hatten.

c) *Hamburg, Bremen und Lübeck*

⁷¹ Die DkP nominierte in den WK Pinneberg-Segeberg, Oldenburg-Plön und Hztm. Lauenburg drei Rittergutsbesitzer, die insgesamt 5,4 % der Stimmen erhielten. Mitteilungen, Nr. 1, 6. Januar 1912, S. 8 f.

⁷² Nord-West, 23. März 1913, S. 92. Zum Parteitag, auf dem angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen die guten Beziehungen zu den Nationalliberalen hervorgehoben wurden, vgl. Mitteilungen, Nr. 37, 13. September 1913, S. 588.

⁷³ Diese Vereine, die sich dem Zugriff der „Zentralgewalten“ entzogen und mit eigenmächtigem Vorgehen die wahlkreisübergreifenden Absprachen gefährdeten, waren auch der nationalliberalen Provinzialorganisation ein Dorn im Auge, die deshalb dem konservativen Vorschlag folgte. Vgl. M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 124 f.

⁷⁴ Den Konservativen kam dabei der Umstand zugute, dass das Verhältnis von NLP und BdL im Vergleich zu anderen Provinzen relativ entspannt war, zumal die BdL-Führung nach den Erfahrungen der Reichstagswahl, bei der eigene Kandidaten gescheitert waren, eine noch gemäßigte Haltung einnehmen musste als zuvor. Vgl. KM, Nr. 8, 1914, S. 764 ff. Ferner: Th. Kühne, Handbuch, 1994, S. 73.

⁷⁵ Bei Wahlen spielten die Konservativen Oldenburgs keine Rolle, und auch der BdL besaß hier nur einen äußerst geringen Einfluss. Vgl. Mitteilungen, Nr. 17, 29. April 1911, S. 274.

⁷⁶ Vgl. Mitteilungen, Nr. 19, 11. Mai 1912, S. 309.

In den drei Hansestädten besaß die DkP zunächst keine Organisation und konservative Kandidaten wurden lediglich bei den Reichstagswahlen von 1878 bzw. 1881 mit sehr bescheidenen Erfolgen aufgestellt (1878 Hamburg: 1,2 %; 1881 Hamburg: 0,9 %, Bremen: 8,9 %, Lübeck: 23,5 %). Erst im März 1912 kam es infolge einer Abspaltung vom 1907 gebildeten nationalliberalen Verein zur Gründung der „Hamburgischen Konservativen Vereinigung“.⁷⁷ Obwohl der Verein enge Beziehungen zu den Freikonservativen unterhielt, verstand er sich als selbstständige Organisation innerhalb der DkP.⁷⁸

Ende 1912 begann die „Hamburgische Konservative Vereinigung“ damit, Verbindungen zum „Verband der Deutsch- und Freikonservativen in Schleswig-Holstein und Altona“ aufzubauen, die zu einer Arbeitsgemeinschaft ausgestaltet werden sollten. Seit Oktober 1912 erschien als Organ der nordwestdeutschen Frei- und Deutschkonservativen auch eine eigene Zeitschrift mit dem Namen „Nord-West“, deren Verbandssatzungen die „Sammlung der Deutsch- und Freikonservativen sowie der rechts stehenden vaterländischen Männer“ zum Kampf gegen „jede Art von Demokratie“ betonte, und zwar „Schulter an Schulter mit dem Bund der Landwirte“.⁷⁹

Mit der Gründung der Vereinigung in Hamburg betraten die Deutschkonservativen Neuland, denn das Hauptziel der Organisation lag in der Unterstützung der Schiffs- und Handelsverbände der Hansestadt. Der DkP bot sich in Hamburg die Chance, mit der Entwicklung des städtischen Konservativismus eines ihrer Kernziele zu verfolgen und dabei das sich nach rechts entwickelnde Großbürgertum aufzufangen. Das wird deutlich bei einer Betrachtung des Vereinsvorstandes, in dem fast ausschließlich bekannte Hamburger Einzelhändler, Rechtsanwälte, Gewerbetreibende und Bankiers vertreten waren.⁸⁰ Die Parteiführung in Berlin erkannte die sich ihr neu bietenden Möglichkeiten, denn schon sehr schnell wurden vom Vorstand des Hauptvereins umfangreiche Beziehungen zur Hamburgischen Vereinigung aufgebaut, wobei die Initiative dafür aber bezeichnenderweise von der städtischen Organisation ergriffen wurde: Sowohl Julius Werner als auch von Heydebrand sprachen auf Wunsch des Vereins der Hansestadt über die Großstadtpolitik der Partei, und auch Westarp traf sich wiederholt mit den Vertretern der Hamburgischen Vereinigung.⁸¹

Dem allgemeinen Versuch der DkP, auch in den Großstädten Fuß zu fassen, waren in Hamburg in den beiden Jahren vor dem Weltkrieg erste Erfolge beschieden, denn die Mitgliederzahl der dortigen konservativen Vereinigung stieg von 80 im März 1912 auf mehr als 1.200 Anfang 1914.⁸² Dennoch blieben „angesichts der hiesigen, rein kommerziellen, das agrarische, also im engeren Sinne konservative Element fast völlig entbehrenden

⁷⁷ Der nationalliberale Verein war 1907 aus einem 1884 gegründeten Reichswahlverein hervorgegangen. Die Gründung der „Hamburgischen Konservativen Vereinigung“ nahm der Patriotische Verein zu Altona, der zum schleswig-holsteinischen Verband gehörte, für sich in Anspruch. Vgl. M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 117.

⁷⁸ Dabei blieben die Grenzen aber verschwommen: Bestes Beispiel ist der Vereinsvorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Andreas Koch, der als Mitglied der RFKP 1913 bei den Notabelnwahlen den Einzug in die Bürgerschaft erreichte. Da er bei den allgemeinen Wahlen jedoch gescheitert war, trat er bei der Nachwahl für den Bebel-Wahlkreis Hamburg I am 13. Oktober 1913 als Deutschkonservativer an. Die Feststellung von M. Alexander, ebenda, dass die Hamburger Konservative Vereinigung „der Reichspartei korporativ angehörte“, trifft aber nicht zu. Vgl. KZ, Nr. 117, 9. März 1912 und Mitteilungen, Nr. 17, 27. April 1912, S. 276.

⁷⁹ D. Stegmann, Erben, 1970, S. 119.

⁸⁰ In der Vorstandsliste fanden sich u. a. die Namen von Kaidirektor P. Winter (Mitglied des „Geschäftsführenden Ausschusses“ des ADV) und von Privatbankier Frhr. von Berenberg-Goßler, der 1907 noch Vorsitzender des 1884 gegründeten nationalliberalen Reichstagswahlvereins gewesen war; zu weiteren einflussreichen Mitgliedern zählten der Direktor der Norddeutschen Bank und Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Max Schinckel, sowie der Mitinhaber der Ostindienfirma „A. O. Meyer“, Eduard Lorenz Meyer. BArch, NL Westarp 12, Bl. 49 f.

⁸¹ BArch, NL Westarp 2, Bl. 33 und NL Westarp 27, Bl. 2.

⁸² Vgl. Mitteilungen Nr. 11, 16. März 1912, S. 181; Nr. 17, 27. April 1912, S. 276; Nr. 19, 11. Mai 1912, S. 308 f.; KM, Heft 8, Mai 1914, S. 764 ff.

Verhältnisse⁸³, dem Hamburger Verein nachhaltige (Wahl-) Erfolge versagt. Auch wenn von Seiten des Vereinsvorstandes die Notwendigkeit der Erhaltung eines starken und konservativ regierten Preußens betont wurde⁸⁴, versuchte die DkP-Führung in Berlin nicht, die Besonderheiten der Bedingungen in der Hansestadt in preußisch-konservativem Sinne zu verändern. Im Weltkrieg unterstützte sie rückhaltlos den äußerst annexionistischen Kurs der Hamburger Konservativen, der auf die bedingungslose Niederrichtung Englands zielte. Heydebrand, der weiterhin einer Politik zurückhaltend gegenüberstand, die über das traditionelle soziale Einzugsfeld der Partei hinausging, nutzte jedoch im Januar 1917 eine Bitte der „Hamburgischen Konservativen Vereinigung“, in einer groß angelegten Versammlung die Stellung der Partei zum deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 zu erläutern, da er Hamburg als „besonders gut geeignet [einstufte], weil jede öffentliche Kundgebung dort ein gutes Echo findet und weil die Reise nicht zu weit ist.“⁸⁵ Die Hamburger Vereinigung wurde somit nicht nur ein Beispiel für den vorsichtigen Versuch der DkP, in den Großstädten Fuß zu fassen, sie unterstrich vor allem auch die Formierung der Rechten im Nordwesten des Deutschen Reiches vor bzw. während des Weltkrieges; wie im benachbarten Schleswig-Holstein lag die Initiative für eine Politik, die die soziale und ideologische Basis für eine neue Rechtspartei schaffen sollte, jedoch in den Händen der Provinzialorganisation.

Mit der gemeinsamen Unterstützung des Hamburger und des schleswig-holsteinischen Vereins wurde im Juni 1912 auch in Lübeck eine ähnlich strukturierte konservative Vereinigung gegründet. Währenddessen gelang es der DkP aber nicht, auch in Bremen eine eigene Organisation zu gründen. Hier wurden die konservativen Einzelkämpfer in erster Linie von Diederich Hahn und anderen hannoverschen Agrariern unterstützt.

d) Hannover

Ein weiterer Beleg für die wachsenden städtischen Bemühungen der DkP ist der konservative Verein für die Provinz Hannover, in dessen Vorstand bei der Gründung im Dezember 1898 neben Guts- und Rittergutsbesitzern auch zwei Fabrikbesitzer, ein Rechtsanwalt und ein Schuster vertreten waren. Der Verein, dem Deutsch- und Freikonservative gleichermaßen angehörten, war schon vor der Jahrhundertwende dazu gezwungen worden, neue Mitglieder auch in den Städten zu gewinnen, weil der BdL bis dahin bei den Reichstagswahlen auf dem Lande zumeist die aussichtsreicheren Kandidaten der Nationalliberalen Partei unterstützt hatte, die seit der Reichsgründung die beherrschende Partei im nationalen Lager war.⁸⁶ Der konservative Verein bekämpfte die Nationalliberalen dabei sehr energisch, wobei es ihm zugute kam, dass eine durch die Wahlerfolge hervorgerufene gewisse Lethargie der Nationalliberalen Partei das Bedürfnis nach einer starken antisozialistischen Bewegung verstärkte. Es kann daher nicht verwundern, dass der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ die Konservativen in Hannover mehr unterstützte als die Nationalliberalen und dass Landwirtschaft wie Industrie, Handwerker wie Beamte, diesem Beispiel mehr und mehr folgten.⁸⁷

⁸³ So der preußische Gesandte in Mecklenburg und den drei Hansestädten, ein Herr von Bülow, zit. nach M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 117.

⁸⁴ BAArch, NL Westarp 98, Bl. 235. Bericht des Hauptvereins vom 5. Januar 1917.

⁸⁵ Ebenda, S. 231. Bericht des Hauptvereins vom 22. Dezember 1916. Von den Annexionsabsichten der Hamburger Konservativen zeugt der Briefwechsel des Vereins mit Westarp, so beispielsweise der „Aufruf zur Niederrichtung Englands“ vom September 1916, der von mehr als 400 Personen oder großen Unternehmen unterzeichnet wurde und der auch die Unterschriften von führenden Vereinsmitgliedern, wie Berenberg-Goßler, Max Schinckel und E. Lorenz enthält. Westarp selbst stand einer Öffnung der Partei weitaus offener gegenüber als Heydebrand. Vgl. BAArch Berlin, NL Westarp 12, Bl. 49 f. und NL Westarp 28, Bl. 26 ff.

⁸⁶ Das Verhältnis des BdL zur NLP war aber auch vor der Jahrhundertwende nicht ungetrübt gewesen, und die Bundesleitung wusste genau zwischen Agrariern und Nichtagrariern bei den Nationalliberalen zu unterscheiden.

⁸⁷ Zum Linksruck der NLP in Hannover, vgl. H.-G. Aschoff, Welfische Bewegung, 1987, S. 187 f.

Der starke antinationalliberale Ton blieb eine Konstante bis in die Zeit vor dem Weltkrieg. Solange der Deutsche Bauernbund von liberaler Seite noch nicht als Gegenorganisation gegründet worden war (1909), schienen Erfolge über die Nationalliberalen auch deshalb nicht unwahrscheinlich, weil deren weitgehend bäuerliche Stammwählerschaft seit langem bündlerisch ausgerichtet war und unter dem Einfluss der agrarischen Organisationen stand; für sie blieb nur mehr der eine Schritt vom nationalliberalen zum konservativen Bündler zu gehen. Aus diesen Erwägungen heraus erklärt sich das ungemein sichere Auftreten der Konservativen in Hannover seit der Jahrhundertwende: Schon bei der Reichstagswahl von 1903 hatten die Konservativen die Nationalliberalen in 16 von 19 hannoverschen Wahlkreisen bekämpft, eine Entwicklung, die angesichts der Umstände der Wahl von 1907 – nationale Wahlen im Zeichen des Bülow-Blocks – nur kurz unterbrochen wurde, da die Konservativen die Nationalliberalen hier unterstützten, ohne dass es vertragliche Abmachungen gegeben hätte. Doch als sich die Inhomogenität des Bülow-Blocks offenbarte, setzte die Bekämpfung der Nationalliberalen in verschärfter Weise wieder ein: Im Mai 1908 forderte der BdL-Direktor Diederich Hahn, dass alle nationalliberalen Mandate in konservativen Besitz zu bringen seien, und bei der Landtagswahl desselben Jahres wurde jetzt jeder Nationalliberale vom BdL bekämpft, selbst wenn er Mitglied des Bundes war.⁸⁸

Auch der 1. Parteitag des „Konservativen Vereins für die Provinz Hannover“ Anfang 1910 in Hildesheim, auf dem unter den fast 3.000 Teilnehmern auch Heydebrand und höchste BdL-Prominenz (Hahn, Oldenburg-Januschau) anwesend waren, stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Nationalliberalen. Der Parteitag wurde auf diese Weise zum Initial für die Gründung einer Reihe von konservativen Vereinen in früheren nationalliberalen Hochburgen, wie Stade, Celle, Aurich oder Ostfriesland und veranlasste ein Anwachsen der konservativen Vereinsbewegung, der sich auch diejenigen Nationalliberalen anschlossen, die mit dem Linksruck ihrer Partei nicht einverstanden waren.⁸⁹

Hand in Hand mit den neuen Vereinsgründungen gingen die Bemühungen um eine verbesserte Organisation und Agitation, was u. a. in der Anstellung des hauptamtlichen Parteisekretärs Max Kubel zum Ausdruck kam. Dieser, zugleich Herausgeber der „Hannoverschen Tagesnachrichten“, unternahm insbesondere in der Vorkriegszeit ausgedehnte Agitationsreisen durch die Provinz. Im April 1914 konnte mit der Herausgabe einer eigenen konservativen Monatsschrift für die Provinz Hannover bei einer festen Auflage von 6.000 Exemplaren begonnen werden.⁹⁰ Ebenso wurde das Bemühen um ein verstärktes Eindringen in den Mittelstand intensiviert, so auf der Generalversammlung der „Niedersächsischen Konservativen Vereinigung“ am 17. April 1912 in Rothenburg, wo auch die Aufstellung eines eigenen Mittelstandskandidaten empfohlen wurde.

Trotz dieser vermehrten Anstrengungen blieben die Erfolge bei der Reichstagswahl von 1912 recht bescheiden: Auch wenn die DkP mit 6,1 % das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte in

⁸⁸ Dass das Vorgehen der Konservativen nicht allein auf das Scheitern des Bülow-Blocks zurückzuführen war, sondern eine allgemeine Entwicklung darstellte, beweist die Verteilung der Landtagsmandate zwischen der NLP einerseits und den zusammenarbeitenden Deutsch- und Freikonservativen andererseits: Bis 1893 hatten die Nationalliberalen immer 28 Mandate in ihrem Besitz, doch bis 1908 ging der Anteil auf 13 Mandate zurück, wobei der entscheidende Einbruch bei den Wahlen von 1903 (22 Mandate) erfolgte; die Konservativen hingegen besaßen bis 1893 nur vier oder fünf Mandate, die bis 1903 kontinuierlich auf elf Mandate anwuchsen, bis es 1908 gelang, die Nationalliberalen mit neunzehn gewonnenen Sitzen zu überrunden. Vgl. J. Bertram, Wahlen, 1964, S. 28 f.

⁸⁹ Eine genaue Mitgliederzahl des hannoverschen Vereins konnte nicht ermittelt werden, am stärksten war die Zuwachsrate aber wahrscheinlich unmittelbar vor dem Weltkrieg, denn von Mitte November 1913 bis Ende März 1914 sollen ihm ca. 700 neue Mitglieder beigetreten sein. Mitteilungen, Nr. 14, 4. April 1914, S. 220. Vgl. auch Mitteilungen, Nr. 7, 9. Juli 1910, S. 119; Nr. 20, 8. Oktober 1910, S. 322; Nr. 10, 9. März 1912, S. 153 ff.; Nr. 23, 8. Juni 1912, S. 372 f.; Nr. 27, 6. Juli 1912, S. 443 und Nr. 3, 18. Januar 1913, S. 43 f.

⁹⁰ „Niedersächsische Rundschau. Organ für vaterländische Politik.“ Diese erschien erstmals am 15. April 1914 und nannte auch Braunschweig, Oldenburg, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Bremen und Westfalen als Verbreitungsgebiet. Nach der 4. Ausgabe vom 15. Juli 1914 wurde ihr Erscheinen – wahrscheinlich aufgrund des „Burgfriedens“ – wieder eingestellt. M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 126.

Hannover erreichte, verlor sie im Wahlkreis Hildesheim ihr letztes Mandat an die Sozialdemokraten.⁹¹

3. Mitteldeutschland

Die Organisation der DkP in Mitteldeutschland bietet vielfach ein verwirrendes Bild, das vor allem durch die Unübersichtlichkeit der politischen und administrativen Grenzen hervorgerufen wird, weshalb auch nicht auf jeden einzelnen der vielen Klein- und Kleinststaaten eingegangen werden kann. Als charakteristisch für die Tätigkeit der DkP im gesamten mitteldeutschen Raum kann jedoch die fast durchgängige Zusammenarbeit mit den Freikonservativen angesehen werden und daneben die Tatsache, dass es in diesem Gebiet eher lokale Erfolge gab als eine umfassende organisatorische Struktur.

Das Zentrum der Organisation in der preußischen Provinz Sachsen befand sich in Halle, wo schon im Oktober 1888 ein Parteitag der Deutschkonservativen stattgefunden hatte. Der hier ansässige konservative Verein für Halle und den Saalkreis, dessen Mitgliederzahl zwischen 1909 und 1912 von ca. 800 auf mehr als 1.200 angestiegen war, stellte mit dem Führer der Gesamtpartei, Wilhelm von Wedel-Piesdorf, zugleich auch den Vorsitzenden des konservativen Vereins für die preußische Provinz Sachsen und Anhalt.⁹²

Neben dem Hallenser Verein gab es größere konservative Organisationen auch in Magdeburg, Merseburg und Dessau, die vor allem Landwirte und Kleingewerbetreibende zu ihren Mitgliedern zählten. In den Kreisen dieser Vereine kam es zwischen 1912 und 1914 zu umfangreichen Aktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder und teilweise zur Errichtung von Parteisekretariaten.⁹³

Hatte Wedel-Piesdorf im Februar 1911 noch auf einem Parteikongress der vereinten sächsisch-anhaltinischen Konservativen mit mehr als 1.000 Teilnehmern präsiert, so erfolgte im Juli 1912 die Gründung eines eigenständigen konservativen Vereins in Anhalt. Diese Organisation unterhielt ebenso wie der konservative Verein der preußischen Provinz Sachsen von Beginn an gute Verbindungen zu den Parteiführungen von DkP und RFKP in Berlin und unterstützte diese bei ihren Plänen, ein zentrales Parteibüro für die Provinz Anhalt zu errichten.⁹⁴ Das zeitweilig sehr enge Verhältnis zu den Berliner Parteiführern kann damit erklärt werden, dass mit Wedel-Piesdorf, der auch nach der Sezession der anhaltinischen Konservativen Vorsitzender beider Vereine blieb, und dem Parteisekretär des Vereins der sächsischen Provinz, Richard Kunze, die beiden wichtigsten Positionen mit Deutschkonservativen besetzt waren, die auch in Berlin über großen Einfluss verfügten.⁹⁵

Zu Beginn des Krieges kam es jedoch wiederholt zu Unmutsäußerungen des Berliner Hauptvereins über die sächsischen und anhaltinischen Konservativen. So beklagte Schroeter das selbstständige Vorgehen Wedel-Piesdorfs bei der Aufstellung von Kandidaten für anstehende Nachwahlen, bei der eine Abgrenzung zu den Freikonservativen nicht zu erkennen wäre, sodass diese im Wahlkreis Querfurt-Merseburg ein bisher deutschkonservatives Mandat in ihren Besitz brachten und darüber hinaus mithilfe deutschkonservativer Unterstützung in

⁹¹ Bei der Reichstagswahl von 1907 hatte die DkP mit 4,1 % der Stimmen sogar zwei Wahlkreise gewonnen (Hildesheim und Emden), aber die Nachwahl in Emden am 1. April 1908 nach dem Tode des DkP-Abgeordneten Edzaerd zu Inn und Knyphausen konnte die FVP für sich entscheiden.

⁹² Der Verein verfügte im Jahre 1911 über Einnahmen von ca. 3.000 Mark. Ihm schlossen sich zeitweise auch die thüringischen Staaten an. Das Gründungsdatum des gemeinsamen konservativen Vereins für die preußische Provinz Sachsen und Anhalt konnte nicht ermittelt werden. Vgl. Mitteilungen, Nr. 20, 18. Mai 1912 und Nr. 26, 29. Juni 1912.

⁹³ Eine große Tradition besaß der konservative Verein in Magdeburg, der 1912 sein 50-jähriges Jubiläum feiern konnte. Vgl. Mitteilungen, Nr. 47, 23. November 1912, S. 763.

⁹⁴ Vgl. Mitteilungen, Nr. 11, 14. März 1914, S. 189 und Nr. 14, 4. April 1914, S. 220 f.

⁹⁵ Kunze war bis 1910 Parteisekretär in der sächsischen Provinz und wurde dann 2. Sekretär der Gesamtpartei in Berlin, von wo aus er seine guten Beziehungen in die Provinz nutzen konnte. Vgl. auch Kapitel 2.

Sachsen-Anhalt sogar eines ihrer wenigen Parteisekretariate errichten konnten. Zudem rief es den Unmut der Zentrale hervor, dass nach dem Tode des Abgeordneten Bauer (Bitterfeld-Delitzsch) der Provinzialverein nicht Strosser, den Wunschkandidaten des Hauptvereins, präferierte, sondern die Mandatsübergabe auf Druck des ZDI an dessen Kandidaten Rötger betrieb.⁹⁶

Immerhin führten die vermehrten Anstrengungen der sächsisch-anhaltinischen Konservativen, im Unterschied zu denen der meisten anderen mitteldeutschen Vereine, zu Gewinnen bei der Reichstagswahl von 1912 in allen Regierungsbezirken; in Anhalt trat die DkP sogar erstmals wieder seit der Wahl von 1898 an.⁹⁷ Dennoch verlor die Partei ein Reichstagsmandat an die FVP und konnte nur noch drei Wahlkreise gewinnen – zwei in Magdeburg und einen in Erfurt.

Wesentlich schwächer ausgebildet war die Organisation der DkP in den thüringischen Staaten⁹⁸, wobei regional sehr große Unterschiede vorherrschten. Einen größeren städtischen Verein gab es lediglich in Weimar, das zugleich das Zentrum der konservativen Organisation im Großherzogtum Sachsen-Weimar bildete. Regelmäßige Aktivitäten von Konservativen in den thüringischen Staaten waren jedoch nur in Reuß zu verzeichnen, doch auch dort erst seit der Gründung der „Vereinigung der rechts stehenden Männer in Reuß“ im Jahre 1911. Solche Anstrengungen wurden nach der Reichstagswahl von 1912 intensiviert, nachdem die DkP ihr letztes Reichstagsmandat in Thüringen verloren hatte, obwohl sie ihren Stimmanteil hier fast verdoppeln konnte.⁹⁹

Enge Verbindungen unterhielt die Partei in der thüringischen Provinz zum BdL. Alljährlich fand ein „Allgemeiner Thüringer Bauernkongress“ statt, der das gemeinsame Sprachrohr der Agitation von Bund und Partei darstellte.¹⁰⁰

Eine recht gut entwickelte Organisation besaß die DkP im Fürstentum Lippe. Hier fand im Dezember 1911 ein regionaler Parteikongress mit mehr als 400 Teilnehmern statt, auf dem es zur Gründung eines Komitees für die Organisation der Wahlagitation und der Presseangelegenheiten kam. In Schaumburg-Lippe existierte ein konservativer Verein, der 1908 immerhin 1.200 Personen zu seinen Mitgliedern zählte, dessen Aktivitäten jedoch vornehmlich auf das Abhalten von Vorstandssitzungen beschränkt blieben. 1912 trat hier erstmals kein Kandidat der DkP zur Reichstagswahl an.¹⁰¹

Ein schwieriges konservatives Betätigungsfeld stellte Hessen dar, weil die dortigen Nationalliberalen auf dem rechten Flügel ihrer Partei standen. Aktivitäten von Konservativen blieben sowohl im Großherzogtum als auch in der preußischen Provinz Hessen zumeist auf die Bemühungen einzelner Personen reduziert. Es gab einen gut ausgebauten konservativen Provinzialverein in Hessen-Nassau, aber die Hauptanstrengungen der Partei konzentrierten sich auf Frankfurt am Main und Wiesbaden. In Frankfurt stagnierte die konservative Bewegung jedoch trotz der Bemühungen Julius Werners in den 1890er Jahren, bis es 1910 zu einer Neugründung des konservativen Vereins kam. Werner war auch der Initiator einer

⁹⁶ Rötger wies darauf hin, „dass er gewissermaßen eine Entschädigung dafür erwarte, dass durch nicht von ihm verschuldete Umstände seine Berufung ins Herrenhaus nicht zustande gekommen sei“ und dass „die Industrie die Übergabe dieses Mandats an Herrn Rötger als eine große Freundlichkeit betrachten“ würde. Vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 54 f. Bericht des Hauptvereins vom 22. September 1914.

⁹⁷ Sie erreichte hier 7,6 %; im RB Magdeburg verbesserte sich die DkP von 14,1 auf 16,5 %, im RB Merseburg von 8,5 auf 13,1 % und im RB Erfurt von 11,3 auf 18,8 %.

⁹⁸ Dazu gehörten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Reuß (ältere Linie,) Reuß (jüngere Linie), Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, und Schwarzburg-Rudolstadt. Die heutige Landeshauptstadt Erfurt, in der es auch einen konservativen Verein gab, gehörte seinerzeit nicht zu Thüringen.

⁹⁹ Sie gewann 5,5 % der Stimmen gegenüber 2,9 % bei der Reichstagswahl von 1907. Vgl. Mitteilungen, Nr. 14, 6. April 1912, S. 219 ff.

¹⁰⁰ Vgl. Mitteilungen, Nr. 28, 13. Juli 1912, S. 461; Nr. 45, 8. November 1913, S. 711; Nr. 21, 23. Mai 1914, S. 331 und Nr. 27, 4. Juli 1914, S. 423.

¹⁰¹ 1907 hatte die Partei 13,9 % der Stimmen gewonnen, aber kein Mandat. Das Parteivermögen belief sich 1908 auf rund 2.000 Mark. Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 197.

großen konservativen Kundgebung im Oktober 1910, doch schon ein Jahr später war bei der Reichstagswahlkampagne von der plötzlichen Begeisterung für die konservative Bewegung nur noch wenig übrig geblieben, obwohl dem Vorstand der konservativen Vereinigung in Frankfurt ein Siebener-Ausschuss zur Unterstützung der Werbearbeit zur Seite gestellt worden war.¹⁰² Größere Fortschritte konnte der konservative Verein für das Verwaltungsgebiet von Wiesbaden verzeichnen. Bei der Reichstagswahl von 1912 stellte er erstmals seit 1884 wieder einen eigenen Kandidaten auf, der immerhin einen Stimmanteil von 5,6 % erreichte. Auch in den Monaten vor dem Weltkrieg kam es zu einem weiteren „außerordentlichen Zuwachs“ an Mitgliedern.¹⁰³

Ernsthafte Auseinandersetzungen wurden in Hessen über das Verhältnis zu den Freikonservativen geführt. Während der Vorsitzende des konservativen Vereins aus Wiesbaden, Heinrich Wilhelmi, für eine Zusammenarbeit mit der RFKP und gegen die Gründung von konservativen Vereinen in Kleinstädten und Dörfern plädierte, sprach sich der Vorsitzende des konservativen Vereins von Hessen-Waldeck, Karl Rabe von Pappenheim, für eine größere Unabhängigkeit von den Freikonservativen aus und forderte, dass man mit diesen auch nur außerhalb der organisatorischen Parteistrukturen verkehren sollte.¹⁰⁴ Pappenheim konnte sich jedoch nicht durchsetzen, denn als die RFKP 1912 in Hessen einen Bezirksverband gründete, der in Darmstadt ein eigenes Parteisekretariat besaß, schloss sich die DkP dieser Vereinigung an.¹⁰⁵

4. Königreich Sachsen

Der 1878 gegründete konservative Landesverein für das Königreich Sachsen war nicht nur eine der ältesten, sondern auch die bedeutendste Organisation der Konservativen außerhalb Preußens. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 gewann die DkP hier zehn Mandate, und 1892 gab es in 22 der 23 Wahlkreise einen konservativen Verein. Die herausragenden Erfolge der sächsischen Konservativen wusste man auch in Berlin zu würdigen, denn seit der Gründung des Elfer-Ausschusses im Jahre 1890 gehörte diesem Führungsgremium stets ein Vertreter des sächsischen Landesvereins an, und in den Jahren vor dem Weltkrieg erhöhte sich ihre Zahl im neu organisierten Zwölfer-Ausschuss mit dem sächsischen Parteivorsitzenden Mehnert und dem Dresdner Oberbürgermeister Beutler sogar auf zwei. Damit gelang es der Berliner Parteiführung, eine enge Verbindung zwischen den preußischen und sächsischen Konservativen herzustellen, wobei die sächsische Parteiführung die Vorherrschaft der preußischen Konservativen in der Regel akzeptierte. Diese „preußischen Tendenzen“ gingen vielen Konservativen der Basis jedoch zu weit¹⁰⁶ und waren sicher mitverantwortlich für das Erstarren der konservativen Bewegung im Königreich zwischen 1894 und 1907.

Die organisatorischen Zentren der sächsischen Konservativen befanden sich in Dresden und Leipzig, wo die dort tätigen Vereine 1892 rund 2.000 bzw. 1.500 Mitglieder zählten.¹⁰⁷ Auch

¹⁰² Mitteilungen, Nr. 19, 1. Oktober 1910, S. 309 f. und Nr. 36, 9. September 1911, S. 582.

¹⁰³ Mitteilungen, Nr. 27, 4. Juli 1914, S. 423 f., wo aber keine genaueren Angaben gemacht werden.

¹⁰⁴ Vgl. Kons. Korr., 15. April 1907; Mitteilungen, Nr. 23, 8. Juni 1912, S. 373.

¹⁰⁵ Vgl. D. Fricke, Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 3, 1985, S. 761. In Hessen-Darmstadt gab es sogar eine „Hessische Reichspartei“, der gleichermaßen Deutsch- und Freikonservative angehörten. BArch, NL Westarp 98, Bl. 22. Bericht des Hauptvereins vom 9. Juli 1914.

¹⁰⁶ Vgl. J. Retallack, Notables, 1988, S. 203.

¹⁰⁷ Die Zahlen stammen aus einem Artikel des „Reichsboten“ vom 31. Juli 1892 von G. O. – vermutlich Georg Oertel – und sind mit Vorsicht zu bewerten: Laut dieses Artikels gab es 1892 angeblich 50 konservative Vereine mit 20.000 Mitgliedern, was jedoch unrealistisch erscheint, wenn 1913 nach einer Aufnahme von 4.000 neuen Mitgliedern in jetzt insgesamt 104 sächsischen Vereinen, diesen ebenfalls 20.000 Mitglieder angehört haben sollen. Vgl. Mitteilungen, Nr. 13, 30. März 1912, S. 213 und Nr. 50, 13. Dezember 1913, S. 795. Auch Oertels Feststellung, dass in den konservativen Vereinen keine Unterschiede zu den Freikonservativen bestanden hätten,

in der Lausitz existierte ein konservativer Verein, der jedoch großen Wert auf seine Unabhängigkeit vom sächsischen Landesverein legte.¹⁰⁸

Nach dem abrupten Ende eines Flirtes mit den Antisemiten im Jahre 1894 wurde der Landesverein bis 1904 von dem Leipziger Industriellen und Generalkonsul Dr. Schober geführt. Dieser war zwar eine angesehene, politisch aber wenig engagierte Persönlichkeit. Die defensive Ausrichtung seiner Politik – Erhalt der Vormacht im sächsischen Landtag, gute Beziehungen zum BdL und zur sächsischen Regierung, Bildung von Kartellallianzen und Wahlbündnissen, Einheit der verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der Standesorganisationen, Erhaltung des sächsischen Wahlrechts¹⁰⁹ – führte zu einer Stagnation der konservativen Bewegung und zu dramatischen Verlusten bei der Reichstagswahl von 1903, als die DkP trotz eines Stimmanteils von 10,1 % nicht einen Wahlkreis mehr gewinnen konnte. Damit war aus der früheren Vorzeigeorganisation das Sorgenkind der Partei geworden, denn nirgendwo war eine so stete Abnahme konservativer Stimmen zu beobachten wie im Königreich.¹¹⁰

Erst als der bürgerliche Rittergutsbesitzer Paul Mehnert 1907 Vorsitzender des Landesvereins wurde, kam es wieder zu einem stärkeren Drang nach organisatorischer Unabhängigkeit und zu neuen Aktivitäten. Diese waren vor allem auf den Mittelstand ausgerichtet und wurden intensiviert, als im Juni 1909 mit der Gründung des Hansa-Bundes ein starker Konkurrent um die Gunst von Angestellten, Handwerkern und Kleingewerbetreibenden entstand. Mehnert suchte jetzt die Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der Ende 1905 gegründeten „Sächsischen Mittelstandsvereinigung“, dem ehemaligen Parteiantisemiten Theodor Fritsch. Voraussetzung für die Annäherung von sächsischen Konservativen und Mittelständlern war jedoch, dass Fritsch seine noch 1905 gegebene Definition des Mittelstandes – sämtliche Schichten zwischen Plutokratie und Proletariat – aufgab und sich stärker am Kriterium des Besitzes und der Selbstständigkeit orientierte, wenn er 1908 einschränkte: „Das Großkapital ist arbeitsloser Besitz, das Proletariat ist besitzlose Arbeit. Im Mittelstand sind Besitz und Arbeit vereint.“ Der Mittelständler stelle dabei ‚gewissermaßen die normale und bestberechtigte Form des Staatsbürgers dar‘, den Typus des ‚treuen Staatsbürgers‘, der weder zu ‚revolutionären Umtrieben noch zu Herrschaftsgelüsten‘ neige und in dessen Ideologie völkischer Nationalismus, mittelständischer Antikapitalismus und Antisozialismus vereint seien. Ideologisch war damit die Basis für die Zusammenarbeit von sächsischen Konservativen und Mittelstands-Vereinigung bereitet. Altkonservative Kreise in der DkP, die die Anlehnung an den Mittelstand verurteilten und die wieder stärker das weltanschauliche Fundament konservativer Politik betonen wollten, indem sie an den konservativen Legitimus und die Rechtsphilosophie eines Julius Stahl appellierten, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt.¹¹¹

Die Bündnissondierungen von Konservativen und Mittelständlern in Sachsen waren vielfältiger Art. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Paul Mehnert und Ludwig Fahrenbach gestaltete sich sehr erfolgreich. Fahrenbach, der bis 1908 als Redakteur der konservativen „Politischen Nachrichten“ gearbeitet hatte, redigierte jetzt den „Fortschritt“,

ist ungläubwürdig, da diese nur wenige Monate zuvor eine eigene Bewegung ins Leben gerufen hatten.

Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 202.

¹⁰⁸ Vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 331. Bericht des Hauptvereins vom 22. November 1917.

¹⁰⁹ Mitteilungen, Nr. 12, 13. August 1910, S. 194 ff. und Nr. 13, 20. August 1910, S. 209. Im sächsischen Landtag war am 5. Februar 1895 ein Dreiklassenwahlrecht nach preußischem Muster angenommen worden, das zwar etwas vorteilhafter für die SPD war als das zuvor bestehende Wahlrecht, das den Sozialdemokraten gleichwohl keinerlei Möglichkeiten zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen einräumte. Während die SPD bei der Reichstagswahl von 1898 49,5 % der Stimmen gewann, verfügten DkP und NLP zur selben Zeit über $\frac{3}{4}$ aller Landtagsitze.

¹¹⁰ Bei der Reichstagswahl von 1887 hatte die DkP noch 180.000 Stimmen gewonnen, die bis 1912 auf 91.000 halbiert wurden, und das trotz der allgemein steigenden Wahlbeteiligung.

¹¹¹ Vgl. D. Stegmann, *Neokonservatismus*, 1983, S. 206 ff. Mitteilungen, Nr. 13, 30. März 1912, S. 213 und Nr. 50, 13. Dezember 1913, S. 795.

das Ende 1908 geschaffene Vereinsblatt der sächsischen Mittelständler, und avancierte gleichzeitig zum Generalsekretär der Vereinigung. Höhepunkt der gemeinsamen Anstrengungen war die von der „Sächsischen Mittelstandsvereinigung“ betriebene Gründung des „Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes“ am 23. September 1911, in dem sächsische Konservative und Mittelstandspolitiker eine führende Rolle spielten: der 1. Vorsitzende, der Architekt Höhne, kam ebenso aus Sachsen wie der Ehrenvorsitzende, der Dresdner Oberbürgermeister Beutler, immerhin Mitglied des Zwölfer-Ausschusses der DkP.¹¹²

Die verstärkte Hinwendung der sächsischen Konservativen zu den mittelständischen Gruppen muss auch auf die Niederlage der DkP bei der sächsischen Landtagswahl von 1909 zurückgeführt werden. Hier verlor die Partei nach Einführung des Verhältniswahlrechts 22 ihrer 1907 gewonnenen 46 Mandate. Eine erneute Schlappe sollte schon bei der Reichstagswahl von 1912 verhindert werden. Deshalb wurden auch die Bemühungen verstärkt, neue Vereine zu gründen und neue Mitglieder zu gewinnen. Schon im Dezember 1912 konnte Mehnert auf der Generalversammlung des konservativen Landesvereins des Königreiches Sachsen feststellen, dass die Zahl der Vereine seit 1910 von 72 auf 104 angewachsen sei und im Verlaufe des Jahres 1913 gelang es dem Landesverein, 4.000 neue Mitglieder zu werben, sodass ihm jetzt ungefähr 20.000 Mitglieder angehörten.¹¹³ Die sächsischen Konservativen hatten damit die Talsohle durchschritten, zumal der Landesverein auch am Ende des Jahres 1914 feststellen konnte, dass ungeachtet der ersten Kriegstoten die Zahl der neuen Vereine und Vereinsmitglieder erneut gestiegen sei und dass sich zudem die Leserschaft der Zeitschriften des Landesvereins um ca. 1.000 erhöht habe.¹¹⁴

Angesichts solcher Zahlen kann festgestellt werden, dass die Tätigkeit Mehnerts und des weiteren Vorstandes, der sich vor allem aus Vertretern der juristischen Berufe und aus Beamten zusammensetzte¹¹⁵, wieder auf mehr Resonanz in der sächsischen Bevölkerung stieß. Vor allem eine Tatsache nahm die Mehrheit der sächsischen Konservativen erfreut zur Kenntnis: Mehnert betrieb endlich eine eigenständige sächsische konservative Politik, was von der Parteiführung der DkP mit großem Missmut registriert wurde, ohne dass es darüber zu einer offenen Auseinandersetzung oder einem Bruch zwischen Dresden und Berlin gekommen wäre. Denn mit ihrer Politik lagen die sächsischen Konservativen nicht nur ganz auf dem vor allem seit der Gründung des Hansa-Bundes verfolgten mittelständischen Kurs der Parteiführung, sondern sie wurden auch gleichsam zum Vorbild dieser Bemühungen.

Die neuen Aktivitäten der sächsischen Konservativen fanden jedoch bei den Reichstagswahlen zunächst nur einen geringfügigen Niederschlag: 1907 hatte die DkP immerhin wieder zwei Reichstagsitze in Sachsen gewonnen, doch 1912 errang sie nur ein Mandat, obwohl der Prozentsatz der Stimmen geringfügig von 7,7 auf 8,0 gestiegen war.¹¹⁶ Auch wenn es damit nicht zu einer Wiederholung des „Traumas“ von 1903 kam, mussten die Konservativen Sachsens hier die schmerzliche Erfahrung machen, dass selbst deutlich steigende Vereins- und Mitgliederzahlen nicht folgerichtig auch zu besseren Wahlergebnissen führten.

¹¹² Zum RDMV vgl. Kapitel 7. 3., Anm. 84.

¹¹³ Mitteilungen, Nr. 51, 21. Dezember 1912, S. 823 f.; vgl. auch Anm. 107. Zum stärksten konservativen Verein wuchs die Organisation in Oschatz, deren Mitgliederzahl von 644 (1909) auf 1.419 (Ende 1913) stieg. Mitteilungen, Nr. 13, 28. März 1914, S. 203 f.

¹¹⁴ Mitteilungen, Nr. 52, 26. Dezember 1914, S. 651. Im Juni 1914 fand erstmals auch eine große Ausstellung der konservativen Presse in Leipzig statt, für die es dem Hauptverein gelungen war unter Federführung der „Kreuzzeitung“ und des „Reichsboten“ gut 200 konservative Blätter für die Teilnahme zu gewinnen, um der „Öffentlichkeit ein bedeutsames Bild von der Stärke der konservativen Publizistik vor Augen“ zu führen. BArch, NL Westarp 98, Bl. 1. Vgl. auch Kapitel 7. 2., Anm. 75.

¹¹⁵ 58 der insgesamt 157 Mitglieder des weiteren Vorstandes kamen aus juristischen Berufen; des Weiteren zählte der Vorstand 20 andere Beamte, 13 Lehrer, 6 Doktoren, 6 pensionierte Offiziere, 3 Unabhängige, 19 Industrielle, 31 Landwirte und einen Handwerker zu seinen Mitgliedern. DTZ, 21. April 1909.

¹¹⁶ Vgl. Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 89.

5. Westfalen, das Rheinland und Elsass-Lothringen

Das Ziel jeder politischen Parteienbildung ist es, sich Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten zu verschaffen, um die eigenen Ideale zu verwirklichen. Bei der Einführung und Erneuerung einer politischen Bewegung ist es das Erste und Notwendigste, dass man sein Ziel erkennt, die Wege, welche dahin führen, einschlägt, und das Programm, mit dem man an die Wähler herantritt, klar formuliert. Im Osten des Deutschen Reiches war das für die Deutschkonservative Partei leicht gewesen, aber nicht im Westen. Hier war die Organisation der Partei äußerst schwach ausgebildet, mit Ausnahme der altpreußischen östlichen Gebiete Westfalen, Minden-Ravensberg, Tecklenburg und der Grafschaft Mark, wo der konservative Gedanke alte und feste Wurzeln besaß, was schon 1854 mit der Gründung der Christlich-Konservativen Partei in Minden-Ravensberg manifestiert worden war.¹¹⁷

In Westfalen wurden konservative Wahlerfolge durch den Prozess der Industrialisierung und die konfessionellen Verhältnisse erschwert. Beide Konfessionen hielten sich hier ziemlich genau die Waage, doch war das gegenseitige Verhältnis oft so, dass fast rein evangelischen auch fast rein katholische Gegenden gegenüberstanden. In den vorwiegend evangelischen Wahlkreisen, wie Minden, Herford-Halle oder Bielefeld, erreichte die Partei traditionell gute Ergebnisse. Minden war sogar mit Ausnahme von 1874 und 1878/81 immer deutschkonservativ vertreten gewesen, doch 1912 verlor die Partei auch hier ihr letztes westfälisches Reichstagsmandat an die FVP.¹¹⁸ Damit war der Endpunkt einer Negativentwicklung erreicht: Die starke Konkurrenz der Christlich-Sozialen und der Agrarier des BdL hatte nach 1900 den Aufbau einer konservativen Parteiorganisation in Westfalen entscheidend behindert, sodass die Christlich-Soziale Partei bei der Reichstagswahl von 1907 sogar mehr Wählerstimmen erhielt als die Deutschkonservativen (25.420 gegenüber 23.670). Zudem verlor die DkP auch gegenüber den Katholiken und den Parteien der Linken weiter an Boden. Ein Neubeginn wurde im Jahre 1910 eingeleitet, als es zur Gründung des konservativen Vereins für die Provinz Westfalen unter August Klasing und zur Einstellung des engagierten Parteisekretärs Wilhelm Albers kam. Albers errichtete 1911 eine Zentralstelle des konservativen Vereins, über die die Organisierung von Versammlungen ablief, und regte die Gründung von konservativen Kreisvereinen an. Zudem sprach sich Albers für ein selbstständiges Vorgehen der DkP bei der Reichstagswahl von 1912 aus und wurde zu einer zentralen Figur bei dem Versuch, Industrielle aus der Provinz für die konservative Sache zu gewinnen.¹¹⁹ Diese Neuorientierung konservativer Politik in Westfalen war auch gleichbedeutend mit einer Abkehr von den Nationalliberalen. Der Zeitpunkt für eine Ausweitung der konservativen Partei im Westen und für die Gewinnung von Industriellen wurde als günstig erachtet, da eine Mehrheit der Bevölkerung, ähnlich wie im benachbarten Hannover, die seit 1909 einsetzende Linksschwenkung der NLP ablehnte und die Konservativen glaubten, jetzt vielfach an deren Stelle treten zu können. Auch die Werbung von Arbeitern wurde in diesem Zusammenhang angeregt, u. a. durch das Eindringen in die evangelischen Arbeitervereine. Diese besaßen in den einzelnen Städten eine starke

¹¹⁷ Vgl. dazu: R. Kaeller, Die konservative Partei in Minden-Ravensberg, Diss. Heidelberg 1919.

¹¹⁸ Die DkP erreichte im RB Minden 11,3 %, 1907 waren es noch 19,2 % gewesen, vor der Jahrhundertwende sogar zumeist mehr als 35 %. Im RB Münster wählten 1912 4,2 % die DkP, was gleichbedeutend mit dem zweitbesten Wahlergebnis in der Geschichte war. Im RB Arnberg trat die Partei 1912, wie auch schon 1907, nicht an. Vgl. Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 77.

¹¹⁹ Vgl. W. Albers, Besiegten, 1912, S. 17 ff. Ferner: ders., Verderben, o. J.; Mitteilungen, Nr. 8, 16. Juli 1910, S. 135; Nr. 15, 3. September 1910, S. 244 ff.; Nr. 24, 17. Juni 1911, S. 387 f.; Nr. 28, 13. Juli 1912, S. 457; Nr. 23, 6. Juni 1914, S. 364.

Anhängerschaft, welche bisher zumeist für die Nationalliberale Partei ihre Stimme abgegeben hatte.¹²⁰

Im Rheinland waren die Bemühungen und Erfolge der Deutschkonservativen Partei geringer als in Westfalen. In diesem überwiegend katholischen Gebiet kam die Partei nie über den Gewinn von vereinzelt Mandaten hinaus, was zuletzt 1893 im RB Düsseldorf und zuvor einige Male im RB Koblenz gelungen war. Trotz der Zusammenarbeit von DkP, RFKP, Christlich-Sozialen und BdL wurde 1907 und 1912 jeweils nur ein Reichstagsmandat – von 35 möglichen der Regierungsbezirke Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier und Aachen – in Koblenz von einem Christlich-Sozialen gewonnen, der als einziger „Konservativer“ die Rheinprovinz in Berlin repräsentierte. Zwar existierte seit 1893 ein „Deutschkonservativer Verein für das Rheinland“, der im Anschluss an den Tivoli-Parteitag gegründet worden war, doch dessen Entwicklung und Ausdehnung stagnierte, zumal es nur eine unregelmäßige Vereinstätigkeit gab. Diese Situation verbesserte sich erst nach heftigen Angriffen der Parteibasis auf den Vorstand und deren Forderung, die Partei endlich straffer zu organisieren. Der Vorstand reagierte daraufhin mit der Anstellung des Parteisekretärs Grund im April 1910 und mit der Einberufung des „1. Konservativen Parteitages für die Rheinprovinz“ im Oktober 1910 in Duisburg, auf dem sich über 800 Personen aus allen Ständen und Berufen versammelten. Von diesem Parteitag und von der Tätigkeit Grunds ging eine Signalwirkung für die Gründung von konservativen Vereinen in den beiden folgenden Jahren aus, so u. a. in Köln, Bonn, Mühlheim und Koblenz-St. Goar.¹²¹ Sowohl im Rheinland als auch in Westfalen war der Aufschwung der konservativen Vereinstätigkeit Teil des „konservativen Ritts in den Westen“ und behinderte hier, im Unterschied zu Hannover, die gemeinsame Zusammenarbeit mit dem Zentrum bei der Reichstagswahl von 1912.

Wie im Rheinland, so verschlechterten sich auch in Elsass-Lothringen die Wahlergebnisse der DkP seit 1893 rapide, obwohl man hier ursprünglich den Anspruch besessen hatte, als „Christliche Volkspartei“ eine bedeutende Rolle zu spielen.¹²² Die Ursachen dafür sind jedoch vor allem in der speziellen Problematik des Reichslandes zu suchen: Ein deutscher Konservatismus konnte in einem neu annektierten Gebiet wie Elsass-Lothringen mit seiner überwiegend katholischen Bevölkerung naturgemäß auf keinen großen Anklang hoffen. Viele konservativ denkende Elsass-Lothringer – vor allem im nördlichen Unterelsass scheint ein gewisses konservatives Potenzial vorhanden gewesen zu sein – scheuten sich zudem, eine konservative Partei zu gründen, um sich nicht der Polemik als Anhänger einer „Germanisierungspartei“ aussetzen zu müssen, von der sogar viele Sozialdemokraten nicht verschont blieben. Da auch die meisten leitenden altdeutschen Beamten bis hinauf in höchste Regierungskreise eher mit dem Liberalismus als mit dem Konservatismus liebäugelten, etablierte sich ein Drei-Parteiensystem, bestehend aus Zentrum, SPD und Liberalen, welches sich nach der Verabschiedung der Verfassung und des mit ihr verbundenen neuen Wahlrechts im Jahre 1911 noch festigen konnte.¹²³

Die spärlich gesäten konservativen Frankophilen ebenso wie die wenigen deutschfreundlichen Konservativen, die seit 1890 in den Reichstag gewählt wurden, schlossen sich – zumeist als Hospitanten – der DkP- oder der RFKP-Fraktion an.¹²⁴ Aufgrund der fehlenden

¹²⁰ Vgl. Mitteilungen, Nr. 45, 11. November 1911, S. 717 ff. und Nr. 36, 7. September 1912, S. 586 ff.

¹²¹ Vgl. Mitteilungen, Nr. 25, 12. November 1910, S. 403; Nr. 27, 26. November 1910, S. 435 ff.; Nr. 17, 29. April 1911, S. 275; Nr. 16, 20. April 1912, S. 259 f.

¹²² 1893 hatte die DkP 2 der 15 Reichstagsmandate im Reichsland gewonnen (bei einem Stimmanteil von 14,7 %), 1898 noch eines (10 %), während 1903 nur die Freikonservativen ein Mandat gewannen (DkP: 4,8 %). 1907 und 1912 blieben die Deutschkonservativen ohne Kandidaten. Vgl. H. Hiery, Reichsland, 1986, S. 304 ff., 328 ff., 400 ff. und 446 ff.; M. Schwarz, MdR, 1965, S. 246 ff.

¹²³ Der ablehnende Standpunkt der Deutschkonservativen in Bezug auf die Verfassungsrechte tat dazu ein Übriges. Vgl. H. Hiery, Reichsland, 1986, S. 100 f. und 399 sowie Kap. 6. 1.

¹²⁴ Otto Pöhlmann (1893-96) und Alexander zu Hohenlohe (1893-1903) traten der DkP-Fraktion bei, während Johannes Hoeffel mehr als zwanzig Jahre (1890-1912) Mitglied der Deutschen Fraktion war. Vgl. M. Schwarz, MdR, 1965, S. 246 ff.

Organisation betätigten sich einzelne Konservative bis 1912 in der „Liberalen Landespartei“. Als diese ihrer Meinung nach in der Vereinigung mit den Demokraten zur „Elsässischen Mittelpartei“ einen Linksschwenk vollführte und zu sehr dem Partikularismus huldigte, wurde darauf als konservative Antwort am 5. Dezember 1912 die „Elsass-Lothringische Mittelpartei“ gegründet: Diese stellte einen Zusammenschluss kleinerer politischer Vereine dar, wie der von Johannes Hoeffel geführten „mittelparteilichen Vereinigung für Buchweiler und Umgegend“, der „Elsass-Lothringischen mittelparteilichen Vereinigung“ und den von der „Liberalen Landespartei“ abgesplitterten rechts stehenden Nationalliberalen unter der Führung des Schriftstellers Winterberg. Die „Elsass-Lothringische Mittelpartei“ bildete zunächst drei Kreisvereine: Straßburg-Stadt, Straßburg-Land und Zabern, wobei Dr. Hoeffel zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde.¹²⁵ Ob diese Partei langfristig Erfolgsaussichten gehabt hätte, muss im Bereich der Spekulation bleiben, kann aufgrund der spezifischen regionalen Gegebenheiten jedoch bezweifelt werden.

6. *Königreich Württemberg*

Für die konservative Organisation im Königreich Württemberg war die Trennung in einen ländlichen Konservativismus in Gestalt des „Württembergischen Bauernbundes“, der regionalen Vereinigung des BdL, und in einen städtischen Konservativismus in Form der Deutschkonservativen Partei kennzeichnend.¹²⁶ Dennoch war die 1895 gegründete Organisation der Deutschkonservativen von Anfang an eng mit dem „Württembergischen Bauernbund“ verflochten. So war schon der erste Parteisekretär der Deutschkonservativen in Württemberg, Friedrich Schrempf, ein führender Funktionär im Bauernbund und zudem Herausgeber der „Deutschen Reichspost“, dem parteioffiziellen Blatt in Württemberg. Ihre ersten parlamentarischen Erfahrungen machte die „DkP-Bauernbund-Koalition“ 1895 im württembergischen Landtag, in welchem sie drei Abgeordnete stellte; von diesen betrachteten sich zwei als Mitglieder des Bauernbundes und der dritte als ein Vertreter der Konservativen.¹²⁷

Die Zusammenarbeit von DkP und Bauernbund blieb bis in die Zeit des Weltkriegs bestehen und war sehr erfolgreich. Auch wenn beide Organisationen bei der Landtagswahlkampagne von November 1912 getrennte Wahlauftrufe veröffentlichten, bildeten ihre 20 Abgeordneten eine einheitliche Fraktion, in der Landwirte, Bürgermeister aus kleineren Orten oder Dörfern, Rechtsanwälte, Lehrer, Parteifunktionäre und Verleger vertreten waren.¹²⁸

Auch bei den Reichstagswahlen konnten sich die Erfolge dieser Kooperation durchaus sehen lassen, obwohl sie nicht derart spektakulär waren wie auf Landesebene. So gelang es dem Bündnis von DkP-Bauernbund und „Wirtschaftlicher Vereinigung“ im Jahre 1898, erstmals

¹²⁵ Hoeffel hatte 1912 sein Reichstagsmandat an den von der SPD unterstützten Linksliberalen Röser verloren und sich daraufhin stark für eine eigene elsass-lothringische konservative Parteiorganisation engagiert. Der neu gegründeten Partei traten schon bald auch prominente Politiker bei, wie der frühere Reichstagsabgeordnete von Metz, Grégoire, und der Bezirkspräsident des Oberelsass, von Puttkammer. Zudem führte die „Zabern-Affäre“ der Partei auch bald einige Einheimische zu, die vom Vorgehen der französisch-nationalistischen Propaganda aufgeschreckt worden waren. Das Programm der Partei enthielt im Wesentlichen Forderungen der RFKP, die die Mittelpartei auch als ihr zugehörig betrachtete. Vgl. Mitteilungen Nr. 7, 17. Februar 1912, S. 119 und Nr. 52, 28. Dezember 1912, S. 837 f.; M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 115 f.; H. Hiery, Reichsland, 1986, S. 101, 314 ff. und 438.

¹²⁶ Vgl. dazu vor allem die Studie von R. Weber, Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg, 2004, S. 13.

¹²⁷ Für die Zusammenarbeit von DkP und Bauernbund war eine mittelständische, antisemitische und agrarisch ausgerichtete Politik charakteristisch; am bemerkenswertesten waren jedoch die Gemeinsamkeiten von agrarischen Konservativen und Zentrum, nicht nur in den politischen Programmen, sondern vor allem in ihrer Agitationsart. Diese führte dazu, dass der schwarz-blaue Block nach den Landtagswahlen von 1912 mehr als die Hälfte der Sitze erreichte. Vgl. J. Retallack, Notables, 1988, S. 203.

¹²⁸ Ebenda.

einen Abgeordneten zu entsenden; danach waren es bis zum Kriegsausbruch immer zwei (1903/1912) oder drei (1907) konservative Vertreter Württembergs, die im Berliner Plenum saßen.

Die Wahlerfolge in Württemberg lassen eine paradoxe Erscheinung der konservativen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg evident werden: Obwohl es rein konservative Vereine nur im Schwarzwald und in den großen Städten gab¹²⁹ und obwohl auch die organisatorische Ausdehnung – im Unterschied zu den meisten anderen Landesverbänden – stagnierte¹³⁰, kam es im Königreich zu Wahlerfolgen.

Erst 1913 ging mit der Gründung der „Süddeutschen Zeitung“ in Stuttgart ein neues Signal von der konservativen Bewegung aus. Die Zeitungsgründung war das Ergebnis einer Zusammenarbeit von DkP/Bauernbund einerseits mit bürgerlichen konservativen Politikern aus Baden und andererseits mit den Alldeutschen. Im Gegensatz zum Vorgängerblatt, der „Deutschen Reichspost“, war die „Süddeutsche Zeitung“ bewusst als „rechts gerichtete nationale Zeitung“¹³¹ konzipiert, was die Ausrichtung der Konservativen ebenso wie das in Württemberg vorhandene Potenzial auf der Rechten verdeutlichte, da sofort eine Auflagenhöhe von 10.000 erreicht werden konnte.¹³² Auch in Württemberg wurde der Zusammenschluss des Jahres 1917 auf der Rechten somit schon vor dem Krieg – unter der Parole des Nationalismus – vorbereitet.

7. Großherzogtum Baden

Die Organisation des konservativen Vereins im Großherzogtum Baden war nur sehr schwach entwickelt. Die Basis des 1878 gegründeten Vereins wurde von Landwirten und Geschäftsleuten, Mühlenbesitzern, Bürgermeistern und Rechtsanwälten gebildet. Die Vereinsführung besaß einen ausgesprochen aristokratischen Charakter und stets waren es Prinzen oder Barone, die den Vorsitz führten, so auch nach 1908, da Prinz Alfred zu Löwenstein-Wertheim-Freudenburg zum Vorsitzenden des Vereins und Baron Udo von La Roche von Starkenfels zu dessen Stellvertreter gewählt wurde.

In Baden wurde auch nach der Jahrhundertwende von den Konservativen eine anachronistische Honoratiorenpolitik betrieben. Es existierten nur sehr wenige ständig tätige Vereine, sodass die Führung der Wahlkampagnen nach wie vor in der Verantwortung der jeweiligen Kandidaten lag. Die Abgeordneten der Partei wurden für ihre Tätigkeit nicht entschädigt und wenn sie aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht in der Lage waren, Parteipropaganda zu betreiben, so bezahlten sie zwei oder drei Mark aus ihrer Privatkasse an Bereitwillige, damit diese dann die Aufgaben für sie übernahmen. Da sich dieser Zustand in Grundzügen bis zum Kriegsausbruch nicht veränderte, hatte der Verein einerseits zwar keine größeren Ausgaben zu leisten, andererseits machte der chronische Geldmangel auch nach 1900 eine wirksame Agitation nahezu unmöglich.¹³³

¹²⁹ So in Stuttgart, wo der konservative Verein von Stadtrat Rudolf Behringer geführt wurde, einem erfolgreichen Geschäftsmann, der die Konservativen Württembergs auf dem Parteitag der DkP 1913 in Berlin anführte und der nach der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei (DVLV) deren Vorsitzender in Württemberg wurde.

¹³⁰ Das trifft auch auf den Bauernbund zu, dessen Mitgliederzahl von 1895-1904 von 1.500 auf über 20.000 in rund 900 lokalen Organisationen gestiegen war, was dann aber nicht mehr übertroffen wurde. Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 203 f.

¹³¹ BArch, NL Westarp 20, Bl. 120 ff. Brief von Krauts an Westarp vom 28. Juli 1917.

¹³² 1917 betrug die Auflage sogar 18.000, während die der „Deutschen Reichspost“ gerade einmal bei 4.500 gelegen hatte. Die Gründung der „Süddeutschen Zeitung“ wurde auch vom Berliner Hauptverein unterstützt; dass sich die Zeitung als Parteiorgan verstand, unterstrich auch der Vorsitzende der badischen Konservativen und Mitglied des Zwölfer-Ausschusses der Gesamtpartei, von Kraut, wenn er in seinem Briefwechsel mit Westarp unterstrich, dass die Süddeutsche „stramm zu unseren konservativen Anschauungen hält.“ Ebenda.

¹³³ Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 204.

Anders als im benachbarten Württemberg versäumte es die Führung der badischen Konservativen nach der Jahrhundertwende, eine engere Zusammenarbeit mit dem Zentrum einzugehen, obwohl man einer Kooperation mit den Nationalliberalen zunehmend skeptischer gegenüberstand.¹³⁴ Erst als das Ausmaß dieses Versäumnisses sichtbar wurde und Nationalliberale und Sozialdemokraten 1905 bei den Landtagswahlen erstmals ein Wahlbündnis schlossen, in dessen Ergebnis der „Große Block“ gebildet wurde, jenes Modell, das für die Konservativen die Gefahr einer gesamtdeutschen Allianz „von Bebel bis Bassermann“ heraufbeschwor, entschlossen sich die Konservativen zur Bildung eines Rechtsblocks mit den Ultramontanen. Die neue Allianz brachte den Konservativen nicht nur einige – wenn auch moderate – Wahlerfolge¹³⁵, sondern führte auch insgesamt zu einer Verstärkung der organisatorischen Bemühungen, was umso notwendiger wurde, da die Nationalliberalen und die Freikonservativen ihre eigenen Parteibüros in Baden errichteten. So wurde 1911 auf Initiative des engagierten Heidelberger konservativen Parteisekretärs, Wilhelm Schmidt, in Karlsruhe eine „Vereinigung deutsch-konservativer junger Männer“ gegründet, und im September 1913 gelang es erstmals wieder seit zwanzig Jahren, auf dem Höhepunkt der Landtagswahlkampagne eine große deutschkonservative Wahlkundgebung durchzuführen.¹³⁶

Trotz eines in Baden zu verzeichnenden leichten Aufschwungs der organisatorischen Bemühungen vor 1914 bleibt zu konstatieren, dass die Politik der Konservativen im Großherzogtum die Partei in eine Sackgasse manövriert hatte. Das badische Beispiel einer Allianz „von Bebel bis Bassermann“ unterstrich deutlicher als anderswo im Deutschen Reich die zunehmende Isolierung der DkP. Und auch wenn der stellvertretende Vorsitzende Baron von La Roche von Starkenfels nicht müde wurde, den „Großen Block“ in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, gab es selbst im eigenen Lager Stimmen, die eine konservative Mitschuld an dessen Zustandekommen einräumten. Auch die BdL-Führung zeigte sich mit der Haltung von La Roche und dessen Kollegen nicht einverstanden. So beklagte der BdL-Vorsitzende Roesicke 1908, dass die Führer der Badener Konservativen die Organisation des BdL nur zu Wahlzeiten und für eigene Wahlerfolge sowie für eigene politische Interessen benutzen würden. An dieser Einstellung hatte sich bis 1914 nur bei wenigen Konservativen in Baden, wie etwa Wilhelm Schmidt, etwas geändert. Zu Recht forderte auch Roesickes Co-Vorsitzender Wangenheim daher, dass die Konservativen die „ihnen günstige Stimmung im Westen und Süden viel mehr ausnutzen“ müssten, als das „bisher geschehen ist.“¹³⁷

8. Königreich Bayern

Die Ausgangsbedingungen, im vorwiegend katholischen Bayern eine rein deutschkonservative Vereinsbewegung ins Leben zu rufen, waren äußerst schwierig, und die Bemühungen, konservativen Anschauungen entschiedener Geltung zu verschaffen, fielen daher zumeist auf wenig fruchtbaren Boden. Im Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende waren die bayrischen Konservativen vor allem in die stürmische Geschichte der verschiedensten Bauernverbände verwickelt. Erst bei den Landtagswahlen des Jahres 1899 konstituierte sich auf Bestreben des BdL eine „Freie Vereinigung“ aus Bauernbündlern, den fränkischen Bauernvereinen, einigen Konservativen und Nationalliberalen, die immerhin eine respektable

¹³⁴ Eine Anregung zur Fühlungnahme mit dem Zentrum ging 1903 von Otto von Stockhorn aus, der den Vorstand in Karlsruhe zu einem solchen Schritt aufgefordert hatte, doch dieser konnte sich zu keiner klaren Stellungnahme bewegen lassen. Ebenda, Anm. 65.

¹³⁵ Bei den Reichstagswahlen von 1898 und 1903 waren DkP/BdL ohne Mandat geblieben, doch 1907 und 1912 gewann das Bündnis immerhin jeweils einen Wahlkreis.

¹³⁶ Vgl. dazu vor allem: W. Schmidt, *Wohin steuern wir?*, 1908. Ferner: ders., *Großblock*, 1911.

¹³⁷ BArch, NL Wangenheim 3, Bl. 3 f. und NL Wangenheim 7, Bl. 52 ff. Brief Roesickes an Wangenheim vom 31. Juli 1908 bzw. Wangenheims an Roesicke vom 6. Juni 1912.

Stärke von zwanzig Abgeordneten im bayrischen Landtag erreichte. Die „Freie Vereinigung“ wurde für die folgenden Legislaturperioden jeweils erneuert und konnte die Abgeordnetenzahl auch bis zur Landtagswahl von 1912 konstant halten, bei der sie aber um mehr als die Hälfte zurückging, was jedoch nicht dieselben Gründe hatte wie die Niederlage der Rechtsparteien bei den Reichstagswahlen von 1912.¹³⁸

Eine einheitliche konservative oder gar deutschkonservative Bewegung existierte zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Bayern nicht.¹³⁹ Es gab eine Reihe von kleineren Gruppierungen, die völlig einflusslos blieben und die auch weitgehend außerhalb der Deutschkonservativen Partei standen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen konservativen Gruppen ergaben sich jeweils aus Konfession, Interesse oder regionalen Differenzen: Die „Bayrische Konservative Partei“ war evangelisch-ländlich orientiert und beschränkte ihre Tätigkeit auf den fränkischen Raum, ähnlich wie die an die RFKP angelehnte 1911 gegründete „Bayrische Reichspartei“; die im November 1909 von Brederick¹⁴⁰ gegründete „Konservative Vereinigung“ war städtisch-gouvernemental und evangelisch und die in Altbayern heimische „Bayrische Konservative Vereinigung“ (1911 gegründet) katholisch-gouvernemental.¹⁴¹

Lediglich die Mitglieder der „Bayrischen Konservativen Vereinigung“ versuchten die unbefriedigende Situation der Aufsplitterung der konservativen Kräfte zu ändern, als sie anlässlich der provisorischen Vereinsgründung im Frühjahr 1911 in München erklärten, dass sie nicht auf dem Boden des Programms einer bestimmten konservativen Partei stünden, sondern „einen Vereinigungspunkt für die Angehörigen der verschiedenen konservativen Richtungen bilden“ wollten. Dieses Bestreben – noch am 20. Juli 1911 wurde ein „Aufruf zur Sammlung aller konservativen Richtungen zu einer kraftvollen, auf das ganze Land ausgedehnten Organisation“ erlassen – konnte jedoch nicht verwirklicht werden, denn bei der endgültigen Konstituierung der „Bayrischen Konservativen Vereinigung“ am 20. Oktober 1911 in München blieben die Industriellen und Geschäftsleute abseits¹⁴² und gründeten noch im selben Monat eine „Bayrische Reichspartei“ unter der Führung des Frhrn. von Pechmann. Die „Bayrische Konservative Vereinigung“ konnte sich trotz ihrer katholischen Ausrichtung als einzige Organisation der Deutschkonservativen Partei annähern, wohl vor allem aufgrund ihres mittelständisch-nationalen Programms des „Schutzes der nationalen Arbeit“. Ein Beweis für diese Annäherung stellte die Wahl eines Mitglieds der Vereinigung in den Fünziger-Ausschuss der DkP anlässlich des 1. Parteitages im Dezember 1911 dar.

Von Beginn an kam es auch zu einer engen Zusammenarbeit der „Bayrischen Konservativen Vereinigung“ mit dem „Wahlverein der Bayrischen Konservativen“, und noch 1912 fusionierten beide Vereinsvorstände und gründeten den „Bayrischen Konservativen Landesverband“.¹⁴³ Der Landesverband setzte die zum Berliner Hauptverein begonnene

¹³⁸ Vgl. dazu H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 172 f. und Anm. 145 in diesem Abschnitt.

¹³⁹ Zwar war schon 1881 ein Wahlverein der Bayrischen Konservativen gegründet worden, doch über dessen Aktivitäten ist nichts bekannt. Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 241 (Anhang).

¹⁴⁰ Zu Brederick vgl. Kap. 6. 2 f., Anm. 114.

¹⁴¹ Vgl. H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 276, der das Gründungsjahr der „Bayrischen Konservativen Vereinigung“ irrtümlich auf das Jahr 1910 datiert. Ebenso wenig stimmt Puhles Behauptung, dass die „Bayrische Konservative Vereinigung“ ihre Hauptaufgabe vor allem in der Bekämpfung des Zentrums gesehen hätte. Vgl. dazu die folgenden Ausführungen.

¹⁴² Die Mehrheit der zunächst 60 Mitglieder bildeten Beamte und protestantische Pastoren, wobei Adlige und Nichtadlige in gleicher Anzahl vertreten waren. Im Vorstand saßen vor allem ehemalige kaiserliche Geheimräte, pensionierte Offiziere, Schriftsteller, Juristen und Professoren. Prominentestes Vorstandsmitglied war Baron Karl von Cetto, Direktor der Bayrischen Landwirtschaftsbank und regionaler Vertreter der Deutschen Adelsgesellschaft. Vgl. *Mitteilungen*, Nr. 24, 17. Juni 1911, S. 388 f.; Nr. 34, 26. August 1911, S. 547 ff. und Nr. 51, 23. Dezember 1911, S. 832 f.

¹⁴³ Der Landesverband wurde paritätisch von den beiden ehemaligen Vorsitzenden der fusionierten Vereine, dem Ökonomierat Friedrich Beckh (Wahlverein) und dem Rechtsanwalt Phillip Seuffert (Bayrische Konservative Vereinigung) geführt; Baron Karl von Cetto wurde stellvertretender Vorsitzender. Die Frontstellung des Landesverbandes gegen die SPD bei gleichzeitiger Betonung der bürgerlichen Gemeinschaft war augenscheinlich auf eine Zerspaltung des sich in Bayern gegen das Zentrum anbahnenden liberal-

Fühlungnahme fort. Dies wurde deutlich sowohl auf dem Parteitag der DkP im März 1913 als auch auf dem Parteitag der bayrischen Konservativen im April 1914 in Nürnberg, auf dem die guten Beziehungen durch eine Zustimmungserklärung zur Politik der konservativen Reichstagsfraktion hervorgehoben wurden. Dass gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der „Deutsch-Völkischen Partei“, der „Bayrischen Reichspartei“ und der Mittelstandsvereinigung gelobt wurde, konnte als ein vorsichtiges Anzeichen dafür gelten, dass sich auch in Bayern die Einheit auf der Rechten zu formieren begann.¹⁴⁴

Die umfangreichen Aktivitäten der „Bayrischen Konservativen Vereinigung“ waren möglicherweise ein Grund dafür, dass die Konservativen in Bayern bei der Reichstagswahl von 1912 mehr Stimmen gewannen als fünf Jahre zuvor.¹⁴⁵ Die Reichstagswahl unterstrich aber, dass die DkP – mit Ausnahme Mittelfrankens – eine Randerscheinung in Bayern geblieben war. Die Zersplitterung der konservativen Bewegung, die Konkurrenz der „Bayrischen Reichspartei“, der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten, das Fehlen eines organisatorischen Unterbaus und der teilweise hoffnungslose finanzielle Zustand wogen einfach zu schwer, um trotz der geringen Fortschritte der Jahre 1911-14 mehr als nur eine marginale Erscheinung des politischen Lebens darzustellen.

9. Resümee

Wenn Retallack¹⁴⁶ festgestellt hat, dass die Ausdehnung der regionalen konservativen Vereine nach der Jahrhundertwende ebenso ungleichmäßig verlief wie vor dem Jahrhundertwechsel, *so muss dem für die Zeit vor dem Weltkrieg widersprochen werden.*

Vor der Jahrhundertwende hatten die Provinzial- oder Landesvereine die lokal führenden, konservativ denkenden Leute zusammengefasst, die lediglich zu politischen Versammlungen oder deklamatorischen Kundgebungen im Umfeld von Wahlen zusammengekommen waren.¹⁴⁷ Mithilfe von Vertrauensmännern oder ehrenamtlichen Generalsekretären wurde eine äußerst geringe Agitation betrieben. Dies änderte sich nach 1900, da die konservativen Provinzialvereine jetzt nicht mehr nur aus Einzelmitgliedern bestanden, sondern auch die lokalen und örtlichen Vereine umfassten. Vor allem nach 1908 kam es zu einer vermehrten Gründung solcher Vereine, zu teilweise erheblich steigenden Mitgliederzahlen und zur Errichtung von nun auch politisch dauerhaft tätigen Parteisekretariaten oder -büros in zahlreichen Provinzen. Dadurch entstand in vielen Gebieten des Deutschen Reiches – vor allem in, z. T. aber auch außerhalb Preußens – *ein beachtlicher Unterbau*, der durchaus zukünftige (Wahl-) Erfolge zu ermöglichen schien. Als diese 1912 ausblieben – die DkP konnte hier mit der Geschwindigkeit und der Verfeinerung der politischen Aktivitäten bei den meisten anderen Parteien nicht Schritt halten –, führte das jedoch zu keinem Rückschlag in der Vereinsbewegung, sondern zu einer verstärkten Anzahl von Neugründungen noch im Jahre der Wahlniederlage. Parallel dazu stieg auch die Zahl der konservativen

sozialdemokratischen Großblocks gerichtet. Vgl. Mitteilungen, Nr. 51, 21. Dezember 1912, S. 811.

¹⁴⁴ Vgl. Mitteilungen, Nr. 16, 18. April 1914, S. 248.

¹⁴⁵ In Bayern stieg der Stimmanteil deutlich von 1,8 auf 4,5 %, in Mittelfranken geringfügig von 11,3 auf 12,3 %, obwohl die Zahl der Mandate von 4 auf 3 in Bayern und von 2 auf 1 in Mittelfranken zurückging. Diese Zahlen sind jedoch nicht überzubewerten, wie die Ergebnisse der Landtagswahlen noch im selben Monat zeigten. Die hier erlittenen erheblichen Verluste der „Freien Vereinigung“ – die Zahl der Landtagsmandate sank von 19 (1907) auf 9 – waren vor allem darauf zurückzuführen, dass sich diese und der BdL dem bayrischen „Großblock“ aller Parteien gegen das Zentrum nicht angeschlossen hatten, wodurch sie die Unterstützung sowohl der Liberalen als auch des „Bayrischen Bauernbundes“ verloren. Vgl. H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 172 f.

¹⁴⁶ J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 193 ff.; ferner auch: ebenda, S. 190.

¹⁴⁷ Vgl. auch H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966, S. 213: „Als der Bund [der Landwirte] gegründet wurde, verfügte die Partei – die DkP [J. B.] – über so gut wie gar keine Organisation im Lande.“

Versammlungen und Vereinsabende, der Gründung von konservativen Zeitungen und der Verbreitung von Druckexemplaren aller Art. Die Tätigkeit der jetzt zumeist hauptamtlich angestellten Parteisekretäre und der Vertrauensmänner in den Provinzen wurde von einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert und neu definiert. *Damit waren die Tage des Honoratiorenpolitikers in der Mehrzahl der Vereine gezählt, die Zukunft gehörte dem engagierten und politisch aktiven Vereinspolitiker.*

Konservative Provinzialvereine mit gut entwickelten organisatorischen Strukturen hatte es vor der Jahrhundertwende nicht gegeben, und erst in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg konnten diese in der Mehrzahl der Vereine geschaffen werden. Jetzt waren die Provinzialinstanzen verstärkt darum bemüht, neue Mitglieder zu gewinnen und befassten sich in der Hauptsache mit Propagandaangelegenheiten, mit der Besprechung politischer Tagesereignisse und bevorstehender organisatorischer Maßnahmen sowie mit der Planung und Finanzierung der Wahlkämpfe. In den meisten Provinzialvereinen fanden ab etwa 1910 einmal im Jahr satzungsgemäß vorgeschriebene Haupt- oder Generalversammlungen statt, auf denen die Vereinsvorstände durch Akklamation „gewählt“ wurden, und die die Vertreter der dem Provinzialverein angeschlossenen Kreis- und Ortsvereine zu einem Erfahrungsaustausch zusammenführten. Die mit diesem Prozess einhergehenden Erneuerungen gingen dabei zumeist von den Provinzial- oder örtlichen Vereinen selbst aus, nur im Westen und Südwesten sowie in einigen Städten gelang der Parteiführung dabei eine gewisse Einflussnahme. Die Umgestaltungen führten dazu, dass in den Provinzen teilweise ein lokaler Unterbau entstand, der von der Führung der Provinzialvereine mit Wahl- und Agitationsmaterial versorgt wurde. Die Wahlkämpfe konnten jetzt intensiver geführt werden, das Geld dafür kam vom Hauptverein, vom BdL, von einzelnen Geldgebern der Partei und natürlich den Provinzialvereinen selbst, die aufgrund der steigenden Mitgliederzahlen über einen etwas größeren finanziellen Spielraum verfügten. Es wurde aber zumeist nur dort „investiert“, wo auch Aussichten auf einen Wahlerfolg vorhanden waren.

Bestanden zwischen den örtlichen Honoratiorenklubs und der Parteiführung zunächst kaum Kontakte, so änderte sich das in den letzten sieben bis acht Jahren vor dem Weltkrieg vor allem mit dem Ausbau des Zentralbüros in Berlin und der hauptamtlichen Anstellung Schroeters und Kunzes im Jahre 1907 bzw. 1910. Der Versuch der Parteiführung, dadurch mehr Einfluss auf die Provinzialvereine und die Aufstellung von Kandidaten zu gewinnen, schlug aber in den meisten Fällen fehl. Der Hauptverein besaß nicht die geeigneten finanziellen oder organisatorischen Mittel, um die Bestrebungen der Provinzialvereine zu kontrollieren, und auch der Elfer- (Zwölfer-) bzw. der Fünzfziger-Ausschuss waren nicht die Gremien, mit denen die Zentrale die regionalen konservativen Verbände entscheidend hätte beeinflussen können.

Eine einheitliche Willensbildung innerhalb der Gesamtpartei hat es somit auch zu keinem Zeitpunkt gegeben, im Gegenteil: Nach der Wahlschlappe von 1912 vertieften sich die Gegensätze zwischen Haupt- und Provinzialvereinen. Lediglich zu den Organisationen Sachsen-Anhalts, Bayerns und z. T. auch Brandenburgs unterhielt die Zentrale gute Beziehungen, ohne dass dabei die Souveränität der regionalen Organisationen in Frage gestellt wurde.

Der Aufschwung in den Provinzialvereinen musste letztlich aber auch als ein Versuch der deutschkonservativen Vereinsmitglieder und Parlamentsabgeordneten gesehen werden, *sich vom starren Kurs Heydebrands zu distanzieren und im regionalen Interesse oder einfach im Interesse des Mandatserhaltes das Heil in der Stärkung der Provinzialorganisation zu suchen.* Das erklärt, warum dieser Prozess zwar zumeist schon vor 1912 begann¹⁴⁸, dann aber nach den Januarwahlen beschleunigt wurde, als die Isolierung der DkP auf Reichsebene immer deutlicher hervortrat. Auf diese Weise begann sich neben der Parteiführung und den

¹⁴⁸ Und zwar 1909, als sich nach dem Ende des Bülow-Blocks die Parteifronten zunehmend verhärteten und die DkP sich gegen eine außerordentlich scharfe Agitation der anderen Parteien zur Wehr setzen musste.

Berliner Fraktionen mit der – wenn auch uneinheitlichen – konservativen Provinzialbewegung eine „dritte Kraft“ innerhalb der Partei zu bilden, deren Stärke und Dynamik die Parteiführung in Zukunft nicht mehr hätte ignorieren können, wenn sie die Existenz der DkP nicht gefährden wollte.¹⁴⁹

Deutlich unterschieden werden müssen die Anstrengungen der Provinzialvereine in den östlichen Gebieten von denen des Westens und in den großen Städten. In den konservativen Kerngebieten des Ostens, wie Ostpreußen, Pommern oder Schlesien, versuchten die deutschkonservativen Provinzialorganisationen die Erneuerung aus eigener Kraft und bekämpften Freikonservative und Nationalliberale. Im Westen und in den größeren Städten dagegen kam es häufig überhaupt erst zur Gründung von konservativen Organisationen oder war deren Erneuerung eng verbunden mit dem gleichzeitigen Versuch der Freikonservativen, eine „zweite Parteigründung“ zu vollziehen¹⁵⁰, sodass es zur Errichtung von gemeinsamen deutsch- und freikonservativen Organisationen oder zumindest zu einer engen Zusammenarbeit kam. *Unterschiedlich fiel die Haltung zu den Nationalliberalen aus, mit denen die Deutschkonservativen Bündnisse in Westpreußen, Posen, Brandenburg und Berlin eingingen, nicht aber in Hannover oder Westfalen, wo konservative Vereine unter dem Zeichen des Antinationalliberalismus gegründet worden waren, und auch nicht in Baden, dem Land der sozialdemokratisch-nationalliberalen Koalition.* Zumeist also waren die konservativen Vereine verstärkt dort zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Vereinen bereit, wo die organisatorischen Strukturen schwach entwickelt waren oder wo es galt, die eigene Isolierung zu durchbrechen.

Die Neuorganisation auf regionaler Ebene nach der Reichstagswahl von 1912 führte jedoch – im Unterschied zu den Bemühungen in den Jahren zuvor – zu einer grundsätzlichen Änderung deutschkonservativer Politik. Die stetigen Mängel bei der Organisation und Propaganda der Partei in der Provinz hatten bis 1912 die Autorität der Berliner Parteiführer verstärkt, besonders von Heydebrand und Westarp, denn nur sie schienen über die nationale Perspektive und die politischen Verbindungen zu verfügen, um die andauernden Unzulänglichkeiten zu beheben. Auf diese Weise sah die Reichstagswahlkampagne von 1911/12 noch so aus, dass die Berliner Parteiführung versuchte, den lokalen Organisationen ihre taktischen Allianzen und Wahllosungen stärker aufzudrängen als je zuvor. *Die Parteiführung wirkte hier ganz bewusst einer zu schnellen Erneuerung entgegen, weil durch die Unzulänglichkeiten in der Provinz die eigene Autorität gewahrt blieb; Heydebrand war daher bemüht, die Geschlossenheit der Partei zu erhalten, indem er sich selbst an die Spitze der neuen Bewegung stellte, um mäßigend auf sie einzuwirken.* Weil der Parteiführer es jedoch mit seiner eigentümlichen und unflexiblen Taktik nicht schaffte, das entscheidende Problem der deutschkonservativen Isolation im Reichstag zu lösen, begann noch bis 1913 eine ganze Reihe konservativer Parteipolitiker damit, Heydebrands unflexiblen Kurs abzulehnen. Die regionalen DkP-Vorsitzenden sahen sich zu dieser Änderung auch deshalb veranlasst, weil sie feststellen mussten, dass ihr Einfluss auf die nationale Parteipolitik selbst dann äußerst beschränkt blieb, wenn sie Heydebrand und seinen Ratschlägen folgten.

Auch wenn die Provinzialvereine in den Jahren vor dem Weltkrieg insgesamt eine größere Bedeutung erlangten, wurden sie doch nie zu eigenen Machtzentren und erhielten nicht die Bedeutung, die ihnen in anderen Parteien zukam. Deshalb versuchten die regionalen Parteiführer eine „Reform von unten“ in die Wege zu leiten. So nahm durch die Erweiterung der konservativen Vereinsaktivitäten nach der Reichstagswahl von 1912 die Vielgestaltigkeit

¹⁴⁹ Deshalb veranlassten Schroeter, Westarp und Stackmann im April 1916 auch, dass jetzt eine größere Anzahl von Vertretern der Provinzialvereine sowohl im Zwölfer- als auch im Fünziger-Ausschuss vertreten sein sollten; vor allem größere Provinzialorganisationen, wie Mecklenburg, Pommern, die Provinzen Sachsen, Brandenburg und Posen sollten zukünftig ihre Repräsentanten in den Zwölfer-Ausschuss entsenden; außerdem stand die Wahl des Württembergers von Kraut in den Zwölfer-Ausschuss bevor. BArch, NL Westarp 98, Bl. 167 f. Bericht des Hauptvereins vom 15. April 1916.

¹⁵⁰ Vgl. M. Alexander, Freikonservative Partei, 2000, S. 107 ff.

in der institutionellen Struktur, der sozialen Zusammensetzung und politischen Orientierung der Vereine zu. Die jetzt vielfach verstärkte enge Zusammenarbeit mit den Freikonservativen, dem BdL, kleineren regionalen rechten Gruppierungen, oft auch mit den Nationalliberalen und seltener mit dem Zentrum, leistete hier – im Unterschied zum Wirken der Parteizentrale in Berlin – vielfach Vorarbeit für das spätere Aufgehen in der DNVP. Auf diese Weise wurden in den Provinzen nationale Bündnisse eingegangen und politische Strategien entwickelt, die das Gesicht der Politik auf der Rechten grundlegend veränderten. Die starken Differenzen, die innerhalb der DkP während des Krieges auftraten, hatten ihren Ursprung somit schon vor dem 4. August 1914, nämlich in der Vielfältigkeit der Erwidern auf den durch Heydebrands Politik hervorgerufenen hoffnungslos erscheinenden Zustand der Partei in den Jahren 1909 bis 1914.¹⁵¹

Auch wenn der „Test“ einer Reichstagswahl fehlt, um die Resonanz der Neugründungen und organisatorischen Veränderungen in den Vereinen seit 1912 beurteilen zu können, deutet doch nur wenig darauf hin, dass Aussichten bestanden hätten, den Abwärtstrend in den Wahlergebnissen zu stoppen; *der weitere Ausbau der Organisation stieß auf objektive Hindernisse, die sich aus dem agrarischen Charakter der Partei ergaben* und die nicht überwunden werden konnten, solange jedenfalls der von der Basis angeschobene Versuch einer sozialen und territorialen Ausweitung sowie einer organisatorischen und intellektuellen Erneuerung von der Parteiführung nicht wirklich ernsthaft mitgetragen wurde.

Neuntes Kapitel

Die Deutschkonservative Partei im Ersten Weltkrieg

¹⁵¹ Vgl. dazu auch J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 193.

1. Einleitung

Die Mehrheit der parteigeschichtlichen Abhandlungen über die Zeit des Deutschen Kaiserreiches endet mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und widmet diesem zumeist nur noch einige Ausführungen mit epiloghaftem Charakter: Der August 1914 bildet eine Schwelle, die nicht überschritten wird.¹ Ebenso rar gesät sind die Untersuchungen zum außenpolitischen Denken² der Parteien des Kaiserreiches im Allgemeinen und für die Zeit des Ersten Weltkrieges im Besonderen. Im Vordergrund des Forschungsinteresses stand die Innenpolitik und hier vor allem die Frage, ob die Entwicklung während des Krieges in erster Linie als ein Entwicklungsprozess hin zur Parlamentarisierung verstanden werden kann³; soweit außenpolitische Fragen überhaupt thematisiert wurden, standen diese meist im Zusammenhang mit der Kriegszielproblematik.⁴ Dass die Behandlung der außenpolitischen Grundlinien der Parteien im Kaiserreich folglich ein Forschungsdesiderat darstellt, ist sicher vor allem auf deren geringen Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen zurückzuführen: Artikel 4 der Reichsverfassung bezog die Außenpolitik nicht in den Bereich der Reichsgesetzgebung mit ein, sodass diese also auch nicht in die Zuständigkeit des Reichstags fiel. Dennoch besaß der Reichstag aufgrund des Budgetrechts in den Fragen der Rüstungs-, Kolonial- und Außenhandelspolitik indirekt einen Einfluss auf die Außenpolitik, und in der Zeit nach Bismarck hatte sich die Verfassungswirklichkeit dahin gehend verändert, dass die Reichstagsparteien über diese Budgetfragen ihr Mitspracherecht durchaus wahrgenommen haben.⁵

Hatte die Reichsleitung bisher jeglichen Einfluss des Reichstages auf außenpolitische Angelegenheiten zu unterbinden gesucht, so wurde sie durch den Kriegsausbruch gezwungen, die Parteien stärker als bisher in den außenpolitischen Willensbildungsprozess einzubeziehen⁶: zum einen, um den überparteilichen „Burgfrieden“ zu erhalten, weil jede Uneinigkeit von den Kriegsgegnern als Schwäche angesehen werden musste; zum anderen aber war die Reichsleitung immer wieder auf eine Reichstagsmehrheit zur Verlängerung der Kriegskredite angewiesen. Auch wenn diese „Einbeziehung“ nicht bedeutete, dass die Parteien nun ein Mitbestimmungsrecht auf außenpolitische Entscheidungen gewannen, so sahen sie sich doch in stärkerem Maße als bisher mit außenpolitischen Fragen konfrontiert. Dass die Parteien jetzt ihrerseits versuchten, die schon vor dem 1. August angestrebte

¹ Diese Feststellung trifft auch für die bereits mehrfach erwähnten Darstellungen zur Geschichte der DkP zu, hier insbesondere: H. Booms, *Deutschkonservative Partei*, 1954; Th. Nipperdey, *Organisation*, 1961; H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966; G. A. Ritter, *Die deutschen Parteien*, 1985. Lediglich J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 208-224, behandelt einige Aspekte der deutschkonservativen Kriegspolitik. Außerdem finden sich passim Ausführungen in der Literatur zur Sammlungspolitik der „neuen Rechten“ in: D. Stegmann, *Erben*, 1970; ders.: *Neokonservatismus*, 1983; G. Eley, *German Right*, 1980.

² Von einer „Außenpolitik“ der Parteien kann nicht gesprochen werden, da diese keinen direkten Einfluss auf die Exekutive besaßen. Daher erscheint die Verwendung von Begriffen, wie „außenpolitisches Denken“, „außenpolitische Vorstellungen“ etc. adäquater zu sein. Vgl. dazu auch T. Oppelland, *Reichstag und Außenpolitik*, 1995, S. 14.

³ Hierzu vor allem: M. Rauh, *Parlamentarisierung*, 1977; K. Epstein, *Der interfraktionelle Ausschuss*, 1971; W. Ribhegge, *Reichstagsmehrheit*, 1988; D. Grosser, *Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie*, 1970; U. Bernbach, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung*, 1967.

⁴ Vgl. hier insbes.: F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, 1961; G. A. Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 3, 1964.

⁵ Zudem wurde seit 1912, wenn auch ohne Erfolg, wiederholt die Forderung nach der Einrichtung eines außenpolitischen Reichstagsausschusses erhoben und im Reichstag debattiert. Vgl. H. Altrichter, *Konstitutionalismus und Imperialismus*, 1977, S. 39.

⁶ Dies geschah in einer stetig wachsenden Zahl von Besprechungen zwischen der Regierung und den Parteiführern oder Reichstagsfraktionsvorsitzenden, in denen zumeist der Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Wahnschaffe, gelegentlich aber auch Bethmann Hollweg selbst versuchten, die Reichstagsparteien von ihrem Standpunkt zu überzeugen und sie in die Verantwortung einzubinden.

Mitverantwortung in außenpolitischen Belangen zu übernehmen, liegt auf der Hand und dokumentierte sich sowohl in der erneuten Forderung nach einem außenpolitischen Ausschuss⁷ als auch in der Entstehung der Friedensresolutionsmehrheit und des „Interfraktionellen Ausschusses“ im Juli 1917.⁸

Schon vor diesem Hintergrund wird eine Untersuchung der Frage notwendig, wie die Deutschkonservative Partei auf diese Wandlungen und die mit ihr verbundenen neuen Herausforderungen reagierte; dabei wird es wichtig sein zu ermitteln, *ob der für die Innenpolitik festgestellte Wandel von einer gouvernementalen zu einer antigouvernementalen Partei auch für den außenpolitischen Bereich prägend war*. Es sollen aber auch die innere und organisatorische Entwicklung der Partei beleuchtet werden, die sich naturgemäß nicht losgelöst von den Kriegsereignissen vollzogen. Um die Politik der DkP und ihre außenpolitischen Positionen während des Krieges zu verstehen, ist es jedoch zunächst einmal erforderlich, sich allgemein mit dem außenpolitischen Denken der Deutschkonservativen und ihrer Stellungnahme zu den wichtigsten äußeren Ereignissen vor dem Weltkrieg zu beschäftigen.

2. Die außenpolitischen Positionen der DkP und ihre Umsetzung bis 1914

Alle Parteien des Kaiserreichs maßen der Außenpolitik nicht dieselbe Bedeutung zu wie den inneren Angelegenheiten.⁹ In den Wahlkämpfen war nur selten von Außenpolitik die Rede und wenn doch, wurde diese vor allem für innenpolitische Wahlzwecke genutzt, wie es das Beispiel der „Hottentottenwahlen“ von 1907 gezeigt hatte.

Eine besonders große Abstinenz in außenpolitischen Fragen übten jedoch die Deutschkonservativen. In ihrem lediglich sechs Punkte umfassenden Gründungsaufwurf aus dem Jahre 1876 findet sich nicht ein Satz zur außenpolitischen Orientierung, was man wohl auch deshalb nicht für erforderlich hielt, weil die DkP von Anfang an Bismarcks außenpolitische Handlungen vollauf unterstützte.¹⁰

Die außenpolitische Zurückhaltung der Deutschkonservativen beruhte jedoch nicht allein und auch nicht in erster Linie auf ihrem persönlichen Vertrauen zu Bismarck, sondern hatte vor allem staatsrechtliche und praktische Ursachen. Staatsrechtlich betrachtete die DkP die Führung der Außenpolitik als ausschließliche Aufgabe der Exekutive, die in der Hand der monarchischen Regierungsgewalt lag; dem Reichstag, soweit er nicht die Zustimmung zu Staatsverträgen zu geben oder Gelder zu bewilligen hatte, erkannte man nur das Recht der Kritik und der Kontrolle, nicht aber der unmittelbaren Einwirkung zu. Außerdem vertraten die Deutschkonservativen die Auffassung, dass man die Regierung dem Auslande gegenüber stützen müsse und dass schon aus diesem Grunde die innenpolitischen Differenzen der Parteien von der Außenpolitik fern zu halten seien. Gestützt wurde diese Position durch die praktische Erwägung, dass „die richtigen außenpolitischen Entscheidungen nur aus einer

⁷ Die Durchsetzung dieser Forderung konnte jedoch wie 1912 nicht erreicht werden. Stattdessen kam es zur Funktionserweiterung der Budgetkommission, in der seit Oktober 1916 – und dies nur begrenzt auf die Kriegszeit – auch kriegs- und außenpolitische Fragen behandelt wurden. Vgl. R. Schiffers, Hauptausschuss, 1979, S. 60 ff.

⁸ Zur Friedensresolution und zum „Interfraktionellen Ausschuss“ vgl. die Literaturangaben zu Anm. 3.

⁹ Am eingehendsten befassten sich noch die Nationalliberalen mit außenpolitischen Problemen, vor allem seit den 1890er Jahren, als sie zu den entschiedensten Vertretern der deutschen Weltpolitik wurden und sich den Fragen der Rüstungs- und Kolonialpolitik zuwandten. Vgl. D. Langewiesche, Liberalismus, 1988, S. 211.

¹⁰ „Die auswärtige Politik von damals stand ganz ausschließlich unter der beherrschenden Direktive Bismarcks, und kaum fiel es einem aus den Kartellparteien ein, da viel hineinzureden, am wenigsten den Konservativen.“ E. von Heydebrand, Beiträge, S. 498. Allerdings hatte die DkP 1884/85 bei den Kolonialdebatten im Reichstag eine Erhöhung der Getreidezölle als Kompensation für ihre Unterstützung von Bismarcks Überseepolitik gefordert, was jedoch ihre einzige antigouvernementale Handlung auf dem Felde der Außenpolitik zurzeit Bismarcks bleiben sollte. Vgl. V. R. Berghahn, Germany, 1973, S. 57.

genauen und vollständigen Kenntnis der Verhältnisse und der Persönlichkeiten des Auslandes, der Akten, der Verträge und Berichte heraus getroffen werden könnten.“¹¹

Angesichts solcher Standpunkte schien eine eingehende Beschäftigung und Bewertung aktueller außenpolitischer Tagesereignisse nicht unbedingt notwendig zu sein. Dies änderte sich jedoch nach dem Abgang Bismarcks, als im Gefolge der Handelsvertragspolitik Capravis zwischen den Gouvernentalisten und den Radikalagrariern ein Widerspruch entstand, der auch auf den Bereich der Außenpolitik abzufärben begann. Die Handelsverträge Capravis, insbesondere der mit Russland geschlossene Kontrakt, führten jedenfalls zur allgemeinen Abkehr der Deutschkonservativen vom Gouvernentalismus auf dem Felde der Außenpolitik, da die Reichstagsfraktion mehrheitlich gegen die Verträge stimmte.¹² Dass das russische Getreide nun für zehn Jahre zu einem reduzierten Zolltarif auch auf dem deutschen Markt angeboten werden und mit dem Korn aus deutschem Anbau wirksam konkurrieren konnte, bewirkte zudem, dass die traditionelle Russlandfreundschaft der Konservativen, die sowohl durch die ideologische Nähe zum Hort des Monarchismus als auch durch die Historie preußisch-russischer Freundschaft begünstigt war, durch den wirtschaftlichen Gegensatz überlagert wurde.¹³

Vor allem aber war es der Übergang des hoch industrialisierten Deutschlands zur Weltpolitik um die Jahrhundertwende unter Bülow, Tirpitz und der kaiserlichen Entourage, der die DkP dazu zwang, sich zu positionieren. Auch wenn 1892 mit der Forderung nach einer „maßvolle[n] Fortführung einer zielbewussten Kolonialpolitik“ (Punkt 7) und der Erhaltung der vollen Wehrkraft des deutschen Volkes „als unerlässliche[r] Bedingung für die Machtstellung der Nation“ (Punkt 6)¹⁴ in dem auf 15 Punkte erweiterten und revidierten Parteiprogramm erstmals außenpolitische Fragen aufgenommen worden waren, änderte das nichts an der Tatsache, dass die DkP an sich kein Interesse an einer imperialistischen Außenpolitik haben konnte, denn die Landbevölkerung profitierte nicht vom Kolonialbesitz in Afrika oder vom Bau einer Flotte¹⁵ und exportierte keine Produkte nach China. Eine

¹¹ K. von Westarp I, S. 151 f. Vgl. auch die einleitenden Worte der Rede Heydebrands anlässlich der Behandlung der 2. Marokko-Krise im Reichstag, in: SBR, Bd. 268, 9. November 1911, S. 7719.

¹² Vgl. dazu D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 202, der darauf hinweist, dass auf Initiative des Grafen Julius von Mirbach-Sorquitten, Mitglied des Elfer-Ausschusses der DkP, die landwirtschaftlichen Vereine schon Ende 1890 aufgefordert worden waren, auf die Vertreter ihrer Wahlkreise mit dem Ziel einzuwirken, sie gegen den neuen Kurs der Regierungspolitik Capravis zu mobilisieren. Auf Antrag Mirbach-Sorquittens beschloss der „Ausschuss der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ dann 1891, Komitees zu bilden und Versammlungen abzuhalten, um gegen die geplante Herabsetzung der Agrarzölle, insbesondere der Roggen- und Weizenzölle zu protestieren. Dass einige führende Deutschkonservative, wie Mirbach-Sorquitten, Helldorf-Bedra, von Jagow (MdR), Schier (MdR) und von Plettenberg-Mehrum (Führer der rheinischen Konservativen) im selben Jahr auch den Gründungsauftrag des gegen die Außenpolitik der Regierung Capravis scharf opponierenden „Allgemeinen Deutschen Verbandes“ (ab 1894 „Alldeutscher Verband“) mitunterzeichneten, erklärt Stegmann damit, dass diese in dem Augenblick, da sich eine nationale Protestbewegung formierte, nicht abseits stehen, sondern sich an die Spitze dieser Bewegung stellen wollten, „um solche ‚nationalen‘ Bewegungen entweder parteipolitisch einzubinden, [oder] zumindest aber, um deren anti-konservative Entwicklung zu verhindern.“ Vgl. auch Kapitel 3. 2., Anm. 36.

¹³ Vgl. dazu ebenda, insbes. Anm. 37. Die durch die Handelsverträge hervorgerufenen Spannungen zwischen den traditionellen Konservativen und den Radikalagrariern bezüglich des Verhältnisses zu Russland sollten eine Konstante bis in die Zeit des Krieges hinein bleiben: Heydebrand wurde noch nach Kriegsausbruch verdächtigt, aus alter Anhänglichkeit an Russland die expansiven östlichen Ziele des BdL bzw. ADV nicht mittragen zu wollen, da Roesicke, Claß und Gebattel einhellig befürchteten, die DkP „werde gegen Russland nicht fest bleiben, d. h. sie werde der von ihnen [BdL und ADV; J. B.] erhobenen Forderung der Abtretung erheblicher Gebietsteile Russlands an Deutschland nicht beitreten wollen.“ BArch, NL Westarp 98, Bl. 102 f. Bericht des Hauptvereins vom 29. Dezember 1914. Westarps Behauptung, die DkP habe „eine Einstellung zu anderen Ländern, die durch das innerpolitische Bekenntnis orientiert worden wäre, bewusst ab[gelehnt]“, ist nicht zutreffend. Vgl. K. von Westarp I, S. 153.

¹⁴ Zit. nach: W. Treue, Deutsche Parteiprogramme, 1968, S. 78.

¹⁵ Wangenheim wies während der Reichstagsdebatte zur 2. Flottennovelle am 10. Februar 1900 nachdrücklich darauf hin, dass die Flotte der Landwirtschaft nur „allerschwerste Nachteile“ bringe, weil sie dem Lande Arbeitskräfte entziehe, während die Eisen- und Kohleindustrie einseitig von der Vorlage profitieren würden.

Kolonialpolitik sollte nach deutschkonservativen Vorstellungen daher höchstens auch so aussehen, dass zwar Absatzgebiete für deutsche Industrieprodukte geschaffen würden, aber nur in Ländern mit tropischem Klima, weil diese der heimischen Landwirtschaft keine direkte Konkurrenz machen könnten.¹⁶ Die postulierte „Erhaltung der Wehrkraft“ schließlich war für die Deutschkonservativen in erster Linie nur mit der Schaffung und Wahrung eines starken Landheeres zu erreichen, zumal sie der neuen Flottenpolitik ja zunächst skeptisch gegenüberstanden.¹⁷

Dass den Konservativen die preußische Armee deutlich mehr am Herzen lag als die Marine, war nichts Neues und konnte daher niemanden verwundern: Schon seit 1852 war die „Kreuzzeitung“ als prinzipielle Gegnerin der Flotte bekannt, und als Ludwig Gerlach im März 1862 Bismarck brieflich davor warnte, sich Geld vom Parlament auf Kosten des Ausbaus der Verfassung geben zu lassen, empfahl er gleichzeitig starke Einsparungen bei der Flotte, 'in welcher sich die Demokratie ein warmes Nest gebaut hat.'¹⁸ Auch rund vierzig Jahre später mussten die Deutschkonservativen befürchten, dass eine deutsche Flotte, anders als die preußische Armee, sich gefährlichen demokratischen Einflüssen öffnen könnte, da der Ausbau der Marine vom Votum des Reichstags abhing, zumal damit auch der Einfluss der nichtpreußischen Elemente auf die Außenpolitik steigen würde. Ideologisch musste sich die Partei also nicht verbiegen, wenn sie die Zustimmung zu den Flottengesetzen von der Erhöhung der Getreidezölle abhängig machte. Dass man damit aber, wie schon bei den Handelsverträgen, erneut vom Gouvernamentalismus in der Außenpolitik abgerückt war und sich stattdessen die Zustimmung zur neuen Weltpolitik durch das Erreichen eigener wirtschaftspolitischer Ziele erkaufte, liegt auf der Hand. Die zunehmende Kritik bzw. Nichtzustimmung zu außenpolitischen Maßnahmen der Regierung muss also im Zusammenhang mit der *Entwicklung der DkP zu einer antigouvernementalen Interessenpartei* gesehen werden, die ihre Ursachen jedoch hauptsächlich in wirtschafts- und nicht in außenpolitischen Fragen hatte: Nachdem die von ihnen geforderten höheren Getreidezölle bewilligt worden waren, scheuten sich die Deutschkonservativen deshalb auch nicht, den Flottengesetzen zuzustimmen und die Weltpolitik Bülow's mitzumachen.¹⁹

Trotz erster antigouvernementaler Tendenzen in der Zeit der Kanzlerschaft Bülow's ist eine Zäsur in der Stellung der Konservativen zur Außenpolitik erst nach dem Ende des Bülow-Blocks festzustellen.²⁰ Am sichtbarsten wurde das bei ihrer Behandlung der 2. Marokko-Krise des Jahres 1911²¹: Während die „Kreuzzeitung“, wohl aus taktischen Gründen und aufgrund

C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 63. Die Ablehnung des Mittellandkanal-Projekts wurde dann mit denselben Argumenten begründet.

¹⁶ Zudem wurde die Einschätzung geteilt, „dass der wirtschaftliche Wert der Kolonien immer noch gering zu nennen ist“, und auch als Auswanderungsgebiet seien die deutschen Kolonien ungeeignet, da diese mit Ausnahme des südlichen Teils von Südwestafrika in den Tropen liegen würden, wo für Weiße die Arbeit unter der brennenden Sonne „überhaupt untunlich“ wäre. Vgl.: ebenda; Mitteilungen, Nr. 25, 22. Juni 1912, S. 403 ff. und Nr. 26, 29. Juni 1912, S. 427 f.

¹⁷ Vgl. E. von Heydebrand, Beiträge, S. 572; Graf Limburg-Stürum, Aus der konservativen Politik, 1921, S. 32; K. von Westarp I, S. 242. Zur Flottenfrage vgl. insbes. die Ausführungen im Kapitel 4. 1.

¹⁸ Zit. nach: O.-E. Schüddekopf, Innenpolitik, 1951, S. 100, wo auch hervorgehoben wird, dass die Flotte seit 1848 „ein Lieblingskind des Liberalismus“ gewesen sei, weshalb die konservative Abneigung gegen die Flotte schon parteipolitisch motiviert worden wäre.

¹⁹ Gleichwohl schloss diese Zustimmung eine deutliche Bejahung der deutschen Weltpolitik mit ein, getreu dem in der „Kreuzzeitung“ verkündeten Motto: „Die Armee verbürgt uns die nationale Existenz, die Flotte die nationale Wohlfahrt auf wichtigen Gebieten und die Ausdehnungsmöglichkeit.“ Vgl. KZ, Nr. 70, 11. Februar 1912.

²⁰ Vgl. E. von Heydebrand, Beiträge, S. 605 ff.; K. von Westarp I, S. 151 ff.

²¹ Bei der Aufteilung Afrikas hatte Marokko zunächst seine Unabhängigkeit wahren können, doch durch die britisch-französische „Entente cordiale“ des Jahres 1904 war den Franzosen von Großbritannien freie Hand in Marokko zugestanden worden, weil diese ihrerseits auf Ägypten verzichtet hatten. Als die französische Regierung 1905 jedoch versuchte, ein Protektorat über Marokko zu errichten, scheiterte das am Einspruch des Deutschen Reiches, das hier ebenso wie Frankreich wirtschaftliche Interessen verfolgte und vor allem die Erzlagerstätten und fruchtbaren Landwirtschaftsgebiete in Südmarokko im Auge hatte (1. Marokko-Krise). In

des traditionellen *Gouvernementalismus* in der Außenpolitik, zunächst gemäßigt reagierte und übertriebene Kritiken der Nationalliberalen und Alldeutschen zurückwies²², stimmten die deutschkonservative Reichstagsfraktion und vor allem Heydebrand nach dem deutsch-französischen Marokkovertrag in den allgemeinen nationalen Proteststurm mit ein. In einer in außenpolitischen Fragen bisher nicht gekannten Schärfe polemisierte der deutschkonservative Parteivorsitzende in der großen Marokko-Debatte des Reichstags am 9. November 1911 gegen das Vorgehen der deutschen Regierung: Er wandte sich gegen Bethmann-Hollwegs Feststellung, der Vertrag mit Frankreich bedeute einen Fortschritt hinsichtlich der deutsch-französischen Annäherung und äußerte unmissverständlich, dass ihm eine gewaltsame Lösung der Marokko-Angelegenheit lieber gewesen wäre²³; in unglaublich drastischen Worten machte Heydebrand dann Großbritannien für das Ergebnis der Krise verantwortlich, unterstrich das „Recht“ und die „Bestimmung“ des Deutschen Reiches, „seinen Platz an der Sonne [zu] suchen“ und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, zukünftig „auf eine Regierung zu [...] hoffen, die gewillt ist“, das „Schwert zu gegebener Zeit nicht rosten zu lassen.“²⁴

Wollten die Konservativen, dass der „Panthersprung“ die Wirkung der Emser Depesche haben sollte, wie es die der Schwerindustrie nahe stehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ forderte?²⁵ Es war jedenfalls deutlich geworden, dass Heydebrand die Unterstützung seiner Partei angeboten hatte, wenn die Regierung die Stunde für einen Krieg gegen das Inselreich zur Wahrung der deutschen Ehre für gekommen erachtete.

Die Wirkung der Rede, die durch ihren leidenschaftlichen Vortrag und das rhetorische Talent noch verstärkt wurde²⁶ – Heydebrand sprach frei und richtete den Zeigefinger anklagend auf Bethmann Hollweg –, war jedenfalls enorm, und der Reichskanzler fühlte sich daher dazu veranlasst, darauf zu reagieren. Schon am Folgetag beschuldigte Bethmann Hollweg den deutschkonservativen Parteiführer im Reichstag, „dass in diesem Hause über unsere Beziehungen zu einem fremden Staate, mit dem wir in normalen Beziehungen stehen, in einem Ton gesprochen worden ist, der vielleicht in Wahlversammlungen nützlich, aber der in einem seiner Verantwortung bewussten Parlamente nicht üblich ist“, und dass „leidenschaftliche und alles Maß übersteigende Worte wie die des Herrn von Heydebrand [...]

der auf deutschen Druck anberaumten internationalen Konferenz von Algeciras wurde die Unabhängigkeit des marokkanischen Sultans zwar bestätigt, was aber nur auf den ersten Blick einen „Sieg“ für die deutsche Regierung darstellte, da die aggressive Politik des Reiches gegenüber Frankreich zur Folge hatte, dass sich die Ententemächte enger zusammenschlossen, während Deutschland als „Störenfried“ immer weiter in die Isolation geriet. Diese Entwicklung wurde durch die 2. Marokko-Krise noch beschleunigt: Nachdem französische Truppen im Frühjahr 1911 den marokkanischen Sultan im Kampf gegen aufständische Stämme unterstützt hatten, reagierte die deutsche Regierung mit der Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ ins südmarokkanische Agadir (sog. „Panthersprung“). Großbritannien erklärte sich jetzt öffentlich dazu bereit, Frankreich militärisch zu unterstützen, falls es zu einem deutschen Angriff kommen sollte, woraufhin die deutsche Regierung einlenkte, weil sie einen großen Krieg nicht riskieren wollte: Im deutsch-französischen Marokkovertrag vom 4. November 1911 wurde Marokko nun als französisches Einflussgebiet anerkannt, während Deutschland als Ausgleich einen relativ wertlosen Teil des französischen Kolonialgebietes am Kongo erhielt. Die Politik der deutschen Regierung wurde im Innern als Schwäche gewertet und führte zu einer allgemeinen Empörung im Deutschen Reich. Zur 1. und 2. Marokko-Krise vgl. vor allem A. J. P. Taylor, *Struggle for Mastery*, 1971, S. 427 ff.; F. Fischer, *Krieg der Illusionen*, 1969, S. 117 ff.

²² Besonders scharf war ihre Polemik gegen die den Alldeutschen nahe stehende „Post“, deren „Schmähartikel gegen den Kaiser als Ausgeburt eines überreizten Gehirns“ bezeichnet wurden. Vgl. KZ, Nr. 366, 7. August 1911; Nr. 377, 13. August 1911; Nr. 389, 20. August 1911 und Nr. 479, 12. Oktober 1911.

²³ „Das, was uns den Frieden sichert, sind nicht die Nachgiebigkeiten, sind nicht die Einigungen, nicht die Verständigungen, sondern das ist nur unser gutes deutsches Schwert.“ SBR, Bd. 268, 9. November 1911, S. 7721.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Zit. nach W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 463.

²⁶ Vgl. K. von Westarp I, S. 160. Bülow bezeichnete Heydebrand gar als den „beste[n] Debattierer in deutschen Parlamenten [...], der klar, inzessiv und schlagfertig sprach.“ B. von Bülow, *Denkwürdigkeiten I*, 1930/31, S. 201.

das Deutsche Reich schädigen²⁷ würden. In der Tat war Heydebrands Rede verantwortungslos und insbesondere die Bemerkung, dass das deutsche Volk jetzt wisse, „wo der Feind sitzt“²⁸, ließen ein Rapprochement mit der Insel in den Augen der Öffentlichkeit zukünftig als nationalen Verrat erscheinen.²⁹

Angesichts der Tatsache, dass die Positionierung der DkP in der Marokko-Frage ungleich radikaler war als ihr Antigouvernementalismus bei den Handelsverträgen der 1890er Jahre oder beim Flottenbau, bleibt die Frage, was diesen Bruch im außenpolitischen Auftreten der Deutschkonservativen bewirkt hatte. Zum einen war es sicherlich das Bedürfnis der Partei, die seit der Verabschiedung der Reichsfinanzreform in der breiten deutschen Öffentlichkeit bestehende anti-konservative Stimmung zu durchbrechen; dass die Rede Heydebrands „auch in der Absicht gehalten wurde, die entstandene nationale Erregung für die unmittelbar bevorstehende Wahl nutzbar zu machen“³⁰, lässt den Missbrauch seiner politischen Verantwortung dabei nur umso deutlicher hervortreten. Zum anderen aber war diese Wendung auch Ausdruck eines Prozesses innerhalb der DkP, in deren Ergebnis es zu einer bürgerlich-nationalistischen Verformung der ehemals rein preußisch-partikularistischen konservativen Ideologie kam: Wenn viele Konservative sich den weltpolitischen Zielen der Kolonial- und vor allem der Flottenpolitik gegenüber zunächst reserviert verhalten hatten, weil diese nicht in einer Linie mit der preußischen Außenpolitik standen, musste die DkP hier in ein Dilemma geraten, weil ihr Versuch, eine breitere Basis, vor allem im Mittelstand zu gewinnen, nur dann gelingen konnte, wenn sie die neue Weltpolitik rückhaltlos unterstützte. Vor diesem Hintergrund vollzog sich nach der Jahrhundertwende eine teilweise Aufnahme nationalistischen Gedankenguts, das zudem als Parole zur Bekämpfung innenpolitischer Gegner eingesetzt werden konnte, vor allem der Sozialdemokratie, aber auch der Linksliberalen, sofern diese, wie Eugen Richter, anti-imperialistisch gesinnt waren.³¹ Doch erst seit 1911 war die zunächst ambivalente Antwort auf die Weltpolitik – einerseits Vorbehalte, aber andererseits Unterstützung gegen wirtschaftliche Zugeständnisse – einer breiten Zustimmung gewichen.³²

Wenn die Deutschkonservativen sowohl im innen- als auch im außenpolitischen Bereich eine Lösung ihrer Probleme in einem zunehmenden Radikalismus suchten, so blieb die Parteiführung doch stets bestrebt, sich vom Nationalismus des „Alldeutschen Verbandes“ oder anderer nationaler „Pressure groups“, wie dem „Wehrverein“ oder dem „Flottenverein“, zu unterscheiden. Hatte man im ADV noch 1909/10 feststellen müssen, dass sich die

²⁷ SBR, Bd. 268, 10. November 1911, S. 7756. Vgl. auch Th. von Bethmann Hollweg, Betrachtungen I, 1919, S. 35 f. Unterstaatssekretär von Loebell bezeichnete in einem Brief an Bethmann Hollweg vom 12. November 1911 die Rede Heydebrands gar als die eines „advocatus diaboli“, die „die Volksleidenschaft aufregt und um den Beifall der Menge buhlt.“ Zit. nach: K. von Westarp I, S. 160 f.

²⁸ SBR, Bd. 268, 9. November 1911, S. 7721.

²⁹ Dies war umso verhängnisvoller, da die Schlüsselrolle Großbritanniens spätestens seit der 2. Marokko-Krise nicht mehr zu übersehen war. Vgl. dazu vor allem: F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 117 ff. und 169 ff.; M. Stürmer, Das ruhelose Reich, ³1990, S. 351 f. Heydebrand war sicherlich mit seiner Wortwahl und Rhetorik am vehementesten aufgetreten, aber selbst Zentrumsführer Georg Frhr. von Hertling meinte, dass die Aufrechterhaltung des Friedens zwar „ein hohes Gut sei, dass aber zu teuer erkaufte wäre, wenn es nur auf Kosten unserer Weltmachtstellung gehen kann.“ Lediglich August Bebel sagte in der Marokko-Debatte die nahende Katastrophe, „die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt“, voraus. SBR, Bd. 268, 9. November 1911, S. 7723 ff.

³⁰ Dies gibt Westarp unumwunden zu. Vgl. K. von Westarp I, S. 161.

³¹ Vgl. W. J. Mommsen, Nationalstaat, 1990, S. 209; H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, 1966, S. 278 f. Während Mommsen für die „funktionale Interpretation“ votiert, also den Versuch der DkP, die innenpolitische Isolierung zu durchbrechen, betont Puhle die ideologische Verformung. Dass ein „militanter Nationalismus“ im radikalen Flügel der DkP schon vor der Jahrhundertwende, ja sogar schon vor der Gründung des BdL, am Rande vorhanden gewesen ist, darauf verweist D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 208, Anm. 51, indem er die Bücher des Leitartiklers der „Kreuzzeitung“, Wolfgang Eisenhart, erwähnt, u. a.: Der nächste Krieg mit Russland, ²1888; Deutschlands Zukunft. Politische und religiöse Betrachtungen, 1892.

³² Vgl. K. von Westarp I, S. 157; KZ, Nr. 537, 15. November 1911 und Nr. 543, 18. November 1911, Beilage.

Beziehungen mit den anderen nationalen Verbänden und den Nationalliberalen sowie Freikonservativen schneller entwickeln würden als mit der DkP³³, so brachte auch ein erstes Treffen zwischen dem ADV-Vorsitzenden Claß und Heydebrand Anfang 1911 nicht die von alldeutscher Seite erhofften Ergebnisse, da der deutschkonservative Parteivorsitzende die Alldeutschen nur einseitig für die Etablierung konservativer Vereine im Westen und in Mitteldeutschland auszunutzen trachtete³⁴; engere Kontakte zwischen dem ADV und den Deutschkonservativen blieben daher im Allgemeinen auf Einzelpersonen beschränkt.³⁵ Nicht ohne Einfluss auf die Partei konnte jedoch die Annäherung von BdL und ADV im Laufe des Jahres 1913 bleiben³⁶: Vermittelt durch den BdL musste die völkisch-nationalistische Programmatik des ADV auch in die Partei hinein wirken, ohne dass sich die Führung dieser jedoch voll anschloss.³⁷

Das Verhalten der DkP während der Marokko-Krise hatte nur erneut deutlich offenbart, dass die, vor allem von den Mitgliedern des preußischen Herrenhauses und z. T. von der „Kreuzzeitung“ repräsentierten traditionellen gouvernementalen Strömungen³⁸, innerparteilich immer mehr an Einfluss verloren. Eine neue Qualität war dadurch erreicht worden, dass sich dieser Antigouvernementalismus jetzt auch deutlich sichtbar auf den Bereich der Außenpolitik ausgeweitet hatte³⁹; doch anders als Bassermann und Hertling verband

³³ BArch, R 8048/ 193, Bl. 306 ff. Briefe von Klitzings an von Normann und an Claß vom 27. Juli 1909 bzw. vom 28. Januar 1910.

³⁴ Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 213.

³⁵ So vor allem auf die beiden Reichstagsfraktionsmitglieder Graf Carmer-Zieserwitz und Wagner (1912 nicht wieder gewählt), die in Sachsen enge alldeutsche Beziehungen hatten, oder den Fürsten Salm-Horstmar, Mitglied des Fünfteiler-Ausschusses der DkP. Vgl. K. von Westarp I, S. 158 und 168; ferner: ebenda, Bd. II, S. 44 und 169. Selbst im Weltkrieg, als die gemeinsame Beteiligung an der Kriegszielbewegung Partei und Verband zwangsläufig einander näher bringen musste, brachte die DkP den Alldeutschen zwar Sympathie für deren „patriotische“ Grundhaltung entgegen, bewahrte aber weiterhin Distanz. Vgl. z. B. die Rede des DkP-Abgeordneten von Hennings-Techlin, in: SBAh, Bd. 6, 1917, S. 6957.

³⁶ Vgl. dazu Kapitel 7. 3.

³⁷ Zielsetzung und Motive des „Alldeutschen Verbandes“ blieben der DkP-Führung stets fremd: Man hielt das Deutsche Reich für saturiert und begann erst nach dem 1. August 1914 mit der Aufstellung von Kriegszielen, während es die Alldeutschen schon immer als „das letzte und erhabenste Ziel“ angesehen hatten, den „Zusammenschluss aller oberdeutsch und niederdeutsch besiedelten Länder Mitteleuropas zu einem großdeutschen Staatenbunde“ zu erreichen. Elemente der alldeutschen, plebejisch-nationalistischen, militant-antisemitischen Propaganda, waren dagegen im „Fußvolk“ der Partei, vor allem bei den Journalisten der konservativen Provinzpresse und den konservativen Wanderrednern, nicht zu übersehen: Diese bildeten den „Bodensatz“ für patriotische Feiern aller Art sowie für zahlreiche provinzielle Wahlkampfveranstaltungen des Jahres 1911 und konnten danach nicht mehr ohne Weiteres wieder in die „traditionellen Geleise“ zurückgeholt werden, nachdem sie ihre politische Funktion erfüllt hatten; diese „Tendenz, Demagogie als Politikersatz zu betreiben“, muss auf alldeutsche und bündlerische Einflüsse zurückgeführt werden und hat den politischen Stil der DkP sicherlich auf folgenschwere Weise verformen helfen. Die führenden deutschkonservativen Politiker dagegen traten bei ihren parteioffiziellen Erklärungen oder im Plenum in „nationalen“ Fragen zumeist bewusst zurückhaltender auf als selbst linke Nationalliberale. Vgl. D. Stegmann, *Neokonservatismus*, 1983, S. 209 f. Ferner: H. Grell, *Der Alldeutsche Verband*, 1917, S. 18. K. von Westarp I, S. 167 f. und 242.

³⁸ Nach der Reichstagsdebatte vom 9. November war die „Kreuzzeitung“ vorsichtig in das Lager der Antigouvernementalen umgeschwenkt, blieb aber im Vergleich zu Heydebrand oder den Äußerungen in der liberalen Presse sehr gemäßigt; man zeigte sich „völlig unbefriedigt“ von Bethmanns Erklärung über die Gründe, die zum deutsch-französischen Marokkovertrag geführt hätten: „Die große Rede des Reichskanzlers am Donnerstag (9.11.) bietet uns nicht den Schlüssel zu den letzten Rätseln, sie ist vielmehr auf den Ton der Resignation gestimmt, und das ist nicht der Ton, den ein mächtiges, seiner Kraft bewusstes Volk nach einer fast halbjährigen diplomatischen Campagne erwartet.“ Gleichwohl distanzierte sich die „Kreuzzeitung“ von der „chauvinistischen Presse, die in diesen Tagen in geradezu krankhaften Wutausbrüchen über das Abkommen und die für seinen Abschluss verantwortlichen Personen herzieht.“ KZ, Nr. 532, 12. November 1911.

³⁹ Das Auftreten im November 1911 unterschied sich auch klar von der Vorgehensweise während der Daily-Telegraph-Affäre: Die Kritik im Oktober 1908 betraf zwar auch eine außenpolitische Angelegenheit, richtete sich aber gegen den Kaiser, also nach innen, und war zudem nicht so vehement wie die drastischen, gegen England gerichteten Äußerungen während der 2. Marokko-Krise.

Heydebrand seinen Angriff auf die Reichsleitung in der Marokko-Krise nicht mit der Forderung, dass dem Reichstag künftig in auswärtigen Angelegenheiten ein Mitspracherecht einzuräumen sei⁴⁰ – in dieser Beziehung konnte sich Bethmann Hollweg auf die antiparlamentarische Ausrichtung der DkP verlassen.

Das außenpolitische Denken der Deutschkonservativen vor dem Weltkrieg war also einerseits gekennzeichnet durch eine fatale Ergebnislosigkeit gegenüber der Reichsleitung, der man auch weiterhin die alleinige Autorität in diesen Fragen zugestand, und andererseits durch übersteigerte Forderungen an die Regierung, auf die seit der 2. Marokko-Krise zunehmende deutsche Isolierung mit einer Politik der Stärke zu reagieren. Wenn dieses Paradoxon auch bis zum Kriegsausbruch bestehen blieb, so wurde es doch zunehmend zugunsten des Letzteren aufgelöst. Deutlich wurde dies zunächst, als sich Bethmann Hollweg anlässlich des Besuchs des britischen Kriegsministers Lord Haldane im Februar 1912 in Berlin erfolglos darum bemühte, gegen das Quidproquo einer Beschränkung des Umfangs und der Geschwader des deutschen Schlachtflottenbaus ein umfassendes politisches Arrangement mit den Briten auszuhandeln, um das Reich aus seiner bedrängten internationalen Lage herauszubringen⁴¹: Selbst von der „Kreuzzeitung“ wurde der Kanzler jetzt gedrängt, sich auf keine Übereinkunft mit dem Inselreich einzulassen, da man „[...] nicht mehr im Zweifel darüber sein [könne], dass die britische Regierung unter einer Verständigung mit Deutschland lediglich eine offizielle Anerkennung des britischen Weltschiedsrichtertums versteht, die Herbeiführung eines Verhältnisses zwischen England und der stärksten Kontinentalmacht, wie es nach dem Zweiten Punischen Krieg etwa zwischen Rom und Karthago bestand.“⁴²

Die ständigen außenpolitischen Misserfolge verfestigten innerhalb der Deutschkonservativen Partei, ebenso wie in der breiten deutschen Öffentlichkeit, zunehmend den Ruf Bethmann Hollwegs als eines schwachen, unentschlossenen Kanzlers, dem es am Willen mangle, die nationalen Interessen Deutschlands gegebenenfalls mit machtpolitischen Mitteln durchzusetzen und führten dazu, dass das Geschrei der Befürworter einer Politik der Stärke größer wurde: Als Europa im Strudel der Balkankrise schon 1912/13 am Rande des Weltkriegs stand⁴³ und der Schlüssel, der ihn hätte auslösen können, in Berlin lag, da

⁴⁰ Im Gegenteil dazu führte der DkP-Vorsitzende in den einleitenden Worten seiner Marokko-Rede aus: “Wenn wir [...] durchaus nicht ganz mit dem einverstanden sind, was uns hier vorgelegt wird [die Erklärung Bethmann Hollwegs zum deutsch-französischen Marokko-Vertrag; J. B.], so entnehmen wir doch daraus noch keinen Grund, eine an und für sich richtige Verteilung der Kompetenzen zu ändern. Das sind Fragen, die man nicht von einem einzelnen Falle aus beurteilen kann; sondern die kann man nur entscheiden, wenn man das Wesen der Dinge und die ganze Entwicklung ins Auge fasst.” SBR, Bd. 268, 9. November 1911, S. 7719. Allerdings war es widersprüchlich, dass die DkP-Fraktion einer Erweiterung der Rechte des Reichstags zustimmte, die vorsah, den Erwerb und die Veräußerung von Kolonialbesitz zukünftig von der Zustimmung des Reichstags abhängig zu machen. Diese Frage war auf die Tagesordnung gekommen, als der mit Frankreich geschlossene Marokko-Vertrag dem Haushaltsausschuss des Reichstags überwiesen worden war. Die Verfassung des Deutschen Reiches hatte Kolonialbesitz noch nicht berücksichtigt. Vgl. K. von Westarp I, S. 158.

⁴¹ Die sog. “Haldane-Mission” war von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil Bethmann Hollweg und der britische Außenminister, Sir Edward Grey, zu unterschiedliche Vorstellungen über ein deutsch-britisches Arrangement besaßen: Greys Ziel bestand nicht nur in der vom Reichskanzler angebotenen Begrenzung des deutschen Flottenbaus, sondern vor allem im Fortbestand des europäischen Gleichgewichts; dieses war jedoch gefährdet, wenn die Briten Bethmann Hollwegs Ansinnen nachgekommen wären, eine englische Neutralitätszusage im Falle eines kontinental-europäischen Krieges zu bekommen. Zudem sah sich der Reichskanzler in den eigenen Reihen dem Widerstand des Kaisers und von Tirpitz gegenüber, die jedes Einfrieren der Flottenrüstung als nationale Schmach ansahen, zumal der Großadmiral auch nicht bereit war, im Casus Belli seine Strategie der Entscheidung in der Nordsee preiszugeben. Vgl. F. Fischer, *Krieg der Illusionen*, 1969, S. 180 ff.; M. Stürmer, *Das ruhelose Reich*, 1990, S. 355 ff.

⁴² KZ, Nr. 69, 10. Februar 1912. Ferner: KZ, Nr. 65, 8. Februar 1912 und Nr. 67, 9. Februar 1912; Mitteilungen Nr. 47, 23. November 1912, S. 762 f.

⁴³ Im Herbst 1911 hatte Italien die Verhärtung der Fronten zwischen England und Deutschland sowie das gleichzeitige Umworbensein von beiden Mächten dazu ausgenutzt, seine lang gehegten Pläne zum Krieg gegen die Türkei und die Eroberung von Tripolis und der Cyrenaika zu realisieren. Die Schwächung der Türkei führte Mitte 1912 zum Zusammenschluss von Bulgarien, Griechenland, Serbien und Montenegro zum Balkanbund, der

ermunterten die Deutschkonservativen die Regierung, „die Lage gegebenenfalls rückhaltlos zu unseren Gunsten auszunutzen“ und dabei „niemals jene englischen Aggressivitäten zu vergessen, die man uns im vorigen Marokko-Sommer angetan. Es ist nicht Sache der deutschen Regierung, dauernd die Friedensflöte zu blasen.“⁴⁴

Sehr wohlwollend nahmen die Deutschkonservativen daher die in einer ungewohnt deutlichen Sprache gegen Russland gerichtete Reichstagsrede Bethmann Hollwegs vom 2. Dezember 1912 zur Kenntnis, in der dieser sich ostentativ an die Seite seines Dreibundpartners stellte.⁴⁵ Hier befanden sich Deutschkonservative und Reichskanzler wieder auf einer Linie, wie es die Rede des Grafen Kanitz, der zumeist bei den außenpolitischen Debatten für die Reichstagsfraktion der DkP das Wort ergriff, unterstrich:

„Wir dürfen einen Bundesgenossen, für den wir keinen Ersatz finden würden, unmöglich im Stich lassen, und wenn wir auch in einen Krieg verwickelt werden, so geschieht es nicht wegen des lumpigen Stücks Küste am Adriatischen Meere, welches uns vollkommen gleichgültig sein kann, sondern es handelt sich darum, uns unsern Bundesgenossen im Dreibund zu erhalten; denn diese Bundesgenossenschaft ist für uns, wie die Dinge einmal liegen, eine Lebensfrage, eine Existenzfrage.“⁴⁶

Mit solchen Erklärungen hatten sich die Deutschkonservativen längst von den Grundsätzen ihres außenpolitischen Lehrmeisters Bismarck entfernt, der den Casus Foederis stets nur bei der Abwehr eines russischen Angriffs auf Österreich als gegeben betrachtet hatte, niemals jedoch für den Fall der Vertretung österreichischer Interessen auf dem Balkan.⁴⁷

Sicherlich: Die Deutschkonservative Partei hat weder auf die Dreibundpolitik noch auf die außenpolitischen Entscheidungen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges einen entscheidenden Einfluss ausgeübt; sie hat dieses nie angestrebt und selbst wenn sie es grundsätzlich gewollt hätte, wären ihr aufgrund der durch die Verfassung gezogenen Beschränkungen, aber auch wegen ihres geringen Einflusses auf Wilhelm II. oder Bethmann Hollweg keine

die Pforte im 1. Balkankrieg schnell besiegen konnte, die daraufhin ihre europäischen Restbesitzungen nahezu vollständig einbüßte. Die Siege der kleinen Balkanmächte alarmierten jetzt aber die Regierung am Ballhausplatz, denn in Wien konnte man sich ausrechnen, dass der Balkan für den Panlawismus unter russischer Führung gewonnen werden sollte und dass die Doppelmonarchie nach der Türkei der Feind Nummer eins sein würde. Als es im Vorfeld der Friedensverhandlungen angesichts der serbischen Forderung nach einem Adriaafen zu einer harten Kontroverse zwischen Wien und Belgrad kam, stellten sich Deutschland und Russland entschieden auf die Seite ihrer Schützlinge – die Konstellation von 1914 war hier schon vorweggenommen. Aber noch brach der allgemeine Krieg nicht aus, denn der Londoner Botschafterkonferenz im Frühjahr 1913 gelang es durch die Errichtung des Staates Albanien dem serbischen Drang an die Adria einen Riegel vorzuschieben und damit dem österreichischen Interesse zu entsprechen. Geschwächt wurde die Position der Donaumonarchie jedoch wieder durch den 2. Balkankrieg: Dieser war im Juni 1913 von Bulgarien gegen seine ehemaligen Bundesgenossen begonnen worden, da es sich bei der Beuteverteilung nach dem 1. Balkankrieg benachteiligt gefühlt hatte; die Niederlage Bulgariens, das jetzt auch noch Rumänien und die Türkei zu seinen Gegnern zählen musste, führte zu einer Stärkung Serbiens und damit zu einer Verschärfung des den Weltkrieg auslösenden österreichisch-serbischen Gegensatzes.

⁴⁴ Mitteilungen, Nr. 47, 23. November 1912, S. 762 f.

⁴⁵ Bethmann Hollweg führte aus: „Wenn unsere Bundesgenossen aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir, unserer Bündnispflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben, dann würden wir an der Seite unserer Verbündeten zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung der Sicherheit und Zukunft unseres eigenen Landes fechten.“ SBR, Bd. 286, 2. Dezember 1912, S. 2472. Dass Bethmann Hollweg vom „Fechten“ sprach, erinnerte viele an Heydebrands Worte vom „Schwert im Munde“, das der Kanzler noch ein Jahr zuvor zurückgewiesen hatte. Vgl. K. von Westarp I, S. 165.

⁴⁶ SBR, Bd. 286, 2. Dezember 1912, S. 2487.

⁴⁷ In den „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ wurde Bismarcks Außenpolitik sogar offen kritisiert: Dieser sei durchaus kein „Halbgott ohne Fehl und Tadel“ in außenpolitischen Belangen gewesen, wenn man nur an seine ablehnende Haltung zur Kolonialpolitik, seine Unterschätzung der Tragweite der französischen Kolonialpolitik oder seine falsche Äußerung Hohenlohe gegenüber denke, dass Frankreich nicht bündnisfähig sei. Vgl. Mitteilungen, Nr. 47, 23. November 1912, S. 762. In der „Konservativen Monatsschrift“ waren schon Ende 1911 die Prinzipien Bismarckscher Außenpolitik aufgrund der dynamischen Entwicklung des Deutschen Reiches als „zeitlich begrenzt“ bezeichnet worden. Vgl. KM, Heft 3, Dezember 1911, S. 211 ff.

durchgreifenden Erfolge beschieden gewesen; die Deutschkonservative Partei hat auch nie einen Angriffs- oder Präventionskrieg direkt gefordert, aber mit der von ihr signalisierten Bereitschaft, der Regierung wegen eines als unwichtig angesehenen Adriaufens oder eines als unbedeutend betrachteten Stück Landes in Afrika, willig in den Krieg zu folgen, hat sie dazu beigetragen, den Druck einer entfesselten öffentlichen Meinung auf die Regierung zu erhöhen und das Kriegskalkül und die tödliche Gefahr selbstverständlich werden zu lassen.

Als die DkP der letzten und größten Wehrvorlage in der Geschichte des Kaiserreiches im Sommer 1913 ihre Zustimmung gab⁴⁸, forderte Graf Kanitz anlässlich der Besprechung der Ereignisse auf dem Balkan geradezu, „*dass jede kriegerische Verwicklung, zwischen zwei Großmächten, die sich daran anschließen sollte, den Weltkrieg zur Folge haben müsste*“ [Hervorhebung: J. B.]; und wenn er dem Plenum angesichts der kriegsunwilligen SPD zurief: „Glauben Sie nicht, dass die internationale Sozialdemokratie den Ausbruch eines Krieges verhindern wird“⁴⁹, so kam in solchen Worten mehr als nur eine Bereitschaft hinsichtlich eines kommenden Krieges zum Ausdruck, sondern fast schon so etwas wie eine freudige Erwartungshaltung, die zunehmend die Form einer ‚Self-fulfilling prophecy‘⁵⁰ annahm, die objektiv eben das befördert, was sie subjektiv vorhersagt.

3. Die DkP und der Kriegsausbruch

⁴⁸ Die dritte Wehrvorlage binnen zwei Jahren war mit der Begründung eingebracht worden, dass „durch die Ereignisse, die sich auf dem Balkan abspielten, die europäischen Machtverhältnisse verschoben worden“ seien. In ihr hieß es weiter: „Deutschland hat in einem Kriege, der ihm aufgenötigt werden sollte, lang gestreckte, von Natur zum großen Teil offene Grenzen, möglicherweise gegen mehrere Feinde zu schützen. Infolge der eingetretenen Verschiebung ist es jetzt mehr denn je unsere oberste Pflicht, diesen Schutz so stark zu gestalten, wie unsere Volkskraft es zulässt.“ Zit. nach Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1913, S. 123. Konkreter Hintergrund der Vorlage war, dass der Große Generalstab die Vermehrung des deutschen Landheeres gefordert hatte, weil in einem künftigen Krieg das britische Expeditionskorps die Massenheere Russlands und Frankreichs möglicherweise verstärken werde. Eine hitzige Debatte entbrannte jetzt nicht nur um die vor allem für die Heeresvermehrung um knapp 150.000 Mann anfallenden Mehrkosten, sondern auch um einige Eckpfeiler der militaristischen Gesellschaft: Die Anzahl der feudalen Regimenter – von den sechs Kavallerieregimentern sollten drei gestrichen werden – wurde dabei ebenso ein Gegenstand der Kritik wie die Zuwahl des Offizierskorps, die Bevorzugung des Adels oder die amtliche Doppelzüngigkeit beim Duellwesen. Zwar ging die deutschkonservative Reichstagsfraktion über die Postulate der Regierung und des Kaisers hinaus und forderte eine Erhöhung auf acht Kavallerieregimenter, da die ostpreußischen DkP-Abgeordneten diese aufgrund der russischen Truppenkonzentration an der Grenze als besonders erforderlich erachteten – vgl. Antrag Rogalla von Bieberstein, SBR, Anl. Bd. 302, Rr. 1039 –, dennoch offenbarte das Verhalten Heydebrands in dieser Angelegenheit, dass diesem die Durchsetzung eigener steuerpolitischer Vorstellungen wichtiger erschien als die so gerne in Anspruch genommene nationale Gesinnung: Der Parteiführer rühmte sich jedenfalls, nicht nur den Zentrumsantrag auf Streichung der drei Kavallerieregimenter „indirekt“ selbst inspiriert zu haben, sondern er wollte hierin sogar noch weiter gehen, wie er Westarp schrieb: „Die Sache [die steuerpolitischen Zugeständnisse der Regierung bei der Deckung der Wehrvorlage; J. B.] hat m. E. nur dann Aussicht, durchgedrückt zu werden, wenn die Regierung Angst bekommt, dass bei einem eventuellen Versagen eines Teiles des Zentrums und von uns in wichtigen Einzelfragen [...] wichtige Stücke ihrer Vorlage gefährdet werden könnten, wenn sie uns von der Linken ruhig vergewaltigen lässt [...] Aus diesem Gesichtspunkte war ich sehr erfreut, als ich die Ablehnung der 3 Kavallerieregimenter las, und es wird m. E. zweckmäßig sein, wenn auch wir solche Punkte herausuchen, in denen wir dringend etwas Anderes oder Paralleles, aber der Regierung resp. den Militärs Unbequemes präscribieren können [...] Nur dann können wir materiell hoffen, die Regierung zu einem Drucke auf die NL [Nationalliberalen; J. B.] zu bestimmen.“ Mit dem letzten Satz nahm Heydebrand Bezug auf das in innenpolitischen Kreisen kursierende Gerücht, wonach sich die NLP mit der SPD und der FVP bereits auf eine Erbschaftssteuerinitiative geeinigt hätte. Die Anregungen des Parteiführers fanden in der DkP-Fraktion jedoch keine Mehrheit. Vgl. den Brief Westarps an Heydebrand vom 3. Mai 1913 und dessen Antwort an Westarp vom 5. Mai 1913, in: K. von Westarp I, S. 280 f. und S. 264. Zum Hintergrund der Wehrvorlage vgl. auch Kap. 7. 1. und: W. J. Mommsen, Latente Krise, 1973, S. 58 ff.; F. Fischer, Krieg der Illusionen, 1969, S. 386 ff.

⁴⁹ SBR, Bd. 289, 8. April 1913, S. 4547.

⁵⁰ Der Ausdruck bei W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 538.

„Die gewaltige Erhebung des August 1914 betrachte ich als Verwirklichung besten konservativen Strebens und als Frucht unseres konservativen Ringens um die Seele unseres Volkes [...]. Nun wurde der organische Staatsgedanke konservativer Weltanschauung zur Tat. Beste Überlieferung preußischer und deutscher Geschichte war lebendig geworden; sie wies den Weg in die bessere Zukunft.“⁵¹

Am 28. Juni 1914 ermordete der serbische Nationalist Gavrilo Princip in Sarajewo den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin, die Herzogin von Hohenberg Sophie Gräfin von Chotek. Das Attentat war das Werk der in Belgrad aufgestellten, ausgebildeten und ausgerüsteten Terroristengruppe „Schwarze Hand“, die als Organ der großserbischen Bewegung und nach den Plänen und Weisungen des Chefs des militärischen Geheimdienstes im serbischen Generalstab handelte. Obwohl die Hintergründe für den Anschlag erst später offenbar wurden, ging die österreichisch-ungarische Regierung in berechtigten Erwägungen von der Mitverantwortung Serbiens für das Attentat aus.⁵² Doch in Wien betrachtete man den Mord auch als geeigneten Anlass, die vom serbischen Nationalismus für den eigenen Vielvölkerstaat ausgehenden Gefahren zu beseitigen und mit Serbien endlich einmal „gründlich abzurechnen.“⁵³ Dafür bedurfte es jedoch der Unterstützung des deutschen Verbündeten, die am 5. Juli von Wilhelm II. unter Billigung Bethmann Hollwegs⁵⁴ gegeben wurde, da der Kaiser dem Wiener Botschafter erklärte, dass Österreich über sein Vorgehen gegen Serbien selbst entscheiden müsse, dass es aber bei einem daraus entstehenden europäischen Konflikt auf den Beistand des deutschen Bundesgenossen rechnen könne. Dieser „Blankoscheck“ sicherte dem Dreibundpartner auch im Falle eines österreichischen Angriffs die deutsche Unterstützung zu. Aber die Österreicher verschwendeten kostbare Zeit, sollte der „Blankoscheck“ doch einen schnellen Vergeltungsschlag auslösen und damit gerade am großen Krieg vorbeiführen: Erst am 23. Juli richtete die Wiener Regierung jetzt die heimlich mit Berlin abgestimmte und gemeinhin als Ultimatum bezeichnete Note an Belgrad, die u. a. die kaum annehmbare Forderung der strengen Untersuchung aller in Serbien gegen Österreich gerichteten Umtriebe unter Beteiligung österreichisch-ungarischer Beamter enthielt. Serbien versicherte sich der russischen Unterstützung und lehnte das Ultimatum ab, indem es sich nur einem Teil der insgesamt zu harten österreichischen Forderungen unterwarf. Das Zarenreich, das schon einen Tag nach dem Ultimatum mit Mobilmachungsvorbereitungen begonnen hatte, verfügte am 29. Juli die Generalmobilmachung, die binnen Stunden eine Lawine in Gang setzte, die alle Politik beiseite schob: Weil Deutschland die russische Generalmobilmachung als unmittelbare Bedrohung empfinden musste, antwortete die Reichsleitung am 31. Juli mit der Erklärung des „Zustands drohender Kriegsgefahr“ und richtete gleichzeitig auf Drängen des Generalstabschefs von Moltke⁵⁵ ultimative Anfragen an Russland und Frankreich, durch die

⁵¹ K. von Westarp I, S. 413.

⁵² Für die Hintergründe vgl. vor allem F. Würthle, Die Spur führt nach Belgrad, 1975.

⁵³ So beschrieb der deutsche Botschafter in Wien die Stimmung der österreichischen Diplomaten und Generäle zwei Tage nach dem Attentat. Zit. nach A. Hillgruber, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, 1967, S. 45. Die wichtigsten diplomatischen Akten finden sich bei I. Geiss, Julikrise und Kriegsausbruch, 1963/64.

⁵⁴ Der Reichskanzler glaubte, dass die Gesamtlage Europas jetzt noch die Möglichkeit bot, Österreich auf dem Balkan zu stabilisieren, ohne lebenswichtige Interessen Russlands zu verletzen. Unternahm die Österreicher eine schnelle militärische Vergeltungsaktion, würde die Entscheidung, darauf mit einem Weltkrieg zu antworten, Russland zugeschoben werden. Auf diese Weise hoffte Bethmann Hollweg, die Sozialdemokraten für den Krieg zu gewinnen und die Neutralen, vor allem aber England, aus diesem heraushalten zu können. Zu den Überlegungen Bethmann Hollwegs während der Julikrise vgl. vor allem die, wengleich in ihrer Bedeutung umstrittenen, Aufzeichnungen seines Privatsekretärs und Vertrauten Kurt Riezler, in: K. D. Erdmann, Kurt Riezler, 1972.

⁵⁵ Für die Strategie des deutschen Generalstabes spielte der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle, da man die Differenz zwischen der schnellen französischen und der Schwerfälligkeit der russischen Mobilmachung ausnutzen wollte: Die deutsche Aufmarschplanung nach dem Schlieffenplan von 1905 sah vor, zunächst Frankreichs Armee vor Paris zu vernichten und anschließend den russischen Einmarsch im Osten abzuriegeln.

sie die notwendigen Sicherungen gegen Mobilmachungsakte zu erhalten versuchte. Aufgrund der unbefriedigenden Antworten aus St. Petersburg und Paris antwortete das Reich am 1. bzw. 3. August mit den Kriegserklärungen an Russland und Frankreich. Einen Tag später begann Deutschland unter Verletzung der belgischen Neutralität seine militärischen Operationen mit dem Einmarsch in Belgien, der die englische Kriegserklärung an das Deutsche Reich nach sich zog.⁵⁶ Der Erste Weltkrieg hatte begonnen.

Nach der Verfassung des Deutschen Reiches lag die Entscheidung über Krieg und Frieden vor allem in den Händen des Kaisers, der, ungeachtet der Zuständigkeit von Reichskanzler und Auswärtigem Amt, der letztlich entscheidende Träger der auswärtigen Gewalt war.⁵⁷ Auch in der Julikrise und den in ihr gipfelnden deutschen Kriegserklärungen an Russland und Frankreich wurden die außenpolitischen Beschlüsse allein von der exekutiven Gewalt gefasst, d. h. von Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Bethmann Hollweg, vom Staatsministerium des Äußeren und in den von den Unterstaatssekretären geleiteten Ministerialstäben. Während die Militärs aufgrund der ständig wachsenden Kriegsgefahr zunehmend in den Entscheidungsprozess einbezogen wurden, blieben die Parlamente und Parteien in der Krisenpolitik des Juli 1914 im eigentlichen Entscheidungsprozess ausgeschaltet. Erst als der Kriegsentschluss gefasst worden war und die Regierung für die Zustimmung zur Kriegserklärung und für die Bewilligung der Kriegskredite des Bundesrates bzw. des Reichstags bedurfte, bezog sie die Parlamente und Parteien wieder ein, denen jetzt aber nur noch die Aufgabe der Akklamation und nicht mehr der Dezesion zukam.⁵⁸

Scheint vor diesem allgemeinen Hintergrund eine Betrachtung der Politik der Parteien des deutschen Reichstags hinsichtlich des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs wenig ergiebig zu sein, so wird bei einer näheren Untersuchung des Problems aber deutlich, dass die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Julikrise eben nicht nur vom formell geltenden Verfassungsrecht abhängig war, also von der bloßen Frage der legalen Zuständigkeit für den Kriegsentschluss, sondern vor allem von der *m a t e r i e l l e n V e r f a s s u n g s - w i r k l i c h k e i t*⁵⁹, d. h. von der Frage, welche realen Verfassungskräfte in der existenziellen Grenzsituation, in der sich das Reich durch die aktive Kriegsgefahr befand, an der Entscheidung über Krieg und Frieden maßgeblich teilnahmen. Und in diesem Punkte war die Regierung in ihrer Entscheidung, den Krieg zu erklären, „auf elementare Weise abhängig“ von der Zustimmung des Volkes und des Reichstags, denn ohne deren überwiegende Kriegsbereitschaft war ein Krieg undenkbar. Das galt für das Deutsche Reich in umso höherem Maße, „als die Regierung hier [...] jedes Instrumentariums entbehrte, um durch eine von oben gesteuerte Propaganda im Volk, in der Volksvertretung oder in der Presse eine Kriegsstimmung künstlich zu schaffen.“⁶⁰

⁵⁶ Belgiens Unabhängigkeit und Neutralität war durch den belgisch-niederländischen Vertrag vom 26. Juli 1831/ 19. April 1839 gewährleistet, der unter der Garantie der Signatarmächte der Wiener Verträge von 1815 (Frankreich, Großbritannien, Russland, Österreich und Preußen) stand.

⁵⁷ In Artikel 11 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches war festgelegt, dass die Erklärung eines Krieges in die Zuständigkeit des mit der völkerrechtlichen Vertretungsmacht ausgestatteten Kaisers fiel, der jedoch der Zustimmung des Bundesrates zur Kriegserklärung bedurfte, außer wenn es zu einem Angriff auf das Reichsgebiet gekommen war, um in diesem Falle der Gefahr ohne Verzug begegnen zu können. Da jedoch 1914 kein „effektiver Angriff“ auf das Reichsgebiet vorlag, hatte der Kaiser das Zustimmungsrecht des Bundesrates zu beachten, sodass dieser verfassungsgemäß am 1. August um 13 Uhr tagte, um nach einer längeren Erklärung des Reichskanzlers unisono seine Zustimmung zur deutschen Kriegserklärung an Russland und Frankreich zu beschließen, womit die Gesamtheit der deutschen Einzelstaaten die Mitverantwortung für die Entscheidung zum Krieg übernahm. Erst auf der Grundlage dieses Bundesratsbeschlusses ließ die Reichsleitung dann die deutsche Kriegserklärung in St. Petersburg und Paris übergeben. Vgl. A. von Wegerer, *Ausbruch des Weltkriegs*, Bd. 1, 1939, S. 183 ff. E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, ³1988, S. 942 ff.

⁵⁸ Natürlich hätten Bundesrat und Reichstag ihre Zustimmung auch jederzeit verweigern können, diese stand in der Krisensituation von 1914 aber außer Frage.

⁵⁹ Vgl. E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 5, 1978, S. 18; hier auch die Hervorhebung.

⁶⁰ Ebenda.

Die Verfassungswirklichkeit trat somit hinter die Frage zurück, ob die Nation als Ganzes zum Krieg entschlossen war. Ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung, auf die politischen Parteien, Verbände und deren Presse, konnte die Regierung im Juli 1914 keine Krisenpolitik betreiben. Auch wenn damit die Parteien nicht zum eigentlichen Entscheidungsträger wurden, bleibt doch zu untersuchen, welche Rolle sie und ihre Presse – und hier also die Deutschkonservative Partei – in der Julikrise spielten, und ob sie gar einen akzelerierenden oder retardierenden Einfluss auf die Regierungsentschlüsse besaßen.

Die Deutschkonservativen befanden sich nach dem Attentat von Sarajewo in einer schwierigen Situation, was insbesondere an den unterschiedlichen Positionen innerhalb der Partei zu Russland lag. Ein entschiedener Russland-Gegner war vor allem der aus dem Baltikum stammende langjährige Verfasser der außenpolitischen Rundschauen der „Kreuzzeitung“, Theodor Schiemann: Der Berliner Professor für osteuropäische Geschichte hatte schon seit langem alarmierende Berichte über russische Rüstungen und Angriffspläne in der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht, sodass es nicht verwundert, dass nach der Mordtat vom 28. Juni die Gefahr der Verwicklung Deutschlands in einen Krieg, wenn Österreich von Serbien Sühne fordern und auf den Widerstand Russlands stoßen würde, in der konservativen Presse schnell erkannt und der Öffentlichkeit bewusst gemacht wurde.⁶¹ Auch Heydebrand bezeichnete schon drei Tage nach dem Attentat die „allgemeine Lage“ Deutschlands als „h o c h g e f ä h r d e t“ und warnte davor, dass „der Funke im Pulverfass [...] eine entsetzliche Explosion verursachen“ könnte.⁶² Zwar wurde die österreichische Regierung nicht offen zum Krieg aufgefordert, dennoch war schon in den ersten Tagen nach den Geschehnissen von Sarajewo die Tendenz eines offensiven Umgangs bei der Beilegung des Konflikts in der konservativen Parteiführung und Presse dominant: Von Wien wurde eine Politik des Nichtnachgebens gefordert und an das Attentat die Erwartung geknüpft, dass dem „Nationalitätenhader“, aus dem „alle Feinde Österreich-Ungarns ihre Kraft“ schöpfen, „ein Ende gemacht wird.“⁶³

Immerhin blieb die „Kreuzzeitung“ aber zurückhaltender als die nationalliberalen Blätter, die schon nach dem 15. Juli die Erteilung einer Blankovollmacht von der deutschen Regierung forderten⁶⁴, nachdem der ungarische Ministerpräsident Tisza, der zunächst eine ablehnende Haltung eingenommen hatte, im ungarischen Abgeordnetenhaus den Krieg als „ultima ratio“ deklarierte; erst nach der Veröffentlichung der österreichischen Note an Serbien schwenkte

⁶¹ Als Schiemann jedoch am 2. September eine mögliche Verständigung mit England in der „Kreuzzeitung“ andeutete, wurde er von Graf Reventlow in der der BdL nahe stehenden „Deutschen Tageszeitung“ angegriffen; da die „Kreuzzeitung“, um einen öffentlichen Konflikt zu vermeiden, Schiemanns Gegenerklärung nicht abdruckte – diese erschien dann in der „Vossischen Zeitung“ –, löste der Geschichtspräsident seine Verbindung mit der „Kreuzzeitung“, was sich als folgenreich erweisen sollte, weil Schiemann die Zustimmung des Kaisers und der Hofgesellschaft besessen hatte und weil der Partei damit die Möglichkeit genommen wurde, Wilhelm II., für den die „Kreuzzeitung nun keinen Wert mehr“ besaß, „in Zukunft [...] durch diese Artikel Anregungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nahe zu bringen.“ Nun bemühte sich die BdL-Führung, die einseitig englandfeindliche Haltung Reventlows zu mäßigen, zumal diese die vom Bund vertretenen Gedanken der Machtstellung auf dem Kontinent, der Erweiterung der Ernährungsbasis und des Siedlungsraumes im Osten in den Hintergrund zu drängen schien. BArch, NL Westarp 98, Bl. 86 ff. Bericht des Hauptvereins vom 15. Dezember 1914; KZ, Nr. 415, 2. September 1914; DTZ, Nr. 445, 3. September 1914. Ferner: K. Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, 1968, S. 95, wo hervorgehoben wird, dass im Unterschied zur konservativen, der überwiegende Teil der deutschen Presse nach dem 28. Juni 1914 zunächst glaubte, dass keine unmittelbare Kriegsgefahr für das Reich bestände.

⁶² Ähnlich wie während der 2. Marokko-Krise schob der Führer der Deutschkonservativen Partei die Schuld für diese missliche Lage der „neuen Führung“ zu, die es allein zu verantworten hätte, dass seit dem Ende der Kanzlerschaft Bismarcks der „deutsche Name“ nicht mehr so „geachtet und gefürchtet“ in der Welt dastehe und man daher Deutschland „mit derartig scharfer Sprache und politischen Machtgelüsten“ bedenken könne wie jetzt. Rede Heydebrands auf dem gemeinsamen Sommerfest des konservativen Vereins und des BdL im schlesischen Trebnitz, zit. nach: KZ, Nr. 302, 1. Juli 1914 (Abendausgabe), S. 2.

⁶³ KZ, Nr. 301, 1. Juli 1914 (Morgenausgabe), S. 1.

⁶⁴ Vgl. K. Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, 1968, S. 98.

auch die „Kreuzzeitung“ in das Lager der bürgerlichen Presse ein: Man war sich darin einig, dass Wiens Vorgehen seiner Würde als Großmacht entspreche und dass die als „Ultimatum“ bewertete Antwort lediglich „eine Zusammenfassung von ganz natürlichen und selbstverständlichen Forderungen dar[stelle]“, weil die Untersuchung in Sarajewo ergeben habe, dass „das fluchwürdige Attentat [...] in Belgrad ausgeheckt, von dort aus organisiert und von serbischen Offizieren und Staatsbeamten aktiv unterstützt worden [sei]. Diese Feststellung allein könnte vollkommen als Casus Belli gelten, und wenn die österreichische Regierung dem Belgrader Kabinett trotzdem die Möglichkeit bietet, einen Krieg zu vermeiden, so ist das wiederum nur ein Ausfluss der von den Wiener Staatsmännern oft bezeugten Langmut“; nach dem Bekanntwerden der Ablehnung des österreichisch-ungarischen Ultimatums durch Serbien war sich schließlich auch die „Kreuzzeitung“ sicher: „Die Würfel sind gefallen und haben gegen den Frieden entschieden.“⁶⁵

Der nun in großen Teilen der deutschen Bevölkerung anzutreffenden Kriegsbegeisterung entzog sich auch die konservative Presse nicht, die sich in den Tagen vor dem Kriegsausbruch damit auf einer gemeinsamen Linie mit der nationalliberalen und Zentrums Presse befand, die zweifellos der vorherrschenden öffentlichen Meinung entsprach.⁶⁶ Jetzt wurde auch in der „Kreuzzeitung“ der Gedanke eines Präventivkrieges befürwortet: Deutschland dürfe sich „des Vorteils der schnelleren Mobilmachung“ nicht berauben, dürfe nicht warten, „bis Russland fertig ist und seine an Zahl überlegene Armee an den Grenzen versammelt hat“; vielmehr müsse man die Situation ausnutzen, denn „der französisch-russischen Verschwörung ist die serbische Krisis zu früh gekommen [...], das Spiel sollte erst 1917 oder frühestens 1916 gespielt werden.“⁶⁷

Krieg also als Ausweg aus einer sich ständig verschlechternden militär-strategischen Lage – dieser Gedanke fand nicht nur in der konservativen und bürgerlichen Presse immer mehr Anhänger, auch von den meisten führenden deutschkonservativen Politikern wurde er zunehmend favorisiert, wobei für diese noch ein anderes Argument hinzutrat: Es war die Hoffnung, das seit der Reichsfinanzreform verloren gegangene Terrain zurückzugewinnen und die innenpolitische Isolierung im Reichstag zu durchbrechen, die Hoffnung auf eine Restauration konservativer Werte gegen die Tendenzen der Demokratisierung und Parlamentarisierung.⁶⁸

Ein einheitliches, organisiertes Vorgehen der Deutschkonservativen Partei in der Julikrise hat es nicht gegeben: Fraktionsbesprechungen oder Zusammenkünfte führender Gremien fanden

⁶⁵ Vgl. KZ, Nr. 341, 24. Juli 1914 (Morgenausgabe), S. 1; Nr. 342, 24. Juli 1914 (Abendausgabe), S. 1; Nr. 345, 26. Juli 1914, S. 1.

⁶⁶ Die teilweise einseitigen Reaktionen in der deutschen Presse waren auch damit zu erklären, dass der Wortlaut der serbischen Antwortnote in Deutschland nur durch den österreichischen Kommentar bekannt wurde, der Belgrad der Unaufrichtigkeit und Hinterlist beschuldigte. Von der linksliberalen und sozialdemokratischen Presse wurde das Verhalten Österreich-Ungarns jedoch scharf kritisiert. Vgl. K. Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, 1968, S. 100 f.

⁶⁷ Die Kriegsbegeisterung und der Präventivkriegsgedanke waren auch auf eine völlige Fehleinschätzung der Reaktion der Kriegsgegner zurückzuführen: Russlands Kriegsbereitschaft wurde unterschätzt, weil man glaubte, dass es militärisch schlecht vorbereitet, wirtschaftlich erschüttert und durch militärische Unruhen gefährdet sei; auch Frankreichs Kriegslust wurde – „wenigstens für den Augenblick“ – als gering bewertet, weil das Land „noch zu sehr unter dem Eindruck der jüngsten Heeresdebatten im Parlament“ stehe und außerdem „mit zahlreichen politischen und militärischen Übelständen zu rechnen [habe] – z. B. Skandalprozessen in der Armee [J. B.] –, die es [...] unmöglich machen, einen schnell wirksamen Plan zu fassen“; und England betreffend hielt man die irischen Probleme, die „Homerulesorgen“, für so gravierend, dass angenommen wurde, auch London würde den europäischen Verwicklungen fernbleiben: „England ist durch den Kampf gegen Irland [...] absorbiert.“ Dass ein englischer Kriegseintritt zunächst als unwahrscheinlich galt, hing auch damit zusammen, dass die Rolle Belgiens gar nicht diskutiert wurde, was wiederum von der Unkenntnis zeugt, in der die Presse allgemein von der Regierung gehalten wurde. Vgl. KZ, Nr. 341, 24. Juli 1914, S. 1; Nr. 350, 29. Juli 1914 (Morgenausgabe), S. 2; Nr. 351, 29. Juli 1914 (Abendausgabe), S. 2.

⁶⁸ So äußerte Bethmann Hollweg am 7. Juli gegenüber Riezler: „Heydebrand habe gesagt, ein Krieg würde zu einer Stärkung der patriarchalischen Ordnung und Gesinnung führen. Der Kanzler empört über solchen Unsinn.“ K. D. Erdmann, Kurt Riezler, 1972, S. 182.

nicht statt, auch nicht, als sich die Entwicklung zum Kriege bereits abzeichnete.⁶⁹ Während sich schon aufgrund des Tatbestandes der Reichstagsferien die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten nicht in Berlin befand, vertrat der Reichstagsfraktionsvorsitzende Graf Westarp die Belange der Partei gegenüber der Regierung praktisch im Alleingang. Die „Parteipolitik“ der Deutschkonservativen in der Julikrise beschränkte sich daher größtenteils auch auf vereinzelte öffentliche Reden oder Kommentare in der konservativen Presse. Bedeutsam wurde dabei das Auftreten des Reichstagsabgeordneten von Graefe: Der Mecklenburger ermahnte die Regierung in einem Zeitungsartikel Anfang der letzten Juliwoche, nicht durch zu langes Hinauszögern die strategische Situation Deutschlands zu gefährden, weil jeder Tag verzögerter Mobilmachung einen unwiederbringlichen Schaden bedeute; gleichzeitig drängte er Westarp in einem Brief dazu, die Forderung nach sofortiger Mobilmachung im Namen der Reichstagsfraktion persönlich zu erheben, wobei Westarp diesem Ansinnen nachkam, ohne vorher die Fraktion oder Heydebrand konsultiert zu haben.⁷⁰

Auch wenn die DkP keinen direkten Einfluss auf die Kriegserklärung vom 1. August besaß, so setzte ihre Mobilmachungsforderung Bethmann Hollweg doch unter einen gewissen Druck, die Krise auf dem Balkan im Interesse des Reiches gewaltsam auszunutzen. Da die Regierung auch von den Nationalliberalen wusste, dass diese eine Politik der Stärke forderten, die das Risiko eines Krieges nicht scheute, und weil auch das Zentrum aus konfessionellen Gründen seit langem für eine bedingungslose Unterstützung der Donaumonarchie eintrat, hätte ein Zögern Bethmann Hollwegs in dieser Situation sicher einen Proteststurm der Parteien und Öffentlichkeit zur Folge gehabt, während ein energisch handelnder Reichskanzler sein angeschlagenes politisches Ansehen jetzt deutlich aufbessern konnte.⁷¹

Weil sich Bethmann Hollweg der Loyalität der bürgerlichen Parteien gewiss sein konnte, lag für ihn der Knackpunkt im Verhalten der SPD, deren Unterstützung er brauchte, da sie als stärkste Partei im Reichstag und zusammen mit ihren Gewerkschaften die größte politische Massenorganisation im Wilhelminischen Deutschland darstellte. Deshalb hatte sich der Reichskanzler auch schon kurz nach Übergabe des österreichischen Ultimatums an die sozialdemokratische Parteileitung gewandt, um sich deren Haltung zu vergewissern.⁷² Dabei gelang es Bethmann Hollweg, die antizaristischen Affekte in der SPD zu mobilisieren, sodass er schon am 30. Juli in einem Bericht vor dem preußischen Staatsministerium feststellen konnte, dass `auch von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Parteivorstand nichts Besonderes zu befürchten [sei], wie er aus Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage werde keine Rede sein.⁷³

⁶⁹ Anders als z. B. in der SPD, wo schon am Tage nach dem Attentat der Parteivorstand zusammentrat, um voraussichtliche Folgen zu erläutern und wo zwischen dem 31. Juli und 3. August mehrere Sitzungen von Partei- und Fraktionsvorständen stattfanden. Vgl. S. Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf*, 1974, S. 44 ff.

⁷⁰ Während der Julikrise hatte der Reichstagsfraktionsvorsitzende das Auswärtige Amt in der Wilhelmstraße einige Male besucht, um sich über die Lage zu informieren. Bei einer Unterredung mit Unterstaatssekretär Zimmermann am 30. Juli erhob Westarp dann im Namen der DkP die Forderung nach sofortiger Mobilmachung, obwohl er gleichzeitig erfuhr, dass von der Regierung ein englischer Kriegseintritt als sehr wahrscheinlich angesehen wurde. K. von Westarp I, S. 407 f.

⁷¹ Dennoch bleibt festzustellen, dass die Regierung, begünstigt durch den Tatbestand der Reichstagsferien, relativ leichtes Spiel mit den Parteien hatte: In keinem anderen westeuropäischen Land wurden die parlamentarischen Kräfte so ausgeschaltet wie in Deutschland. Natürlich lag die Hauptursache hierfür in den politischen Systemen, denn im Unterschied zum Deutschen Reich waren Frankreich und Großbritannien längst parlamentarisierte Staaten; aber auch die deutschen Parteien hätten im Rahmen der bestehenden konstitutionellen Monarchie die Möglichkeit gehabt, Ausschüsse einzuberufen, um von der Reichsleitung Rechenschaft zu verlangen. Doch dieses unterblieb, und die bürgerlichen Parteien dachten gar nicht daran, der Regierung Fragen zu stellen.

⁷² S. Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf*, 1974, S. 41.

⁷³ Zit. nach: F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, 1961, S. 88. Zu den Kontakten zwischen der Regierung und Albert Südekum, vgl. U. Mittmann, *Partei und Fraktion*, 1976, S. 309. Schon auf dem Jenaer Parteitag von 1913 war mit der Wahl Friedrich Eberts zu einem der beiden Parteivorsitzenden und der von Otto Braun, Hermann Müller, Philipp Scheidemann und Otto Wels zu Vorstandsmitgliedern deutlich geworden, dass sich die SPD

Dass auch die Deutschkonservative Partei und die konservative Presse den deutschen Kriegserklärungen vom 1./3. August zustimmten, verwundert nicht.⁷⁴ Nicht hier lag das zentrale Problem der DkP, sondern in ihrer Haltung zur SPD. Diese Frage spaltete die Deutschkonservative Partei, denn ein wohl nicht unbeträchtlicher Teil der Reichstagsfraktion sprach sich gegen ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten und damit gegen den von der Reichsleitung angestrebten Burgfrieden aus.⁷⁵ In einer Ausgrenzung der SPD sahen diese Konservativen die Möglichkeit, während des Krieges Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokraten zu ergreifen, die „im besten Falle“ sogar zu einer Zerschlagung ihrer Organisation und ihrer Presse führen konnten. Doch Westarp, der die Ablehnung des Kaiserhochs durch die SPD nach der letzten Reichstagssitzung vor der Sommerpause noch als juristisch „strafbare Majestätsbeleidigung“ bezeichnet hatte⁷⁶, erkannte wohl, dass ein Krieg gegen die Sozialdemokratie nicht zu führen war und setzte sich auch in dieser Frage in der Fraktion durch, ohne dass es darüber zu einer Debatte gekommen wäre: In den langwierigen Verhandlungen der Reichstagsfraktionsführer mit der Regierung vom 2.- 4. August entschied sich der Graf gegen die warnenden Stimmen im eigenen Lager für eine Beteiligung der Deutschkonservativen Partei am Burgfrieden. Doch das Einreihen der Konservativen in eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten geschah nicht ohne Bedingung: Die SPD hatte für die Reichstagssitzung vom 4. August als einzige Partei das Rederecht erhalten und beabsichtigte in ihre Erklärung einen Passus einzubringen, der den Widerstand der Partei gegen jeden Versuch ankündigen sollte, aus dem Konflikt einen Eroberungskrieg zu machen. In scharfen Auseinandersetzungen der beiden Fraktionsführer Haase und Westarp und in „enger Fühlung mit Unterstaatssekretär Wahnschaffe und Ministerialdirektor Lewald“, die hauptsächlich die Verhandlungen mit der SPD führten, gelang es dem deutschkonservativen Fraktionsführer, die Sozialdemokraten zu einer Revision ihrer Haltung zu zwingen, indem er damit drohte, er werde, falls die SPD eine solche Erklärung abgeben würde, eine Gegenrede halten, die sich nach Lage der Dinge nur gegen den „unmöglichen und nach außen hin schädlichen Passus“ über den Eroberungskrieg hätte richten können. Daraufhin verzichtete die SPD-Fraktion auf

endgültig auf dem Weg zu einer pragmatisch orientierten Reformpartei befand.

⁷⁴ Bemerkenswert war jedoch, dass in der „Kreuzzeitung“, im Unterschied zu vielen bürgerlichen Blättern, ein warnendes Bild vom kommenden Krieg gezeichnet wurde: Von der allgemeinen „Weihnachten-wieder-daheim-Stimmung“ fand sich hier nichts – der Krieg werde länger dauern als 1870/71, die Lage sei „diesmal eine andere und schwierigere“, und nicht nur an die Kämpfer im Felde, auch „an die Bevölkerung in der Heimat [werden] außergewöhnliche Anforderungen gestellt werden müssen, an ihre Geduld, Opferwilligkeit, Unbeugsamkeit, Zähigkeit im Ausharren“; sogar die Möglichkeit einer Niederlage wurde in düsteren Farben ausgemalt – Deutschland würden dann nicht nur das Reichsland und die Kolonien wieder genommen werden, sondern seine Gegner würden es „auch nach des ersten Bonaparte Vorbild durch territoriale Zerstückelung wieder von der Landkarte streichen.“ Dabei wurde jedoch die militär-technische Entwicklung völlig falsch eingeschätzt: Wenn sich das deutsche Volk der alten konservativen Ideale des 19. Jahrhunderts besinne, sei ihm der Sieg gewiss, denn „zu allen Zeiten [waren] es nicht die technischen, sondern die sittlichen Kräfte, die in Kriegen und Schlachten den Ausschlag gaben.“ Vgl. KZ, Nr. 356, 1. August 1914, S. 1 und Nr. 358, 2. August 1914, S. 2. Bedenkliche Stimmen kamen auch aus den Provinzialvereinen, die sich in einer Vielzahl von Zuschriften an den Hauptverein und die „Kreuzzeitung“ ihrer „Entrüstung über die Misserfolge unserer Diplomatie“ in einem „teilweise recht scharfen Ausdruck“ entledigten. Auch Generalsekretär Schroeter kam zu der Einschätzung, dass sich dieser Krieg „ja überhaupt nicht, wie es bisher in der Geschichte der Völker der Fall gewesen ist, als die Fortsetzung und Krönung einer zielbewussten auswärtigen Politik dar[stellt], sondern er ist mehr oder weniger ein Zusammenbruch dieser Politik, und insbesondere unserer Diplomatie.“ BArch, NL Westarp 98, Bl. 35. Bericht des Hauptvereins vom 26. August 1914.

⁷⁵ Am 6. August schrieb Westarp an Heydebrand, dass in der Reichstagsfraktion „Bieberstein, Böhlendorff und wohl auch andere nur unter Protest“ dem Entschluss zum Burgfrieden folgten. K. von Westarp II, S. 1.

⁷⁶ Die SPD-Fraktion, die ansonsten vor dem Kaiserhoch den Plenarsaal verließ, war hier ostentativ sitzen geblieben; in der „Kreuzzeitung“ wurde deshalb sogar „vom Reichstage eine Geschäftsordnung [gefordert], die den Monarchen vor solchen Beleidigungen und überhaupt vor Angriffen schützt. Wo nicht, auflösen!“ Vgl. dazu KZ, Nr. 261, 7. Juni 1914; Nr. 273, 14. Juni 1914; Nr. 285, 21. Juni 1914 und Nr. 324, 14. Juli 1914.

diesen Absatz, sich mit der vagen Feststellung begnügend, dass der Friede nach Sicherung der deutschen Grenze wieder hergestellt werden müsse.⁷⁷

Das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen SPD und DkP – in personis Haase und Westarp – hatte vor allen Dingen zweierlei Bedeutung: Zum einen zeigten die Deutschkonservativen, dass sie von Anfang an gewillt waren, Eroberungen durch den Krieg zumindest nicht auszuschließen; zum anderen aber, und für den allgemeinen Gang der Entwicklung der nächsten Wochen ungleich wichtiger war, dass das Zurückweichen der SPD in der Kriegszielfrage die Politik der nationalen Einheit überhaupt erst möglich machte und Bethmann Hollweg und der Regierung erspart wurde, schon zu diesem Zeitpunkt zur Kriegszielfrage Stellung nehmen zu müssen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Politik der DkP in der Julikrise zweifelsohne allein die Handschrift ihres Reichstagsfraktionsvorsitzenden trug, wodurch übergreifende parteipolitische Aktivitäten schon im Ansatz unmöglich gemacht wurden; dass es keine Aufrufe gab, wie bei der SPD⁷⁸, lag aber ganz einfach daran, dass die Partei an einer Verhinderung des Krieges nicht ernsthaft interessiert gewesen ist. Westarps Alleingänge führten aber auch dazu, dass es selbst Anfang August zu keinen Fraktionsbesprechungen kam, in denen das weitere Vorgehen hätte erörtert werden können und dass der Fraktionsvorsitzende gegen den Willen eines Teils der Fraktion die Beteiligung der DkP am Burgfrieden durchsetzte.⁷⁹ Der Graf wusste, dass ein Ausschluss vom Burgfrieden die DkP endgültig ins politische Abseits manövriert hätte⁸⁰, sodass er es vorzog, eine Debatte darüber erst gar nicht zuzulassen, obwohl er sich der Problematik seines Handelns durchaus bewusst war. Gleichwohl ließen das Einbeziehen der SPD in die Parteien-Einheitsfront und ihre als Sensation empfundene geschlossene Zustimmung zu den Kriegskrediten in der Reichstagssitzung vom 4. August⁸¹ auch im DkP-Fraktionsvorsitzenden die Angst vor den für die SPD günstigen und für seine Partei ungünstigen Auswirkungen dieser Tatsachen aufkommen: „Die goldene Brücke, die wir der Sozialdemokratie für eine Haltung gebaut haben, die sie wohl doch hätte einnehmen müssen, kann ihr später große Vorteile bringen.“⁸² Eine goldene Brücke hatten die Deutschkonservativen auch der Regierung gebaut, konnte diese doch ihre Absicht, einen günstigen Kriegsausgang für Annexionen zu nutzen, mit Rücksicht auf die internationale Öffentlichkeit und auf die Sozialdemokraten nicht publik machen. Fast schien es so, als wollte der Kaiser der DkP für diese Tatsache danken: Bei der feierlichen Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal des Berliner Schlosses am 4. August durfte der Reichstagsfraktionsvorsitzende der Deutschkonservativen als erster Parteiführer des

⁷⁷ Nicht verhindern konnte Westarp jedoch „andere bedenkliche Sätze, namentlich das Bekenntnis zur Internationale.“ Vgl. K. von Westarp I, S. 410; K. von Westarp II, S. 1 f. Brief Westarps an Heydebrand vom 6. August 1914. Zur SPD vgl. vor allem: S. Miller, Burgfrieden und Klassenkampf, 1974, S. 64.

⁷⁸ Beispielsweise den Aufruf des SPD-Parteivorstandes vom 25. Juli in einer Extra-Ausgabe des „Vorwärts“, der die Parteigenossen dazu aufforderte, angesichts des drohenden Weltkrieges in Massenversammlungen den Friedenswillen des Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Vgl. ebenda, S. 39.

⁷⁹ Kennzeichnend für die Allmacht des Grafen in dieser Situation war, dass er den abwesenden Heydebrand in der Parteiführerbesprechung bei Bethmann Hollweg am 2. August im Reichskanzlerpalais nicht nur vertrat, sondern dessen Anwesenheit in Berlin nicht einmal für notwendig hielt. So antwortete Westarp in dieser welthistorischen Situation erst nach drei Tagen (!) auf ein Schreiben seines Parteivorsitzenden: “[...] als ich am Montag [3. August; J. B.] gegen 4 ½ Uhr Ihre Depesche erhielt, [glaubte ich] Sie nicht mehr um Ihre Herkunft bitten zu sollen; die entscheidenden Vorbesprechungen waren in den wesentlichen Dingen erledigt.” K. von Westarp II, S. 1. Brief Westarps an Heydebrand vom 6. August 1914.

⁸⁰ Vgl. dazu die Beurteilung des preußischen Innenministers von Loebell: “[...] diejenige Fraktion des Reichstags, die im August 1914 vom Wege der allgemeinen nationalen Stimmung abgewichen wäre, hätte rettungslos der Partei ein ebenso katastrophales wie unrühmliches Ende bereitet.” Immediatbericht von Loebells für Wilhelm II. vom 22. November 1915, zit. nach: K. von Westarp II, S. 282.

⁸¹ Einen Tag zuvor hatte die SPD-Fraktion intern mit 78:14 abgestimmt, was aber erst später bekannt wurde.

⁸² K. von Westarp II, S. 1. Brief Westarps an Heydebrand vom 6. August 1914. Auch Generalsekretär Schroeter monierte, dass die Chance, in die SPD „einen ungeheuren Spalt zu bringen“, vertan wurde. BArch, NL Westarp 98, Bl. 38 f. Bericht des Hauptvereins vom 26. August 1914.

Hohen Hauses hervortreten, um dem Monarchen die Hand zu reichen, ehe die anderen Vertreter der bürgerlichen Parteien Wilhelm II. das von ihm geforderte Gelöbnis in die Hand versprochen⁸³ – was im Frieden nicht gelungen war, die Sammlung um den Monarchen, dieses altkonservative Ideal wurde jetzt Wirklichkeit.

4. Burgfrieden ?

Die Sammlung um den Monarchen war jedoch nur die eine Seite der Medaille – die andere war, dass des Kaisers berühmter Satz vom 4. August, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche⁸⁴, auch denjenigen Konservativen, die sich einem Burgfrieden mit der SPD verweigern wollten, verdeutlichen musste, dass ein moderner Krieg nur noch als Zusammenwirken von Kriegs- und „Heimatfront“ und somit nicht mehr gegen den „Reichsfeind Nr. 1“, die Sozialdemokratie, geführt werden konnte. DkP und SPD gingen jedoch bei der Einhaltung des Burgfriedens von Anfang an von gegensätzlichen Voraussetzungen aus: Einig war man sich lediglich im Allgemeinen darüber, dass der Krieg von außen aufgezwungen und also ein Verteidigungskrieg sei, wobei Russland und sein Verbündeter Frankreich als Angreifer gesehen wurden; und auch Bethmann Hollwegs am 4. August im Reichstag ausgesprochene Überzeugung – „Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft“⁸⁵ – werden wohl alle sozialdemokratischen und deutschkonservativen Abgeordneten gleichermaßen geteilt haben. Doch bei der Interpretation des Kanzler-Satzes wichen die beiden Flügelparteien zu deutlich voneinander ab, als dass man an einen dauerhaften Parteien-Frieden glauben konnte – unter „Zukunft“ verstand die SPD eine innerpolitische Neuorientierung, gewissermaßen als Anerkennung für ihre Loyalität, während die DkP auf dem Recht des Besitzenden beharrte und jede Reform während des Krieges ablehnte.

Die Reichsleitung war sich dieser Differenzen natürlich bewusst und um zu verhindern, dass die so eindrucksvoll gezeigte Geschlossenheit bei einem Wiederaufleben der Parteienkämpfe verloren ging, wäre es ihr am liebsten gewesen, die innere Politik für die Zeit des Krieges stillzulegen und den Reichstag zu schließen; da sich die Abgeordneten aber nicht ganz ins Abseits begeben und das Parlament im Falle eines längeren Krieges funktionstüchtig halten wollten, verständigte man sich vorerst auf eine Vertagung des Reichstags bis Anfang Dezember 1914.⁸⁶

Dennoch gaben die Reichstagsabgeordneten den Wünschen der Regierung weitestgehend nach und entmachteten sich gewissermaßen selbst, indem sie den Bundesrat ermächtigten, für die Dauer des Kriegszustandes bindende Notstandsgesetze zu wirtschaftlichen, finanziellen und anderen Angelegenheiten der zivilen Verwaltung zu erlassen. Damit hatten die Reichstagsabgeordneten große Teile ihrer Kernzuständigkeiten an die Vertretung der Länderregierung abgegeben⁸⁷, und dem Plenum blieb jetzt nur noch die Aufgabe, alle sechs Monate weitere Kredite zur Kriegsführung zu befürworten. Doch während die ersten beiden

⁸³ Das Gelöbnis, mit dem Kaiser „durchzuhalten [...] durch Not und Tod“ wurde zum Ursprung der während des Krieges ständig wiederholten „Durchhalte“-Parole. Die SPD war, wie angekündigt, nicht zur Reichstagsöffnung erschienen.

⁸⁴ SBR, Bd. 306, 4. August 1914, S. 1 f. Das Kaiserwort stellte keine Improvisation Wilhelms II dar, sondern war eine von der Reichsleitung wohl vorbereitete Proklamation des Burgfriedens für die Dauer des Krieges. Vgl. M. Frhr. von Braun, *Von Ostpreußen nach Texas*, 1955, S. 101.

⁸⁵ SBR, Bd. 306, 4. August 1914, S. 6 f.

⁸⁶ Dies setzten die Parteiführer am Vormittag des 4. August auf Betreiben der SPD unmittelbar vor Beginn der Reichstagsitzung durch. Vgl. dazu E. Haußmann, *Schlaglichter*, 1924, S. 3 f. und E. David, *Kriegstagebuch*, 1966. Eintrag vom 4. August. Dass der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur vertagt wurde, war insofern von Bedeutung, als die Immunität der Abgeordneten nur während der „Sitzungsperiode“, nicht aber während der ganzen Legislaturperiode galt; sie endete daher bei einer Schließung des Reichstags, während sie bei einer bloßen „Vertagung“ erhalten blieb.

Reichstagssitzungen jeweils nur einen Tag dauerten und die Kriegskredite ohne jede Diskussion bewilligt wurden⁸⁸, nahm im Verlaufe des Krieges die Dauer der Tagungsabschnitte ständig zu⁸⁹, und schon seit 1915 kehrten die Parteien zur echten parlamentarischen Diskussion zurück.

Genau diese Entwicklung lag jedoch nicht im Sinne der Deutschkonservativen Partei: Diese hätte es gern gesehen, die Führung der politischen Geschäfte während des Krieges allein der Exekutive zu überlassen, den Reichstag und die Landtage ganz auszuschalten und die öffentliche Meinung fest in der Hand der Regierung zu halten.⁹⁰ An einer überparteilichen Zusammenarbeit war die DkP dagegen nie bereit mitzuwirken: Von Anfang an gefährdete die Partei den Burgfrieden, indem sie die Aufrichtigkeit der sozialdemokratischen Verteidigungsbereitschaft in Abrede stellte⁹¹ und damit den alten Gegensatz von „national“ und „nicht-national“ wieder aufbrechen ließ. Auf diese Weise mussten die Deutschkonservativen jedoch in Widerspruch zu Bethmann Hollweg geraten, der durch den Kriegsausbruch die nie wiederkehrende Gelegenheit gekommen sah, „die Sozialdemokratie auf eine nationale und monarchische Grundlage zu stellen.“⁹² Dieses sollte geschehen durch eine Politik der „Neuorientierung“⁹³, deren Kernproblem in der „Einordnung der Arbeiterschaft in den bestehenden Staat“⁹⁴ bestand, die jedoch nur dann erfolgreich sein konnte, wenn die Regierung die preußische Wahlrechtsfrage anpackte und die sozialen Interessen der Arbeiterschaft annahm. Hier aber befand sich Bethmann Hollweg in einem unlösbaren Dilemma: Betrieb er die Politik der Neuorientierung ernstlich, geriet er in Konflikt mit der DkP, wenn er jedoch in der Wahlrechtsreformfrage taktierte, musste er der SPD als unaufrichtig oder schwächlich erscheinen. Einen Ausweg glaubte der Reichskanzler wieder einmal in der Politik der Diagonale gefunden zu haben, indem er versuchte durch die Verknüpfung von verfassungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen den partiellen Interessen aller Parteien Genüge zu tun. Den Widerstand der Deutschkonservativen Partei gegen sein Programm der Neuorientierung⁹⁵ war der Reichskanzler durch wirtschaftliche

⁸⁷ Zur verfassungsgeschichtlichen Tragweite dieses Ermächtigungsgesetzes vgl.: E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 62 ff. Außerdem wurden Neu- oder Nachwahlen auf die Zeit nach dem Kriege verschoben. Bei den 30 Nachwahlen, die durch den Tod eines Abgeordneten oder wegen Mandatsverzichts notwendig wurden, überließ man das Mandat der Partei des bisherigen Inhabers kampfflos – in fünf Fällen betraf dies auch die DkP, wodurch beispielsweise der Co-BdL-Vorsitzende Roesicke ins Plenum einrückte; erst 1918 wurde dieses System zweimal durchbrochen. Zur Wahl Roesickes im Wahlkreis Czarnikau-Filehne (Ostprien) vgl. KZ, Nr. 580, 30. November 1914, S. 3 und Nr. 615, 19. Dezember 1914, S. 3.

⁸⁸ Der erste Kriegskredit am 4. August passierte ohne Gegenstimme, der zweite Kredit am 2. Dezember 1914 mit einer Gegenstimme (Karl Liebknecht, SPD) das Parlament. Die SPD bestand zwar jeweils auf Abgabe einer eigenen Erklärung, doch gab sie diese der Reichsleitung und den bürgerlichen Parteien vorher bekannt, fand sich jedoch bei Beanstandungen – s. unten – zu Änderungen bereit; am 2. Dezember sahen sich dann aber auch die bürgerlichen Parteien schon zu einer Gegenerklärung veranlasst.

⁸⁹ Im Verlauf der 15 Kriegstagungsabschnitte war der Reichstag 1915 gut 7 Monate, 1916 insgesamt ca. 5 Monate, 1917 insgesamt 4 Monate und 1918 rund 5 ½ Monate versammelt.

⁹⁰ K. von Westarp II, S. 24.

⁹¹ Vgl. z. B. KZ, Nr. 350, 29. Juli 1914, Nr. 357, 1. August 1914 und Nr. 360, 3. August 1914.

⁹² Bethmann Hollweg an Clemens Delbrück, 19. September 1914, zit. nach: E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 126. Mit Beginn des Krieges war die bisherige Ausgrenzung der Sozialdemokratie als einer verfassungsfeindlichen Partei aufgegeben worden, so u. a. durch die Aufhebung der Sperre, die im öffentlichen Dienst der Länder und des Reichs für Sozialdemokraten bestanden hatte oder durch die Anweisung an die Staatsbetriebe, zukünftig für ihre Beschäftigten eine Mitgliedschaft in der SPD bzw. den Gewerkschaften zuzulassen.

⁹³ Der Begriff „Neuorientierung“ ist wohl zum ersten Mal anlässlich eines Gesprächs des Staatssekretärs des Innern, Clemens Delbrück, mit den Parteiführern des preußischen Abgeordnetenhauses am 21. Oktober 1914 gefallen, da Delbrück diesen bei der Vorbereitung der nächsten Session die Neuorientierung – mit Rücksicht auf den Burgfrieden – für die Zeit nach dem Weltkriege in Aussicht stellte. Vgl. ebenda, S. 127, Anm. 43; K. von Westarp II, S. 219 ff.

⁹⁴ Vgl. Th. von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege I, 1919, S. 18 ff.

⁹⁵ Das Programm findet sich u. a. in: W. Gutsche, Bethmann Hollweg und die Frage der Neuorientierung, ZGW 13, 1965, S. 209 ff.

Zugeständnisse bestrebt zu brechen, wie das Getreidehandelsmonopol, den agrarfreundlichen Ausbau der Börsenaufsicht und sofortige Maßnahmen der Landwirtschaftsförderung. Auch wenn Bethmann Hollweg nicht ernsthaft daran glauben konnte, die DkP durch solche agrarpolitischen Kompensationen für sein Programm der Neuorientierung zu gewinnen, da er der SPD die preußische Wahlrechtsreform und sozialpolitische Zusagen in Aussicht stellte⁹⁶, so hoffte er doch, durch eine von den Freikonservativen bis hin zu den Sozialdemokraten reichenden Reichstagsmehrheit und mit der Unterstützung des Bundesrates sowie Wilhelms II., einen so starken Druck auf die Deutschkonservativen auszuüben, dass ein Teil von ihnen in den beiden preußischen Häusern des Landtags die preußische Wahlreform billigen würde, um damit die erforderliche Mehrheit erreichen zu können. Die Stellung der DkP zum Neuorientierungsprogramm und hier insbesondere zur preußischen Wahlrechtsreform musste somit zur Nagelprobe für die Festigkeit des Burgfriedens werden.

a) *Die DkP und ihre Stellung zum Programm der Neuorientierung⁹⁷ und zur Wahlrechtsfrage*

In den Zeiten des Krieges tritt die innere Politik eines Staates naturgemäß hinter die äußere Politik zurück, politische Emotionen treten in den Vordergrund und sachliche Analysen werden verzerrt. Für den Ersten Weltkrieg trifft dies in besonderem Maße zu, wurde dessen Ausbruch doch zunächst vielfach von einer wahren Kriegsbegeisterung getragen.⁹⁸ Und hatten die Parteien des Kaiserreiches noch bis zur Sommerpause 1914 ihre politischen Burgen mit Mauern, Gräben und z. T. heftigen Geschossen voneinander abgeriegelt, so schloss man in den Tagen der nationalen Begeisterung des August 1914 in einer kaum für möglich gehaltenen Weise einen einmütigen Burgfrieden. Doch spätestens mit Bethmann Hollwegs am 2. Dezember 1914 im Reichstag gegebenen Ankündigung einer „Neuorientierung“ der inneren Politik für die Zeit nach dem Kriege zeigten sich die ersten Risse im Parteienkitt.⁹⁹ Da die preußische Wahlrechtsfrage¹⁰⁰ das Herzstück der Neuorientierung bildete, konnte der Burgfrieden nur solange dauerhaft bleiben, wie die Parteien hier auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. Die Deutschkonservativen jedenfalls waren in dieser Frage auf keinen Fall bereit, von ihrer bereits vor dem Weltkrieg vertretenen antiparlamentarischen

⁹⁶ Das Zentrum und die Polen sollten durch die Aufhebung konfessions- und nationalpolitischer Benachteiligungen und die NLP durch gewisse Modalitäten der Wahlrechtsreform (Übernahme von Momenten des Pluralwahlrechts) gewonnen werden; die Linkliberalen unterstützten Bethmanns Programm fast durchweg.

⁹⁷ Zur Neuorientierungspolitik des Kabinetts Bethmann Hollweg vgl. grundlegend: J. Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik, 1967; W. Gutsche, Bethmann Hollweg und die Frage der Neuorientierung, 1965; D. Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, 1973; E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 125 ff.

⁹⁸ Vor allem ein Großteil des Bürgertums und der Intelligenz, aber auch Teile der Arbeiterschaft wurden von einer Art Kriegseuphorie erfasst, während auf dem Lande, wo man von der Einberufung eines großen Teils der Bevölkerung inmitten der Ernteperiode besonders betroffen war, eher mit Bedrückung und Sorge reagiert wurde; dennoch war man sich auch hier darüber klar, dass es jetzt galt zusammenzustehen, wenngleich die nationale Begeisterung für die ländliche Bevölkerung dabei ein untergeordnetes Motiv darstellte. Zu Reaktionen in der Bevölkerung auf den Kriegsausbruch vgl. vor allem die neuere Darstellung von L. Grevelhörster, Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches, 2004, S. 36 ff.

⁹⁹ SBR, Bd. 306, 2. Dezember 1914, S. 17 ff. Die Reichstagsdebatte vom 2. Dezember gab nicht nur einen Vorgeschmack auf kommende Auseinandersetzungen, sondern verdeutlichte auch, dass die Frage der Neuorientierung von Anfang an im Zusammenhang mit der Kriegszielfrage behandelt wurde: Auf die eigentlich nichts sagende SPD-Erklärung – „dem Kriege [müsse,] sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind“, ein Ende gemacht werden – reagierten die bürgerlichen Parteien mit einer vom Zentrumsfraktionsvorsitzenden Spahn verlesenen Erklärung, in der es hieß, man wolle „durchhalten, bis ein Frieden errungen ist, der den ungeheuren Opfern entspricht, welche das deutsche Volk gebracht hat, und der uns dauernden Schutz gegen alle Feinde gewährleistet.“

¹⁰⁰ Dazu grundlegend: L. Bergsträsser, Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege, 1929; R. Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im 1. Weltkrieg, 1964.

Haltung auch nur einen Fußbreit abzurücken, weil sie sich der Folgen der Übernahme des Reichstagswahlrechts für Preußen bewusst waren, wie aus einer parteiinternen Untersuchung des Jahres 1917¹⁰¹ hervorgeht:

„Die bisherige Mehrheit aus Konservativen und Freikonservativen und (einem Teil der) Nationalliberalen verschwindet endgültig.¹⁰² [...] Die Sozialdemokratie beherrscht das Abgeordnetenhaus. Sie kann bei den für sie günstigen Zahlen¹⁰³ allein mit Polen, Dänen, Welfen und Fortschrittspartei die Mehrheit bilden; jedenfalls genügt dazu ein Teil der Nationalliberalen, der, wie die Geschichte des Reichstags zeigt, bei demokratischer Entwicklung den Anschluss nach links unter keinen Umständen verlieren will. Das Zentrum hat mit Sozialdemokratie und Polen oder mit Sozialdemokratie und Fortschrittlern eine stets sichere Mehrheit –, vielleicht bei ungünstiger Entwicklung kann es sogar allein mit den Sozialdemokraten – und nur bei günstiger Entwicklung noch mit Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen zusammen eine Mehrheit bilden. Bei solcher Gestaltung überwiegt erfahrungsgemäß im Zentrum die demokratische und gewerkschaftliche Richtung, der die Umgestaltung des Wahlrechts an sich schon eine Stärkung bringt.“

Fazit: „Preußen hat also nach Einführung des Reichstagswahlrechts dauernd mit einer einseitigen Vorherrschaft der Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus zu rechnen, deren Herrschaftsstellung durch Polen, Fortschritt und die Gewerkschaftsrichtung im Zentrum gesichert wird.“¹⁰⁴

Da auch die Sozialdemokraten unter keinen Umständen auf ihre Hauptforderung verzichten wollten, das Reichstagswahlrecht für Preußen zu übernehmen¹⁰⁵ – dies wusste Bethmann Hollweg aus den Vorbereitungen Delbrücks und Wahnschaffes mit den Parteiführern zum Programm der Neuorientierung –, kündigte sich schon im August 1915 das Ende des Burgfriedens an, als Philipp Scheidemann in einer parteioffiziösen Stellungnahme zur Frage der inneren Reformen die Forderungen der SPD zum Ausdruck brachte.¹⁰⁶

Die Deutschkonservativen bewerteten die Äußerungen Scheidemanns als Angriff auf die bestehenden Staatseinrichtungen sowie als Störung des Burgfriedens¹⁰⁷ und versuchten vom preußischen Staatsministerium aus, eine Gegenaktion in die Wege zu leiten: Hier hatte Bethmann Hollweg schon im Dezember 1914 den preußischen Innenminister von Loebell ersucht, die Unterlagen für eine Wahlrechtsänderung zu schaffen, die er unmittelbar nach

¹⁰¹ „Die Folgen des Reichstagswahlrechts für Preußen“, unautorisiertes Schriftstück vom 6. August 1917 als Reaktion auf die Kabinettsorder vom 12. Juli 1917 zur Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, in: BArch, NL Westarp 73, Bl. 1 ff.

¹⁰² Die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen verfügten im preußischen Abgeordnetenhaus zusammen über 274 Stimmen, für eine absolute Mehrheit waren jedoch nur 222 Stimmen erforderlich.

¹⁰³ Eine „Umrechnung“ des Reichstagswahlergebnisses von 1912 für die 235 preußischen Reichstagswahlkreise auf das preußische Abgeordnetenhaus (443 Mitglieder) nach dem Verhältnis 235:443 ergab, dass sich die Zahl der SPD-Mandate mehr als verzehnfacht hätte (100 statt 9 Mandate), während die deutschkonservativen Sitze im Abgeordnetenhaus mehr als halbiert worden wären (70 statt 147 Mandate). Berücksichtigte man außerdem, dass gleichzeitig mit der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auch eine Aufteilung der größten Wahlkreise erfolgen würde, stiege die Anzahl der SPD-Mandate gar auf 120-140, bei etwa gleichbleibender Abgeordnetenzahl für die DkP. Ebenda.

¹⁰⁴ Ebenda. Zur deutschkonservativen Einschätzung der Folgen einer Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen auf Kirche, Schule, Verwaltung und Staatsbetriebe vgl. auch KZ, Nr. 189, 15. April 1917.

¹⁰⁵ Die SPD hatte schon am 22. Oktober 1914 und 2. März 1915 im preußischen Abgeordnetenhaus sowie am 10. März 1915 im Reichstag die sofortige Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen gefordert. Vgl. SBAh 1914/15, Bd. 7, 22. Oktober 1914, Sp. 8330 (Rede Hirsch) und 2. März 1915, Sp. 8566 (Rede Pachnicke); SBR, Bd. 306, 10. März 1915, S. 46 (Rede Haase).

¹⁰⁶ Ph. Scheidemann, Zur Neuorientierung der inneren Politik, in: Fr. Thimme/C. Legien, Arbeiterschaft, 1915, S. 58 ff. Als notwendige Bestandteile einer Neuorientierung wurden u. a. genannt: der Ausbau der Koalitionsfreiheit durch eine Reform des Reichsvereinsgesetzes und die Zulassung der Sozialdemokraten zu allen öffentlichen Ämtern. Vgl. auch Anm. 92 in diesem Abschnitt.

¹⁰⁷ In DkP-Kreisen wurde sogar befürchtet, dass die sozialdemokratische Initiative im Einvernehmen mit dem Reichskanzler unternommen worden sei. In der Tat ähnelte das Programm Scheidemanns sehr dem schon im Oktober 1914 in der Reichskanzlei entworfenen Programm der Regierung, das aber weder Sozialdemokraten noch Deutschkonservative kannten. Hauptunterschied der beiden Programme war, dass Bethmann Hollweg noch immer glaubte, im Rahmen der Neuorientierung zu einem gestuften Wahlrecht für Preußen zu kommen. Vgl. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 131.

Friedensschluss durchführen wollte. Da mit dem konservativen Verleger und Herausgeber der „Konservativen Monatsschrift“ Reimar Hobbing und Berger eine weitere, der DkP sehr nahe stehende Persönlichkeit an den Vorarbeiten im Ministerium des Innern beteiligt war¹⁰⁸, verwundert es nicht, dass von hier aus die Wahlrechtsreform durch eine Diskreditierung der Sozialdemokratie gekippt werden sollte. Am 22. November 1915 legte von Loebell dem Kaiser einen Immediatbericht vor¹⁰⁹, in welchem den sozialdemokratischen Parteiführern vorgeworfen wurde, sie hätten sich bei Kriegsausbruch nicht aus wirklicher Überzeugung zur Landesverteidigung bekannt, sondern sich nur aus taktischer Berechnung der damaligen Volksstimmung gefügt, von der sie bei einer eigentlich „negativen Haltung“ überwältigt worden wären; jetzt aber würden sie versuchen, während des Krieges Zugeständnisse von der Regierung zu erhandeln, um nach dem Kriege zu ihrer alten republikanisch-revolutionären Haltung zurückzukehren.

Doch Bethmann Hollweg trat in seinem begleitenden Immediatbericht vom 9. Dezember 1915 solchen Äußerungen energisch entgegen.¹¹⁰ Nur wenige Tage später reagierte der Reichskanzler auf eine Ankündigung der Fortschrittspartei, sie werde in dem bevorstehenden neuen Sitzungsabschnitt des Abgeordnetenhauses eine Interpellation zur Wahlrechtsfrage einbringen, mit der Zusage, dass die Thronrede – ohne das Wahlrecht ausdrücklich zu nennen – eine Andeutung über die beabsichtigte Reform enthalten werde.

Die dann anlässlich der Eröffnung der neuen Session des Abgeordnetenhauses am 13. Januar 1916 verlesene königliche Kundgebung bedeutete nicht nur ein Scheitern des deutschkonservativen Vorstoßes, sondern riss für kurze Zeit auch die innenpolitischen Gräben wieder vollständig auf. Trotz des sehr vorsichtigen und unbestimmten Tones der Thronrede¹¹¹ wurde diese von den konservativen Fraktionen beider preußischen Landtage auf das Heftigste kritisiert, vor allem weil es „einfach unverantwortlich“ sei, jetzt mit dieser Frage hervortreten, wo der Krieg an das deutsche Volk die Forderung nach Einigkeit stellte und da man auf das Peinlichste besorgt sei, den Burgfrieden zwischen den Parteien zu erhalten.¹¹²

Auch wenn Heydebrand die Bereitschaft seiner Fraktion aussprach, an der Neugestaltung des Wahlrechts nach dem Kriege mitzuwirken und einräumte, dass gewisse Schwächen des Wahlrechts ausgeglichen und verbessert werden müssten, war der Optimismus der Regierung unbegründet, „dass sie [die Deutschkonservativen; J. B.] jetzt die Notwendigkeit begreifen, an der Änderung des Wahlrechts mitzuarbeiten und sich darauf einrichten werden“.¹¹³ Vielmehr wurde sogar erstmals seit Beginn des Krieges die in der „offiziellen“ konservativen Presse

¹⁰⁸ Berger veröffentlichte häufig Artikel in der „Kreuzzeitung“ und unterhielt vor allem zu Generalsekretär Schroeter gute Kontakte. Vgl. auch Kap. 2. 6.

¹⁰⁹ Auszüge daraus finden sich bei K. von Westarp II, S. 282.

¹¹⁰ Auszüge: ebenda, S. 283. Während der Reichskanzler für die Haltung der Deutschkonservativen teilweise Verständnis aufbrachte, da bei diesen „das Prinzip der Erhaltung des Bestehenden und die Sorge um den Verlust des Besitzstandes die teils unwirsche, teils gereizte Stimmung bis zu einem gewissen Grade entschuldigen“ würden, kritisierte er das Zentrum und die Nationalliberalen wegen deren ablehnender Haltung gegenüber der SPD.

¹¹¹ Die entscheidende Passage lautete: „Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken und in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Sie wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.“ SBAh 1916/18, Bd. 1, 13. Januar 1916, Sp. 3.

¹¹² Ebenda, 17. Januar 1916, Sp. 33 ff. (Rede Heydebrands) Inhaltlich fast identisch war die von Richthofen-Damsdorf verlesene formelle Erklärung der konservativen Fraktion des Herrenhauses. Vgl. SBHh 1916/18, 18. Januar 1916, Sp. 29.

¹¹³ Brief Wahnschaffes im Auftrage Bethmann Hollwegs an von Valentini vom 21. Januar 1916 über die Wirkung der Thronrede. Zit. nach K. von Westarp II, S. 259. Doch auch die preußische Regierung war in der Wahlrechtsfrage gespalten, da die Minister von Loebell, von Trott zu Solz, von Schorlemer und Lentze die Ankündigung der Wahlrechtsreform in der Thronrede abgelehnt hatten.

geübte Zurückhaltung aufgegeben und die Ankündigung der Wahlrechtsreform öffentlich kritisiert.¹¹⁴

Das Ende der Burgfriedenspolitik schien sich endgültig anzukündigen, als Bethmann Hollweg am 28. September 1916 im Reichstag am Ende seiner Erklärung zur Kriegslage bemerkte, dass für die großen inneren Reformen der Zukunft auch nach dem Krieg der Einsatz der ganzen Nation ohne Unterschied des Ranges oder Standes notwendig sein werde; seine hier geäußerte Losung „Freie Bahn für alle Tüchtigen“ *entfesselte eine allgemeine Reformdebatte, in deren Ergebnis die DkP mit ihrer Opposition gegen jede verfassungspolitische Neuorientierung alleine dastand.*¹¹⁵

Dennoch war Bethmann Hollweg auch jetzt noch nicht bereit, seine Politik der Diagonale aufzugeben und hoffte, wenigstens einen Teil der Deutschkonservativen durch die Inaussichtstellung der Wiedervorlage des 1905 gescheiterten Fideikommissgesetzes¹¹⁶ zu Zugeständnissen in der Wahlrechtsfrage zu bewegen. Diese Rechnung schien in der Tat aufzugehen, denn in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Februar 1917 lehnte es die DkP erstmals nicht mehr prinzipiell ab, über die Wahlrechtsfrage überhaupt sachlich zu reden: Ihr Sprecher von der Osten-Warnitz bekannte sich, nach einer strikten Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts, zum Grundsatz eines „Wahlrechts nach Leistung“, das den „Mittelstand“, gewisse Kreise der Intelligenz, des Groß- [...] und des Kleingewerbes mehr als bisher berücksichtigen sollte.¹¹⁷ Auch wenn der „Vorwärts“ der Rede von der Ostens „ausgesuchte Blindheit gegen das Empfinden der Zeit“ vorwarf¹¹⁸, war die DkP hier zum ersten Mal doch von ihrer sonst rein negativen Haltung abgewichen. Wie so oft lag die

¹¹⁴ Vgl. KZ, Nr. 40, 23. Januar 1916. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, dass „die Thronrede doch das Programm für den Sitzungsabschnitt [aufstellt], den sie eröffnet. Sie enthält also direkt die Aufforderung, dass die Parteien sich mit den angeschnittenen Fragen beschäftigen. Der Anreiz musste bei dem so vielfach umstrittenen Thema der Wahlreform umso größer sein, je unbestimmter die Andeutungen über Inhalt und Zeitpunkt des Reformvorschlages gehalten sind [...] Unter diesen Umständen war es für diejenigen, die in der Demokratisierung Preußens ein schweres Unglück für Preußen und für das Reich erblickten, gegebene Pflicht, solchen Forderungen entgegenzutreten, die Staatsregierung, die ihre Aufforderung hervorgerufen hatte, davor zu warnen und auch mit ihrer Kritik an dieser Haltung nicht hinter dem Berge zu halten.“

¹¹⁵ Scheidemanns am 11. Oktober erstmals über die bisherigen Neuorientierungsvorschläge hinausgehenden Forderungen der Schaffung eines verantwortlichen Reichsministeriums und der Sicherung des Grundsatzes, dass niemand Reichskanzler sein könne, ohne das ausgesprochene Vertrauen des Reichstags zu besitzen, wurden von Westarp abgelehnt, weil sich ein solches Programm „im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie“ nicht realisieren lasse; was Scheidemann unter dem Schlagwort der „Neuorientierung“ fordere, sei nichts weiter als die „Demokratisierung“ aller staatlichen Einrichtungen, womit er das Panier „eines demokratisch regierten und organisierten Staates“ entrollt habe. Da auch die Nationalliberalen (Bassermann) sich nachdrücklich zur Wahlreform bekannten und den Wunsch äußerten, die Regierung möge es an der erforderlichen Kraft nicht fehlen lassen, um die notwendigen Reformen gegen die sich erhebenden Widerstände durchzusetzen, befand sich die DkP wieder einmal in der alleinigen Opposition. Vgl. SBR, Bd. 308, 28. September 1916, S. 1694 (Rede Bethmann Hollwegs); ebenda, 11. Oktober 1916, S. 1710 (Rede Scheidemanns), S. 1725 f. (Rede Westarps) und S. 1715 (Rede Bassermanns).

¹¹⁶ Das Fideikommissgesetz war vom Landwirtschaftsminister Schorlemer eingebracht, dann aber Anfang 1915 von der Regierung zurückgezogen worden, da das Gesetz auf heftigen Widerstand der beiden liberalen Fraktionen und der SPD gestoßen war und weil man den Burgfrieden nicht gefährden wollte. Der Forderung des Herrenhauses, den Entwurf erneut einzubringen, entsprach dann das preußische Staatsministerium unter Zustimmung Bethmann Hollwegs durch Beschluss vom 24. Oktober 1916, obwohl der liberal-sozialdemokratische Widerstand gegen das unzeitgemäße Gesetz bestehen blieb. Die Verabschiedung des Fideikommissgesetzes im Abgeordnetenhaus mithilfe einer konservativ-klerikalen Mehrheit bedeutete daher einen Bruch des Burgfriedens und diente der Stabilisierung der ökonomischen und politischen Macht des Großgrundbesitzes, da es die Bildung von Fideikommissen erleichterte; *sie zeigte, dass die DkP selbst in Kriegszeiten nicht vor ihrer rücksichtslosen Interessenpolitik zurückschreckte.* Bedeutsam wurde dabei zudem, dass die auch im Reichstag geführte Auseinandersetzung über das Fideikommissgesetz den Beginn der unablässigen Einmischungen beider Parlamente in die Angelegenheiten des jeweils anderen Plenums markierte. Vgl. K. von Westarp II, S. 228 ff. J. V. Bredt, *Der Deutsche Reichstag im 1. Weltkrieg*, 1926, S. 159 ff.

E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 5, 1978, S. 154. M. Rauh, *Parlamentarisierung*, 1977, S. 366.

¹¹⁷ SBHh 1916/18, Bd. 5, 14. Februar 1917, Sp. 3483 ff.

¹¹⁸ Vorwärts, Nr. 45, 15. Februar 1917.

Ursache hierfür in rein materiellen Dingen, also der Hoffnung auf das Fideikommissgesetz; es war aber vor allem auch die seit der Thronrede vom 13. Januar 1916 in Heydebrand gereifte Erkenntnis, dass man jetzt vorsichtig versuchen müsse zu retten, was zu retten sei, und dass es dabei „ohne einige Opfer nicht angehen“ werde.¹¹⁹

Dass es innerhalb der Deutschkonservativen Partei zunehmend durchaus geteilte Meinungen zum preußischen Wahlrecht gab, zeigte sich dann auch in der am 18. Februar 1917 in Berlin stattfindenden Sitzung des Fünziger-Ausschusses: Während einige Konservative zwar auch weiterhin die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts nach dem Kriege kategorisch ablehnten, akzeptierte die Mehrheit doch, dass man um eine Änderung des Wahlrechts nicht herumkommen werde und sprach sich für ein enges Zusammengehen mit der Regierung aus.¹²⁰

Doch solches Entgegenkommen erwies sich als zu spät und vor allem als nicht weitgehend genug, um den innenpolitischen Gegnern der Deutschkonservativen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Von der Linken dazu gedrängt, sah sich der Reichskanzler nur gut eine Woche nach dem im Abgeordnetenhaus gegebenen konservativen Verständigungssignal zur Flucht nach vorne gezwungen und erklärte am 22. Februar 1917 im Reichstag, dass die Inangriffnahme der inneren Reformen nun nicht mehr im freien Belieben von Regierung und Parlament liegen würde und dass die Sicherheit Deutschlands am wirksamsten gewährleistet werde durch eine Monarchie, die ihre Wurzel in den breiten Schichten des Volkes habe und die ihre Kraft aus der Liebe des freien Mannes ziehe.¹²¹ Während das Bekenntnis des Reichskanzlers zur „sozialen Monarchie“ bei allen Parteien außerordentlichen Widerhall fand¹²², kündigte Graf Westarp jetzt wieder – und zudem in einer bisher nicht gekannten Schärfe – *den konzessionslosen Widerstand der DkP gegen die unter dem Namen der „Neuorientierung“ betriebene Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen an* und beschuldigte die Regierung, mit dem Aufwerfen der Wahlrechtsfrage während des Krieges den Burgfrieden gebrochen zu haben.¹²³

Ihrer im Reichstag erneut deutlich gewordenen Isolierung versuchten die Deutschkonservativen jetzt mit einem Vorstoß im preußischen Herrenhaus zu begegnen. Dieses war zwar formal von einer preußischen Wahlrechtsreform nicht unmittelbar betroffen, aber bei der angestrebten Demokratisierung der preußischen Staatsverhältnisse konnten sich die Herrenhausmitglieder ausrechnen, dass eine Reform der preußischen Zweiten Kammer auch die der Ersten Kammer nach sich ziehen würde. Von daher erklären sich die scharfen Angriffe, die die beiden angesehenen Mitglieder der „Alten Fraktion“ des Herrenhauses¹²⁴, Leopold von Buch, seit 1906 Mitglied des Elfer-Ausschusses der DkP, und Heinrich Graf Yorck von Wartenburg, Urenkel des berühmten Feldmarschalls der Befreiungskriege, am 9. März 1917 gegen die Wahlreform und die Parlamentarisierung der Regierungsgewalt richteten.¹²⁵ Doch wie so oft erreichten die Konservativen mit ihrem Herrenhaus-Vorstoß das

¹¹⁹ So Heydebrand auf der Sitzung des Fünziger-Ausschusses am 18. Februar 1917, in: BArch, NL Westarp 98, S. 247 f.

¹²⁰ Von den 17 Referenten votierten lediglich zwei (Geheimrat Dr. Beutler, Dresden, und von Löbbecke, Kassel) gegen jegliche Wahlrechtsänderung. Ebenda, S. 247 ff.

¹²¹ SBR, Bd. 309, 22. Februar 1917, S. 2375.

¹²² Als Sensation wurde es vor allem empfunden, dass Stresemann, der den erkrankten Fraktionsführer Bassermann vertrat, sich ohne Einschränkung für den Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem aussprach, da er bisher, wie auch die anderen rechten Nationalliberalen, dagegen votiert hatte. Ebenda, S. 2477.

¹²³ Ebenda, S. 2404. Hervorhebung: J. B.

¹²⁴ Das Herrenhaus gliederte sich in die hochkonservative „Alte Fraktion“ und in die freikonservativ-nationalliberale „Neue Fraktion“.

¹²⁵ Unter Berufung auf das Nietzsche-Wort „Überwindet das erbärmliche Behagen, das sog. Glück der Meisten“ argumentierte Graf Yorck, dass die parlamentarische Regierungsform für Deutschland völlig ungeeignet und der Militarismus dagegen viel notwendiger sei; statt einer Reform des Dreiklassenwahlrechts wurde der Reichsleitung sogar eine Revidierung des Reichstagswahlrechts nahegelegt. Vgl. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 137 f. R. Patemann, Wahlrechtsreform, 1964, S. 55.

Gegenteil des eigentlich Bezweckten, denn zum einen befanden sie sich in der durch die Herrenhaus-Erklärungen ausgelösten Debatte vom 14./15. März nun auch im Abgeordnetenhaus wieder im Abseits¹²⁶, und zum anderen sah sich Bethmann Hollweg durch die Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus jetzt stärker als zuvor gezwungen, sich auch in der preußischen Zweiten Kammer in der Neuorientierungsfrage festzulegen: Mit dem in seiner Erklärung vom 14. März im Abgeordnetenhaus vorgebrachten Hinweis auf die Notwendigkeit, die gewaltigen Aufgaben der Nachkriegszeit durch eine starke innere und auswärtige Politik zu lösen, die aber nur zu führen sei, wenn die politischen Rechte so ausgestaltet würden, dass „sie der Gesamtheit des Volks in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen die vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen“, näherte sich der Reichskanzler den Vorstellungen der Linken immer mehr an und richtete damit zugleich eine offene Kampfansage an die DkP.¹²⁷

Bethmann Hollwegs Erklärung vom 14. März 1917 bedeutete das Ende des Burgfriedens¹²⁸ und enthielt das Eingeständnis, dass sich die Politik der Diagonale in dieser Situation nicht weiter fortsetzen ließ. Aufgrund der völligen Ablehnung der Neuorientierungspolitik durch die Deutschkonservativen im Reichstag und, mit Ausnahme der Erklärung von der Ostens, letztlich auch in den beiden preußischen Kammern, blieb dem Reichskanzler gar keine andere Möglichkeit, als sein Neuorientierungsprogramm jetzt ohne Rücksicht auf die DkP fortzuführen.¹²⁹ Gegen deren Stimmen wurde dann auch am 30. März 1917 im Reichstag beschlossen¹³⁰, einen Verfassungsausschuss einzusetzen, dessen einziges Ergebnis jedoch darin bestand, dass 47 großstädtische Wahlkreise zu 26 Wahlkreisen zusammengelegt wurden, die statt der bisherigen 47 Mandate 91 Sitze mit dem Verhältniswahlrecht erhielten.¹³¹

¹²⁶ Alle Parteien, mit Ausnahme der DkP, kritisierten die Reden Buchs und Wartenburgs, aber auch die Haltung des Herrenhauses insgesamt, womit dessen Existenz erst recht in Frage gestellt wurde. Vgl. SBHh 1916/18, Bd. 5, 14./15. März 1917, Sp. 5206 ff.

¹²⁷ Die unerschütterliche Überzeugung des Kanzlers, dass nach dem Krieg eine Umgestaltung des Wahlrechts und der politischen Verhältnisse erfolgen werde, unterstrich vor allem seine darauf bezogene unmissverständliche Äußerung: “[...] ich will diese Gedanken, ich werde sie durchführen, ich werde mein Letztes daran geben.” Ebenda, Sp. 5245ff. Vgl. auch. Th. von Bethmann Hollweg, Betrachtungen II, 1922, S. 173.

¹²⁸ Vgl. dazu auch: E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 138.

¹²⁹ Dass ein Versäumen der Wahlrechtsreform innere Erschütterungen von unabsehbarer Tragweite ausgelöst hätte, beschrieb Bethmann Hollweg dann auch sehr plastisch: “Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wehe dem Staatsmann, der glaubt, dass wir nach einer Katastrophe, wie sie die Welt überhaupt noch nicht gesehen hat, deren Umfang wir Mitlebenden und Mithandelnden überhaupt noch gar nicht verstehen können, der nach einer solchen Katastrophe glaubt, er könnte einfach wieder anknüpfen an das, was vorher war.” SBAh 1916/18, Bd. 5, 14. März 1917, Sp. 5255 ff. Der Ruf “Wehe dem Staatsmann” war eine bewusste Anknüpfung an Bismarcks Formel aus dessen berühmter “Olmütz-Rede” vom 3. Dezember 1850 vor dem preußischen Abgeordnetenhaus.

¹³⁰ Das Abstimmungsergebnis betrug 238 : 33. SBR, Bd. 309, 30. März 1917, S. 2881 ff.

¹³¹ Während die DkP die allgemeine Durchführung des Verhältniswahlrechts ablehnte, stimmte sie der Zusammenlegung der großstädtischen Wahlkreise erwartungsgemäß zu. Vgl. SBR, Bd. 310, 6. Juli 1917, S. 3507 ff. Bei den Reichstagsdebatten über die Vorschläge des Verfassungsausschusses am 15./16. Mai widersprachen die beiden deutschkonservativen Redner Westarp und Kreth sowohl dem Gedanken der Verwandlung des konstitutionellen in ein parlamentarisches Regierungssystem als auch der Einschränkung der kaiserlichen Kommandogewalt: Westarp wies gleich zu Beginn der Debatte über die parlamentarische Kontrolle der Kommandogewalt darauf hin, dass die beantragte Unterwerfung der Offiziersernennungen unter die Gegenzeichnung des Kriegsministers und damit unter die Kontrolle des Parlaments eine völlig neue Grundlage schaffen sollte, was von Kreth einen Tag später noch präzisiert wurde, da er auf den Unterschied zwischen der nach geltendem Recht bestehenden haushaltsrechtlichen Verantwortlichkeit des Kriegsministers für die Auswahl der Offiziere verwies; zudem kritisierte er, dass das im Verfassungsausschuss für das Parlament in Anspruch genommene Recht, jede einzelne Ernennung eines Offiziers der öffentlichen Kritik zu unterwerfen, das wechselseitige Treueverhältnis zwischen König und Offizier, auf dem der preußische Offiziersdienst beruhe, zerstöre; die parlamentarische Kontrolle der Offiziersernennungen hingegen werde das Heer in ein Parlamentsheer verwandeln. Die deutschkonservative Warnung, dass die geplante Verfassungsreform sich als

Die Entscheidung über die Wahlrechtsreform musste aber im preußischen Abgeordnetenhaus fallen. Und hier sah sich Bethmann Hollweg aufgrund der inneren und äußeren Ereignisse, wie dem Ausbruch der Februarrevolution in Russland¹³², der wachsenden Unzufriedenheit der städtischen Arbeiterschaft, die sich in den ersten Massenstreiks während des Krieges im April 1917 in Berlin und Leipzig entlud, wie der Bildung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands noch im selben Monat¹³³ sowie der US-amerikanischen Kriegserklärung vom 6. April derart unter Druck gesetzt, dass er nun nicht mehr glaubte, mit einem Pluralwahlrecht auszukommen und deshalb erklärte, dass die Lage das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen fordere.

Als die kaiserliche Osterbotschaft vom 7. April dem Ansinnen des Reichskanzlers teilweise Rechnung trug – in Aussicht gestellt wurde für die Zeit nach dem Kriege lediglich das allgemeine, geheime und direkte, nicht aber das gleiche Wahlrecht –, änderte die Deutschkonservative Partei ihre bisherige Obstruktionstaktik: Die in der Osterbotschaft deutlich gewordene unzweideutige Absage an das Dreiklassenwahlrecht ließ bei den meisten Deutschkonservativen die Erkenntnis reifen, dass man die *totale* Verweigerungshaltung aufgeben müsse. In vorsichtigen Ausdrücken begann man daher jetzt eine Reformbereitschaft anzudeuten und damit an die im Februar geäußerten Ansichten von der Ostens anzuknüpfen. Erleichtert wurde den Deutschkonservativen dieses allerdings durch ein erneutes Entgegenkommen der preußischen Regierung, denn Unterstaatssekretär Wahnschaffe hatte Westarp – gewiss nicht ohne Billigung Bethmann Hollwegs – am 7. April wissen lassen, dass die Regierung keineswegs auf das gleiche Wahlrecht festgelegt sei, vielmehr wäre ein abgestuftes Wahlrecht möglich, dessen Steuerklassen allerdings nicht zu weitgehend sein dürften.¹³⁴ Drei Tage später sicherte der deutschkonservative Reichstagsfraktionsvorsitzende in Nürnberg die Mitarbeit seiner Partei am „Ausbau“ des preußischen Wahlrechts zu und auch die konservative Presse bestätigte jetzt, dass es das Ziel der DkP sei, an der „organischen Weiterbildung“ des Wahlrechts mitzuarbeiten, dass man eine Verständigung der großen Abgeordnetenhausparteien über die Reform für „durchaus möglich“ halte und warb für eine „sachliche Arbeit und gegenseitiges Verständnis unter den Parteien, die bereit sind, diese Reform in dem wirklich erreichbaren Ziele tatsächlich zustande zu bringen.“¹³⁵

ein Anfang des Verfassungsumsturzes erweisen werde, fand insofern in der Debatte ihre Bestätigung, da Scheidemann am 15. Mai bei der Behandlung einer Resolution zur Friedensfrage der Regierung mit der Revolution drohte, falls diese den Krieg bei einem etwaigen Verzicht der gegnerischen Seite auf annexionistische Ziele als Eroberungskrieg fortsetzen wolle, und da der Wortführer der Unabhängigen Sozialdemokraten, Ledebour, dies sogar zum Anlass nahm, um offen anzukündigen, dass seine Partei die mit den Verfassungsreformen eingeleitete „Demokratisierung“ benutzen werde, um Deutschland zur Republik umzugestalten; er werde seinen Freunden raten, entsprechende Anträge im Verfassungsausschuss zu stellen. Dies war insofern die Ankündigung der Revolution, da an eine Verwandlung des Reichs in eine Republik auf verfassungsmäßigem Wege nicht zu denken war, weil allein die 17 preußischen Stimmen im Bundesrat genügt hätten, um das zu verhindern. Vgl. SBR, Bd. 310, 15. Mai 1917, S. 3395 ff. (Reden Scheidemanns/Ledebours), S. 3430 ff. (Rede Westarps); ebenda, 16. Mai, S. 3447 ff. (Rede Kreths)

¹³² Die sozialen und nationalen Probleme Russlands entluden sich angesichts des lang andauernden Weltkriegs in der Februarrevolution, die zur Abdankung des Zaren Nikolaus II. führte und in deren Ergebnis Russland zur Republik wurde.

¹³³ Den Kern der USPD bildeten jene kriegsgegnerischen SPD-Abgeordneten und -Mitglieder, wie Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Karl Kautsky oder Eduard Bernstein, die seit 1915 in zunehmendem Gegensatz zur Burgfriedenspolitik der Parteiführung gestanden hatten. Die Mitglieder des linken Flügels, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bildeten innerhalb der USPD den Spartakusbund. Vgl. dazu: W. Mühlhausen, Die Sozialdemokratie am Scheideweg, 1994, S. 649-672.

¹³⁴ Vgl. K. von Westarp II, S. 265.

¹³⁵ Vgl. dazu: KZ, Nr. 186, 13. April 1917, Nr. 189, 14. April 1917, Nr. 202, 22. April 1917 und Nr. 207, 25. April 1917. Die „Deutsche Tageszeitung“ trat für eine Abstufung des Wahlrechts nach Selbstständigkeit, Bodenständigkeit, Alter und Bildung ein. Vgl. DTZ, Nr. 202, 22. April 1917.

Waren diese Bekundungen noch sehr allgemeiner Natur, so zeigte sich in der Haltung der DkP zu dem Pluralwahlrechtsentwurf von Loebells, der in dieser Situation auf den Tisch kam, wie weit die Partei zu gehen bereit war: Man billigte den Vorschlag des preußischen Ministers des Innern, obwohl dieser die Einführung eines komplizierten Systems von Pluralstimmen vorsah, nach welchem man ein Ansteigen der sozialdemokratischen Mandate von 9 auf 65 errechnet hatte. Auch wenn Westarp dies als „eines der größten Zugeständnisse [feierte], die die konservative Partei je gemacht hat“¹³⁶, konnte der DkP ihre Zustimmung nicht allzu schwer gefallen sein, da der Vorschlag des Innenministers kaum liberale oder demokratische Fortschritte aufwies¹³⁷ und da er die konservative Grundauffassung nicht verletzte, dass das Wählen nicht das subjektive Recht des Wählers, sondern die Ausführung einer öffentlich-rechtlichen Handlung sei.¹³⁸

Doch der Reichskanzler lehnte das Pluralwahlrechtsmodell von Loebells erwartungsgemäß ab, das im Frühsommer 1917 auch nicht mehr durchsetzbar gewesen wäre: Die SPD-Führer bedrängten Bethmann Hollweg in einer großen Denkschrift vom 28. Juni, endlich seine Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden ohne Wenn und Aber zu bekunden und die innenpolitischen Reformen *unverzüglich* auf den Weg zu bringen¹³⁹; und als der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger am 6. Juli im Hauptausschuss des Reichstags die erneute Bewilligung der Kriegskredite von einer Änderung des politischen Kurses abhängig machte und dazu eine Friedenskundgebung des Reichstags vorschlug¹⁴⁰, ergriff der Kanzler die Flucht nach vorne und überzeugte den Kaiser am 10. Juli davon, die Wahlreform schon jetzt zu veranlassen – und nicht wie in der „Osterbotschaft“ angekündigt, nach dem Krieg –, sodass Wilhelm II. das preußische Staatsministerium am 11. Juli mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts beauftragte.

Doch die Initiative Bethmann Hollwegs kam zu spät, denn überraschenderweise hatten sich Erzberger und Stresemann bereits drei Tage zuvor mit dem engsten politischen Berater Erich Ludendorffs, Oberstleutnant Bauer, getroffen und eine gemeinsame Strategie mit der 3. Obersten Heeresleitung¹⁴¹ zum Sturz des Kanzlers verabredet.¹⁴² Das Bündnis dieser

¹³⁶ Vgl.: K. von Westarp II, S. 268.

¹³⁷ Beispielsweise war vorgesehen, dass jeder Wähler, der zur Ergänzungssteuer veranlagt war, d. h. mehr als 6.000 Mark an Vermögen besaß, eine Mehrstimme erhalten sollte; eine weitere Stimme sollte dem Wähler zustehen, dessen Einkommensteuerleistung die durchschnittliche Steuerleistung des einzelnen Steuerpflichtigen in seiner Gemeinde oder aber den Betrag von 3.000 Mark überstieg; außerdem sollten die Maßstäbe der Stimme für selbstständige Erwerbstätigkeit dahingehend geändert werden, dass Eigentümer, Pächter oder Nießbraucher eines landwirtschaftlichen Grundstücks die angegebene Gewerbearbeit selbst betreiben mussten, womit Grundbesitzer, die nur von den Verpachtungssummen lebten, ebenso ausgeschlossen wurden wie städtischer Hausbesitz; zudem sollte eine „Bildungsstimme“ eingeführt werden für jeden Absolventen einer Mittel- oder Realschule bzw. für jeden, der die mittlere Reife einer höheren Schule oder die dritte Klasse eines Lehrerbildungsseminars erreicht hatte. Vgl. dazu: ebenda, S. 268 ff. Ferner ausführlich: L. Bergsträsser, Die preußische Wahlrechtsfrage, 1929, S. 84 ff.

¹³⁸ Vgl. K. von Westarp II, S. 270.

¹³⁹ Aufruf: „Es geht ums Ganze“, abgedr. in: Ph. Scheidemann, Der Zusammenbruch, 1921, S. 161-167.

Hervorhebung im Text: J. B.

¹⁴⁰ Erzberger war anfangs ein begeisterter Annexionist gewesen, hatte sich aber auf einer Wien-Reise von der hoffnungslosen Kriegslage und dem bevorstehenden Zusammenbruch Österreich-Ungarns überzeugen müssen. Sein Vorstoß vom 6. Juli bedeutete nicht nur einen Aufstand gegen das Außenpolitikverbot, dem der Reichstag verfassungsmäßig unterlag, sondern ebnete auch den Weg für eine neue parlamentarische Konstellation, denn noch am selben Tage kamen führende Abgeordnete von SPD, Zentrum und Fortschrittspartei zu einem „Interfraktionellen Ausschuss“ zusammen, was den Beginn der Zusammenarbeit der drei Parteien der sog. „Reichstagsmehrheit“ markierte, an der sich zunächst auch die Nationalliberalen beteiligten. Der Hauptausschuss war bereits Ende 1916 aus dem Haushaltsausschuss gebildet worden und beriet ständig über innen- und außenpolitische Fragen. Vgl. dazu auch Kap. 9. 5., insbes. Anm. 236.

¹⁴¹ Die 3. Oberste Heeresleitung (OHL) stand seit August 1916 unter der Führung der beiden populären Heerführer Erich von Ludendorff und Paul von Hindenburg, die beide auch noch 1917 auf einen Siegfrieden setzten und jeden Gedanken an innerpolitische Reformen verwarfen.

¹⁴² Vgl. dazu: Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, Teil I, 1959, S. 75 f. und 81.

ungleichen Partner war zustande gekommen, da beide Seiten Bethmann Hollweg stürzen wollten, wenn auch aus entgegengesetzten Motiven – die OHL, weil er ihr zu weich und zu nachgiebig gegenüber den Forderungen der Linken erschien¹⁴³, und die Reichstagsmehrheit, weil er ihr nicht friedlich genug war. Doch übersahen Erzberger und Stresemann, dass die OHL, sobald der Kanzler erst einmal ausgeschaltet war, den Reichstag überspielen würde?

Den Deutschkonservativen jedenfalls kam die Intrige gerade recht, in die sie einbezogen wurden, als die OHL mit dem Kronprinzen eine neue Figur ins Spiel brachte: Am 12. Juli, dem Tag, an dem ein Erlass Bethmann Hollwegs eine Abänderungsvorlage „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts [...] so zeitig“ zusagte, „dass die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können“¹⁴⁴ und an dem die „Germania“ noch glaubte, die Stellung des Kanzlers sei dadurch gefestigt¹⁴⁵, lud der Kronprinz die führenden Parlamentarier aller Parteien ein, um deren Meinung über ein Verbleiben Bethmann Hollwegs im Amte zu erkunden.¹⁴⁶ Nacheinander horchte Kronprinz Wilhelm zunächst den Grafen Westarp und dann Stresemann, Mertin (WV), von Payer (FVP), Erzberger und David aus, wobei Oberstleutnant Bauer hinter einer Tapetentür saß und die Gespräche protokollierte.¹⁴⁷ Erfreut konnte die beiden konstatieren, dass sich Westarp, Stresemann, Erzberger und Mertin für einen sofortigen Kanzlerwechsel aussprachen, während David und von Payer sich diesbezüglich „zurückhaltend“ äußerten. Die DkP reihte sich damit erwartungsgemäß in die Reihe der Kanzlerfronde ein, wobei die Argumente des DkP-Reichstagsfraktionsvorsitzenden, dass es Bethmann Hollweg an Fähigkeit und Kraft mangle und dass man ihn wegen seiner demokratischen Gesinnung ablehne, nichts Neues enthielten.¹⁴⁸ Als Bethmann Hollweg noch am 12. Juli die Protokolle vom Kronprinzen vorgelegt wurden und Ludendorff und Hindenburg am selben Tag ihre Abschiedsgesuche einreichten, weil sie mit dem Kanzler nicht mehr zusammenarbeiten könnten, waren Bethmann Hollwegs Tage gezählt: Um dem Monarchen die Peinlichkeit zu ersparen, seine Unterwerfung unter den Willen der OHL auch noch selbst vollziehen zu müssen, reichte der Kanzler am Morgen des 13. Juli sein Abschiedsgesuch ein.

Bethmann Hollwegs Politik der Diagonale war damit gescheitert. Sein Glaube, dass er Konzessionen nach der einen durch entsprechende Zugeständnisse nach der anderen Seite wieder ausgleichen könnte, hatte sich letztlich als Illusion erwiesen: Die dadurch in Bewegung geratenen Extreme waren in stetiger, wechselseitiger und progressiver Steigerung von Anspruch und Wirklichkeit auf einen Punkt zugetrieben, wo der im Verhältnis schwächer gewordene Träger dieser Politik, also der Kanzler selbst, zwischen ihnen zermalmt wurde.¹⁴⁹ Auf der linken Seite dieser Extreme standen die Sozialdemokraten, auf der rechten die Deutschkonservativen und vor allem die Militärs der 3. OHL.

¹⁴³ Deshalb hatte man hier schon seit Frühjahr 1917 auf den Sturz des Kanzlers hingearbeitet, wobei in Ludendorff-Kreisen auch mit einer Militärdiktatur geliebäugelt wurde. Vgl. dazu: W. Deist, *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg*, 1970, S. 651 f.

¹⁴⁴ Daraufhin kündigten fünf preußische Minister (Lentze, von Schorlemer, von Loebell, von Trott zu Solz und von Stein) ihren Rücktritt an, von denen schließlich nur Kriegsminister von Stein im Amt blieb. Vgl. dazu auch: Th. von Bethmann Hollweg, *Betrachtungen II*, 1922, S. 222.

¹⁴⁵ *Germania*, Nr. 319, 13. Juli 1917. Der Zwölfer-Ausschuss der DkP veröffentlichte noch am selben Tage eine scharf ablehnende Erklärung und in der „*Deutschen Tageszeitung*“ wurde Bethmann Hollweg sogar beschuldigt, am Untergang des alten Preußen mitgewirkt zu haben. KZ, Nr. 350, 12. Juli 1917; DTZ, Nr. 350, 12. Juli 1917.

¹⁴⁶ Zu einer solchen Intervention war Wilhelm von Preußen allerdings verfassungsrechtlich gar nicht befugt, wie G. Ritter treffend bemerkt hat und deshalb auch von einem „in der Geschichte der preußischen Krone unerhörte[n] Vorgang“ spricht. G. Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*. Bd. III, 1964, S. 577.

¹⁴⁷ Die Protokolle sind abgedruckt in: E. Ludendorff, *Urkunden*, 1922, S. 408 ff.

¹⁴⁸ Wörtlich äußerte Westarp laut Protokoll, Bethmann Hollweg sei „ungeeignet zur Lösung der schweren Lage, in der wir uns befinden“; genauso „hält er einen Kanzler, der die Reichstagsfriedensresolution billigt, für unmöglich und kann ihn nicht stützen. Er sieht in der Resolution Stärkung des Gegners und dadurch ein In-den-Rücken-Fallen des Heeres, das so wacker kämpft.“ Ebenda. Zur Friedensresolution siehe unten.

¹⁴⁹ Vgl. dazu die Einschätzung von L. Bergsträsser, *Die preußische Wahlrechtsfrage*, 1929, S. 106 und 110 f.

Die DkP war dabei weder die treibende Kraft noch hat sie langfristig auf den Sturz Bethmann Hollwegs hingearbeitet.¹⁵⁰ Aufgrund ihrer Opposition gegen das Bestreben des Kanzlers, das Bürgertum und die Arbeiterschaft durch maßvolle Reformen zu gewinnen und in den Staat einzubeziehen, und insbesondere wegen ihres sturen Verhaltens in der Wahlrechtsreform hat die Partei das politische Ende Bethmann Hollwegs aber mit gefördert.

Vorschriften oder Richtlinien durch die Partei- oder Fraktionsführungen für das Verhalten in der Wahlrechtsfrage hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben, ebenso wenig wie ein innerhalb, und geschweige denn zwischen den Fraktionen, koordiniertes Handeln.

Es ist unzweifelhaft, dass das allgemeine Wahlrecht die Stellung der Deutschkonservativen im Abgeordnetenhaus schwächen und ihren Einfluss auf die preußische Regierung vermindern musste, doch von Blindheit geschlagen und ganz in seinem Klassenegoismus befangen, verkannte man, dass das preußische Staatsministerium und letztlich auch Bethmann Hollweg das konservative Gefüge des Staates erhalten wollten und dass die Wahlrechtsreform doch nur das Ziel verfolgte, die Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts in ein neues Wahlsystem so weit wie möglich hinüberzuretten. Die Chance, die ein Mitwirken an der Wahlrechtsreform bot, sich wieder für eine Zusammenarbeit mit den liberalen Parteien und dem Zentrum zu öffnen und zugleich die konservativ gestimmten Teile der starken Bevölkerungsschicht im Westen Deutschlands zu gewinnen, wurde nicht gesehen. Damit aber wurde auch die wohl einzige Überlebenschance der Partei verspielt, eine breitere Basis in der Bevölkerung zu gewinnen und so die Einführung eines neuen Wahlrechts als Möglichkeit zu begreifen, auf lange Sicht auch parlamentarisch daraus wieder einen Vorteil zu ziehen. Als die DkP nach der Verkündung der Osterbotschaft erste Ansätze eines Entgegenkommens zeigte, war es zu spät und man wurde, abgesehen von der Halbherzigkeit der Kompromissbereitschaft, von der innenpolitischen Entwicklung des Sommers 1917 überholt. Dass die Wahlrechtsbewegung mehr war als nur ein agitatorisch-genutzter Massentrend, solche Gedanken kamen in der deutschkonservativen Parteiführung zu keinem Zeitpunkt auf; vielmehr spulte man monoton das Argument herunter, dass die Wahlrechtsforderung nur das Ergebnis einer bewusst gesteuerten, skrupellos und erpresserisch die Kriegsnot ausnutzenden Meinungsmache machtgieriger Linkspolitiker sei, die dem Volke etwas suggerieren würde, was es im Grunde gar nicht wolle. Agitatorisch geschickt ausgenutzt wurde so auch der Kriegseintritt der USA, indem die Konservativen jetzt immer wieder auf die glänzende Bewährung des Bestehenden hinwiesen, dessen Änderung die Feindmächte als Zeichen deutscher Schwäche auslegen müssten: Damit appellierte man an das im Kriege noch geschürte nationale Ressentiment, dabei gleichzeitig auf die Unvereinbarkeit demokratischer, westlich-liberaler Verfassungseinrichtungen mit der Eigenart deutscher und speziell preußisch-geschichtlicher Entwicklung hinweisend.

Diejenigen Kräfte innerhalb der DkP, wie die Vorstandsmitglieder Hillebrandt, Wagner oder Batocki, die sich der Position der Regierung annähern konnten und die an einer gemäßigten Wahlrechtsänderung mitzuarbeiten bereit waren, hatten keine Chance, sich gegen die Parteiführung und Heydebrands Unflexibilität durchzusetzen. Dies wurde z. B. deutlich auf der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses am 18. Februar 1917, als eine Anregung des Breslauer

¹⁵⁰ Westarp hatte auf der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 18. Februar 1917 erklärt, dass man die Entlassung des Kanzlers aus "psychologischen und staatsrechtlichen Gründen" nicht fordern werde. Die Haltung der Parteiführung, "dass sie sich von dem billigen Feuerwerk einer Fronde gegen den Kanzler fern gehalten habe", wurde auf dieser Sitzung einerseits gelobt, andererseits aber wurde von einer breiten "Missstimmung [...] gegen die Parteileitung wegen der mangelnden Schärfe ihres Auftretens" berichtet und "eine stärkere öffentliche Betonung des Misstrauens gegen den Kanzler" gefordert. Die kanzlerfreundliche Haltung bestätigte sich, da der Reichstagsfraktionsvorsitzende der DkP trotz Einladung nur eine Woche später nicht an einer Versammlung der Kanzlerfronde im Berliner Hotel Adlon teilnahm, auf der eine dem Reichstag zugeleitete Anklageschrift von 13 Punkten verabschiedet wurde, in der die Ersetzung Bethmann Hollwegs durch Hindenburg gefordert wurde. Vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 255 f. (Protokoll der Sitzung des weiteren Vorstandes der DkP vom 18. Februar 1917). Zur Auseinandersetzung über die "Adlon-Angelegenheit" im Reichstag vgl. SBR, Bd. 309, 2. März 1917, S. 2489 ff.

Geheimrats Dr. Hillebrandt, in einem Rundschreiben alle in Preußen wohnenden Mitglieder des weiteren Vorstandes um ihre Meinung über eine Wahlrechtsänderung zu befragen, nicht befolgt wurde; und als es wenig später in der Landtagsfraktion zur Bildung eines Wahlrechtsausschusses kam, der eine Denkschrift zur Wahlrechtsreform ausarbeiten sollte, wurde Schroeters Ansinnen ignoriert, dass diese „nicht nur negativ sein dürfe, sondern auch andeutungsweise Angaben darüber enthalten müsse, wie nach konservativer Ansicht denn eine Wahlrechtsreform beschaffen sein müsste“¹⁵¹; ebenso lief Ende August 1917 eine Anregung ins Leere, eine Sondersitzung des Fünfziger-Ausschusses zur Wahlrechtsreform einzuberufen, weil dies von Heydebrand und Westarp nach den Erfahrungen der Februarsitzung verhindert wurde.¹⁵² Am stärksten war die Opposition gegen die Haltung der Parteiführung im sächsischen Landesverband und bei dessen Führern Wagner und Mehnert, da die Wahlrechtsfrage eben nicht nur ein preußisches, sondern auch ein sächsisches und natürlich ein Problem des Reiches insgesamt darstellte. Es verwundert daher nicht, dass Heydebrand und Westarp auch noch im Oktober 1918 in ihrer Haltung verharrten, während sich die konservative Fraktion der Zweiten Sächsischen Ständekammer im vorletzten Kriegsmonat mehrheitlich für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Sachsen aussprach.¹⁵³

b) Die Kriegszieldiskussion

In engem Zusammenhang mit dem Problem der Neuorientierung stand die Kriegszielfrage. Gerade den Konservativen war nur allzu bewusst, dass der Preis eines Krieges ohne Sieg und Annexionen in jenen Verfassungsreformen bestehen würde, die sie bisher so erfolgreich blockiert hatten, denn der Massenkrieg hatte die Gesellschaft und die Werte aus der Zeit vor 1914 obsolet gemacht: Unter den vielen Antriebskräften der deutschen Kriegszielbewegung¹⁵⁴ stach daher das Motiv hervor, die Vorkriegsverhältnisse durch eine Neuordnung Europas vom

¹⁵¹ Stattdessen beschloss der Ausschuss, sofort mit einer scharfen Polemik gegen die Reform des Wahlrechts in allen Zeitungen zu beginnen. BArch, NL Westarp 98, Bl. 251 f. und 314 f. Bericht des Hauptvereins vom 18. Februar bzw. 29. August 1917. Die vom Landtagsfraktionsmitglied Hermann von Dewitz herausgegebene Denkschrift „Die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts“ bemängelte in altbekannter Weise, dass das allgemeine Wahlrecht „ebenso wenig die natürlichen Gliederungen des Volks nach Ständen oder Berufen wie den Unterschied [berücksichtige], der zwischen den Leistungen der Einzelnen für die Gesamtheit, zwischen ihrer Erfahrung, Bildung und sozialen Stellung besteht. Es [sei] ebenso ungerecht wie dem Staate zuwiderlaufend, wenn derjenige, der größere Einsicht für das dem Vaterlande Notwendige besitzt, seine Einsicht nur in demselben Maße zur Geltung zu verbringen zu vermag, als der Unerfahrene und Urteilsunfähige. Hätte man vorausgesehen, wie damit der Verführung des leichtgläubigen Volkes Tür und Tor geöffnet wird, wie immer mehr der einsichtige Teil der Nation von der tätigen Beteiligung an der Volksvertretung zurückgedrängt wird, man hätte sich doch wohl vor dieser Einrichtung gescheut;“ ein Wahlrecht, „nach dem der urteilslose Handwerker die gleiche Stimme hat wie der geistige Betriebsleiter, der Ungebildete und Unverdiente wie jeder hochgebildete Staatsbürger und verdiente Staatsbeamte, deren Intelligenz dem Staate die Werte schafft, auf dem sich seine Bedeutung aufbaut“, dürfe daher in Preußen niemals eingeführt werden, zumal „den breiten Volksmassen [das Landtagswahlrecht] ziemlich gleichgültig“ sei, denn die SPD habe „durch die in der Presse und in Massenversammlungen einsetzende Agitation die jetzt herrschende Aufregung künstlich hervorgerufen.“ Ebenda, S. 3 ff.

¹⁵² BArch, NL Westarp 98, Bl. 314 f. Bericht des Hauptvereins vom 29. August 1917.

¹⁵³ Vgl. ebenda, Bl. 348 f. Bericht des Hauptvereins vom 18. Oktober 1918.

¹⁵⁴ Unter diesem Begriff verstehe ich den Zusammenschluss der vielfältigen, teilweise voneinander unabhängigen Parteien, Verbände und anderen Interessengruppen mit dem Ziel, von der Reichsleitung zu verlangen, den für sicher gehaltenen deutschen Sieg im 1. Weltkrieg möglichst optimal auszunutzen, wobei diese Bewegung 1917 in die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) einmündete. Hervorzuheben ist, dass es in keinem anderen der Krieg führenden Länder so weit reichende Annexionsabsichten gab, und dass nirgendwo alle bürgerlichen Parteien so geschlossen, nicht nur für Annexionen, sondern für ein ganzes Annexionsystem eintraten. Das Besondere der deutschen Kriegszielbewegung bestand zudem darin, dass von deren Protagonisten nicht nur Kolonien gefordert, sondern vor allem Ansprüche auf europäische Gebiete im Westen und Osten erhoben wurden.

Zentrum des siegreichen Erobererstaates aus symbolisch zu stärken.¹⁵⁵ Stellten die Kriegsziele also ein Symbol der alten, in Agonie liegenden Ordnung Europas dar, so war es nur zwingend logisch, dass sich die DkP dieser Bewegung ohne Umschweife anschloss; aber natürlich ging es den Vertretern der Kriegszielbewegung auch um die militärische und industrielle Neuordnung Europas, und in diesem Punkte differierten die Meinungen von Anfang an. So wurde hinter den Kulissen ein erbitterter Streit zwischen den Parteien und ökonomischen Interessengruppen vom Zaune gebrochen, in deren Verlauf die Reichsleitung als Träger der auswärtigen Politik mit einer Flut von Denkschriften überhäuft wurde.¹⁵⁶ Die Sorge der bürgerlichen Parteien, dass die Reichsleitung zu einem zu nachgiebigen Friedensschluss neigen könnte, erwies sich jedoch als unbegründet, denn diese hatte bereits Anfang September zur Vorbereitung eventueller Präliminarfriedensverhandlungen mit Frankreich „Vorläufige Richtlinien über unsere Politik bei Friedensschluss“ zusammengestellt, welche unter der Bezeichnung „Septemberprogramm“ in die Geschichtsbücher eingegangen sind.¹⁵⁷

Die Deutschkonservative Partei schloss sich von Anfang an dem Kreise der Annexionisten an: Schon die Intervention Westarps vor der Reichstagsitzung des 4. August, die, wie oben dargelegt, die Streichung des anti-annexionistischen Teils der SPD-Erklärung bewirkt hatte, verdeutlichte, dass die DkP die Verfolgung von Kriegszielen, also Plänen und Bestrebungen, die über die Wiederherstellung des Status quo ante bellum hinausgingen, als erstrebenswert erachtete. Dabei standen für die Deutschkonservativen andere Motive im Vordergrund als etwa für die extrem annexionistischen Nationalliberalen¹⁵⁸ oder das Zentrum: Zum einen war es die Hoffnung und Erwartung, dass aus dem Krieg ein neues, im konservativen Sinne besseres Deutschland entstehen würde; zum anderen aber fand die Partei Vorbild und Richtschnur ihres Handelns vor allem in der Geschichte des preußischen Staates: Da dieser sich und dem deutschen Volk die Selbstständigkeit und Einigung in fortgesetzten Kämpfen gegen eine Überzahl und Übermacht seiner Feinde hatte erobern müssen, könne auch das Deutsche Reich sein Dasein und seine Freiheit nur auf demselben Wege behaupten; eigentlich sei das Reich saturiert, aber seine Bewahrung und Stärkung sei nur durch eine Verbesserung der militär-strategischen Lage, also durch Annexionen, möglich. Hinzu kam, dass man glaubte, der Angegriffene zu sein, und dass

¹⁵⁵ Vgl. M. Stürmer, *Das ruhelose Reich*, 31990, S. 384. Ferner grundlegend zur Kriegszielbewegung: F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, 1961, S. 155 ff., 258 ff., 284 ff. und 513 ff.

¹⁵⁶ Hier sei vor allem die Kriegszielenkschrift des führenden Zentrums-Mitglieds und Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger vom 2. September 1914 erwähnt, nicht nur weil sie die erste, der der Regierung zugehenden Schriften war, sondern weil sie bereits den ganzen Katalog der damals in den Führungseliten des Reiches diskutierten Kriegsziele enthielt: im Westen den wirtschaftlichen Anschluss Belgiens, das auf Dauer unter die Vorherrschaft des Reiches zu stellen sei, die Annexion des Erzgebietes von Longwy-Briey sowie territoriale Arrondierungen in Lothringen, und im Osten eine Zurückdrängung des zaristischen Russlands zugunsten weit reichender deutscher Annexionen. Vgl. dazu grundlegend: S. Grumbach, *Das annexionistische Deutschland*. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden, 1917.

¹⁵⁷ Das Programm ging sogar weitestgehend über die Forderungen Erzbergers hinaus: Belgien, Longwy-Briey und die französische Kanalküste bis zur Somme sollten annektiert werden, wobei die französische Bevölkerung umzusiedeln und zudem aus Toulon ein deutscher Kriegshafen zu machen sei; die polnischen und baltischen Provinzen Russlands sollten dem Reich einverleibt werden und Österreich-Ungarn, die Niederlande, die Schweiz, Bulgarien, Rumänien sowie die vier skandinavischen Länder einen einheitlichen Wirtschaftsraum „Mitteleuropa“ bilden; außerdem sollte in Mittelafrrika ein großes deutsches Kolonialreich entstehen. Umstritten ist die Bewertung des Programms, einerseits als Zusammenfassung der politischen Absichten der Reichsleitung und Richtschnur ihres Handelns „bis zum Ende des Krieges“ (F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, 1961, S. 95), andererseits als momentane, unverbindliche Materialsammlung (E. Zechlin, Nachwort, in: W. Schieder (Hg.), *Erster Weltkrieg*, 1969).

¹⁵⁸ Beispielsweise wollte der spätere Friedens-Nobelpreisträger Gustav Stresemann das Deutsche Reich durch den Krieg „zum Weltmeer vorrücken lassen“ und „in Calais ein deutsches Gibraltar schaffen.“ Vgl. M. Berg, *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika*, 1990, S. 38 ff. Ferner: Von Bassermann zu Stresemann, 1967; H. Thieme, *Nationaler Liberalismus in der Krise*, 1962, insbesondere S. 54 ff.

„[...] um der Wiederholung eines solchen Überfalls vorzubeugen [...] Grenzen erkämpft werden [müssten], die größere militärische Sicherheit und ein freies Meer gewährten. Da sich gezeigt hatte, wie unsicher das Betätigungsfeld des deutschen Volkes in der Welt war, [müssten] eine breitere Ernährungsgrundlage und neues Siedlungsland errungen werden.“¹⁵⁹

Auf Grundlage dieser Argumentation vertraten die Deutschkonservativen während des gesamten Krieges die Auffassung, dass man nur bei einem vollen Sieg der deutschen Waffen Frieden und Rettung erwarten könne und lehnten bis zum Ende jeglichen Verständigungsfrieden ab. Mit dieser unflexiblen Position *geriet die DkP von Anfang an gegenüber den anderen Parteien ins Hintertreffen, die sich mit fortschreitender Kriegsdauer in der Lage zeigten, ihre Kriegszielvorstellungen in Abhängigkeit von der militärischen Lage zu korrigieren.*

Ausschlaggebend für das Einreihen der DkP in die Kriegszielbewegung waren jedoch innenpolitische Motive, was auch die starre Haltung der Parteiführung in der Kriegszielfrage bis zum Ende erklärt, denn mit jedem neuen Kriegstag stiegen die Kosten derart, dass man bei einer Tilgung aus eigenen Mitteln ohne feindliche Kriegsentschädigung eine solche Beanspruchung der Steuerkraft erwartete, dass es zu sozialen Unruhen kommen musste¹⁶⁰; was das bedeutete, hatten viele Gründer der Deutschkonservativen Partei 1870 miterlebt, als die militärische Niederlage Frankreichs dort zum Sturz des Kaisertums geführt hatte, und auch in Russland hatte erst vor 10 Jahren ein verlorener Krieg zu schweren Unruhen und zur Revolution im Zarenreich geführt: Was lag also näher als der Gedanke, dass sich in Deutschland im gleichen Fall Ähnliches abspielen würde?¹⁶¹

Die Kriegszielforderungen der Deutschkonservativen stellten in diesem Sinne also gewissermaßen eine „Flucht in die Annexion“ dar, denn *ein unbefriedigendes Kriegsende, selbst bei einem Sieg, aber ohne Annexionen und Reparationen, hätte die Konsequenz nach sich gezogen, dass die Parteien im Reichstag, die anfangs einmütig den Burgfrieden gelobt hatten, am Ende eine hohe Rechnung präsentieren würden, die eine stärkere Beteiligung an der Regierung enthalten würde*, schon um künftig über Krieg und Frieden mitentscheiden zu können. Und schließlich *offenbarten die Deutschkonservativen mit zunehmender Kriegsdauer immer deutlicher, dass hinter ihren Forderungen nach einem Siegfrieden natürlich vor allem auch rein materielle Gründe standen*: Selbst als nach dem Scheitern der deutschen West-Frühjahrsoffensive von 1918 die Aussichten auf eine siegreiche Beendigung des Krieges gänzlich geschwunden waren, beschrieb die DkP-Führung den Vorsitzenden der Provinzialvereine die „Deckung der Reichsschulden und die Aufbringung von jährlich 13 Milliarden Mark laufenden Ausgaben“ bei einem entschädigungslosen Frieden als unmöglich. Daher müsste „von konservativer Seite immer wieder im Volke die

¹⁵⁹ K. von Westarp II, S. 40 f. und 675. Vor allem die ostpreußischen Konservativen, die den Kriegsausbruch als Schock eines feindlichen Überfalls erlebt hatten, vertraten den Standpunkt der Notwendigkeit einer besseren militärischen Sicherung des Reiches vehement und forderten das Hinausschieben der deutschen Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten. Vgl. hierzu vor allem die Verhandlungen im Reichstag und im Abgeordnetenhaus zum „Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet in seiner Wirkung auf Ostpreußen“, in: Schriften zur Tagespolitik, Heft 8, 1918.

¹⁶⁰ Aus innenpolitischen Motiven befürwortete die DkP hohe Kriegsentschädigungen, um die drohende Steuerlast auf den Gegner abwälzen zu können. Somit sollten nach dem Kriege keine zusätzlichen indirekten Steuern notwendig werden, weil sie zu einer Radikalisierung der Arbeiter führen würden – direkte Steuern lehnte man ja ohnehin generell ab, da sie nur auf Kosten des Grundbesitzes erhöht werden konnten. Westarp bezeichnete es in diesem Zusammenhang als „ein unerbittliches Gesetz der Geschichte, dass der Unterlegene zu den Kosten des Siegers herangezogen wurde“; wie groß aber war das Geschrei der Konservativen, als 1918/19 der umgekehrte Fall eintrat! Vgl. K. von Westarp II, S. 41.

¹⁶¹ Darauf wurde wiederholt in der konservativen Presse hingewiesen. Vgl. z. B. KM Oktober 1915, Heft 1, S. 1 ff.: „Die gewaltige nationale Leistung des Krieges ist die Probe auf das im Frieden vollbrachte Werk. Unglückliche Kriege erweisen fast stets die Unzulänglichkeit vorhandener Zustände [...]. Glückliche Kriege beweisen, dass der Geist der Nation in ihrem Staate groß und sieghaft geworden ist, und es wird die Zukunft nicht offen fern, was den Geist des Sieges in der Vergangenheit gebar.“

Notwendigkeit betont werden, dass ein starker Frieden und vor allem eine hohe Kriegsentschädigung die unabwiesbare Voraussetzung für eine ausreichende Versorgung der Kriegsbeschädigten“ darstellten.¹⁶² Hinter solchen Äußerungen steckten letztlich nur *dieselben Befürchtungen, die die DkP schon 1909 zum Kippen der Reichsfinanzreform veranlasst hatten, also die Sorge, dass bei einem negativen Ausgang des Krieges die Erhebung direkter Steuern die von der DkP vertretenen vermögenden Teile der Bevölkerung besonders treffen würde.*¹⁶³

Bestand bezüglich der innen- und steuerpolitischen Motive über die Beteiligung an der Kriegszielbewegung Einmütigkeit innerhalb der Deutschkonservativen Partei, so gingen die Ansichten darüber, welche Forderungen aus militärischen, wirtschaftlichen – vor allem agrarpolitischen – oder ideologischen Motiven notwendig wären, von Beginn an weit auseinander. Differenzen gab es dabei vor allem über die Hauptstoßrichtung der deutschen Kriegspolitik: Während sich die Angriffe in der konservativen Presse nach der russischen Mobilmachung zunächst hauptsächlich gegen das Zarenreich als Kriegsauslöser- und verursacher richteten, verlagerten sich die Anfeindungen schon bald zunehmend in Richtung des „perfiden Albion.“¹⁶⁴ Insgesamt deutlich unterschieden werden müssen dabei die Haltung der Parteiführung um Heydebrand, Westarp und Schroeter, die Positionen der radikalen, an die Alldeutschen angelehnten Konservativen, und die teilweise sehr stark differierenden Standpunkte einzelner Deutschkonservativer; ein einheitliches Vorgehen der Partei hat es also nicht gegeben, schon weil die Parteiführung den Fraktionen und einzelnen Parteimitgliedern bei der parlamentarischen, rednerischen und journalistischen Vertretung der positiven Kriegsziele freie Hand ließ.¹⁶⁵

Die Haltung der Parteiführung in der Kriegszielfrage kann im Allgemeinen als noch recht gemäßigt eingeschätzt werden, vor allem wenn man sie an den Erklärungen und Pamphleten der Parteimehrheit oder an den maßlosen Annexionsabsichten der deutschen Kriegszielbewegung insgesamt misst.¹⁶⁶ Dies lag einerseits daran, dass man durch verbindliche Festlegungen den eigenen Handlungsspielraum nicht zu sehr einengen und innerparteiliche Differenzen nicht verschärfen wollte¹⁶⁷, andererseits aber entsprach die Zurückhaltung der Parteioberen einer ausdrücklichen Bitte Bethmann Hollwegs, der Westarp zuvor seine prinzipielle Zustimmung zu wichtigen deutschkonservativen Kriegszielen

¹⁶² Unsere Partei, Nr. 2, Juni 1918, S. 2.

¹⁶³ Vgl. dazu z. B. die große spätwinterliche Reichstagsdebatte des Jahres 1917, in der Graf Westarp ausführte: „[...] aber darüber kann kein Zweifel sein, dass der Steuerzettel des Reiches aus der Zeit des Friedens sich [...] mindestens um das Vier- bis Fünffache vergrößern wird. Dazu wird die Verlängerung des Steuerzettels der Einzelstaaten und Gemeinden kommen [...]“ usw. SBR, Bd. 309, 27. Februar 1917, S. 2403.

¹⁶⁴ Vgl. KZ, Nr. 358, 2. August 1914, Nr. 359 (Sonder-Ausgabe), 3. August 1914, Nr. 360, 3. August 1914; Mitteilungen, Nr. 34-38, 19. September 1914, S. 530 ff. Zur diesbezüglichen Auseinandersetzung zwischen der „Kreuzzeitung“ (Theodor Schiemann) und der „Deutschen Tageszeitung“ (Ernst Graf zu Reventlow) vgl.

Kapitel

9. 3., Anm. 61.

¹⁶⁵ K. von Westarp II, S. 46. Westarps hier getroffene Feststellung, dass die DkP „ein eigenes zusammenfassendes Programm“ nie beschlossen habe, entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Vgl. dazu die folgenden Ausführungen.

¹⁶⁶ So heißt es im Bericht eines Herrn Schoen – er war Stellvertreter des bayrischen Gesandten in Berlin, Lerchenfeld – vom 27. Juni 1915 an seinen Ministerpräsidenten in München, den Grafen Hertling, dass es bei den Konservativen einen „gewissen Gegensatz“ gebe zwischen den Nationalisten vom Schlage der Deutschen Tageszeitung (Graf Reventlow) und den alten Konservativen „mit Heydebrand an der Spitze.“ Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld I, 1973, S. 467.

¹⁶⁷ Vgl. den Brief Westarps an den deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten Krahrmer vom 17. Juni 1915. BArch, NL Westarp 6, Bl. 112. Ferner: K. von Westarp II, S. 44, wo Westarp die reservierte Haltung der Parteiführung verteidigt: „Kam es zu Friedensverhandlungen, insbesondere zur Möglichkeit eines Sonderfriedens nach der einen oder anderen Seite hin, so war es für die Partei und Fraktion, die im Parlament verantwortlich zu handeln hatte, sehr viel bedenklicher, auf frühere Forderungen festgelegt zu sein, als für Vertreter der öffentlichen Meinung außerhalb des Parlaments“, auch wenn man damit „leicht in den Verdacht der Schlappeheit“ geriet.

versichert hatte: Mit einer weitgehenden gouvernementalen Haltung hoffte die Partei, die traditionellen Einflussmöglichkeiten, vor allem in Preußen, zu erhalten, und die Politik der Regierung über die Ministerialbürokratie beeinflussen zu können.¹⁶⁸

Dass England als Hauptfeind zu betrachten wäre, darauf hatten sich Westarp, Schroeter, der „Kreuzzeitungs“-Chefredakteur Wendland und der Schiemann-Nachfolger der außenpolitischen Wochenschaun, Otto Hoetzsch, Ende 1914 auf einer Konferenz geeinigt¹⁶⁹, und dieser Standpunkt findet sich auch wieder in der einzigen offiziellen Kriegszielresolution des engeren Parteivorstandes vom 22. September 1915¹⁷⁰, in der *„die mit allen Mitteln zu erstrebende Niederringung Englands, welches den Krieg heraufbeschworen hat“*, als wichtigstes Ziel überhaupt bezeichnet wurde. Die in der Resolution angestrebten Kriegsziele gingen zwar nicht so weit und waren auch nicht so eindeutig formuliert wie die der

¹⁶⁸ Vgl. den Brief Westarps an Bethmann Hollweg vom 17. April 1915 und dessen Antwort vom 23. April 1915. BArch, NL Westarp 6, Bl. 11 und 44 ff. Hatte Heydebrand sich mit seiner großen Reichstagsrede während der 2. Marokko-Krise noch endgültig von der gouvernementalen Haltung in außenpolitischen Fragen verabschiedet und Anschluss an die nationale Bewegung gefunden, so vollzog er hier eine Kehrtwendung; dass diese nicht nur aus taktischen Gesichtspunkten erfolgte, sondern unter dem Eindruck des 4. August auch ehrlich gemeint war, mag man ihm durchaus glauben.

¹⁶⁹ BArch, NL Westarp 98, Bl. 93. Bericht des Hauptvereins vom 22. Dezember 1914. Allerdings war diese Linie nie eindeutig, denn Westarp äußerte schon vier Monate später in der „Kreuzzeitung“, dass in Bezug auf den „Hauptfeind [...] keine Rangordnung zwischen Russland, England, Frankreich und den Übrigen bestehe.“ KZ, Nr. 195, 18. April 1915.

¹⁷⁰ Die bürgerlichen Parteien hatten ihre Einmütigkeit in der Kriegszielfrage durch gemeinsame Erklärungen vom 2. Dezember 1914, 10. März und 9. Dezember 1915 demonstriert, die vom Zentrumsfraktionsvorsitzenden Peter Spahn als Sprecher der Kriegszielmehrheit vorgetragen worden waren. In der Zeit zwischen der zweiten und dritten dieser gemeinsamen Reichstagskundgebungen – eine vierte folgte am 15. Mai 1917 – trat jede der fünf Parteien (in der Reihenfolge: NLP, DkP, Zentrum, FVP, RFKP) mit jeweils eigenen, in den Parteivorständen beschlossenen Kriegszielresolutionen, an die Öffentlichkeit. Gemeinsam war allen Erklärungen, dass darin mit Stolz der großen militärischen Erfolge des deutschen Heeres gedacht wurde, um daraus zu folgern, dass die blutigen Opfer nicht umsonst gewesen sein dürften, sondern vielmehr eine Verstärkung der deutschen Machtstellung möglich und nötig machten, damit kein Feind Deutschland wieder anzugreifen wage. Dazu wurden in den Resolutionen aller Parteien Annexionen gefordert, wenn auch unterschiedlichen Ausmaßes. Am weitesten gingen die Nationalliberalen, die sich mit ihrem Kriegszielprogramm als „Partei der Reichsausdehnung“ verstanden wissen wollten, so wie sie zuvor die „Partei der Reichsgründung und Reichserhaltung“ gewesen seien: Konkret forderten sie eine militärische und wirtschaftliche Angliederung der im Westen eroberten Gebiete, den Gewinn von neuem Siedlungsland im Osten und den Ausbau des Kolonialreiches, das in seiner Größe den Interessen Deutschlands als „Welthandelsvolk“ entsprechen müsse; die Freikonservativen gaben als Kriegsziel aus: “[...] ein in seiner ganzen Machtstellung verstärktes und über seine bisherigen Grenzen durch möglichste Festhaltung jetzt besetzter Gebiete erheblich erweitertes, sowie für seine Geldaufwendungen entschädigtes Deutschland”; etwas vorsichtiger in ihrem Ton gehalten war die Zentrums-Resolution, was überraschte, weil Zentrumsführer Spahn nicht nur ein besonders aktiver Vertreter der Kriegszielmehrheit des Reichstags war, sondern weil er auch als Sprecher der Wirtschaftsverbände bei den Zusammenkünften mit Bethmann Hollweg aufgetreten war: Gefordert wurde darin recht allgemein, dass die „furchtbaren Opfer [...] nach einem verstärkten Schutz unseres Landes im Osten und Westen [rufen], der den Feinden verleidet, uns wieder zu überfallen, und der die volkswirtschaftliche Versorgung unserer wachsenden Bevölkerung dauernd gewährleistet”; in der Resolution des „Fortschritts“ schließlich wurde, im Unterschied zu den Erklärungen der anderen Parteien, ein Friedensschluss angestrebt, in dem „das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie im Sinne weitgehender und bleibender Annäherung der beiden Reiche auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiete geregelt und damit die Möglichkeit eines Anschlusses der Balkanländer und des türkischen Reiches an die beiden Zentralmächte geschaffen werden soll”; das Reich also als kontinentaler Machtkern, um sich einen starken mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsblock, unangreifbar auf alle Zeit. Die einzelnen Kriegszielresolutionen gipfelten dann in der gemeinsamen Erklärung der bürgerlichen Parteien im Reichstag am 9. Dezember 1915 als Antwort auf eine Interpellation der SPD, die sich gegen Annexionen ausgesprochen hatte; allerdings gab es auch in der SPD bis Anfang 1917 intern eine erhebliche Anzahl führender Mitglieder, die „maßvolle Kriegsziele“ bejahten, und erst nach Ausbruch der Februarrevolution in Russland griff Scheidemann unter dem Druck der in Bewegung geratenen Arbeiterschaft die russische Formel vom Krieg „ohne Annexionen und Kontributionen“ auf und propagierte sie so nachdrücklich, dass sie von nun an zur Bezeichnung eines „Verzichtfriedens“ diene. Vgl. S. Grumbach, *Das annexionistische Deutschland, 1917*, S. 36 ff. (hierin die Texte der Kriegszielresolutionen der Parteien); Von Bassermann zu Stresemann, 1967, S. 31; D. Langewiesche, *Liberalismus, 1988*, S. 218; F.

Nationalliberalen, dennoch traten die Annexionsabsichten der Deutschkonservativen deutlich zutage: Der Krieg sollte fortgeführt werden, bis die „Grundlagen der deutschen Zukunft“ gesichert seien, wobei man „vor keinem weiteren Opfer“ zurückschrecken dürfe, das notwendig sei, um „alle zu diesem Zwecke *erforderlichen Gebietserweiterungen*“ zu erreichen; was die Parteiführung darunter konkret verstand, wurde indes nicht erklärt, der Passus, dass man einen Frieden anstrebe, der zunächst die „*nationale Sicherheit des deutschen Volkes im Osten* dauernd“ gewährleisten sollte, ließ aber durchblicken, dass man sich vorderhand dort Annexionen erhoffte.¹⁷¹

Die in der Kriegszielresolution anzutreffende Argumentation mit militärischen Gesichtspunkten war charakteristisch für die Äußerungen führender Deutschkonservativer zu „positiven Kriegszielen“ überhaupt¹⁷², ebenso wie die von Westarp im Reichstag vertretene Position:

„Was wir haben [...], das halten wir fest (Oho! Bei den Sozialdemokraten). Das halten wir fest (Bravo! Rechts), solange und soweit es nötig ist, um die Zukunft des deutschen Landes zu sichern.“¹⁷³

In internen Äußerungen galten für die deutschkonservative Parteiführung als unverzichtbare Bestandteile eines „Siegfriedens“: die Errichtung der deutschen Oberherrschaft über Belgien bei Annexion der flandrischen Küste; Litauen, Polen und weitere Gebietserweiterungen in den Ostseeprovinzen, wobei man die Wiedererrichtung Polens als Staat entschlossen bekämpfen wollte; und schließlich eine Arrondierung und „Verbesserung“ des afrikanischen Kolonialreiches im Wege des Austausches gegen die Südseekolonien sowie der Erwerb Belgisch-Kongos.¹⁷⁴ So hatte Westarp, der als offizieller Sprecher der deutschkonservativen Kriegszielbewegung bezeichnet werden kann, nach Rücksprache mit Heydebrand und anderen maßgeblichen Parteimitgliedern in dem bereits erwähnten Brief an Bethmann Hollweg bezüglich Belgiens geäußert:

„Entscheidend ist nach meiner Gesinnung die unbedingte Notwendigkeit, die militärische Herrschaft über Belgien, seine Festungen und seine Nordseeküste, die wir erobert haben, dauernd fest in der Hand zu behalten.“¹⁷⁵

Das Hauptmotiv für diesen Wunsch war wiederum militärischer Art, weil Belgien nicht wieder „ein Vasallenstaat Englands und Frankreichs“ werden dürfe; teilweise wurden hier aber auch deutsch-völkische Argumente wirksam, wenn etwa betont wurde:

Fischer, Griff nach der Weltmacht, 1961, S. 149 f.

¹⁷¹ S. Grumbach, Das annexionistische Deutschland, 1917, S. 40. (Hervorhebungen im Original) Wohl nicht zufällig hatten die Grafen Mirbach-Sorquitten und Tiele-Winckler ihre Teilnahme an der Sitzung abgesagt, denn beide traten gegen (Tiele-Winckler) bzw. für nur „gemäßigte Annexionen“ (Mirbach-Sorquitten) ein. Die Resolution wurde dann, nach der Absegnung durch Heydebrand, an die Mitglieder des Fünziger-Ausschusses sowie die Landes-, Provinzial- und sonstigen Einzelorganisationen der DkP versandt. Auf eine Veröffentlichung in der „Kreuzzeitung“ verzichtete Westarp, weil das Parteiblatt, wohl mit Rücksicht auf die Regierung, den letzten Satz der Resolution nicht abdrucken wollte, in dem das Eintreten der Parteiführung für die „notwendigen Gebietserweiterungen“ postuliert worden war. Stattdessen erschien die Kriegszielresolution in den „Alldeutschen Blättern“, in denen dann auch der „echte vaterländische Geist“ der Erklärung gelobt wurde. Vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 151 ff. Bericht des Hauptvereins vom 29. September/ 7. Oktober 1915; NL Westarp 100, Bl. 1 ff. Briefe Mirbach-Sorquittens bzw. Tiele-Wincklers an den Zwölfer-Ausschuss vom 11. bzw. 19. September 1915; ebenda, Bl. 43 f.; AB, Nr. 41, 9. Oktober 1915, S. 350 f.

¹⁷² Eine „stärkere und feste Stellung müssen wir unbedingt unserem Vaterlande, dem Reiche, dem Volke, unseren Nachfahren verschaffen. Wir müssen [...] `reale Garantien´ haben, dass niemand uns wieder in so heimtückischer Weise überfällt.“ SBR, Bd. 306, 20. August 1915, S. 238 (Dr. Oertel). Schroeter äußerte schon in den ersten Kriegswochen, Frankreich müsse „vollständig zu Boden gerungen“ werden, um auf längere Zeit wieder Frieden zu haben. BArch, NL Westarp 98, Bl. 36. Bericht des Hauptvereins vom 26. August 1914.

¹⁷³ SBR, Bd. 308, 11. Oktober 1916, S. 1724.

¹⁷⁴ K. von Westarp II, S. 46.

¹⁷⁵ Brief Westarps an Bethmann Hollweg vom 17. April 1915. BArch, NL Westarp 6, Bl. 11.

„[...] dass unter dem deutschen Einfluss der flämische Volksstamm seiner niederländischen Eigenart entsprechend sich besser werde entwickeln können, als unter dem verwelschenden Einfluss.“¹⁷⁶

Dieselbe Forderung, die die DkP für die Westgrenze erhob, stellte sie auch für die Ostgrenze:

„Es dürfe nicht zum zweiten Mal vorkommen, dass ein Feind seine Heere vor den ungeschützten Grenzen Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen könne“, [sodass gleichermaßen für die deutsche West- wie für die deutsche Ostgrenze gelte], „dass die Angriffszone weiter hinaus verlegt werden muss.“¹⁷⁷

Bei ihrem Wunsch nach Annexionen im Osten kamen für die DkP-Führung aber noch zwei weitere, sehr entscheidende Motive hinzu: Zum einen erwartete man sich, als Vertreterin agrarischer Interessen, die Gewinnung von Siedlungsland für die Landarbeiter, wobei gleichzeitig die aus dem Kriege heimkehrenden Soldaten „befriedigt“ und zudem der Industrie wieder Arbeiter entzogen werden sollten; zum anderen war die, insbesondere gegen Kriegsende erhobene, leidenschaftliche Forderung der Annexion Kurlands, Livlands, Litauens und Estlands an die Hoffnung geknüpft, diese Gebiete mit der preußischen Krone – und nicht mit der Kaiserkrone! – zu vereinen.¹⁷⁸ Auf diese Weise glaubte man, dem preußischen Staate neue Aufgaben außerhalb der Reichsgrenzen zuweisen und damit das „Aufgehen Preußens in Deutschland“ verhindern zu können.

Trotz ihrer teilweise sehr weitgehenden Annexionsabsichten war die Parteiführung aber nicht bereit, sich der alldeutschen Kriegszielbewegung anzuschließen, obwohl ihr gerade von dieser Seite schon frühzeitig besonders Annexionen im Osten in Aussicht gestellt wurden, die zu einer „großen Stärkung der Konservativen Partei“ führen würden.¹⁷⁹ Die Haltung der DkP zum Alldeutschen Verband ist für die Bewertung ihrer Kriegszielabsichten dabei umso bedeutender, da es dem ADV von Anfang an gelang, eine wichtige Stellung bei der Formulierung der Kriegsziele zu erlangen: Das Verbot der öffentlichen Kriegszieldiskussion angesichts der ungeklärten Kriegslage im Spätherbst 1914 hatte dazu geführt, dass die Regierungsbehörden gegen die berühmte Kriegszielenkschrift des Verbandsvorsitzenden Heinrich Claß¹⁸⁰ eingeschritten waren, damit aber das Gegenteil des eigentlich Bezweckten erreichten, denn Claß ließ diese in ihrer Rücksichtslosigkeit und sprachlichen Deutlichkeit einzigartige Schrift nun in fast 2.000 Exemplaren drucken und versenden, wobei Westarp zu deren ersten Empfängern gehörte.¹⁸¹ Die darin geäußerte Absicht, dass die einheimische Bevölkerung der umfänglichen Territorien in Ost und West, die Claß als Objekte deutscher Annexionen ausgemacht hatte, zwangsweise umgesiedelt werden müsse, die umfangreichen Reparationsforderungen, die unter anderem dazu dienen sollten, die erbärmlichen Altersrenten der Sozialversicherung anzuheben, all dies hatte in Westarps Augen zwar „etwas Bestechendes [...] für konstruktiv denkende Menschen“, die „Zweifel über die Erreichbarkeit

¹⁷⁶ SBR, Bd. 307, 6. April 1916, S. 872.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Vgl. SBR, Bd. 311, 19. März 1918, S. 4468 ff.; Bd. 313, 24. Juni 1918, S. 5629 (Graf Westarp).

¹⁷⁹ So schreibt das führende Verbandsmitglied, Konstantin Frhr. von Gebssattel, am 3. Dezember 1914 an Westarp: „Alle Neubesitzer der dort zu gründenden Rittergüter werden ihr [der DkP; J. B.] eo ipso zugehören.“ BArch, NL Westarp 4, Bl. 2.

¹⁸⁰ Der Inhalt der Denkschrift wurde am 20. August 1914 auf der ersten Kriegstagung des geschäftsführenden Ausschusses des ADV diskutiert, angenommen und schließlich Anfang September gedruckt. Vgl. A. Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, 1954, S. 71 ff. M. Peters, Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges 1908-1914, 1992, S. 193 ff.

¹⁸¹ Abschrift in: BArch, NL Wangenheim 9, Bl. 65. Claß an Westarp, 20. November 1914. Der Versuch der Reichsleitung, die Verbreitung der Denkschrift zu verhindern, blieb nicht nur erfolglos, sondern nährte die ohnehin vorhandene Meinung, dass die Regierung bei der erstbesten Gelegenheit einen „flauen Frieden“ schließen würde. Vgl. W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 620.

und praktische Durchführbarkeit dieser Pläne¹⁸² hinderten ihn und die Reichstagsfraktion jedoch daran, sich darauf festzulegen.

Dabei war Westarp zunächst durchaus gewillt gewesen, sich der Kriegszielbewegung der Alldeutschen und der Wirtschaftsverbände anzuschließen, die entstanden war aus Furcht vor einem vorzeitigen Sonderfrieden der Regierung nach der einen oder anderen Seite¹⁸³, der eine Reduzierung der Kriegsziele an derjenigen Front, an der dieser Frieden geschlossen worden wäre, nach sich gezogen hätte. Das Zentrum der Kriegszielbewegung befand sich in der Schwerindustrie¹⁸⁴, insbesondere beim „Zentralverband Deutscher Industrieller“ und dessen Syndikus, dem Landrat a. D. Heinrich Roetger, doch von Anbeginn gab es eine enge Verbindung zur Organisation der verarbeitenden Industrie, dem „Bund der Industriellen“, als dessen zweiter Vorsitzender Gustav Stresemann fungierte, sowie zur Interessenvertretung der Landwirtschaft, dem „Bund der Landwirte“; da führende Parteimitglieder, insbesondere der Nationalliberalen und der Deutschkonservativen, diesen Wirtschaftsverbänden angehörten, mussten die Kriegszielvorstellungen der Verbände auch Auswirkungen auf die Parteien haben. Zu einem ersten Kontakt der Verbände kam es im Oktober 1914, als auf Anregung des damaligen Krupp-Direktors und ADV-Gründungsmitglieds, Alfred Hugenberg, Vertreter des ZDI und BdL zur Beratung der Getreidepreise zusammengekommen waren, und als dieser Kreis seine Tätigkeit am 7. November 1914 unter Zuziehung des ADV auf die Beratung der Kriegsziele erweiterte. Auf dieser Sitzung, zu der Westarp „federführend“ nach Berlin eingeladen hatte, wurde die Claßsche Kriegszielenkschrift und die darin unterstrichene „Notwendigkeit und Möglichkeit, Siedlungsland im großen Maßstabe zu gewinnen“, insbesondere von Wangenheim begrüßt, sodass der BdL-Vorsitzende die Mitwirkung seines Bundes an der Kriegszielbewegung zusagte.¹⁸⁵

Nachdem Claß und Hugenberg ein gemeinsames Kriegszielprogramm für den ZDI, BdL und den ADV ausgearbeitet hatten, fanden am 15. Dezember 1914 und 7. Januar 1915 zwei weitere Kriegszielberatungen in Berlin statt. Auf der Dezembersitzung, an der für die DkP die drei Reichstagsabgeordneten Westarp, Dietrich und Roesicke teilnahmen, glaubte Westarp nun, trotz der sehr weit reichenden Kriegszielabsichten „dem Drängen nicht nur der Alldeutschen, sondern gerade der Industriellen nach Festlegung von ‚Friedenszielen‘ nicht mehr ausweichen zu können“, und sagte auch die Zustimmung der Deutschkonservativen Partei für das Kriegszielprogramm zu. Doch nach einer Intervention Heydebrands, dem die Protokolle vom 15. Dezember zugesandt worden waren, zog Westarp seine Unterschrift für die DkP in der Januarsitzung zurück, nachdem Heydebrand Hugenberg und Claß mitgeteilt hatte, dass er zwar gesprächsbereit sei, aber ihre „vorgetragenen Ideen für viel zu weitgehend und größtenteils weder praktisch für realisierbar noch für nützlich halte“ und dass er sich „unter keinen Umständen für derartige Utopien und reine Kannegiebereien dieser Herren engagieren kann.“¹⁸⁶

¹⁸² K. von Westarp II, S. 45.

¹⁸³ Im November 1914 hatte es erste Friedenssondierungen mit England und Russland gegeben, denn nach dem vergeblichen Versuch, die französische Kanalküste zu erreichen, nach den schweren Niederlagen der Österreicher in Galizien und den wechselvollen Kämpfen in Nordpolen, hatte die politische und militärische Führung des Reiches den Ernst der Lage erkannt und mit einem Umdenken in der Kriegszielfrage begonnen.

¹⁸⁴ Diese Bewertung bei F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, 1961, S. 140.

¹⁸⁵ H. Claß, Wider den Strom, 1932, S. 355. Vgl. auch K. von Westarp II, S. 42.

¹⁸⁶ Vgl. den Brief Westarps an Heydebrand vom 28. Dezember 1914, der die ganze Zerrissenheit des deutschkonservativen Reichstagsfraktionsvorsitzenden widerspiegelt, und die Antwort Heydebrands an Westarp vom 31. Dezember 1914, in: K. von Westarp II, S. 43 f. Ferner: H. Claß, Wider den Strom, 1932, S. 361, wo geschildert wird, dass der Entschluss, die Unterschrift zurückzuziehen, bei allen Teilnehmern großes Erstaunen ausgelöst habe und dass die konservativen Teilnehmer der Sitzung über das Verhalten ihrer Führer entsetzt gewesen wären. Noch weiter als Heydebrand bei seiner Ablehnung ging das Mitglied des Zwölfer-Ausschusses Graf Tiele-Winckler, der eine Eingabe an Bethmann Hollweg unterschrieb, in der betont wurde, dass nicht ganz Deutschland hinter dem Annexionsprogramm der sechs wirtschaftlichen Verbände stünde; Tiele-Winckler betrachtete es als einen „verhängnisvollen Fehler“, „den Friedensschluss abhängig zu machen von der Abtretung weiter Länderstrecken in Ost und West, [weil] das Deutsche Reich nach Maßgabe seiner historischen

Auch wenn Westarp in der Folgezeit über den BdL-Vorsitzenden Roesicke in Fühlung mit der Kriegszielbewegung blieb¹⁸⁷, gingen die Vertreter der wirtschaftlichen Verbände jetzt selbstständig vor: Die vor Größenwahn nur so strotzende „Denkschrift der fünf großen wirtschaftlichen Verbände“ (ZDI, BdI, BdL, RDMV und Deutscher Bauernbund) vom 10. März 1915¹⁸⁸, zu der dann im Mai 1915 noch die christlichen deutschen Bauernvereine hinzutraten, wurde somit nicht von den führenden Deutschkonservativen unterzeichnet. Der freiwillige Ausschluss der DkP aus der Kriegszielbewegung der Verbände¹⁸⁹ muss verwundern, da die erforderlichen Annexionen eben nicht nur unter militärischen Gesichtspunkten gesehen wurden, sondern ihre Begründung auch darin fanden, dass man das Gleichgewicht zwischen den industriellen und agrarischen Interessen unbedingt erhalten wollte: *Der erhebliche Machtzuwachs der Industrie im Westen sollte einen Ausgleich durch den Erwerb von umfangreichen Landwirtschaftsgebieten im Osten finden.*¹⁹⁰

Wie aber ist es nun zu erklären, dass die DkP-Führung, trotz des konservativ-freundlichen Tenors der Kriegszielenkschrift, ihre Unterschrift verweigerte? Zunächst einmal ist das Zurückziehen der Unterschrift eindeutig auf die Intervention Heydebrands zurückzuführen, dessen Allmacht in dieser Situation deutlich zutage trat: Dem konservativen Führer, der in der Gründung und Instrumentalisierung der Kriegszielausschüsse auch eine Gefährdung der eigenen Position befürchtete, ging es hier vor allem darum, die Handlungsfreiheit der Partei zu wahren und nicht mit den Alldeutschen in einen Topf geworfen zu werden. Außerdem hatte Heydebrand für die aus wirtschaftlichen Macht- und Konkurrenzmotiven entstandenen Forderungen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, deren treibende Kraft Hugenberg war, wenig Verständnis, da sie nicht im Interesse der Deutschkonservativen lagen. Hier wird zugleich das ganze Dilemma der DkP deutlich: Für sie war der Krieg zuallererst ein Kampf zwischen der nationalistisch-imperialistischen und der sozialistisch-pazifistischen Weltanschauung, und auch wenn Heydebrand für die Interessen der Industrie wenig Entgegenkommen zeigte und die Selbstständigkeit der Partei erhalten wollte, *hatte er doch*

Entwicklung und der sich hieraus ergebenden inneren Struktur nur als *Nationalstaat* existenzfähig ist und [weil es] die Einverleibung von 18 bis 20 Millionen Individuen katholischen und jüdischen Glaubens und irredentistischer Gesinnung ohne Gefährdung seines Bestandes unter keinen Umständen ertragen kann! Das allgemeine geheime Reichstagswahlrecht und die in Deutschland bestehende Zwiefälligkeit stehen dem entgegen“; auch der Vorschlag, die zu annektierenden Landstriche “frei von Bewohnern” zu übernehmen und diese politisch zu entreechten gehöre in “das Reich der Utopien”, weil die “Stellung demütigender Bedingungen” ein Fehler wäre; vielmehr müsse der Krieg so geführt werden, dass mit Friedensschluss eine Neuorientierung der Außenpolitik möglich sei, “die darauf gerichtet sein muss, die natürlichen Interessengegensätze zwischen England und Russland, die nur durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Deutschland verwischt [würden], voll zur Geltung [zu] bringen.” BArch, NL Westarp 100, Bl. 3 ff. Brief Tiele-Wincklers an den Zwölfer-Ausschuss vom 19. September 1915.

¹⁸⁷ Vgl. K. von Westarp II, S. 43.

¹⁸⁸ Gefordert wurde darin u. a. die Annexion der belgischen und französischen Nordseeküste “mit entsprechendem Hinterland von der Somme” an, das Erzgebiet von Longwy-Briey, die kohlereichen Departements du Nord und Pas de Calais, die zwar nicht völkerrechtliche, wohl aber faktische Angliederung Belgiens an das Deutsche Reich, und eine “erhebliche Erweiterung der Reichs- und preußischen Grenzen gegen Osten”, jeweils unter Einschluss der politischen Entrechtung der einheimischen Bevölkerung im Osten und in Belgien. Vgl. S. Grumbach, *Das annexionistische Deutschland*, 1917, S. 123 ff.

¹⁸⁹ Die Deutschkonservative Partei nahm es sogar für sich in Anspruch, durch “sachliche Einwände mäßigend auf die Denkschrift vom 10.3.15 gewirkt [zu] haben.” So waren laut Westarp auf Intervention der DkP die konkreten Vorschläge über den Erwerb von Kolonien durch die allgemeine Forderung “eines ausreichenden Kolonialreiches” ersetzt worden, und anstelle der Forderung “einer Grenze von der Südostecke Schlesiens über Grodno-Wilna bis zum Peipussee und bis zur Narwamündung” fand sich jetzt die Formulierung der “Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu erhalten.” Vgl. K. von Westarp II, S. 43 f.

¹⁹⁰ Auch die Intention der Kriegszielenkschrift, einen Siegfrieden zu erreichen, um die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufrecht zu erhalten und die Arbeiter wieder auf ihren nachgeordneten Platz im gesellschaftlichen Gefüge zu verweisen, entsprach voll und ganz konservativen Interessen. Zur Bewertung der Kriegszielbewegung der Verbände vgl. W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 626 ff.

kaum die Freiheit zu wählen, auf welcher Seite seine Partei zu stehen hatte, schon um nicht den ständig größer werdenden Teil der radikal-nationalistischen Anhängerschaft zu verlieren. Wenn die DkP ihre Existenz nicht gefährden wollte, musste sie mit den radikalen Nationalisten gehen. Heydebrands „Abneigung gegen einen unmittelbaren Anschluss an die Bewegung“¹⁹¹ musste die Partei also weiter ins Abseits manövrieren und sie zugleich spalten, da ihm die Mehrheit, vor allem aus der Parteibasis, schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr folgen wollte.

c) Der U-Boot-Krieg und die Deutschkonservative Partei

Untrennbar verbunden mit der Kriegszielfrage war das Problem des U-Boot-Krieges: Dieser war die deutsche Antwort auf die englische Seeblockade, die das Reich von der überseeischen Zufuhr dringend benötigter Rohstoffe abschnitt und die zudem aufgrund der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ein großes Problem darstellte. Anfang 1915 begann die deutsche Marineleitung daher mit dem „beschränkten U-Boot-Krieg“, der Angriffsaktionen gegen feindliche Handelsschiffe innerhalb einer bestimmten Kriegszone ohne Vorwarnung vorsah, was vor allem von den Vereinigten Staaten von Amerika als eine Verletzung des Völkerrechts gebrandmarkt wurde. Nach der Torpedierung des britischen Passagierschiffes „Lusitania“ am 7. Mai 1915, in deren Folge es 1.200 Tote gegeben hatte, darunter 139 US-Amerikaner, und der Versenkung der britischen „Arabic“ im September d. J. wurde die U-Boot-Kommandantur dann auch aufgrund eines drohenden schweren Konflikts mit den USA zur Vorsicht gemahnt und der U-Boot-Krieg nahezu vollständig eingestellt. Doch jetzt zeigte sich die ganze Wucht und Stärke der deutschen Kriegszielbewegung, die den U-Boot-Krieg zum zentralen Gegenstand ihrer Propaganda erhob und damit die Reichsleitung unter einen immer stärker werdenden politischen Druck setzte. Dies hatte jedoch zunächst nur einen temporären Erfolg, denn nach der Ankündigung des „verschärften U-Boot-Krieges“ gegen bewaffnete feindliche Handelsschiffe am 11. Februar 1916 gelang es Bethmann Hollweg noch einmal, seine politische Linie durchzudrücken und den verschärften U-Boot-Krieg nach einem Beschluss des Kronrates vom 4. März wieder auszusetzen. Dennoch blieb die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges¹⁹² in der Schwebe, denn es war abzusehen, dass die Regierung dem Druck der Öffentlichkeit und der Marinebehörden, die bei der politischen Rechten willige Bundesgenossen fanden, nicht ewig würde standhalten können, erst recht als sich nach der gescheiterten Verdun-Offensive im Sommer 1916 deutlich abzeichnete, dass es einen kriegsentscheidenden Erfolg zu Lande nicht mehr geben würde. Vor diesem Hintergrund ist die verschärfte Agitation insbesondere der rechten Organisationen für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ebenso zu erklären wie mit der sich dramatisch verschlechternden Versorgungslage der Bevölkerung im „Kohlrübenwinter“ 1916/17, da man hoffte, durch den Einsatz der U-Boot-Waffe ein baldiges Ende des Krieges zu erreichen: Ein Plädoyer der Mehrheit der Parteien im Haushaltsausschuss am 9. Oktober 1916 konnte Bethmann Hollweg jetzt nur noch abwehren, indem er erklärte, dass er nur „pro tempore“ gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sei und dass er sich darin in völliger Übereinstimmung mit Hindenburg und Ludendorff befinde. Die Parteien konterteten dies mit dem Beschluss, wonach der uneingeschränkte U-Boot-Krieg geführt werden sollte, sobald die OHL den Zeitpunkt dafür als gegeben erachtete.

Und dieser Zeitpunkt war Anfang 1917 gekommen, da die OHL erklärte, dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg auch auf das Risiko des Kriegseintritts der USA begonnen

¹⁹¹ K. von Westarp II, S. 44.

¹⁹² Beim uneingeschränkten U-Boot-Krieg durften unterschiedslos alle neutralen und feindlichen Handelsschiffe im Kriegsgebiet torpediert werden. Ursprünglich hieß dieser „rücksichtsloser U-Boot-Krieg“, doch im Oktober 1916 beschloss der Haushaltsausschuss in seinem Bericht das Wort „rücksichtslos“ durch „uneingeschränkt“ zu ersetzen. Protokolle Haushaltsausschuss, Bd. 106, 9. Oktober 1916, S. 50.

werden müsste, da keine Möglichkeit mehr bestünde, den Krieg mit den Mitteln der Landkriegsführung zu gewinnen. Bethmann Hollweg musste nun seinen Gedanken aufgeben, die U-Boote ausschließlich gegen bewaffnete Handelsschiffe einzusetzen. Dem von deutscher Seite zum 1. Februar 1917 angekündigten uneingeschränkten U-Boot-Krieg folgten zwei Tage später der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Kriegseintritt auf Seiten der Entente am 1. April.

Die Deutschkonservative Partei hat von Beginn des Krieges an nicht nur den Einsatz der Flotte, sondern auch den rücksichtslosen Einsatz der U-Boot-Waffe gefordert.¹⁹³ Anders aber als bei der Kriegszielbewegung setzte sich die DkP mit an die Spitze der Bewegung der leidenschaftlichen Befürworter des U-Boot-Krieges, denn der Auseinandersetzung um den U-Boot-Krieg maß man eine größere Bedeutung zu als der Kriegszieldebatte, weil man glaubte, dass die Erörterung der Kriegsziele nur einen „mittelbaren Einfluss“ auf den Ausgang des Krieges besäße, während man davon überzeugt war, dass die U-Boot-Frage über Sieg und Niederlage entscheiden würde.¹⁹⁴ Vor allem als nach dem Abebben der Begeisterung der ersten Erfolge die Aussichtslosigkeit eines nur zu Lande geführten Krieges erkannt oder doch zumindest erahnt wurde, geriet der Einsatz der U-Boot-Waffe in den Fokus deutschkonservativer Betrachtungen. Entscheidend befördert wurde dies durch die Veröffentlichung eines Interviews des amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes Tirpitz am 22. Dezember 1914, in welchem der Großadmiral erklärte hatte, dass es möglich wäre, die englische Blockade durch eine vergleichbare Maßnahme zu parieren. Tirpitz, der als Staatssekretär des Reichsmarineamtes an der operativen Führung des Seekriegs nicht direkt beteiligt war, meinte damit die Blockade der Gewässer um die Britischen Inseln durch die deutschen U-Boote, die jedes sich nähernde Schiff torpedieren und das Inselreich damit ebenso von Lebensmittelfzufuhren abschneiden sollten, wie England das mit Deutschland tat.¹⁹⁵ Spätestens von jetzt an wurde in der konservativen Presse regelmäßig der rücksichtslose Einsatz der U-Boot-Waffe verlangt¹⁹⁶,

¹⁹³ Vgl. E. von Heydebrand, Beiträge, S. 638 ff.; K. von Westarp II, S. 91 f.: “[...] der Gedanke, es [das U-Boot; J. B.] gegen den englischen Seehandel einzusetzen, war in unseren Kreisen, besonders in den gemeinsamen Besprechungen der Partei mit dem Bund der Landwirte, den Industriellen und den Alldeutschen schon seit Ende September [1914; J. B.] lebhaft erörtert worden.”

¹⁹⁴ Ebenda, S. 90.

¹⁹⁵ Der vollständige Text des Tirpitz-Interviews findet sich in: A. von Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, 1926, S. 621 ff. Zur positiven Presseresonanz in Deutschland, vor allem bei der Rechtspreste, vgl. Wippermann, Deutscher Geschichtskalender 1915, S. 27 f.

¹⁹⁶ Zuerst sogar schon vor der Veröffentlichung des Tirpitz-Interviews, da Westarp vom Großadmiral in einem persönlichen Gespräch über die Möglichkeiten des U-Boot-Krieges informiert worden war. Dessen Einwand, “dass noch Widerstände völkerrechtlicher und humanitärer Art zu überwinden seien”, hielt Westarp aufgrund des “verbrecherischen Verstoß[es] gegen Recht und Menschlichkeit” durch die englische Blockade für “unberechtigt”, stattdessen bot er Tirpitz die Unterstützung der DkP an, “falls Reichskanzler und AA [Auswärtiges Amt; J. B.] politischen Widerstand gegen den Einsatz dieses Kriegsmittels leisteten.” Vgl. K. von Westarp II, S. 92 ff.; KZ, Nr. 613, 18. Dezember 1914, wo “[...] der Entschluss [gefordert wurde], gegen den größten Piratenstaat der Weltgeschichte mit goldener Rücksichtslosigkeit alle, aber auch alle Mittel einzusetzen, die technische und militärische Überlegenheit uns bieten.” Ferner: KZ, Nr. 1, 1. Januar 1915. Als Anfang 1915 nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen der US-amerikanischen und der deutschen Regierung um den U-Boot-Krieg die USA einen Kompromissvorschlag unterbreiteten, der die deutsche Seite zur Einschränkung des U-Boot-Krieges und die Briten zu einer ähnlichen Beschränkung der Blockade, d. h. zur Ermöglichung von Lebensmittelfzufuhren nach Deutschland verpflichten sollte, wurde diese amerikanische Aktion nicht nur vom sozialdemokratischen “Vorwärts”, sondern sogar von der alldeutschen “Täglichen Rundschau” begrüßt und bezeichnenderweise lediglich von der “Kreuzzeitung” verworfen, da man von vornherein jegliche Schwächung des deutschen U-Boot-Krieges ablehnte und weil man die Ansicht vertrat, dass die Vereinigten Staaten mit ihrem Vorschlag lediglich den britischen Interessen dienen würden. Vgl. Wippermann, Deutscher Geschichtskalender 1915, S. 171 ff.

was sogar dazu führte, dass im Auswärtigen Amt ein Verbot der „Kreuzzeitung“ erwogen wurde.¹⁹⁷

Dass die Konservativen in ihrer Agitation für den U-Boot-Krieg teilweise kompromissloser vorgehen als selbst die Nationalliberalen, wurde evident nach der Versenkung der „Lusitania“, als es zu einem erneuten Austausch von Protest- und Rechtfertigungsnoten zwischen der deutschen und der US-amerikanischen Regierung kam. Während beispielsweise Wangenheim schon nach der ersten der insgesamt drei US-amerikanischen Lusitania-Noten¹⁹⁸ (12. Mai/10. Juni/21. Juli 1915) hoffte, „dass wir den Herren mit ihrer Flaumacherei noch im letzten Augenblick in die Suppe spucken können, wenn es uns gelingt in packender Form [...] einen Aufruf in weite Kreise des Volkes zu bringen zur Bildung einer anti-amerikanischen Vereinigung“¹⁹⁹, kritisierte Stresemann in einer Rede in Frankfurt a. M. am 8. Juni 1915 zwar ebenfalls die Handhabung der amerikanischen Neutralität, die es zuließe, dass Lebensmittel, wenn sie nach Deutschland gingen, Konterbande seien, im Gegensatz dazu Granaten, wenn sie an die Alliierten gingen, nicht diesen Tatbestand erfüllen würden; aber: eine Regierungsfeindlichkeit, wie bei den Konservativen, war bei den Nationalliberalen hier noch nicht anzutreffen. Im Unterschied zu Wangenheim nahm Stresemann die Argumente der Regierung also durchaus noch ernst und forderte dazu auf, keinen Zweifel daran zu lassen, dass das Volk hinter der Regierung stehe und das, obwohl er zweifellos ein Gegner Bethmann Hollwegs war und ein Zurückschrauben des U-Boot-Krieges für verfehlt hielt.²⁰⁰

Spätestens nach der dritten amerikanischen Lusitania-Note kann aber wieder eine vollständige Einheit der annexionistischen Kreise festgestellt werden, und nicht nur dieser: Die von der US-amerikanischen Regierung vertretene Rechtsposition, dass die Versenkung der Lusitania illegal gewesen sei und dass amerikanische Staatsbürger das Recht hätten, auf zivilen Schiffen ungefährdet zu reisen, fand in Deutschland keinerlei Verständnis und führte selbst ausgewiesene Linksliberale wie Theodor Wolff ins anti-amerikanische Lager.²⁰¹

Signifikant blieb jedoch auch in der Folgezeit die extreme Haltung der DkP in der U-Boot-Frage. Als die deutsche Regierung nach der Versenkung der „Arabic“ auf die warnungslose Versenkung von Passagierschiffen verzichten wollte und diese Entscheidung vom deutschen Botschafter in Washington, dem Grafen Bernstorff, am 1. September 1915 veröffentlicht wurde, obwohl dieser lediglich zur vertraulichen Unterrichtung des US-amerikanischen Präsidenten Wilson autorisiert worden war, ging Westarp jetzt sogar so weit, das Zensurverbot zu übertreten und Bernstorffs Vorgehensweise öffentlich in der „Kreuzzeitung“ zu kritisieren.²⁰²

Die Versuche der Regierung, ihre Gegner zu überzeugen, dass die Zugeständnisse an die USA nur vorübergehender Natur seien – Bethmanns Unterstaatssekretär Wahnschaffe lud Westarp am 9. September sogar dazu ein, gemeinsam mit Bassermann, Fischbeck vom „Fortschritt“

¹⁹⁷ Vgl. BArch, NL Westarp 98, Bl. 147 f. Bericht des Hauptvereins vom 7. September 1915.

¹⁹⁸ In dieser 1. Note forderten die Vereinigten Staaten, den U-Boot-Krieg maximal in der Form des vom Völkerrecht gedeckten Kreuzerkrieges zu führen, d. h. Handelsschiffe zu stoppen und auf Konterbande zu durchsuchen und schlimmstenfalls nach dem Verlassen der Besatzung zu versenken.

¹⁹⁹ BArch, NL Wangenheim 10, Bl. 167. Brief Wangenheims an Roesicke vom 4. Juni 1915.

²⁰⁰ Allerdings waren die Stellungnahmen der Nationalliberalen durchaus nicht einheitlich, und deren Reichstagsfraktionsvorsitzender Bassermann befand sich schon früh auf Seiten der Deutschkonservativen. Gerade weil es zu diesem Zeitpunkt also keine Einheitlichkeit der Annexionisten in der Frage der deutschen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten gab, sollte die Eingabe der sechs Industrie- und Landwirtschaftsverbände vom 26. Juni 1915 diese Tatsache überspielen. Vgl. dazu den vorhergehenden Abschnitt, insbes. Anm. 182 ff. Ferner: T. Oppeland, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg, 1995, S. 63 ff. Hier auch grundlegend zur Reaktion der Parteien auf die „Lusitania-Krise“.

²⁰¹ Ebenda, S. 74.

²⁰² KZ, Nr. 449, 3. September 1915. Bestärkt wurde Westarp in seiner Meinung sicherlich durch ihm zugehende Berichte der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York, aus denen er wusste: „Amerika hat immer einen Riesenrespekt, wenn ihm jemand (sic) einen Fußtritt versetzt oder mit kühler Nichtachtung behandelt. Hoffentlich setzt man drüben diese Politik fort. Sie führt direkt zum Erfolg.“ BArch, NL Westarp 91, Bl. 10. Bericht vom 10. August 1915.

und einem „Zentrumsmann“ zu regelmäßigen Beratungen mit dem Reichskanzler zusammenzukommen, um insbesondere die U-Boot-Frage zu erörtern²⁰³ –, führten jedoch nur dazu, dass diese den Druck hinsichtlich einer Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges erhöhten.²⁰⁴ Insbesondere der ansonsten nicht sehr aktive Parteiführer Heydebrand schaltete sich jetzt in die U-Boot-Angelegenheit mit ein: Anlass dafür dürfte ein Gespräch Heydebrands mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Jagow gewesen sein, in dem dieser den Eindruck erweckt hatte, innerhalb der Regierung wäre die Entscheidung gegen die Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges, zumindest in der von der Marine gewünschten uneingeschränkten Form, bereits gefallen.²⁰⁵ Heydebrand kam jetzt mit Bassermann und Spahn überein, im preußischen Abgeordnetenhaus einen Vorstoß zu unternehmen: Unter krasser Verletzung des Burgfriedens erwirkte der deutschkonservative Parteiführer auf diese Weise Anfang Februar 1916 einen förmlichen Beschluss der verstärkten Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses, der den Landtagspräsidenten veranlassen sollte, den Reichskanzler, der ja auch preußischer Ministerpräsident war, vor schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber Amerika warnen. Ein Ziel der Heydebrandschen Aktion war es, Bethmann Hollweg unter Druck zu setzen, indem er ihm verdeutlichte, dass es für seine Politik keine Unterstützung gab; außerdem war der deutschkonservative Parteiführer bestrebt, auf dem Wege der öffentlichen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses die Zensur endgültig zu umgehen und zugleich die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Dies gelang auch auf eindrucksvolle Weise – nicht zuletzt aufgrund der Heydebrandschen Initiative und des Druckes der Öffentlichkeit erfolgte am 11. Februar die vorübergehende Ankündigung des verschärften U-Boot-Krieges –, doch was den Deutschkonservativen Kopfzerbrechen bereitete, war die Zurückweisung ihres Vorstoßes durch Bethmann Hollweg mit dessen Hinweis auf einen unzulänglichen Eingriff in die kaiserliche Kommandogewalt und auf die mangelnde Zuständigkeit des Landtags in solchen Angelegenheiten.²⁰⁶ Was die Deutschkonservativen, und gerade einen Erzjunker vom Schlage Heydebrands dennoch zu einer solchen Maßnahme trieb, wird ersichtlich aus einem Tagebucheintrag Westarps vom 8. Februar 1916 über ein Treffen mit Bassermann und Spahn:

„Beide [Bassermann und Spahn; J. B.] bringen zur Sprache, dass im Lande uns vorgeworfen werde, wir machten erst jetzt Opposition mit Vorwürfen der äußeren Politik wegen Wahlreform. Bassermann zeigt einen Brief einer Provinzial-Parteigröße, der ihm Vorwürfe zu machen scheint, dass er solche Opposition mitmache. Ich leugne halb und halb Stützungsabsichten, stelle jedenfalls in Abrede, dass sie und nicht die sachlichen Gründe für das Verfahren in der U-Boot-Frage maßgebend seien. Weise darauf hin, dass B[ethmann]H[ollweg] sich mit dem Wahlreform-Versprechen eine Schutztruppe für seine Friedenspolitik im Freisinn erworben hat.“²⁰⁷

Deutlich tritt hier die *Verflechtung von innen- und außenpolitischer Ebene* zutage: Die Parole des uneingeschränkten U-Boot-Krieges diente den Konservativen vor allem eben auch dazu, *Bethmann Hollweg und die auf eine preußische Wahlrechtsreform und Parlamentarisierung des Reiches drängenden Parteien zu bekämpfen, denen sie zudem wiederholt vorwarfen, sie wünschten kein scharfes Vorgehen gegen die USA und Großbritannien, weil sie mit deren*

²⁰³ BArch, NL Westarp 7, Bl. 79. Brief Wahnschaffes an Westarp vom 9. September 1915.

²⁰⁴ Vgl. dazu den Brief Heydebrands an Westarp vom 10. September 1915, in: K. von Westarp II, S. 114.

²⁰⁵ K. von Westarp II, S. 117 f. Tagebuch-Einträge Westarps vom 5. und 6. Februar 1916. Jagows Aussagen wirkten vor allem deshalb so erschütternd auf Heydebrand und Westarp, weil sie den Angaben Zimmermanns vom 2. Februar widersprachen, in denen der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes angedeutet hatte, dass auch Bethmann Hollweg mittlerweile für den U-Boot-Krieg eintreten würde. Ebenda, S. 116. Tagebuch-Eintrag vom 2. Februar 1916.

²⁰⁶ Wie stark diese Vorwürfe des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten die Deutschkonservativen beschäftigten, wird deutlich in: K. von Westarp II, S. 121 f.

²⁰⁷ Ebenda, S. 124. Die „Stützungsabsichten“ beziehen sich wahrscheinlich auf eine von den Deutschkonservativen unterstützte Kanzlerschaft von Tirpitz, der als Vorbedingung für das Stellen der „Kabinettsfrage“ gefordert hatte, dass „die nationalen Parteien geschlossen hinter ihm stehen“ sollten. Ebenda, S. 118. Tagebucheintrag vom 7. Februar 1916.

politischen Systemen sympathisieren würden. Wenn Westarp sich gegen den Vorwurf zu rechtfertigen hatte, es gehe seiner Partei lediglich darum, Bethmann Hollweg loszuwerden und zu diesem Zwecke die U-Boot-Frage zu instrumentalisieren, so war er klug genug, dieses nicht völlig zu leugnen, weil alles andere unglaubwürdig gewesen wäre; wenn er dennoch großen Wert darauf legte, festzuhalten, dass in erster Linie die sachlichen kriegspolitischen Gründe maßgeblich seien, so hatte Westarp damit Erfolg, denn er konnte Spahn und Bassermann von einem weiteren gemeinsamen Vorgehen in der U-Boot-Frage überzeugen.²⁰⁸ Sicherlich: Die Entscheidung, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu beginnen, war letztlich auf den Druck der OHL und der Marineleitung zurückzuführen, und der Reichstag und seine Parteien sind bei den hektischen diplomatischen Vorgängen der letzten Januartage des Jahres 1917 wieder einmal überspielt worden. Dennoch sollte auch eine Mitverantwortung der Deutschkonservativen Partei aufgrund ihres ständigen Drängens auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in der Öffentlichkeit keineswegs unterschätzt werden: Es entsprach schon den Tatsachen, wenn Heydebrand auf einer Sitzung des Fünfziger-Ausschusses am 18. Februar 1917 betonte, dass „die hochehrwürdige *Entscheidung in der U-Boot-Frage* [...] die konservative Partei mit einer großen Verantwortung“ belaste, da die Parteileitung und ihre Organe die öffentliche Meinung in diese Richtung beeinflusst hätten; und wenn der Parteiführer im selben Atemzuge äußerte: „Die konservative Partei habe aber den Mut, diese Verantwortung zu tragen“, zeigte sich hier das wieder erwachte Selbstbewusstsein einer in den letzten Jahren vom Erfolg nicht gerade verwöhnten Partei. Die von Beginn an von der DkP vertretene Auffassung, dass ein Zurückweichen vor den USA, insbesondere angesichts deren militärischer Schwäche, ein eklatanter Fehler gewesen wäre, hatte damit ihre Bestätigung erfahren. Zwar zeigte sich auf der Vorstandssitzung vom 18. Februar, dass sich die Deutschkonservativen der Risiken der getroffenen Entscheidung bewusst waren, dass sie diese allerdings in Übereinstimmung mit der OHL vollständig unterschätzten. Heydebrand führte hier aus:

„Mit der Tatsache, dass ein Krieg auch noch mit Amerika kommen kann, müssen wir rechnen. Das sei gewiss nicht gleichgültig, aber auch nicht so ernst, um etwa auch nur die geringste sachliche Durchbrechung zuzulassen.“²⁰⁹

Es waren im Wesentlichen zwei Beweggründe, die die DkP so vehement für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eintreten ließen: zum einen die, freilich von der OHL und Marineleitung genährte, Überschätzung der U-Boot-Waffe und gleichzeitige Unterschätzung der Folgen des US-amerikanischen Kriegseintritts; zum anderen *die Hoffnung, mit der Übernahme der Führung des Kampfes für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg die Partei wieder aus ihrer Isolation herauszuführen und die Einheit der reformwilligen Parteien zu durchbrechen. Dass dies in der Tat vorübergehend gelang, zeigte die Reaktion der Öffentlichkeit und der Parteien auf den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika.* In der großen Haushaltsdebatte des Reichstags vom 22. Februar bis 2. März wurde offenkundig, dass das Lager der Verständigungsfriedenspolitiker zwischenzeitlich auf die SPD und den linken Flügel der FVP zusammengeschmolzen und zudem verunsichert war. Sowohl das Zentrum als auch die Nationalliberalen scheuten sich nicht, die Mitverantwortung für den U-Boot-Krieg zu übernehmen und die „Anmaßung Wilsons“ zu geißeln, über die Staatsformen der Völker Europas, über die er nichts wisse,

²⁰⁸ Ebenda, S. 125. Tagebucheintrag vom 9. Februar 1916: „Spahn umgestimmt; alle [...] zu gemeinsamer Aktion beim Kanzler bereit.“ Interessant ist auch die Argumentationsweise Westarps gegenüber Spahn und Bassermann, da er bei seiner Rechtfertigung deren Vorwurf in Richtung des Freisinns umdrehte und nun diesem vorwarf, außenpolitische Fragen zu missbrauchen, um innenpolitische Ziele zu erreichen.

²⁰⁹ BArch, NL Westarp 98, Bl. 249 f. Protokoll der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 18. Februar 1917. (Hervorhebung im Original)

urteilen zu wollen²¹⁰, und selbst im Lager der Linksliberalen reagierten Abgeordnete mit einer gewissen Erleichterung darauf, dass die Politik des „Appeasements“ nun endgültig aufgegeben worden wäre und endlich Klarheit im Verhältnis zu den USA herrschte.²¹¹

Dass diese Meinung auch bei den Deutschkonservativen anzutreffen war, kann ebenso wenig überraschen wie die im Reichstagsplenum geäußerten unverblühten Worte Westarps, für den das gemeinsame Ziel der britisch-amerikanischen Koalition jedenfalls feststand; es sei der:

„Vernichtungswille [...], mit dem England und das ihm zur Seite getretene Amerika Deutschland von der Welt auslöschen, ihm das Rückgrat brechen, die Staaten seiner Verbündeten zerstückeln will, um die ausschließlich angelsächsische Herrschaft über die Welt und über die Meere zu errichten.“²¹²

Dass Westarp die Vereinigten Staaten schon nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen dem Lager der Feinde zuordnete, unterstreicht, dass die DkP gute Beziehungen zu den USA aus weltanschaulichen und kriegszielbedingten Gründen gar nicht in Erwägung zog: *Je eindeutiger die Deutschkonservativen die USA dem Lager der Feinde zuordneten, desto sicherer glaubten sie, die Gefahr eines durch Wilson vermittelten Verständigungsfriedens mit allen seinen innenpolitischen Konsequenzen bannen zu können.* Und wenn die martialischen Worte vom „Auslöschen von der Welt“, die die angelsächsischen Mächte beabsichtigen würden, auch nicht wörtlich zu nehmen waren, sondern anspielten auf die endgültige Zerstörung der Möglichkeit, Deutschland als Weltmacht zu etablieren, so sollte damit noch einmal nachhaltig die Überzeugung genährt werden, dass das Reich nur bei einem militärischen Sieg mit umfangreichen Annexionen seine Position in Europa würde verbessern können; dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg zu diesem Zweck das geeignete Mittel sei und den Krieg zu einem baldigen siegreichen Ende führen werde, daran ließ Westarp keinen Zweifel.

Die Reaktion der Parteien und der deutschen Öffentlichkeit auf den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und dessen Folgen trugen sicherlich dazu bei, dass auch Bethmann Hollweg, sich der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag bewusst, in der Plenumsdebatte die Politik der USA von ihrem Endpunkt her interpretierte und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen als notwendige Konsequenz des bisherigen unneutralen Verhaltens der Vereinigten Staaten, das England einseitig begünstigt habe, darstellte. Dass der Reichskanzler die Bevölkerung gleichzeitig auf einen wahrscheinlich bevorstehenden Kriegseintritt der USA einzustimmen versuchte, erscheint zwar verständlich, die von Bethmann Hollweg vorgetragene anti-amerikanische Argumente hatten vor allem aber weit reichende negative Auswirkungen: Dadurch, dass der Reichskanzler die Bemühungen Wilsons, einen ehrlichen Frieden zu vermitteln, gänzlich verschwie, musste sich in der Öffentlichkeit die Sicht der Siegfriedensanhänger endgültig durchsetzen, und zudem wurde damit die Möglichkeit weitgehend ad acta gelegt, den Konflikt mit den Vereinigten Staaten durch kleinere Zugeständnisse doch noch zu vermeiden und im Falle eines Scheiterns des U-Boot-Krieges auf Wilson als Vermittler zurückzugreifen.²¹³

Die Februartage des Jahres 1917 erinnerten aufgrund der im Wesentlichen übereinstimmenden Reaktionen der Parteien auf den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges²¹⁴ schon ein wenig an den 4. August 1914; die jedoch fortbestehenden Gegensätze

²¹⁰ Stresemann bezeichnete den US-amerikanischen Präsidenten als „einen weltfremden Stubengelehrten, der die Welt draußen so ansieht, wie ein Chemiker auf seine Retorte blickt.“ SBR, Bd. 309, 1. März 1917, S. 2469.

²¹¹ Vgl. T. Oppelland, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg, 1995, S. 202.

²¹² SBR, Bd. 309, 27. Februar 1917, S. 2407.

²¹³ Vgl. T. Oppelland, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg, 1995, S. 204 f. Gerade weil Bethmann Hollweg zeitweilig große Hoffnungen auf die Friedensbemühungen des amerikanischen Präsidenten gesetzt hatte, kann seine Kehrtwendung im Reichstag *auch* auf die Reaktion der Parteien und der Öffentlichkeit zurückgeführt werden.

²¹⁴ Selbst viele Sozialdemokraten, die große Hoffnungen auf Wilsons Friedensvermittlungsbemühungen gesetzt hatten, erkannten die subjektive Berechtigung des U-Boot-Krieges an; im „Vorwärts“ wurde dem

zwischen den Lagern der Sieg- bzw. Verständigungsfriedensanhänger in der Kriegszielfrage und die Differenzen in der Frage der innenpolitischen Reformen auch innerhalb der annexionistischen Kreise konnten dadurch nur kurzfristig überdeckt werden, denn schon der Ende März gefasste Beschluss über die Einrichtung des Verfassungsausschusses bedeutete, dass jetzt wieder ein „fester Block“ gegen die Deutschkonservative Partei bestand. Wenn Westarp rückblickend resümierte, dass mit dem „innerpolitischen Zusammenschluss, den die Parteien für den Verfassungsausschuss vollzogen hatten“, „das Ende der nationalen Kriegszielmehrheit“²¹⁵ gekommen wäre, so hatte er dahingehend recht, dass sich Nationalliberale, Konservative und Teile des Zentrums nach wie vor weniger im Hinblick auf die Kriegsziele unterschieden als vielmehr darin, *wie* diese zu erreichen seien: Während Nationalliberale, Zentrum und sogar die Mehrheit der Freikonservativen mit ihrer Mitarbeit im Verfassungsausschuss Reformbereitschaft signalisierten – u. a. mit dem Ziel, die Geschlossenheit der Heimatfront wieder herzustellen, um den Siegfrieden doch noch zu erreichen –, war den Deutschkonservativen dieser Weg aufgrund ihrer Ablehnung jeglicher Reform versperrt; stattdessen setzten sie weiterhin fatalistische Hoffnungen in den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, von dessen kriegsentscheidender Wirkung sie bis zuletzt überzeugt blieben.²¹⁶

Für die Parteiführung der DkP um Heydebrand und Westarp blieben dabei die bereits beschriebenen innenpolitischen Motive dominant, während diese bei den extremen Kriegszielvertretern um Kapp und Wangenheim von der Ideologie des radikalen Nationalismus kaum zu trennen waren. Gleichwohl kann resümiert werden, dass auch die Haltung der Parteiführung zum U-Boot-Krieg und zur Politik der deutschen Regierung gegenüber den USA wichtigen *außenpolitischen* Grundsätzen folgte und vor allem im Zusammenhang mit dem Gedanken stand, dass England als deutscher Hauptfeind energisch zu bekämpfen sei. Zeichen eines dem „Englandhasses“²¹⁷ entsprechenden eigenständigen, etwa auf die agrarische Konkurrenz zurückgehenden Antiamerikanismus, der hinausging über die Stereotypen der profitsüchtigen amerikanischen Plutokratie²¹⁸, die selbst bei den Linksliberalen verbreitet waren, konnte man dagegen bei den Deutschkonservativen kaum finden: In ihrer Einstellung zur USA überwog, ähnlich wie bei den Nationalliberalen und großen Teilen des Zentrums, das Gefühl der Wut über die amerikanische Neutralitätspolitik²¹⁹, das von einer Unterschätzung der Vereinigten Staaten, auch nach deren Kriegseintritt, begleitet war, wobei diese Einstellung durch die bedenkenlose Übernahme der Argumente der Marineführung genährt wurde, dass die Bedeutung des amerikanischen Kriegseintritts „gleich

amerikanischen Präsidenten Einseitigkeit vorgeworfen, da er die völkerrechtswidrigen Blockadepolitiken der Briten hingenommen hatte und jetzt, da Deutschland *aus Not* (Hervorhebung: J. B.) zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg zurückkehre, sofort die Beziehungen abbrach. Zudem verstand man nicht, dass Wilson nicht in stärkerem Maße anerkannte, dass seine Vermittlungsbemühungen in erster Linie an der Entente gescheitert waren, damit auf deren Ablehnung des deutschen Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916 hinweisend. Ebenda, S. 211. Zum deutschen Angebot an die Feindmächte, das Bethmann Hollweg den größtenteils völlig überraschten Abgeordneten im Reichstag verlesen hatte, vgl. vor allem: K. E. Birnbaum: *Peace Moves and U-Boat Warfare*, 1958.

²¹⁵ K. von Westarp II, S. 87 f. und 240. Zum Verfassungsausschuss, vgl. vor allem den folgenden Abschnitt, insbes. Anm. 234 f.

²¹⁶ Vgl. ebenda, S. 558 ff.

²¹⁷ Vgl. den umfassenden Gebrauch dieses Begriffes bei Roesicke, in: BArch, NL Wangenheim 10, Bl. 84 ff. Brief Roesickes an Reventlow vom 5. April 1915.

²¹⁸ Vgl. z. B. die Äußerung Roesickes, dass die USA ohnehin von „wenigen Kapitalisten (Morgan) beherrscht“ werde. BArch, NL Westarp 7, Bl. 61 f. Brief Roesickes an Westarp vom 14. August 1915. Solche Argumente konnten sogar Deutschkonservative und Sozialdemokraten verbinden, wenn Westarp diese in der Reichstagsdebatte um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg von Ende Februar/ Anfang März 1917 hinwies auf „ein sattes, vertrautes Großkapital, das englisch-amerikanische Großkapital“, das „das deutsche Volk der Arbeit in Lohnsklaverei und in Arbeitsfronde [...] niederzwingen“ wolle. SBR, Bd. 309, 27. Februar 1917, S. 2407.

²¹⁹ Vgl. T. Oppelland, *Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg*, 1995, S. 89.

null“ sein werde. Somit bot sich hinsichtlich des U-Boot-Krieges und des Kriegseintritts der USA bei der Deutschkonservativen Partei ein „Bild fehlender Sachlichkeit, mangelnden politischen Augenmaßes und geflissentlich genährter Verblendung gegen die Realitäten“²²⁰, das zwar durch die fehlerhafte Beurteilung der Marineführung entstand, der man jedoch nur allzu gern blindes Vertrauen entgegenbrachte. In einer Situation, die ein hohes Verantwortungsbewusstsein verlangte, zogen es die deutschkonservativen Parteiführer vor, mit Untergangsrhetorik und Kriegsromantik zu reagieren. Nichts verdeutlicht dies besser als eine Rede Westarps im Düsseldorfer Industrie-Club gut zwei Monate vor Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges:

„Zwei Risiken stehen gegeneinander. Ich will zugeben, das Risiko des Bruches mit Amerika, das Risiko, das im Hinblick auf andere Neutrale mit dem U-Boot-Krieg verbunden ist, ist ein schweres, ein ernstes Risiko, das Risiko eines Untergangs nach einer heldenhaften Tat. Und auf der anderen Seite steht das Risiko des Untergangs nach einem jahrelang dauernden Erschöpfungskrieg, bei dem die Zeit nicht für uns, sondern gegen uns spricht. (Laute Zustimmung) Zwischen diesen Risiken wird schließlich zu wählen sein. Als der Abgeordnete David mir die ungeheure Verantwortung des Risikos, das mit dem Unterseebootkrieg verbunden ist, entgegenhielt, kam mir wieder einmal zum Bewusstsein, dass schließlich niemand aus seiner Haut heraus kann. Wer, wie ich, aufgewachsen ist in der Tradition und in den Gedankengängen des preußischen Staates, wer, wie ich – gestehe es offen – einen großen Einfluss auf sein politisches Denken gewonnen hat aus der Lektüre von Treitschke, von Sybel, aus einer ziemlich eingehenden Beschäftigung mit Briefen und Memoiren der Zeit Friedrichs des Großen und der Befreiungskriege, dem liegt es im Blut, in den Fingerspitzen, welche Wahl er in solchen Fällen getroffen zu sehen wünscht.“²²¹

Die Legitimation des U-Boot-Krieges durch die Berufung auf die preußische Geschichte zurzeit Friedrichs des Großen und namentlich auf Preußens Situation im Siebenjährigen Krieg, auf die Westarp im selben Vortrag ausdrücklich Bezug nahm, war nicht nur verantwortungslos, sondern auch noch historisch falsch und gerade für die Rechtfertigung eines Siegfriedensanhängers inadäquat; historisch falsch, weil der „Hauptfeind“ des Ersten Weltkrieges, England, im Siebenjährigen Krieg kein Kriegsgegner Preußens gewesen ist, inadäquat für die Legitimierung von Kriegszielen, weil der Siebenjährige Krieg durch einen Frieden des Status quo ante beendet wurde und verantwortungslos, weil damit einer Mentalität der Boden bereitet wurde, dass allein der Wille entscheidend sei, um den Sieg zu erringen. Diese Auffassung, gestützt auf die Tradition der preußischen Geschichte und vor allem das „Mirakel des Hauses Brandenburg“, sollte den Deutschkonservativen bis in die letzten Kriegstage hinein die völlig irrealen Hoffnungen auf den Sieg erhalten.

5. *Nach dem Burgfrieden: Erneute Isolierung im Reichstag und die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) 1917*

Im Unterschied zur U-Boot-Frage war die eher vorsichtige und abwägende Haltung der Parteiführung in der Kriegszielfrage trotz des sich ankündigenden Endes des Burgfriedens auch noch Anfang 1917 bestehen geblieben:

„In der Frage der Kriegsziele habe es keinen Zweck, wenn die Parteileitung als solche Stellung nähme, dagegen brauche das einzelne Parteimitglied nicht so viel Rücksicht zu nehmen und dürfe und müsse in Wort und in Schrift bekunden können, was es sich denkt.“²²²

²²⁰ Vgl. M. Weber, *Zur Politik im Weltkrieg*, hrsg. von W. J. Mommsen, 1984, S. 373. Dieses Urteil fällt der Autor zurecht auch für die anderen Siegfriedensparteien. Ebenda, S. 347 ff.

²²¹ BArch, NL Westarp 137, Bl. 26 f. („Deutschlands Zukunft“, Vortrag Westarps vom 11. November 1916).

²²² Geheimrat Hillebrandt (Breslau) auf der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 18. Februar 1917, in: BArch, NL Westarp 98, Bl. 251 (Protokoll). Ferner: Anm. 165 ff. in diesem Kap. Auch Westarp stellte es den Reichstagsfraktionsmitgliedern frei, sich an den weitergehenden Kriegszielkundgebungen der Verbände zu beteiligen, sicher nicht zuletzt deshalb, weil er die Gefahr einer Spaltung der Partei in der Kriegszielfrage erkannte, aber auch, weil der Druck auf den Reichstagsfraktionsvorsitzenden durch die Verbände aufgrund

Von dieser Freiheit machten viele deutschkonservative Parteimitglieder im Verlaufe des Krieges zunehmend Gebrauch, wobei neben der Erörterung der Annexionsabsichten immer häufiger auch eine Kritik an der Haltung der Parteiführung in der Kriegszielfrage hörbar wurde; es gab zwar auch zustimmende Kundgebungen – so aus Heydebrands schlesischem Heimatverein –, in den Zuschriften der konservativen Provinzialvereine an den Hauptverein, den Äußerungen in der Presse und den öffentlichen Kundgebungen überwogen aber deutlich diejenigen Stimmen, die der Parteileitung vorwarfen, dass „diese in wichtigen nationalen Fragen nicht energisch genug sei.“²²³

Von den führenden Parteimitgliedern bzw. den deutschkonservativen parlamentarischen Vertretern befanden sich in der zweiten Kriegshälfte nur noch einige Altkonservative auf Seiten ihres Parteiführers, so die bereits erwähnten Grafen Mirbach-Sorquitten und Tiele-Winckler sowie die Mitglieder des gouvernementalen Flügels der preußischen Herrenhaus-Fraktion um dessen Führer und überzeugten Bethmann-Anhänger von Buch, der von einer kleinen gouvernementalen Gruppe der Fraktion des Abgeordnetenhauses unterstützt wurde²²⁴; die absolute Mehrheit der Reichstags- und Abgeordnetenhausfraktion, aber auch die extrem alldeutschen Herrenhaus-Mitglieder Fürst von Salm-Horstmar, von Kleist, Hertzberg-Lottin (1919/20 Mitglied der Hauptleitung des ADV) oder Admiral Grumme-Douglas, stellten sich deutlich gegen den Heydebrandschen Kurs und drängten auf die Ablösung Bethmann Hollwegs.²²⁵

An die Spitze der Opposition setzten sich dabei vor allem der ostpreußische Generallandschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer Wolfgang Kapp sowie der BdL-Vorsitzende Conrad von Wangenheim. Als erstes bedeutsames Zeugnis des Parteiwiderstandes kann dabei die sog. Mai-Denkschrift Kapps „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“ (20. Mai 1916)²²⁶ gelten, in der unverhüllt alle Vorwürfe der Parteimehrheit gegen die Regierungspolitik, aber auch gegen die Haltung der konservativen Parteiführung gebündelt waren. Von politischer Leidenschaft erfüllt, wurde in dem aus sieben Kapiteln bestehenden Pamphlet ein Kanzlerwechsel gefordert, der sowohl aus innen- als auch

seiner ständigen Präsenz in Berlin ungleich größer war als auf Heydeband. Vgl. K. von Westarp II, S. 46.

²²³ Kritik kam vor allem aus den Vereinen in Ostpreußen, Berlin und Hinterpommern. BArch, NL Westarp 98, Bl. 247 ff. Bericht des Fünfziger-Ausschusses vom 18. Februar 1917.

²²⁴ Zur Herrenhaus-Gruppe gehörten insbesondere Graf Seidlitz-Sandreczki, Graf Schulenburg und von Heydebreck, zu der des Abgeordnetenhauses von Kessel, von Schuckmann, von der Osten und Graf Groeben. Diese Deutschkonservativen unterhielten zumeist persönliche Beziehungen zur Umgebung des Kaisers oder zu Bethmann Hollweg; besonders unerträglich war ihnen, dass der Streit um Kriegsziele, Friedensangebote und den U-Boot-Krieg in einen Zusammenhang mit den Rechten der Krone zu selbstständiger Außenpolitik und Kriegsführung gebracht wurde. Vgl. K. von Westarp II, S. 311 f.

²²⁵ Das Mitglied des Fünfziger-Ausschusses Grumme-Douglas, der als früherer Kommandant der „Hohenzollern“ und Flügeladjutant ebenfalls gute Verbindungen zur Umgebung des Kaisers besaß, war ein besonders leidenschaftlicher Gegner Bethmann Hollwegs, aber auch Heydebrands, über dessen Kurs er häufig seine Unzufriedenheit äußerte: Wiederholt prophezeite der Admiral den Untergang der Partei, wenn diese Heydebrands Kurs folge und sich nicht rückhaltlos der Kriegszielbewegung anschließen würde. Vgl. ebenda, S. 44.

²²⁶ Die Denkschrift wurde in 300 Exemplaren gedruckt und an ausgewählte Personen aus der Partei und der Kriegszielbewegung, aber auch an Regierungsmitglieder und hohe Militärs verteilt. Exemplare finden sich u. a. in: BArch, R 8043/ 403 (ADV); BArch Koblenz, NL Kapp, N 1309 (auch gedruckt als Handschrift, Gotha, 1918). Zehn Tage vor der Kapp-Denkschrift war die ähnlich geartete Schrift „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode“ des späteren Herausgebers der konservativen Zeitschrift „Die Tradition“, Frank Sonntag, erschienen, ohne dass die beiden Verfasser voneinander gewusst hätten. Während Sonntag seine Abhandlung unter dem Pseudonym Junius Alter veröffentlichte und „ungestraft“ blieb, wurde der Landwirtschaftsminister von Bethmann Hollweg veranlasst, Kapp einen Verweis zu erteilen; darüber hinaus wurde durch einen Erlass des preußischen Staatsministeriums verfügt, dass Kapps gerade erfolgter Wiederwahl zum Generallandschaftsdirektor ohne jede Begründung die Bestätigung untersagt wurde, was einen Sturm der Entrüstung in der „nationalen Presse“ zur Folge hatte; nach Bethmann Hollwegs Sturz wurde Kapp vom nächsten ostpreußischen Generallandtag dann auch „einhellig“ wieder gewählt. Vgl. L. Schemann, Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920, 1937, S. 87 ff.

außenpolitischen Gründen unumgänglich geworden wäre: Die „politische Leitung [sei] wie schon vor dem Kriege und bei Kriegsausbruch, auch im Kriege ihrer Aufgabe nicht gewachsen“, habe keine weiträumigen Kriegsziele und auch die militärischen Waffen, vor allem die U-Boote, nicht rückhaltlos genug eingesetzt; das „Zurückweichen vor Amerika und das Aufgeben der U-Bootwaffe [sei] mehr als nur ein marinestrategisches Ereignis, es [sei] der Verzicht auf den Sieg gegen England und ein übles Vorzeichen der kommenden Friedensverhandlungen.“ In dem weitaus umfangreichsten fünften Kapitel wird „Die falsche Ernährungspolitik der Regierung“ behandelt, die als „Staatssozialismus“ angeprangert wurde, da Höchstpreispolitik und staatlich gelenkte Lebensmittelverteilung primär „sozialen Gesichtspunkten“ und nicht den „berechtigten Produktionsinteressen“ folgen würden.²²⁷ Während die sich daraus ergebenden konkreten innenpolitischen Forderungen Kapps traditionellen konservativen (Vorkriegs-) Vorstellungen entsprachen²²⁸, verbanden sich mit seiner Hoffnung, dass die Konzentration aller Kräfte auf einen „Siegfrieden“ zu einer völligen Neuorientierung der Parteienlandschaft führen werde, auch erhebliche Zweifel an der Fortexistenz der Deutschkonservativen Partei in der bisherigen Form:

„Durch Konzentration und Umbildung der politischen Parteien wird unser zerfahrenes Parteileben gesunden, wird unter der Rückwirkung und dem Abglanz eines solchen Friedens unsere Regierung kraftvoll erstarben.“

Mit solchen Gedanken näherte sich Kapp der „antidemokratischen, sozialimperialistischen Sammlungsstrategie“²²⁹ von ADV und BdL, die von dem Gedanken geleitet war, dass nur ein starker Friede es ermöglichen könne, dem „demokratischen Sumpf“ zu entgehen.

Einer der Hauptträger der Sammlungsstrategie war der BdL-Vorsitzende Wangenheim, der im Sommer 1916 davon überzeugt war, dass eine Neuorientierung der konservativen Politik nur

²²⁷ In den „höchst unerfreulichen Staatssozialismus“ habe sich die Regierung aus Furcht vor der großen Masse der Verbraucher in den Großstädten hineindrängen lassen: „Die Preisbildung wird nicht mehr den für sie maßgebenden volkswirtschaftlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage überlassen, sondern aus falsch verstandener Humanität unter Beisetzung der berechtigten Produktionsinteressen nach sozialen Gesichtspunkten behördlich festgesetzt. In gleicher Weise wird die Lebensmittelverteilung nicht mehr dem Handel überlassen, als dem natürlichen Vermittler zwischen Gütererzeugung und Verbrauch, sondern durch bürokratische Organisation besorgt;“ ohne die unzähligen kurzen Verbindungen, welche im Kleinhandel zwischen Stadt und Land, zwischen den erzeugenden und verbrauchenden Ständen hin- und herführten, sei die Millionenbevölkerung in den Städten jedoch nicht zu ernähren, sodass eine Not vor der Tür stehe, eine künstliche Not, die nur der Wucher ausnutzen würde, dessen einzig erfolgreicher Feind die ehrliche Konkurrenz auf offenem Markte wäre. Schlimmer noch als die Unterbindung des Handels wirke die Lähmung der Produktion auf dem Lande, wo eine Zwangsverwaltung eingeführt worden sei, ein System von Höchstpreisen, Enteignungen und Beaufsichtigungen, durch welches der Bauer letzten Endes zum „Arbeitssklaven des Verbrauchers in den Städten“ gemacht worden wäre. Die Folge „dieses in hohem Maße bedenklichen Staatssozialismus“ sei eine „schwere Gefährdung der Volksernährung“, durch welche wiederum die innere Widerstandskraft bedroht werden würde. Vgl. ebenda. In der Tat bestätigten sich Kapps Befürchtungen dann im „Hungerwinter“ 1916/17 auf das Schlimmste, denn das während des Krieges umfassend ausgebaute bürokratische Zwangssystem der Ernährungswirtschaft vermochte die großen Engpässe, vor allem in der Getreide- und Kartoffelversorgung, nicht zu beseitigen. Im Unterschied zur Landwirtschaft war der Anteil zentraler Planung im Industriesektor dagegen denkbar gering; hier besaß der „Kriegsausschuss der deutschen Industrie“, zu dem sich ZdI und BdI bereits Anfang des Krieges zusammengeschlossen hatten, größeren Einfluss auf die deutsche Kriegswirtschaft als alle Planungsvorhaben der staatlichen Instanzen: Gegen die ausdrücklichen Wünsche der Industrie konnten die Behörden, wie das Reichsamt des Innern, das preußische Kriegsministerium sowie seit 1916 die „Zentrale Einkaufsgesellschaft“, die alle Heeresaufträge abwickelte, in der Regel so gut wie nichts durchsetzen. Zur Kriegsorganisation der Wirtschaft vgl. insbesondere: W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 664 ff.

²²⁸ u. a. Schutzzoll und vorrangige Binnenmarktorientierung, ländliche und städtische Mittelstandspolitik, z. B. durch ländliche Siedlung und „Innere Kolonisation“; in Preußen die Einführung eines „direkten, öffentlichen, automatisch wirkenden Pluralstimmrechts“ bei „Erhöhung des wahlfähigen Alters“ statt eines „radikalen preußischen Wahlrechts“. Vgl. D. Stegmann, *Neokonservatismus*, 1983, S. 215. Ferner grundlegend zur Wirtschafts- und Ernährungspolitik im 1. Weltkrieg: J. Flemming, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie*, 1978.

²²⁹ Vgl. D. Stegmann, ebenda.

noch durch eine Sammlung der nationalen Opposition, und zwar durch Zusammenfassung der bestehenden Kriegszielausschüsse, bewirkt werden könne; eine solche Bewegung würde „nicht nur an den politischen Parteien vorbei, sondern über dieselben [hinweggehen]“, womit ein neuer Typus einer politischen Partei geschaffen werde, eine „Bewegung über die Parteien hinweg.“ Wangenheim ging hier noch einen Schritt weiter als Kapp, wenn er – zugunsten einer breiten außerparlamentarischen Sammlungsfront – bereit war, bewusst auf das etablierte Parteiensystem zu verzichten; für ihn stand fest, dass nur diejenige Partei eine Zukunft habe, „welche sich jetzt zum Sprachrohr und Führer der wirklich national denkenden Kreise des deutschen Volkes macht.“²³⁰

Westarp und insbesondere jedoch Heydebrand blieben solche Gedanken weiterhin fremd. Auch als der offizielle Kurs der Parteiführung angesichts der von der Regierung angekündigten „Neuorientierung“ allmählich begann, radikaler und offen antigouvernementaler zu werden, zeigten sich die Parteiführer nicht bereit, eine Sammlung der Öffentlichkeit außerhalb der Parlamente gegen die Regierung zu unterstützen; ebenso wollten sie die Selbstständigkeit der Partei im Reichstag erhalten und lehnten daher den freikonservativen Vorschlag ab, nach dem Muster der Deutschen Fraktion²³¹ eine „engere Verbindung der rechts stehenden Parteien des Reichstags“ zu bilden, eine „Art Zweckverband“, den man langfristig zu einer neuen Partei der „Vereinigten Rechten“ mit einem neuen Programm ausbauen wollte.²³²

Das anachronistische Verhalten der Parteiführung hatte vor allem zweierlei zur Folge: Zum einen bewirkte es die vollständige Isolierung der deutschkonservativen Reichstagsfraktion im Laufe des Jahres 1917 und zum anderen verzichtete man aus taktischen Gründen darauf, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu setzen und stand bei der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei abseits.

Die Isolierung der Deutschkonservativen Partei im Reichstag erfolgte aufgrund sachlicher Differenzen zu den anderen Parteien in allen zur Verhandlung stehenden maßgeblichen Fragen des Jahres 1917. Im Unterschied zu den beiden liberalen Parteien und zum Zentrum, teilweise aber auch zu den Freikonservativen, *zeigten die Deutschkonservativen jedenfalls keinerlei Bereitschaft zu auch noch so geringen Zugeständnissen, auch nicht, als längst klar geworden war, dass Bethmann Hollweg aufgrund der sich zuspitzenden Lage des Frühjahrs*

²³⁰ BArch, NL Wangenheim 11. Brief Wangenheims an Roesicke vom 29. September 1916. Vgl. auch: D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 215 f.

²³¹ Im Januar 1916 waren die drei Reichstagsfraktionen der RFKP, der Christlich-Sozialen Partei und der Deutsch-Völkischen Partei in der „Deutschen Fraktion“ vereinigt worden.

²³² BArch, NL Westarp 19, insbesondere Bl. 152 ff. Briefe Gustav von Halems an Westarp vom 13. April und 15. Mai 1917 sowie Antwort Westarps vom 18. Mai 1917. Ferner zum Versuch der Vereinigung von DkP und RFKP: Brief Hertzberg-Lottins an Westarp vom 3. Juli 1917 sowie Brief von Goßlers an von Halem vom 6. Juni 1917, in: NL Westarp 18, Bl. 138 ff.: Das deutschkonservative Abgeordnetenhausmitglied Goßler ging hier noch einen Schritt weiter als die Freikonservativen, da er nicht nur die Reichstags-, sondern auch die Abgeordnetenhausfraktionen beider Parteien vereinigen und eine neue „Konservative Volkspartei“ schaffen wollte; dieses hielt er jedoch, anders als von Halem, nicht für sofort realisierbar, da die Unterschiede in beiden Parteien erst ausgeräumt werden müssten, so beispielsweise sollte zunächst geklärt werden, ob die neue Partei „es mit den gelben – [also eher liberal orientierten; J. B.] – oder den christlich-sozialen Arbeitern halten wolle.“ Gerade die Haltung Westarps und Heydebrands zu Goßlers Vorstößen wirft ein bezeichnendes Licht auf die Parteiführung: Als die neue Regierung Hertling nach dem Sturz des Bethmann-Nachfolgers Michaelis den Deutschkonservativen ihre Mitarbeit anbot, und Hertling Anfang November 1917 von Goßler als neuen Chef der Reichskanzlei vorschlug, lehnte die DkP-Führung dieses ab, weil man wusste, dass Goßler für das allgemeine Wahlrecht in Preußen eintrat und dass er dem Reichskanzler diesbezüglich versichert hatte, dass er bereits jetzt eine „beträchtliche Minderheit“ in der Landtagsfraktion hinter sich wüsste. Auch Goßlers Argumentation, „die konservative Partei müsse dadurch an die Regierung und an die anderen Parteien Anschluss suchen, dass sie jetzt auch Opfer bringe, die ihr [später] doch abgezwungen werden würden, um so Einfluss zu gewinnen und noch größere Opfer zu verhüten“, fruchtete nicht, sodass der auch von Ludendorff präferierte Deutschkonservative das Amt am 5. November mit der Begründung absagte, das Vertrauen seiner Partei nicht zu besitzen. Vgl. BArch, NL Westarp 18, Bl. 195 ff.; NL Westarp 98, Bl. 327 f. Bericht des Hauptvereins vom 7. November 1917.

1917, seine ursprüngliche Absicht, die strittigen Probleme der inneren Politik erst nach dem Ende des Krieges in Angriff zu nehmen, nicht würde durchhalten können.²³³ Während Erzberger, Payer und Stresemann diesen Tatbestand anerkannten und einsahen, dass die sozialdemokratische Parteiführung wegen des Drucks der Arbeiterschaft und des linken Parteiflügels ihre Politik der loyalen Unterstützung der Kriegsanstrengungen nicht unverändert fortsetzen konnte, agitierten die Deutschkonservativen auch weiterhin in ihrem blinden Hass gegen die SPD und gegen jede Reform, zumindest solange der Krieg andauern sollte. Deshalb stimmten die Deutschkonservativen auch als einzige Partei einheitlich gegen die Einrichtung eines Verfassungsausschusses, der am 4. Mai 1917 erstmals zusammentrat, nachdem dessen Bildung mit großer Mehrheit im Reichstag beschlossen worden war.²³⁴ Gegenstand der Verhandlungen des Verfassungsausschusses war die Frage eines engeren Verhältnisses von Regierung und Parlament, z. B. durch Einrichtung von parlamentarischen Ausschüssen bei den wichtigeren Ressorts sowie bei der Berufung von parlamentarischen Unterstaatssekretären; außerdem beschäftigte er sich mit den Anträgen zur verfassungsrechtlichen Fixierung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber Bundesrat und Reichstag, mit der Forderung nach Gegenzeichnung der Ernennung von Offizieren durch den Kriegsminister, die eine Beschneidung der kaiserlichen Kommandogewalt und eine Stärkung des Einflusses des Reichstags auf die militärischen Angelegenheiten zum Ziel hatte, sowie mit dem heiklen Problem, ob der Reichstag in der Frage des preußischen Wahlrechts tätig werden könne. All dies waren Verhandlungsgegenstände, bei denen die Konservativen unter keinen Umständen zu irgendwelchen Konzessionen bereit waren, auch wenn Stresemann diese zu beschwichtigen versuchte, indem er darauf verwies, dass ein engeres Verhältnis von Regierung und Reichstag keinesfalls eine Schmälerung der Kronrechte mit sich bringen müsste, denn schließlich sei kein Monarch stärker, „als derjenige, der darauf hinweisen kann, dass hinter ihm und seiner Regierung die Mehrheit seines Volkes stehe.“²³⁵

Die Isolierung der deutschkonservativen Reichstagsfraktion dokumentierte sich auch bei der Bildung des Interfraktionellen Ausschusses. Den Anstoß zu dessen Gründung hatte die bereits oben erwähnte außerordentliche und überraschende Rede Matthias Erzbergers im Hauptausschuss des Deutschen Reichstags²³⁶ am 6. Juli 1917 gegeben, in der dieser mit den falschen Voraussagen der Admiralität hinsichtlich der Wirkungen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in ungewöhnlich scharfer Form abrechnete und daher deutliche Zweifel

²³³ Vgl. dazu auch Kapitel 9. 4 a. Die Isolierung der Deutschkonservativen wird auch beschrieben in der anonymen, wahrscheinlich von einem DkP-Reichstagsfraktionsmitglied verfassten Schrift „Die Isolierung der konservativen Reichstagsfraktion bis Anfang November 1917“, in: BArch, NL Westarp 73, Bl. 84 ff.

²³⁴ Vgl. ebenda. Ferner: E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 143 ff.

²³⁵ Mit solchen Äußerungen gelang es den Nationalliberalen nicht, die Deutschkonservativen milder zu stimmen, die vor allem vehement gegen den Versuch des Eingriffs in die kaiserliche Kommandogewalt und gegen die Behandlung der preußischen Wahlrechtsfrage im Reichstag protestierten, indem ihre Fraktion, wie auch die der Freikonservativen, dem Verfassungsausschuss am 6. Juli eine EntschlieÙung vorlegte, in der unter Berufung auf Artikel 2 der Reichsverfassung festgestellt wurde, dass der Reichstag nicht das Recht habe, den Einzelstaaten eine Verfassung aufzuzwingen. Auch als das Zentrum und die Nationalliberalen versuchten, die DkP-Fraktion bei den Verhandlungen über die Teilung der großen Reichstagswahlkreise zu kontaktieren, führte dies zu keinem Ergebnis, denn die Deutschkonservativen erklärten sich zwar zu einer „mäßigen Vermehrung der Wahlkreise“ bereit, wiesen aber gleichzeitig darauf hin, dass sie ein „Übergewicht der großen Städte über das platte Land“ ebenso wenig akzeptieren würden wie eine „Verschiebung zwischen Nord und Süd“: „Deshalb lehnen wir auch die Verhältniswahl ab [...]. Das enge persönliche Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten würde schwinden, wir könnten alle ruhig zu Hause bleiben, die Parteileitung würde die ganze Verteilung allein besorgen.“ Vgl. KZ, Nr. 335, 4. Juli 1917; Nr. 336, 5. Juli 1917; Nr. 339, 6. Juli 1917; Nr. 340, 7. Juli 1917.

²³⁶ Dem Hauptausschuss gehörte zwar nur ein kleiner Kreis von Abgeordneten an, aber alle Reichstagsmitglieder besaßen das Zutrittsrecht, sodass den Sitzungen in der Regel mehr als hundert Zuhörer beiwohnten. Erzberger wusste daher, dass sein Vorstoß zu dem von ihm gewünschten Aufsehen führen würde, denn obwohl für Mitglieder wie für Zuhörer die Pflicht zur Vertraulichkeit bestand, drangen die Nachrichten über die Vorgänge im Hauptausschuss erfahrungsgemäß schnell an die Öffentlichkeit. Vgl. K. von Westarp II, S. 338 ff. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 291 f. Fener: Anm. 140 in diesem Kapitel

anmeldete, ob überhaupt noch eine Aussicht bestünde, mit militärischen Mitteln ein Ende des Krieges in absehbarer Zeit herbeizuführen. Da unter den gegebenen Umständen nichts anderes übrig bleibe, als nach einer diplomatischen Beendigung des Krieges zu suchen, forderte der Zentrumsführer die Erklärung einer „riesigen Majorität des Reichstags“ für einen „Frieden des Ausgleichs [...], der keine zwangsweise Unterdrückung von Völkern und Grenzteilen bringt“ und dass „die politischen Konsequenzen gezogen werden, auch für die innere Politik, sowohl in der Wahlrechtsfrage wie in der Frage der engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament.“ Jetzt rächte es sich, dass die Regierung wider besseres Wissen die Parteiführer auf die Notwendigkeit des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und des Durchhaltens eingeschworen hatte, denn Scheidemann und insbesondere Stresemann unterstützten Erzbergers Bestreben, sodass Sozialdemokratie, Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei noch am Tage des Erzberger-Vorstoßes den Interfraktionellen Ausschuss ins Leben riefen, der die Koordinierung der parlamentarischen Aktivitäten und die Kontrolle der Regierungsarbeit übernehmen sollte.²³⁷

Auch wenn der Interfraktionelle Ausschuss in den letzten sechzehn Kriegsmonaten ein staatspolitisches Führungsorgan von beachtlichem Einfluss darstellen sollte – vor allem durch seine Beschlüsse zur Verfassungsfrage versuchte er den Verfassungsausschuss zu überspielen –, zeigte sich von Anbeginn, dass in den drei zentralen Verhandlungsgegenständen, der Wahlrechts-, der Parlamentarisierungs- und der Friedensfrage, Einmütigkeit nicht zu erzielen war. Insbesondere bei der von Erzberger angestrebten einmütigen Friedensresolution gelang es nicht, die Nationalliberalen mit in das interfraktionelle Boot zu holen, weil deren Vertreter im Interfraktionellen Ausschuss in ihrer Fraktion auf erheblichen Widerstand stießen. Denn während Mehrheitssozialisten, Fortschritt und Zentrum *an eine Resolution dachten, die den Bruch mit den Konservativen dokumentieren sollte, auch um dem Ausland zu zeigen, dass der „alldesche“ Standpunkt im Reichstag einflusslos sei*, legte die Mehrheit der Nationalliberalen Wert darauf, die Brücke zu den Konservativen nicht abbrechen zu lassen: Ein nationalliberaler Friedensresolutions-Entwurf, der so gehalten war, dass er auch der deutschkonservativen Fraktion die

²³⁷ Die Gründung des Interfraktionellen Ausschusses war jedoch auch Folge der Uneinigkeit der vier großen Fraktionen (SPD, Zentrum, NLP, FVP) im Verfassungsausschuss, die offensichtlich wurde, als dort die bereits erwähnte Reform des Reichstagswahlrechts durch Neugliederung der übergroßen Wahlgebiete etc. zur Verhandlung stand: Da die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Ländern keine Mehrheitsaussicht besaß, hatte der Fortschritts-Abgeordnete Müller-Meinigen am 4. Juli eine „Konkordienformel“ vorgelegt, deren Kernaussage dahin ging, dass es für die erforderliche Mitarbeit des ganzen Volkes an den großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Zukunft unerlässlich sei, „die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten“ unverzüglich herbeizuführen. Die „Konkordienformel“ sprach also statt vom „gleichen Wahlrecht“ von der „vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung“ und enthielt somit einen bewusst versteckten Dissens, denn die dem Pluralwahlrecht zuneigenden Nationalliberalen und Zentrumsvertreter sahen mindestens etwaige Alterszusatzstimmen als mit der Formel vereinbar an, während die Linke darunter ein Bekenntnis zur Wahlrechtsgleichheit verstand. Die Deutschkonservativen erkannten diesen Gegensatz und verhinderten problemlos die beabsichtigte „Pseudo-Konkordanz“, indem sie auf der vormittäglichen Sitzung des Verfassungsausschusses am 6. Juli darauf hinwiesen, dass die „volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung“ schon jetzt in den Landesverfassungen verbrieft und der gestellte Antrag daher nichts sagend sei. Das Vorgehen der Deutschkonservativen zwang die Mehrheitssozialisten zu einem Antrag, in dem diese feststellten, dass sie unter der „vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung“ das allgemeine Wahlrecht verstehen würden, woraufhin die Nationalliberalen erwidern mussten, dass nach ihrer Ansicht die Formel die Möglichkeiten von Altersstimmen offen halte. Dem nun gestellten mehrheitssozialistischen Antrag, in der Resolution ausdrücklich vom gleichen Wahlrecht zu sprechen, entzogen Nationalliberale und Zentrum ihre Zustimmung, weshalb die SPD ihren Antrag wieder zurückzog, um seine sichere Ablehnung zu verhindern. Damit hatte sich die Einigkeit der vier großen Fraktionen, von deren Zusammenwirken die Aktionsfähigkeit der Reichstagsmehrheit abhing, in einer Kernfrage als brüchig erwiesen. Um diese Krise zu beheben, traten die vier Fraktionen noch am Nachmittag des 6. Juli zum Interfraktionellen Ausschuss zusammen, der in der Folgezeit als Koordinierungsinstrument der Reichstagsmehrheit zu großer Bedeutung gelangen sollte. Vgl. E. R. Huber, ebenda, S. 293 ff. Ausführlicher: E. Matthias und R. Morsey, *Der Interfraktionelle Ausschuss*, 1959.

Zustimmung ermöglicht hätte, wurde von Fortschritt, Zentrum und Mehrheitssozialisten aus eben diesem Grunde verworfen.²³⁸ So zogen sich die fünf Nationalliberalen (Stresemann, Schiffer, Richthofen, Junck und van Calker) schon am 12. Juli wieder aus dem Interfraktionellen Ausschuss zurück, darin beeinflusst von den rechten Fraktions- und Parteimitgliedern, die ihre annexionistischen Träume keinesfalls begraben wollten.²³⁹ Aufgrund eines Beschlusses des Interfraktionellen Ausschusses vom 16. Juli wurde die Friedensresolution einen Tag später im Reichstag daher auch nur von den Mehrheitssozialisten, Fortschrittlern und vom Zentrum eingebracht – den drei Parteien der sog. Reichstagsmehrheit und mithin der späteren Weimarer Koalition – und am 19. Juli 1917 mit 212 gegen 126 Stimmen angenommen.²⁴⁰

Für die Deutschkonservative Partei hatte sich die Reichstagsmehrheit damit nur „die Forderungen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates und des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu eigen“ gemacht; und während Heydebrand und Westarp die militärische Lage auf provinziellen Kundgebungen nach wie vor als „glänzend“ bezeichneten, dabei die „ungeheure Wirkung“ des U-Boot-Krieges hervorhebend, „der Englands Lebensnerv treffen und es zu einem bestimmten Zeitpunkt niederringen muss“²⁴¹, klagte man die Parteien der Friedensresolution an, die „Einigkeit [...], den Siegeswillen und die Siegeszuversicht des deutschen Volkes“ gebrochen zu haben.²⁴²

Neben dem Inhalt der Resolution vom 19. Juli lehnte die DkP jedoch auch den Tatbestand ab, dass diese mehr sein wollte als nur eine politische Meinungsäußerung oder eine Empfehlung des Parlaments an die Regierung: Mit ihr würde die Parlamentsmehrheit die verbindliche Aufstellung der Richtlinien für die Kernfragen der Außenpolitik beanspruchen und damit versuchen, sich zum selbstständigen, durch den Interfraktionellen Ausschuss handelnden, Regierungsorgan zu machen; auf diese Weise wäre die Reichsregierung zum weisungsgebenden Vollzugsorgan der Parlamentsmehrheit geworden, der Interfraktionelle Ausschuss als Organ der Reichstagsmehrheit wäre der eigentliche Träger der Regierungsgewalt und die Reichsleitung würde als Vollzugsorgan des Ausschusses fungieren. Dass Bethmann Hollwegs Nachfolger, Georg Michaelis, sich fest entschlossen zeigte, die verfassungspolitische Destruktion des bestehenden Regierungssystems nicht zuzulassen, dabei die Mehrdeutigkeit der Resolution ausnutzend²⁴³, wurde von den Konservativen

²³⁸ Vgl. K. von Westarp II, S. 350. Danach bemühte sich der Nationalliberale Schiffer am 7. Juli um eine solche Resolution. Die insgesamt vier Entwürfe der Friedensresolution sind synoptisch wiedergegeben in: E. Matthias und R. Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuss I, 1959, S. 110 ff.

²³⁹ Allerdings erfolgte der Rückzug der Nationalliberalen in der Hauptsache nicht aufgrund ihrer Solidarisierung mit den Deutschkonservativen. Vielmehr hatten die Nationalliberalen im Interfraktionellen Ausschuss primär eine Parlamentarisierung der Reichsleitung angestrebt, während sie mit der Friedensresolution nichts zu tun haben wollten. Zu den Verhandlungen über die Friedensresolution im Interfraktionellen Ausschuss vgl.: E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 295 f.

²⁴⁰ Außerdem gab es siebzehn Enthaltungen und zwei ungültige Stimmen. Die Deutschkonservativen votierten geschlossen gegen die Resolution, ebenso die Nationalliberalen, bei denen es jedoch eine Enthaltung gab; aus der Zentrums-Fraktion gab es fünf Gegenstimmen, während die „Deutsche Fraktion“ mit je zwölf Zustimmungen bzw. Ablehnungen bei einer Enthaltung absolut gespalten war; die Unabhängigen Sozialisten schließlich lehnten die Resolution einhellig ab, nachdem ihr Antrag auf eine Resolution gescheitert war, die sich vorbehaltlos zu einem Frieden „ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegsentschädigungen“ bekannt hatte. Vgl. SBR, Bd. 310, S. 3598 ff.

²⁴¹ Auf eine am 9. Juli 1917 im Hauptausschuss von Stresemann an Westarp gerichtete Anfrage, ob die Konservative Partei darauf eingehen könnte, wenn heute England einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen anbieten würde, hatte Westarp mit einem lauten „Nein“ geantwortet, woraufhin Erzberger erklärte, „es müsse einem eisig kalt durch das Blut laufen, eine solche Äußerung zu hören an einem Zeitpunkte, wo der vierte Kriegswinter bevorstehe.“ K. von Westarp II, S. 341 f.

²⁴² Vgl. KZ, Nr. 332, 3. Juli 1917 und Nr. 341, 7. Juli 1917 sowie die Erklärung Westarps im Reichstag, in: SBR, Bd. 310, 19. Juli 1917, S. 3584. Auch der Fünzfürer-Ausschuss verurteilte die Friedensresolution als Maßnahme zur „Stärkung des feindlichen Kriegswillens“ und der „Kriegsverlängerung.“ BArch, NL Westarp 73, Bl. 72.

²⁴³ Dies galt vor allem für die eigentliche Friedensformel, also für die Absage an „erzwungene“ Gebietserweiterungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle „Vergewaltigungen“, denn diese Formel

begrüßt; bei aller vagen Bereitschaft des neuen Kanzlers zur Anpassung an den Wortlaut der Reichstags-Erklärung, signalisierte der entscheidende Satz jedoch – „Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, *wie ich sie auffasse*, erreichen“²⁴⁴ –, dass Michaelis für sich die maßgebliche Auslegung der Friedensresolution in Anspruch nahm und dass er nicht bereit war, sich die Politik von der Reichstagsmehrheit diktieren zu lassen. Die Rede von Michaelis wurde daher von den Konservativen auch als „außerordentlich geschickt“ bezeichnet, zumal dieser sich in „einer Zwangslage wie wohl selten ein Staatsmann“ befunden habe²⁴⁵; dass sie keinen Verzicht auf Gebietserweiterungen bedeutete, darüber bestand für die DkP kein Zweifel.

So blieb den Deutschkonservativen angesichts ihrer eigenen Ausgrenzung im Reichstag und dessen Ausschüssen²⁴⁶ immerhin die Hoffnung auf den neuen Kanzler²⁴⁷ und auf dessen Festigkeit gegenüber den Intentionen der Parteien der Reichstagsmehrheit, denn eine aktive Zusammenarbeit mit diesen erschien auf absehbare Zeit aufgrund der sachlichen Differenzen in wirklich allen wichtigen Fragen – Parlamentarisierung und Verfassungsrevision, preußisches Wahlrecht und Friedensresolution – unmöglich. Damit verlagerte sich nach dem Sturze Bethmann Hollwegs die Ausrichtung der Agitation der DkP bis zum Kriegsende vom Kanzler (Michaelis, Hertling) auf die Koalition der Friedensresolutions-Mehrheit. Gleichwohl unterließ man es nicht, Michaelis gelegentlich daran zu erinnern, dass er nur dann Erfolg haben werde, wenn er für den äußersten Fall bereit sei, die Ablehnung der Kriegskredite durch die SPD zu riskieren, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.²⁴⁸ Michaelis' Nachfolger, Georg Graf von Hertling, ermahnten die Deutschkonservativen unmittelbar nach dessen Amtsantritt sogar daran, dass er als Nichtpreuße doch den Ausspruch Otto von

ließ die Möglichkeit „vereinbarter“ Gebietserwerbungen und „vereinbarter“ Kriegsentschädigungen“ offen; *die absolute Aussage: „Keine Annexionen und Entschädigungen!“ war in die Resolution gerade nicht übernommen worden und eine zuverlässige Grenze zwischen „erzwungenen“ und „vereinbarten“ Gebietserwerbungen lässt sich eben nicht bestimmen*: Der Besiegte wird territoriale, finanzielle und sonstige Opfer immer als „erzwungen“, der Sieger als „vereinbart“ ansehen. Auf diese Weise konnten die Anhänger des Verzichtfriedens die Friedensresolution als Ausdruck der Parole: „Keine Annexionen und Entschädigungen!“ auslegen, die Gegner eines Verzichtfriedens jedoch konnten den stillschweigenden Vorbehalt vereinbarter „realer Garantien“ in sie hineindeuten, womit allen die Zustimmung zur Resolution ermöglicht werden sollte. Vgl. E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 5, 1978, S. 318 f. Hervorhebung: J. B.

²⁴⁴ Rede von Michaelis, in: SBR, Bd. 310, S. 3571 f. (19. Juli 1917).

²⁴⁵ KZ, Nr. 373, 25. Juli 1917. Michaelis befand sich zum Zeitpunkt der Rede erst seit fünf Tagen im Amt. Dass die Parteien bei der Ernennung von Michaelis übergangen worden waren, zeigte, dass sie im Grunde noch nicht darauf eingestellt waren, selbst die Macht zu übernehmen und dass sie sich in einer entscheidenden Situation wieder einmal von der OHL und dem Kaiserlichen Zivilkabinett fernsteuern lassen hatten; die Chance, Frieden und liberale Demokratie, inneren Konsens und Verzichtbereitschaft nach außen zu verbinden, war damit ohne Zwang vertan worden. Vgl. W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 754; M. Stürmer, *Das ruhelose Reich*,³ 1990, S. 391.

²⁴⁶ Beispielgebend dafür sei hier die Feststellung aus der bereits erwähnten Schrift „Die Isolierung der konservativen Reichstagsfraktion bis Anfang November 1917“ zitiert: „Während der Reichstagssitzungen vom 8. und 9. Oktober d. J. bürgerte sich bei fast allen vorliegenden Fragen, wie bei [der] Besprechung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten, bei [der] Behandlung der Zensur und des Belagerungszustandes, im Haushaltsausschuss der Brauch ein, dass die drei Mehrheitsparteien, teils mit, teils ohne Nationalliberale, auch unter Zustimmung von Polen und Elsässern, in die Kommission mit festen Vereinbarungen über die zu stellenden Anträge und deren Behandlung eintraten, die sie in interfraktionellen Besprechungen getroffen hatten, ohne den Konservativen irgendeine Mitteilung zu machen.“ BArch, NL Westarp 73, Bl. 84 f.

²⁴⁷ Dem bisherigen preußischen Staatskommissar für Ernährung ging in konservativen Kreisen der Ruf „eines hervorragend tüchtigen Beamten altpreußischer Schule“ voraus, an dessen konservativer Gesinnung man keine Zweifel hatte. Heydebrand erließ eine Instruktion an den Hauptverein, in der er forderte, sich mit Kritik am neuen Kanzler zurückzuhalten. BArch, NL Westarp 98, Bl. 301. Bericht des Hauptvereins vom 9. August 1917. Vgl. auch den positiv gehaltenen Begrüßungsartikel der „Kreuzzeitung“, in: KZ, Nr. 365, 21. Juli 1917. Ferner: K. von Westarp II, S. 467 ff.

²⁴⁸ Ebenda, S. 469. Dieses war, vor allem angesichts der Streikbewegung, eine völlig unsinnige Forderung, die deshalb auch von der 3. OHL abgelehnt wurde.

Manteuffels bedenken sollte: „Der Minister, welcher das Reichstagswahlrecht in Preußen einführt, verdient am nächsten Laternenpfahl aufgehängt zu werden.“²⁴⁹

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Parteiführung nach dem Ende des Burgfriedens auf jeden Versuch einer Änderung der bestehenden Verhältnisse unglaublich gereizt und aggressiv reagierte und dass gleichzeitig die Forderungen bezüglich eines anzustrebenden „Siegfriedens“ immer unverhohlener erhoben wurden: So war die Ablehnung der Friedensresolution durch den Fünfziger-Ausschuss der Deutschkonservativen Partei vom 19. Oktober 1917 auch weiterhin verbunden mit dem Postulat nach einem „Frieden, der den ungeheuren gemachten Opfern und unserer Volkskraft entspricht, uns eine Sicherung unserer Grenzen, einen Ersatz unserer Kriegsschäden sowie eine auf realen Grundlagen beruhende Gewähr für die aufstrebende Weiterentwicklung unseres Vaterlandes bietet.“²⁵⁰ Gleichzeitig setzte die Partei der Kriegsmüdigkeit eine deutlich steigende Propaganda entgegen und veröffentlichte nach dem Ende des Burgfriedens noch im Laufe des Jahres 1917 sechs „Konservative Flugschriften“ und fünf Hefte der „Schriften zur Tagespolitik“ mit so bezeichnenden Titeln, wie „Der deutsche Wille zum Leben“ oder „Die Kriegsverlängerer“.²⁵¹ Es war in der Tat so, dass jetzt, da die Zeit zu kommen schien, da „der alte Unterbau der Gesellschaftsordnung sich entzündet“²⁵², wie Walter Rathenau 1917 treffend formulierte, dass sich die Deutschkonservativen immer hektischer an ihre letzte Hoffnung auf einen Siegfrieden klammerten, der allein noch eine Gewähr vor nicht allzu radikalen Veränderungen zu bieten schien.

In dieser Situation wäre es nun nahe liegend gewesen, wenn die deutschkonservative Parteiführung die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei zum Anlass genommen hätte, ihre eigene Isolierung zu durchbrechen und sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu setzen, deckte sich doch der Gründungsaufruf der Vaterlandspartei vom 2. September 1917 (Sedanstag!) in all seinen Punkten mit den Erklärungen führender deutschkonservativer Politiker dieser Zeit²⁵³; dass sie es dennoch nicht tat, muss auf den ersten Blick verwundern und bedarf daher einer Erklärung.

Im Gegensatz zur deutschkonservativen Parteiführung waren die Gründungsinitiatoren der Vaterlandspartei²⁵⁴ über den Kanzlerwechsel enttäuscht und zeigten sich darüber im Klaren, „dass dieser neue Kanzler keine Änderung der bisherigen Kriegspolitik bringen werde, dass er nicht der starke politische Charakter sei, der der schwierigen Lage nach innen und außen gewachsen wäre“²⁵⁵: Als sich im Gefolge der Verabschiedung der Friedensresolution eine

²⁴⁹ KZ, Nr. 576, 11. November 1917.

²⁵⁰ BArch, NL Westarp 73, Bl. 72.

²⁵¹ Die Auflagenhöhe dieser Schriften konnte leider nicht ermittelt werden. Vgl. Reichsbote, Nr. 78, 14. Februar 1918.

²⁵² W. Rathenau, Kritik der dreifachen Revolution, 1919, S. 120 f.

²⁵³ Auch wenn diese neue, angeblich überparteiliche Bewegung vorgab, sich in innenpolitischen Fragen neutral verhalten zu wollen, um auf diese Weise jedweden aus der Bevölkerung an sich binden zu können, waren die Ebenen der Innen- und Außenpolitik dabei kaum noch zu trennen: Die Forderung nach einem Siegfrieden („Hindenburgfrieden“ statt „Scheidemannfrieden“) stellte zugleich eine deutliche Stellungnahme, nicht nur gegen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit dar, sondern eben auch gegen deren Parlamentarisierungsbestrebungen; eine Unterscheidung von unbedingtem Siegwillen und Reformfeindschaft wäre den im Sommer 1918 immerhin schon 800.000 Mitgliedern der Vaterlandspartei ohnehin künstlich vorgekommen. Zur Gründung der Vaterlandspartei vgl.: H. Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei, 1997, S. 143 ff.

²⁵⁴ Nach ihren Anstrengungen des Jahres 1916 gehörten dazu konsequenterweise auch die beiden einflussreichen deutschkonservativen Parteimitglieder Kapp und Wangenheim. Die Stellung Wolfgang Kapps, der 1906 der DkP beigetreten war, war parteiintern jedoch umstritten: Bezüglich seiner eventuellen Reichstagskandidatur im August 1916 für den verstorbenen Oertel, unmittelbar nach der Verweigerung der Wiederwahl Kapps als Landschaftsdirektor, äußerte Schroeter, dass eben diese Zurückweisung Kapps als eine „sehr starke Demonstration aufgefasst werden“ müsste und auch innerhalb der Partei „nicht allenthalben günstig aufgenommen“ werden dürfte. BArch, NL Westarp 98, Bl. 197. Bericht des Hauptvereins vom 1. August 1916.

²⁵⁵ Vgl. L. Schemann, Wolfgang Kapp, 1937, S. 107 f. Als eine solche starke Führungspersönlichkeit betrachtete man Admiral von Tirpitz, der zum Vorsitzenden der Vaterlandspartei gekürt wurde und dem man auf diese

Umgruppierung der Parteien auf verfassungspolitischem Felde vollzog, die eine Stärkung der liberal-demokratischen, auf eine Parlamentarisierung drängenden Kräfte bedeutete, und dabei deutlich wurde, dass Michaelis keinen Systemwechsel würde durchsetzen können, zögerte Kapp nicht einen Augenblick, als Gegengewicht eine neue Partei zu gründen und damit vom Konzept einer Koordination der bestehenden Parteien und Verbände auf der Rechten abzurücken; dass diese Partei „alle nationalen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung“ in sich vereinigen und damit als eine Sammlungsbewegung „von unten“ eben auch breite Kreise *des kleinen Mittelstandes und der Arbeiterschaft* ansprechen sollte, entsprach keinesfalls den Vorstellungen *Heydebrands und Westarps, die nach wie vor nicht bereit waren, diese Schichten gegen die Regierung zu mobilisieren.*²⁵⁶ Ebenso wenig wollten sich diese führenden Deutschkonservativen von ihrem tradierten Legitimitismus trennen „aufgrund eines falschen Royalismus“, wie ihnen vorgeworfen wurde, „welcher die Person des Monarchen nicht von der monarchischen Staatsidee trennen kann.“²⁵⁷

Kündigten sich in solchen Vorwürfen Elemente eines antiroyalistischen Konservativismus an, so ist die Vaterlandspartei wohl am ehesten als außerparlamentarische Bewegung von rechts mit dem Anspruch auf Integration der rechten Parteien und Verbände zu begreifen, die erstmals das Konzept der außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen von rechts verfolgte²⁵⁸, mit Anklängen an cäsaristische Herrschaftstechniken: Als Alternative zur Parlamentarisierung des Reiches wurde ein ‚plebiszitärer Militärstaat‘ angestrebt, dessen Legitimation auf Krieg und Kriegszielen beruhte, wobei Hindenburg und Ludendorff als ‚Volkskaiser‘ propagandistisch aufgebaut wurden.²⁵⁹

Die deutschkonservative Parteiführung ihrerseits hatte dem Konzept der Vaterlandspartei gegen die Parlamentarisierung kaum etwas Vergleichbares entgegenzusetzen. Als ungeeignet erwies sich ihr Versuch, die eigenen außerparlamentarischen Hilfstruppen zu mobilisieren durch die Wiederbelebung des „Preußenbundes“ und die Neugründung des „Bundes der Kaisertreuen“ Ende 1917, der sich zum Unwillen der Vaterlandspartei öffentlich als deren innenpolitische Ergänzung bezeichnete.²⁶⁰ Weitaus Erfolg versprechender war jedoch das

Weise den Weg zur Kanzlerschaft bahnen wollte.

²⁵⁶ Aufgrund der Tatsache, dass die DVLP nicht bei der Mobilisierung des Großgrundbesitzes, der Bauern, Teilen des Besitz- und Bildungsbürgertums sowie breiterer mittelständischer Schichten stehen blieb, sondern auch Arbeiter und Angestellte für sich zu gewinnen trachtete, verkörperte sie den „neuen Typus einer Massenbewegung von rechts“ mit „proto-faschistischen“ Zügen: Zum einen kultivierte die Vaterlandspartei die Volksgemeinschaftsideologie auf eine militante Art, wobei sie mit der ausschließlichen Besetzung eines demagogischen Nationalismus sowie eines antisemitisch aufgeladenen Antiliberalismus und Antisozialismus als Politikfelder einen politischen Stil pflegte, der alle Auseinandersetzungen auf ein Freund-Feind-Schema reduzierte; zum anderen wird diese proto-faschistische Ebene deutlich in der Programmatik von offiziell selbstständigen, tatsächlich aber von Kreisen innerhalb der Führungsgruppe der DVLP von Kapp lancierten Gründungen, wie der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei (DAAP) im Frühjahr 1918, als deren bayrische Filiale der sog. „Arbeiterrausschuss für einen guten Frieden“ fungierte, der unter der Leitung des späteren DAP/NSDAP-Gründers Anton Drexler stand; in solchen Gründungen sind die antisemitisch-antidemokratischen und antisozialistischen Ressentiments, verbunden mit der Wendung gegen den „jüdischen“ Kapitalismus, am deutlichsten zu fassen. Die Parteiführung der DkP jedenfalls stand, im Unterschied zu der Gruppe um Kapp und Wangenheim, einer solchen Entwicklung fremd gegenüber, denn eine außerparlamentarische „Sammlungs“- und überparteiliche Einheitspartei hatte man stets abgelehnt. Vgl. dazu grundlegend: D. Stegmann, *Neokonservatismus*, 1983, S. 218 ff.; ders.: *Erben Bismarcks*, 1970, S. 499 ff.; A. Peck, *Radicals*, 1978, S. 210; H.-U. Wehler, *Deutsches Kaiserreich*, 7. Auflage 1994, S. 216; F. Fischer, *Bündnis der Eliten*, 1979, S. 54.

²⁵⁷ Brief Hertzberg-Lottins an Westarp vom 3. Juli 1917, in: BArch, NL Westarp 18, Bl. 138 ff.

²⁵⁸ Von den Gründern war die Vaterlandspartei als eine Sammlungspartei über den anderen rechten Parteien konzipiert, die „alle nationalen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung“ in sich vereinigen sollte, bestehend aus „nationalen Parteien, Parteigruppen, nationalen Organisationen und gleichgesinnten Einzelpersonen.“ D. Stegmann, *Neokonservatismus*, 1983, S. 218.

²⁵⁹ Ebenda, S. 219.

²⁶⁰ Der „Bund der Kaisertreuen“ war eine vornehmlich elitäre Vereinigung, in der der Adel die Führung im Kampfe gegen die „Scheidemännerei“ übernehmen sollte. Vgl. BArch, NL Westarp 20, Bl. 184 ff. (hierin auch der Gründungsaufwurf, unterzeichnet von Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha) und NL Westarp 28,

Bemühen, im letzten Kriegsjahr konservative Gruppen in Industrie, Handel und Banken unter der Parole des Kampfes gegen den 'Staatssozialismus' und für die Aufrechterhaltung der tradierten Eigentumsstruktur innerparteilich zu assimilieren: Schon 1916 war der langjährige Vorsitzende des Direktoriums des ZDI, Max Roetger, als Mitglied der konservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses gewonnen worden; jetzt gab es seit der zweiten Jahreshälfte wiederholt Treffen Westarps, aber auch Heydebrands, mit führenden Industriellen, wie Ewald Hilger (Generaldirektor der Königs- und Laurahütte), von Klitzing (Präsident der Preußischen Zentral-Bodenkredit AG), Heineken (Norddeutsche Lloyd; ab 1921 deren Präsident), Röttger, Schweigenhofer, Hugenberg oder Hirsch (Essen), mit dem Ziel der „Erhaltung des legitimen Einflusses von Besitz und Kapital auf die Gesetzgebung, damit nicht eine maßlose Verschwendung der staatlichen Mittel durch diejenigen stattfindet, welche an der Aufbringung derselben gar nicht oder doch nur in geringem Maße beteiligt sind.“²⁶¹ Der Deutschkonservativen Partei gelang es auf diese Weise, zu finanziellen Mitteln zu gelangen, mit denen sie Anfang 1918 die Presse- und Propaganda-Abteilung auf eine solidere Basis stellte.²⁶² Erst jetzt konnte sich die Parteiführung dazu durchringen, mit der Gründung des neuen Partei-Mitgliedsblattes „Unsere Partei“²⁶³ den Klärungsprozess auf der Rechten im eigenen Sinne zu beeinflussen.²⁶⁴

Diese Maßnahmen kamen jedoch zu spät und waren auch nicht weit reichend genug. Die logische Konsequenz war, dass einige führende Deutschkonservative der neuen Vaterlandspartei beitraten, ohne damit der DkP schon vollständig den Rücken zuzukehren.²⁶⁵ Neben den bereits erwähnten Kapp und Wangenheim, die weitestgehend den politischen Apparat der DVLP aufbauten und die die Politik der Landesverbände koordinierten²⁶⁶,

Bl. 62/ 68 ff.

²⁶¹ BArch, NL Westarp 20, Bl. 107 und 157 ff. Ferner: NL Westarp 19, Bl. 234 ff. K. von Westarp II, S. 13. Hervorhebung: J. B.

²⁶² So richtete Hilger im Januar 1918 bei der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft ein Konto unter dem Namen "Geschäftsstelle Abwehr" ein, über das Westarp und von Klitzing gemeinsam verfügen konnten. Die erste Einzahlung Hilgers betrug 15.000 Mark, über weitere Einzahlungen konnten keine Belege gefunden werden. BArch, NL Westarp 27, Bl. 5 f.

²⁶³ Die Gründung des Parteiblattes war auf die Initiative des neu gegründeten Presseausschusses der DkP zurückzuführen, der unter der Leitung des späteren Mitgründers der DNVP, Walter Graef, stand. Es war vor allem "als Ratgeber für die Führer der Vereine zum Handgebrauch" gedacht. Vgl. W. Graef, Der Werdegang der DNVP, 1928, S. 16.

²⁶⁴ Vgl. Unsere Partei, Nr. 1, April 1918 und Mitteilungen, Nr. 31, 3. August 1918, S. 262. Einzelne Provinzialorganisationen, wie in Pommern und Sachsen, gingen hier schon einen Schritt weiter, indem sie sich – auch organisatorisch – bisher ferner stehenden sozialen Schichten öffneten; so bildete der pommersche Provinzialverein im Sommer 1918 Ausschüsse für 1.) "Freie Berufe", 2.) Beamte, 3.) Handel und Industrie, 4.) das Handwerk, 5.) den Kleingrundbesitz und 6.) Arbeiter und Angestellte. Eine vergleichbare Entwicklung gab es im Königreich Sachsen. Vgl. D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 222 f. Siehe auch Kapitel 8 zu den Bestrebungen einzelner Landesverbände zur Assimilierung neuer sozialer Schichten vor dem Weltkrieg.

²⁶⁵ So war der Gründungsauftrag der DVLP von acht ostpreußischen Konservativen unterschrieben worden (Brandes, Brünneck, Graf Dönhoff, Superintendent Ebel, von der Goltz, Hansen, Kapp und von Tettau). Kapp selbst rückte im Februar 1918 aufgrund von Nachwahlen jedoch als Abgeordneter der DkP in den Reichstag ein, weil die DVLP keine eigenen Reichstagskandidaten nominierte, da sie auf die Zeit des Krieges beschränkt existieren wollte und weil sie auf konkrete innenpolitische Zielsetzungen verzichtete. Diese vorgebliche Neutralität in innenpolitischen Fragen diente jedoch nur als Lockmittel für die Kriegszielpolitiker der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Fortschrittspartei, aus der vor allem in Süddeutschland viele Parteimitglieder zur DVLP und NLP übertraten. Vgl. dazu T. OPELLAND, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg, 1995, S. 265. H. Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei, 1997, S. 229 ff. und 290 ff. Zur Einordnung der DVLP als Parteien-Typus, vgl. D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 219.

²⁶⁶ Kapp hatte sich mit dem Stellvertreterposten begnügt und neben Tirpitz als Vorsitzenden Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg als Ehrenvorsitzenden gewonnen. Beide übten jedoch weitgehend repräsentative Funktionen aus und sollten aufgrund der Anziehungskraft ihrer Namen den Adel und das nationale Bildungs- und Besitzbürgertum für die Partei gewinnen; innerhalb der DVLP-Führung spielten Tirpitz und der Herzog den eher gouvernementalen Part, konnten sich aber gegen den Kapp-Kreis, den BdL und die Alldeutschen (ClB) nicht durchsetzen. Vgl. M. Salewski, Tirpitz, 1979, S. 112, der sogar behauptet, dass Tirpitz sich von Kapp nur "vor den Wagen [...] spannen ließ", was allerdings angesichts der Persönlichkeitsstruktur des Admirals

fungierte mit Mehnert auch ein Mitglied des Zwölfer-Ausschusses der DkP als Vorsitzender des sächsischen Landesvereins der DVLP; außerdem arbeiteten fünf Mitglieder des Fünzigler-Ausschusses der DkP in führenden Funktionen in den Landesverbänden der Vaterlandspartei: Brandes-Althof und Senfft von Pilsach gehörten zum engeren Führungskreis des Landesvereins der DVLP in Ost- bzw. Westpreußen, der Maschinenbau-Industrielle Reinecker saß im engeren Ausschuss des sächsischen Landesvereins, Kommerzienrat Beringer war 3. Vorsitzender des Landesvereins Württemberg und Otto Fürst Salm-Horstmar Mitglied des engeren Ausschusses des Landesvereins Nordrhein Westfalen; Mehnert, Brandes-Althof und Fürst Salm-Horstmar gehörten, wie das DkP-Mitglied Schorlemer-Lieser, zudem dem fünfzigköpfigen Reichsausschuss der Vaterlandspartei an.²⁶⁷ Solcher Zulauf zur Deutschen Vaterlandspartei²⁶⁸ war erneut nur Ausdruck der Unzufriedenheit dieser Deutschkonservativen mit ihrer Parteiführung, der einmal mehr nur die Rolle eines ohnmächtigen und hilflosen Betrachters dieser ersten wirklichen Massenbewegung der deutschen Rechten blieb²⁶⁹; da Heydebrand die nationale Opposition in einer „Vereinten Rechten“ nicht sammeln konnte und wollte, übernahm der alldeutsche Flügel innerhalb der Partei diese Aufgabe und entschloss sich, einen klaren Bruch mit den Überbleibseln des Gouvernentalismus und des „falschen Royalismus“ zu vollziehen, der in der DkP auch noch 1917 fortlebte.

Die Friedensresolution und die mit ihr einsetzende Entwicklung waren dabei letztlich das auslösende Moment gewesen, welches die radikalen und extrem nationalen Konservativen veranlasste, sich endgültig von Heydebrands Kurs loszusagen und sich an der Gründung der Vaterlandspartei zu beteiligen. Das Versäumnis des deutschkonservativen Parteiführers bestand dabei vor allem in seiner zögerlichen Haltung, die die radikalen Nationalisten seiner Partei, statt sie zu zähmen und für sich zu engagieren, in die Arme der DVLP trieb. Ebenso zersetzend musste es auf die Einheit und Geschlossenheit der Partei wirken, dass die deutschkonservative Parteiführung sich nicht gegen die Beteiligung ihrer Parteimitglieder an der Vaterlandspartei oder gegen die Mitarbeit in anderen politischen Organisationen, wie dem Alldeutschen Verband, dem Flottenverein, der Kolonialgesellschaft, dem Ostmarkenverein etc.²⁷⁰ wandte, – obwohl deren Zielsetzungen z. T. miteinander konkurrierten. Immerhin führten die in der DVLP versammelten Deutschkonservativen die in den letzten Jahren zu

zweifelhaft erscheinen muss.

²⁶⁷ In der Zusammensetzung der Führungsgremien wird deutlich, dass die Deutschkonservativen zwar eine wichtige, aber keinesfalls eine dominierende Rolle spielten: Die DVLP war vor allem eine bürgerliche Organisation (auch die meisten Deutschkonservativen gehörten dem bürgerlichen Spektrum an), in der der Adel eine marginale Erscheinung darstellte. Im 24-köpfigen Vorstand der Vaterlandspartei befanden sich nur 4 Rittergutsbesitzer (unter ihnen Kapp und Wangenheim), dagegen aber jeweils drei Industrielle, Rechtsanwälte, Oberbürgermeister, höhere Beamte und Professoren, zwei hohe Militärs sowie jeweils ein (nationaler) Arbeiter, Handwerker, und protestantischer Geistlicher. Auch die Finanzierung der Partei erfolgte, neben den wenig bedeutsamen Mitgliedsbeiträgen, fast ausschließlich durch die rheinisch-westfälische Schwerindustrie und deren Interessenverbände. Vgl. D. Stegmann, *Neokonservatismus*, 1983, S. 221; derselbe: *Erben Bismarcks*, 1970, S. 507; H. Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei*, 1997, S. 290 ff.

²⁶⁸ Vor allem „vor Ort“, in den ostelbischen Landkreisen und Kleinstädten, stellte sich die klassische Klientel der Deutschkonservativen Partei beim Aufbau der Ortsgruppen der DVLP zur Verfügung, so insbesondere das kleine Landjunktum, die Pfarrer, Bürgermeister oder Gemeindevorsteher. Vgl. J. Retallack, *Notables*, 1988, S. 220, wo dieser zu der Feststellung kommt, dass die Deutschkonservativen beim Aufbau der DVLP-Organisation mehr Engagement gezeigt hätten als beim Aufbau der eigenen Parteiorganisation.

²⁶⁹ Wie viele Deutschkonservative der Vaterlandspartei insgesamt beitraten, ließ sich nicht feststellen; bei K. von Westarp II, S. 622, heißt es nur ganz allgemein, dass durch „viele unserer Mitglieder [...] zwischen ihr [der DVLP; J. B.] und uns enge Fühlung“ bestanden habe.

²⁷⁰ Gerade die Mitgliedschaft in den nationalen Vereinen war es, die die ideologische Entwicklung vieler Deutschkonservativer zu einem bürgerlichen Nationalismus hin vorantrieb und die damit eine entscheidende Etappe auf dem Weg von der Deutschkonservativen Partei zur Deutschnationalen Volkspartei darstellte. T. Oppelland, *Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg*, 1995, S. 89, spricht beispielsweise von einer „Tirpitzianisierung“ der Deutschkonservativen, wenn er deren Orientierung an Tirpitz und der Marine beschreibt.

verzeichnende Entwicklungslinie der DkP fort, da sie mit der Gründung der Vaterlandspartei ihre eigenen Klasseninteressen über das Parteiinteresse stellten: Politisch hieß das die Blockierung von inneren Reformen und ökonomisch das Erzielen maximaler (Kriegs-) Gewinne; dass hinter der DVLP ökonomisch andere Interessen standen als hinter der DkP, wird schon in der oben beschriebenen sozialen Zusammensetzung der Partei deutlich.

Wenn die DkP-Führung die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei trotzdem begrüßte, so machte man damit eher nur eine gute Miene zum bösen Spiel²⁷¹: Die DkP hatte sich eingangs des letzten Kriegsjahres endgültig zu einer stark gespaltenen Partei entwickelt mit einem zögerlichen, sich auf dem Rückzug befindenden und visionslosen Führer; die Fraktion im Reichstag isoliert, nicht nur von der Linken, sondern auch von der Rechten aufgrund ihrer Intransigenz in allen verfassungspolitischen Fragen: All dies war Ausdruck und Dokumentation der Defensivposition der Deutschkonservativen Partei im Vorfeld der sich überstürzenden revolutionären Ereignisse des Jahres 1918.

6. Die DkP und das Ende des Kaiserreichs

Die in der Entlassung Bethmann Hollwegs gipfelnde Krise des Juli 1917 markierte nicht nur den Beginn des deutschen Parlamentarismus²⁷², sondern enthielt bereits alle seine Vorbelastungen: Der Reichstag hatte sich bei der Ernennung von Michaelis übergehen lassen und zudem hingenommen, dass die Friedensresolution mehr als Bündelung des inneren Konsens denn als tragfähige Brücke zum Frieden gehandelt wurde; die Chance, Frieden und liberale Demokratie, inneren Konsens und Verzichtbewusstsein nach außen zu verbinden, war jedenfalls vertan worden.

Dennoch zeigte sich der gestiegene Einfluss des Reichstags, als der gerade erst ins Amt berufene Michaelis schon am 30. Oktober 1917 eben auch deshalb wieder zum Rücktritt veranlasst wurde, weil er seit seiner Antrittsrede zur Friedensresolution das Vertrauen der Mehrheitsparteien nicht besessen hatte.²⁷³ Zwar standen die Mehrheitsparteien dann bei der Auswahl des neuen Reichskanzlers Georg Graf von Hertling nur am Rande, dennoch konnte der bereits 74-jährige ehemalige bayrische Ministerpräsident und konservative

²⁷¹ Westarp, der von der Bildung der Deutschen Vaterlandspartei erst durch die Veröffentlichung des Gründungsaufrufs erfahren hatte, begrüßte die neue Partei in der "Kreuzzeitung" zunächst auch ohne großen Enthusiasmus. Erst als deutlich wurde, wie stark die neue Bewegung von den protestantischen Pastoren, Landräten, Bürgermeistern und örtlichen Beamten, erstaunlicherweise aber auch zunehmend von den Konservativen des Herrenhauses unterstützt wurde, änderte sich auch die Ausrichtung der "Kreuzzeitung". Vom Fünfziger-Ausschuss der DkP wurde die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei auf einer Sitzung am 19. Oktober 1917 relativ emotionslos "begrüßt". Vgl. BArch, NL Westarp 73, Bl. 72. K. von Westarp II, S. 621 ff. KZ, Nr. 472, 16. September 1917; Nr. 485, 23. September 1917; Nr. 498, 30. September 1917; Nr. 601, 25. November 1917; Nr. 663, 30. Dezember 1917; Nr. 48, 27. Januar 1918; Nr. 74, 10. Februar 1918.

²⁷² Vgl. z. B.: M. Stürmer, *Das ruhelose Reich*, 31990, S. 391.

²⁷³ Es stellte ein Novum in der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs dar, dass eine Mehrheit der Parteien des Reichstags, bestehend aus der Friedensresolutionsmehrheit und den Nationalliberalen, formell die Abberufung eines Kanzlers forderte, da sie am 23. Oktober dem Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, die Gründe für die Notwendigkeit der Berufung eines neuen Kanzlers darlegte; als Anlass diente dabei die von Michaelis nicht ausreichend fundierte Beschuldigung des Hochverrats gegen Abgeordnete der USPD im Zusammenhang mit Gehorsamsverweigerungen in der Flotte. Die Deutschkonservativen schlossen sich diesem Vorgehen nicht an und sahen vielmehr ihre Hoffnung zerstört, dass Michaelis versuchen könnte, "eine neue Koalition, bestehend aus Nationalliberalen, Konservativen und Zentrum zu schaffen und mit ihr gegen die Linken zu regieren." BArch, NL Westarp 98, Bl. 324 f. Bericht des Hauptvereins vom 1. September 1917. Wie Schroeter allerdings auf eine solche weltfremde Idee kommen konnte, angesichts der durch die Friedensresolution geschaffenen Realitäten im Reichstag und der sturen Haltung der deutschkonservativen Fraktion, muss sein Geheimnis bleiben.

Zentrumspolitiker erst ins Amt treten, als er seine Bereitschaft erkennen ließ, sich ein Vier-Punkte-Programm der Mehrheitsparteien zu eigen zu machen.²⁷⁴

Doch schon bei der ersten bedeutsamen Frage, dem Problem des Friedensschlusses im Osten, wurde deutlich, dass der parlamentarische Rückhalt, über den Hertling im Reichstag – nicht aber im preußischen Abgeordnetenhaus – verfügte, ihm bei der Auseinandersetzung mit der OHL nur wenig von Nutzen war, weil diese angesichts der quasi-plebiszitären Stellung, die Hindenburg und Ludendorff in der deutschen Öffentlichkeit besaßen, den Einwirkungen der Reichstagsmehrheit weithin entzogen war: Als nach der russischen Oktoberrevolution die Möglichkeit bestand, im Osten einen fairen Separatfrieden zu schließen und die dort frei werdenden Truppen im Westen einzusetzen, um den Entente-Mächten zu verdeutlichen, dass der Krieg auch mit US-amerikanischer Unterstützung nur unter allzu größten militärischen Opfern zu gewinnen sei – das Ganze verbunden mit einer Friedensoffensive und dem Verweis an die Alliierten auf die im Osten heranwachsende Bedrohung der demokratischen Lebensform – geschah das Gegenteil, weil die OHL den deutschen Friedensverhandlungsführer in Brest-Litowsk, Kühlmann, der eben dieses angestrebt hatte, beiseite schob und ihrerseits einen Diktatfrieden durchsetzte, in dem die baltischen Staaten, Polen und die Ukraine von Russland getrennt und staatlich selbstständig, dabei aber mehr oder weniger von Deutschland abhängig wurden und auch von diesem besetzt blieben.²⁷⁵

Diese verhängnisvolle Autonomie der militärischen Führung im deutschen Regierungssystem bewirkte, dass die Kriegsentscheidung, wenn es sie überhaupt noch für das Reich gegeben hatte, im Osten verspielt wurde; mit dem Entschluss zum Diktatfrieden und zum Verlegen von mehr als 50 zumeist kriegsmüden Divisionen in den Westen, um dort den Stellungskrieg noch einmal in Bewegung zu bringen, ging es jetzt nur noch um Sieg oder Niederlage, denn ein Drittes gab es nun nicht mehr. Doch nach den ersten deutschen Erfolgen im Frühjahr 1918 geriet die Offensive Mitte Juli ins Stocken, und es begann die große alliierte Gegenoffensive bei Amiens; am 8. August, dem „schwarzen Tag“ des deutschen Heeres, gelang der Entente der erste wirklich große operative Sieg und schließlich folgte am 29. September im Hauptquartier in Spa die Mitteilung Ludendorffs an Hertling und den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Hintze, dass der Krieg verloren und die Alliierten deshalb um Waffenstillstand zu ersuchen seien.

Als die führenden Reichstagsabgeordneten am 2. Oktober in Berlin durch einen Abgesandten Ludendorffs von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt wurden, zeigten sie sich – auch die Vertreter der Mehrheitsparteien – ungläubig, entsetzt, geschockt. Am meisten aber mussten die Deutschkonservativen von dieser Nachricht getroffen sein: Sie hatten den Frieden von Brest-Litowsk begrüßt und wie die OHL und anderen Siegfriedenspolitiker alles auf die Karte

²⁷⁴ Dieses Programm umfasste die rasche Durchführung einer Reihe von sozialpolitischen Gesetzesvorhaben, die loyale und schnelle Realisierung der Reform des preußischen Wahlrechts auf Grundlage der kaiserlichen Botschaft vom 11. Juli 1917, die Beseitigung der Eigenmächtigkeiten der Stellvertretenden Kommandierenden Generale in der Handhabung der politischen Zensur und deren Übertragung in die Verantwortung der politischen Instanzen sowie die Führung der Außenpolitik auf Grundlage der Antwortnote an Papst Benedikt XV., der am 1. August 1917 in einem Rundschreiben an die Krieg führenden Staaten eine Reihe von Vorschlägen als Basis für Friedensverhandlungen unterbreitet hatte. Darüber hinaus wurde von Payer (FVP) als Vertrauensmann der Mehrheit zum Vizekanzler berufen und von den Mehrheitsparteien gegen den Willen Hertlings durchgesetzt, dass die Ämter des preußischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers nicht getrennt wurden. Damit konnten die Mehrheitsparteien verhindern, dass die konservative Siegfriedenspolitik in Preußen eine unabhängige Position behielt. Vgl. W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 769 ff. Zur Papstnote, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, vgl. insbes. J. L. Snell, *Benedict XV.*, 1951, S. 157; P. Graf Kielmannsegg, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, 21980, S. 529.

²⁷⁵ Ihrer bisherigen Haltung entsprechend forderten die Deutschkonservativen bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk eine volle Ausnutzung der militärischen Lage, wobei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen für sie keine Rolle spielte, wenn sie sich für die Vergabe des Cholmer Landes an die Ukraine aussprachen, da hier mehrheitlich Polen lebten. Vgl. die Verhandlungen des Hauptausschusses vom 3.-5. und am 24./ 25. Januar sowie im Reichstag am 20. und 22. Februar 1918, in denen jeweils Graf Westarp für die DkP das Wort ergriff. Auszüge aus diesen Reden finden sich in: J. V. Bredt, *Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg*, 1926, S. 227 ff.

gesetzt, dass die letzte entscheidende Offensive, die durch den Zusammenbruch Russlands ermöglicht worden war, doch noch den Sieg sichern werde.²⁷⁶ Fast schon grotesk mutete es an, dass Westarp gerade am 29. September die Diktatur eines Generals als Ausweg aus der Regierungskrise forderte²⁷⁷, an jenem Tag also, da jäh und unvermittelt die Beschlüsse gefasst wurden, die nicht nur das Ende des Krieges, sondern auch des Kaiserreiches und der DkP einleiteten: Einerseits war die Entscheidung des 29. Septembers 1918 gleichbedeutend mit Kapitulation und Niederlage, andererseits mit dem schon jetzt beginnenden Staatsumbau; die von Ludendorff akzeptierte Idee von Hintzes, die Verfassung zu ändern, das Reich zu einer parlamentarischen Monarchie zu machen und den Eindruck zu vermitteln, dass man nicht wegen des drohenden militärischen Zusammenbruchs, sondern aus der demokratischen Erneuerung heraus den Frieden suche, mussten eben auch das Ende des fast 50 Jahre zäh verteidigten deutschkonservativen Machtmonopols, das wesentlich durch das Dreiklassenwahlrecht gesichert worden war, einläuten und damit den Fortbestand der DkP in Frage stellen.

Bei der Bildung der ersten parlamentarischen Regierung verfolgte die DkP eine zweigleisige Taktik, denn neben der Forderung nach einer Diktatur signalisierte man gleichzeitig, sich an der neuen Regierung beteiligen zu wollen: In einer Unterredung des Kanzlerkandidaten Graf Roedern mit den deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten Graf Carmer, Dietrich und Roesicke am 1. Oktober erklärten diese, dass die Partei „zu großen Opfern auch in der Frage des preußischen Wahlrechts“ bereit sei, wenn ein „Einheitsministerium der nationalen Verteidigung“ gebildet werden würde. Noch am selben Tage beschloss die Reichstagsfraktion der DkP:

„[...] sich auf den Boden des kaiserlichen Erlasses zu stellen und sich auch unter Opfern der Überzeugung an einer Regierung zu beteiligen, die [es] sich zur Aufgabe macht, alle Kräfte des Volkes in geschlossener Einheit für die ehrenvolle Beendigung des Krieges einzusetzen.“²⁷⁸

Unter der ehrenvollen Beendigung verstanden die Deutschkonservativen jedoch, dass gleichzeitig mit dem deutschen Friedensangebot eine geschlossene Heimatfront entstehen sollte, die den Willen erkennen lasse, den Krieg im Falle demütigender Friedensbedingungen fortzusetzen, während sie die Friedensvorschläge des US-amerikanischen Präsidenten Wilson

²⁷⁶ Obwohl Heydebrand und Westarp vor allem durch Ludendorff und von Hintze über die militärische Lage direkt unterrichtet wurden, waren sie nicht bereit, ihre Kriegsziele aufzugeben; Kronprinz Wilhelm berichtet diesbezüglich: „Mit Herrn von Heydebrand hatte ich im Juli 1918 ein Gespräch über die Lage und die Kriegsziele, und ich war dabei betroffen über den Optimismus, mit dem er auch zu diesem Zeitpunkte noch in die Zukunft blickte. Er war geradezu erschüttert, als ich ihm sagte, dass wir schon seit langer Zeit an der Westfront einen Verzweifelungskampf mit ermüdeten, erschöpften Truppen gegen eine riesige Übermacht führten. Als ich ihm dann genaue Zahlen als Unterlagen für meine Ausführungen nannte, ihm unsere bitter traurige Ersatzlage darlegte, schien er die nackte Wahrheit, wie sie sich da vor ihm auftat, kaum fassen zu können. Mein Chef hat ihm im Anschluss an meine Ausführung die Angaben bestätigt und noch weiter ergänzt. – Herr von Heydebrand sagte mir darauf, nach dem, was er jetzt erfahren habe, dass er bisher eine völlig falsche Auffassung von unserer Lage gehabt habe; man habe ihn und seine Partei in Berlin völlig unrichtig orientiert.“ Trotz der guten Informiertheit über die Situation an der Westfront hielten die Deutschkonservativen auch noch nach dem 8. August Friedensverhandlungen für „ausgeschlossen“, stattdessen sollte auch über den fünften Kriegswinter hinaus durch Verteidigung des zu Lande Erkämpften und durch Vernichtung englischen Schiffsraumes“ der gegnerische Siegeswille gebrochen werden. Vor allem zur Herausgabe Elsass-Lothringens, Posens und Danzigs waren die Deutschkonservativen auch im Oktober unter keinen Umständen bereit. Vgl. KZ, Nr. 471, 15. September 1918; Nr. 497, 29. September 1918; E. Ludendorff, Kriegserinnerungen, 1919, S. 552 ff.; Kronprinz Wilhelm, 1922, Erinnerungen, S. 219. Ferner: K. von Westarp II, S. 560 ff.; ders.: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, ²1928, S. 13.

²⁷⁷ KZ, Nr. 497, 29. September 1918. Vgl. auch: E. von Heydebrand, Beiträge, S. 289.

²⁷⁸ K. von Westarp, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, ²1928, S. 9 f. Auch der Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts, Friedrich Wilhelm von Berg, forderte statt der Regierung der Mehrheitsparteien die Bildung eines „Kabinetts[s] der nationalen Konzentration“ unter Einbeziehung der Deutschkonservativen. Vgl. W. J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, 1995, S. 810.

unbedingt ablehnten, in denen man nur den Versuch erblickte, das Friedensgesuch des unbesiegten Deutschland in eine bedingungslose Kapitulation umzuwandeln.²⁷⁹

Damit war eine Beteiligung der DkP an der neuen Regierung von vornherein ausgeschlossen, die aber auch schon allein deshalb nicht zustande kam, weil die Wirkung des deutschen Friedensangebotes nach außen erhöht und die notwendigen Reformen im Innern ohne konservativen Widerstand durchgesetzt werden sollten. So wurde die erste parlamentarische Regierung, die sich auf das Vertrauen der Mehrheit der Parteien des Reichstags stützte, unter Ausschluss der Deutschkonservativen Partei gebildet.²⁸⁰ Nachfolger Hertlings wurde jedoch nicht der Kandidat der Mehrheitsparteien, der Fortschrittliberale Friedrich von Payer, sondern auf Drängen Hindenburgs und Ludendorffs der als liberal geltende süddeutsche Aristokrat Prinz Max von Baden, der bereit war, das Programm der Friedensresolutionsparteien zu akzeptieren.

Mit dem Eintritt in die Regierung Max von Baden bewiesen die Parlamentarier des Fortschrittliberalismus, des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie nicht nur ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein, sondern übernahmen die geradezu übermenschliche Aufgabe, das besiegte Reich aus dem Krieg zu führen, Millionen von Soldaten an der Front und die Hungernden zu Hause vor Krankheit und Tod zu retten, dabei einen erträglichen Frieden zu erlangen und Umsturz und Bürgerkrieg zu verhindern. Dass der Ausschluss der Deutschkonservativen aus dieser Regierung schon einer der vielen späteren Belastungen des parlamentarischen Systems der Weimarer Republik den Weg ebnete, daran dachte in diesem Moment wohl niemand. Sicher: Eine Einbeziehung der Deutschkonservativen in die parlamentarische Verantwortung hätte bedeutet, dass diese später nicht „Ihr“, sondern „Wir“ hätten sagen müssen, aber konnte man von den Mehrheitsparteien angesichts der Situation des Oktobers 1918 und der mit den Deutschkonservativen zu erwartenden Schwierigkeiten eine solche Weitsicht verlangen? Und wäre es nicht die Quadratur des Kreises gewesen, da ein Friedensschluss im Innern sichtbare und wirksame Reformen voraussetzte, die mit den Deutschkonservativen eben nicht zu machen waren?

Dennoch bedeutete der von vornherein betriebene Ausschluss der Deutschkonservativen von einer „demokratischen Regierung“²⁸¹, dass ihre Neigung zur Errichtung einer Diktatur verstärkt werden musste, die ja ohnehin dem konservativen Weltbild entsprach. Die bitteren Erfahrungen der ersten Oktobertage des Jahres 1918 haben die Konservativen dann auch nie vergessen, und sie haben mit dazu beigetragen, dass man schon im März 1920 versuchte, mit einem u. a. von Kapp initiierten und von Westarp sowie Wangenheim unterstützten Putsch, die Republik zu stürzen und, da es keinen König und Kaiser mehr gab, eine Diktatur zu errichten.²⁸²

²⁷⁹ Vgl. Max von Baden, *Erinnerungen*, 1927, S. 232 f.

²⁸⁰ Neben den 11 Beamten der alten konservativen Eliten gehörten der neuen Regierung jetzt sieben Vertreter der Mehrheitsparteien an: Payer (FVP) blieb Vizekanzler, Timborn (Z) übernahm das Reichsamt des Innern, Bauer (SPD) das neu geschaffene Reichsarbeitsamt und Erzberger (Z), Haußmann (FVP), Scheidemann (SPD) sowie Groeber (Z) wurden zu Staatssekretären ohne Portefeuille ernannt. Zu den Verhandlungen und Willensbildungsprozessen der Mehrheitsparteien, die Ende September unter dem Eindruck des österreichischen Friedensangebotes zu dem Entschluss führten, selbst den Schritt in die Exekutive zu unternehmen und auch die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen, vgl. W. Ribhegge, *Frieden für Europa*, 1988, S. 313 ff.

²⁸¹ Diese Regierung war natürlich nur „bedingt demokratisch“, da sie sich von Ludendorff „an die Macht kommandieren“ lassen hatte. In diesem Sinne trifft auch heute noch das Urteil A. Rosenbergs zu, der entscheidende Geburtsfehler der deutschen Demokratie wäre es gewesen, dass diese „nicht vom Reichstag erkämpft, sondern von Ludendorff angeordnet worden“ sei. Vgl. A. Rosenberg, *Die Entstehung der Weimarer Republik*, 1983, S. 212. (1. Auflage, 1928) Auch wenn seit der Veröffentlichung der Protokolle des Interfraktionellen Ausschusses im Jahre 1959 die Aktivitäten der Reichstagsmehrheit stärker betont wurden, änderte dies nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit der Rosenbergschen Feststellungen. Vgl. E. Matthias/R. Morsey, *Der Interfraktionelle Ausschuss*, 1959.

²⁸² Wangenheim selbst stellte sich der Regierung Kapp als Landwirtschaftsminister zur Verfügung, wollte aber zur Monarchie zurück. Vgl. C. Frhr. von Wangenheim, hrsg. von H. Frhr. von Wangenheim, 1934, S. 39. Zur Verstrickung Westarps in den Kapp-Putsch vgl. den Auszug aus Westarps ungedruckten Erinnerungen bei:

Die völlige Intransigenz der Deutschkonservativen in der Verfassungsfrage zeigte sich dann auch in aller Deutlichkeit am 26. Oktober, als eine Reihe von Verfassungsänderungen beschlossen wurde, welche den halbkonstitutionellen Elementen des bisherigen Systems ein Ende bereiteten²⁸³: Diese wurden von der deutschkonservativen Reichstagsfraktion grundsätzlich abgelehnt²⁸⁴, weil dadurch der bundesstaatliche Charakter des Reiches nicht mehr gewahrt blieb und die „wertvollen Grundlagen“ beseitigt wurden, auf denen Bismarck entsprechend der jahrhundertelangen preußisch-deutschen Geschichte das Deutsche Reich begründet hatte. So konnten die Deutschkonservativen in der Parlamentarisierung „nicht einen Fortschritt erblicken, sondern [...] eine verhängnisvolle Wendung, von der wir schwere Gefahren für die Zukunft des deutschen Vaterlandes befürchten“, zumal es jetzt die vordringliche Aufgabe sei, „dass die Kampfkraft unseres Heeres und Volkes neu gestärkt wird“; gerade vor diesem Hintergrund, „wo draußen das Heer in schwerstem Kampfe steht“, wäre es unverantwortlich, dass an den Grundlagen des Heeres gerüttelt werde, „wenn also die Ernennung und Entlassung der Offiziere, wenn die Tätigkeit des Generalstabs unter die Mitwirkung des hierfür dem Reichstage verantwortlichen Reichskanzlers, also unter die Leitung des Reichstags gestellt werden“ würde.²⁸⁵

Jetzt erst, da die schon im Juni 1918 von Heydebrand auf einem der letzten konservativen Provinzial-Parteitage beklagte Umwandlung des bürokratischen Obrigkeitsstaates in den neuen ‚Volksstaat‘ nicht mehr aufhaltbar schien – in Wirklichkeit bestanden der Wilhelminische Obrigkeitsstaat und seine Organe auch nach dem 26. Oktober noch fort –, gewannen die Kräfte innerparteilich die Oberhand, die schon vorher auf eine parteipolitische Neuorientierung gedrängt hatten. Vor allem die beiden Abgeordneten Hermann Dietrich aus Prenzlau (MdR) und Walter Graef aus Anklam (MdAh) drängten nun zunehmend in den Vordergrund: Letzterer hatte schon im Sommer 1918 gefordert, dass die Partei ihre einseitigen Bindungen an die landwirtschaftlichen Interessen aufgeben und „sich auf eine beruflich breitere Grundlage“ als bisher stellen müsste; dies sei „zu einem zwingenden

J. Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*, 1937, S. 314 f. Ferner: W. Ribhegge, *Konservative Politik*, 1992, S. 186 ff.

²⁸³ Am bedeutsamsten waren dabei jene Veränderungen der Verfassung, die bisher der Exekutive ein deutliches Übergewicht verliehen und die dem Einfluss der Parteien auf die Regierungsgeschäfte enge Grenzen gesetzt hatten: So wurde die Möglichkeit geschaffen, dass die Staatssekretäre des Reiches in ihrer Eigenschaft als Vertreter des Reichskanzlers, auch ohne Mitglieder des Bundesrates zu sein, jederzeit das Rederecht im Reichstag beanspruchen konnten; außerdem wurden die Rechte des Reichstags erweitert, da neben dem Bundesrat nun auch dessen Zustimmung zu Kriegserklärungen und allen auswärtigen Verträgen, einschließlich der Friedensverträge, erforderlich wurde; noch wichtiger war die Festlegung, dass der Reichskanzler zu seiner Amtsführung nun das Vertrauen des Reichstags brauchte und dass die kaiserlichen Privilegien beseitigt wurden, die sich mit dem Begriff der „Kommandogewalt“ verbanden: Alle Akte der „Kommandogewalt“ bedurften hinfort der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, einschließlich der Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere, womit die bisherige verfassungsrechtliche Sonderstellung der Armee der Vergangenheit angehörte. Vgl. W. J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, 1995, S. 821. Zu weiteren Aspekten der Parlamentarisierung vgl. M. Rauh, *Parlamentarisierung*, 1977, S. 422 ff.

²⁸⁴ Lediglich bei der Änderung des Artikels 11, also der Zustimmung des Parlaments zu Kriegserklärungen, signalisierten die Deutschkonservativen, dass man darüber „in ruhigen Zeiten“ reden könnte, auch wenn die Erfahrungen des Krieges gezeigt hätten, dass eine solche Bestimmung nicht hemmend auf den Entschluss zur Kriegsführung gewirkt hätte.

²⁸⁵ SBR, Bd. 314, 22. Oktober 1918, S. 6177 f. (Graf Westarp). Die Fraktionen der Nationalliberalen, des Fortschritts, des Zentrums und der SPD stimmten für, die der Deutschkonservativen und der USPD gegen die Reformen, während sich die „Deutsche Fraktion“, Polen und Elsässer der Stimme enthielten. Einzelne Abgeordnete votierten auch anders als ihre Fraktionen, nicht jedoch bei den Deutschkonservativen, die geschlossen auftraten und sich offen zu ihrer Rolle als Partei der „Opposition“ bekannten, dabei gelegentlich auf staatsrechtliche Probleme der Parlamentarisierung hinweisend, so z. B. im Zusammenhang mit der Ernennung der Staatssekretäre ohne Portefeuille: Da beispielsweise Scheidemann gleichzeitig Mitglied der Regierung und des sozialdemokratischen Parteivorstandes sei, müsse man jetzt also einen Aufruf des SPD-Parteivorstandes auch als Äußerung der Regierung auffassen usw.

Bedürfnis geworden“, denn: „Nur so kann die Partei im Denken der Wähler zur Volkspartei werden.“²⁸⁶

Dass solche Gedanken jedoch im Sommer 1918 noch nicht durchsetzbar waren, zeigte sich insbesondere in der Tätigkeit der schon im Frühjahr gebildeten Ausschüsse der deutschkonservativen Reichs- und der preußischen Landtagsfraktion. Diese waren ins Leben gerufen worden, um „in Verhandlungen über eine Arbeitsgemeinschaft oder auch über eine vollständige Vereinigung“ mit den anderen Rechtsparteien einzutreten und um ein neues Parteiprogramm zu beschließen; auf diese Weise wäre die Basis der Partei im Sinne der Graefschens Forderungen erweitert worden, doch der Widerstand namentlich Heydebrands gegen jegliche Änderung des preußischen, landwirtschaftlich orientierten Charakters der Partei hatte positive Verhandlungsergebnisse zunächst verhindern können.²⁸⁷ Erst angesichts der dramatischen Veränderungen des Oktobers 1918 gelang es dem deutschkonservativen Parteiführer nicht mehr, die starken Differenzen innerhalb der DkP auszugleichen: Einig blieb man sich jetzt lediglich noch darin, dass der Krieg fortgesetzt werden müsste, bis „ein *ehrvoller* Friede errungen sein wird“²⁸⁸ und dass die Wilsonschen Friedensbedingungen daher abzulehnen seien²⁸⁹, während über die Zukunft der Partei große Meinungsverschiedenheiten vorherrschten.

Entgegen allen Stabilisierungsversuchen Heydebrands und Westarps setzte sich nun endgültig die Erkenntnis vom Scheitern der von den Führungsgremien der DkP betriebenen Politik durch. Am sichtbarsten wurde dies, als sich Mitte Oktober selbst die meisten Abgeordneten- und Herrenhausmitglieder für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen aussprachen.²⁹⁰ Das Ende des Dreiklassenwahlrechts führte nun auch bisher eher zögerliche Deutschkonservative zu der Erkenntnis, dass man sich endgültig und allerorten von einer Honoratiorenpartei verabschieden müsste, um eine neue, straff organisierte Massenpartei zu schaffen. Jetzt wurde – und das wäre bisher undenkbar gewesen – ein *gemeinsamer* Ausschuss der Parlamentsfraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses unter der Leitung von Friedrich Winckler (Parteivorsitzender der DNVP 1924-26) gebildet, um das Programm für eine neu zu gründende Partei auszuarbeiten; und noch während die

²⁸⁶ Unsere Partei, Nr. 2, Juli 1918, S. 7 und Nr. 3, August 1918, S. 8. Im selben Monat forderte der pommersche Rittergutsbesitzer Pretzell, dass die Deutschkonservative Partei ihren Namen ablegen und in einer 'großen Nationalpartei' aufgehen sollte, die alle Bevölkerungsschichten, einschließlich der Arbeiter, kleinen Beamten usw. umfassen müsste. Vgl. D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 223.

²⁸⁷ Vgl. dazu: K. von Westarp, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, 1928, S. 112 f.

²⁸⁸ Beschluss des Fünziger-Ausschusses vom 8. Oktober 1918, in: DTZ, Nr. 514, 9. Oktober 1918. Einen ähnlich lautenden Beschluss hatte auch die Reichstagsfraktion schon am 2. Oktober gefasst, in: KZ, Nr. 503, 2. Oktober 1918.

²⁸⁹ Die Reichstagsfraktion der DkP überreichte dem Reichskanzler eine diesbezügliche Erklärung der Parteiführung, in der die Parole des "Siegfriedens" gegen Wilsons Forderungen gestellt wurde. Gleichzeitig wurden die Provinzialvereine dazu aufgerufen, der Bevölkerung in der Presse und in Versammlungen zu Bewusstsein zu bringen, dass die Annahme der Wilsonschen Friedensbedingungen den "sicheren Untergang" bedeuten würde und dass in diesem Falle eine "Knechtschaft bevor[stehe], die weit über das Maß dessen hinausgeht, das Preußen nach 1806 von dem korsischen Eroberer zu erdulden hatte. Auf Menschenalter hinaus wird jeder deutsche Bürger und Bauer, wird jeder Besitzer und Unternehmer, wird vor allen Dingen aber jeder Angestellte und Arbeiter zum Lohnsklaven unserer Feinde werden. Freiheit wird es in deutschen Landen nicht mehr geben." Deshalb müsse "der Entscheidungskampf der Waffen [...] bis zum Ende weiter geführt werden", also: "Jede Arbeitskraft in den Dienst des Vaterlandes, jeder kampffähige Mann an die Front!" Solche Aufrufe wiederholten sich bis zum Ende des Krieges und noch am 29. Oktober wurde dem Reichskanzler eine Eingabe der deutschkonservativen Reichstagsfraktion überreicht, in der die Reichsleitung dazu aufgefordert wurde, jegliche Friedensverhandlungen unverzüglich abzubrechen, "alle irgend verfügbaren Kräfte der Heimat an die Front" zu werfen, den "U-Boot-Krieg mit voller Schärfe" wieder aufzunehmen und "Seine Majestät den Kaiser [zu] bitten, dass er sich im Einklang mit der bestehenden Reichsregierung an die Spitze des Aufrufs und des Verteidigungskampfes stellt." Vgl. DTZ, Nr. 534, 20. Oktober 1918. KZ, Nr. 529, 16. Oktober 1918 und Nr. 554, 30. Oktober 1918. (Hervorhebungen im Original)

²⁹⁰ Vgl. DTZ, Nr. 522, 15. Oktober 1918. Am 24. Oktober wurde die Wahlrechtsreform bei Enthaltung eines Teils der Deutschkonservativen angenommen.

Programmberatungen andauerten – der neue Programmentwurf wurde am 7. November vom Zwölfer-Ausschuss der DkP beraten –, verhandelten Graef und sein Fraktionsmitglied Kries mit den führenden Freikonservativen bzw. mit den Christlich-Sozialen, um eine Vereinigung dieser Parteien mit der DkP voranzutreiben.²⁹¹

Der Ausbruch der deutschen Novemberrevolution ließ den Vereinigungsprozess jedoch noch einmal für kurze Zeit ins Stocken geraten, da die Führungen und Parlamentsfraktionen der zu vereinigenden Parteien kurzzeitig aufhörten zu funktionieren²⁹²: Als zehn oder zwölf deutschkonservative Reichstagsfraktionsmitglieder am Montag, dem 11. November, im Parteibüro zusammenkamen, sahen sie aufgrund der Abwesenheit der anderen Parteien keinen Weg zum wirksamen Handeln und gingen wieder auseinander; Westarp, der im Namen seiner Partei vom neuen sozialdemokratischen Reichskanzler Friedrich Ebert die Einberufung des Reichstags ohne Erfolg verlangt hatte, verließ Berlin und fuhr auf das mecklenburgische Gut seines Freundes und Fraktionskollegen Graefe (nicht zu verwechseln mit dem Abgeordnetenhausmitglied Graef). Da auch Heydebrand sein schlesisches Schloss dem revolutionären Berlin als Aufenthaltsort vorzog, glitt der deutschkonservativen Parteiführung die Initiative nun endgültig aus der Hand.²⁹³ Diese übernahm stattdessen der stellvertretende Reichstagsfraktionsvorsitzende Hermann Dietrich, als er anlässlich der Beerdigung des am 13. November verstorbenen freikonservativen Reichstagsabgeordneten Frhr. von Gamp-Massaunen die Gelegenheit ergriff, um die anwesenden Politiker der rechten Parteien in seinem Büro zu versammeln: Hier wurde eine sog. „Freie Kommission“ gebildet, die die Gründung einer neuen Rechtspartei auf breiterer Basis in Angriff nehmen sollte.²⁹⁴ Dieser Kommission, zu der in den folgenden Tagen weitere Politiker hinzugezogen wurden, gehörten nur solche Mitglieder der Deutschkonservativen Partei und der in der „Deutschen Fraktion“ verbundenen Parteien der Freikonservativen, Christlich-Sozialen und Deutsch-Völkischen an, die von vornherein entschlossen waren, „unter allen Umständen den Aufruf zur Gründung einer neuen Partei zu erlassen“; und das waren nach Lage der Dinge weder Heydebrand noch die Vorsitzenden der Freikonservativen bzw. der Deutsch-Völkischen Partei, Georg Schulz sowie Prof. Ferdinand Werner, und auch der Vorsitzende der Christlich-Sozialen, Reinhard Mumm, nahm nur an den ersten beiden Sitzungen der Kommission teil.²⁹⁵

²⁹¹ K. von Westarp, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, ²1928, S. 113. Ferner: J. Striesow, Die Deutschnationale Volkspartei, Bd. 1, 1981, S. 14 ff.

²⁹² Auch die „Zustände“ im Hauptverein der DkP hatten in den Tagen des Revolutionsbeginns „den Höhepunkt an Nervosität erreicht, und es herrschte ein Durcheinander, das ein systematisches Arbeiten unmöglich machte und es erschwerte, eine einigermaßen klare Linie festzuhalten.“ Zudem beklagte Schroeter die ständige Anwesenheit von beschäftigungslosen Parlamentariern, die „vom frühen Morgen bis zum späten Abend die Geschäftsstelle bestürmten und Besprechungen auf Besprechungen folgen ließen, immer mit dem Rufe, 'es müsse sofort etwas geschehen', obwohl niemandem recht klar war, was geschehen solle, außer dem einen, alles, was bisher konservative Politik war, einfach über Bord zu werfen!“ BArch, R 8003/2, Bl. 2. Bericht des Hauptvereins vom 24. November 1918.

²⁹³ Vgl. K. von Westarp, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, ²1928, S. 122.

²⁹⁴ Der Gang der langen, mehrtägigen Verhandlungen der „Freien Kommission“, die schließlich zur Gründung der Deutschnationalen Volkspartei führten, lässt sich nur teilweise rekonstruieren, da kein Protokoll geführt wurde und da auch Westarp, dessen Nachlass ja sehr umfangreich ist, erst an den letzten Sitzungen teilnahm, nachdem die wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen waren. Dennoch lassen sich insbesondere die Positionen der einzelnen Parteien aus den verschiedenen Berichten der deutschkonservativen (Graef, Westarp), freikonservativen (Kardorff, Bredt), christlich-sozialen (Mumm) und deutsch-völkischen (Henningsen) Teilnehmer bestimmen. Auch die nach der Revolution weiterlaufenden Berichte Schroeters an Heydebrand (DkP-Abschriften aus den Akten des Hauptvereins 1918-1920) stellen eine gute Quelle dar. Die Behauptung A. Thimmes: „Für den November 1918 fehlt es an authentischen Quellen“, Flucht in den Mythos, 1969, S. 163, Anm. 11, trifft also nur bedingt zu. Vgl. dazu: BArch, R 8003/2, Bl. 2 ff. Ferner: W. Graef, Der Werdegang der DNVP 1919-1928, 1928; R. Mumm, Der christlichsoziale Gedanke, 1933.

²⁹⁵ Die Mitglieder der „Freien Kommission“ waren jedoch keinesfalls von ihren Parteien legitimierte Vertreter, wie es sich hier überhaupt um eine nahezu spontane Aktion handelte. Die Deutschkonservativen bildeten dabei die stärkste Gruppe in der Kommission und stellten mit Dietrich auch deren Vorsitzenden; zudem gehörten dem Ausschuss von DkP-Seite auf jeden Fall an: Kries, der dem Bericht Schroeters zufolge zusammen mit Dietrich

Große Meinungsverschiedenheiten herrschten bei der Namensfindung für die neue Partei vor, sowohl innerhalb der „Freien Kommission“ als auch in der öffentlich geführten Diskussion. Doch auch hier setzten sich mit der Bezeichnung der neuen Organisation als Deutschnationale Volkspartei (DNVP) die auf eine vollständige Erneuerung drängenden Kräfte durch, die erkannt hatten, dass die einzige Möglichkeit für die Fortexistenz der konservativen Sache darin bestand, im ganzen Reich und unter allen Bevölkerungsteilen zu wirken. Hinzu kam, dass die Mehrheit der Parteibasis nach dem Krieg „in geradezu suggestiver Panik“ alles ablehnte, „was nicht nur adlig, Großgrundbesitz, allddeutsch und dergleichen [war], sondern auch, was die neue Partei in den Verdacht bringen konnte, eine Fortsetzung der Konservativen Partei zu sein.“²⁹⁶

Auch der am 24. November in den Morgenausgaben mehrerer rechts stehender Berliner Zeitungen veröffentlichte und von 49 Personen unterschriebene Gründungsaufwurf der DNVP²⁹⁷ unterstrich deutlich, dass es sich hier nicht um eine Neugründung der Deutschkonservativen Partei unter anderem Namen handelte.²⁹⁸ Deshalb war die deutschkonservative Parteiführung um Westarp, Schroeter und Stackmann in der Folgezeit bestrebt, so viel Deutschkonservatives wie möglich in die neue Partei hinüberzuretten²⁹⁹ oder, wie im Falle Heydebrands, die Deutschkonservative Partei ganz zu erhalten.

Einen Tag nach dem Gründungsaufwurf der DNVP wurde ein von Westarp und Stackmann verfasstes Rundschreiben an die Vorsitzenden der Provinzial- und Landesvereine geschickt, in dem erklärt wurde, dass die endgültige Stellungnahme der DkP zur Neugründung noch nicht erfolgt sei. Die Landesorganisationen wurden daher aufgefordert, ihre Ansichten darüber zu äußern, in welcher Weise die DkP auf den Gründungsaufwurf reagieren sollte. Von der Berliner

die Führung in der Kommission übernahm, sowie Graef, Schiele, von Bieberstein, von Winterfeldt und von Böhlendorff. BArch, R 8003/2, Bl. 2 f.

²⁹⁶ Deshalb verschwiegen alle agrarischen Unterzeichner des Gründungsaufwurfs ihren Stand oder Besitz und erwähnten nur die Mitgliedschaft im Reichs- oder Landtag. Außerdem wurde der Aufruf auch nur von Deutschkonservativen unterzeichnet, die bisher in der zweiten Reihe gestanden hatten, wie Hermann Dietrich, Walter Graef und Martin Schiele, zumal in der Kommission „immer wieder der Grundsatz ausgesprochen [worden war; J. B.], unter einem Aufruf zur Gründung eines neuen Parteigebildes dürften die `alten Namen´ von Heydebrand und Graf Westarp nicht stehen.“ Die Altkonservativen, die sich wie die beiden DkP-Führer, gegen die neue Bezeichnung wandten, die ihnen als Konzession an den Pöbel erschien und die das preußische Element stärker betont wissen wollten, konnten sich jetzt nicht mehr durchsetzen; dagegen gelang einigen extrem-agrarischen Konservativen, wie Wangenheim und Kapp, schon Mitte Dezember 1918 nach der Auflösung der DVLP die Aufnahme in die DNVP. Solche Schritte waren für die neue Partei unumgänglich, fand diese doch beispielsweise in Hinterpommern erst eine ganz allmähliche Akzeptanz, vor allem nachdem Wangenheim sich intensiv für diese eingesetzt hatte. Vgl. BArch, R 8003/2, Bl. 5. NL Westarp 33, Bl. 35 ff. Aufzeichnungen Westarps vom 10. Januar 1919. W. Liebe, Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, 1956, S. 12.

²⁹⁷ Vgl. KZ, Nr. 599, 24. November 1918. Mitteilungen, Nr. 48, 30. November 1918, wo der Gründungsaufwurf jeweils mit einem wohlwollenden, aber unverbindlichen Kommentar versehen wurde. Nur 15 Tage nach dem Beginn der Revolution war damit nach der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) bereits die dritte neue bürgerliche Partei gegründet worden.

²⁹⁸ So beschrieb Westarp die DNVP Anfang Januar 1919 als ein „im Wesentlichen als freikonservativ resp. mittelparteilich anzusehendes Gebilde.“ Zit. nach: J. Striesow, Deutschnationale Volkspartei, Bd. 1, 1981, S. 26. Insgesamt war den 16 „Anhaltspunkten“ des deutsch-nationalen Parteiprogramms ihr Kompromisscharakter deutlich anzumerken, mussten diese doch gleichsam liberale und konservative Interessen berücksichtigen: Gefordert wurde der Schutz des Privateigentums, der Abbau der Zwangswirtschaft, eine „umfassende Siedlungspolitik zur Schaffung von Bauernland“, welches der staatliche, kommunale und private Großgrundbesitz „in angemessenem Umfang gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen“ hatte; und wenn man beispielsweise bereit war, allen Arbeitern das Koalitionsrecht zuzubilligen, und damit eben auch indirekt den Landarbeitern, so signalisierten die deutschkonservativen Unterzeichner des Gründungsprogramms ihre vage Bereitschaft, sich der allgemeinen politisch-sozialen Entwicklung anzupassen, ohne dabei aber die Tradition der DkP zu verleugnen.

²⁹⁹ Westarp schrieb diesbezüglich am 10. Januar 1919 an Richard Fuß: „Ich habe es [...] als meine Aufgabe angesehen, einerseits die konservative Partei ihr [der DNVP; J. B.] möglichst geschlossen zuzuführen, andererseits aber der konservativen Auffassung in der Partei den ihr gebührenden Raum zu schaffen.“ BArch, NL Westarp 35, Bl. 7.

Parteizentrale wurde dabei lediglich empfohlen, „mit den Vertretungen der anderen Parteien in vorläufige und unverbindliche Verhandlungen über den in dem Aufruf erstrebten Zusammenschluss einzutreten“; die gleichzeitige Aufforderung, „die politische Arbeit auch von unserer Partei unverzüglich mit allen Kräften“ aufzunehmen³⁰⁰, unterstrich aber nur erneut, dass man die DkP solange am Leben erhalten wollte, bis die konservativen Interessen in der neuen Partei durchgesetzt worden wären.

Dass an eine Fortexistenz der DkP in der bisherigen Form nicht mehr zu denken war, diese bittere Erfahrung musste Heydebrand auf einer Delegiertenversammlung seines eigenen schlesischen Provinzialvereins am 29. November in Breslau machen, als die überwiegende Mehrheit der Anwesenden die Ansicht vertrat, „dass die konservative Partei als solche keine Aussicht habe, in den Wahlkämpfen der nächsten Zeit erfolgreich aufzutreten.“ Eine der Delegiertenversammlung von Heydebrand, von Richthofen-Mertschütz und Graf Seidlitz-Sandretzki vorgelegte Entschließung, die DNVP als eine Art Vaterlandspartei zu unterstützen, die konservative Partei aber weiter zu erhalten, wurde von sämtlichen anderen Anwesenden abgelehnt.³⁰¹

Trotz dieser Tendenzen versuchten Heydebrand und Westarp auch weiterhin, ein völliges Aufgehen der DkP in der DNVP zu verhindern. Auf der diesbezüglich entscheidenden Sitzung des Fünfziger-Ausschusses am 3. Dezember, zu der die Landes- und Provinzialvorsitzenden gebeten worden waren, ihre Vertrauensmänner mitzubringen, forderte Westarp zwar dazu auf, die DNVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zu unterstützen, das Aufstellen eigener Kandidaten und die Auflösung der DkP lehnte der Graf aber ab, was er formell damit begründete, dass zur Auflösung der Partei ein Parteitag erforderlich wäre. Als die überwiegende Mehrheit das nicht akzeptieren wollte und stattdessen den vollen Anschluss an die DNVP forderte, zeigte sich ein letztes Mal der Einfluss Heydebrands, da seine Austrittsdrohung aus einem in der DNVP aufgehenden Hauptverein der Deutschkonservativen dazu führte, dass dieser nicht aufgelöst wurde. Auf die Intervention des Parteiführers war es auch zurückzuführen, dass den lokalen Organisationen in einem Rundschreiben zwar mitgeteilt wurde, dass die Partei „bis auf weiteres ihren ganzen Einfluss für die DNVP einzusetzen [habe] und mit ihr gemeinsam arbeiten“ solle, dass aber gleichzeitig die Empfehlung gegeben wurde, dass dort, wo starke konservative Organisationen vorhanden wären, diese nicht aufzulösen seien, sondern deren Tätigkeit, „ohne es in der Öffentlichkeit besonders auszusprechen, ruhen zu lassen“; lediglich die kleineren Kreis- und Ortsgruppen sowie die schwächeren Provinzialvereine sollten voll in der DNVP aufgehen. Das war ein letzter, wenngleich, wie sich zeigen sollte, nicht sonderlich geeigneter Versuch Heydebrands, die Organisation der DkP zu erhalten, um sie nach einer „Beruhigung der Lage“ wieder mobilisieren zu können. Doch weder der Parteiführer noch Westarp konnte verhindern, dass der Fünfziger-Ausschuss am 3. Dezember beschloss, am folgenden Tag einen Aufruf zu veröffentlichen, in dem die deutschkonservativen

³⁰⁰ Zit. nach: J. Striesow, *Deutschnationale Volkspartei*, Bd. 1, 1981, S. 30 f.

³⁰¹ BArch, NL Westarp 28, Bl. 187. Brief von Graf Keyserlingh-Cammerau an Westarp vom 30. November 1918. Eine vergleichbare Stimmungslage herrschte auf der Delegiertenversammlung der Brandenburgischen Konservativen, und auch die Provinzialorganisation der Konservativen Westpreußens veröffentlichte am 4. Dezember in der „Kreuzzeitung“ einen Aufruf, in welchem sie sich auf den Boden des Gründungsaufrufs der Deutschnationalen Volkspartei stellte, „unter besonderer Hervorhebung ihrer Stellung zur Religion und Polenfrage“, dabei gleichzeitig bekannt gebend, dass der Vorstand des Vereins der Konservativen in Danzig die bisherige konservative Partei in „Deutschnationale Volkspartei in Danzig“ umbenannt habe. Auch in Hamburg hatte die dortige „Konservative Vereinigung“, der Deutsch- und Freikonservative angehörten, Ende November zusammen mit der Christlich-Sozialen und der Deutsch-Völkischen Partei einen vorbereitenden Ausschuss zur Gründung einer Deutschnationalen Volkspartei für den Bezirk Hamburg und Umgebung gebildet; in dem am 29. und 30. November in mehreren Hamburger Zeitungen veröffentlichten Gründungsaufruf bekannte man sich aber, im Unterschied zur gesamtdeutschen Partei, offen zur konstitutionellen Monarchie als die der deutschen Geschichte und deutschem Wesen am meisten entsprechende Staatsform. Vgl. KZ, Nr. 610, 30. November 1918 und Nr. 618, 4. Dezember 1918. Mitteilungen, Nr. 50, 14. Dezember 1918.

Organisationen und Mitglieder dazu aufgefordert wurden, sich der DNVP anzuschließen. Außerdem stellte der geschäftsführende Ausschuss der Deutschkonservativen Partei der DNVP sein Büro, seine Organisation und seine Presseeinrichtungen zur Verfügung.³⁰²

Zehntes Kapitel

Die Deutschkonservative Partei in der Weimarer Republik

1. Deutschkonservative Partei und Deutschnationale Volkspartei

Die Deutschkonservative Partei hatte durch die Revolutionsereignisse einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder verloren – eine genaue Zahl lässt sich nicht bestimmen – und auch die Beschlüsse des 3. Dezember schienen von größeren Auflösungserscheinungen zu zeugen, waren aber noch keineswegs gleichbedeutend mit dem Ende der Partei. Nicht nur, dass der Hauptverein und einige über eine starke eigene Organisation und Geldmittel verfügenden Landes- und Provinzialvereine bestehen blieben, auch der ebenfalls am 4. Dezember veröffentlichte Wahlauftritt der DkP bewies das Gegenteil, wenn es darin u. a. hieß:

„Die Konservative Partei wird sich, ohne rückwärts zu schauen, den neuen Verhältnissen anzupassen und ihr Programm entsprechend zu gestalten haben.“¹

Auch die Forderungen des ersten Vorsitzenden der DNVP, Oskar Hergt, ‚dass der Hauptverein der Konservativen Partei als solcher geschlossen der neuen Partei beitrifft, die örtlichen Organisationen der Konservativen Partei [...] ganz in ihr aufgehen, also demnächst ihre Auflösung beschließen‘, musste dieser nach intensiven Verhandlungen mit Westarp auf Eis legen.²

Dennoch blieb für die Überbleibsel der Deutschkonservativen Partei das Verhältnis zur DNVP von primärer Bedeutung. Da die abschließenden Ausführungen zur Deutschkonservativen Partei ohne die Darstellung der Entwicklung der Deutschnationalen Volkspartei nicht sinnvoll erscheinen, soll im Folgenden auch etwas ausführlicher auf die Entwicklung der neuen Rechtspartei eingegangen werden.

Zunächst einmal stand an der Jahreswende 1918/19 die Aufstellung von Wahllisten für die am 19. Januar zu wählende Nationalversammlung im Zentrum des allgemeinen Interesses aller Parteien. Aufgrund der während der Revolution im Lande herrschenden Stimmung verzichtete die DkP hier auf eigene Listen und musste sich daher in das Verfahren der DNVP einschalten. Die Deutschnationalen hatten die Kandidatenaufstellung den Landesverbänden übertragen, dem Parteivorstand aber die Genehmigung der Listen und in Verbänden mit mehreren sicheren Sitzen die Benennung eines eigenen Vertreters vorbehalten. Auf diese

³⁰² KZ, Nr. 618, 4. Dezember 1918. Vgl. auch J. Striesow, Deutschnationale Volkspartei, Bd. 1, 1981, S. 33.

¹ KZ, Nr. 618, 4. Dezember 1918.

² Diese Forderung wurde von Hergt im Laufe des Jahres 1919 wiederholt erhoben. Vgl. dazu W. Liebe, Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, 1956, S. 26 ff.

Weise wurden einige bisherige Deutschkonservative in die Nationalversammlung gewählt, nicht aber von Heydebrand und Westarp.³

Vor allem von Heydebrand war es, der auch nach den Wahlen zur Nationalversammlung am Fortbestand der Deutschkonservativen Partei festhielt, und zu Beginn des Frühjahrs 1919 schien es auch in breiten deutschkonservativen Kreisen wieder einen allgemeinen Stimmungsumschwung zu geben: Besonders in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien war man bereit, die konservativen Provinzialvereine wieder in alter Stärke aufzubauen – man vergleiche dies mit der oben geschilderten Situation im schlesischen Provinzialverein unmittelbar nach dem Ende des Krieges (!) –, und auch eine Erklärung des Zwölfer-Ausschusses vom 13. April 1919 näherte sich in dem grundsätzlichen Bekenntnis zum „unveränderten Fortbestand“ der alten Partei und der Betonung der monarchisch-konstitutionellen Tradition wieder weitgehend der Auffassung des alten Parteiführers.⁴

Ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen Heydebrand und Westarp gab es dann vor allem hinsichtlich des Verhaltens der Deutschkonservativen Partei bei den ersten Reichstagswahlen am 6. Juni 1920. Westarp schlug Heydebrand in einem Brief vom 3. November 1919 vor, dass der Fünfziger-Ausschuss der DkP für die Reichstagswahl die Aufnahme einer Reihe von konservativen Kandidaten in die deutschnationalen Listen fordern und davon seine Unterstützung der DNVP abhängig machen sollte, wobei zu diesem Zweck die noch bestehenden deutschkonservativen Organisationen aufrecht erhalten werden müssten. Von Heydebrands Absichten gingen jedoch weiter, denn er forderte die unveränderte Selbstständigkeit der Deutschkonservativen Partei und ein aktives Mitbestimmungsrecht, zumindest bei einem Teil der Wahlliste.⁵ Es kam nochmals zu einer Einigung, da Westarp sich bereit erklärte, den einstimmigen Beschluss der schlesischen Delegiertenversammlung vom 23. November 1919 zu vertreten, in dem es hieß:

„Die Delegiertenversammlung billigt die seitens der Zentraleitung der Partei im Laufe dieses Jahres eingenommene Stellung in wichtigen Fragen, insbesondere auch hinsichtlich der Erhaltung der vollen Selbstständigkeit der Partei. Sie ist damit einverstanden, dass unsere Partei die Bestrebungen der Deutschnationalen Partei mit allen Kräften unterstützt, macht dabei aber ein selbstständiges Vorschlagsrecht unserer Partei für einen Teil der aufzustellenden Liste zur Voraussetzung.“⁶

Der schließlich für den 11. Mai 1920 einberufene Fünfziger-Ausschuss nahm dann trotz heftiger Widerstände von deutschnationaler Seite eine noch deutlichere Haltung ein und bekannte sich zu dem von Heydebrand gewünschten Beschluss:

„Der Weitere Vorstand billigt die seit seinem letzten Zusammentritt durch den Engeren Vorstand für die Partei getroffenen Maßnahmen und Beschlüsse. Er spricht dem Engeren Vorstand sein volles Vertrauen aus und billigt insbesondere das Festhalten an dem Fortbestande der Konservativen Partei als eine unbedingte politische Notwendigkeit. Er tritt dafür ein, in dem bevorstehenden Wahlkampfe die Deutschnationale Volkspartei ausdrücklich und tatkräftig zu unterstützen.“⁷

Während Heydebrand sich nie mit der Deutschnationalen Volkspartei arrangieren konnte und wollte⁸, *stellte sich Westarp hingegen zunehmend auf den Boden der Tatsachen und wurde*

³ Nachdem die Nominierung Westarps in seiner Posener Heimat als „nicht populär genug abgelehnt“ worden war, scheiterte der Graf danach auch in Breslau und Liegnitz an den örtlichen (Partei-) Instanzen, da die DNVP auf die Aufstellung von „extrem konservativen Kandidaten“ verzichten wollte. BArch, NL Westarp 39, Bl. 41. Brief Westarps an Richard Fuß vom 10. Januar 1919.

⁴ KZ, Nr. 170, 13. April 1919.

⁵ Brief Westarps an Heydebrand vom 3. November 1919 und Antwort Heydebrands an Westarp vom 8. November 1919. Zit. nach: W. Liebe, Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, 1956, S. 29.

⁶ Zit. nach ebenda.

⁷ Zit. nach ebenda, S. 29 f.

⁸ Heydebrand gleich, haben eine ganze Reihe von ostelbischen Altkonservativen die neue Partei nie akzeptieren können, so die ehemaligen DkP-Abgeordneten von Hertzberg-Lottin, von Böhlendorff-Kölpin oder von Bonin-Bahrenbusch: Der Letztere stellte noch bei der pommerschen Provinzialsynode von 1925 den Antrag, das

schließlich zum entscheidenden Bindeglied zwischen DkP und DNVP, erst recht, nachdem er am 6. Juni 1920 als deutschnationaler Abgeordneter in den ersten Reichstag der jungen Republik gewählt worden war. Dabei versuchte der Graf von Anfang an als Preis für die Unterstützung der neuen Partei durch den deutschkonservativen Hauptverein, möglichst große Zugeständnisse von den Gründern der DNVP zu erzwingen. In den intensiv geführten Verhandlungen kam ihm zugute, dass die DkP als einzige der vier zu vereinigenden Parteien über nennenswerte finanzielle Mittel und einen funktionierenden Parteiapparat verfügte⁹: So hatte Westarp es schon vor der wichtigen Sitzung des Fünzfürer-Ausschusses der DkP vom 3. Dezember 1918 zur Bedingung jeder Mitarbeit des Hauptvereins der Deutschkonservativen Partei gemacht, dass nach dem Erscheinen des Gründungsaufrufs der DNVP an die Stelle der „Freien Kommission“ – d. h. des Gründungsausschusses der DNVP – ein zehnköpfiger Arbeitsausschuss treten sollte, dem von deutschkonservativer Seite er selbst sowie Graef und Dietrich angehören müssten; damit gelang es dem einstigen deutschkonservativen Reichstagsfraktionsvorsitzenden, den Einfluss der gegen die DkP eingestellten Mitglieder auszuschalten, insbesondere den seines schärfsten Gegenspielers Siegfried von Kardorff.¹⁰ Als dieser Arbeitsausschuss nur wenig später durch einen 21-köpfigen Vorstand ersetzt werden sollte, setzte Westarp es durch, dass der geschäftsführende Ausschuss des Hauptvereins der DkP als Preis für seine Unterstützung sogar zehn Mitglieder ernennen konnte: Am 13. Dezember konstituierte sich dieser neue Vorstand der DNVP und wurde dann sechs Tage später anlässlich der Wahl des Parteivorsitzenden auf 30 Mitglieder ergänzt.¹¹

Dass die Deutschkonservativen und insbesondere Westarp bei der Wahl des Parteivorsitzenden eine entscheidende Rolle gespielt haben, liegt auf der Hand: Der Führer der neuen Partei wurde so auch nicht der von den Christlich-Sozialen präferierte ehemalige Staatsminister Clemens von Delbrück, sondern – nach Vorverhandlungen mit den Deutschkonservativen Westarp, Dietrich und Winterfeldt – der mit den Freikonservativen sympathisierende ehemalige preußische Finanzminister Oskar Hergt, der an den Gründungsverhandlungen der DNVP nicht teilgenommen hatte. Mit Hergt wurde, um breitere Wählermassen ansprechen zu können, ganz bewusst ein gemäßigter, unpolitischer bürgerlicher Staatsminister der Kaiserzeit an die Spitze der neuen Partei gestellt, der sich nach eigener Darstellung um eine ‚maßvolle Linie der DNVP und die Heranziehung der bisher unpolitischen und unorganisierten Kreise, besonders der kleinen Leute und Frauen‘, bemühte, während sich die „radikalen Elemente“ aus taktischen Gründen zunächst klugerweise zurückhielten.¹²

Kirchengebet für den König von Preußen – und nicht etwa für den deutschen Kaiser – wieder aufzunehmen. Ähnliches lässt sich aber auch von jüngeren Deutschkonservativen berichten, so vom letzten DkP-Vorsitzenden Ewald von Kleist-Schmenzin (1929-33), der unmittelbar nach der Etablierung der Weimarer Republik auf seinem pommerschen Gut verkündet hatte: “[...] solange der König von Preußen widerrechtlich an der Ausübung der Regierung gehindert ist, übernehme ich diese hiermit stellvertretend für Schmenzin.” Vgl. ebenda, S. 128, Anm. 31; B. Scheurig, Ewald von Kleist-Schmenzin, 1968, S. 32.

⁹ Eine erhebliche Verstärkung kam aber auch durch jene Nationalliberale und Alldeutsche hinzu, die sich der ebenfalls neu gegründeten Deutschen Volkspartei nicht anschließen wollten. Vgl. W. Graef, *Werdegang der DNVP*, 1928, S. 17 f.

¹⁰ In der vor allem unter freikonservativem und christlich-sozialem Einfluss stehenden “Freien Kommission” waren die Politik der DkP und die antisemitische Gangart der Deutsch-Völkischen hart kritisiert worden. Der maßgebliche Vertreter dieser Politik, der Freikonservative Kardorff, wurde jetzt nicht mehr in den neuen Arbeitsausschuss berufen, dafür jedoch die deutschkonservativ-freundlicheren von Dewitz und von Ludicke; von der Deutsch-Völkischen Partei wurden Ferdinand Werner und Bruhn und von den Christlich-Sozialen Behrens und Wallbaum in den Ausschuss integriert; als geschäftsführender Vorsitzender wurde der ehemalige Unterstaatssekretär von Falkenhausen gewonnen. Vgl. BArch, NL Westarp 25, Bl. 22 f.

¹¹ Vgl. J. Striesow, *Deutschnationale Volkspartei*, Bd. 1, 1981, S. 33.

¹² Als “gemäßigt” werden hier diejenigen Deutschnationalen bezeichnet, die eine Beteiligung an der Parlamentsarbeit für die Ziele der Partei ausnutzen wollten, wobei diese gouvernementale Haltung rein taktisch bedingt war, da auch diese Kräfte dem parlamentarisch-demokratischen System prinzipiell ablehnend gegenüberstanden; die “radikalen” Deutschnationalen dagegen wollten eine fundamentalistische Opposition

Neben dem Parteivorsitz wurden auch die anderen führenden Parteiämter mit Vertretern der gemäßigten Richtungen besetzt, um das Neue herauszustellen und sich gegen alle Vorwürfe zu wehren, dass die DNVP nur als eine Fortsetzung der alten rechts stehenden Vorkriegsparteien anzusehen sei. Zudem war es besonders für die Anfangszeit der Partei kennzeichnend, dass sie in ihren Propagandaschriften vorwiegend Äußerungen von Vertretern des gemäßigten Flügels (Graf von Posadowsky, von Kardorff u. a.) zitierte.

Der Kurs Hergts setzte sich endgültig durch, als die extremsten Kräfte beim Kapp-Putsch im März 1920 erkennen mussten, dass eine Putschpolitik vorerst zum Scheitern verurteilt war; ein Teil dieser völkisch-putschistischen Kräfte spaltete sich dann 1922 von der DNVP ab und gründete eine „Deutsch-Völkische Freiheitspartei.“¹³

Der Gegensatz zwischen den Ultras und Gemäßigten brach jedoch 1924 erneut auf, als die Annahme des zur Regelung der Reparationsfrage ausgehandelten Dawes-Planes, der an ein verfassungsänderndes Gesetz über die Umwandlung der Reichsbahn aus einer staatlichen in eine staatlich kontrollierte Gesellschaft gekoppelt war, eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erforderte, die ohne die Stimmen der DNVP nicht zu erreichen war. Die Deutschnationalen gerieten hier in eine schwierige Lage: Einerseits hatten sie ihren Wahlkampf gegen den Dawesplan geführt, andererseits aber hatte insbesondere die Führung des Reichslandbundes, dem 52 von 103 Reichstagsfraktionsmitgliedern der DNVP angehörten, sich für die Annahme der neuen Reparationsregelung eingesetzt, weil sie glaubte, dass sich die Partei auf diese Weise den Weg in die Regierung bahnen könnte, in der die Junker bei der bevorstehenden Neuordnung der Zoll- und Steuerpolitik unbedingt vertreten sein wollten. Als vor allem unter dem Druck dieser Kreise 48 (gegen 52) deutschnationale Abgeordnete für das Reichsbahngesetz stimmten und damit die Annahme des Dawesplanes ermöglichten, die anschließenden Koalitionsverhandlungen mit den anderen bürgerlichen Parteien über den Regierungseintritt der DNVP jedoch scheiterten, musste Hergt am 23. Oktober 1924 von seinen Parteiämtern zurücktreten. Jetzt wurde eine neue, zweigeteilte Parteispitze gebildet, mit deren Wahl die Spannungen überbrückt werden sollten: Parteivorsitzender wurde der als gemäßigt geltende Friedrich Winckler, Reichstagsfraktionsvorsitzender aber Graf Westarp, der gegen das Reichsbahngesetz gestimmt hatte.

Unter dieser, von ehemaligen Deutschkonservativen besetzten Doppelspitze, erreichte die DNVP im Dezember 1924 ihr bestes Wahlergebnis, wurde mit 20,4 % der Stimmen sogar stärkste Partei und stellte vier Minister in der Bürgerblockregierung Hans Luther. Diese Abkehr von der „grundsätzlichen Opposition“ brachte es mit sich, dass die Deutschnationalen, um die eigenen Interessen durchzusetzen und die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zu erhalten, Kompromisslösungen akzeptieren und Zugeständnisse einräumen mussten, so als man Ende 1925 die Mitverantwortung für die Unterzeichnung des Locarnopaktes¹⁴ übernahm. Jetzt zeigte sich auch die ganze Schizophrenie der deutschnationalen Politik, da man zwar eine Kampagne gegen den Locarno-Vertrag startete, gleichzeitig aber dessen Annahme ermöglichte. Als die großen Landesverbände der DNVP

gegen den Staat und orientierten auf Putsch und gewaltsame Machtübernahme hin. Vgl. W. Liebe, Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, 1956, S. 14 f. R. Hofmann, Parteien, 1993, S. 167 f.

¹³ Mehrere Funktionsträger der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei waren zuvor Mitglieder der DVLP gewesen und konnten nach 1933 in einflussreiche Positionen der NSDAP eintreten: Exemplarisch genannt seien hier Wilhelm Kube (geb. 1882, ehemaliger Generalsekretär der DkP in Schlesien und Agitator für die DVLP), der 1927 Mitglied der NSDAP wurde und 1933 zum Oberpräsidenten von Brandenburg aufstieg; Georg Weidenhöfer (geb. 1882, Vorsitzender des Ortsvereins Sittensen der DVLP), der 1931 stellvertretender Gauleiter des Gaus Nordost-Niedersachsen wurde; auch die ehemaligen DVLP-Mitglieder Friedrich Wieggershaus, Reinhold Wulle und Eduard Liebert traten lange vor 1933 zur NSDAP über. Vgl. D. Stegmann, Neokonservatismus, 1983, S. 230.

¹⁴ Im Vertrag von Locarno verzichtete Deutschland auf die Rückgewinnung Elsass-Lothringens und gestand zu, dass das besetzte linksrheinische Gebiet auch nach dem Ende der alliierten Besatzung entmilitarisiert bleiben würde, tauschte dafür aber im Gegenzug eine englisch-italienische Garantie der nunmehr zwischen Frankreich und Deutschland endgültig vereinbarten deutschen Westgrenze ein.

sich gegen die Locarno-Abmachungen aussprachen, demissionierten die deutschnationalen Minister und die DNVP brachte einen außenpolitisch begründeten Misstrauensantrag gegen die Regierung ein, in der sie selbst maßgeblich mitgewirkt hatte.

Während die DNVP als Ganzes nach Locarno allmählich an Einfluss verlor, wurde der rechte Parteiflügel unter dem Medien-Magnaten Alfred Hugenberg zunehmend stärker. Nachdem die Partei unter ihrem neuen Vorsitzenden Westarp und der erneuten Regierungsbeteiligung 1927 bei der Wahl von 1928 mehr als 6 % (30 Mandate) verlor, nutzte der ultra-reaktionäre Flügel die in der Partei herrschende Unzufriedenheit zur Stimmungsmache gegen den angeblich zu „schlappen“ Vorsitzenden und setzte am 20. Oktober 1928 die Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden durch, wenngleich nur mit einer äußerst knappen Mehrheit. Der neue „Parteiführer“, wie er jetzt genannt wurde, setzte mit der Unterstützung von Tirpitz auf eine kompromisslose Opposition, die rigorose Bekämpfung der Arbeiterbewegung – nicht nur der KPD, sondern auch der SPD – und der Zentrumsmehrheit; zur Durchsetzung dieses entschiedeneren Rechtskurses und um die innere Festigung der Partei zu erreichen, war Hugenberg bereit, die zahlenmäßige Schwächung der Partei in Kauf zu nehmen.

Die erste bedeutende, von Hugenberg als Parteiführer initiierte Aktion, war die Organisation eines Volksbegehrens gegen den Young-Plan im Juli 1929, dem eine besondere Bedeutung zukam, da die DNVP die NSDAP hier erstmals als gleichberechtigten Partner akzeptierte.¹⁵ Als der Ausschuss für das Volksbegehren dem Reichstag am 30. November 1929 ein „Freiheitsgesetz“ vorlegte, das vorsah, alle für die „Erfüllungspolitik“ eintretenden Minister als Landesverräter zu bestrafen, verbaute Hugenberg seiner Partei zudem die Möglichkeit, künftig mit den Parteien der bürgerlichen Mitte zusammenzuarbeiten.¹⁶ Zwanzig deutschnationale Abgeordnete stimmten jetzt gegen das „Freiheitsgesetz“, unzählige bedeutende Mitglieder traten aufgrund des diktatorischen Führungsstils Hugenbergs aus der Partei aus, Westarp legte seinen Fraktionsvorsitz am 4. Dezember nieder¹⁷ und schied dann schließlich am 18. Juli 1930 wegen einer Abstimmung über die Notverordnungs politik Heinrich Brüning zusammen mit 26 anderen Abgeordneten ganz aus der Reichstagsfraktion aus.¹⁸ Westarps Kurs des Balancierens zwischen grundsätzlicher Opposition gegenüber der

¹⁵ Im Young-Plan, benannt nach dem Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses für Reparationsfragen, Owen Young, wurden die Reparationszahlungen Deutschlands auf insgesamt 114 Milliarden Mark, eine Laufdauer von 59 Jahren und auf jährliche Zahlungen von 1,6 bis 2,4 Milliarden Mark festgelegt; zugleich wurde die vollständige Räumung des Rheinlandes vereinbart. Während die Reparationsregelungen wegen der Weltwirtschaftskrise kaum noch Bedeutung erlangten, erfolgte die Räumung des Rheinlandes pünktlich und damit fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag vereinbarten Frist. Die DNVP, der Stahlhelm, die NSDAP und andere nationalistische und rechtsradikale Organisationen eröffneten einen hasserfüllten Propagandafeldzug gegen den Young-Plan, da sie das Ende der alliierten Kontrollen und die Räumung aller besetzten Gebiete als Selbstverständlichkeit ansahen. Hugenberg stellte Hitler dabei erstmals seine riesige Propagandamaschinerie zur Verfügung und nicht zuletzt wegen dieser Kurzsichtigkeit des deutschnationalen Parteiführers war der Name Hitlers zu Beginn der Weltwirtschaftskrise in aller Munde.

¹⁶ Neun Tage vor der Reichstagsabstimmung hatte Westarp auf einer Sitzung des Parteivorstandes davor gewarnt, dass die DNVP sich mit dem Eintreten für das Freiheitsgesetz „an den Wagen der Nationalsozialisten [spannen lasse], deren soziales und wirtschaftliches Programm sie ebenso ablehne wie ihre Agitationsmethoden.“ Vgl. Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, 1960, S. 549.

¹⁷ Dass Westarp vom Fraktionsvorsitz zurücktreten würde, hatte sich schon in der Vorstandssitzung vom 21. November 1929 abgezeichnet, als er Hugenberg vorgeworfen hatte, die Politik des „Gouvernementalismus“ aufzugeben und sich zur „prinzipiellen Opposition gegen Weimar und Versailles“ hingewendet zu haben. Bezeichnenderweise wurde im „Völkischen Beobachter“ begrüßt, „dass es zu einer Scheidung der Geister [komme]. Je mehr ‚bürgerlich Denkende‘ dahin [gingen], wohin sie gehör[t]en, desto in sich geschlossener [würde] die Front derer, die entschlossen [seien], wirklich zu kämpfen.“ Völkischer Beobachter, Nr. 282, 5. Dezember 1929, S. 2. Vgl. auch: S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, 1965, S. 64.

¹⁸ Am 16. Juli 1930 hatte die Regierung des Zentrums politikers Heinrich Brüning, die nicht aufgrund von Koalitionsvereinbarungen der betroffenen Parteien zustande gekommen war, die Erhöhung der Einkommen- und Lohnsteuer sowie der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum Zwecke des Haushaltsausgleiches durchsetzen wollen, was aber vom Reichstag abgelehnt und daraufhin auf dem Wege der Notverordnung in Kraft gesetzt wurde. Als die Opposition des Reichstags (KPD, SPD, NSDAP und der DNVP-Flügel um Hugenberg) die

Republik und Mitarbeit im Staate bei gleichzeitigem Engagement für die eigenen Interessen¹⁹ war damit gescheitert.

Der einer jetzt stark geschwächten Rumpfpartei vorstehende Alleinherrscher Hugenberg gab sich, trotz des großen Aderlasses in seiner Partei und der Halbierung des Stimmanteils der DNVP bei den Septemberwahlen von 1930, weiterhin der Illusion hin, die immer stärker werdenden Nationalsozialisten zähmen und für seine Zwecke einsetzen zu können. Doch weder die DNVP und noch weniger die von ihr abgebröckelten Splittergruppen²⁰ zeigten sich in der Lage, der Werbekraft der nationalsozialistischen Bewegung zu widerstehen: Zwar stand die geschwächte DNVP jetzt geschlossen hinter Hugenberg und seiner völkischen Politik, aber verbunden mit dem ungeheuren Aufschwung der NSDAP zeichnete sich ab, dass die DNVP den Ansprüchen einer rechtskonservativen Massenpartei nicht mehr gerecht wurde, was auch die Abwanderung großer industrieller Kreise in das Lager Hitlers zur Folge hatte. Damit aber konnte die DNVP für Hitlers NSDAP kein ebenbürtiger Partner mehr sein, was schon am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg deutlich wurde, als Hitler bei der Heerschau der nationalistischen Parteien und Verbände seinen alleinigen Führungsanspruch erhob. Zwar gelang es der DNVP bei den Novemberwahlen 1932 auf Kosten der NSDAP ihren Stimmanteil geringfügig auf 8,4 % zu vergrößern und erreichte damit, als Koalitionspartner der Regierung Hitler berücksichtigt werden zu müssen²¹, doch nach den Wahlen vom 5. März 1933 und der Zerschlagung der KPD-Fraktion besaß die NSDAP auch ohne die Deutschnationalen die alleinige Mehrheit, von der sie dann in der Folgezeit auch rücksichtslos Gebrauch machte: Der Fraktionsvorsitzende der DNVP Oberföhrer wurde aus seinem Amt gedrängt und kam auf mysteriöse Weise ums Leben, und auch Hugenberg wurde nach einer langen, systematischen Hetzkampagne am 27. Juni 1933 zum Rücktritt von seinem Ministerposten gezwungen. Noch am selben Tag beschloss der Parteivorstand die Selbstauflösung der Partei.²²

Die Taktik Hugenbergs, als Steigbügelhalter Hitlers zum unentbehrlichen Juniorpartner der NSDAP zu werden, war damit gescheitert. Anders als der Presse- und Filmzar, der durch seine Zusammenarbeit mit Hitler die nationalsozialistische Machtergreifung ermöglichte, hatte sein Vorgänger im Amt als Parteivorsitzender, der ehemalige Reichstagsfraktionsvorsitzende der Deutschkonservativen Partei, Graf Westarp, spätestens seit der Reichstagsabstimmung über Brüning's Notverordnungs politik vom 18. Juli 1930 und damit deutlich vor dem Aufmarschieren der nationalen Verbände und Parteien in Bad

Aufhebung dieser Notverordnung verlangte, beantworteten Reichspräsident und -regierung dies mit der Auflösung des Reichstags und stürzten das Land in einen Wahlkampf, in dem nach Lage der Dinge (vier Millionen Arbeitslose, unpopuläre Spar- und Steuermaßnahmen, linke und rechte Agitation) nur die radikalen Flügel gewinnen konnten. Die Spaltung der DNVP in die radikale Hugenberg- und die gemäßigte Westarp-Gruppe, die berechtigterweise befürchtete, dass "die Regierungskrise zur Staatskrise werden könnte", konnte da nur ein schwacher Trost für die Anhänger der Republik sein. Westarps Reichstagsklärung und die darin enthaltene Begründung seines Fraktionsaustritts ist abgedruckt, in: KZ, Nr. 202, 19. Juli 1930.

¹⁹ Vgl. D. Fricke, Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, 1984, S. 509 ff. Insgesamt zeigte sich Westarp im Laufe der Jahre zunehmend mehr zu einer positiven Mitarbeit in der Republik bereit. Diese Tendenz verstärkte sich, als die Nationalsozialisten mächtiger wurden und als Hugenberg in deren Schlepptau geriet.

²⁰ Dazu zählten u. a. die im Januar 1930 gegründete "Volkskonservative Vereinigung" (später: Konservative Volkspartei), der sich auch Westarp und seine politischen Freunde anschlossen, sowie die von den Agrariern unter Schiele gegründete "Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei". Beide Organisationen besaßen jedoch keine reelle Chance, sich zu einer modernen Massenorganisation zu entwickeln. Vgl. ebenda.

²¹ Hugenberg übernahm die Ministerien für Wirtschaft und Landwirtschaft; der "Quasi-Deutschnationalen" von Papen, dem Hindenburg zugesagt hatte, dass er den Kanzler stets nur zusammen mit ihm empfangen werde, wurde Vizekanzler und preußischer Ministerpräsident. Insgesamt besaßen die deutschnational bzw. konservativ denkenden Minister ein Übergewicht von 8 : 3 und nicht zuletzt deshalb glaubte von Papen, die Nationalsozialisten beherrschen zu können.

²² Die Auflösungserscheinungen hatten sich aber schon in den Wochen zuvor gemehrt, denn bereits am 26. April war mit Braunschweig ein ganzer Landesverband der DNVP geschlossen zur NSDAP übergetreten, und schon am 3. Mai war auf Beschluss des Parteivorstandes die Umbenennung der DNVP in „Deutschnationale Front“ erfolgt. Vgl. R. Hofmann, Parteien, 1983, S. 171.

Harzburg schwere Bedenken gegen ein Bündnis mit der faschistischen Bewegung angemeldet, weil „Hitler in gar keiner Weise geneigt ist, auch nur einen Teil der Führung abzugeben“, und davor gewarnt, dass sich die Hitler-Clique zum gegebenen Zeitpunkt rücksichtslos über ihre Bundesgenossen hinwegsetzen werde.²³

Dass sich nicht Westarp, sondern Hugenberg in der DNVP durchsetzen konnte, führte nicht nur zur vollständigen Vernichtung der Partei, sondern erwies sich letztlich vor allem auch als verhängnisvoll für die nun folgende Entwicklung, die jedoch auch von einem Parteivorsitzenden Westarp nicht mehr aufzuhalten gewesen wäre.

2. Ausklang

„Der Vorrat an Bunkerkohle ist so gering, dass das Schiff kaum ein Zehntel unter Dampf gehalten werden kann. Der Kapitän, dem selbst das dauernde Stilllegen unerträglich wird, der fürchtet, dass seine geringe Besatzung das Schiff auch noch verlassen könnte, der hofft, dass durch neuen Versuch das Vertrauen der Mannschaft gehoben und Bunkerkohle zugeführt werden würde, unternimmt trotzdem einige kleine Küstenfahrten mit dem Erfolg, dass man wenigstens wieder von dem Schiff redet und seinen alten, stolzen Namen mit Achtung nennt. Wohl wird auch die Besatzung vermehrt, einige Anlegeplätze werden gewonnen, aber die Bunkerkohle geht zur Neige, der Kapitän muss sogar seinem Obersteward die Löhnung schuldig bleiben. Er muss, so schwer ihm das auch werden mag, zum Stilllegen zurückkehren.“²⁴

Mit dem Machtantritt Hitlers und der Zerschlagung des alten Parteiensystems endet auch die Geschichte der Deutschkonservativen Partei, die in den vierzehn Jahren der Weimarer Republik freilich nur noch ein Schattendasein geführt hatte²⁵: Neben dem Hauptverein existierten außerhalb Berlins einige Provinzialvereine in Schlesien, Pommern und Kassel und darüber hinaus ein schmaler Rest von Ortsgruppen in Friedeberg, Neustettin, Halle und Weimar. Diese vegetierten jedoch in der Hauptsache nur vor sich hin²⁶, sodass man kaum noch von Organisationen, sondern eher von Organisationssplintern sprechen kann, die der konservativen Fahne die Treue hielten.

Nicht viel besser gestaltete sich die Situation des Berliner Hauptvereins, dessen Dilemma und enger Wirkungsradius vom Grafen Seidlitz-Sandretzki in dem eingangs zitierten Brief in einem passenden sprachlichen Bild beschrieben worden sind. Die spärlichen finanziellen Mittel reichten jetzt gerade noch aus, um Büro, Geschäftsführer und Sekretärin zu bezahlen, wobei auf propagandistische Aktivitäten fast vollständig verzichtet werden musste. Da die Mitglieder offensichtlich nicht zu satzungsgemäßen Beitragszahlungen verpflichtet waren,

²³ K. von Westarp, Warum ich für Brüning stimmte. In: WZ der Humboldt-Universität Berlin, XXII. Jg. (1973), H. 1/2, S. 34. Vgl. auch KZ, Nr. 257, 12. September 1930, S. 1f., wo Westarp zu bedenken gab, dass in der NSDAP „starke und tönende Worte [...] vorherrschen, dass bei den Massen der Eindruck erweckt [werde], als könne man nach außen und im Innern mit der Gewalt der Fäuste und der Waffen den Sieg erkämpfen, als bedürfe es nur des eigenen Willens, um sofort den Umschwung aller Verhältnisse zu erzwingen, die Freundschaft zu brechen und das republikanische System zu stürzen. Hier lieg[e] die schwerste Gefahr der nationalsozialistischen Agitation, hier die Grenze, die ernste sachkundige und verantwortungsbewusste Politik von ihr scheidet [...], der durch solche Agitation erweckte nationale Widerstands- und Kampfeswille [halte] nicht stand, wenn die Illusionen zusammenbr[ä]chen.“

²⁴ Brief des Grafen Seidlitz-Sandretzki (Vorsitzender der DkP 1925-29) an den Grafen Arnim-Boitzenburg vom 31. Oktober 1928. BLHA, NL Arnim-Boitzenburg, Nr. 4429, Bl. 199. Arnim-Boitzenburg war bis zu seiner Auflösung Präsident des preußischen Herrenhauses und gehörte als einer der profiliertesten Protagonisten konservativer Beharrung auch in der Zeit der Weimarer Republik dem Vorstand des Hauptvereins der Deutschkonservativen an.

²⁵ Vielleicht auch deshalb wurde den Weimarer Deutschkonservativen von der Forschung bisher kaum Beachtung geschenkt. Am ausführlichsten behandelt werden sie von J. Flemming, Konservatismus als ‚nationalrevolutionäre Bewegung‘. Konservative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1933, in: Stegmann/Wendt/Witt (Hrsg.), 1983, S. 295-332. Ferner: W. Liebe, Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, 1956.

²⁶ So die Einschätzung auf der Sitzung des weiteren Vorstandes vom 6. November 1924. BLHA, NL Arnim-Boitzenburg, Nr. 4426, Bl. 72-86.

behalf man sich mit der Sammelbüchse, Bettelbriefen und Appellen an die individuelle Opferbereitschaft, womit sich jedoch bestenfalls die ärgsten Lächer für einen Moment stopfen ließen, ohne am strukturellen Defizit generell etwas zu ändern; Seidlitz-Sandretzki drohte 1927 daher mit dem Rücktritt, wenn nicht „baldigst“ das „Finanzelend“ behoben werden würde.²⁷

Dass der Graf dann anderthalb Jahre später seine Drohung wahr machte, hatte neben internen taktischen Divergenzen seinen Grund nicht zuletzt darin, dass die materiellen Rahmenbedingungen höchst unzulänglich waren: Wer Ideen zu Markte tragen und unter die Leute bringen will, benötigt finanzielle Polster und publizistische Hilfstruppen, und beides besaßen die Deutschkonservativen der Weimarer Republik eben nicht oder nur in sehr begrenztem Umfang.²⁸ Da die Partei in den Revolutionswirren ihren organisatorischen Unterbau praktisch freiwillig zugunsten der DNVP aufgegeben und in den Kreisen und Gemeinden ihre Stellungen für die neue Partei geräumt hatte, stellte die DkP jetzt nicht mehr dar als ein Gebilde mit Kopf ohne Körper, ein Forum für Offiziere ohne Soldaten und zudem eine Organisation ohne parlamentarische Repräsentanz.

Mitglieder der Deutschkonservativen Partei blieben vor allem die Unentwegten und ewig Gestrigen, wie Heydebrand, den man wohl mehr aus Pietätsgründen bis zu seinem Tode am 15. Februar 1924 im Amt des Parteivorsitzenden beließ und der aus der Abgeschiedenheit seines schlesischen Landgutes und ohne direkten Kontakt die Vorgänge in Berlin kommentierte, dabei gelegentlich dafür plädierend, „die alte Firma wieder aufzuziehen.“²⁹ Der Partei gehörten aber auch Realpolitiker an, die der DNVP freie Hand für die Anpassung an die neuen Verhältnisse lassen und sich als ein unsichtbares Kraftzentrum innerhalb der neuen Partei konstituieren wollten.³⁰ Zu den Letzteren, die allmählich den Weg in die öffentliche Politik wieder fanden, hatte vor allem Graf Westarp gehört, der bis zu Heydebrands Tod de facto und danach bis zu seiner Wahl als Reichstagsfraktionsvorsitzender der DNVP 1925

²⁷ Sitzung des weiteren Vorstandes vom 7. Mai 1927, in: BLHA, NL Arnim-Boitzenburg, Nr. 4429, Bl. 417.

²⁸ Immerhin konnte die „Kreuzzeitung“, deren Chefredakteur Georg Foertsch regelmäßig bei den Tagungen der deutschkonservativen Führungsgremien anwesend war, auch weiterhin als Organ der Partei betrachtet werden; sie erschien mit Ausnahme der Tage unmittelbar nach der Novemberrevolution weiter unter dem Leitspruch „Mit Gott für König und Vaterland“ und blieb in der Hauptsache ein Blatt für ostelbische Großgrundbesitzer, Offiziere und Pastoren mit einer maximalen Auflagenhöhe von 60.000. Die politische Stoßrichtung der Zeitung wurde maßgeblich von Westarp bestimmt, doch als dieser 1927/28 zunehmend auf einen gouvernementalen Kurs einschwenkte, kühlten sich parallel dazu die Beziehungen zwischen dem Hauptverein und dem konservativen Traditionsblatt ab, dessen Auflage in den letzten Jahren der Weimarer Republik zudem rapide sank. Vgl. J. Flemming, *Konservatismus als 'nationalrevolutionäre Bewegung'*, 1983, S. 303 f. W. Liebe, *Deutschnationale Volkspartei 1918-1924*, 1956, S. 43 f. D. Fricke, *Lexikon zur Parteiengeschichte*, Bd. 2, 1984, S. 481.

²⁹ Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Heydebrand und Westarp, der z. T. abgedruckt ist bei W. Liebe, *Deutschnationale Volkspartei 1918-1924*, 1956, S. 132 f.

³⁰ Insgesamt blieb die Deutschkonservative Partei der Weimarer Republik sowohl in ihrer strategischen Orientierung als auch in der sozialen Verankerung ihrer Basis eine Taschenbuchausgabe der konservativen Vorkriegspartei, eine „Plattform der preußischen Landaristokratie mit gewissen bürgerlichen Einsprengseln und ohne Verbindung zu den abhängig[en] Beschäftigten in Fabriken und Kontoren“, für deren Bedürfnisse und Vorstellungswelt man kein Sensorium besaß. In den Vorständen, die je nach Dringlichkeit, mindestens aber einmal im Jahr tagten, dominierte weiterhin der ostelbische Grundbesitz und auch in der Provinz, wo die Konservativen wieder Fuß zu fassen suchten, wie z. B. in Pommern oder Brandenburg, lasen sich die Listen der Vertrauensleute und Ansprechpartner wie Auszüge aus dem Gotha. Soweit sich das städtische Bürgertum angesprochen fühlte, handelte es sich vor allem um Universitäts- und Gymnasiallehrer, Pfarrer, höhere Beamte aus Justiz und Bürokratie, pensionierte Militärs, kleinere und mittlere Unternehmer, also um Vertreter des gebildeten Mittelstandes, der den Deutschkonservativen offenbar seit 1924/25 „in erwähnenswertem Umfang“ zulief. Die ihr zugedachte Rolle eines aus dem Hintergrund wirkenden „Leitzentrums der konterrevolutionär-monarchischen Elite“ konnte die Deutschkonservative Partei der Weimarer Republik jedoch nie spielen. Vgl. J. Flemming, *Konservatismus als 'nationalrevolutionäre Bewegung'*, 1983, S. 301 und 311. D. Fricke, *Lexikon zur Parteiengeschichte*, Bd. 2, 1984, S. 488. Ferner: BLHA, NL Arnim-Boitzenburg, Nr. 4426, Bl. 72-86 und Nr. 4429, Bl. 36-52. Hierin die Protokolle der Sitzungen des weiteren Vorstandes vom 6. November 1924 und vom 26. Mai 1925.

auch de jure als Vorsitzender der Deutschkonservativen Partei³¹ fungierte und damit, wie oben beschrieben, das wichtigste Bindeglied zwischen DNVP und DkP darstellte. Als Westarp sich 1928 aus dieser Doppelrolle zurückzog und aufgrund des Dauerkonflikts zwischen Deutschnationalen und Deutschkonservativen, der sich im Vorfeld der Wahlen von 1928 zugespitzt hatte, seinen Austritt aus der DkP erklärte, prophezeite der Publizist Georg Decker in der „Gesellschaft“: ‚Der Austritt des Grafen Westarp ist praktisch mit dem Tode der Deutschkonservativen Partei gleichbedeutend‘, denn ‚durch den Bruch mit den Deutschnationalen verliert sie ihren Wirkungskreis und jede Beziehung zur politischen Wirklichkeit.‘³²

Mit seiner Prognose hatte Decker zunächst noch gefehlt, denn als Hugenberg nur wenig später Westarp als Parteivorsitzenden der DNVP ablöste, bedeutete dies das Ende der ohnehin schon problematischen Integration der Deutschnationalen in die Republik. Jetzt, da in der DNVP diejenigen Kräfte den Ton angaben, die unter keinen Umständen zu einer auch nur begrenzten Mitarbeit im parlamentarischen System bereit waren, begann auch innerhalb der Deutschkonservativen Partei noch einmal ein frischer Wind zu wehen. Richtungweisend dafür wurde der Wechsel im Vorsitz des Hauptvereins: Nachfolger des eher vorsichtig taktierenden, auf Kompromisse bedachten Westarp-Epigonen Seidlitz-Sandretzki wurde im April 1929 der pommersche Rittergutsbesitzer und Alldeutsche Ewald von Kleist-Schmenzin, einer der Jüngeren aus der Generation der Kriegsteilnehmer, der die „Herrschaft der Greise“ beendete.³³

Der neue Vorsitzende machte sich sogleich voller Elan daran, die weltanschaulichen Fundamente der DkP von jeder „Halbherzigkeit“ zu säubern und unzweideutige, in ihren Konsequenzen radikal zugespitzte Zielperspektiven zu entwerfen.³⁴ Auch der neue Name – an die Stelle des „Hauptvereins der Deutschkonservativen“ trat die schlichtere Bezeichnung „Hauptverein der Konservativen“ – unterstrich den Anspruch, die hemmenden Fesseln der Vergangenheit ablegen zu wollen: Man sah sich nicht mehr nur als Traditionsverwalter, sondern als aktivistischen Kristallisationskern eines ‚modernisierten‘ Konservativismus, der sich als ‚nationalrevolutionäre Bewegung‘ begriff.³⁵

Für eine derart elitäre Vereinigung, wie den „Hauptverein der Konservativen“, der wahrscheinlich nur noch einige tausend Mitglieder zählte³⁶ und der auch am Ende des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts noch kein Ohr für soziale Belange besaß, musste ein solcher

³¹ In den Quellen für die Zeit der Weimarer Republik erfolgt eine identische Verwendung der Begriffe „Deutschkonservative Partei“ und „Hauptverein der Deutschkonservativen“, ein Zeichen dafür, dass man sich wohl aufgrund der parlamentarischen Abstinenz nicht mehr so recht sicher darüber war, ob die Bezeichnung „Partei“ überhaupt noch gerechtfertigt wäre. Hier wird weiterhin der Terminus „Partei“ gebraucht, da das entscheidende Kriterium für dessen Verwendung nicht in dem Tatbestand zu suchen ist, dass eine „Partei“ auch parlamentarisch vertreten sein muss.

³² Georg Decker, Der Tod einer Partei, in: Gesellschaft 5,1 (1928), S. 385-399, zit. nach: J. Flemming, Konservatismus als ‚nationalrevolutionäre Bewegung‘, 1983, S. 296.

³³ Für diesen Schritt hatte sich der frühere Oberpräsident der Provinz Sachsen von der Schulenburg in einem Brief vom 4. Januar 1929 an den Grafen Arnim-Boitzenburg ausgesprochen: ‚Bei aller Pflege der Tradition, welche uns Alten geläufig ist, darf nach meiner Überzeugung die Partei sich nicht dem Vorwurf der Überalterung aussetzen. Am liebsten wäre mir, der Führer fände sich in den Reihen der Kriegsteilnehmer.‘ Zit. nach ebenda, S. 323. Zu Kleist-Schmenzin vgl. vor allem die allerdings gegen den Strich zu lesende Biographie von Bodo Scheurig, Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler, 1968.

³⁴ Von welchem Optimismus Kleist-Schmenzin beseelt war, beweist sein erstes großes Grundsatzreferat, das er im Dezember 1929 auf der Mitgliederversammlung des Hauptvereins hielt, in dem er beispielsweise erklärte: „Der konservative Gedanke ist beinahe über Nacht wieder modern geworden [...]. Allenthalben in Deutschland, auch wo man es kaum vermuten sollte, gibt es wieder Menschen, die wahrhaft konservativ empfinden. Uns, denen, ich möchte sagen, das Amt des Großsiegelbewahrers des Konservativismus obliegt, die wir verpflichtet sind, ihn unverfälscht zu pflegen und vorzuleben, soll diese Erscheinung ein Ansporn sein und die Gewissheit geben, dass der Liberalismus am Ende und im Zusammenbruch ist und die Zeit wieder reif für den Konservativismus.“ Kleist-Schmenzin, Grundsätze und Aufgaben konservativer Arbeit, 10. Dezember 1929, zit. nach B. Scheurig, ebenda, S. 245-254, hier S. 245.

³⁵ Ebenda, S. 252.

Anspruch illusionär bleiben.³⁷ Die „Bewegung“, die zukünftig das Geschehen diktieren sollte, war nicht die konservative, sondern die nationalsozialistische; daran vermochte auch die von Kleist versuchte Reorientierung auf die DNVP nichts mehr zu ändern.³⁸

Die Mehrheit der Überbleibsel des „Hauptvereins der Konservativen“ hat die nationalsozialistische Bewegung abgelehnt und die Regierung Hitler-Hugenberg nicht als einen Sieg, sondern als Kündigung der gemeinsamen Geschäftsgrundlage, als „völlig unnötigen Rückschritt in die Parteiregierung“³⁹ empfunden. Zwar hatte von Arnim-Boitzenburg zusammen mit einigen seiner Standesgenossen den Führer der NSDAP im Januar 1931 auf seinem Schloss zu einer vertraulichen Aussprache empfangen, dabei aber von vornherein klargestellt, dass es sich bei dieser Begegnung nur um eine Erörterung eng begrenzter Sachthemen handeln würde.⁴⁰ Auch nach dem Treffen mochte sich von Arnim nicht so recht mit Hitlers Zielen identifizieren: ‚Wenn der Nationalsozialismus sich in [die] Richtung bewegte, die Hitler als seine Richtlinien angibt, würde man ohne weiteres mit ihm einverstanden sein können. Leider liegt aber die Sache in der Praxis doch wesentlich anders, und die Agitatoren, die die Ziele ihres Führers offenbar nicht so genau kennen, stiften nach meiner Überzeugung auf dem Lande hin und her sehr erheblichen Schaden, indem sie Versprechungen machen, die schließlich nicht eingehalten werden können und damit zu großen Missstimmungen führen müssen.‘ Hitler sei zwar ein ‚kluge[r] Mann‘, der das ‚Beste‘ wolle, aber insgesamt freilich nur ein mitreißender ‚Volksredner‘, der die Qualitäten eines ‚Staatsmannes‘ entbehre.⁴¹

Weitaus schärfer und prinzipieller als von Arnim bewertete von Kleist die Gefahren, die der konservativen Welt durch den Nationalsozialismus drohten und verband seine Polemik gegen Hitler jeweils mit kritischen Anmerkungen an die Adresse der DNVP, die sich allzu lange über Wesen und Absichten der NSDAP getäuscht und der Auffassung Vorschub geleistet habe, als sei jene eine „nationale Partei“. Zwar „anerkannte“ er, dass auch in den Reihen der NSDAP „wertvolle vaterländisch gesinnte Elemente“ beheimatet wären, dies reiche aber nicht zu einem Brückenschlag aus, sondern müsse vielmehr Ansporn sein, sie aus der braunen

³⁶ Genauere Daten über die zahlenmäßige Stärke der Weimarer Deutschkonservativen Partei sind nicht verfügbar. Es ist aber davon auszugehen, dass sich deren Einzugsgebiet hauptsächlich auf Berlin und die östlichen Provinzen beschränkt haben dürfte. Vgl. auch: J. Flemming, *Konservatismus als ‚nationalrevolutionäre Bewegung‘*, 1983, S. 300.

³⁷ Ebenso unrealistisch war Kleists Hoffnung auf eine Rückkehr zur Monarchie und eine damit einhergehende tief greifende Umwälzung des sozialen und ökonomischen Gefüges. In seiner 1930 erschienenen Schrift „Reformation oder Revolution?“ charakterisierte der neue konservative Parteiführer die Entwicklung seit der Reichsgründung von 1870 als „Schaffung einer künstlichen Existenzbasis“, als „Überindustrialisierung“, deren Folgen er mit den Begriffen „Hochpeitschung der Lebensansprüche“, „seelische Verkümmern“ und „Vergroßstädterung mit allen ihren Zersetzungerscheinungen“ beschrieb. Der Staat der Zukunft müsse daher zur Bodenständigkeit zurückfinden und das Schwergewicht von der Industrie- wieder auf die Agrarwirtschaft verlegen usw. Solche realitätsfremden Gedanken waren für den Konservatismus zu Beginn der dreißiger Jahre kennzeichnend. Vgl. E. von Kleist-Schmenzin, *Reformation oder Revolution?*, 1930, insbesondere S. 4 f. und 16 f.

³⁸ Vgl. dazu: J. Flemming, *Konservatismus als ‚nationalrevolutionäre Bewegung‘*, 1983, S. 324.

³⁹ Vgl. den Brief von Kleist-Schmenzin an Hugenberg vom 13. Februar 1933, abgedr. bei Frhr. Hiller von Gaertringen, *Die Deutschnationale Volkspartei*, 1960, S. 635 ff.; ebenso die aus dem Jahre 1932 stammende Kleist-Schrift: „Der Nationalsozialismus – eine Gefahr“, abgedr. bei B. Scheurig, *Ewald von Kleist-Schmenzin*, 1968, S. 255-264, wo dieser prophezeite, dass „der absterbende Marxismus [...] durch Hitler eine Wiederbelebung“ erfahren werde.

⁴⁰ Hitler sollte vor allem mit den Problemen der Landwirtschaft konfrontiert werden, zumal das nationalsozialistische Agrarprogramm als ‚nicht einwandfrei‘ galt und die NSDAP in ihrer Agitation mit dem Großgrundbesitz „überaus rüde“ umging. Eine ‚Propagandafahrt des Herrn H.‘ in den Adelshäusern Ostelbiens wollte von Arnim jedoch nicht decken. Vgl. J. Flemming, *Konservatismus als ‚nationalrevolutionäre Bewegung‘*, 1983, S. 329.

⁴¹ Brief von Arnim-Boitzenburg an Wilhelm II. vom 11. Oktober 1931, zit. nach ebenda, S. 329 f.

Bewegung wieder herauszubrechen und unter konservativer Fahne „zu gemeinsamer Arbeit zu bringen“⁴²

Vergeblich versuchte der letzte konservative Führer im Januar 1933, den Pakt mit Hitler noch in letzter Minute zu verhindern und Hugenberg zu der von ihm stets favorisierten Lösung zu verpflichten, d. h. einer „autoritären Staatsführung“, frei von Bindungen an die Parteienkonstellationen des Reichstags und ohne Rücksicht auf die Straße und die dort herrschende NSDAP.⁴³ Die Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg war faktisch gleichbedeutend mit dem Ende der Deutschkonservativen Partei, deren Ideen jedoch schon lange vorher keine Resonanz mehr gefunden und deren Potenzial einfach nicht mehr ausgereicht hatte, um die kommende Entwicklung beeinflussen zu können.

Enttäuscht wandte sich Kleist im Februar 1933 von der DNVP ab. Seine dennoch weiter bestehende Hoffnung auf einen Block, der sich ‚im Wirbelsturm des Nationalsozialismus behauptet‘, ohne an das politische System von Weimar ‚herangedrängt zu werden‘⁴⁴, war jedoch ebenso illusionär wie die irrigen Vorstellungen Hugenbergs oder der Glaube von Papens, die Nationalsozialisten „engagiert“ zu haben. Das Gesetz vom 14. Juli 1933, das die NSDAP zur einzigen Partei erklärte, zog nur noch den endgültigen Schlussstrich unter die bereits vorher erfolgte Selbstaflösung der Parteien.

Zusammenfassung und Schluss

⁴² E. von Kleist-Schmenzin, *Der Nationalsozialismus – eine Gefahr*, zit. nach ebenda, S. 255 f. und 264.

⁴³ Vgl. dazu die Aufzeichnungen Kleists aus dem Jahre 1934: *Selbsterlebte und wichtige Begebenheiten aus den Jahren 1933 und 1934*, abgedr. bei B. Scheurig, ebenda, S. 264-269.

⁴⁴ Vorschläge Kleists zu einer Reform der DNVP sind in Auszügen abgedr. bei B. Scheurig, ebenda, S. 98.

Die Konstituierung der Deutschkonservativen Partei im Rahmen des Zweiten Deutschen Kaiserreichs erfolgte erst fünf Jahre nach dessen Gründung und geschah unter „negativen Vorzeichen“: Da die (Deutsch-) Konservativen schon aus ideologischen Gründen ein Parteiensystem ablehnten und weil sie der Proklamierung des Reiches ebenso misstrauisch gegenüberstanden wie Bismarcks anfänglicher Regierungspolitik, war die am 7. Juni 1876 vollzogene Gründung der Deutschkonservativen Partei eher aus der Not geboren, als dass sie einem inneren Bedürfnis entsprochen hätte. Nach der Parteigründung und der „konservativen Wende“ in Bismarcks Innenpolitik begannen die Deutschkonservativen aber, das neue Reich zu akzeptieren, unterstützten die Regierungspolitik nahezu rückhaltlos und erreichten bei den Reichstagswahlen der 1880er Jahre mit jeweils mehr als 15 Prozent der Stimmen ihre besten Ergebnisse. Die gouvernementale Ausrichtung war jedoch nicht unumstritten: Vor allem der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ von Hammerstein versuchte, einen von der Regierung unabhängigen Kurs zu steuern und lehnte zudem die von Parteiführer Helldorf Ende der 1880er Jahre betriebene und von der Parteimehrheit unterstützte Kartellpolitik ab, weil Hammerstein – wie Hofprediger Stoecker – auf eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum setzte; nach der von ihr unterstützten Entlassung Bismarcks gelang es der christlich-sozialen Kreuzzeitungsgruppe um Hammerstein und Stoecker, sich in der Partei durchzusetzen, auch weil die Handelsvertragspolitik des neuen Kanzlers Caprivi das Bürgertum einseitig bevorzugte und damit das „Kartell“ sprengen musste. Die neuen Handelsverträge führten jedoch auch dazu, dass innerhalb der DkP die extrem-agrarischen Kräfte immer stärker wurden: Diese verbanden sich 1892 mit der christlich-sozialen Gruppe, um gemeinsam den gouvernemental gesinnten Parteiführer Helldorf zu stürzen.

Nach der Ablösung ihres ersten Parteivorsitzenden stand die DkP vor der zukunftsweisenden Entscheidung, ob sie den christlich-sozialen Kurs Stoeckers und Hammersteins oder den radikal-agrarischen, an den Interessen des traditionellen ostelbischen Establishments orientierten Kurs weitersteuern sollte. Hatte sich auf dem Parteitag von 1892 noch die Gruppe um Hammerstein und Stoecker durchsetzen können, so erwiesen sich die alten konservativen Honoratiorenellenen doch als die Stärkeren: Damit war einerseits der mit dem Tivoli-Parteitag begonnene erste Versuch gescheitert, der Partei eine breitere Basis in der Bevölkerung zu schaffen und sie in eine rechte Volkspartei umzuformen, genauso wie andererseits die Tendenz der Entwicklung zu einer antigouvernementalen Interessenpartei immer deutlicher hervortrat. Dies zeigte sich im preußischen Abgeordnetenhaus bei den Schulgesetzvorlagen und bei der Landgemeindeordnung, vor allem aber im Reichstag bei der mehrheitlichen Ablehnung der Handelsverträge Anfang der 1890er Jahre, beim Sturz von Caprivi und bei der Einbindung des 1893 gegründeten BdL in die Strategie der Partei: Dessen Organisation nutzte man gern zur Verbreiterung der Wählerbasis, ohne den Massen aber einen Einfluss auf die Politik der Partei einzuräumen – diese blieb vornehmlich eine Partei des herkömmlichen ostelbischen Grundadels und jetzt zunehmend auch der bürgerlichen Großgrundbesitzer, die im Zuge der Kapitalisierung immer mehr in die einst der Grundaristokratie vorbehaltenen Bereiche eindringen.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung dieser beiden Gruppen sollte die Entwicklung der DkP ab Mitte der 1890er Jahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs entscheidend prägen: Auf der einen Seite standen die ostelbischen Interessenpolitiker und alten Honoratiorenellenen, auf der anderen *die noch extremeren Agrarkonservativen, die eben zumeist mit den bürgerlichen Großgrundbesitzern identisch waren*. Beide, keineswegs in sich geschlossenen Gruppen, betrachteten die Partei als eine agrarische Interessenvertretung, es ging nur um das Problem der radikalen oder moderateren Variante und die Frage, ob die eigenen Interessen auch gegen die Regierung und den Kaiser rücksichtslos durchgesetzt werden könnten: Während die Agrarkonservativen nicht zu einer Verbindung mit den aus ihrer Sicht schwankenden Mittelparteien unter dem Segen der Reichsleitung bereit waren, sondern auf

eine tiefe Verwurzelung in der *gesamten* ländlichen Wählerschaft vertrauten – ohne dieser einen Einfluss in der Partei einzuräumen –, setzten die ostelbischen Honoratioreneliten vornehmlich auf ein Sammlungskonzept und standen daher zumindest zeitweilig einer Zusammenarbeit mit der Regierung und den rechten bzw. Mittelparteien nicht abgeneigt gegenüber. Ein weiterer Unterschied bestand schließlich darin, dass zwar auch die alten konservativen Junker starrköpfige Egoisten waren, die um jeden Preis ihre Vormacht im Staate behaupten wollten, dass diese aber über die Grenzen ihres landwirtschaftlichen Bezirks oder Preußens hinaus politisch nicht dachten; Gedanken an Völkerhass, Nationalismus oder gar Imperialismus lagen ihnen fern, anders als der neuen Generation der Agrarkonservativen, die ihre Väter daher zumeist politisch rechts überholten.

Zunächst sollte sich keine der beiden Gruppen entscheidend durchsetzen können, da die DkP mit der Politik der drei „großen Mittel“ sowie bei den Flotten- und Kanalvorlagen zwar eine egoistische, agrarische Interessenpolitik betrieb, dabei aber immer wieder mit der Regierung und den anderen Parteien im Zeichen der „Sammlung“ zusammenarbeitend. Als jedoch 1902 die Verhandlungen über den Zolltarif auf der Tagesordnung standen, brach der Machtkampf zwischen den moderateren, eher gouvernemental gesinnten Kräften und den radikalen, antigouvernementalen Konservativen wieder auf: Der vom BdL unterstützte Vorstoß der Agrarkonservativen, die die Abstimmung über den Zolltarif zu nutzen suchten, um die Macht in der Partei an sich zu reißen, ging jedoch ins Leere – die Parteiführung (Gesamtvorstand und Reichstagsfraktionsvorsitzender) stellte sich gegen die Agrarkonservativen und deren angestrebte astronomische Heraufsetzung der Getreidezollsätze. Dachten die Agrarkonservativen in dieser Situation auch kurz über eine Abspaltung von der DkP und eine eigene Parteigründung nach, so lenkten sie spätestens nach dem Desaster bei den Reichstagswahlen von 1903 wieder ein; einen Verlust dieser Kräfte hätte sich die Deutschkonservative Partei aber auch gar nicht leisten können, denn sie musste erheblich an Schlagkraft und Einfluss verlieren, wenn an ihrem Rande eine Bewegung entstanden wäre, die radikaler als sie agrarische Interessen vertrat, da dies zum Verlust ihrer Wahlklientel geführt hätte; *nicht zufällig stieg deshalb in dieser Situation der Junker und Erzmonarchist Ernst von Heydebrand zum entscheidenden Mann in der Partei auf, denn ihm gelang es, eine Versöhnung der beiden Gruppen zu erreichen.*

Dennoch blieben die gemäßigeren Deutschkonservativen, die in der Nähe zur preußischen Regierung und zur Reichsleitung einen wichtigen Rückhalt ihres Einflusses und die einer konservativen Partei angemessene Haltung sahen, zunächst die tonangebenden Kräfte in der Partei. Diese Tatsache muss aber auch auf die allgemeine politische Situation zurückgeführt werden, denn als Reichskanzler Bernhard von Bülow mit der Parlamentsauflösung von 1906 vor allem das Zentrum und die SPD treffen wollte und – ähnlich wie Bismarck 1887 – den Gedanken des Kartells wieder aufgriff, entstand ein Wahlbündnis der beiden konservativen und liberalen Parteien, das bei der Reichstagswahl von 1907 die Mehrheit gewann und das anschließend als „Bülow-Block“ eine feste parlamentarische Mehrheit besaß. Doch je deutlicher sich innerhalb dieses Blocks abzeichnete, dass die DkP als Preis für die „Sammlung“ – wie schon beim Zolltarif und beim Projekt des Mittellandkanals – einen schrittweisen Verlust wirtschaftlicher und jetzt auch politischer Privilegien zugunsten bürgerlicher Kräfte in Kauf nehmen sollte, desto stärker wurden die radikalen Agrarkonservativen in der Partei. In dieser Hinsicht erwiesen sich die Jahre 1908-10 als die entscheidenden für die weitere Entwicklung der DkP bis hin zu ihrem Untergang: Zwar hatten die Deutschkonservativen auch vorher schon offenbart, dass sie kaum zu auch noch so geringen materiellen oder machtpolitischen Opfern bereit waren, doch in diesen Jahren trieben sie das Spiel auf die Spitze und nahmen einen langfristigen Schaden, von dem sie sich nicht mehr erholen sollten – *sie ließen den „Block“ in der Reichsfinanzreform zerbrechen und mussten somit eine Mitverantwortung am Sturze des Reichskanzlers übernehmen*; dass Bülow, auch wenn er verfassungsgemäß vom Kaiser entlassen wurde, letztlich am Widerstand

des Parlaments gescheitert war und damit dessen gestiegene Macht gerade aufgrund des Verhaltens der Konservativen deutlicher als bisher hervortrat, schien diese wenig zu stören: Ihnen lag der eigene Geldbeutel mehr am Herzen, zumal sie es dem Reichskanzler nie hatten verzeihen können, dass er auch die Frage der Reform des preußischen Wahlrechts ernsthaft in Angriff nehmen wollte. Als Bülow's Nachfolger Bethmann Hollweg 1910 dann mit der schon zwei Jahre zuvor vom Kaiser angekündigten preußischen Wahlrechtsreform Ernst machen wollte, scheiterte dieses Unterfangen am Widerstand der Deutschkonservativen, die damit auch den Monarchen vor den Kopf stießen, dessen Vertrauen sie jedoch schon Ende 1908 in der Daily-Telegraph-Affäre unwiederbringlich verloren hatten.

Die Reichsfinanzreform und die erfolgreiche Blockierung der preußischen Wahlrechtsreform mussten aber Pyrrhussiege bleiben, schon weil die Dynamik des industriellen Wachstums die agrarischen Konservativen objektiv in eine immer stärker werdende Verteidigungsposition zwingen musste. Zwar gelang es der DkP, nach dem Ende des Bülow-Blocks mit dem Zentrum eine konservativ-klerikale Koalition zu bilden, die die Reichsfinanzreform nach ihren Vorstellungen durchsetzen konnte; dies war aber gleichbedeutend mit einer endgültigen Abwendung der DkP von Regierung und Öffentlichkeit sowie einer Distanzierung des liberalen und katholischen Bürgertums von den konservativ-agrarischen Eliten. *Auf diese Weise schlug der Versuch der radikalen Selbstbehauptung nach 1909 in sein Gegenteil um: Das zeigte sich bei der noch im Jahre der Reichsfinanzreform erfolgten Gründung des Hansa- und des Deutschen Bauernbundes, welche die Deutschkonservative Partei in der Folgezeit energisch bekämpfen sollten*; das wurde aber auch deutlich, als die Deutschkonservative Partei in der elsass-lothringischen Verfassungsreform isoliert wurde und sich dabei im Reichstag erstmals einem Block gegenüber sah, der von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten reichte und der auch das Zentrum einschloss, was bewies, dass die konservativ-klerikale Koalition vor allem gegen die Einführung direkter Steuern gebildet worden war, dass sie jedoch in einer die Demokratisierung betreffenden Frage nicht existierte. Den Endpunkt dieser Entwicklung stellte die Reichstagswahl von 1912 dar, bei der die bisherigen „Oppositionsparteien“ die konservativ-klerikale Koalition bekämpften: Dies wurde evident in den Wahlabmachungen zwischen Nationalliberaler Partei und Fortschrittlicher Volkspartei für die Hauptwahl sowie zwischen Sozialdemokratie und Fortschritt für die Stichwahlen; eine neue Qualität war dadurch erreicht worden, dass sich die 1910 aus den drei linksliberalen Parteien gegründete Fortschrittliche Volkspartei aufgrund der deutschkonservativen Politik veranlasst gesehen hatte, in den Stichwahlen nicht mehr zum Vorteil der DkP mit den bürgerlichen Parteien, sondern mit der SPD zusammenzuarbeiten. Als Ergebnis standen eine Niederlage der konservativ-klerikalen Koalition und neue Mehrheitsverhältnisse, nach denen Konservative und Zentrum eine Überzahl im Parlament nur noch zusammen mit den Nationalliberalen besaßen, deren Zusammenarbeit schon aufgrund der Linksentwicklung der Partei unter Bassermann nur noch um einen „erhöhten Preis“ zu haben war, den die Deutschkonservative Partei sich nicht zu zahlen bereit zeigte. Da sich auch das Zentrum unter Erzberger nach der Reichstagswahl zunehmend von den Deutschkonservativen abwandte, gerieten diese in eine „dauerhafte Isolierung“, was sich bei der Interpellationsvorlage und bei der zur Deckung der Wehrvorlage verabschiedeten Reichsvermögenszuwachssteuer bestätigte, mit denen zum einen die Parlamentarisierung vorangetrieben und zum anderen dem Reichstag jetzt auch der steuerliche Zugriff auf Vermögen eröffnet wurde. Die Vorgänge um die Verabschiedung der Reichsvermögenszuwachssteuer bedeuteten auch das Ende des konservativ-klerikalen Zwischenspiels und räumten die letzten Hindernisse für eine bürgerlich dominierte Koalition aus Zentrum und Liberalen beiseite. Damit war am Vorabend des Ersten Weltkriegs eine Konstellation entstanden, die den Parlamentarisierungsprozess entscheidend begünstigte und in der das politische System des Kaiserreichs einen bemerkenswerten Wandel von seinen autoritären Anfängen weg vollzog; gleichwohl wurde die Demokratisierung aber gleichzeitig

nachhaltig blockiert, und es stauten sich Spannungen auf, die regimeimmanent nicht mehr zu bewältigen waren: Zu groß war die Angst der bürgerlichen Parteien vor einem allzu rigorosen Kurswechsel, wie ihn die Sozialdemokraten anstrebten, zu stark die Furcht vor einer offenen Konfrontation mit der Reichsleitung, in der die Initiative an die Massenbewegung verloren gehen konnte. In dieser Situation musste die Obstruktionspolitik der Deutschkonservativen Partei mit dazu beitragen, dass aus der „Regime-Krise“ des Kaiserreichs ein Dauerzustand wurde und dass trotz des stattfindenden Wandels auch nach der Reichstagswahl von 1912 der Eindruck der Stagnation überwog.¹ Diese Wahrnehmung wurde dadurch verstärkt, dass die Initiative der Parteien bei Gesetzesentwürfen nach wie vor gering war und dass die meisten Vorlagen in den Reichsämbtern vorbereitet wurden, ohne dass die Parlamentarier daran beteiligt worden wären. Allerdings gelang es den Parteien, im Zuge der Beratung von Gesetzesentwürfen der Reichsleitung zunehmend mehr Konzessionen abzurufen. In dieser Hinsicht, also der Intention der Einflussnahme auf die Regierung, unterschied sich das Verhalten der deutschkonservativen Parlamentarier nicht von dem anderer Parteien.

Durch den negativen Ausgang der Wahlen und die damit verbundene Verlagerung des parlamentarischen Schwergewichts nach links schien die Vertreibung der Konservativen aus dem durch die Bismarcksche Verfassungs- und Innenpolitik geschaffenen Privilegienreservat nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Um nicht endgültig zu einer Randerscheinung zu verkümmern, war die Partei daher zu einem Kurswechsel gezwungen. Dabei kamen vor allem zwei Konzepte ins Spiel, die nicht gänzlich neu waren: 1. durch eine Verbreiterung der sozialen Basis die Grundlage für eine Entwicklung zur konservativen Volkspartei zu schaffen und 2. als Gegengewicht zur „stillen Demokratisierung“ einen Zusammenschluss der „schaffenden Stände“ zu erreichen und außerhalb des Reichstags Einfluss auf die Gesetzgebung zu erlangen.

Der Versuch der Entwicklung zu einer konservativen Volkspartei hatte schon 1903 mit dem „konservativen Ritt in den Westen“ begonnen, war zunächst nur vorsichtig-tastend, erhielt dann aber im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Reichsfinanzreform durch diverse Initiativen aus städtischen Vereinen einen ersten größeren Schub. Dass solche Aktivitäten von der Basis ausgingen, missfiel der Parteiführung, der es zwar gelang, durch verstärktes Agitieren in der Provinz die Mehrheit ihrer Mitglieder hinter sich zu sammeln, aber die Auseinandersetzung mit der Volkspartei-Frage sollte die Partei jetzt nicht mehr loslassen: Wollte diese – wie teilweise in der Reichsfinanzreformzeit geschehen – nicht noch weitere Mitglieder verlieren, musste sie sich dem Problem stellen. Deshalb öffnete sich die DkP nach der Reichsfinanzreform wieder verstärkt dem Mittelstand, den man bestrebt war, mit antikapitalistischen, antisozialistischen und – *das war neu* – *völkisch-nationalistischen Parolen zu gewinnen*. Dass man damit kurzfristig keinen Erfolg erzielte, zeigte die Reichstagswahl von 1912: Das schlechte Abschneiden in den Städten nahm die Parteiführung zum Anlass, um in einer zunehmend urbanisierten Gesellschaft die Ausbreitung des Konservatismus in den städtischen Zentren – insbesondere des Westens – und im Mittelstand zum primären Ziel der Parteientwicklung zu erheben. Auch wenn aufgrund des Krieges keine verwertbaren Ergebnisse für die derart einsetzenden Bemühungen vorliegen, so bleibt doch die Erfolglosigkeit solcher Anstrengungen zu vermuten – die Ergebnisse der Ersatzwahlen zwischen 1912-14 stützen dies –, da die Führung stets versuchte, die Kontrolle zu behalten und jegliche Eigeninitiative „von unten“ zu unterdrücken. Dies zeigte sich nicht nur beim Versuch der Öffnung gegenüber städtisch-bürgerlichen Kreisen, sondern auch bei allen anderen Reformbestrebungen, wie der Erneuerung der konservativen Presse, der Verbesserung der Agitation oder in der konservativen Jugend- und Frauenbewegung.

Eine dynamischere Entwicklung war dagegen dort zu verzeichnen, wo der Einfluss der Parteiführung traditionell sehr begrenzt blieb: in den deutschkonservativen

¹ Vgl. dazu auch die Einschätzung von W. Loth, *Katholiken*, 1984, S. 387.

Provinzialvereinen. Insbesondere nach 1908 kam es verstärkt zur Gründung solcher Vereine (u. a. in Posen, Westpreußen, in Nordwestdeutschland und in den thüringischen Staaten), zu deutlich steigenden Mitgliederzahlen und zur Errichtung von kontinuierlich arbeitenden Parteibüros und -sekretariaten in zahlreichen Provinzen; konservative Provinzialvereine bestanden zudem jetzt nicht mehr nur aus Einzelmitgliedern, sondern umfassten nun auch die lokalen und örtlichen Vereine der jeweiligen Provinz. Mit der deutschkonservativen Provinzialbewegung entstand auf diese Weise neben der Parteiführung und den Parlamentsfraktionen eine dritte Kraft innerhalb der DkP, die das Gesicht der Partei zu ändern begann: Als durch die Reichstagswahl von 1912 die Isolation der DkP festgeschrieben wurde und die Erfolglosigkeit der Heydebrandschen Politik deutlich hervortrat, begannen viele regionale Parteiführer damit, sich von der unflexiblen Politik ihres Parteiführers zu lösen, der weiterhin lieber auf das „Pentagramm“ vertraute – also die fünf preußischen Machtbastionen der Partei im Abgeordneten- und Herrenhaus, in der Ministerialbürokratie, bei den Landräten und in der Armee –, als dass er die notwendigen Reformen ernsthaft in Angriff nahm. Deshalb versuchte man jetzt, solche Veränderungen, „von unten“ in die Wege zu leiten, was u. a. sichtbar wurde in einer deutlichen Erweiterung der Vereinsaktivitäten und einer größeren Heterogenität in der Struktur, sozialen Zusammensetzung und politischen Orientierung der Vereine. *Aufgrund der vielfach verstärkt zu verzeichnenden Zusammenarbeit der deutschkonservativen Provinzialorganisationen mit anderen rechten Parteien und Gruppierungen wurde somit schon vor dem Weltkrieg die Grundlage für den Zusammenschluss der rechten Parteien nach dem Ende des Kaiserreichs gelegt.*

Stillstand und Wandel der Deutschkonservativen Partei wurden auch deutlich auf dem Felde der *Außenpolitik*. Auf der einen Seite verhielt man sich den Zielen der deutschen Weltpolitik reserviert gegenüber, da Flotten- und Kolonialpolitik nicht in der Tradition preußischer Außenpolitik standen und weil die von der DkP vertretenen Interessenkreise nicht von einer solchen Politik profitierten: Auch hier legte die Reichsfinanzreform ein beredtes Zeugnis davon ab, dass den Deutschkonservativen die eigenen wirtschaftlichen Interessen wichtiger erschienen als Deutschlands Hegemonialstreben. Auf der anderen Seite aber erkannte man doch auch die mit der Außenpolitik verbundenen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten: Als den Deutschkonservativen nach langem Kampf mit der Regierung von dieser höhere Getreidezölle bewilligt wurden, waren sie dafür im Gegenzug bereit, Bülow's Weltpolitik bedenkenlos zu unterstützen und den Flottengesetzen zuzustimmen. In diesem Zusammenhang kam seit der Jahrhundertwende erschwerend hinzu, dass die DkP, wenn sie eine breitere Basis, vor allem im Mittelstand gewinnen oder gar eine Volkspartei werden wollte, die Weltpolitik unterstützen musste, die ihr zudem bei der Bekämpfung der „Reichsfeinde“ dienlich war. Vor diesem Hintergrund vollzog sich eine allmähliche ideologische Verformung durch die zunehmende Aufnahme nationalistischen Gedankenguts, wengleich sich die Parteiführung den Annäherungsversuchen des ADV und anderer nationalistischer Verbände erfolgreich widersetzte.

Stillstand und Wandel im außenpolitischen Denken hieß auch, dass man auf diesem Gebiete einerseits weiterhin Zurückhaltung übte, weil man der Reichsleitung die alleinige Verantwortung in außenpolitischen Fragen zugestand, dass man aber andererseits immer wieder aus dieser Zurückhaltung ausbrach, um von der Regierung eine kraftvolle Außenpolitik zu fordern. In dieser Hinsicht bildete das Auftreten Heydebrands während der 2. Marokko-Krise eine Zäsur, da der Parteiführer in einer bisher nicht gekannten „kraftmeierischen“ Art einen „Platz an der Sonne“ forderte, den man auch mit dem „deutschen Schwert“ zu erkämpfen bereit war – der deutschkonservative Antigouvernementalismus hatte sich hier deutlich sichtbar auch auf das Feld der Außenpolitik ausgeweitet. Diese Entwicklung musste sich nach der Reichstagswahl von 1912 fortsetzen, *da ein energisches Auftreten in der Außenpolitik eine Möglichkeit darstellte, die innenpolitische*

Isolierung teilweise zu durchbrechen. Auch wenn von der Partei in der Julikrise des Jahres 1914 zu keiner Zeit direkt ein Präventivkrieg gefordert wurde, so hat sie der Regierung doch stets signalisiert, ihr in einen solchen bereitwillig zu folgen und damit deren Entscheidung zum Krieg erleichtert, obwohl man die „Weihnachten-wieder-Daheim“-Stimmung nicht teilte. Zwar konnte die DkP aufgrund des Kriegsausbruchs hoffen, ihre seit 1909/12 manifest gewordene Isolierung zu durchbrechen, das Einbeziehen der SPD in die Parteien-Einheitsfront musste ihr aber missfallen, da dieser jetzt die Möglichkeit gegeben wurde, sich vom Makel des „Reichsfeindes“ zu befreien. Zugleich drohte der Partei hier eine erneute Isolierung, da Bethmann Hollweg schon im Dezember 1914 sein „Programm der Neuorientierung“ verkündet hatte, mit dem eben nicht nur die Einbeziehung der Arbeiterschaft in das Kaiserreich angestrebt wurde, sondern das als Kernstück die preußische Wahlrechtsfrage aufwarf, in der es für die Mehrheit der DkP-Mitglieder keinerlei Kompromisse gab, wenngleich einige wenige Deutschkonservative ihre Bereitschaft signalisierten, *nach* dem Kriege an einer Änderung des preußischen Wahlrechts mitzuwirken. Als Bethmann Hollweg die Wahlrechtsfrage jedoch schon 1917 unverzüglich in Angriff nehmen wollte, fiel es der DkP nicht allzu schwer, sich an der Intrige zum Sturze des ohnehin ungeliebten Kanzlers zu beteiligen, der ihr zu „weich“ erschien, vor allem gegenüber den (Wahlrechts-) Forderungen der Linken, aber auch in seiner Kriegspolitik. Damit hatte die Partei erneut – wenn auch diesmal nur als Randfigur – am Sturze eines ihr eigentlich wohlgesinnten Kanzlers mitgewirkt; vor allem wurde aber auf diese Weise die Chance verspielt, sich durch Kompromissbereitschaft in der unumgänglichen Wahlrechtsreform wieder für eine Zusammenarbeit mit der Nationalliberalen Partei und dem Zentrum zu öffnen und zugleich neue, vor allem konservativ-bürgerliche Wähler im Westen zu gewinnen.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass die DkP in *allen* politisch bedeutsamen Fragen in der Zeit nach dem Burgfrieden eine anachronistische Obstruktionspolitik betrieb und dass sie stattdessen bis zum Ende auf einen Siegfrieden setzte, weil sie sich von einem solchen ein Verlangsamten oder Stoppen der in Aussicht gestellten innenpolitischen Änderungen erhoffte. *Das Einreihen in die Kriegszielbewegung geschah daher auch zuallererst aus innenpolitischen Gründen, weil man wusste, dass ein Frieden ohne Annexionen oder gar eine Niederlage grundlegende innenpolitische Neuerungen bringen musste; zudem wäre ein Gutteil der Kosten des Krieges dann auf die von der Partei vertretene vermögende Bevölkerung abgewälzt worden, was die Einführung direkter Steuern unumgänglich gemacht hätte, derentwegen die Partei schon 1909 einen Reichskanzler geopfert hatte.*

Dennoch gehörte die Deutschkonservative Partei nicht vordergründig zu den großen „Kriegszielkrakeelern“, wobei die innerparteilichen Meinungen hier sehr weit auseinander gingen: In der DkP-Führung gab es einige Kräfte, die nur gemäßigte Annexionen befürworteten, während andere Konservative an der Kriegszielbewegung der wirtschaftlichen Verbände und Alldeutschen teilnahmen; deren Kriegszielprogramm (Denkschrift vom 10. März 1915) versagte die Deutschkonservative Partei ihre Unterschrift auf Intervention Heydebrands, dem die Handlungsfreiheit der Partei wichtiger erschien und der sich für die Ziele der Industrie nicht erwärmen konnte. Anders stellte sich die Verhaltensweise der Deutschkonservativen Partei in der Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges dar, den man geschlossen und vehementer als andere Parteien forderte, da er sich ideologisch besser rechtfertigen ließ als allgemeine Kriegsziele und weil man glaubte, damit die innenpolitischen Bestrebungen besser verwirklichen zu können; Bethmann Hollweg und den auf eine preußische Wahlrechtsreform und Parlamentarisierung drängenden Parteien warfen die Deutschkonservativen vor, dass sie kein schärferes Vorgehen gegen England und die USA wünschten, weil sie mit deren politischen Systemen sympathisieren würden: Je eindeutiger man vor allem den neuen Kriegsgegner USA dem Lager der Feinde zuordnen konnte, desto sicherer glaubten die Deutschkonservativen, die Gefahr eines durch Wilson vermittelten Verständigungsfriedens mit allen seinen innenpolitischen Konsequenzen bannen zu können.

Die Hoffnung, dass man als Vorkämpfer für den U-Boot-Krieg die reformwilligen Parteien auseinander dividieren könnte, musste sich jedoch als trügerisch erweisen. Trotzdem ließ die Parteiführung auch weiterhin alle Möglichkeiten ungenutzt, ihre selbst verursachte Ausgrenzung zu durchbrechen: Einem Vorschlag der „Deutschen Fraktion“, die rechts stehenden Parteien des Reichstags zu einer neuen Partei der „Vereinigten Rechten“ auszubauen, widersetzte sie sich, weil man die Selbstständigkeit der eigenen Fraktion/Partei erhalten wollte; ebenso wenig bekundete die Mehrheit der deutschkonservativen Parteiführung ein größeres Interesse, sich den radikalen Siegfriedensvertretern der Deutschen Vaterlandspartei anzuschließen, *weil diese eine Sammlungsbewegung „von unten“ darstellte, die einen plebiszitären Militärstaat als Alternative zur Parlamentarisierung anstrebte, was mit dem aristokratischen, royalistischen Charakter der Deutschkonservativen Partei unvereinbar schien.* Diese beiden, von Heydebrand negierten Alternativen – parlamentarische Vereinigung der rechten nationalen Parteien und außerparlamentarische Sammlung in der Vaterlandspartei –, führten zu einer Zerreißprobe, der die DkP nicht mehr gewachsen sein konnte. Führende Deutschkonservative (Wangenheim, Mehnert, Kapp u. a.) traten der DVLP bei und vollzogen einen offenen Bruch mit der Parteiführung und den letzten Überbleibseln des „falschen Royalismus.“ Heydebrand und die führenden Parteiinstanzen jedoch waren nicht willens und in der Lage, diese radikalen und extrem nationalen Konservativen zu zähmen und für sich zu engagieren; schon gegen Ende des Jahres 1917 stellte die Deutschkonservative Partei daher eine gespaltene Organisation dar, mit einem zögerlichen und visionslosen Führer, dem immer weniger Konservative zu folgen bereit waren.

Die auf eine Erneuerung drängenden Kräfte (vor allem Dietrich und Gräf) konnten sich erst innerhalb der Partei durchsetzen, *nachdem* die Tatsache der deutschen Niederlage unmissverständlich feststand und *nachdem* diese die Verfassungsänderungen des Oktobers 1918 bewirkt hatte; unter dem Eindruck dieser Ereignisse und der heraufziehenden Revolution akzeptierte die Mehrheit der deutschkonservativen Herren- und Abgeordnetenhausmitglieder schließlich die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. *Erst jetzt* wurden altkonservative Grundsätze über Bord geworfen, wie die Überbetonung Preußens, der Landwirtschaft und der Aristokratie, *erst jetzt* nahm der schon im Frühjahr 1918 gebildete gemeinsame Ausschuss der deutschkonservativen Reichstags- und Abgeordnetenhausfraktionen seine Tätigkeit auf, um den Programmentwurf für eine neu zu gründende Partei auszuarbeiten und gleichzeitig mit den Freikonservativen und den Christlich-Sozialen in Verhandlungen zu treten, um eine Vereinigung der Parteien in die Wege zu leiten.

Auch die letzten Versuche Heydebrands und Westarps, das vollständige Aufgehen der Deutschkonservativen Partei in der neuen Organisation der vereinten Rechten zu verhindern, erwiesen sich als vergeblich: Angesichts der allgemeinen politischen Situation und der Zerfallerscheinungen sowie des dramatischen Bedeutungsverlusts der DkP, beschloss der Fünffziger-Ausschuss am 3. Dezember 1918, einen Aufruf zu veröffentlichen, in dem die deutschkonservativen Organisationen und Mitglieder zum Anschluss an die neue Deutschnationale Volkspartei aufgefordert wurden. Zwar blieben der Hauptverein der Deutschkonservativen und einige Provinzialorganisationen auch in der Zeit der Weimarer Republik bestehen, diese aber stellten nur noch ein Sammelbecken für einige unanpassbare Konservative dar und besaßen keinerlei Einfluss mehr auf die allgemeine politische Entwicklung. Erst die von den Nationalsozialisten betriebene allgemeine „Gleichschaltung“ des Jahres 1933 bewirkte auch das Ende der Geschichte der Deutschkonservativen Partei.

Schluss

Am Ende der Arbeit möchte ich noch einmal kurz auf einige eingangs der Untersuchung aufgeworfenen Kernfragen zurückkommen.

Die Gründung der Deutschkonservativen Partei als Folge der Reichsgründung und ihr faktisches Ende im Strudel der Kriegsniederlage und Revolutionsereignisse hatten den Schluss nahe gelegt, dass die Partei nur im Verfassungssystem des Kaiserreichs existieren konnte. Wie dargestellt, musste die DkP aber auch unter diesen Rahmenbedingungen schon seit den 1890er Jahren einen allmählichen und nach der Reichstagswahl von 1912 einen verstärkten Niedergang erleben. *Am Ende des Kaiserreichs stellte die Partei daher gewissermaßen nur noch ein „Auslaufmodell“ dar, eine von der Regierung und den anderen Parteien im Wesentlichen gemiedene Organisation*, für die es im Reichstag kaum noch die Möglichkeit gab, stabile Koalitionen einzugehen und deren Einfluss auch in Preußen aufgrund der Wahlrechtsänderung schwinden musste.

Auch wenn die Deutschkonservativen schon nach Bismarcks Abgang nicht mehr an die Erfolge der Kartellzeit anknüpfen können, so haben sie trotz aller antigouvernementalen Tendenzen auch nach 1890 noch entscheidend an der Bildung von Mehrheiten im Reichstag mitgewirkt – im Abgeordnetenhaus ging nach wie vor nichts ohne sie – wenngleich man sich nicht davor scheute, die Zustimmung zu Aufrüstungsmaßnahmen von der Erhöhung der Getreidezölle abhängig zu machen.

Nach der Reichstagswahl von 1907 konnte die DkP, ungeachtet ihrer weiterhin sinkenden Stimmanteile, sogar an die Stelle des Zentrums treten und dessen einstige Schlüsselposition im Reichstag einnehmen, da sie die Möglichkeit der Wahl eines Bündnisses mit den liberalen Parteien oder dem Zentrum besaß: Die Funktionsfähigkeit des Reichstags in den Jahren 1907-09 hing also in beträchtlichem Maße von der Deutschkonservativen Partei ab. Mit deren Unterstützung kamen in dieser Zeit das Reichsvereins- und das Börsengesetz sowie die große Reichsfinanzreform zustande. Entscheidend für den Niedergang der Deutschkonservativen erwies sich aber eben deren Verhalten bei der Reichsfinanzreform: Diese brachten sie gegen das Ansinnen der Regierung und mit dem Zentrum durch, ließen dafür den Bülow-Block zerbrechen und halfen, den Kanzler zu stürzen. Damit war der letzte und endgültige Beweis von der DkP als einer rein egoistischen Interessenorganisation erbracht worden, und die Partei hatte ihre kurzzeitige Schlüsselrolle verspielt, die sie jedoch auch den günstigen Umständen der Reichstagswahl von 1907 (Anti-Zentrumsstimmung und letztmaliger antisozialdemokratischer Konsens) verdanken konnte. Nach 1909 beginnend (1911: elsass-lothringische Verfassungsreform) und *nach der Reichstagswahl von 1912 dann fast ausschließlich wurden Gesetze gegen die DkP verabschiedet*. Die totale Verweigerungshaltung der DkP-Führung, wie sie z. B. deutlich wurde bei der Reichsvermögenszuwachssteuer oder aber in der Frage der Demokratisierung und des Dreiklassenwahlrechts, manövrierte die Partei endgültig aufs Abstellgleis.

Für diese Entwicklung gab es sowohl objektive Ursachen – Industrialisierung, Parlamentarisierung und Demokratisierung waren nicht aufzuhaltende Prozesse – als auch subjektive Gründe: *Das starre Festhalten am Alten und die egoistische Interessenpolitik waren letztlich selbstverschuldet und vermeidbare Fehler*. Schließlich war die DkP mit der durch die Bismarcksche Verfassung gegebenen Kompetenzverteilung zwischen Regierung und Reichstag einverstanden, doch sobald sie ihre Belange von der Regierung nicht in ausreichendem Maße vertreten wählte, nutzte sie die Institution des Reichstags, um eigene Interessen durchsetzen zu können; dies taten die Deutschkonservativen in zunehmendem Maße mehr, *womit sie die Rolle des Reichstags als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung unterstrichen und den Einfluss der Regierung schmälerten*. Damit aber förderten sie die nicht in ihrem Sinne liegenden Prozesse der Demokratisierung und Parlamentarisierung.

Als ebenso falsch und verhängnisvoll erwies sich Heydebrands Rechnung, sich von Bülow und dem „Block“ ab- und dem Zentrum zuzuwenden, wenn er glaubte, die Herrschaft der

konservativen Partei damit auf lange Zeit stabilisieren zu können. Auch Heydebrands Einschätzung des Zentrums war fehlerhaft, wenn er dieses als Schlesier als eine rein konservativ ausgerichtete Partei betrachtete und damit als einen natürlichen Verbündeten: Dass eine konservativ-klerikale Allianz nur bei einer Wandlung der DkP hin zu einem gemäßigten Reformkurs eine wirkliche Alternative darstellen konnte, wurde vom deutschkonservativen Parteiführer nicht wahrgenommen.

Heydebrand mag ein glänzender Führer gewesen sein, ein „konservativer Parteinapoleon“², aber er blieb ohne Verständnis für die Bedürfnisse und Stimmungen der Allgemeinheit, über die er „seine“ konservative Partei und deren Interessen stellte. Dieser doktrinäre Eigensinn Heydebrands, der auch die Widerstrebenden der Partei unter seine Parole zwang, musste die DkP in die Isolierung führen. *Insgesamt erwies sich die deutschkonservative Parteiführung als unfähig, sich den Bedingungen moderner Politik durch ein Eingehen auf breitere Volksschichten anzupassen.* Auf diese Weise vollzog sich auch der große Einigungsprozess auf der Rechten größtenteils ohne Beteiligung der Deutschkonservativen Partei; dass es ein dauerhaftes, funktionierendes „Bündnis der Eliten“ nicht gegeben hat, ist deshalb eben auch auf das mangelnde Engagement der deutschkonservativen Parteiführung zurückzuführen, von der ein solches Bündnis nie angestrebt worden ist.

Wenn man auf die Frage zurückkommt, ob die Deutschkonservativen für die stagnierende politische Entwicklung und deren Widerspruch zur rasant fortschreitenden wirtschaftlich-sozialen Entwicklung mitverantwortlich gewesen sind, so kann man das nur zum Teil bejahen. Dadurch, dass man die eigenen Interessen parlamentarisch rücksichtslos durchsetzte, dass man Kanzler stürzen half und diese vom Vertrauen des Parlaments abhängig machte, dass man auch außenpolitische Debatten in den Reichstag hinüberzog, *leistete die DkP der Entwicklung zum Parlamentarismus Vorschub, ohne es eigentlich zu wollen – dies war eine der Schizophrenien des Konservativismus der Wilhelminischen Zeit.* Ebenso legten die Deutschkonservativen mit dem Bruch des „Bülow-Blocks“ die Grundlagen für ein Bündnis von katholischem und liberalem Bürgertum, das unter Zurückdrängung der alten konservativ-agrarischen Eliten die Etablierung eines bürgerlichen Klassenregimes anstrebte und in Ansätzen auch zu verwirklichen begann.

Die Mehrheitsverhältnisse und Parteiaffinitäten hatten sich nach der Reichstagswahl von 1912 verschoben, waren aber noch nicht verfestigt; was diese Entwicklung für das konstitutionelle System des Kaiserreichs bedeutet haben würde, war noch nicht entschieden, als der Erste Weltkrieg ausbrach. Klar war aber, dass Zentrum und Linksliberale mittlerweile zu „Reichsfreunden“ geworden waren und dass sich auch in der SPD ein Abschied von der revolutionären Dogmatik abzeichnete: Selbst die Möglichkeit einer Reformkoalition der linken Mitte unter völligem Ausschluss der DkP war damit in den Bereich des Möglichen gerückt.

Die Deutschkonservative Partei, wie sie sich am Ende des Kaiserreichs unter der Führung Heydebrands präsentierte, hätte man unter diesen Umständen nicht mehr gebraucht – auch das Zentrum wäre bei der nächsten Reichstagswahl wohl nicht wieder mit der DkP zusammengegangen. Die DkP hätte daher auch ohne Weltkrieg nur in einer Partei der vereinten Rechten wieder zu mehr Einfluss gelangen können, denn dass auch die Ausdehnung in den Westen und Süden sowie in die Großstädte aus eigener Kraft nicht zu leisten gewesen wäre, das hatten die Erfahrungen der Vorkriegszeit bereits angedeutet. Mit dem 1924 verstorbenen Heydebrand als Parteiführer wäre dieser Prozess nicht realisierbar gewesen. Derjenige, der diesen Vereinigungsprozess auch im Rahmen des Kaiserreichs hätte führen können – und der ihn dann ja in der Weimarer Republik auch realisieren half –, wäre möglicherweise Graf Westarp gewesen. Für diese Variante spricht, dass Westarp, wie Stresemann bei den Nationalliberalen und Erzberger beim Zentrum, ein Parteiführer neuen Typus war, der Arbeitsdisziplin, taktisches Verständnis und die Zusammenarbeit mit dem

² So die Einschätzung in der „Täglichen Rundschau“, Nr. 61, 5. Dezember 1911.

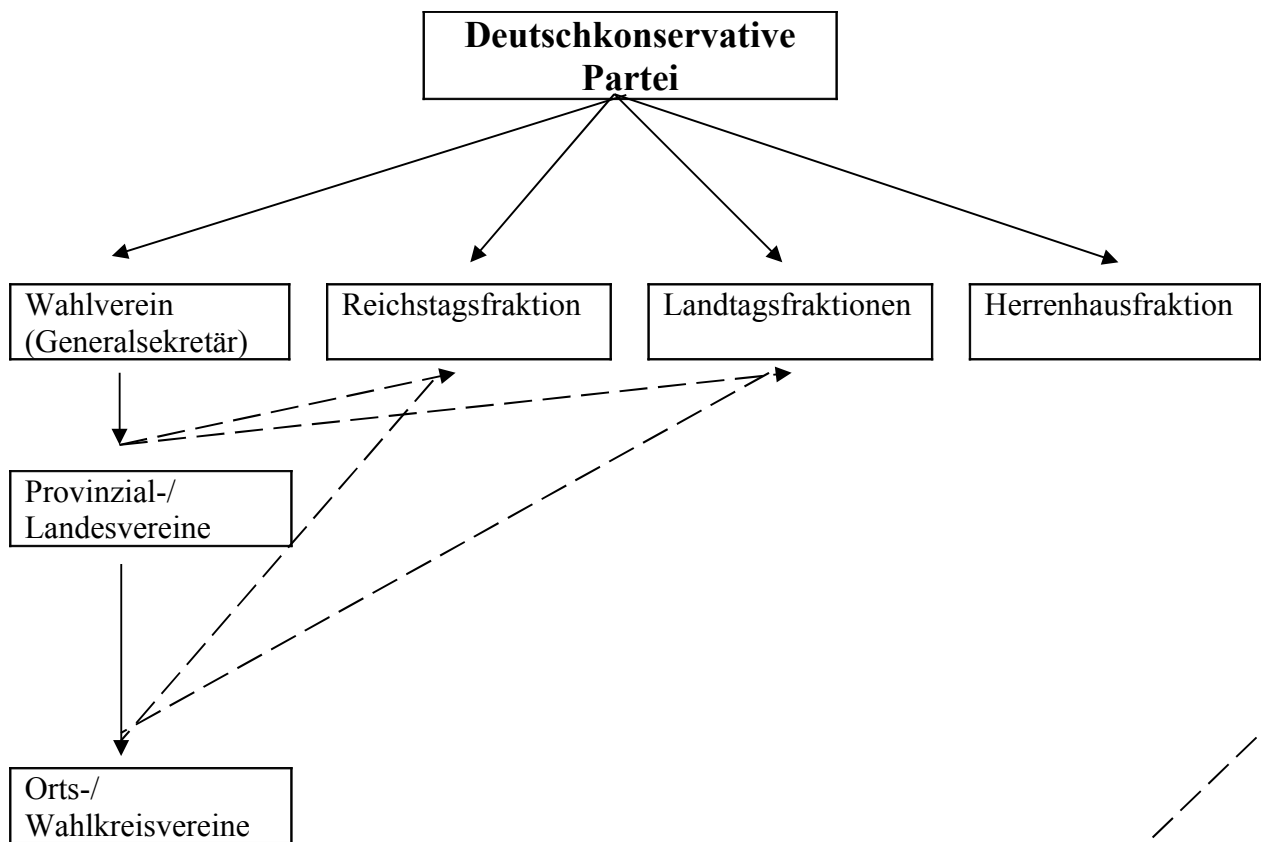
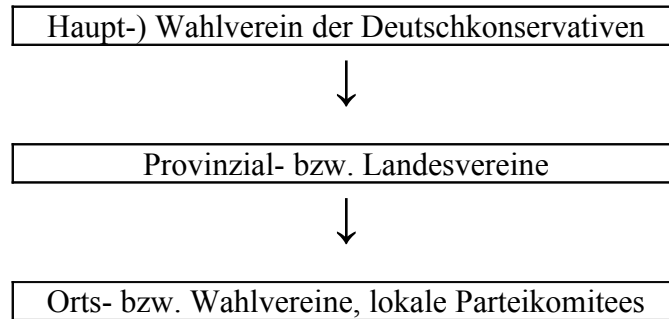
Parteiapparat (Schroeter) in den Vordergrund stellte; vor allem aber war Westarp, und das zeigte die Zeit als Parlamentarier und Parteivorsitzender der DNVP, im Unterschied zu Heydebrand wesentlich kompromissbereiter. Gegen diese Möglichkeit muss jedoch der starke Widerstand des Grafen gegen die Auflösung der DkP am Ende des Kaiserreichs ebenso ins Feld geführt werden wie der Fakt, dass er sich der neuen Partei nur mit Vorbehalten anschloss. Ob aber Westarp oder ein anderer – wie Schiele, Dietrich, Graef oder Kapp – auch ohne Kriegsniederlage und Revolution eine solche Vereinigung gegen die nach wie vor starken und einflussreichen ostelbischen Junker überhaupt hätte durchführen können, muss im Bereich der Spekulation bleiben. Es bleibt aber zu befürchten, dass diese Kräfte auch weiterhin „rücksichtslos ihre Schuldigkeit getan“ hätten.³ In diesem Falle aber wäre der Niedergang der Deutschkonservativen Partei auch im Rahmen des sich entwickelnden Verfassungssystems des Kaiserreichs unaufhaltbar gewesen.

Anhang

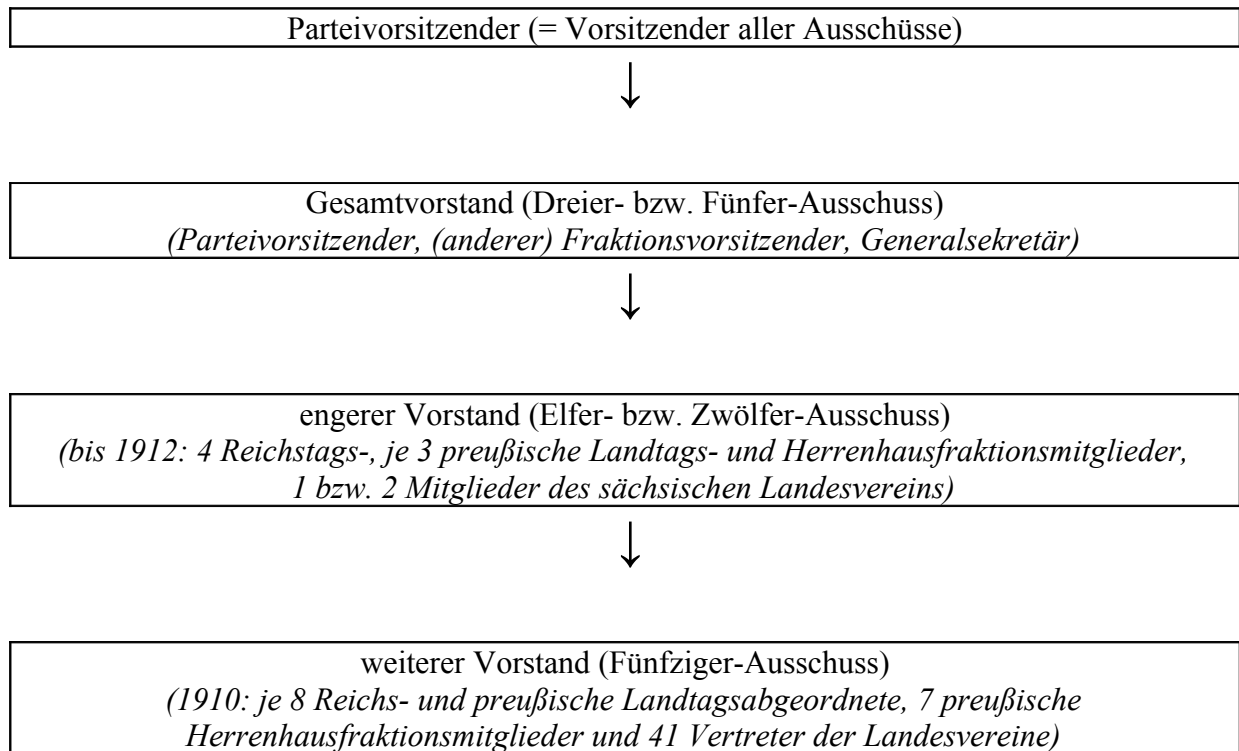
³ So Oldenburg-Januschau in seinem Resümee der Tätigkeit der deutschkonservativen Fraktion des 12. Reichstags (1907-12), zit. nach: Danziger Allgemeine Zeitung, Nr. 292, 13. Dezember 1911.

Anhang 1: Zur Organisation der Deutschkonservativen Partei

a) allgemeine Organisationsstruktur



b) Die Führungsgremien



Parteivorsitzende

- 1876-1881 und 1884-1892 Otto Heinrich von Helldorf-Bedra (1833-1908)
 1881-1884 Wilhelm Joachim Baron von Hammerstein-Schwartow (1838-1904)
 1892-1911 Otto Karl Gottlob Frhr. von Manteuffel-Crossen (1844-1913)
 1911-1914 *offiziell*: Wilhelm von Wedel-Piesdorf (1837-1915)
 faktisch: Ernst von Heydebrand und der Lasa, Oskar von Normann und
 Karl Stackmann (Drei-Männer-Kollegium)
 1914-1918 Ernst von Heydebrand und der Lasa (1852-1924)
 1918-1924 *offiziell*: Ernst von Heydebrand und der Lasa
 faktisch: Kuno Graf von Westarp (1864-1945)
 1924- 1925 Kuno Graf von Westarp
 1925- 1929 Adolf Graf von Seidlitz-Sandretzki (1896-1945)
 1929- 1933 Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin (1890-1945)

Gesamtvorstand (Dreier-, bzw. Fünfer-Ausschuss)

- bis 27. Mai 1892: Otto von Helldorf-Bedra, Albert von Levetzow, Wilhelm Anton Justin von Rauchhaupt
 ab 27. Mai 1892: Baron Otto Karl Gottlob Frhr. von Manteuffel-Crossen, Friedrich Wilhelm Graf von Limburg-Stirum, Wilhelm von Rauchhaupt
 1895: Otto Karl Gottlob Frhr. von Manteuffel-Crossen, Friedrich Wilhelm Graf von Limburg-Stirum, Graf Julius von Mirbach-Sorquitten
 1902: Otto Karl Gottlob Frhr. von Manteuffel-Crossen, Friedrich Wilhelm Graf von Limburg-Stirum, Julius Graf von Mirbach-Sorquitten, Ernst von Heydebrand und der Lasa, Friedrich Wilhelm von Loebell
 1910: Ernst von Heydebrand und der Lasa, Oskar von Normann, Karl Stackmann
 1912: Ernst von Heydebrand und der Lasa, Oskar von Normann (ab November 1912: Dr. Paul Mehnert), Karl Stackmann, Wilhelm von Wedel-Piesdorf, August Klasing

Engerer Vorstand (Elfer-, bzw. Zwölfer-Ausschuss)

- Ende 1908 (beispielgebend): Otto Karl Gottlob Frhr. von Manteuffel-Crossen (Vors.), Leopold von Buch, Hermann Frhr. von Erffa, Ernst von Heydebrand und der Lasa, Heinrich August Klasing, Jordan von Kröcher, Karl Paul Mehnert, Julius Graf von Mirbach-Sorquitten, Oskar von Normann, Karl Julius Rabe von Pappenheim, Karl Stackmann

Vorsitzende der Reichstagsfraktion

- 1876-1881 Otto H. von Helldorff-Bedra
 1881-1884 Wilhelm Frhr. von Minnigerode-Rossitten
 1884-1892 Otto H. von Helldorff-Bedra
 1892-1898 Julius Graf von Mirbach-Sorquitten
 1898-1912 Oskar von Normann
 1912-1913 Hans Wilhelm Alexander Graf von Kanitz
 1913-1918 Kuno Graf von Westarp

Vorsitzende der Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses

- 1876-1893 Wilhelm Anton Justin von Rauchhaupt

1893-1905 Friedrich Wilhelm Graf von Limburg-Stirum
1905-1918 Ernst von Heydebrand

Arnstadt, Albert (11.5.1862 Großvargula – 29.1.1947 Großvargula), Landwirt, Großvargula (Bez. Erfurt); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 3 Erfurt; MdR Januar 1919 – Mai 1924 für die DNVP

v. *Bieberstein-Rogalla, Ferdinand* (21.1.1857 Barranowen – 8.11.1945 Berlin), Rgb., Rittmeister a. D., Bosemb (Ostprien); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 7 Gumbinnen (Bez. Königsberg); 1895 MdAh

v. *Böhlendorff-Kölpin, Karl Franz* (2.9.1855 Stettin – 30.5.1925 Kölpin), Major a. D., Rgb., Rittmeister a. D., Regezow (Landkreis Usedom-Wollin); MdR Juni 1903 – Januar 1907 und Januar 1912 – November 1918; WK 2 Stettin; 1898 MdAh

v. *Bolko, Paul* (14.3.1850 Marienau – unbek.), Rgb., Oberküpfer (Kreis Sagan); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 2 Liegnitz; 1913 MdAh

v. *Bonin, Swantus Peter Bogislaw* (23.12.1842 Pasewalk – 27.1.1929 Bahrenbusch), Landrat a. D., Rgb., Rittmeister a. D., Bahrenbusch (Kreis Neustettin); MdR Juni 1898 – November 1918; WK 5 Köslin; Mandat niedergelegt 17.7.1918, Nachwahl 9.11.1918, Wiederwahl; 1895 MdAh

v. *Brederlow, Hans Joachim* (25.11.1858 Berlin – 6.9.1920 Bad Kissingen), Majoratsherr, Rittmeister der Reserve a. D., Groß Salan (Ostprien); MdR Januar 1912 – November 1918; WK 10 Königsberg; MdAh

v. *Brockhausen, Eugen Heinrich* (10.3.1857 Karwitz – 14.9.1922 Karwitz), Landrat z. D., Stettin; MdR Juni 1898 – November 1918; WK 4 Köslin; 1892 MdAh

v. *Carmer, Friedrich, Graf* (22.6.1849 Groß-Osten – 8.6.1915 Rützen), Schlosshauptmann von Breslau, Kammerherr, Major a. D., Landschaftsdirektor und Rgb., Groß-Osten (Niederschlesien); MdR Februar 1890 – 8.6.1915; WK 1 Breslau; Nachwahl 20.9.1915, gewählt: von Gossler, Alfred für die DkP; 1892 MdAh

v. *Carmer, Karl, Graf* (20.9.1861 Panzkau/Striegau – 11.10.1922 Zieserwitz), Majorats- und Rittergutsbesitzer, Gerichtsassessor a. D., Rittmeister der Reserve a. D., Zieserwitz, Kreis Neumarkt (Schlesien); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 8 Breslau; MdHh

Dietrich, Hermann Adolf Christian (11.5.1856 Schmargendorf (Uckermark) – 5.7.1930 Gut Metzelthin/Templin), Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, Potsdam, Rgb., Prenzlau; MdR Juni 1898 – November 1918; WK 3 Potsdam; 1898 – 1918 MdAh; MdR Januar 1919 – Mai 1928 für die DNVP; WK 4 Potsdam; 1919 -1920 Vizepräsident des Reichstags

Frommer, Georg (29.9.1862 unbekannt – unbekannt), Landschaftsrat, Rgb., Sodehnen, Kreis Angerapp (Ostprien); MdR Januar 1912 – November 1918; WK 5 Königsberg

Gans, Wolfgang, Edler Herr zu Putlitz (3.1.1857 Retzin – 31.5.1931 Gundelsheim), Rgb., Barskewitz, Kreis Saatzig (Pommern); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 5 Stettin; 1903 -1907 MdAh

Giese, Ernst, Dr. jur. (17.3.1848 Gotha – 19.6.1916 unbekannt), Geh. Justizrat Oschatz; MdR Oktober 1889 – Juni 1893 und Januar 1907 – 16.9.1916; WK 11 Sachsen; Nachwahl 23.11.1916, gewählt: Dr. Wildgrube für die DkP

v. *Graefe, Albrecht* (1.1.1868 Berlin – 18.4.1933 Goldebee), Rgb., Rittmeister der Reserve, Goldebee bei Wismar (Mecklenburg); MdR Januar 1912 – November 1918; WK 6 Mecklenburg-Schwerin; MdL Mecklenburg 1899 – 1918; MdR Januar 1919 – Juni 1920; WK 35 Mecklenburg-Lübeck; Juni 1920 – Mai 1924 für die DNVP; WK 7 Mecklenburg; Mai 1924 – Mai 1928 Reichswahlvorschlag Nationalsozialistische Front

Gräfe, Emil Heinrich (8.1.1857 Bischofswerder – 23.10.1917 Bischofswerder), Weingroßhändler, Bischofswerder; MdR Juni 1893 – 23.10.1917; WK 3 Sachsen; Nachwahl 25.1.1918, gewählt: Uhlig, Otto für die SPD

v. *Heydebrand und der Lasa, Ernst, Dr. jur.* (20.2.1851 Gollkowe – 15.11.1924 Klein-Tschunkawe), Landrat a. D., Gutsbesitzer, Klein-Tschunkawe (Schlesien); MdR Juni 1903 – November 1918; WK 2 Breslau; 1888 MdAh

Hoesch, Felix Alwin (24.8.1866 Düren – 17.9.1933 Goslar), Ökonomierat, Rgb., Neukirchen (Altmark); MdR Januar 1912 – 26.3.1914; WK 2 Magdeburg; Mandat ungültig und Nachwahl 25.5.1914, gewählt. Wachorst de Wente, Friedrich für die NLP

Holtschke, Edmund (28.5.1855 Oberrissdorf – unbekannt), Amtsgerichtsrat Soldin (Brandenburg); MdR 22.11.1909 – November 1918; WK 2 Frankfurt/Oder, neu für: Böning, Kunibert (DkP); 1898 MdAh

v. *Kanitz, Hans, Graf* (17.4.1841 Mednicken – 30.6.1913 Berlin), Kammerherr, Majoratsbesitzer, Landrat und Rittmeister a. D., Podangen (Ostprien); MdR 1.3.1869 – März 1871; WK 7 Königsberg, Dezember 1889 – 30.6.1913; WK 2 Gumbinnen, neu für: Sperber, Albert (DkP); Nachwahl 23.8.1913, gewählt: Gottschalk, Fritz für die DkP

v. *Kaphengst, Axel* (21.8.1870 Reppen – 5.3.1913 Nervi/Italien), Rgb., Rittmeister der Reserve, Kohlow (Neumark); MdR Januar 1907 – 5.3.1913; WK 5 Frankfurt/Oder; Nachwahl 9.5.1913, gewählt: Bohtz, Carl Rudolf für die DkP

v. *Knigge, Wilhelm, Frhr.* (10.6.1863 Alt-Abgülden – 2.7.1932 Schneidemühl), Rgb., Rittmeister a. D., Grunau; MdR Januar 1912 – November 1918; WK 7 Marienwerder

Krahmer, Wilhelm (29.8.1846 Belgen – unbekannt), Rgb., Rittmeister a. D., Belgen; MdR Januar 1912 – November 1918; WK 3 Frankfurt/Oder

Kreth, Hermann (16.2.1860 Althof-Insterburg – unbekannt), Land- und Regierungsrat a. D., Rittmeister der Reserve a. D., Direktor der Spirituszentrale G.m.b.H. Berlin; MdR 1.12.1903 – November 1918; WK 4 Gumbinnen, neu für: Sperber, Emil (DkP); 1899 MdAh

v. *Kröcher, Jordan, Exzellenz* (23.5.1846 Isenschnibbe – 12.1.1918 Gut Vinzelberg), Wirklicher Geheimer Rat, Haupttritterschaftsdirektor, Rgb., Vinzelberg (Altmark); MdR Juni 1898 – 17.4.1913; WK 1 Magdeburg; (Mandat ungültig, Nachwahl 10.7.1913, gewählt: Böhme, Karl für die NLP); 1879 – 1882 und 1888 Mitglied, 1898 – 1912 Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses

Malkewitz, Gustav (15.5.1861 Wollin – 18.9.1924 Stettin), Chefredakteur und Verleger, Stettin; MdR Juni 1903 – November 1918; WK 3 Köslin; 1900 – 1918 MdAh; MdR Januar 1919 – 18.9.1924 für die DNVP; WK 6 Pommern

v. Massow, Ludwig (26.1.1844 Stargard – 6.6.1914 Parnehenen), Oberst a. D., Rgb., Parnehenen (Ostproußen); MdR Juni 1898 – Januar 1907 und Januar 1912 – 6.6.1914; WK 2 Königsberg; Nachwahl 23.7.1914, gewählt: Wagner, Richard für die FVP

Meyer, Ludwig (31.8.1857 Siems/Lübeck – unbekannt), Rgb., Oberpaulsdorf (Oberschlesien); MdR Januar 1912 – November 1918; WK 1 Oppeln

v. Michaelis, Hubert (12.4.1858 Quatzow/Schlawe (Pommern) – 22.7.1925 Quatzow), Rgb., Rittmeister, Quatzow; MdR Juni 1903 – November 1918; WK 2 Köslin; MdAh

Nehbel, Hans Alexander Hermann (14.2.1868 Salusken – unbekannt), Rgb., Hauptmann der Reserve, Salusken (Ostproußen); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 8 Königsberg; MdAh

Niederlöhner, Leonhard (12.4.1854 Obermögersheim/Mittelfranken – 20.11.1930 Obermögersheim), Bürgermeister, Gastwirt, Ökonom, Obermögersheim; MdR 4.7.1907 – November 1918; neu für: Nißler, Tobias (DkP); WK 5 Mittelfranken

v. Normann, Oskar (25.2.1844 Berlin – 17.10.1912 Schloss Barkow), Oberstleutnant a. D., Rgb., Barkow/Pommern; MdR Februar 1890 – 17.10.1912; Fraktionsvorsitzender der DkP; WK 7 Stettin; Nachwahl 25.11.1912, gewählt: Flemming, Kurt für die DkP; 1897 MdAh

Oertel, Georg, Dr. phil. (27.3.1856 Groß-Dölzig – 23.7.1916 Spechthausen), Chefredakteur, Berlin; MdR Juni 1898 – Juni 1903; WK 9 Sachsen; Januar 1912 – 23.7.1916; WK 4 Breslau; Nachwahl 30.11.1916, gewählt: aus dem Winkel, Henning für die DkP

Pauli, August (21.5.1852 Potsdam – unbekannt), Tischlermeister Potsdam, MdR Juni 1898 – Januar 1912; WK 7 Potsdam; MdR Januar 1912 – 21.5.1912; WK 1 Mecklenburg-Schwerin; Mandat ungültig; Nachwahl 28.6.1912, gewählt: Sivkovich, Hans für die FVP

Reck, Hermann (30.11.1847 Malleczewen – unbekannt), Gutsbesitzer, Malleczewen (Ostproußen); MdR Januar 1912 – November 1918; WK 8 Gumbinnen; 1900 MdAh

Ritter, Emil (12.1.1858 Stöwen – 7.10.1914 unbekannt), Gutsbesitzer Stieglitz (Kreis Czarnikau/Posen); MdR 9.7.1908 – 7.10.1914; WK 1 Bromberg; neu für: Zindler, Max (DkP); Nachwahl 18.12.1914, gewählt: Roesicke, Gustav für die DkP

Rother, Robert (27.7.1845 Sägen/Strehlen – unbekannt), Gutsbesitzer, Oberamtmann, Strehlen (Schlesien); MdR Juni 1893 – November 1918; WK 5 Breslau

Rupp, Johannes (7.8.1864 Reihen – 24.7.1943 Reihen), Landwirt, Bürgermeister, Reihen (Baden); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 13 Baden

Schwerin, Hans, Graf, Exzellenz, Dr. phil. h. c. (19.5.1847 Schwerinsburg – 4.11.1918 Berlin), Rgb., Rittmeister a. D., Löwitz (Pommern), Wirklicher Geheimer Rat, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Vorsitzender des Preußischen Landesökonomiekollegiums

und der Landwirtschaftskammer für Pommern; MdR Juni 1893 – 4.11.1918 (keine Nachwahl), 1910 – 1912 Reichstagspräsident; WK 1 Stettin; MdAh

Siebenbürger, Otto Gustav Alexander (16.4.1849 Höckenberg – unbekannt), Rgb., Haseleu/Roggow (Kreis Regenwalde/Pommern); MdR Januar 1907 – November 1918; WK 6 Stettin

v. Veit, August, Dr. jur. (18.8.1861 Rostock – 15.2.1927 Deyelsdorf), Landrat, Rgb., Mohrunen und Deyelsdorf; MdR Januar 1912 – November 1918; WK 7 Königsberg

Vogt, Friedrich (8.2.1858 Büttelbronn – unbekannt), Landwirt, Schultheiß, Büttelbronn (Kreis Oehringen/Württemberg); MdR Juni 1903 – November 1918; WK 12 Württemberg

Weilnböck, Luitpold (19.2.1865 Vilshofen – 21.1.1944 Schillingsfürst), Ökonomierat, Stadtsteinach (Oberfranken); MdR Januar 1912 – November 1918; WK 3 Oberfranken; MdR Januar 1919 – Juni 1920 für die DNVP; WK 26 Oberfranken; MdR Juni 1920 – Mai 1924 für die DNVP; WK 29 Franken; MdR Mai 1924 – Dezember 1924 für die DNVP; Reichswahlvorschlag; MdR September 1930 – Juli 1932 für die DNVP; Reichswahlvorschlag

v. Westarp, Kuno Friedrich Viktor, Graf (12.8.1864 Ludom – 30.7.1945 Berlin), Oberverwaltungsgerichtsrat, Berlin, Landrat, Kreis Randow; MdR 12.12.1908 – November 1918; WK 3 Posen; neu für: Gersdorff, Hans (RFKP); 1913 – November 1918 Fraktionsvorsitzender der DkP; MdR Juni 1920 – September 1930 für die DNVP; WK 3 Potsdam; MdR September 1930 – Juli 1932 für die Konservative Volkspartei; Reichswahlvorschlag

Will, Arthur (11.9.1848 Trebenow – 4.12.1912 Schweslin), Hofbesitzer, Amts- und Gemeindevorsteher, Schweslin (Kreis Lauenburg/Pommern); MdR Juni 1893 – 4.12.1912; WK 1 Köslin; Nachwahl 23.12.1912, gewählt: v. Boehn, Siegfried für die DkP

v. Winterfeldt-Menkin, Joachim (15.5.1865 Grünberg – 3.7.1945 Harmshagen), Oberpräsidialrat, Berlin, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Rgb., Rittmeister der Reserve, Berlin; MdR 14.10.1908 – November 1918; WK 4 Potsdam

Hospitanten:

Gebhart, Karl (6.1.1859 Lauterecken – 29.4.1921 Lauterecken), Ökonomierat, Lauterecken (Kreis Kusel/Pfalz); MdR Januar 1912 – November 1918; WK 5 Pfalz; MdR Januar 1919 – Juni 1920 Hospitant der DNVP; WK 27 Pfalz; MdR Juni 1920 – 29.4.1921 für die DVP; WK 30 Pfalz; 1903 – 1911 Md. bayr. Abg.-Kammer

Vogt, Wilhelm (26.10.1854 Gochsen – 22.5.1938 Gochsen), Gutsbesitzer Gochsen (Kreis Heilbronn); MdR Juni 1903 – November 1918; WK 11 Württemberg; MdR Januar 1919 – Juni 1920 für die DNVP; WK 31/32 Württemberg; MdR Juni 1920 – Mai 1924 für die DNVP; WK 34 Württemberg; MdR Mai 1924 – September 1930 für die DNVP; WK 31 Württemberg; 1901 Md. württ. Abg.-Kammer

Nachwahlen:

v. *Boehn, Siegfried* (29.6.1865 Sagerke – unbekannt), Rgb., Deutsch-Buckow (Kreis Stolp/Pommern); MdR 23.12.1912 – November 1918; neu für: Will, Arthur (DkP); WK 1 Köslin; MdAh

Bohtz, Carl Rudolf (22.8.1864 Schmargorei – unbekannt); Rgb., Schmargorei; MdR 9.5.1913 – November 1918; neu für: v. Kaphengst, Axel (DkP); WK 5 Frankfurt/Oder

v. *Flemming, Karl Frhr.* (11.3.1872 Benz – 17.3.1938 Berlin), Fideikommissbesitzer, Basenthin (Kreis Kammin/Pommern); MdR 25.11.1912 – November 1918; neu für: v. Normann, Oskar (DkP); WK 7 Stettin

v. *Goßler, Alfred* (17.3.1867 Guhrau – 16.8.1946 Testorf), Landrat a. D., Rgb., Schätz (Schlesien); MdR 20.9.1915 – November 1918; neu für: v. Carmer, Friedrich (DkP); WK 1 Breslau; 1908 MdAh

Gottschalk, Fritz (15.10.1853 Berkeln – 18.11.1917 Sauerwalde), Gutsbesitzer, Sauerwalde; MdR 23.8.1913 – 18.11.1917; neu für: v. Kanitz, Hans (DkP); WK 2 Gumbinnen; Nachwahl 2.2.1918, gewählt: v. Kapp, Wolfgang für die DkP; 1898 MdAh

Kapp, Wolfgang (24.7.1858 New York – 12.6.1922 Leipzig), Landschaftsdirektor, Berlin; MdR 2.2.1918 – November 1918; neu für: Gottschalk, Fritz (DkP); WK 2 Gumbinnen

Roesicke, Gustav, Dr. jur. (15.7.1856 Berlin – 25.2.1924 Oels), Gerichtsassessor a. D., Görsdorf; MdR Juni 1898 – Juni 1903; WK 6 Pfalz; MdR Januar 1907 – Januar 1912; WK 6 Pfalz; MdR 18.12.1914 – November 1918; neu für: Ritter, Emil (DkP); WK 1 Bromberg; 1913 – 1918 MdAh; MdR Januar 1919 – Juni 1920 für die DNVP; WK 2 Ostpreußen; MdR Juni 1920 – 25.2.1924 für die DNVP; Reichswahlvorschlag

A Prozentualer Stimmanteil

(nach: G. A. Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S.67-97)

| | 1871 | 1874 | 1877 | 1878 | 1881 | 1884 | 1887 | 1890 | 1893 | 1898 | 1903 | 1907 | 1912 |
|---|------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| <i>Preußen</i> | 20,8 | 10,0 | 12,4 | 16,0 | 20,0 | 19,7 | 20,2 | 15,1 | 16,2 | 13,7 | 13,3 | 13,2 | 11,5 |
| <i>Bayern</i> | 1,0 | 0,9 | 2,8 | 4,0 | 3,2 | 1,3 | 0,5 | 1,3 | 2,5 | 1,9 | 1,4 | 1,8 | 4,5 |
| <i>Sachsen</i> | 5,2 | 7,2 | 17,4 | 16,2 | 24,3 | 22,7 | 24,0 | 22,6 | 21,5 | 18,1 | 10,1 | 7,7 | 8,0 |
| <i>Württemberg</i> | 1,6 | - | 0,1 | 1,1 | 3,7 | 1,2 | 1,6 | 0,4 | 2,4 | 4,6 | 4,8 | - | 11,8 |
| <i>Baden</i> | 3,7 | 0,7 | 7,8 | 14,6 | 9,8 | 13,1 | 14,6 | 11,0 | 8,9 | 1,2 | 0,7 | 2,9 | 4,1 |
| <i>Hessen</i> | 0,4 | - | 4,6 | 5,8 | 2,3 | - | - | - | 0,4 | - | - | - | - |
| <i>Meckl.-Schwerin</i> | 37,2 | 34,2 | 29,9 | 46,0 | 47,2 | 49,0 | 39,4 | 29,2 | 35,6 | 25,1 | 29,2 | 30,5 | 30,1 |
| <i>Meckl.-Strelitz</i> | 47,9 | 40,8 | 46,7 | 51,7 | 48,2 | 55,4 | 85,9 | 44,1 | 52,6 | - | - | - | - |
| <i>Oldenburg</i> | - | 4,1 | - | - | 0,2 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Braunschweig</i> | - | - | 2,2 | 5,4 | - | 0,1 | - | - | 6,8 | - | - | - | - |
| <i>Anhalt</i> | 0,2 | - | - | - | 16,3 | - | - | 5,9 | 10,3 | 7,6 | - | - | 7,6 |
| <i>Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe</i> | 11,6 | 14,5 | 21,1 | 31,1 | 36,5 | 39,2 | 24,0 | 20,8 | 36,8 | 22,9 | 11,6 | 13,9 | - |
| <i>Thüringen</i> | 6,7 | 1,3 | 2,8 | 8,9 | 9,6 | 5,1 | 0,8 | 1,0 | 2,0 | 5,0 | 8,5 | 2,9 | 5,5 |
| <i>Hansestadt Lübeck</i> | - | - | - | - | 23,5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Hansestadt Bremen</i> | - | - | - | - | 8,9 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Hansestadt Hamburg</i> | - | - | - | 1,2 | 0,9 | - | - | - | 0,5 | - | - | - | - |
| <i>Elsass-Lothringen</i> | Keine Wahl | - | 0,0 | 0,2 | 2,8 | 0,0 | - | 12,5 | 14,7 | 10,0 | 4,8 | - | - |
| <i>Provinz Schleswig-Holstein</i> | 10,1 | - | 8,2 | 16,2 | 20,2 | 6,0 | 5,7 | 4,2 | 4,6 | - | - | - | 5,4 |
| <i>Provinz Hannover</i> | 0,3 | 0,0 | 3,1 | 5,4 | 4,5 | 1,1 | - | 0,0 | 2,1 | 2,6 | 4,7 | 4,1 | 6,1 |

B Mandatsgewinne (nach eigenen Auszählungen)

| | 1871 | 1874 | 1877 | 1878 | 1881 | 1884 | 1887 | 1890 | 1893 | 1898 | 1903 | 1907 | 1912 |
|--|---------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-------------------|
| <i>Preußen</i> | 56 | 21 | 37 | 50 | 42 | 63 | 63 | 55 | 54 | 45 | 48 | 52 | 36 |
| <i>Bayern</i> | - | - | - | - | - | - | - | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 |
| <i>Sachsen</i> | - | 1 | 4 | 4 | 5 | 8 | 8 | 10 | 5 | 5 | - | 2 | 3 |
| <i>Württemberg</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - | - | 1 |
| <i>Baden</i> | - | - | 1 | 2 | 1 | 3 | 3 | 3 | 2 | - | - | - | 1 |
| <i>Hessen</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Meckl.- Schwerin</i> | - | - | - | 1 | 2 | 3 | 4 | 3 | 5 | 3 | 4 | 3 | 2(1) ¹ |
| <i>Meckl.- Strelitz</i> | - | - | - | 1 | - | 1 | 1 | 1 | 1 | - | - | - | - |
| <i>Oldenburg</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Braunschweig</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Anhalt</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Waldeck, Lippe, Schaumburg- Lippe</i> | - | - | - | - | - | - | 1 | - | 1 | - | - | - | - |
| <i>Thüringen</i> | 1 | - | - | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - |
| <i>Hansestadt Lübeck</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Hansestadt Bremen</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Hansestadt Hamburg</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>Elsass- Lothringen</i> | Keine Wahl | - | - | - | - | - | - | 1 | 3 | 1 | 1 | - | - |
| <i>Provinz Schleswig- Holstein</i> | - | - | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | - | - | - | - |
| <i>Provinz Hannover</i> | - | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - | 1 | 2 | - |

Abkürzungsverzeichnis

¹ Das Mandat des Tischlermeisters Pauli wurde hier erneut in Klammern ausgewiesen, da dessen Wahl, wie bereits in Kapitel 6 ausgeführt, schon im Mai 1912 für ungültig erklärt wurde.

| | |
|---------------------|--|
| <i>AB</i> | Alldeutsche Blätter |
| <i>Abs.</i> | Absatz |
| <i>ADV</i> | Alldeutscher Verband |
| <i>AfS</i> | Archiv für Sozialgeschichte |
| <i>Anm.</i> | Anmerkung |
| <i>BA</i> | Bundesarchiv |
| <i>Bd., Bde.</i> | Band, Bände |
| <i>BdL</i> | Bund der Landwirte |
| <i>bearb.</i> | bearbeitet |
| <i>Bl.</i> | Blatt |
| <i>CSP</i> | Christlich-Soziale Partei |
| <i>ders.</i> | derselbe |
| <i>dies.</i> | dieselbe, dieselben |
| <i>Diss.</i> | Dissertation |
| <i>DkP</i> | Deutschkonservative Partei |
| <i>DNHV</i> | Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband |
| <i>DNVP</i> | Deutschnationale Volkspartei |
| <i>DS</i> | Drucksache |
| <i>DTZ</i> | Deutsche Tageszeitung |
| <i>DVLP</i> | Deutsche Vaterlandspartei |
| <i>eingel.</i> | eingeleitet |
| <i>eds.</i> | editors |
| <i>et al.</i> | et alii |
| <i>FVP</i> | Fortschrittliche Volkspartei |
| <i>HA</i> | Hauptausschuss des Deutschen Reichstags |
| <i>Hbde.</i> | Halbbände |
| <i>Hrsg./Hg.</i> | Herausgeber |
| <i>HZ</i> | Historische Zeitschrift |
| <i>Jb</i> | Jahrbuch |
| <i>JBzP</i> | Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte |
| <i>KM</i> | Konservative Monatsschrift |
| <i>Kons. Korr.</i> | Konservative Korrespondenz |
| <i>KZ</i> | Kreuzzeitung |
| <i>masch.</i> | maschinengeschrieben |
| <i>MdAh</i> | Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses |
| <i>MdHh</i> | Mitglied des preußischen Herrenhauses |
| <i>MdR</i> | Mitglied des Reichstags |
| <i>Mitteilungen</i> | Mitteilungen aus der Konservativen Partei |
| <i>ND</i> | Neu-, Nachdruck |
| <i>NL</i> | Nachlass |
| <i>NLP</i> | Nationalliberale Partei |
| <i>NPL</i> | Neue Politische Literatur |
| <i>NSDAP</i> | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| <i>o. J.</i> | ohne Jahr |
| <i>o. O.</i> | ohne Ort |
| <i>Rb</i> | Reichsbote |
| <i>RB</i> | Regierungsbezirk |
| <i>RDMV</i> | Reichsdeutscher Mittelstandsverband |
| <i>RFKP</i> | Reichs- und Freikonservative Partei |
| <i>Rgb.</i> | Rittergutsbesitzer |

| | |
|--------------|---|
| <i>Rkz.</i> | Reichskanzlei |
| <i>RLB</i> | Reichslandbund-Pressearchiv |
| <i>SBAh</i> | Stenographische Berichte des preußischen Abgeordnetenhauses |
| <i>SBHh</i> | Stenographische Berichte des preußischen Herrenhauses |
| <i>SBR</i> | Stenographische Berichte des Reichstags |
| <i>SPD</i> | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| <i>Tbde.</i> | Teilbände |
| <i>USPD</i> | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| <i>Vgg.</i> | Vereinigung |
| <i>WV</i> | Wirtschaftliche Vereinigung |
| <i>Z</i> | Zentrum |
| <i>ZDI</i> | Zentralverband Deutscher Industrieller |
| <i>ZfG</i> | Zeitschrift für Geschichtswissenschaft |

Verzeichnis der Tabellen

| | |
|---|-----|
| <i>Tabelle 1:</i> Ergebnisse der Deutschkonservativen Partei bei den Reichstagswahlen von 1903-1907 im Vergleich | 66 |
| <i>Tabelle 2:</i> Beispiele für Wahlergebnisse in Ländern/Provinzen mit jüngeren bzw. älteren DkP-Organisationen | 115 |
| <i>Tabelle 3:</i> Wahlbeteiligung in den Provinzen und Ländern bei den Reichstagswahlen 1903-1912 | 116 |
| <i>Tabelle 4:</i> Die Deutschkonservative Partei bei den Reichstagswahlen von 1903 und 1912 in den Provinzen und Ländern | 117 |
| <i>Tabelle 5:</i> Stimmgewinne der Deutschkonservativen Partei in Ortschaften verschiedener Größe | 118 |
| <i>Tabelle 6:</i> Mandatsgewinne der Parteien in der Hauptwahl bei den Reichstagswahlen von 1907-1912 | 119 |
| <i>Tabelle 7:</i> Stichwahlen der Deutschkonservativen Partei bei der Reichstagswahl von 1912 | 124 |
| <i>Tabelle 8:</i> Entwicklung der Stichwahlergebnisse der (Deutsch-) Konservativen Partei im Kaiserreich | 124 |
| <i>Tabelle 9:</i> Die Kandidaten/Abgeordneten der DkP und ihre Berufe bei den Reichstagswahlen von 1903 und 1912 im Vergleich | 126 |
| <i>Tabelle 10:</i> Stimmanteile der DkP im östlichen Preußen, im westlichen Preußen und in den außerpreußischen Gebieten | 128 |

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Quellen

I. Ungedruckte Quellen

1. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA)

NL Ernst Bassermann
 NL Konrad von Gebattel
 NL Reinhard Mumm
 NL Gustav Roesicke
 NL Conrad Frhr. Von Wangenheim
 NL Kuno Graf von Westarp

Akten des Reichsamts des Innern
 Akten der Reichskanzlei
 Akten des Reichslandbundes (Pressearchive)
 Alldeutscher Verband

2. Bundesarchiv Koblenz

NL Kapp

3. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLAH)

NL Arnim-Boitzenburg

1871. Zeitungen und Zeitschriften

a) fortlaufend:

Konservativer Kalender
 Konservative Korrespondenz
 Konservative Monatsschrift
 Mitteilungen aus der konservativen Partei
 Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung

b) einzelne Nummern:

Alldeutsche Blätter
 Anhalter Staats-Anzeiger
 Berliner Neueste Nachrichten
 Berliner Tageblatt
 Danziger Allgemeine Zeitung
 Deutsche Tageszeitung
 Deutscher Reichsanzeiger
 Fränkischer Kurier

Frankfurter Nachrichten
Freisinnige Zeitung
Germania
Hamburger Nachrichten
Hannoversche Tagesnachrichten
Kieler Neueste Nachrichten
Korrespondenz des Bundes der Landwirte
Leipziger Tageblatt
Leipziger Volkszeitung
Lycker Zeitung
Mecklenburger Nachrichten
Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei
Nationalliberale Blätter
Das neue Deutschland
Norddeutsche Allgemeine Zeitung
Nord-West
Ost-West
Die Parteien. Urkunden und Bibliographie der Parteienkunde. Beihefte zur Zeitschrift für
Politik, 1911/1912.
Posener Tageblatt
Die Post
Preußische Jahrbücher
Der Reichsbote
Rheinischer Bauer
Der Spiegel
Der Tag
Tägliche Rundschau
Unsere Partei
Völkischer Beobachter
Vorwärts
Vossische Zeitung

III. Zeitgenössische Texte, Quellensammlungen, Protokolle, Tagungsberichte, Statistiken,
Memoiren und Korrespondenzen

- Agrarisches Handbuch, Berlin 1898; 3. Auflage 1911.
- Albers, Wilhelm: Die Besiegten von Philippi! Ein Wort zu den Reichstagswahlen von 1912, Bielefeld 1912.
- Ders.: Vom Verderben zurück! Ein ernstes Wort zur Konsumvereinsfrage, Bielefeld o. J.
- Bachem, Julius: Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers, Köln 1913.
- Ballerstedt, Otto: Die Industrie und die Reichsfinanzreform, in: Bankarchiv, Nr. 17, 1.6.09.
- Barth, Theodor: Das Reichsschiff im Schlepptau von Zentrum und Konservativen, Berlin 1904.
- Below, Georg von: Das gute Recht der Vaterlandspartei. Eine Antwort an Prof. H. Delbrück Berlin 1917.
- Berger, H. von: Der Konservatismus und die Parteien, Berlin 1910.
- Bericht über den Dritten Reichsdeutschen Mittelstandstag, abgehalten zu Leipzig vom 22.-25. August 1913, hrsg. Von dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband in Leipzig, Leipzig o. J. (1913).
- Bericht über die Verhandlungen der Delegierten-Versammlung der deutsch-konservativen Partei am Mittwoch, den 11. Dezember 1907, Berlin 1908.
- Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege. 2 Bde., Berlin 1919/22.
- Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechts stehenden Parteien. Herausgegeben von Hans von Arnim und Georg von Below, Berlin u. a. 1925.
- Blaustein, Arthur: Die Reichstagswahlen 1912 (Die Parteien, S. 352-80).
- Bodelschwingh, Franz von: Konservativ und Sozial, Berlin 1903.
- Bonin-Bahrenbusch, B. von: 25 Jahre Landrat, Neustettin 1924.
- Brau, Max: Adolf Stoecker, Berlin 1912.
- Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912-1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayrischen Ministerpräsidenten Georg Graf Hertling und dem bayrischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, eingel. Und hrsg. Von E. Deuerlein, 2 Bde., Boppard 1973.
- Bülow, Bernhard Fürst von: Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Bde., Berlin 1921.
- Ders.: Denkwürdigkeiten, hrsg. Von Franz von Stockhammern, 4 Bde., Berlin 1930-31.
- Ders.: Deutsche Politik, Berlin 1916.
- Conrad, Johannes: Die Geschichte der agrarischen Bewegung in Deutschland, Berlin 1909.
- (David, Eduard): Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914-1918, in Verbindung mit Erich Matthias bearb. Von Susanne Miller, Düsseldorf 1966.
- Deuerlein, Ernst: Der Reichstag. Aufsätze, Protokolle und Darstellungen zur Geschichte der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes 1871-1933, Bonn 1963.
- Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begründet von Karl Wippermann. Hrsg. Von Friedrich Purlitz, Leipzig 1890 ff.
- Dewitz, Hermann von: Die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, Berlin o. J. (1917).
- Ders.: Von Bismarck zu Bethmann. Innenpolitischer Rückblick eines Konservativen, Berlin 1918.
- Eichhorn, K. von: Konservativ-Nationalliberal oder Nationalliberal-Sozialdemokratisch? Ein Bild deutschkonservativer Politik (Berlin, 1905).
- Eickstedt, C. von: Die berufsständische Lösung der Landarbeiterfrage in Pommern, Berlin o. J.
- Erdmann, Karl Dietrich (Hg.): Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Göttingen 1972.

- Erzberger, Matthias: Bilder aus dem Reichstagswahlkampf 1907. Die Agitation der Zentrumsgegner, beleuchtet nach deren Wahlschriften, Berlin 1907.
- Ders.: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart 1920.
- Ders.: Die Zentrums politik im Reichstage, Bd. 1-3: Koblenz 1904-1906, Bd. 4 ff., Berlin 1908 ff.
- Die Finanzreform von 1909 und die Parteien des Reichstags, hrsg. Vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1910.
- Frymann, Daniel (i.e. Heinrich Claß): Wenn ich Kaiser wär. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, München und Leipzig 1912.
- Gerlach, Hellmut von: Erinnerungen eines Junkers, Berlin 1924.
- Ders.: Von Rechts nach Links, Frankfurt a. M. 1987.
- Gerstenberger, Liborius: Der Reichstagsvetter. Winterabendgespräche in der Bauernstube. Zur Unterhaltung und Belehrung über die kommenden Reichstagswahlen, Würzburg 1911.
- Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden in seiner Wirkung auf Ostpreußen, in: Schriften zur Tagespolitik, Heft 8, 1918.
- 287anssen, Alfred von: Die Konservativen vor den Landtagswahlen 1913, Breslau 1913.
- Grabowsky, Adolf: Der Kulturkonservatismus und die Reichstagswahlen, Berlin, 1912.
- Grell, Hugo: Der Alldeutsche Verband, seine Geschichte, seine Bestrebungen und Erfolge. 1871. Heft der Flugschriften des Alldeutschen Verbandes, o. O., 1917.
- Grumbach, Salomon (Hg.): Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden, Lausanne 1917.
- Hagelweide, Gert (Hg.): Deutsche Zeitungsbestände in Bibliotheken und Archiven, Düsseldorf 1974.
- Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstages 1915-1918. Eingeleitet von Reinhard Schiffers, bearbeitet von Reinhard Schiffers und Manfred Koch, Bd. 1-3: 1915-1917, Düsseldorf 1981; Bd. 4: 1918, Düsseldorf 1983.
- 287anssen287n, Conrad: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. Von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924.
- Helfferrich, Karl: Der Weltkrieg. 3 Bde., Berlin 1919.
- Hertling, Georg Graf von: Erinnerungen aus meinem Leben. 2 Bde., München/Kempten 1919/1920.
- Ders.: Reden, Ansprachen und Vorträge, gesammelt von Adolf Dyroff, Köln 1929.
- Hesse, A.: Die Reichsfinanzgesetze von 1909, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 38 (1909), S. 721-770.
- Heydebrand und der Lasa, Ernst von: Beiträge zu einer Geschichte der konservativen Partei in den letzten 30 Jahren (1888-1919), in: KM, Bd. 77 (1920), S. 497-504, 539-45, 569-75, 605-11, 638-44.
- Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl 1912, Berlin/Leipzig 1911.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu: Denkwürdigkeiten aus der Reichskanzlerzeit, hrsg. Von Karl Alexander von Müller, Stuttgart 1931.
- Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/1918, bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, 2 Bde., Düsseldorf 1959.
- Kiesenwetter, Otto von: Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte, Berlin 1918.
- Kleines Wahl-ABC des Bundes der Landwirte für die Reichstagswahl 1912, Berlin o. J.
- Koehler, Kurt: Centralverband oder Hansabund. Eine wirtschaftspolitische Studie, Leipzig 1912.

- Ders.: Die Industrie, die politischen Parteien und die moderne Sozialpolitik, Leipzig 1910.
 Konservative unter sich, Berlin 1909.
 Konservativer Kalender (Kriegs-Kalender), Berlin 1916.
 Konservatives Handbuch, Berlin 1892. (4., überarb. Auflage 1911)
 Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen, hrsg. Von Karl Rosner, Stuttgart und Berlin 1922.
 Laband, Paul: Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, 4 Bde., 5. Auflage, Tübingen 1911-14.
 Leuss, H.: Friedrich Wilhelm Freiherr von Hammerstein, 1881-1895, Berlin 1905.
 Liebert, Eduard von: Aus einem bewegten Leben. Erinnerungen, München 1925.
 Limburg-Stürum, Friedrich Wilhelm von: Aus der konservativen Politik der Jahre 1890-1905, Berlin 1921.
 Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen, Berlin 1919.
 Ders.: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1922.
 Meineke, Friedrich: Straßburg, Freiburg, Berlin 1910-1918. Erinnerungen, Stuttgart 1949.
 Mentor für die Reichstagswahlen 1912, Oldenburg, o. J.
 Michaelis, Georg: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1922.
 Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, bearbeitet von Wilhelm Deist, 2 Bde., Düsseldorf 1970.
 Müller, Richard: Die Reichsfinanzreform des Jahres 1909, Köln 1909.
 Müller-Meinigen, Ernst: Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten, Berlin/Leipzig 1926.
 Mumm, Reinhard: Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit, Berlin 1933.
 Naumann, Friedrich: Die Politik der Gegenwart. Wissenschaftliche Vorträge, Berlin-Schöneberg 1905.
 Ders.: Die politischen Parteien. Vorträge, Berlin 1910.
 Ders.: Politische Schriften. Hrsg. Von Theodor Schieder. Bd. 4. Schriften zum Parteiwesen, Köln und Opladen 1964.
 Oertel, Georg: Der Konservatismus als Weltanschauung, Leipzig 1893.
 Oertzen, Dietrich von: Erinnerungen aus meinem Leben, Berlin-Lichterfelde 1914.
 Ders.: 'Die konservative Partei und der soziale Staat', in: Friedrich Thimme (Hg.): Vom inneren Frieden des Deutschen Volkes, Leipzig 1916, Bd. 2, S. 375-85.
 Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen, Leipzig 1936.
 Organisation des Ostpreußischen Konservativen Vereins, hrsg. Vom Ostpreußischen Konservativen Verein, Königsberg 1908. (2. Auflage 1910).
 Parisius, Ludolf: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, Berlin 1878.
 Payer, Friedrich von: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt am Main 1923.
 Die preußischen Landtagswahlen 1913. Gedanken und Bemerkungen zur Wahlagitation, hrsg. Vom Bureau des Deutsch-konservativen Vereins für die Provinz Schlesien. (Breslau 1913)
 Die Preußische Wahlrechtsreform und die Konservative Partei, hrsg. Vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen Partei, Berlin 1910. (2. Auflage 1912)
 Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927. Neu hrsg. Von Golo Mann und Andreas Burckhardt, Stuttgart 1968.
 Protokolle über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1912.
 Ratgeber für die Konservativen im Deutschen Reich (o. O., [1903]).
 Rathenau, Walther: Kritik der dreifachen Revolution, Berlin 1919.
 Ders.: Tagebuch 1907-1922, hrsg. Von Hartmut Pogge-von Strandmann, Düsseldorf 1967.

- Rehm, Hermann: Deutschlands politische Parteien. Ein Grundriss der Parteienlehre und der Wahlsysteme, Jena 1912.
- Die Reichsfinanzreform 1909 im Lichte der Öffentlichkeit, hrsg. Vom Generalsekretariat der Konservativen Partei Badens (Karlsruhe [²1909]).
- Reichs-Gesetzblatt, Jg. 1898 ff.
- Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898-1918. Zweiter Teil. Bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart, Düsseldorf 1966.
- Reichstags-Handbuch, 13. Legislaturperiode. Amtliche Ausgabe, hrsg. Vom Bureau des Reichstags, Berlin 1912.
- Die Reichstagswahlen von 1903 (Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 12./13. Jg. 1903/04).
- Die Reichstagswahlen von 1907 (Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 16. Jg. 1907).
- Die Reichstagswahlen von 1912 (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 250, 1912/1913).
- Riezler, Kurt: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Hrsg. Von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972.
- Rosenbaum, Louis: Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847-1919, Frankfurt 1923.
- Rüstzeug zur Reichstagswahl! Berlin 1911.
- Scheidemann, Philipp: Die Friedensresolution. Tagebuchblätter, in: Die Glocke, 1871. Jg. 1920/21, S. 147-53, 175-79, 203-07, 232-37.
- Ders.: Memoiren eines Sozialdemokraten. Bd. 2, Dresden 1928.
- Ders.: Zur Neuorientierung der inneren Politik, in: Fr. Thimme-C. Legien: Die Arbeitskraft im neuen Deutschland, o. O. 1915.
- Ders.: Der Zusammenbruch, Berlin 1921.
- Schiffer, Eugen: Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951.
- Schmidt, Wilhelm: 'Großblock' oder 'bürgerlicher Block'? Ein politischer Wegweiser für alle rechts-stehenden Wähler in Baden, Heidelberg 1911.
- Ders.: Wohin steuern wir? Ein politisches Stimmungsbild vor den badischen Landtagswahlen 1909, Karlsruhe 1908.
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1890 ff.
- Schwarz, Max: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.
- Schwerin-Löwitz, Graf von: Aufsätze und Reden. Aus Anlass seiner 10-jährigen Präsidentschaft, hrsg. Vom Deutschen Landwirtschaftsrat, Berlin 1911.
- Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870-1914, hrsg. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München ²1978.
- Stenographischer Bericht über den Allgemeinen konservativen Parteitag, abgehalten am 1871. Dezember 1892 zu Berlin, Berlin o. J. (1893).
- Stenographischer Bericht über die konstituierende Versammlung des Bundes der Landwirte am 18. Februar 1893 im Saale der Tivoli-Brauerei zu Berlin, Berlin o. J. (1893).
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Delegiertentages der Deutsch-Konservativen Partei am 25. März 1903, Berlin o. J. (1903).
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Delgiertentages der Deutsch-Konservativen Partei am 30.11.1906, Berlin o. J. (1906).
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten (samt Anlagen).
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses (samt Anlagen).
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags (samt Anlagen).
- Teschemacher, Hans: Reichsfinanzreform und innere Reichspolitik 1906-1913. Ein geschichtliches Vorspiel zu den Ideen von 1914, Berlin 1915.

- Thielmann-Jacobsdorf, Frhr. Von: Deutsche Volkswirtschaft oder Weltwirtschaft?, Breslau 1895.
- Thimme, Friedrich (Hg.): Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten, München 1931.
- Tirpitz, Alfred von: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkrieg. Politische Dokumente, Hamburg und Berlin 1926.
- Treue, Wolfgang (Hg.): Deutsche Parteiprogramme, 1861-1956, Göttingen, 4. Auflage, 1968.
- Unkorrigierter stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Allgemeinen konservativen Parteitages zu Dresden am 2. Februar 1898, Berlin o. J. (1898).
- Unold, J.: Das Wahlrecht, Leipzig 1913.
- Vademecum zur Reichstagswahl 1912, hrsg. Von dem Hauptverein der Deutsch-Konservativen, Berlin 1911.
- Valentini, Rudolf von: Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel. Dargestellt von B. Schwertfeger, Oldenburg 1931.
- Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912-1917, bearbeitet von Klaus-Peter Reiß, Düsseldorf 1967.
- Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Geschichte des Kaiserreichs 1871-1918, hrsg. Von Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merit Niehuss, München 1980.
- Wangenheim, Conrad Frhr. Von, in: Lebensbild, Briefe und Reden, hrsg. Von H. Frhr. Von Wangenheim, Berlin 1934.
- Weber, Max: Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918, hrsg. Von Wolfgang Mommsen in Zusammenarbeit mit Gangolf Hübinger, Tübingen 1984. (Max Weber Gesamtausgabe Abt. I, Bd. 15).
- Wenck, Martin: Alldeutsche Taktik, Jena 1917.
- Wermuth, A.: Ein Beamtenleben, Berlin 1922.
- Westarp, Kuno Graf von: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 2 Bde., Berlin 1935.
- Ders.: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, bearb. Von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, unter Mitwirkung von Karl J. Mayer und Reinhold Weber, Düsseldorf 2001.
- Ders.: Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die konservative Partei, Berlin 1928.
- Ders.: Warum ich für Brüning stimmte, abgedr. Bei Ulrich Roeske: Zum Verhältnis von DNVP und NSDAP. Dokumente aus den Jahren 1931 bis 1933. In: WZ der Humboldt-Universität Berlin, XXII. Jg. (1973), H. 1/2, S. 34.
- Ders.: Zwei Gedenktage in schwerer Zeit, Berlin 1916.
- Wippermann, Karl (Hg.): Deutscher Geschichtskalender, Leipzig 1890 ff.
- Wirtschaft und Statistik, hrsg. Vom Statistischen Reichsamt, 1921 ff.
- Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe, hrsg. Von der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1910.

1871. *Sekundärliteratur*

- Abel, Wilhelm: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg/Berlin³1978.
- Aldenhoff-Hübinger, Rita: Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879-1914, Göttingen 2002.
- Alexander, Matthias: Die Freikonservative Partei 1890-1918. Gemäßigter Konservatismus in der parlamentarischen Demokratie, Düsseldorf 2000.
- Altrichter, Helmut: Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890-1914, Frankfurt a. M. 1977.
- Anderson, Margaret Lavinia: Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000.
- Arsenscek, Robert: Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871-1914, Düsseldorf 2003.
- Aschoff, Hans-Georg: Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866-1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreichs, Düsseldorf 1987. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 83)
- Asmis, W.: Umfang und Entwicklung der inneren Kolonisation in Pommern, Diss. Greifswald 1903.
- Balzer, Brigitte: Die preußische Polenpolitik 1894-1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen), Frankfurt a. M. u. a. 1990.
- Barth-Haberland, Brigitte: Die Innenpolitik des Reiches unter der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs, 1909-1914, ms. Diss. Kiel 1950.
- Baumgart, P. (Hrsg.): Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, Stuttgart 1980.
- Beck, Hermann: The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, Bureaucracy, and the Social Question, 1815-70, Michigan 1995.
- Becker, Winfried (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. Die deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933, Paderborn 1986.
- Beidler F. W.: Der Kampf um den Zolltarif im Reichstag 1902. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus, Diss. Berlin 1929.
- Berg, Manfred: Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Welthistorische Verflechtung und Revisionspolitik 1907-1929, Baden-Baden 1990.
- Bergbahn, Volker R.: Germany and the Approach of War 1914, London 1973.
- Ders.: Imperial Germany 1871-1914. Economy, Society, Culture and Politics, Providence 1994.
- Bergmann, Klaus: Agrarromantik und Großstadtfeindlichkeit, Meisenheim 1970.
- Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 11. Auflage, völlig überarb. Und hrsg. Von Wilhelm Mommsen mit einer Bibliographie von H. G. Schumann, München/Wien 1965.
- Ders.: Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft, Tübingen 1929.
- Bermbach, Udo: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967.
- Bertram, Jürgen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, Düsseldorf 1964.

- Birnbaum, Karl E.: Peace Moves and U-Boat warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States, April 18, 1916-January 9, 1917, Stockholm 1958.
- Blackbourn, D./Eley, G.: Mythen deutscher Geschichtsschreibung, Frankfurt 1980.
- Dies.: The Peculiarities of German History, Oxford 1984.
- Blaich, Fritz: Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914, Düsseldorf 1973.
- Bösch, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002.
- Boldt, Hans: Deutsche Verfassungsgeschichte. Politische Strukturen und Wandel, Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1990.
- Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig/Berlin 1920.
- Booms, Hans: Die Deutschkonservative Partei. Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff, Düsseldorf 1954.
- Bracher, Karl Dietrich: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1981.
- Braun, Magnus von: Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, Stolhamm, 1955.
- Bredt, Johann Viktor: Der Deutsche Reichstag im 1. Weltkrieg, Berlin 1926.
- Brehmer, F.: Die Landarbeiterbewegung in Pommern, Diss. Greifswald 1922.
- Breuer, Stefan: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 1993.
- Broszat, Martin: 200 Jahre deutscher Polenpolitik, Frankfurt a. M. 1972.
- Buchsteiner, Ilona: Großgrundbesitz in Pommern 1871-1914. Ökonomische, politische und soziale Transformation der Großgrundbesitzer, Berlin 1993.
- Büsch, Otto; Wölk, Monika; Wölk, Wolfgang (Hrsg. Und Bearb.): Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871-1933, Berlin 1978.
- Carsten, Francis L.: Geschichte der preußischen Junker, Frankfurt/M. 1988.
- Chickering, Roger: We men who feel most German. A cultural study of the Alldeutscher Verband, Boston 1984.
- Clason, Synnöve: Schlagworte der 'Konservativen Revolution'. Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933, Stockholm 1970.
- Claß, Heinrich: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932.
- Craig, Gordon A.: Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München 1980.
- Crone-Münzenbrock: Die Organisation des deutschen Bauernstandes, Berlin 1920.
- Deist, W.: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918. II. Teil, Düsseldorf 1970.
- Dell, Peter: Sozialdemokratie und Junkertum: die sozialdemokratischen Positionen zum ostelbischen Landadel 1890 bis 1920, Diss. Berlin 1995.
- Demeter, Karl: Die soziale Schichtung des deutschen Parlaments seit 1848, ein Spiegelbild der Strukturwandlung des Volkes, in: Vierteljahreshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 39/1, 1952.
- Deutsche Geschichte im Osten Europas: Pommern, hrsg. Von Werner Buchholz, Berlin 1999.
- Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, hrsg. Vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 5: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897, Berlin 1988.
- Dix, Arthur: Die deutschen Reichstagswahlen 1871-1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930.

- Doerry, Martin: Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs. 2 Bde., Weinheim/München 1986.
- Dorpalen, A.: The German Conservatives and the Parlamentarization of Imperial Germany, in: *Journal of Central European Affairs* 10 (1951), S.184-199.
- Dowe, Dieter/Kocka, Jürgen/Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung-Qualifizierung-Karrieren, München 1999.
- Eley, Geoff: From Unification to Nazism, Boston 1986.
- Ders.: Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, New Heaven/London 1980.
- Ders.: Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster 1991.
- Ders. Und J. Retallack: Wilhelminism and its Legacies: German Modernities, Imperialism and the Meanings of Reform, 1890-1930, New York and Oxford, 2003.
- Elm, H. (Hrsg.): Falsche Propheten: Studien zum konservativ-antidemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1984.
- Engelberg, Ernst: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990.
- Ders.: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1986.
- Epstein, Klaus: Der interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917-1918, in: ders.: Vom Kaiserreich zum Dritten Reich, Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Berlin 1971, S. 111-133.
- Ders.: Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland, Berlin 1973.
- Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.
- Eschenburg, Theodor: Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929.
- Fehrenbach, Elisabeth: Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871-1918, München/Wien 1969.
- Feldman, Gerald D.: Army, Industry and Labour 1914-1918, Princeton 1966.
- Fenske, Hans (Hrsg.): Quellen zur deutschen Innenpolitik 1890-1914, Darmstadt 1991.
- Ders.: Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt a. M. 1972.
- Fernis, Hansgeorg: Die Flottenovellen im Reichstag 1906-1912, Stuttgart 1934.
- Fesser, Gerd: Reichskanzler Bernhard von Bülow. Eine Biographie, Berlin 1991.
- Ders.: Zur Genesis des Reichsvereinsgesetzes. Staatsorgane, bürgerliche Parteien und Vereinsgesetzgebung im Deutschen Reich 1906-1908, in: Forschungsergebnisse zur Geschichte des deutschen Imperialismus vor 1917, hrsg. Von: B. A. Ajzin/W. Gutsche, Berlin (DDR), 1980, S. 107-139.
- Fischer, Fritz: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945, Düsseldorf 1979.
- Ders.: Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus, Düsseldorf 1977.
- Ders.: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1961.
- Ders.: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969.
- Fischer, Hubertus: Konservativismus von unten. Wahlen im ländlichen Preußen 1849/52 – Organisation, Agitation, Manipulation, in: Stegmann/Wendt/Witt (Hrsg.): Deutscher Konservatismus (1983), S. 60-127.
- Flemming, Jens: Konservatismus als 'nationalrevolutionäre Bewegung'. Konservative Kritik

- an der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1933, in: Stegmann/Wendt/Witt (Hrsg.): Deutscher Konservatismus (1983), S. 295-332.
- Ders.: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925, Bonn 1978.
- Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985.
- Frank, Walter: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, Berlin 1928.
- Frauendienst, Werner: Der Reichstag im Zeitalter des persönlichen Regiments Wilhelms II. 1890-1914, in: Der Reichstag. Aufsätze, Protokolle und Darstellungen zur Geschichte der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes 1871-1933, Bonn 1963, S. 59-73.
- Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 1 und 2, Leipzig 1983/84; Bd. 3, Leipzig 1985.
- Ders.: Zur Rolle des Bundes der Landwirte zu Beginn der Novemberrevolution 1918/19, in: ZfG, Jg. 31, 1983, S. 506-522.
- Fröhlich, Michael (Hrsg.): Das Kaiserreich. Portrait einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2001.
- Gabler, Hans: Die Entwicklung der deutschen Parteien auf landwirtschaftlicher Grundlage von 1871-1912, Tübingen 1934.
- Gall, Lothar (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Parteien, Paderborn 2001.
- Gawatz, Andreas: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt 1889-1912, Düsseldorf 2001.
- Geiss, Imanuel (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 1985.
- Ders. (Hrsg.): Julikrise und Kriegsausbruch 1914: eine Dokumentensammlung, 2 Bde., Hannover 1963/64.
- Görlitz, Walter: Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten, Glücksburg 1956.
- Gottwald, Herbert: Zu einigen ausgewählten Problemen konservativer Politik und Ideologie im Zeitraum 1871-1914, in: JBzP, Nr. 44, 1980, S.35-63.
- Graef, Walter: Der Werdegang der DNVP 1919-19128. In: Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928, Berlin 1928.
- Grebing, Helga: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservativismus. Eine Kritik, Stuttgart u. a. 1974.
- Dies.: Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945, Stuttgart 1986.
- Dies.: Konservativismus. Eine deutsche Bilanz, München 1971.
- Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1971.
- Grevelhörster, Ludger: Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreichs. Geschichte und Wirkung, Münster 2004.
- Grießmer, Axel: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich: zum Wandel der Wahlkultur 1903-1912, Düsseldorf 2000.
- Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. (u. a.) 1973.
- Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, Den Haag 1970.
- Gutsche, Willibald: Bethmann Hollweg und die Politik der „Neuorientierung“, in: ZGW 13, 1965, S. 209 ff.
- Haberland, Brigitte: Die Innenpolitik des Reiches unter der Kanzlerschaft Bethmann

- Hollwegs 1909-1914, phil. Diss. Kiel 1951.
- Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997.
- Halder, Winfried: Innenpolitik im Kaiserreich 1871-1914, Darmstadt 2003.
- Hartmann, H. G.: Die Innenpolitik des Fürsten Bülow, 1906-1909, ms. Diss. Kiel 1950.
- Hartung, F.: Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1871. Auflage, Stuttgart 1950.
- Heffter, Heinrich: Die Kreuzzeitungspartei und Bismarcks Kartellpolitik, Leipzig 1927.
- Heinsohn, Kirsten: Konservative Parteien in Deutschland 1912-1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive, Düsseldorf 2010.
- Hentschel, Volker: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat, Stuttgart 1978.
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Deutsche Geschichte 1890-1918, Berlin 1996.
- Herzberger, C. von: Die Stellung der preußischen Konservativen zu sozialen Fragen, Diss. Leipzig 1914.
- Heß, Klaus: Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich: Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Fideikommiss in Preußen (1867/71-1914), Stuttgart 1990.
- Hiery, Hermann Joseph: Reichstagswahlen im Reichsland: ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsass-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871-1918, Düsseldorf 1986.
- Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München 1989.
- Hiller von Gaertringen, Friedrich Frhr.: Die Deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, S. 543-652, Düsseldorf 1960.
- Hillgruber, Andreas: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967.
- Ders.: Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reichs 1871-1945, Düsseldorf 1980.
- Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993.
- Horn, Hannelore: Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals, Staat und Politik, Bd. 6, Köln-Opladen 1964.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 3. Bismarck und das Reich, Stuttgart u. a. ³1988; Bd. 4. Strukturen und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart u. a. ²1982; Bd. 5. Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung, Stuttgart u. a. 1978.
- Iggers, G. G.: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993.
- Jäger, Wolfgang: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984.
- 295anssen, Karl-Heinz: Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18, Göttingen 1963.
- Jaraus, Konrad H.: Die Alldeutschen und die Regierung Bethmann Hollweg. Eine Denkschrift Kurt Riezlers vom Herbst 1916, in: VfZ 21, 1973, S. 435-468.
- Ders.: The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hybris of Imperial Germany, London u. a. 1973.
- Jones, Larry Eugene/Retallack, James N. (Hrsg.): Between Reform, Reaction and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945, Providence/Oxford 1993.
- Ders. Und Pyta, Wolfgang (Hrsg.): „Ich bin der letzte Preuße“. Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf von Westarp (1864-1945), Köln/Weimar/Wien 2006.

- Jung, Dietrich: Der Alldeutsche Verband, Diss. Würzburg 1936.
- Kaelble, Hartmut: Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895-1914, Berlin 1967.
- Kaeller, Reinhard: Die konservative Partei in Minden-Ravensberg, Diss. Heidelberg 1919.
- Kahn, E.: Die Entwicklung der Konservativen Partei von einer Moralpartei zu einer Agrarpartei, Diss. Leipzig 1925.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.): Der schwierige Konservatismus. Definition-Theorien-Porträts, Herford/Berlin 1975.
- Kardorff, Siegfried von: Wilhelm Kardorff. Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828-1907, Berlin 1936.
- Kaufhold, Josef: Die konservative Partei und der Weltkrieg. Die gradlinige Kriegszielpolitik der Deutsch-Konservativen, Berlin 1918.
- Kehr, Eckart: Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930, ND Vaduz 1965.
- Kielmannsegg, Peter Graf: Deutschland und der Erste Weltkrieg, Stuttgart² 1980.
- Kleist-Schmenzin, Ewald von: Reformation oder Revolution? Berlin 1930.
- Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1962.
- Kloss, M.: Die Arbeit des Alldeutschen Verbandes im Kriege, München 1917.
- Koch, Manfred: Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages im Ersten Weltkrieg. Zur Struktur, Politik und Funktion der Zentrumspartei im Wandlungsprozess des deutschen Konstitutionalismus 1914-1918, phil. Diss. Mannheim 1984.
- Kocka, Jürgen: Entfernung und Einsicht. Weltkriegsforschung im Wandel, in: Arbeitskreis Militärgeschichte 1 (2004), S. 7-12.
- Ders.: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973.
- Köhne, Renate: Nationalliberale und Koalitionsrecht. Struktur und Verhalten der Nationalliberalen Reichstagsfraktion 1890-1914, Frankfurt a. M./Bern 1977.
- König, Alexander: Wie mächtig war der Kaiser? Kaiser Wilhelm II. zwischen Königsmechanismus und Polykratie von 1908 bis 1914, Stuttgart 2009.
- Kondylis, Panajotis: Konservatismus: geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.
- Koszyk, Kurt: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse, Teil 2, Berlin 1966.
- Ders.: Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.
- Kremer, Willy: Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstags, Emsdetten 1934.
- Kroboth, Rudolf: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches während der Reichskanzlerschaft Bethmann Hollwegs und die Geld- und Kapitalmarktverhältnisse (1909-1913/14), Frankfurt/M. 1986.
- Kröger, K. H.: Die Konservativen und die Politik Capravis, Diss. Rostock 1937.
- Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954.
- Kühne, Thomas: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867-1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994.
- Ders.: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1871-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.
- Ders.: Wahlrecht-Wahlverhalten-Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: AfS 33 (1993), S. 481-547.
- Lässig, Simone/Pohl, Karl Heinrich/Retallack, James (Hrsg.): Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlrecht, Wahlen und Politische Kultur, Bielefeld 1995.

- Land, Hannelore: Die Konservativen und die preußische Polenpolitik, 1886-1912, phil. Diss. Berlin 1963.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.
- Lenk, Kurt: Deutscher Konservatismus, Frankfurt a. M./New York 1989.
- Lexikon des Konservatismus, hrsg. Von Caspar von Schrenck-Notzing, Graz/Stuttgart 1996.
- Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.
- Lindig, Ursula: Der Einfluss des Bundes der Landwirte auf die Politik des wilhelminischen Zeitalters 1893-1914 unter besonderer Berücksichtigung der preußischen Verhältnisse, ms. Diss. Hamburg 1954.
- Loth, Wilfried: Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung, München 1996.
- Ders.: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984.
- Maier, Hans: Ideen von 1914 – Ideen von 1939, in: VfZ, Jg. 38, 1990, S.525-542.
- Mannheim, Karl: Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, hrsg. Von David Ketteler u. a., Frankfurt/M. 1984.
- Matthias, Erich/Morsey, Rudolf (Hrsg.): Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 2 Bde., Düsseldorf 1959.
- Matthiesen, Helge: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in: Demokratie und Diktatur 1900-1990, Düsseldorf 2000.
- Meißner, Heinrich Otto: Der Reichskanzler Caprivi. Eine biographische Skizze, Darmstadt 1969.
- Mende, Dietrich: Kulturkonservatismus und konservative Erneuerungsbestrebungen, in: Hans Thiersbach (Hrsg.): Adolf Grabowsky. Leben und Werk, Köln 1973.
- Meyer, Klaus: Theodor Schiemann als politischer Publizist, Frankfurt 1956.
- Mielke, Siegfried: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909-1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976.
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.
- Mittmann, Ursula: Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 59, Düsseldorf 1976.
- Mock, Wolfgang: „Manipulation von oben“ oder Selbstorganisation an der Basis? Einige neuere Ansätze in der englischen Historiographie zur Geschichte des Kaiserreichs, in: HZ 232 (1981), S. 358-75.
- Mohler, Armin: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt, 4. Auflage 1994.
- Molt, Peter: Der Reichstag vor der improvisierten Revolution, Köln/Opladen 1963.
- Mommsen, Hans: Der lange Schatten der untergehenden Republik, in: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbek 1991.
- Mommsen, Wilhelm: Bismarcks Sturz und die Parteien, Berlin und Leipzig 1924.
- Mommsen, Wolfgang A.: Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen), 2 Bde., Bd. 1 Boppard 1971, Bd. 2 1983.
- Mommsen Wolfgang J.: Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 1990.
- Ders.: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890-1914, Frankfurt am Main und Berlin 1995.
- Ders.: Die latente Krise des deutschen Reiches 1909-1914, in: Handbuch der deutschen Geschichte IV, neu hrsg. Von Leo Just, Frankfurt am Main 1973.
- Ders.: War der Kaiser an allem Schuld?, München 2002.

- Morse, Rudolf: Der Reichstag im 1. Weltkrieg 1914-1918, in: Der Reichstag. Aufsätze, Protokolle und Darstellungen zur Geschichte der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes 1871-1933, Bonn 1963, S. 75-84.
- Müffelmann, Leo: Die wirtschaftlichen Verbände, Leipzig 1912.
- Mühlhausen, Walter: Die Sozialdemokratie am Scheideweg – Burgfrieden, Parteikrise und Spaltung im Ersten Weltkrieg. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung und Analyse. Hrsg. Von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 649-72.
- Mumm, Reinhard: Der christlichsoziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schweren Zeiten, Berlin 1933.
- Muncy, Lysbeth Walker: The Junker in the Prussian Administration under Wilhelm II., 1888-1914, Providence/Rhode Island 1944.
- Neumann, Franz (Hrsg.): Handbuch politischer Theorien und Ideologien. Reinbek bei Hamburg 1984.
- Neumann, Sigmund: Modern Political Parties, Chicago 1956.
- Ders.: Die Parteien der Weimarer Republik. Neu hrsg. Und mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart, 1965.
- Neumann, W.: Die Innenpolitik des Fürsten Bülow, 1900-1906, ms. Diss. Kiel 1949.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. I: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990; Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- Ders.: Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976.
- Ders.: Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Politische Vierteljahresschrift 2, 1961, S.262-280.
- Ders.: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
- Ders.: (Rezension: Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks), in: HZ 215 (1972), S.165-170.
- Nöcker, Horst: Der preußische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik 1912 und 1924. Analyse-Interpretation-Dokumentation, Berlin 1987.
- Nonn, Christoph: Parteien und Wahlen im wilhelminischen Deutschland (1890-1914), in: NPL 41 (1996), S. 30-42.
- Ders.: Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996.
- Oertzen, F. W. v.: Junker, Preußischer Adel im Jahrhundert des Liberalismus, Oldenburg-Berlin 1939. (verwendet Material aus dem unveröffentlichten und verloren gegangenen Nachlass Heydebrands)
- Oppelland, Torsten: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914-1918. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 103, Düsseldorf 1995.
- Pachnicke, Hermann: Führende Männer im alten und neuen Reich, Berlin 1930.
- Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964.
- Peck, Abraham J.: Radicals and Reactionaries: The Crisis of Conservatism in Wilhelmine Germany, Washington 1978.
- Peters, Michael: Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1908-1914). Ein Beitrag zur Geschichte des völkischen Nationalismus im spätwilhelminischen Deutschland, Frankfurt/M. 1992.
- Pikart, Eberhard: Die Reichstagsfraktion der SPD 1898-1918, Düsseldorf 1966.
- Pogge von Strandmann, Hartmut: Nationale Verbände zwischen Weltpolitik und Kontinentalpolitik, in: H. Schottelius, W. Deist (Hrsg.), Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871-1914, Düsseldorf 1972, S. 296-317.
- Ders.: Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg, in: Ders., Imanuel Geiss, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges,

- Frankfurt am Main 1965, S. 7-45.
- Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914), Hannover 1966.
- Ders.: Der Bund der Landwirte im Wilhelminischen Reich – Struktur, Ideologie und politische Wirksamkeit eines Interessenverbandes in der konstitutionellen Monarchie (1893-1914), in: Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts, hrsg. Von W. Rüegg und O. Neuloh, Göttingen 1971, S. 145-162.
- Ders.: Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890-1914, in: Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970, S. 340-377.
- Ders.: Vom Programm zum Versatzstück. Zehn Thesen zum deutschen Konservatismus, in: Kursbuch, Nr.73, 1983, S.45-60.
- Ders.: Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1972.
- Puschner, Uwe: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache-Rasse-Religion, Darmstadt 2001.
- Rauh, Manfred: Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973.
- Ders.: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.
- Reibel, Carl-Wilhelm: Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse-Ergebnisse-Kandidaten, Düsseldorf 2007.
- Reif, Heinz (Hrsg.): Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise, junkerliche Interessenpolitik, Modernisierungsstrategien, Berlin 1994.
- Reismann-Grone, Th.: Der Erdenkrieg und die Alldeutschen, Mühlheim 1919.
- Retallack, James: Notables of the Right: The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876-1918, London/Boston 1988.
- Ders.: The German Right, 1860-1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination, Toronto u. a., 2006.
- Ribhegge, Wilhelm: Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt² 1992.
- Ders.: Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18, Essen 1988.
- Richardson, Jeremy J.: Pressure groups, Oxford 1993.
- Rimmele, Eva: Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914, Frankfurt am Main u. a., 1996, S. 147-154.
- Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland: Bd. III: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914-1917), München 1964. Bd. IV: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918, München 1968.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.
- Ders.: Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985.
- Ders.: (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974.
- Ders.: Politische Repräsentation durch Berufsstände 1871-1933. Titel in: Jahrbuch der

- historischen Forschung in der BRD, Berichtsjahr 1997, hrsg. V. der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der BRD, München 1998, S. 373.
- Röder, Adam: Der deutsche Konservatismus und die Revolution, Gotha 1920.
- Röhl, John C. G.: Deutschland ohne Bismarck. Die Regierungskrise im zweiten Kaiserreich 1890-1900, Tübingen 1969.
- Ders.: Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik, München 1987.
- Ders.: Wilhelm II. Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888-1900, München 2001.
- Ders.: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900-1941, München 2008.
- Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1992.
- Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. Und eingeleitet von Kurt Kersten, Frankfurt am Main 1983.
- Rosenberg, Hans: Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.
- Ders.: Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: H. U. Wehler (Hrsg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln, 5. Auflage 1976, S. 287-308.
- Salewski, Michael: Tirpitz. Aufstieg-Macht-Scheitern, Göttingen 1979.
- Saul, Klaus: Staat, Industrie und Arbeiterschaft im Kaiserreich, Düsseldorf 1974.
- Schellenberg, Johanna: Probleme der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg, ms. Diss. Berlin (DDR) 1967.
- Schemann, Ludwig: Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920. Ein Wort der Sühne, München und Berlin 1937.
- Scheurig, Bodo: Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler, Oldenburg 1968.
- Schier, Rudolf: Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815-1918), Heidelberg 1977.
- Schiffers, Reinhard: Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags 1915-1918. Formen und Bereiche der Kooperation zwischen Parlament und Regierung, Düsseldorf 1979.
- Schildt, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.
- Ders.: Radikale Antworten von rechts auf die Kulturkrise der Jahrhundertwende. Zur Herausbildung und Entwicklung der Ideologie einer „Neuen Rechten“ in der Wilhelminischen Gesellschaft des Kaiserreichs, in: Jb. Für Antisemitismusforschung, Bd. 4, 1995, S.63-87.
- Schilling, Konrad: Beiträge zu einer Geschichte des radikalen Nationalismus 1890-1909, phil. Diss. Köln 1968.
- Schlegelmilch, Margarete: Die Stellung der Parteien des deutschen Reichstages zur sogenannten Daily-Telgraph-Affäre und ihre innerpolitische Nachwirkung, phil. Diss. Halle 1936.
- Schmädeke, Jürgen: Wählerbewegung im Wilhelminischen Deutschland. Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912: Eine historisch-statistische Untersuchung, 2 Bde., Berlin 1995.
- Schönberger, Christoph: Das Parlament im Anstaltsstaat. Zur Theorie parlamentarischer Repräsentation in der Staatslehre des Kaiserreichs (1871-1918), Frankfurt a. M. 1997.
- Schüddekopf, Otto-Ernst: Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke, Braunschweig 1951.
- Schüssler, Wilhelm: Die Daily-Telegraph-Affäre. Fürst Bülow, Kaiser Wilhelm und die Krise des zweiten Reiches 1908, Göttingen 1952.
- Schumacher, Martin: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, Düsseldorf 1978.

- Schumann, Hans-Gerd (Hg.): Konservativismus, Köln 1974.
- Schwentker, Wolfgang, *Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservativismus als Partei*, Düsseldorf 1988.
- Snell, John Leslie: Benedict XV, Wilson, Michaelis and German Socialism, in: *Catholic Historical Review* 37/1951, S. 151-178.
- Stalman, Volker: *Die Deutschkonservative Partei und die Deutsche Reichspartei in Bayern 1890-1914: ein Beitrag zur Geschichte der politischen Parteien in Bayern*, Frankfurt a. M. u. a. 2002.
- Ders.: *Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866-1890*, Düsseldorf 2000.
- Ders.: *Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker – Die konservativen Parteien (1867-1918)*, in: Gall, Lothar (Hrsg.): *Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks*, Paderborn 2003.
- Stegmann, Dirk: *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands*, Köln 1970.
- Ders.: *Literaturbericht. Konservatismus und nationale Verbände im Kaiserreich. Bemerkungen zu einigen neueren Veröffentlichungen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S.409-420.
- Ders.: *Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920*, in: Stegmann/Wendt/Witt (Hrsg.): *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer*, Bonn 1983.
- Ders.: *Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918*, in: *AfS* 12 (1972), S. 351-432.
- Ders./Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hrsg.): *Deutscher Konservatismus im 19. Und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer*, Bonn 1983.
- Stillich, Oscar: *Die politischen Parteien in Deutschland, Bd.1: Die Konservativen*, Leipzig 1911.
- Stolberg-Wernigerode, Otto Graf zu: *Die unentschiedene Generation. Deutschlands konservative Führungsschichten am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, München/Wien 1968.
- Striesow, Jan: *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1981.
- Stürmer, Michael (Hrsg.): *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918*, Düsseldorf 1977.
- Ders.: *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918*, Berlin 31990.
- Taylor, A. J. P.: *The Struggle for Mastery in Europe, 1848-1918*, London 1971.
- Teipel, Heinrich: *Graf von Westarp. Der Parlamentarier wider den Parlamentarismus*, Berlin 1932.
- Thieme, Hartwig: *Nationalliberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1914-18*, Diss. Hamburg 1962. *Schriften des Bundesarchives*, Bd. 11, 1963.
- Thimme, Anneliese: *Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918*, Göttingen 1969.
- Tippelskirch, G. D. von: *Agrarhistorische Ausschnitte aus der Zeit 1893-1924 im Lichte des Wirkens von Dr. Gustav Roesicke*, Oldenburg 1959.
- Tormin, Walter: *Geschichte der deutschen Parteien seit 1848*, Stuttgart 1966.
- Turk, Eleanor L.: *German Liberals and the Genesis of the Association Law of 1908*, in: Konrad H. Jarausch/Larry E. Jones (eds.): *In Search of a Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present*, New York et al., 1990,

S. 237-260.

- Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt/ M. 1995.
 Ders.: Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.
 Ders.: Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, München 1999.
 Ullrich, Volker: Als der Thron ins Wanken kam. Das Ende des Hohenzollernreiches 1890-1918, Bremen 1993.
 Ulrich, R.: Die Deutsche Vaterlandspartei 1917/18, Diss. Jena 1971.
 Vogel, Georg: Die Konservativen und die Blockpolitik Bülow's 1907-1909, ms. Diss. Berlin 1925.
 Wacker, Frida: Die Haltung der Deutschen Zentrumspartei zur Frage der Kriegsziele im Weltkrieg 1914-1918, phil. Diss. Würzburg 1937.
 Wahl, A.: Deutsche Geschichte. Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, 1871-1914, 4 Bde., Stuttgart 1926-1936.
 Weber, Reinhold: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar, Düsseldorf 2004.
 Wegerer, Alfred von: Der Ausbruch des Weltkriegs, 2 Bde., Hamburg 1939.
 Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen⁷1994.
 Ders.: Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 1995.
 Ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen²1979.
 Wertheimer, Mildren S.: The Pan German League 1890-1914, New York 1924.
 Winkel, Gabriele/Konstanze Tenner: Konservatismusforschung in der DDR 1971-1990. Eine Auswahlbibliographie, Jena 1990.
 Winzen, Peter: Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstrategie ohne Fortune, Göttingen 2003.
 Ders.: Das Kaiserreich am Abgrund. Die Daily-Telegraph-Affäre und das Hale-Interview von 1908. Darstellung und Dokumentation, Stuttgart, 2002.
 Witt, Peter-Christian: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913, Hamburg 1970.
 Wollstein, Günter: Theobald von Bethmann Hollweg. Letzter Erbe Bismarcks, erstes Opfer der Dolchstoßlegende, Göttingen/Zürich 1995.
 Wortmann, K.: Geschichte der deutschen Vaterlandspartei, Halle 1926.
 Würthle, Friedrich: Die Spur führt nach Belgrad. Die Hintergründe des Dramas von Sarajewo 1914, Wien/München 1975.
 Wulff, K.: Die Deutschkonservativen und die preußische Wahlrechtsfrage, phil. Diss. Greifswald 1921.
 Zechlin, Egmont: Ein Nachwort. In: Wolfgang Schieder (Hg.): Erster Weltkrieg. Ursache, Entstehung, Kriegsziele, Köln 1969.
 Zmarzlik, Hans-Günther: Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909-1914, Düsseldorf 1957.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass die Dissertation selbstständig von mir angefertigt wurde und alle von mir benutzten Hilfsmittel angegeben wurden.

Ich erkläre, dass die wörtlichen oder dem Sinne nach anderen Veröffentlichungen entnommenen Stellen von mir kenntlich gemacht wurden.

Datum

Unterschrift

